

IG-Chemie: Hauenschild muß geh'n! S. 15



Arbeiterkampf

Jg. 8 Nr. 151 2.4.79 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

In Hannover demonstrierten mehr als

100.000 gegen WAA und Atomstaat

Zur bisher größten Demonstration der Anti-AKW-Bewegung versammelten sich weit über 100.000 Menschen am 31.3. in Hannover. Sie alle waren dem Aufruf der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg gefolgt, sie bei ihrem (symbolischen) Auszug vom 25.3. bis 31.3. aus dem Landkreis zu unterstützen und sie am 31.3. in Hannover gebührend zu empfangen. Begonnen hatte der Treck

fangen. Begonnen hatte der Treck der ortsansässigen Bauern und AKW-Gegner am Sonntag, dem 25.3., in Lüchow-Dannenberg. In einem sechs Kilometer langen Zug setzten sich 350 Trecker und über 3.000 Demonstranten zum Marsch auf Hannover in Bewegung. Die Bauern hatten an ihren Treckern Parolen befestigt, die sehr eindringlich zeigten, wie unerträglich das Leben für die um Gorleben ansässige Bevölkerung geworden ist. „Wenn mah Bullen melken könnte, dann bräuchten wir keine Kühe mehr“ und dazu das Bild eines Polizisten ist die bittere Karikierung der Tatsache, daß inzwischen auf vier Leute im Landkreis ein uniformierter Bulle kommt. (Und Strahlermann Albrecht hat keinen Zweifel daran gelassen, daß dieses Verhältnis noch weiter zuungunsten der Bevölkerung ausgebaut werden kann.) Spruchbänder wie „Gestern Gaskammern, morgen Atomstaat“,

„Kein Atom-KZ in Gorleben“, „Gorleben ist Holocaust“ zeigen die erschreckenden Zukunftsaussichten auf, wenn in Gorleben die WAA gebaut werden sollte. Daß die Bauern diese Entwicklung nicht ohne Kampf hinnehmen werden, demonstrierten Parolen auf mehreren Dutzend Traktoren wie: „Das Ding kommt hier nicht her – do sett wi uns to Wehr“, „Albrecht und die

wi uns to Wehr“, „Albrecht und die DWK werden enden wie der Schah“, „Albrecht, wenn Euch die 50.000 nicht reichen, dann müssen wir zu den Waffen greifen“ (mit Riesenschildern vorn an einem Laster angebracht!).

Mit einer ungeheuren Begeisterung wurden die ankommenden Trecker am Samstagvormittag von zehntausenden AKW-Gegnern in Hannover empfangen. Beifallstürme, Jubelrufe, Umarmungen, Singen und Tanzen, Verschwenkung und Verbrüderung begleiteten die gesamte Demo-Route. Und dieser Tag war wirklich ein Grund zur Freude: auf keiner Großdemonstration der (jüngeren) Anti-AKW-Geschichte hatte es so ein breites Bündnis zwischen der ortsansässigen Bevölkerung der verschiedenen Standorte, der BI-Bewegung (sowohl „militant“ als auch „gewaltfrei“) und politischen Organisationen gegeben.

Forts. S. 5



Siehe Seite 6

Siehe Seite 6

Majdanek-Prozeß: Freisprüche beantragt

Skandal? - Nein, bundesdeutsche Realität im Gegensatz zu der scheinheiligen offiziellen Holocaust-Empörung und den „Verjährungsdebatten“ in Staat und Parteien: Im Düsseldorf Majdanek-Prozess, wo wegen der Ermordung von mindestens 250.000 Menschen verhandelt wird, forderte die Staatsanwaltschaft jetzt Freispruch für vier der Angeklagten, die vorher schon vom Hauptverfahren abgetrennt worden waren. Begründung: die Mordtaten ließen, sich nicht mit der für eine Verurteilung ausreichende Sicherheit nachweisen!

Freigesprochen werden sollen:

- Heinrich Schmidt, SS-Hauptsturmführer, vom Mai 1942 bis Ende Mai 1943 Truppenarzt im Lager Majdanek; u.a. angeklagt wegen Teilnahme an den „Selektionen“, für die Gaskammern.
- Rosa Süß, KZ-Aufseherin in Majdanek, u.a. angeklagt, am Transport jüdischer Kinder in die Gaskammern beteiligt gewesen zu sein.
- Charlotte Meyer, ebenfalls KZ-Aufseherin; u.a. angeklagt wegen Beteiligung an „Selektionen“.
- Hermine Böttcher, SS-Aufseherin in Majdanek; u.a. angeklagt wegen Beteiligung am Abtransport jüdischer Kinder in die Gaskammern.

Von zahlreichen Zeugen wurden diese vier, wie auch die übrigen Angeklagten, schwer belastet. Für den Nachweis des „Mordes“ jedoch seien die Aussagen aller dieser Belastungszeugen „zu vage“, „widersprüchlich“, „nicht detailliert“, genug, „Verwechslungen nicht ausgeschlossen“, usw. - als ob es bei einem solchen Vernichtungsprogramm auf mehr ankäme als die unbestreitbare Tatsache, daß es von den Angeklagten aktiv mitgetragen wurde!

Selbstverständlich können sich Menschen angesichts des Massenterrors und der Massenvernichtung in den KZ's, kaum an die von der Justiz geforderten „Details“ einzelner Mordtaten erinnern. Diejenigen, die im Zuge der Ermittlungen zu diesem Prozess noch dazu in der Lage waren, können ihre Aussagen z.T. vor Gericht nicht mehr wiederholen: sie sind inzwischen verstorben, vernehmungsunfähig, gedächtnisschwach usw.. Das ist

das Ergebnis einer inzwischen über dreißigjährigen Verschleppung dieses Verfahrens, und - nachdem die Anklage vor dreieinhalb Jahren endlich eröffnet wurde - wiederum Ergebnis einer systematischen Verschleppung des Prozesses. Selbst über 50 Ablehnungsanträge der z.T. offen mit dem Faschismus sympathisierenden Verteidiger hat das Gericht bis heute behandelt, ohne sich gegen Prozeßverschleppung zu verwehren. Man vergleiche das mit der Hetze gegen die Anwälte in den sog. „Terroristen“-Prozessen, denen spätestens beim zweiten Versuch eines Befangenheits-Antrags „Stammheimer Taktik“ vorgeworfen wird.

Je länger das Majdanek-Verfahren noch hinausgezögert wird, desto wahrscheinlicher wird es, daß auch die restlichen Angeklagten auf diese Weise freigesprochen werden.

An diesem Prozeßverlauf wird sehr deutlich, daß die groß inszenierte neue „Verjährungsdebatte“ der Bundesparteien so oder so kaum praktische Auswirkungen haben

wird. Allenfalls wird eine Strafrechtsverschärfung - Nicht-Verjährung von Mord generell - dabei herauskommen. Nazi-Mörder brauchen sich jedenfalls wegen dieser „Debatte“ nicht zu beunruhigen: Nicht ihrer wegen, sondern für's Ausland und für die engagierte Öffentlichkeit der BRD findet das Bonner Verjährungs-Spektakel statt.

Hildegard Lächert, Angeklagte im Majdanek-Prozeß, ist von der faschistischen „Aktionsgemeinschaft Nationales Europa“ als Kandidatin für die Europawahl im Sommer dieses Jahres aufgestellt worden.

Hildegard Lächert (59) war SS-Aufseherin. Wegen ihrer Grausamkeiten wurde sie von den Häftlingen die „blutige Brygda“ genannt.

Ab in den Knast mit den „armen alten Leuten, die heute keinem mehr was tun“!

LDU-Schleswig-Holstein: SPD wählen oder Wahlboykott?

Am 29. April sind Landtagswahlen in Schleswig-Holstein. Nach den kontinuierlichen Verlusten der CDU in fast allen zurückliegenden Wahlgängen stellt sich die Frage, ob es der SPD im nördlichsten Bundesland gelingt, die knappe bisherige Mehrheit Stoltenbergs zu brechen und mit der FDP zusammen die künftige Regierung zu stellen. Zur Wahl stellt sich auch die stramm rechtsgerichtete Grüne Liste Schleswig-Holstein. Aus dem gescheiterten Versuch, mit den „Grünen“ auf einer radikal-demokratischen Grundlage zusammenzuarbeiten, ist die Liste Demokratie und Umweltschutz (LDU) entstanden. Die LDU versteht sich als Teil der alternativen Wahlbewegung, hält es jedoch mehrheitlich nicht für sinnvoll, schon bei diesen Landtagswahlen zu kandidieren. In der LDU findet derzeit eine Diskussion darüber statt, ob und ggf. welche Wahlempfehlung man abgeben soll. Im wesentlichen werden dabei zwei Positionen vertreten:

1. Eine kritische Wahlempfehlung für die SPD. Diese Position wird von unserem Interviewpartner im folgenden vertreten.
2. Wahlboykott bzw. keine Wahlaussage. Diese Position geht davon aus, daß durch eine Stimmabgabe für die SPD Illusionen in diese Partei gestärkt würden. Wir hatten geplant, daß auch ein Vertreter dieser Richtung an unserem Gespräch teilnimmt, was jedoch aus technischen Gründen leider nicht möglich war.

Eine Empfehlung für die konservative GL-SH wird sicherlich unter keinen Umständen von der LDU abgegeben werden.

Bericht auf S. 9





Blick in die Welt

Wenn Rhodie auspackt:

... wird Lockheed verblissen

Zur Zeit sorgt der ehemalige Staatssekretär im inzwischen aufgelösten südafrikanischen Informationsministerium, Eschel Rhodie, für Schlagzeilen in der Weltpresse.

In seiner Eigenschaft als Staatssekretär war Rhodie von 1971 - 1977 mit dem Aufbau eines weltweiten Informations- und Bestechungsnetzes zur Aufrechterhaltung des südafrikanischen Rassismus betraut. Über einen speziellen Geheimfond schmierte Rhodie nach einem raffiniert ausgeklügelten System der abgestuften Bestechung Gewerkschafter, Politiker, Journalisten; die verschiedensten Gruppen und Organisationen.

Ob es darum ging, der Frau eines Verlegers einen Nerzmantel zu kaufen oder einem anderen den Urlaub mit seiner Freundin auf Hawaii zu finanzieren - selbst das kleinste Rädchen wurde geschmiert, damit der gesamte Manipulationsmechanismus reibungslos funktionieren konnte.

Dabei war es charakteristisch für die Strategie Rhodies, nicht nur offene rassistische Propaganda bzw. Organisationen zu unterstützen, sondern auch traditionell kritische Gruppierungen wie beispielsweise die Gewerkschafter durch Bestechung wegzukochen und zu einer „neutralen“ Haltung gegenüber der RSA zu bewegen.

1977 wurde Rhodies Karriere durch zwei Ereignisse jäh beendet: - Es wurde publik, das die englischsprachige Zeitung „The Citizen“ als Gegengewicht zur überwiegend kritisch/englischsprachigen Presse im Lande vom Informationsministerium aus Steuergeldern aufgebaut worden war. - Weiterhin sickerte durch, daß der extravagante Lebensstil Eschel Rhodies nicht aus eigener Tasche, sondern auf Staatskosten finanziert wurde.

Rhodie mußte seinen Hut nehmen, daß skandalumwitterte Informationsministerium wurde aufgelöst.

Ob es bei der Entlassung Rhodies darum ging, die Wogen der öffentlichen Empörung zumindest teilweise zu glätten, oder ob interne politische Flügelkämpfe unter den Rassisten die Ursache waren, soll hier nicht weiter untersucht werden.

Fest steht jedenfalls, daß der geschäftige Staatssekretär aufgrund seines Wissens in der RSA jederzeit mit dem Tod rechnen mußte und sich deshalb unverzüglich ins Ausland absetzte.

Hier versuchte Rhodie nun, seine Informationen in Form von 41 Tonbändern möglichst lukrativ an den Mann zu bringen. Daß bei diesem Geschäft auch seine ehemaligen Brötchengeber mitgemischt haben dürften, versteht sich von selbst.

So hat in Paris ein geheimes Treffen zwischen Rhodie, dem früheren Chef des südafrikanischen Geheimdienstes, General van den Bergh und einem südafrikanischen Industriellen stattgefunden, der Rhodie einen lukrativen Job anbot.

Einzige Bedingung: Rhodie packt nur das aus, was zur Rechtfertigung seiner eigenen Person dient, alle übrigen Informationen unterliegen der Geheimhaltung. (Le Monde, 23.3.).

Die Bemühungen, Rhodie ein weitgehendes Schweigen abzukaufen, waren offenbar nicht erfolglos. Jedenfalls hat er in einem Interview mit der BBC nur einen Bruchteil seines Wissens enthüllt; einiges davon war bereits vorher bekannt oder lag schon längere Zeit zurück.

Damit steht es vorerst 1 : 0 für die Rassistin und ihre weltweite Komplizenschaft. Trotzdem ist das, was Rhodie in seinem Interview der Öffentlichkeit preisgegeben hat, von einer solchen Brisanz, daß der Lockheed-Skandal daneben wie das Picknick einer Sonntagsschule erscheint und es wert ist, im Detail aufgelistet zu werden:

Jedenfalls hat er in einem Interview mit der BBC nur einen Bruchteil seines Wissens enthüllt; einiges davon war bereits vorher bekannt oder lag schon längere Zeit zurück.

Damit steht es vorerst 1 : 0 für die Rassistin und ihre weltweite Komplizenschaft.

Trotzdem ist das, was Rhodie in seinem Interview der Öffentlichkeit preisgegeben hat, von einer solchen Brisanz, daß der Lockheed-Skandal daneben wie das Picknick einer Sonntagsschule erscheint und es wert ist, im Detail aufgelistet zu werden:

Jedenfalls hat er in einem Interview mit der BBC nur einen Bruchteil seines Wissens enthüllt; einiges davon war bereits vorher bekannt oder lag schon längere Zeit zurück.

Damit steht es vorerst 1 : 0 für die Rassistin und ihre weltweite Komplizenschaft.

Trotzdem ist das, was Rhodie in seinem Interview der Öffentlichkeit preisgegeben hat, von einer solchen Brisanz, daß der Lockheed-Skandal daneben wie das Picknick einer Sonntagsschule erscheint und es wert ist, im Detail aufgelistet zu werden:

heid-Regimes im britischen Parlament zu vertreten und Informationen über Anti-Apartheid-Gruppen zu beschaffen. Diese Informationen wurden wiederum von den Rassenisten dazu benutzt, eine gezielte „Desinformations- und Störpolitik“ zu betreiben.

- Gründung einer Tarnorganisation in London mit dem Auftrag, antikomunistische und pro-rassistische Literatur auf den Markt zu bringen.

- über südafrikanische Industrielle wurden 300.000 Pfund an den Londoner „Club der 10“ überwiesen. Mit diesem Geld wurden in Holland, der BRD, Australien, Kanada und den USA Werbekampagnen zugunsten Südafrikas finanziert. (Guardian, 28.3.).

- Über die südafrikanischen Geschäftsleute David Abramson und Stuart Pegg versuchten die Rassenisten - allerdings erfolglos - sich den größten englischen Zeitungskonzern, Morgan Grampain, einzuverleiben sowie den „Investors View“ und den „Investors Chronicle“ aufzukaufen. (International Herald Tribune, 23.3.).



Ex-Staatssekretär Rhodie



Ex-Staatssekretär Rhodie

USA: In den Vereinigten Staaten unterhält Südafrika allein 20 (!) Firmen, die die Aufgabe haben, Werbung im Auftrag des Rassismus zu betreiben; eine der größten Agenturen ist die Sydney S. Baron und Co. Inc., New York.

Wie die „Süddeutsche Zeitung“ (28.3.) und die „Herald Tribune“ (26.3.) darüberhinaus berichteten, bekam der frühere US-Präsident Gerald Ford für eine Rede, die er 1978 auf einem Seminar für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südafrika in Houston (Texas) hielt, von der Südafrikanischen Außenhandels-gesellschaft ein Honorar von 25.000 DM.

Dazu erklärte Ford-Assistent Wennekamp, Ford habe das Geld erst angenommen, als feststand, daß es nicht von der südafrikanischen Regierung stamme.

Wennekamp gab zwar zu, daß 25.000 DM sehr viel seien, aber durchaus nicht ungewöhnlich (na, was bringt denn so eine Lobrede auf Pinochet oder ist Ian Smith spendabler?!). Beachtenswert ist auch die übrige Teilnehmerschaft dieses illustren Seminars:

Da wäre vor allem der konservative republikanische Senator Stephen Bisenius aus Iowa zu nennen. Bisenius erregte erstmals Aufsehen, als er direkt vor den Wahlen in Iowa Anfang 1978 den RSA-Diplomaten van Rooyen einlud. Rooyen seinerseits schaltete sich massiv in den laufenden Wahlkampf ein, indem er dem als RSA-Kritiker bekannten demokratischen Senator Dirk Clark öffentlich empfahl, sich lieber um die Probleme in Iowa zu kümmern, anstatt Südafrika zu kritisieren.

Die RSA hatten mit über 120.000 Pfund eine Kampagne gegen Clark finanziert, die schließlich in der Abwahl des Senators mündete.

Bisenius erklärte nun, daß auf dem Seminar ganz offen ausgesprochen wurde, daß man in Iowa einen rassenfeindlichen Repräsentanten als Wahlsieger sehen wollte.

Zum Teilnehmerkreis gehörte auch der amerikanische Geschäfts-

man John Mc Goff. Mc Goff war federführend an dem Versuch beteiligt, mit einer Summe von 4 Mio. Pfund aus südafrikanischen Quellen eine der einflussreichsten Zeitungen, den „Washington Star“ zu kaufen.

Der Versuch mißlang, dafür kassierte Mc Goff die größte kalifornische Zeitung, den „Sacramento Union“. (G, 28.3.).

- Der US-Gewerkschaftsverband wurde Anfang 1977 durch große Barzahlungen mit Erfolg bewogen, sich nicht an dem internationalen Gewerkschaftsverband organisierten einwöchigen Blockade südafrikanischer Schiffe zu beteiligen. (IHT, 23.3.).

- 1976 finanzierte die RSA mit 75.000 Pfund eine erfolgreiche Kampagne zur Absetzung des kalifornischen Senators John Tunney. Tunney galt als scharfer Kritiker der US-Hilfe für die RSA in Angola (G, 28.3.).

Norwegen: In Norwegen unterstützen die Rassenisten den Rechtsausen Anders Lange (80.000 DM); der 1973 mit einer neugegründeten, reaktionären Partei kandidierte und 4 Mandate im Parlament gewann. (Spiegel Nr. 13, 26.3.).

Japan: Hier wurden 2 Parlamentsabgeordnete, die auch Einfluß in den japanischen Gewerkschaften haben, mit 130.000 geschmiert.

Nach Angaben Eschel Rhodies waren besonders Frankreich und die BRD wichtige Objekte des Informationsministeriums.

Der Schwerpunkt lag hier beim Aufkaufen von Zeitungen und dem Aufbau eines ausgedehnten Propagandanzetzes.

Frankreich: Der Versuch, die „Paris Match“ und den „L'Express“ einzukaufen, scheiterte. Dafür gelang es, eine kleinere Pariser Wochenzeitung zu übernehmen.

- Die „Französisch-Südafrikanische Gesellschaft“ erhielt mehr als 13.000 Pf. jährlich aus dem RSA-Geheim-Fond (G, 28.3.).

- 1977 versuchten Stuart und Abramson im Auftrag der Rassenisten eine französische Presseagentur, die „Nouvelle Société de la Presse“, einzukaufen (IHT, 23.3.).

BRD: Die „Deutsche Afrika-Gesellschaft“ erhielt jährlich 73.000 Pf. Darin eingeschlossen sind 53.000 Pf. für den Aufbau eines prorassistischen kirchlichen Instituts, das der kritischen Haltung der evangelischen Kirche bezüglich der RSA entgegen treten sollte.

Insgesamt sollen in der BRD jährlich 600.000 Pf. für Konferenzen und Reisen von Journalisten und Politikern in die RSA ausgegeben worden seien (G, 28.3.).

Erwähnt werden muß an dieser Stelle noch die Finanzierung politischer Freunde des Apartheid-Staates in Madagaskar und auf den Seychellen, von Desinformationskampagnen gegen niederländische Anti-Apartheid-Gruppen, von Reisen südamerikanischer Faschisten-Generäle in die RSA und gegnerischer Organisationen des Welt-Kirchenrates (G, 28.3.).

Wie man sieht, hat sich Rhodie in Bezug auf die Bundesrepublik in punkto Enthüllungen in vornehmer Zurückhaltung geübt.

Kein westdeutscher Politiker, Gewerkschafter oder Journalist, der von Rhodies Geheimfond profitiert hat, muß demnach fürchten, in nächster Zeit enttarnt zu werden.

So kann sich auch Regierungssprecher Grünwald - noch - folgende Dreistigkeit erlauben:

„Es handelt sich um eine interne Skandalgeschichte Südafrikas. Untersuchungen würden einen falschen Eindruck über unser Maß an Betroffenheit auslösen“ (Vorwärts, 29.3.).

Mit einer derartigen Rückendeckung von Regierungseite ist es der westdeutschen Presse - im Gegensatz zum Ausland - möglich, Rhodies Enthüllungen weitgehend unerwähnt zu lassen und sich in der Berichterstattung ganz auf die innenpolitischen Querelen Südafrikas einzuschließen.

Eine Ausnahme bildet hier der sozialdemokratische „Vorwärts“. In seiner Ausgabe vom 29.3. hat er das Thema aufgegriffen und durch folgen-

de Informationen ergänzt: Die Propagandaarbeit zugunsten des Apartheid-Regimes wird in der BRD hauptsächlich von zwei Werbeagenturen getragen:

1. Die Agentur Gerd Hennenhofer in Kronberg/Taunus, die mit der inzwischen aufgelösten südafrikanischen FAA (Gesellschaft für auswärtige Angelegenheiten) zusammengearbeitet hat.

Dreimal besuchten Bundestagsdelegationen auf Einladung Hennenhofers die RSA. Die FAA übernahm die „gesamten Kosten der Reise einschließlich der Erste-Klasse-Flüge und sämtlicher Aufenthaltskosten in Südafrika“ (Einladungstext).

Geschenke (geschätzte Mindestkosten pro Mann 8 bis 10.000 DM) nahmen u.a. die CDU/CSU-Abgeordneten Hupka, Klein, Kunz, Petersen, Stercken, Voß und die FDPler Bange-mann, Jung und Ludwig entgegen.

2. Die Agentur Behrens (Hamburg). Die Agentur arbeitet nach eigenen Aussagen bereits seit 10 Jahren mit der RSA zusammen.

Von südafrikanischer Seite wurde offiziell bestätigt, daß Behrens Mittelsmann von Rhodie war und aus dessen Geheimfond DM 700.000 erhielt.

Im Auftrag der RSA-Botschaft in Bonn bespitzelte die Agentur u.a. den Evangelischen Pressedienst und verschiedene anti-südafrikanische Organisationen.

Behrens erhielt auch Kenntnis von Dossiers, die die Botschaft über kritische westdeutsche Journalisten anlegte.

Im Gegensatz zu dieser verdeckten Arbeit für das Rassenistenregime pflegt der Springer-Konzern ganz offene und intensive Beziehungen mit Südafrika. Welt-Journalist und Ex-Söldner Hans Germani kabeit seine Berichte direkt aus Johannesburg und ist nebenbei Redakteur beim südafrikanischen Magazin „To the Point“, ebenfalls eine Schöpfung von Rhodie (ISSA, Nr. 3, März 79 und Spiegel Nr. 13, 26.3.79).

Was der „Vorwärts“ verschweigt

So lobenswert und informativ die Berichterstattung des „Vorwärts“ auch ist, so hat sie doch einen nicht unerheblichen „Schönheitsfehler“: Auch Abgeordnete der SPD und hohe Funktionäre des DGB reisten oft und gern ins Land der Apartheid; sollten sie nicht fürstlich beschenkt worden sein, sind sie vielleicht nur Zweite Klasse hingeflogen?

Was der „Vorwärts“ verschweigt

Fest steht jedenfalls, daß sich auch die Herren von der SPD nahtlos in das politische Konzept von Rhodie und seiner Gang eingefügt haben und keineswegs durch zu scharfe Kritik auffielen. So reiste 1969 der damalige Finanzminister Alex Möller (SPD) in die RSA; es folgten u.a. der Ex-Juso-Chef W. Roth, L. von Bothmer, Peter Corterier.

Stellvertretend für die Gilde der Gewerkschaftsfunktionäre wäre besonders der IGM-Chef Eugen Loderer zu nennen, der Anfang 1978 für zwei Wochen in Südafrika weilte. Kaum zurückgekehrt, malte der Gewerkschaftsboß die Lage der Schwarzen in der RSA in den rosigensten Farben und warnte eindringlich vor einem Wirtschaftsboykott.

Ein Boykott würde vor allem die schwarzen Arbeiter treffen und wäre auch mit dem Verlust von Arbeitsplätzen in der BRD verbunden. Der 2. Vorsitzende der IGM, Hans Mayr, wußte zu berichten: „Einen Abend lang haben wir auf einer Versammlung nur mit Schwarzen diskutiert.“

Dabei sei keiner für einen Boykott gewesen. „Das hat uns zu denken gegeben.“ - Außerdem seien die Arbeitsbedingungen bei VW, Siemens und Daimler in Südafrika „weitgehend akzeptabel“ und das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ „weitgehend, wenn auch nicht vollständig“ realisiert (nach FR, 28.1.78).

Ob Loderer für derartige Statements tatsächlich von Rhodie geschmiert wurde, wissen wir nicht ... Anspruch auf Schmiergelder hätte er allemal!

Ein Boykott würde vor allem die schwarzen Arbeiter treffen und wäre auch mit dem Verlust von Arbeitsplätzen in der BRD verbunden. Der 2. Vorsitzende der IGM, Hans Mayr, wußte zu berichten: „Einen Abend lang haben wir auf einer Versammlung nur mit Schwarzen diskutiert.“

Dabei sei keiner für einen Boykott gewesen. „Das hat uns zu denken gegeben.“ - Außerdem seien die Arbeitsbedingungen bei VW, Siemens und Daimler in Südafrika „weitgehend akzeptabel“ und das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ „weitgehend, wenn auch nicht vollständig“ realisiert (nach FR, 28.1.78).

Ob Loderer für derartige Statements tatsächlich von Rhodie geschmiert wurde, wissen wir nicht ... Anspruch auf Schmiergelder hätte er allemal!

Ein Boykott würde vor allem die schwarzen Arbeiter treffen und wäre auch mit dem Verlust von Arbeitsplätzen in der BRD verbunden. Der 2. Vorsitzende der IGM, Hans Mayr, wußte zu berichten: „Einen Abend lang haben wir auf einer Versammlung nur mit Schwarzen diskutiert.“

Dabei sei keiner für einen Boykott gewesen. „Das hat uns zu denken gegeben.“ - Außerdem seien die Arbeitsbedingungen bei VW, Siemens und Daimler in Südafrika „weitgehend akzeptabel“ und das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ „weitgehend, wenn auch nicht vollständig“ realisiert (nach FR, 28.1.78).

Ob Loderer für derartige Statements tatsächlich von Rhodie geschmiert wurde, wissen wir nicht ... Anspruch auf Schmiergelder hätte er allemal!

Ein Boykott würde vor allem die schwarzen Arbeiter treffen und wäre auch mit dem Verlust von Arbeitsplätzen in der BRD verbunden. Der 2. Vorsitzende der IGM, Hans Mayr, wußte zu berichten: „Einen Abend lang haben wir auf einer Versammlung nur mit Schwarzen diskutiert.“

Türkei: Verschärfte Anwendung des Kriegsrechts

Am 17. März wurde der Student Bülent Uluerer von den Militärbehörden direkt aus dem Flugzeug heraus verhaftet.

Bülent war Vorstandsmitglied der revolutionären Organisation „Dev-Sol“ die sich im Sommer letzten Jahres von der Organisation „Devrimci Yol“ abgespalten hatten.

Nach dem Vorbild faschistischer Staaten ist der Genosse jetzt spurlos verschwunden. Amnesty international und die Verwandten fürchten um das Leben von Bülent, da er schwerkrank ist und zu befürchten ist, daß er von den Militärs gefoltert wird (FR, 27.3.79). Der Genosse war auf dem Weg in die Bundesrepublik, da er wegen seiner politischen Tätigkeit verhaftet werden sollte. Die Behörden ließen verlauten, er sei wegen eines gefälschten Passes verhaftet worden (Cumhuriyet, 23.3.79).

Seit der Verhängung des Kriegsrechts haben die Folterungen an Linken zugenommen.

Linke Pressearbeit wird zerschlagen

Nachdem von über 28 revolutionären Organisationen die Zeitungen verboten wurden, verschwinden jetzt die Verantwortlichen der Zeitungen in den Knästen.

Zwar geht die Sozialdemokratische Regierung Ecevit scheinbar weiterhin nach dem Prinzip vor, „rechts und links“ gleichzubehandeln, von den 16 Verhafteten sind die Hälfte Faschisten, aber durch die weitere Legalität der faschistischen MHP und ihrer Organe wird deutlich, daß im Wesentlichen die Linken getroffen werden. Als Alibi werden auch rechte Splittergruppen mitbetroffen, was aber die Schlagkraft der Faschisten insgesamt nicht negativ beeinflusst (Cum., 26.3.79).

Griechenland/Türkei-Kommission

Callaghan gestürzt Labour mal wieder abgewirtschaftet

Mit 310 zu 311 Stimmen zog Premierminister Callaghan am 29. März beim Mißtrauensvotum im Unterhaus

Callaghan gestürzt Labour mal wieder abgewirtschaftet

Mit 310 zu 311 Stimmen zog Premierminister Callaghan am 29. März beim Mißtrauensvotum im Unterhaus den kürzeren: In wenigen Wochen - genannt werden 3. oder 10. Mai - gibt es Neuwahlen. Nach fast genau 5 Jahren hat eine Labourregierung mal wieder abgewirtschaftet. Ein Wahlsieg der Tories bahnt sich an.

Als die Kollegen von Ford im letzten Dezember durch ihren Streik das 5%-Lohnediktat der Labourregierung als erste erfolgreich durchbrachen, rückte deren politisches Ende schnell näher. Die sich unmittelbar anschließende spontane Streikbewegung - die breiteste seit dem Generalstreik von 1926 - zeigte, daß 4 Jahre Lohnraubpolitik die Labourregierung ihre kanalisierende Wirkung auf ökonomische Kämpfe gekostet hat. Allein das geschickte Taktieren Callaghans gegenüber den kleinen Regionalparteien von Schotten, Waliser und den Loyalisten aus Nordirland rettete seine Minderheitsregierung vor einem schnelleren Ende.

Noch Ende Februar konnte C. erklären, er wolle bis Oktober im Amt bleiben („Guardian“, 27.2.).

Doch als die schottischen Nationalisten beim Referendum vom 1.3. (AK 150) keine Teilaautonomie mehr erreichen konnten, waren Callaghans Tage gezählt.

Zu den Stimmen der Labour Party konnte er sich nur noch die Zustimmung der beiden Abtrünnigen von der „Schottischen Labour Party“ und der drei Waliser Abgeordneten sichern, denen er noch schnell ein Gesetz zur Verbesserung der Lage von Staublungenrentnern versprochen hatte.

Wieweit der mit einer Tory-Regierung vorprogrammierte Taktikwechsel in Richtung auf brutale Angriffe auf die britische Arbeiterklasse reibungslos durchgesetzt werden kann, bleibt abzuwarten. Angesichts der Provokationen der Labourregierung gegenüber der Arbeiterklasse noch in jüngerer Zeit, dürfte das Abtreten Callaghans auf diese kaum eine demoralisierende Wirkung haben.

Viel wird auch davon abhängen, ob die Linke als politische Alternative eine Rolle spielen kann.

Zu den Stimmen der Labour Party konnte er sich nur noch die Zustimmung der beiden Abtrünnigen von der „Schottischen Labour Party“ und der drei Waliser Abgeordneten sichern, denen er noch schnell ein Gesetz zur Verbesserung der Lage von Staublungenrentnern versprochen hatte.

Wieweit der mit einer Tory-Regierung vorprogrammierte Taktikwechsel in Richtung auf brutale Angriffe auf die britische Arbeiterklasse reibungslos durchgesetzt werden kann, bleibt abzuwarten. Angesichts der Provokationen der Labourregierung gegenüber der Arbeiterklasse noch in jüngerer Zeit, dürfte das Abtreten Callaghans auf diese kaum eine demoralisierende Wirkung haben.

Viel wird auch davon abhängen, ob die Linke als politische Alternative eine Rolle spielen kann.

Zu den Stimmen der Labour Party konnte er sich nur noch die Zustimmung der beiden Abtrünnigen von der „Schottischen Labour Party“ und der drei Waliser Abgeordneten sichern, denen er noch schnell ein Gesetz zur Verbesserung der Lage von Staublungenrentnern versprochen hatte.

Wieweit der mit einer Tory-Regierung vorprogrammierte Taktikwechsel in Richtung auf brutale Angriffe auf die britische Arbeiterklasse reibungslos durchgesetzt werden kann, bleibt abzuwarten. Angesichts der Provokationen der Labourregierung gegenüber der Arbeiterklasse noch in jüngerer Zeit, dürfte das Abtreten Callaghans auf diese kaum eine demoralisierende Wirkung haben.

EPLF-Generalsekretär Issays Afeworki zur neuen Lage in Eritrea nach der sowjetischen Intervention:

Politisch hat sich nichts verändert. Unsere Ziele und unsere politische Ausrichtung bleibt die gleiche. Militärisch aber trifft uns diese Intervention hart. Aber das ist nicht das Wesentliche. Die wichtigste Sache in unseren Augen ist der Schaden für die befreiten Gebiete und für die soziale Revolution. Mit der Befreiung der Städte 1977 und dem Klima der Sicherheit, das wir in weiten Teilen der befreiten Gebiete möglich gemacht haben, hat die antifeudalistische Revolution große Impulse bekommen. Die letzten Sklaven wurden befreit, die Zurückgabe des Landes an die Bevölkerung weitgehend durchgeführt, und die Nomadenbevölkerung begann, erste Schritte auf dem Gebiet der Erziehung und des Gesundheitswesens zu machen. Alle sozialen Beziehungen und Kontakte begannen sich grundlegend zu verändern in direktem Bezug zu den revolutionären Gesetzen der Guerilla und mit den Aktivitäten auf dem Gebiet der politischen Erziehung. Wir waren beschäftigt mit der Rekonstruktion der eritreischen Landwirtschaft. All das ist zunichte gemacht worden durch die sowjetische Intervention.

Die Ergebnisse von vier Jahren Arbeit und Veränderung sind beinahe zerstört. Wir müssen mit diesem Prozeß in den befreiten Gebieten neu beginnen...

Mit den Sowjets haben sich die materiellen Bedingungen der Kämpfe verändert. Vor einem Angriff bombardieren sie massiv mit Flugzeugen und Artillerie. Gegen hunderte von Panzerwagen wäre es Selbstmord, auf unseren Positionen zu bleiben.

(Aus „Lotta Continua“, 18.3.79)



„Terroristen-Hochburg“ Lübeck: Wer terrorisiert hier eigentlich wen?

Während drei Lübecker Linke seit dem 3.3.79 wegen Verdachts nach §129f („terroristische Vereinigung“) noch immer in Untersuchungshaft waren, ging die Jagd der Fahndungsbehörden noch weiter. Drei Angehörige der berüchtigten Mogadishu-Truppe GSG-9 in voller Kampfausrüstung (mit MG im Anschlag!) erschienen zusammen mit fünf weiteren zivilen Polizisten am 23.3. morgens um 6.00 Uhr bei einem Landhaus in der Nähe von Lübeck-Travemünde und freuten sich, daß Realität werden sollte, was GSG-9-Chef Wegner zynisch verbreiten ließ: „Selbstverständlich wünschen wir uns schon mal wieder einen Einsatz.“ („Stern“ 14/1979).

Sie traten die Tür ein – Scheibengingen zu Bruch – und erschienen mit den MGs herumfuchtelnd am Bett der noch schlafenden Bewohner. Drei Stunden lang wurde das Haus umgekrempelt („Hausdurchsuchung“) nennt sich das) und wie gewöhnlich das Allerverdächtigste beschlagnahmt:

- ein Brief von Karl-Heinz Dellwo;
- das Grundwerkzeug zur Herstellung von Bomben!

Mit diesem „Bombenmaterial“ hatte es freilich eine besondere Bewandnis. Die Gegenstände, ein Wecker, Lötlampe usw., waren wenige Tage zuvor für einen öffentlichen Informationsstand verwendet worden, mit dem die Hausbewohner die Lächerlichkeit und Haltlosigkeit der Behauptung, die drei seit dem 3.3. Inhaftierten hätten eine „Bombenwerkstatt“ besessen, demonstriert haben wollten.

Schließlich wurde Hans-Joachim, der gerade im Landhaus war, ohne Haftbefehl vorläufig festgenommen, damit zur Feststellung seiner Identität eine Speichelprobe, eine Haarprobe und Fotos gemacht werden könnten. Zur selben Zeit wurde seine Berliner Wohnung durchsucht, wie er später erfuhr! Als er sich zunächst weigerte, seinen Speichel so ohne jeden Grund „Terroristen“-Fahndern zur Verfügung zu stellen, stattdessen vielmehr auf dem Fußboden vor den Augen verdutzter Staatsdiener eine „Probe“ mit der höflichen Bitte hinterließ, sich doch daran zu bedienen, erging es ihm schlecht. Man fuhr ihn zu einem Arzt, der mit einer Zange und weiterem gefährlichen Werkzeug – diesmal solem, über das wirklich nicht jeder verfügt! – eine Speichelprobe erzwingen wollte.

Nachmittags um 16.00 Uhr war, endlich die ganze Prozedur beendete, und Hans-Joachim war wieder frei. endlich die ganze Prozedur beendete, und Hans-Joachim war wieder frei. Als „Grund“ für die ganze Aktion wurde ihm genannt, es handle sich um ein „Folgeverfahren im Zusammenhang mit der Besetzung des Frankfurter dpa-Büros“, worunter natürlich alles mögliche verstanden werden kann. Darüberhinaus habe man seinen Namen und seine Adresse häufiger im Notizbuch des schon inhaftierten Frank gefunden...

Kurz darauf erschienen bei Ka. auf der Arbeitsstelle Polizeibeamte, um sie zu einem Verhör über Hans-Joachim mitzunehmen. Das Verhör brachte aber ebenso wenig „Erkenntnisse“ wie ein erst vor wenigen Tagen durchgeführtes. Bei einem entfernten Freund von Franks Bruder (!) erschienen Herren desselben Berufsstandes und befragten ihn nach Frank R.!

Sie waren morgens schon einmal erschienen und hatten der Mutter aufgetragen, auf keinen Fall von ihrem Besuch zu erzählen und ihren

Sohn nicht auf einen erneuten Besuch vorzubereiten.

Solidarität mit den noch immer in U-Haft sitzenden Linken!

Noch immer sind Frank und Lisa in Haft. Der dritte am 3.3. Festgenommene, Jörn, ist jetzt am 29.3. gegen eine Kautions von 25.000 DM vorläufig freigelassen worden. Er muß sich jedoch 3mal wöchentlich bei der Polizei melden, darf nur unter erschwerten Bedingungen Lübeck verlassen, darf keine Reise ins Ausland machen und keinen Kontakt zu Frank, Lisa und Hans-Joachim (der nicht einmal in U-Haft sitzt!) aufnehmen.

Die beiden noch Einsitzenden befinden sich jeweils in Einzelhaft, dürfen nur allein Hofgänge machen, erhalten ihr Essen durch Sicherheitsbeamte und dürfen auch als U-Häftlinge keine Privatsachen tragen. Seit kurzem sind vor ihren Fenstern Bleche befestigt worden, so daß sie kaum noch einen Blick nach draußen tun können! Besuchserlaubnis besteht nur für 60 Minuten im Monat (!), was gerade das Minimum für U-Häftlinge ist. Anträge auf Besuchserlaubnis müssen bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe gestellt werden, die auch die Post kontrolliert.

Vom „Komitee für die sofortige Freilassung von Lisa, Frank und Jörn“ sind bislang als Solidaritätsaktionen durchgeführt worden bzw. geplant:

- An einer spontan anberaumten Demonstration nahmen trotz miesesten Schneewetters und ungünstiger Zeit am 15.3. rund 100 Leute teil.

- Auf einer mit den Anwälten durchgeführten Pressekonferenz am 21.3. waren die Zeitungen „Lübecker Nachrichten“ und „Die Zeit“ vertreten. Die „LN“ berichteten immerhin anschließend auf der ersten Seite über die Darstellung der Anwälte in sehr objektiver Weise. Innerhalb der Redaktion soll es vorher schon Ärger gegeben haben, als einer der Verleger nur mit Mühe die erste BKA-Berichterstattung unmittelbar nach der Verhaftung durchsetzen konnte. Rund 80 Leserbriefe, die sich in der Mehrzahl gegen die Polizeiaktion ausgesprochen haben sollen, wurden nicht abgedruckt!!

- Mindestens 100 Menschen erschienen zu einer Informationsveranstaltung am 21.3. mit den Anwälten.
- Auf einem Solidaritäts-Fest, das staltung am 21.3. mit den Anwälten.
- Auf einem Solidaritäts-Fest, das in erster Linie zwecks finanzieller Unterstützung der Festgenommenen organisiert wurde, waren zwischen 150 und 200 Menschen dabei.
- In Arbeit ist gerade eine Dokumentation über die systematische Kriminalisierung der Inhaftierten bis hin zu „Terroristen“.

- Auch die Mutter von Frank will in den nächsten Tagen eine Pressekonferenz durchführen, in der sie v.a. über subtilere Repressalien gegenüber der Familie R. berichten will. So hat beispielsweise selbst Franks Oma im Altersheim darunter zu leiden, daß ihr Enkel in der Öffentlichkeit als „Terrorist“ abgestempelt worden ist!

Schon jetzt deutet sich an, daß die Fahndungsbehörden eine Geschichte in die Welt gesetzt haben, die zu einem Bumerang werden kann. Solidarität ist doch stärker und so soll es ja auch sein!

KB/Gruppe Lübeck



DER DIENST IST HART UND STELLT DIE BEAMTEN OFT VOR UNLÖSBAR SCHEINENDE AUFGABEN:



Hamburg
VERANSTALTUNG
Donnerstag, 5.4. um 18.00 im Audi-max.
Es spricht Haile Menkerios vom ZK der EPLF
(und es wird ein aktueller Film zu Eritrea gezeigt)

Erklärung von Frauen aus linken Organisationen Europas

Zum ersten Mal haben sich am 31.3. und 1.4.1979 Vertreterinnen verschiedener linker Organisationen Europas getroffen, um über die Frauenarbeit ihrer Organisationen zu sprechen. Vertreten waren folgende Organisationen: Venstre Sozialisterne (Dänemark), Movimiento Comunista/OIC (Spanien), Kommunistischer Bund (BRD), Democrazia Proletaria (Italien), Organisation Communiste de Travailleurs (Frankreich), Parti Sozialiste Unifié (Frankreich).

Unser Treffen ist entstanden aus der Schwierigkeit, innerhalb der Diskussionen der europäischen Linken anlässlich der Europa-Wahlen, die Diskussion um die Frauenarbeit überhaupt zu verankern. Wir halten es nicht für einen Zufall, daß hier nur weniger als ein Drittel der am Europa-Treffen sonst teilnehmenden Organisationen vertreten ist. Mit dieser Erklärung richten wir uns besonders an die hier nicht vertretenen Gruppen.

In zahlreichen Organisationen wird die Frauenarbeit entweder nicht als wirklich politisch anerkannt oder sie bleibt eine Absichtserklärung. Frauen in den linken Organisationen müssen oft dreimal soviel leisten, um politisch respektiert zu werden. Frauen sind in den wichtigen politischen Funktionen der Organisationen heute noch viel zu wenig repräsentiert. Wir meinen, daß es sich keine linke Organisation, die es mit der revolutionären Politik ernst meint, leisten kann, die Frauenpolitik verächtlich zu behandeln. Wir möchten betonen, daß die Frauenarbeit und der Kampf der Frauen innerhalb der politischen Linie unserer Organisationen nicht als sekundär und partiell angesehen werden können. Sondern daß sie für den Kampf um den Sozialismus unerlässlich und in diesem Sinne ein fundamentaler Bestandteil unserer Politik sind.

Da, wo wir schon unsere Rechte erkämpft haben, darf keine Stille eintreten, in der das Bewußtsein um die Frauenfrage erlahmt. Wir sind für das Recht der Frauen, sich innerhalb der linken Organisationen als Genossinnen jederzeit – ohne die Männer – zusammenzusetzen zu können.

Wir fordern die Diskussion um die Frauenpolitik auch im Rahmen der zentralen Treffen zur Kampagne der Europa-Wahlen und bei allen internationalen Zusammenkünften.

Wir fordern alle dort vertretenen Organisationen auf, zu den nächsten Treffen von Frauen aus linken Organisationen Vertreterinnen zu entsenden.

KEIN SOZIALISMUS OHNE BEFREIUNG DER FRAU – KEINE BEFREIUNG DER FRAU OHNE SOZIALISMUS!

Hamburg, den 1.4.1979

Großdemo in Sanrizuka

Zum Jahrestag der Besetzung des Flughafen-Kontrollturms und der erfolgreichen Verhinderung der Flughafenöffnung fand in Sanrizuka eine nationale Großkundgebung mit anschließender Demo mit rund 17.500 Teilnehmern statt (lt. Angaben der Oppositionsliga als Veranstalterin). Angesichts der Stagnationstendenzen innerhalb der Bewegung muß dies als Erfolg gewertet werden. Hervorzuheben ist vor allem die überraschend hohe Beteiligung der regionalen Eisenbahner-Gewerkschaftsgruppe aus Chiba mit rund 300 Leuten, die eine entscheidende Bedeutung bei der Verhinderung des Düsentreibstofftransports spielen. Grund hierfür war wohl die Absperrung jeglicher Exekutivgewalten der Chiba-Gewerkschaftsgruppe durch die nationale Gewerkschaftsleitung, wegen ihrer Solidari-

sierung mit der Oppositionsliga. Neu war ferner der Auftritt der »Gruppe der Familienangehörigen«. Die Entstehung dieser Gruppe vor einem Jahr ist auf die Bemühung der Rechtshilfe-Initiative (Kyuen Renraku Centre, Tokyo) zurückzuführen, die versuchte, das Verständnis der Familienangehörigen der Sanrizuka-Angeklagten für den Widerstand zu gewinnen, sie vor den vielfältigen staatlichen Repressionsmaßnahmen zu schützen und sie letztlich auch mit in den Widerstand einzureihen. Die Erklärung einer Mutter eines Angeklagten auf der Kundgebung, wie sie ihre moralische Entrüstung und ihre Scham über das »Verbrechen« ihres Sohnes überwand und zur Erkenntnis über die Brutalität der Bullen, der Richter und des Staates teilweise auch durch eigene Erlebnisse gelangte und

schließlich zu einer Fortsetzung des Widerstands mit allen Mitteln und Kräften aufruft, hatte nicht nur einen tiefen emotionalen Eindruck bei den Zuhörern hinterlassen, sondern auch die Wichtigkeit der besonderen Betreuung der Familienangehörigen bei der Gefangenearbeit gezeigt.

Die Demo verlief 'ruhig' ohne direkte Konfrontation mit den Bullen. Drei Flughafengegner wurden beim Transport von Mollis verhaftet. Ansonsten: brennende Reifen, ein Grasflächenbrand, der aber wegen der plötzlich umgeschlagenen Windrichtung beinahe eine der Solidaritätshütten der Flughafengegner in Brand gesetzt hätte, und Feuerwerkskörper, die beim Anflug von landenden Flugzeugen hochgejagt wurden.

Asien/Australien-Kommission



100.000 gegen

Fortsetzung von Seite 1

Aus Lichtenmoor, aus Brokdorf, aus Grohnde, aus Wyhl und vom Kaiserstuhl, aus Wyhl und vom Kaiserstuhl, aus NRW und Kalkar waren Trecker nach Hannover gekommen, um dort ihre Solidarität mit den Gorlebenern zu zeigen. Tausende Ortsansässige aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg gingen an der Spitze des Zuges, wobei die mitgeführten Ortsschilder (Lüchow, Trebel, Gedelitz...) kundtaten, daß kein Dorf im Widerstand gegen die WAA fehlte.

Außer sämtlichen Umweltschutzverbänden und Bürgerinitiativen hatten alle linken Organisationen zur Hannoveraner Demo aufgerufen, sowie die Jusos, der SPD-Unterbezirk Hannover, die DKP Niedersachsen (die DKP insgesamt mobilisierte natürlich für die am gleichen Tag stattfindende Berufsverbote-Demonstration in Bonn) und Teile der Falken.

Landesregierung und Polizei hatten natürlich versucht, gegen diese noch nie erreichte Einheit der AKW-Gegner öffentlich Stimmung zu machen: Im Rundfunk wurde am Freitag vor einem Bus der „KPD“ aus NRW gewarnt, der sich mit Sprengstoff beladen Hannover näherte, Busunternehmen waren mit Hinweisen auf mitgeführte Waffen (a la Kalkar) unter Druck gesetzt, die Vermietung der Busse rückgängig zu machen...

Wie absurd diese versuchte Spaltung in gewaltfreie und gewalttätige Demonstranten war, geht aus dem Bullenbericht selbst über die Hannover-Demo hervor. Der Bericht vermerkte nur einen einzigen (!) Zwi-

schenschlag auf der Schlußkundgebung am Klagesmarkt, als einige Demonstranten auf den Balkon eines angrenzenden Wohnhauses wollten und sich die Hausbewohner darüber bei der Polizei beschwerten.

Der Hörigkeit der westdeutschen Medien gewiß, verfälschten Landesregierung und Polizei in haarsträubender Weise die Teilnehmerzahlen: Rundfunk und Fernsehen (ZDF) berichteten erst von 10-20.000, dann von 35.000 Demonstranten, in der Tagesschau waren es immerhin 40-100.000. Der Beweis für die bewußte Verfälschung der Demonstrantenzahl ist der Hannoveraner Polizeifunk, der am Samstag Mittag bereits 114.000 AKW-Gegner meldete.

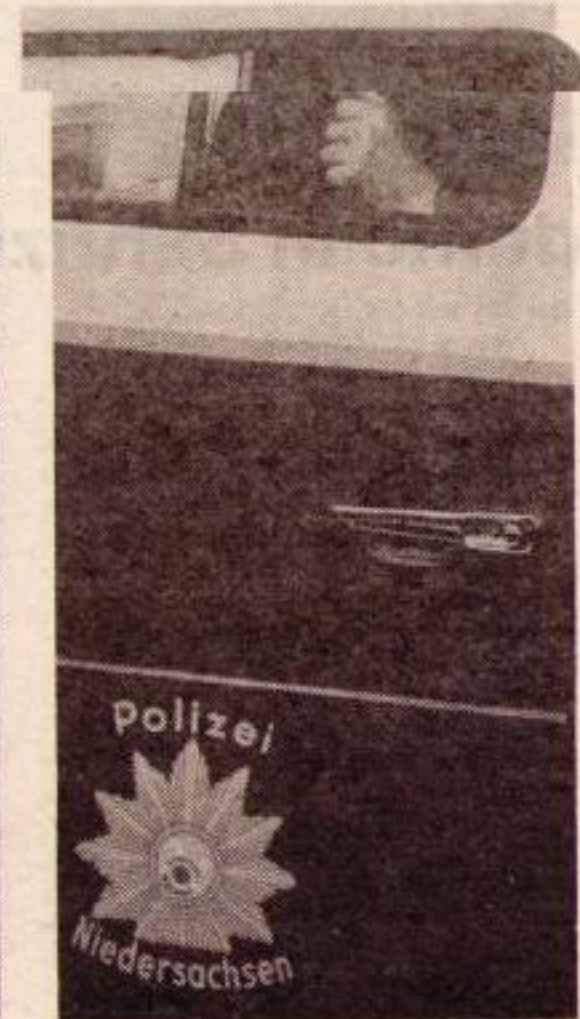
Diese Strategie der Lüge und des Totschweigens des Widerstands versuchen die Herrschenden bereits seit den Kämpfen am Bauplatz von Brokdorf: 6-10.000 Demonstranten waren laut Polizeiangaben am 19.2.77 in Brokdorf - tatsächlich waren es über 30.000. Aus Kalkar meldeten die Bullen 20.000 - tatsächlich waren (trotz der stundenlangen Polizeikontrollen) über 70.000 in Kalkar angekommen...

Doch allen diesen Lügen der Atom-Mafia zum Trotz ist die Bewegung ständig gewachsen, wofür Hannover den lebendigen Beweis lieferte.

Hannover gehörte den AKW-Gegnern

24 Stunden lang war die Innenstadt von Hannover ganz im Zeichen des Widerstands gegen die WAA und die Atomenergie. Längs der fast 5 km langen Demo-Route hingen Transparente aus den Fenstern „gegen den monströsen Atomwahn“, die bislang größte in Hessen) war beeindruckend, auch ihre Zusammensetzung: AKW-Gegner aller Richtungen, Dutzende von Transparenten und Fahnen, verkleidete Gruppen, Atommülltransport, Musikgruppen, eine Buchstaben-Sandwich-Reihe „Gorleben soll leben“ u.v.m. bekundeten die Vielfalt der Anti-AKW-Bewegung. Vor allem aber: Die geordnete Durchführung der Demonstration dokumentierte die Einheit der AKW-Gegner und den Willen zum gemeinsamen Widerstand. „Der Zug bot auf seinem Weg ein Bild des friedlichen, aber entschlossenen Protestes...“ („Offenbach-Post, ebd.).

Offenbach wurde als Ort der Demo gewählt, weil hier der Sitz der KWU (Kraftwerk-Union), des bedeutendsten westdeutschen Herstellers von AKW's, liegt. Der Weg führte mitten durch die zu dieser Zeit (Samstag Mittag) sehr belebte Offenbacher Innenstadt und dann bis auf 150 Meter an das Gebäude der KWU heran. Auf dem Gelände der KWU war der lebendige Beweis dafür postiert, daß





Atomstaat

duldig ausharrenden) Demonstranten spielten aus mehreren Wohnungen Lieder von Mossmann und andere Anti-AKW-Songs. Eine Wohngemeinschaft schrieb die von „Radio Regenbogen“ laufend gesendeten Demoteilnehmerzahlen auf ein riesiges Transparent und als die 100.000 erreicht waren, flüchteten die Vorbeiziehenden vor Freude bald aus.

„Hopp, hopp, hopp – Gorleben stopp“ (im guten alten Ho, Ho, Ho Tschü-Minh-Lauftempo) war die beiden (durchgefrorenen) Demonstranten am meisten gerufene (und gehoppte Parole), aber auch Verse wie „Albrecht von der Leine, in die Leine, nicht alleine – Schmidt muß mit“ und „Eene mene Miste, Albrecht in die Kiste, – eene mene Muh, macht die Kiste zu, – eene mene Meck, schmeißt die Kiste weg“ erfreuten sich besonderer Beliebtheit. Immer wieder auf Jubel stießen natürlich die 200 Trecker und landwirtschaftlichen LKWs, die den weiten

mit Parolen geschmückten Treckern zu Strahlmann fuhren. Nachdem Albrecht das Treffen so einleitete, daß die WAA gebaut werde, wenn das Konzept sicher sei, gab es eine heftige Auseinandersetzung mit den Gorlebenern und das Treffen war dann auch bald zu Ende. Mehrere tausend AKW-Gegner diskutierten und feierten am Nachmittag am Raschplatz – auf dem seit der Demo ein 2,5 t schwerer Findling mit der Inschrift „Gorleben ist überall“ als unübersehbare Warnung an die Atommafia liegt.

Auf brechend vollen Festen (mit jeweils mehreren tausend Teilnehmern) feierten die AKW-Gegner am Raschplatz, Glocksee und in der Kornstraße bis in die späte Nacht.

Total überfüllt war auch die Abendveranstaltung in der Eilenriedehalle, zu der über 10.000 gekommen waren. Auf der Veranstaltung sprach u.a. Yves Lenoir (graduierter Ingenieur der Ecole Supérieure

schaftlichen LKWs, die den weiten Weg aus dem Landkreis bis nach Hannover gekommen waren.

Sehr findig war auch der 2.000 Frauen starke Frauenblock (dazu hatten mehrere Hannoveraner und Schleswig-Holsteiner Frauengruppen und die Frauenversammlung des Landvolkverbandes in Lüchow-Dannenberg aufgerufen), die nach mehrstündigem Warten einfach eine andere Route zum Platz der Schlußkundgebung, dem Klagesmarkt, gegangen waren, um dort rechtzeitig einzutreffen.

Diese Schlußkundgebung, zu der zwei Stunden nach Beginn immer noch Demonstranten auf den Platz strömten, stand ganz im Zeichen der Begegnung der Standorte. Ortsansässige aus Brokdorf, Kalkar, Asse, Wyhl, Grohnde, Lichtenmoor und anderen Orten berichteten über ihren Widerstand und versicherten sich die gegenseitige Unterstützung.

Am Nachmittag empfing Albrecht 250 Betroffene aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg, die mit ihren

in Offenbach

den AKW-Betreibern die Argumente immer knapper werden: 500 Bereitschaftspolizisten mit mehreren Wasserwerfern und Hunden hatten das Areal hermetisch abgeriegelt, ein martialisches Bild.

Nach fast dreistündiger Demonstration dann die Abschlussskundgebung auf dem Vorplatz des Ledermuseums. Grußtelegramme der Wiesbadener Abendgymnasiasten und der AKW-Gegner aus Trier, die nicht kommen konnten, weil sie aus Protest gegen den Bohrbeginn in Gorleben den Trierer Dom besetzt hatten. Ein Sprecher der Offenbacher BI, von der die Initiative zu der Demonstration (ursprünglich nach dem 3-Stufen-Konzept geplant) ausgegangen war, rief zur Beteiligung an der Kundgebung in Hannover am 31.3. auf und warnte unter dem Hinweis auf die notwendige Zusammenarbeit mit der Lüchow-Dannenger Bevölkerung vor unüberlegter Militanz. Er äußerte die Hoffnung, in Bälde auch in Gorleben demonstrieren zu können.

Vorbereitung und Durchführung der Demonstration vom 24.3. lassen hoffen und wünschen, daß es auch in Zukunft zu ähnlich solidarischer Zusammenarbeit unter allen Beteiligten kommen wird.

Der Widerstand wächst weiter!

KB/Gruppe Frankfurt

NAZI-ÜBERFALL Zeugen gesucht!

Ein Demonstrant wurde von einer Bande von uniformierten Neonazis überfallen und zusammengeschlagen. Weitere Verletzungen führten dazu, daß er in die Klinik eingewiesen werden mußte.

Dieser Überfall ereignete sich, während ein Teil der Demo auf der Route am Lister Kirchweg marschierte. Anzeige ist erstattet worden.

Es werden jedoch noch Zeugen benötigt, um die Nazis vor Gericht zu kriegen. Alle Demonstranten, die den Überfall beobachtet haben, wenden sich bitte an das

ANTI-ATOMZENTRUM im JZ
Hannover



Atomunfall in USA: AKWs sind totsicher!

In Harrisburgh, USA, läuft seit Mittwoch, dem 28. März, die bisher schwerste und folgenreichste „Panne“ in der Geschichte der Atomenergie ab. Selbst wenn es gelingen sollte, die äußerste Katastrophe – Schmelzen des Reaktorkerns und Explosion einer radioaktiven Gasblase – abzuwenden, sind schon jetzt die langfristigen Folgen durch eine radioaktive Verseuchung der Umgebung in weitem Umkreis nicht mehr zu verhindern. Im äußersten Fall droht eine Katastrophe, deren Folgen in einer Studie für die Bundesrepublik mit 30 Millionen Toten veranschlagt worden sind.

Daß angesichts dieser Situation die US-Regierung eine Massen-Evakuierung der bedrohten Bevölkerung immer noch hinauszögert, kommt, selbst wenn die äußerste Katastrophe nicht eintritt, einem vorprogrammierten Massenmord gleich. Denn schon jetzt steht fest, daß als Folge der radioaktiven Verseuchung Krebserkrankungen und andere Krankheiten in der Umgebung des Atomkraftwerks von Harrisburgh erheblich zunehmen werden.

In allen Lobreden für die Atomenergie ist immer davon die Rede, daß eine Vielzahl gekoppelter Sicherheitsmaßnahmen einen ernstesten Unfall praktisch ausschließen. Ein „Unfall“, wie er sich jetzt in Harrisburgh ereignet hat, könne sich – so hieß es in den Hochglanz-Broschüren der AKW-Industrie – höchstens einmal in 17.000 Jahren ereignen. Ein „Super-GAU“, wie er jetzt in Harrisburgh droht, könne sich praktisch überhaupt nicht ereignen, allenfalls einmal in einer Milliarde Jahre...

Die Schlussfolgerung aus der „Panne“ von Harrisburgh muß die sofortige Stilllegung aller AKW's in der Bundesrepublik sein, zumal deren „Pannen“ uns bereits in der Vergangenheit wiederholt an den Rand der Katastrophe geführt haben.

Die Ursachen der „Panne“

Die „Panne“ scheint am Mittwochmorgen mit dem Versagen einer Kühlmittel-Pumpe begonnen zu haben. Aus Sicherheitsgründen schaltete sich daraufhin der Reaktor automatisch ab. Entweder kam es dann trotz einsetzender Notkühlung bald danach zu einer Überhitzung des Reaktors oder – nach einer anderen Quelle – ein Techniker schaltete die Notkühlung wieder aus, wodurch ebenfalls eine Überhitzung entstanden sein kann.

Durch die steigende Hitze kam es zu einem Bruch mehrerer Brennstäbe und Brennstab-Hüllen, was zu einem Verschmelzen des Reaktorkerns (mittlerweile bis zu 30 % der Kernladung) führte.

Langfristige Verseuchung der Umgebung

Langfristige Verseuchung der Umgebung

Weil sich infolge der Überhitzung der Druck im Reaktor enorm erhöhte, kam es zum Bruch einer Rohrleitung, durch die seither radioaktiver Dampf entweicht. Da innerhalb des Reaktor-druckgefäßes der Druck ständig ansteigt, sind offenbar auch stoßweise Abgaben von radioaktiven Gasen aus den Tanks notwendig, um ein Platzen der Tanks zu verhindern.

Innerhalb des Reaktor-Gebäudes ist die Strahlungsintensität durch die Teilverschmelzung des Kerns bereits drastisch angestiegen: Sie beträgt 20-30 000 Röntgen pro Stunde! Das ist das 40fache der tödlichen Dosis! Diese Strahlungsintensität läßt sich nicht mehr abschirmen, sondern dringt auch durch die 1 Meter dicken Stahlbeton-Wände des Reaktors.

Zudem entwickeln sich radioaktive Gase in solchen Mengen, daß diese durch kein Filter- oder Rückhaltesystem mehr aufgefangen werden können.

Die radioaktive Verseuchung der Umgebung des AKW wird noch erheblich dadurch verschärft, daß radioaktives Kühlwasser ungefiltert in einen nahegelegenen Fluß gepumpt wird. Schon am Samstag, 31. März, wurde offiziell von 1,5 Millionen Litern gesprochen. Durch den Fluß gelang das radioaktive Kühlwasser ins Meer. Welche Gebiete dadurch verseucht werden können, zeigen Untersuchungen der radioaktiven Abwässer von La Hague, die noch vor der norwegischen Küste nachzuweisen sind. Ebenso wird der radioaktive Niederschlag nicht nur in der näheren und weiteren Umgebung des AKW wiederzufinden sein, sondern kann – wie die Atombomben-„Fallouts“ gezeigt haben – sich über die ganze Welt verteilen.

Eine Katastrophe droht

Noch weitaus verheerender wäre das Eintreten des sogenannten Super-GAU, d.h. des größten möglichen Unfalls. Ein solcher Super-GAU kann sich eigentlich nach den „Berechnungen“ der AKW-Betreiber nur einmal in einer Milliarde Jahre ereignen. In Harrisburgh allerdings droht ein Super-GAU unmittelbar.

Zum einen hat sich durch das Teilverschmelzen des Kerns und die darüber geleitete Notkühlung in großen Mengen Wasserstoff entwickelt, der, zusammen mit dampfförmigem

nächsten Jahren die Folgen für die Betroffenen spürbar werden.

Eine Massen-Evakuierung hingegen wäre das eindeutige Eingeständnis des Ausmaßes der „Panne“. Eine solche Maßnahme hätte selbstverständlich schwerwiegende „psychologische“ und politische Folgen für die öffentliche Meinung in den USA und für die Zukunft des Atom-Programms – nicht nur in den USA. Staat und Atomindustrie setzen deshalb solange wie irgend möglich auf die Hoffnung, den Super-GAU doch noch vermeiden zu können, um schließlich behaupten zu können, man habe die



Reaktor-Explosion im Experiment

radioaktiven Wasser und mit radioaktiven Gasen, eine Gasblase im oberen Teil des Reaktor-Druckgefäßes gebildet hat. Falls es in dieser Gasblase zu einer Knallgas-Mischung aus Wasserstoff und Sauerstoff kommt, gibt es eine Explosion. Dabei könnte der Druckbehälter so stark beschädigt werden, daß die gesamte Radioaktivität des Reaktors ins Freie dringt. Das würde der Radioaktivitäts-Menge von ca. 1000 Hiroshima-Bomben entsprechen!

Zugleich könnte eine solche Explosion zum völligen Verschmelzen der Brennstäbe führen. Dann würde sich der Reaktorkern als glühende Masse in die Erde ergießen und das der Brennstäbe führen. Dann würde sich der Reaktorkern als glühende Masse in die Erde ergießen und das Grundwasser verseuchen. Ein Gebiet von mehreren hundert Quadratkilometern würde dabei verseucht werden und wäre auf Jahre hinaus nicht mehr bewohnbar. Für die BRD werden in einem solchen Fall in einer Studie (erstellt im Auftrag der Atomindustrie!) 30 Millionen Tote veranschlagt.

US-Regierung betreibt Massenmord!

Trotz der bereits jetzt ständig ausströmenden und in den Fluß gepumpten Radioaktivität und trotz des immer drohenden Risikos eines Super-GAU hat die US-Regierung bisher die Evakuierung hinausgezögert.

Nur schwangere Frauen und Kinder im Vorschulalter wurden zum Verlassen der Umgebung aufgefordert. Allein im Umkreis von 15 km um das AKW müßten rund 150.000 Menschen evakuiert werden. In der weiteren Umgebung sind knapp eine Million Menschen betroffen.

Daß sie nicht evakuiert werden, bedeutet, daß sie ständig der aus dem AKW dringenden Radioaktivität ausgesetzt sind. Als Langzeitfolge dieser Verseuchung werden mit tödlicher Sicherheit in 5-20 Jahren die Krebserkrankungen unter der Bevölkerung sprunghaft ansteigen. Außerdem werden als Folge der „Panne“ in den nächsten Jahren viele Menschen an allen möglichen Krankheiten sterben müssen, da die radioaktive Bestrahlung ihr Immun-System schwächt.

Die US-Regierung und die Atomindustrie der USA behaupten allerdings nach wie vor, die bisher freigesetzte Radioaktivität liege unterhalb der gefährlichen Schwelle. Sie rechnen darauf, daß es langfristig nicht direkt nachweisbar sein wird bzw. vertuscht werden kann, wenn in den

„Panne“ auch ohne Evakuierung wieder „unter Kontrolle gebracht“.

Das kann auch in der BRD passieren!

Natürlich haben die westdeutschen Atom-Betreiber sofort erklärt, daß ein derartiger Unfall in der BRD gar nicht passieren könne, da hierzulande eine ganz andere Technik angewendet werde.

Aber erstens gibt es auch in der BRD eine Reihe von Druckwasser-Reaktoren, wie z.B. Biblis. Und zweitens stellt die Firma Babcock & Wilcox, die die in Harrisburgh ausgefallene Pumpe lieferte, auch die Pumpen stellt die Firma Babcock & Wilcox, die die in Harrisburgh ausgefallene Pumpe lieferte, auch die Pumpen für zahlreiche westdeutsche AKW's her...!

Noch weitaus folgenreicher als ein solcher AKW-„Unfall“ wäre eine „Panne“ in der Wiederaufbereitungsanlage, die in Gorleben gebaut werden soll: Im Fall einer Katastrophe wäre die Bevölkerung im Umkreis von 1-2000 Kilometern gefährdet. Es liegt auf der Hand, daß es nicht einmal die Möglichkeit gäbe, ein derart riesiges Gebiet mit einer Bevölkerung von einigen hundert Millionen Menschen zu evakuieren!

Überdies wäre schon bei einem Unfall in einem „normalen“ AKW, beispielsweise in Brunsbüttel, damit zu rechnen, daß die Bundesregierung in genau derselben verantwortungslosen Weise wie jetzt die US-Regierung mit der Evakuierung bis zum letzten Moment zögern und die Gefahr herunterspielen würde.

Stilllegung aller AKW's!
Totaler Baustop für alle AKW's!

„Freiheit für die gefangenen AKW-Gegner!“

Diese Parole hatten Ingrid, Katrin und Andre in Oldenburg an eine Brücke gemalt. Sie waren dabei bespitzelt und angezeigt worden. Am 9.3. mußten sie vor Gericht erscheinen. Über 100 AKW-Gegner(innen) waren zum Prozeß gekommen. Die Anklage auf „rechtswidrige Beschädigung einer fremden Sache“ wurde zwar eingestellt, allerdings bekamen die drei ein Bußgeld von insgesamt 700 DM aufgebürdet.

Jens Scheer freigesprochen

Nach vier Verhandlungstagen vor der Großen Strafkammer III des Bremer Landgerichts entschied das Gericht auf Freispruch. Dem Atomphysiker und „KPD“-Mitglied war in der Anklage vorgeworfen worden, auf einer Veranstaltung der Bürgerinitiative „KKW-Nein“ Köln am 5.2.77 zur Demonstration am 19.2. in Brokdorf und damit zu schwerem (!) Landfriedensbruch aufgerufen zu haben. Bei der „schmalen Grundlage der Beweisführung“ – so Richter Crome – sei dem Angeklagten die Aufforderung zur Gewaltanwendung nicht nachzuweisen.

Der Staatsanwalt hatte allein in dem Aufruf zur Demonstration und der Parole „Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden!“ unter Hinweis auf die „Persönlichkeitsstruktur“ (sprich: Gesinnung) von Jens Scheer messerscharf gefolgert: damit kann nur Aufruf zur Gewalt gemeint sein! Dafür sollte es dann 8 Monate (auf Bewährung) geben.

Diese Forderung (nach Rückführung des Bauplatzes in seinen Urzustand) hatte das Gericht bereits in seinem Eröffnungsbeschuß als (umwelt)politisches Postulat und damit strafrechtlich nicht relevant bezeichnet.

net.

Es ging also in der Beweisaufnahme nur darum, ob „der Angeklagte“ auf der Veranstaltung in Köln neben dem Aufruf zur Demonstration auch zur Platzbesetzung am 19.2. aufgerufen und damit – wie sich der Staatsanwalt ausdrückte – „Gewalt mit aller Konsequenz“ nicht ausgeschlossen hatte.

Der Staatsanwalt stützte sich dabei im wesentlichen auf ein stark gekürztes und verzerrt wiedergegebenes Interview im „Spiegel“ vom Februar 77 sowie auf die vagen Aussagen zweier Polizeispitzel, die seinerzeit die Aufgabe hatten, die Kölner Veranstaltung zu „observieren“.

Kurz: der verantwortliche Spiegel-Redakteur machte von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch und die Aussagen der Spitzel wurden durch Zeugnisaussagen von Besuchern der damaligen Veranstaltung derart ramponiert, daß dem Gericht nur zwei Möglichkeiten blieben: entweder – der Forderung des Staatsanwalts entsprechend – ein lupenreines Gesinnungsurteil zu fällen oder den „Angeklagten“ freizusprechen. Man entschied sich für letzteres.

KB/Gruppe Bremen

Willkür einer „deutschen“ Behörde

Einen neuen Schlag landete die Bezirksregierung Hannover gegen die 18 von der Schadensersatzklage betroffenen Grohnde-Demonstranten. Im November war ein von allen 18 unterzeichnetes Plakat verklebt worden, in dem es hieß: „Wir erklären, daß wir diesen Betrag nicht zahlen werden und fordern die Bezirksregierung Hannover auf, die Zahlungsaufforderungen sofort zurückzunehmen.“

Anfang März erhielten alle 18 einen Brief der Bezirksregierung, in dem festgelegt wird: „Zusammen mit 17 weiteren Personen zeichnen Sie verantwortlich für das Plakat. ... Es enthält kein Impressum. (wozu auch – die Adressen der 18 sind der Bezirksregierung ja offensichtlich bekannt!) Dieser Verstoß gegen § 8 (des niedersächsischen Pressegesetzes) stellt eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einer Geldbuße bis zu 10.000 DM geahndet werden kann. Ich leite hiermit ein Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen Sie ein.“

Zahlungsbescheide gehen weiter!

Die 200 Bewohner des Anti-Atom-Dorfs-Grohnde sollen jetzt 212.000 DM zahlen, die durch die Räumung des Lagers der Polizei entstanden seien. 60.000 DM wollen die Bullen für die Betriebskosten, 62.000 DM „Lohn“ für Überstunden, Reise, Verpflegung, Unterkunft und Betriebszuschläge.

Die Räumung sei angeblich wegen Behinderung der Zuliefertransporte sowie durch Behinderung von Arbeiten auf dem Werksgelände notwendig geworden.

Bevor dieses Geld eingetrieben wird, bzw. die Dorf-Bewohner vor Gericht gestellt werden, will man ihnen „Gelegenheit geben, sich zu den Forderungen zu äußern“ („HAZ“, 22.3.79). Nachdem die Grohnde-Angeklagten der Aufforderung, sämtliche angeblichen Bullen-Kosten für die Grohnde-Demo (234.000 DM) zu zahlen, nicht nachgekommen waren, sollen sie am 26.4. erneut vor das Landgericht Hannover gestellt werden.

Trotz Volksabstimmung: Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf wird vorbereitet!

Die Volksabstimmung in Österreich am 4.11.78 ergab eine Mehrheit gegen den Bau und die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken.

Wenig später versprachen alle Parlamentsparteien feierlich, daß sie sich an diesen Beschluß des Volkes auch halten wollten.

Trotzdem wurden von der Regierung keine Schritte eingeleitet, das fertige AKW Zwentendorf bei Wien zu demontieren und die nuklearen Anlagen zu verkaufen. Nicht einmal die Betreibergesellschaft GKT wurde aufgelöst. Aus diesen Gründen hatte die „Initiative Österreichischer Atomgegner“ (IOAG) schon wenig nach der Volksabstimmung die Vermutung geäußert, daß nach einer „Abkühlungsphase“ und neuerlichen „Licht-aus-Propaganda“ das AKW dennoch in Betrieb genommen werden sollte.

Jetzt stellt sich heraus, daß diese Befürchtung nur allzu berechtigt war: Im AKW Zwentendorf wird derzeit hektisch gearbeitet. Inzwischen sind die letzten Endabnahmetests als Voraussetzung für eine spätere Betriebsbewilligung gelaufen.

Auch auf der politischen Ebene wird weiterhin in Richtung Inbetriebnahme gearbeitet: Die von SPÖ und ÖVP gemeinsam installierte Reaktorsicherheitskommission arbeitet weiter fahrlässig an einem Bericht über die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften. Weitere Hea-

rings sind angekündigt.

Bei diesem Vorgehen zeigt sich deutlich, daß die Atomgegnerschaft der größten Oppositionspartei ÖVP während der Volksabstimmung lediglich wahltaktischer Natur gewesen ist: Der Countdown im AKW Zwentendorf findet mit ihrer Billigung statt; für die Zeit nach den Wahlen am 6. Mai schließt auch die ÖVP eine Inbetriebnahme nicht aus: „Ob es gelingt ..., daß Österreich... ohne Kernenergie auskommt, kann heute niemand sagen“ (Energiesprecher der ÖVP, König).

Angeichts dieser Provokation der politisch verantwortlichen Parteien ruft die IOAG zu einem Ostermarsch nach Zwentendorf auf. Sie fordert:

- „Aufhebung aller Bewilligungen, insbesondere der Lagerbewilligung für die Brennelemente,
- Auflösung der GKT als Kernkraftwerksbetriebsgesellschaft,
- Beginn der Demontage der nuklearen Teile und Offenlegung aller diesbezüglichen Schritte.“

Gegen den Versuch der bürgerlichen Parteien, die Frage der Atomenergie aus dem Wahlkampf für die Parlamentswahlen herauszuhalten, propagiert die IOAG: „Wer sich um unser Nein nicht schert, ist keine Wählerstimme wert.“ (nach „profil“ 10/79)

Österreich-Kommission

Giftmüllskandal in Hessen weitet sich aus

Nachdem bekannt geworden ist, daß die Milchproduktion im Umkreis der Firma Merck in Gernsheim (Hessen) durch hochgiftiges HCH (Hexachlorcyclohexan), den Rückständen der Produktion des Pflanzenschutzmittels „Lindan“, verseucht ist, beginnt man nun langsam mit Untersuchungen darüber, welches Ausmaß diese Verseuchung wirklich hat. In Weiterstadt bei Darmstadt wurde auf einem Bauernhof die HCH-Konzentration in der Milch ebenfalls überschritten, diesmal um das siebenfache des „zulässigen Höchstwertes“. Selbst im städtischen Klärschlamm wurde eine hohe Konzentration von HCH gemessen. Bodenuntersuchungen in der Umgebung der Firma Merck brachten alarmierende Ergebnisse zutage: „Nach Bodenkontrollen auf insgesamt 3000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (...) wurde von den Behörden für 60 Hektar ein sofortiges Bewirtschaftungsverbot ausgesprochen. (...) Für weitere 140 Hektar gilt ein beschränktes Anbauverbot. (...) Die am höchsten kontaminierten (=verseuchten; Anm.AK) Flächen befinden sich in unmittelbarem Umkreis des Fabrikationsgeländes der Firma Merck.“

Die jetzt vorliegenden Ergebnisse von 167 Futtermittelproben haben (...) bei 56 Proben erhöhte HCH-Werte ergeben“ („FR“, 9.3.79).

Doch damit nicht genug: Aufgrund von Untersuchungen an Kakaotrunk-Tüten mußten 10.000 Tüten „vorsorglich“ vernichtet werden. Die HCH-Werte lagen um das 10-fache über dem zulässigen Höchstwert. Dieser Befund wird allerdings noch „angezweifelt“, da eine von dem betroffenen Molkereibetrieb privat in Auftrag gegebene Untersuchung angeblich keine Verseuchung festgestellt hat. Übrigens wurde schon 1977 bei Kontrollen in der gesamten BRD festgestellt, daß acht Prozent (!) der Rohmilchproben und zweieinhalb Prozent der pasteurisierten Trinkmilch die zulässigen Höchstwerte für HCH überschritten (lt. „FAZ“, 9.3.). Man braucht also nur zu suchen und wird schnell fündig. Auch in Hamburg wurde ja inzwischen HCH-verseuchte Milch gefunden.



Nach der Blutprobe: Einwohner von Gernsheim und Biebesheim

Wie gefährlich HCH für die Gernsheimer Bevölkerung ist, zeigen erste medizinische Untersuchungen: „Insgesamt zehn Ried-Bewohner haben einen HCH-Gehalt im Blut, der 12 Mikrogramm pro Kilogramm übersteigt - bei acht Personen sind es sogar zwanzig Mikrogramm. Bei sechs weiteren Untersuchten wurden im Kreislaufrückstrom Leberschäden registriert, die möglicherweise ebenfalls auf die HCH-Verseuchung zurückzuführen sind“ („FR“, 1.3.).

Das Seveso-Gift in Hessen?

Bei der Produktion von „Lindan“ fallen große Mengen Giftmüll an. HCH kommt in verschiedenen Zustandsformen (Isomeren) vor, wobei das sogenannte Gamma-HCH das Pflanzenschutzmittel „Lindan“ ist, selbst schon hochgiftig. Das Alpha- und Beta-HCH ist der Giftmüll, von dem mindestens 100.000 Tonnen bei Merck einfach vergraben wurden, die Ursache der Milchverseuchung. Aus dem Abfall versuchten die Merck-Kapitalisten noch zusätzlich Profit zu schlagen und bauten eine Anlage, um das HCH in Trichlorbenzol, ein Lösungsmittel (grundwassergefährlich und krebserzeugend!), aufzuarbeiten. Diese Anlage wurde 1976 stillgelegt, „da die Emissionsprobleme nicht beherrscht werden“ (lt. „FR“, 6.3.). Chemische Analysen mit Müllproben haben inzwischen ergeben, daß dieses Lö-

sungsmittel mit dem Hexa-Müll vermischt vergraben liegt. Trichlorbenzol ist wiederum Ausgangsstoff für die Produktion von Trichlorphenoxyessigsäure (2,4,5-T), eben jener Stoff, den die Amerikaner in Vietnam als Entlaubungsgift einsetzten. Bei der Herstellung von 2,4,5-T entsteht unvermeidlich auch Dioxin, das Seveso-Gift, das mindestens 1000mal gefährlicher ist als Zyanalkali. Boehringer, verantwortlich für die Hamburger HCH-Verseuchung, stellt noch heute 2,4,5-T her und arbeitet eng mit Merck zusammen. Ob Dioxin und 2,4,5-T auch bei Merck vergraben sind - der Firmenvorstand bestreitet dies -, sollen Bodenproben ergeben, die Hessens Umweltminister Görlich anordnete. Doch bei der Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse wird Vorsicht geboten sein. Schon jahrelang arbeiten Hessens Behörden eng und vertrauensvoll mit Merck zusammen. „So war die problematische Trichlorbenzolanlage bereits seit langem in Betrieb, bevor sich die Gewerbeaufsicht erstmals 1966 darum kümmerte und der Firma empfahl, die Anlage doch genehmigen zu lassen. Merck beantragte gehorsam, was längst Realität war, und bat zugleich darum, von einer Bekanntmachung Abstand zu nehmen.“ (...) Die Behörden sollten das Verfahren der Hexa-Aufbereitung als „Geheimsache“ betrachten. Und die Behörden taten es denn auch. Sie griffen nicht einmal ein, als ihnen Merck im selben Genehmigungsantrag mitteilte, daß der Hexa-Müll „von der Fertigung 1-2% Benzol anhaftend“ enthält, das sind (...) jedenfalls mehr als 1.000 Tonnen der grundwassergefährlichen Substanz“ („FR“, 6.3.). Selbst ein Produktionsunfall im August 72, wobei giftige Stoffe auf die Felder gerieten, und dort typische Wirkungen von 2,4,5-T erzeugten, wurde übergegangen! Auch als das HCH in der Milch in Weiterstadt gefunden wurde, gab es einige „Pannen“ bei den zuständigen Behörden: Schon am 7.2. war im Darmstädter Untersuchungsamt bekannt, daß die Grenzwerte für HCH in der Milch überschritten waren; dies wurde aber nicht weitergeleitet. Erst am 23.2.

wurde aufgrund einer unabhängigen von dieser Behörde angestellten Untersuchung die Verseuchung entdeckt und die Produktion gestoppt.

Offensichtlich hat man auch kein Interesse gehabt, daß die menschenfeindliche Produktion von HCH, die Umweltgefährdung und die Schlamereien der Behörde in der Schule oder anderswo diskutiert werden. So malten die Kinder der 3. Klasse der Grundschule Worfelden im Kunstunterricht Bilder zu dem Umweltskandal in Plakatform. Offenbar nach einem Anruf vom Vorstand des Kreisbauernverbandes zog der Rektor der Schule noch in der Stunde drei der vier Bilder ein. Ein Bild konnte „gerettet“ werden, weil die Schülerin es schnell im Ranzen versteckte. Erst nach Protesten der Lehrerin und der Eltern wurden die anderen drei Bilder wieder herausgerückt (lt. „FR“, 16.3.). Das ist nun wirklich genug!

Offenlegung der Produktion von Merck!

Bestrafung der Verantwortlichen!

Vollständige Beseitigung des Hexa-Mülls!

Entschädigung der Bauern!

Untersuchung und Entschädigung der gefährdeten Bevölkerung!

Ein Genosse der Uni-Gruppe, KB/Gruppe Frankfurt

Go-In

in Wiesbaden

Am 23.3. besetzten etwa 30 Mitglieder des Arbeitskreis Umweltschutz Wiesbaden vorübergehend Räume der Landesanstalt für Umweltschutz in Wiesbaden. Durch diese Aktion wollten sie dagegen protestieren, daß das hessische Umweltministerium hessische Umweltschutzbehörden den Giftskandal jahrelang unterschlagen und den Chemie-Konzern Merck gedeckt habe. Nach Diskussion der Besetzer mit Angestellten der Behörde rief der Leiter der Landesanstalt, Dr. Herbert Buss, die Polizei, die die Umweltschützer aus dem Gebäude drängte („FR“, 24.3.).

In Darmstadt hat sich Anfang März eine Bürgerinitiative gegen Merck gegründet. Sie fordert die Ausgrabung und sichere Beseitigung der von Merck vergrabenen 100.000 Tonnen Hexa-Müll („Frankfurter Neue Presse“, 8.3.).

Grenzach-Wyhlen: Gift-Krimi geht weiter

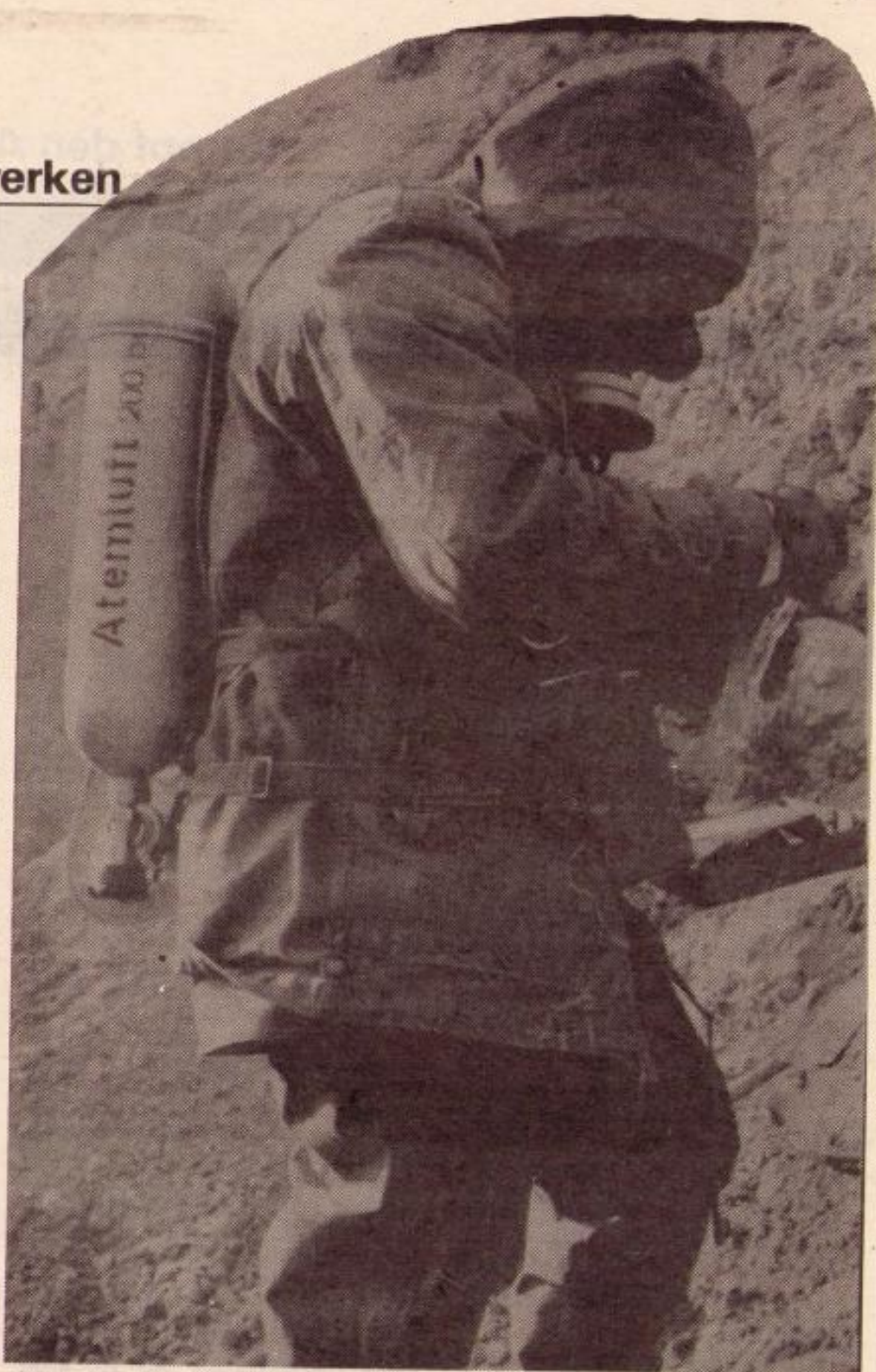
Die 13.000 Einwohner der Gemeinde Grenzach-Wyhlen (in der Nähe von Basel, aber bundesdeutsch) kriegten es so langsam mit der Angst zu tun: Am 14.3. wurden sämtliche Trinkwasserbrunnen der Gemeinde stillgelegt, nachdem ein Gutachten der Chemischen Landesuntersuchungsanstalt (CLUA) eine überhöhte Konzentration von Tetra-Chloräthan (krebserregend) im Trinkwasser nachgewiesen hatte. Die CLUA war der Ansicht, daß der Genuß des Wassers auf Dauer nicht vertretbar sei. Schon vor einem Jahr war ein anderer Trinkwasserbrunnen in Grenzach stillgelegt worden (1).

Besonders skandalös ist, daß der Untersuchungsbericht der CLUA schon am 23.2. ausgefertigt worden war, aber erst am 12. März auf dem Schreibtisch des Grenzacher Bürgermeisters landete (2).

Zynischerweise hatte am 8.2.79 sich Umweltminister Weiser in Grenzach hingestellt und gefragt: „Glauben Sie, wir hätten Geheimpapiere, in denen drinsteht, das Wasser in Grenzach-Wyhlen wäre verseucht? Das ist doch heller Wahnsinn!“ (3). Ja, heller Wahnsinn, solche Stories dort zu verbreiten.

Das Wasser ist offensichtlich durch den Giftmüll aus der Hirschacker-Grube verseucht worden (CLUA-Bericht). Dort waren aber die Grabungen zur Bergung des Giftes im Dezember eingestellt (!) worden, weil vom Land kein zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt wurde (4). Bei ersten Analysen waren immerhin solche hochgiftigen Stoffe wie Zyanide eindeutig ermittelt, das Nervengift Dimethylsulfat und Quecksilberrückstände zumindest vermutet worden (5). In dem Zusammenhang muß auch gesehen werden, daß der CLUA-Bericht der „Umweltschutzaktion“ (USA) in Grenzach immer noch nicht zur Verfügung gestellt wurde. Offenbar gibt es da etwas zu verheimlichen... (6).

Von den Landespolitikern wird jetzt die Devise „In Ruhe nach einer Lösung suchen“ ausgegeben (7). An die Ausgrabung der Giftmüllgruben, von denen es im Hochrheingebiet dank der Chemiemonopole La Roche, Sandoz und Ciba-Geigy eine Menge gibt, ist natürlich nicht gedacht. Stattdessen wird als Lösung ein sog. „Wasserverbund“ aus dem Hut gezaubert, was nichts anderes



heißt, als daß das vergiftete Wasser ab und zu mit dem (vielleicht auch vergifteten?) Wasser aus Nachbarorten gemischt wird. Die konkret ins Auge gefaßten Brunnen in Wyhlen-Rothaus und Herten sind schon jetzt als höchstwahrscheinlich auch verseucht anzusehen. Insgesamt neun Stellen am Hochrhein sind inzwischen durch Zeugenaussagen als Giftmüllgruben bekannt. So zum Beispiel im eben erwähnten Herten, wo die Aluminiumhütte Rheinfelden auf einer werkseigenen Deponie u.a. Zyanide in das Rheinwasser sickern ließ (8). Seit mittlerweile acht Jahren zielt sich das Verwaltungsgericht, die Schließung auf Veranlassung des Landratsamtes zu veranlassen (9).

Durch die riesige Grundwasserentnahme der Großkonzerne entsteht eine Sogwirkung auf das gesamte Grundwasser, wodurch abgelagerte Giftstoffe in den Grundwasserstrom gerissen werden, verdrehtes Rheinwasser in das Grundwasser eindringt und so - begünstigt durch die geologische Struktur des Hochrheingrabens (lockere Kiese) - die Giftkippen ihren Dreck in kürzester Zeit kilometerweise bis Basel und in Richtung Freiburg ins Grundwasser verströmen können (10). Unter diesem Gesichtspunkt ist es eigentlich nötig, daß zumindest die relativ oberflächlichen Trinkwasseruntersuchungen, die in Grenzach gemacht wurden, in der ganzen Region nachvollzogen werden. Doch nichts dergleichen passiert, es könnten ja dieselben Ergebnisse dabei herauskommen, und was dann? Auch der sich entwickelnde Widerstand vor Ort wird für die Landesregierung ein Anlaß sein, die Sache auf Sparflamme zu kochen. Die Umweltschutzaktion (USA) hat mittlerweile 30 Mitarbeiter, sammelte einige hundert Unterschriften und veranstaltete mehrere Bürgerhearings. Zum letzten erschienen - neben den Fernsehleuten von „Report“ - auch Vertreter der örtlichen Parteien, ein Basler Stadtrat, Jo Leinen vom BBU-Vorstand, Bertsch vom Umweltschutzamt Lörrach und zwei Wissenschaftler. Nicht erschienen waren die Vertreter der Großchemie und der CLUA. Vielleicht wären ihre Aussagen im Angesicht der 300 Grenzacher Bürger doch zu peinlich gewesen?

Damit ist erst ein Anfang gemacht. Nach weiteren Wasseruntersuchungen durch das Bundesgesundheitsamt stehen evtl. sofortige medizinische Untersuchungen für jeden einzelnen Bürger an (11). Eine „Aktion Rettet das Wasser“ hat zum Wassergebührenboykott aufgerufen. Auch in anderen Hochrheinorten ist den Vertretern der bürgerlichen Parteien der Schreck in die Glieder gefahren. Im benachbarten Rheinfelden müssen nach Ansicht des CDU-Vorsitzenden „die Karten schnellstens auf den Tisch, bevor eine Bürgerinitiative ins Leben gerufen wird“ (12).

Ob ein Spiel mit offenen Karten diesen Herren wirklich nützt, ist fraglich. Ein Wissenschaftler aus dem etablierten Engler-Bunte-Institut

meinte beispielsweise, 80 % des Wassers in der BRD sei schlechter als das in Grenzach-Wyhlen. Diese Karte sollten wir ausspielen!

KB/Freiburg

Quellen:

- 1 = Südkurier, 16.3.
- 2 = Südkurier, 17.3.
- 3 = Badische Zeitung, 8.2.
- 4 = USA-Flugblätter
- 5 = Arbeiterkampf, Nr. 140
- 6 = Südkurier, 17.3.
- 7 = Ein Sprecher der Landesregierung, 8.2, 16.3.
- 8 = BZ, 6.2.
- 9 = Stuttgarter Zeitung, 5.2.
- 10 = KVZ, 29.1.
- 11 = Südkurier, 16.3.
- 12 = BZ, 1.2.

Umweltschutz Marke BRD

Seit dem 1.1.79 ist ein Bundesgesetz in Kraft, das die Höchstgrenze auf 0,3 % Schwefel im Öl begrenzt - wieder ein großer Schritt in Richtung Umweltschutz könnte man behaupten.

Obwohl den Kapitalisten die Möglichkeit gegeben wurde, sich 4 Jahre (!) auf dieses Gesetz einzurichten, traf es nun Wolfgang Brunke, Manager bei dem größten europäischen Ölhändler, der Mabanaf-Gruppe, nach eigenen Angaben wie ein Schlag.

Sein Öl hat nach wie vor höheren Schwefelgehalt. Die Firma hatte sich „Bescheinigungen“ besorgt, daß nicht genug „sauberes“ Öl vorhanden sei. Innenminister Baum hatte im Einvernehmen mit Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ein „Erbarmen“ mit dem Kapitalisten. Sie bewilligten prompt „Ausnahmen von Begrenzung des Schwefelgehaltes“. Dagegen blieb der Hamburger Senator für Umweltfragen, Curilla, hart. Als erstes Bundesland verweigerte Hamburg „Ausnahmeregelungen“. Darauf verlegten hanseatische Kaufleute kurzerhand ihren Firmensitz nach Neuss am Rhein, einen Teil des Schwefel-Öls übernahmen Konkurrenten, ein anderer Teil wurde nach Holland verschifft, um innerhalb der EG die Lücken im Gesetz zu nutzen. Anfang März wurde nun von EG-Ländern über eine einheitliche Ausnahmeregelung beraten. Der Begriff „unzumutbare Härte“ - für die Kapitalisten versteht sich - soll gemeinsam definiert werden. Wie aus gut unterrichteten Kreisen zu hören war, soll in Ausnahmefällen auch das Gesetz Anwendung finden.

Chemie-Kommission/
KB-Gruppe Hamburg

Tankerunglücke - Ölverpestungen

Zur Zeit verenden Tausende von Wasservögeln an der Nordseeküste durch eine Ölverpestung. In England sind bereits über 7000 Vögel tot aufgefunden worden. Auf Helgoland, Sylt und an der dänischen Küste ist das Ausmaß noch nicht abzuschätzen. Hunderte von toten Vögeln sind hier bereits gezählt worden. Meldungen über Ölverpestungen durch Tankerunglücke, Bohrinselkatastrophen usw. haben in diesem Jahr bereits ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Waren es im Januar drei Tankerunglücke vor den Küsten Europas, sind hier vor Kreta und Spanien Anfang März bereits zwei weitere Unglücke zu melden.

Jährlich gelangen ca. 6 Millionen Tonnen Öl in die Meere. Durch Tankerunglücke, Abpumpen von Ölrückständen aus Tankern oder Überbordpumpen von Altöl. Bei der jüngsten Ölverpestung in der Nordsee sind wahrscheinlich alle Faktoren dafür zutreffend. Durch den ständigen Südweststurm sind Reste des Öls aus der Bretagne-Katastrophe in die Nordsee getrieben worden. Seit der massiven Förderung von Erdöl in der Nordsee fällt hiervon immer etwas in die See. Bei dem neu geschaffenen Tankerhafen auf den Shetland-Inseln sind seit deren Eröffnung Tausende von Vögeln durch Överschmutzung gestorben. Das Sterben der Vögel zeigt aber nicht alle Ausmaße der Katastrophe, sondern ist eher nur „die Spitze eines Eisberges“.

Der französische Ozeanforscher Jacques Piccard kommt zu der Feststellung, daß in 25 bis 30 Jahren alles Leben in den Meeren abgestorben ist, wenn nicht sofort eine Änderung herbeigeführt wird. Der amerikanische Schiffahrtsexperte Noel Mostert kommt zu der Feststellung: „Würden nur zehn Supertanker gleichzeitig platzen und völlig leerlaufen, dann müßte die Welt sterben“ (Supertanker, Ulstein).

Daß sich durch die Ölverpestungen eine ökologische Veränderung zum Nachteil der Menschen anbahnt, zeigt alleine schon die heutige Situation im Persischen Golf.

„Früher war der Persische Golf ein Flachmeer mit einer reichen tropischen Meeresfauna. Korallenriffe und Korallenfische waren weit verbreitet. Heute sind der ganze nördliche und mittlere Teil des Persischen Golfes in einen Ölsumpf verwandelt. Bodentiere können dort nicht mehr leben. Auch Freiwasserfische sind in dem trüben, milchigen Wasser selten geworden. Korallen und Korallenfische sind seit Jahren verschwunden. Die Ölpest dehnt sich immer weiter nach Süden aus. In wenigen Jahren wird der gesamte Persische Golf ein totes Nebenmeer sein.“ („FR“, 27.1.79)

Ein anderes erschreckendes Beispiel ist das Unglück des Tankers „Amoco Cadiz“ am 16.3.78 vor der Bretagne. Noch in diesem Jahr ist Öl aus dem Wrack ausgelaufen. In einer Bucht wurden allein 9000 Tonnen Austern vernichtet. 20 000 Vögel fanden Ölverschmiert den Tod. Der Papageientaucher starb in dieser Region aus. Millionen Mollusken, Seeigel, Muscheln und andere Tiere trieben tot an die Strände.

Den Fischern, Austernzüchtern und den Menschen, die vom Fremdenverkehr lebten, ist durch dieses Unglück ihre Existenz genommen worden.

Giftige Ausdünstungen des Öls sind vom Wind auf die Felder der Bretagne geweht worden. Somit hat sich selbst auf dem Land das Öl in die menschliche Nahrungskette festgesetzt. Bei der Beseitigung der Ölpest bekamen viele Helfer Kopfschmerzen, Schwindelgefühle und Verdauungsstörungen. Ein Teil hat sich eine Vergiftung der Atemwege zugezogen.

Mittel gegen Ölverpestungen erwiesen sich bisher als wirkungslos bzw. waren die eingesetzten Chemikalien noch gefährlicher. So können die Umengen von Öl nur auf natürliche Weise durch Bakterien und Mikroorganismen abgebaut werden.

Profit statt Sicherheit

Der Supertanker „Al Rafidain“ lief im März 79 vor der südafrikanischen Küste auf Grund. Ein Maschinenschaden hatte das Schiff manövrierunfähig gemacht. Bezeichnend für die meisten Tanker ist, daß sie im Gegensatz zu anderen Handelsschiffen in der Regel nur ein Ruder, ein Radar, ein Motor usw. besitzen. Dementsprechend ist bei Betriebsausfällen die Anfälligkeit für Unglücke groß. Schon beim Bau der Tanker sparen die Reeder.

Viele Tankschiffe sind noch nicht einmal mit den notwendigsten Sicherheitsanlagen ausgerüstet, wie etwa die „Betelgeuse“, die am 8.1.79 vor der irischen Insel Widdy explodierte, wobei über 50 Menschen qualvoll den Tod fanden. Sie hatte keine Inertgasanlage, die ein nicht brennbares (aber giftiges) Luftgasgemisch erzeugt, um die Gefahr einer Explosion zu verringern.

Damit die Tankschiffe eine Verkürzung ihrer Fahrzeit erreichen, fahren sie direkt an den gefährlichen Küsten entlang. Dabei laufen sie bei Ausfällen von Maschinen oder Ortsunkundigkeit immer wieder auf Riffe und Klippen an den Küsten auf. Die Ölpest an der Bretagne wäre nie aufgetreten, hätte die „Amoco Cadiz“ nicht den kürzesten sondern den sichersten Weg genommen. Durch ein Versagen der Steueranlage war sie auf Grund gelaufen. Dabei hatte der Kapitän es dann auch noch unterlassen, einen Notruf zu senden. Als er dies nach fast drei Stunden tat, forderte er nur einen Schlepper an, der dann nicht mehr ausreichte, das Schiff freizubekommen, da es inzwischen auf die Felsen getrieben worden war. Ein sofortiger Notruf an zwei Schlepper hätte das Ausmaß der Katastrophe mildern können. Aber Schlepper kosten Geld und dies wollte der Kapitän sparen.

Nach diesem Unglück verhängte die französische Regierung ein Fahrverbot für Schiffe in direkter Küstennähe. Einen Monat später ignorierten bereits 628 Kapitäne diese Verordnung.

Der Profit, den die Reeder mit Tankschiffen erlangen, ist wohl in keinem anderen Wirtschaftszweig zu erreichen. Es gibt nicht wenige Schiffe, die nach 4-6 Fahrten bereits die Baukosten eingefahren haben. Die Regierungen sind bemüht, den Reedern diese Profite nicht zu beschneiden. Bereits im Jahr 1969 ist auf der IMCO-Konferenz ein Gesetzentwurf über die Verhütung der Verschmutzung der See durch Tanköl verabschiedet worden. Nach zehn Jahren besteht die parlamentarische Verab-

schiedung in der BRD bevor. In der Zwischenzeit ist der Stand der Technik bereits wesentlich fortgeschritten. Somit wird auch kaum ein deutscher Reeder wegen mangelnder Sicherheitsvorkehrungen in die Verlegenheit kommen, sein Tankschiff zu verschrotten.

Nach dem Unglück der „Torrey Canyon“ im Jahre 67 sind von der Bundesregierung bei der IMCO Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit eingebracht worden. Zum Beispiel: Begrenzung der Tankgrößen, doppelte Ruderanlagen usw. Alle diese Vorschläge sind aber immer noch nicht Vorschrift. Und die Regierung der BRD ist nicht bereit, für sich die Konsequenz zu ziehen und nur noch Schiffe, die diese Mindestanforderungen einhalten, an den deutschen Küsten zu dulden.

Aufgrund der Konkurrenz mit den anderen Häfen in Europa befürchtet sie, daß die Schiffe andere Häfen anlaufen und westdeutschen Kapitalisten das Geschäft wegnehmen.

Trotz dieser drohenden Katastrophen sind von Seiten der Regierung Vorsichtsmaßnahmen nur für Notfälle getroffen worden. Die Entwicklung besonderer Schiffe hält sie nicht für „notwendig“. Dafür sind nur lächerliche 1,2 Mill. DM vorgesehen. Für unmittelbare Einsatzzwecke sind es nur 1,5 Mill. DM. Dänemark dagegen gibt dafür schon 20 Mill. DM aus. Diese Summen sind winzig im Vergleich zu den Kosten, die in der Bretagne entstanden, die sich immerhin auf über 200 Mill. beliefen. Im wesentlichen wird die Katastrophe auf den Meeren abgewartet.

AKW-Nein-Kommission

AKW-Nein-Kommission

„Andros Patria“ schlug zur Jahreswende vor der Küste Nordwest Spaniens Leck. Nur drei der 33 Besatzungsmitglieder wurden geborgen. Das Schiff hat 50.000 Tonnen Rohöl verloren, das vom Wind an die Küsten getrieben wurde. Ein Teil des Bestandes an Fischen und Schalentieren ist bereits vernichtet.

„Master Michael“ sank nach einer Explosion vor der Küste Haitis. Von den Besatzungsmitgliedern überlebten 35 Männer das Unglück nicht.

„Betelgeuse“ vor der irischen Insel Widdy kamen 50 Menschen ums Leben, als der Tanker explodierte.

Seit Inbetriebnahme der dortigen Umschlagsanlage für Öl, war es der 24. Zwischenfall.

„Thuntank“ lief am 20.1.79 im Kattegat auf Grund und schlug Leck. Das ausgelaufene Öl hat sofort über 1.000 Vögeln den Tod gebracht.

„Messiniaki Frontis“ verlor durch einen leckgeschlagenen Tank über 6000 Tonnen Öl vor der Küste Kretas.

„Grey Hunter“ lief vor Spanien Anfang März auf Grund. Die Strände wurden mit einer dicken Ölschicht bedeckt.

„Al Rafidain“ trieb nach einem Maschinenschaden auf die Küste Südafrikas zu.

4.3.79

„Kein Grund zur Panik ... alles in Ordnung“ — der Hamburger Umweltsenator!

Nachdem man in der Hamburger Milch erst einmal HCH gefunden hatte und die Sache anfangs zu untersuchen, da purzelte es nur so an weiteren Skandalen.

Die vom Hamburger Senat eingesetzte Untersuchungskommission fand bei weiteren Hexachlorcyclohexan (HCH)-Messungen inzwischen statt bisher fünf-, inzwischen 20- bis 30-fache Überschreitungen der zulässigen Werte. Solche Überschreitungen hat man inzwischen in zehn Kilometer-Abstand vom Seveso-Giftgas-Produzenten Boehringer in Billwerder gefunden. Acht weitere Betriebe sind inzwischen in den Ruf von Umweltvergiftungen geraten. Darunter auch die Unilever-Tochtergesellschaft „Unichema Chemie GmbH“ in Bergedorf („die Neue“, 24.3.).

Es blieb dabei nicht beim HCH-Gift. Beim Schleusenkanal am Kurfürstendeich wurde Cyanid (Blausäure) im Straßenbaumaterial gefunden (Blausäure verwenden in Filmen nur die schlimmsten Gangster, um ihre Feinde aus der Welt zu schaffen).

Schon durch Zerreiben der Schlacke in den Händen trat blaue Farbe („typisch für Cyanid“) auf. Seit 15 Jahren liegt solche Schlacke dort, die ins Wasser geschwemmt große Gefahren mit sich bringt („MoPo“, 20.3.79).

Im benachbarten Stadtteil Havighorst wurde Arsen entdeckt, allerdings schon 1976 (!), was allerdings auch jetzt erst bekanntgegeben wurde („Hamburger Abendblatt“, 22.3.79). 600-fach wurden zulässige Grenzwerte dabei im Sickerwasser überschritten, just dort, wo sich in der Nähe ein Grundwasserbrunnen befand.

Aber Hamburgs Wasserwerke haben überschritten, just dort, wo sich in der Nähe ein Grundwasserbrunnen der Hamburger Wasserwerke befindet. Aber dort soll angeblich noch kein Arsen zu finden sein. Allerdings soll jetzt für 1,2 Mio DM nur ein kleiner Teil der alten Müllkippe abtransportiert werden, der Rest soll „wasserdicht“ in den Boden eingebaut werden (s.o.).

Ein Anwohner aus Allermöhe meldete sich und berichtete, daß sich „bis 1962 ... an der Krafthofschleuse eine Müllkippe“ befand. Jahrelang hätten dort Schuten 200-Liter-Fässer versenkt.

Bei diesen Umweltskandalen erscheint ein Kälbersterben vom Februar dieses Jahres in ganz neuem Licht. In Billwerder starben dem Bauern Soltau 15 Kälber, ein weiteres hatte Mißbildungen, in den Kadavern wurde HCH festgestellt.

Auch dem Bauern Stubbe waren nicht weit davon entfernt bereits 1977 fünf Kälber eingegangen („MoPo“, 21./22.3.79). Nachdem auch Gifte im Gemüse der Vierlanden (größtes Gemüseanbaugebiet der BRD) gefunden wurden, rief die Verbraucherzentrale zum Verzicht auf Verzehr der als mit „gesündestem Gemüse der Welt“ bezeichneten Waren auf (s.o.).

Angesichts dessen rief der Hamburger Umweltsenator „irritiert“ zur Beruhigung auf, Hamburg sei „weniger belastet als andere vergleichbare Ballungsräume“ (s.o.). Dies dürfte besonders „beruhigend“ auf die Bevölkerung dieser „anderen“ Ballungsräume wirken.

In einer Pressemitteilung erklärte er, eine „akute Gesundheitsgefährdung durch Milch liegt nicht vor“ („MoPo“, den 20.3.79). Da dürfte Curilla nicht einmal gelogen haben; das Peinliche ist bloß, daß das HCH sich besonders in der Leber sammelt und dort nicht wieder abgebaut wird. Hat man erst einmal genug gegessen, wenn auch häppchenweise, treten wie beim Quecksilber irgendwann die Schäden auf. Zur „Beruhigung“ konnte dann Curilla mitteilen, daß in zwei Fällen die Milch wieder verkauft wird, „eine zweite Messung soll niedrigere Werte erbracht haben“, schrieb die „MoPo“ (22.3.79).

Das Trinkwasser sei auch nicht gefährdet, verkündete Curilla. Dies, obwohl der Senatsbeauftragte, Professor Effenberger, durchaus Gefahren befürchtete, falls das beispielsweise gefundene Cyanid ins Grundwasser dringen würde.

Curilla hingegen sieht das Wasser immer sauberer werden, die vergiftete Alster soll noch in den 80er Jahren „badefähig“ werden.

HCH im Gemüse, so beruhigte Curilla, sei „lediglich in Billbrook“ gefunden worden, somit sind für ihn die Produkte „in Ordnung“ („MoPo“, 20./22.3.). Auch das Elbwasser sei „relativ unwahrscheinlich“ durch HCH vergiftet (s.o.). Dennoch fahndet die Senatskommission immer noch nach Schadstoffen aus der DDR, nachdem dies der Boehringer-Chef behauptet hatte, als er für die HCH-Funde verantwortlich gemacht worden war.

Kein Wunder, daß die Bauern um macnt woruen war.

Kein Wunder, daß die Bauern um ihre Existenz trotz der „beruhigenden“ Senatsmeldungen fürchten. „Die werden uns den Laden wohl dichtmachen“, befürchtet Bauer Soltau („MoPo“, 21.3.). Zwar will der Senat — so ließ er verlauten — „den Betroffenen schnell helfen“ (s.o.), doch in der Praxis sieht es bisher düster aus. Den Bauern wurde mitgeteilt, daß man ihre verseuchte Milch nur noch bis Ende des Monats abnehmen bzw. bezahlen wolle („die Neue“, s.o.). Bei den Kälbern mochte der zuständige Arzt „keinen Zusammenhang“ mit dem HCH erkennen („MoPo“, 21.3.79), da sieht es natürlich auch mit Entschädigungen schlecht aus und für die Gemüseschäden wird wohl auch niemand aufkommen. Die Senatskommission erklärte zwar das Gemüse für „ungefährlich“ („Hamburger Abendblatt“, 22.3.79), aber damit sind die Umweltvergifter aus dem Schneider!

Insgesamt kann man den Eindruck gewinnen, daß der Senat hauptsächlich runterspielt und beruhigt.

Was soll eine angekündigte „Kontrolle“ von Boehringer, wo nicht einmal die entsprechende Produktion stillgelegt ist?

Was wird der Senat finden, der angeblich schon seit 1977 ergebnislos nach den Arsen-Sündern fahndet (s. „HA“, 22.3.79). Ernsthaftige Umweltkämpfer auf dem Senatsposten würden da ihren Hut nehmen!

AKW-Nein-Kommission

Fischsterben in der Elbe

Als zwischen 19. Mai und 2. Juni 1978 in der Elbe Butt, Stint und Aal starben, mutmaßten die Fischer als Ursache giftige Industrieabwässer.

Die Hamburger Behörden bestritten dies ausdrücklich, für sie war „das Wetter schuld“, die Wärme habe den Sauerstoffgehalt der Elbe vermindert. Und die Behörden müssen es ja wissen. 300.000 DM hatten die Behörden in 14 Jahren für Elbe-Gutachten ausgegeben. Alle Gutachten waren von Prof. Hubert Caspers, Chef des Instituts für Hydrobiologie und Fischereiwirtschaft der Uni Hamburg erstellt worden. Offenbar waren die Sachen den Behörden „gut“, so daß der Landesrechnungshof die Arbeiten als „Verschwendung“ kennzeichnen konnte.

Die Altenwerder Fischer gaben sich mit den Behörden-Erklärungen nicht zufrieden, sie hatten schon zu viele Schläge einstecken müssen: Von 1956 bis 1978 war die Zahl der Betriebe von 26 auf 10 geschrumpft.

Die Zahl der Fischarten war von 23 im Jahre 1918 auf drei gesunken. Allein in den letzten 20 Jahren waren elf Sorten ausgestorben. Auch treten in der letzten Zeit Fischkrankheiten wie die Blumenkohlkrankheit (krebsartiges Geschwür) beim Aal auf, die bisher unbekannt waren. Vor dem Verkauf müssen ständig Fische

aussortiert werden, da ihr Gesundheitszustand denkbar schlecht ist.

Gerade die Fischer kennen sich daher mit der Umweltverschmutzung der Elbe bestens aus. Sie bestellten deshalb für das Fischsterben im letzten Jahr ein eigenes Gutachten. Dieses Gutachten brachte das von den Behörden aufgebaute „Klima“-Gebäude zum Einstürzen.

Die beauftragten Zoologen stellten in dem jetzt veröffentlichten Gutachten fest: „Damals ist der Sauerstoffgehalt der Unterelbe nicht wegen der Hitze so gering gewesen, sondern weil im Raum Brunsbüttel eine ungewöhnlich starke Einleitung von Industrieabwässern stattgefunden haben muß“. Vor Neufeld war am 26. Mai 1978 der Eisengehalt mehr als 100mal höher als normal. Das hätten die Behörden nicht „bemerkt oder verschwiegen“.

Zwar würden Gutachten von den Behörden erstellt und Verschmutzungsdaten gemessen, „aber die Resultate werden der Öffentlichkeit ebenso wenig zugänglich gemacht wie uns Wissenschaftlern“, erklärte einer der Gutachter.

Darauf reagierten die Behörden bislang mit Pöbeleien. Denn täglich 726.000 Kubikmeter ungeklärter Abwässer allein in Hamburg würden bei entsprechenden öffentlichen Untersuchungen so einiges ans Ta-

gesicht fördern. Da versucht man die Kritiker lieber abzuspüren: Die Erstellung eines „Umweltlastplans“ für die Elbe sei „ungeheuer schwierig“, „allenfalls einzelne Belastungsgrenzen“ könne man festschreiben, erklärte ausgerechnet Claus Boe, der Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft für die Reinhaltung der Elbe“, außerdem handle es sich um die „von dieser Seite übliche Polemik“.

In einem Schreiben schob nun der Fischereiverein Altenwerder nach: zur „Wiederherstellung des Lebensraumes Niederelbe“ fordern sie als „Sofortmaßnahme die Reduzierung ... industrieller und kommunaler Abwässer und Schadstoffe“, bei hoher Strömungsgeschwindigkeit die Wiederherstellung von „Überflutungsflächen“. Mittelfristig müsse die Abwasserbeseitigung durch Einleiten in die Elbe und ins Meer aufhören, so daß sogar die frühere Lebensvielfalt wiederhergestellt werden könne.

Am 23.6. werden die Fischer zusammen mit der BUU in Altenwerder ein Fest veranstalten.

AKW-Nein-Kommission

(Quellen: „Welt“, 17.3.79 „AB“, 17.3.79 Schreiben des Fischereivereins)

AKW Fessenheim: Gefährliche Brennelementelagerung

Am 3./4. März wurde Block I des AKW Fessenheim abgeschaltet. Dies dient — neben einer „Generalüberholung“ des Schrottkastens in den nächsten 4 Monaten — der Auswechslung der abgebrannten Brennelemente. Durch falsche Montage der Regelstäbe und Materialkontrollstäbe ist es nötig, nicht (wie sonst üblich) nur ein Drittel, sondern alle Brennelemente herauszunehmen (ca. 70 t radioaktives Inventar).

Im Gegensatz zu bundesdeutschen AKWs werden in Fessenheim die Brennelemente in einem Abklingbecken gelagert, das ausserhalb des halbwegs stabilen Reaktorgebäudes liegt. Dies macht die Lagerung deshalb noch gefährlicher, weil das Abklingbecken durch herabstürzende Flugzeuge oder auch nur Flugzeugteile des nahe-

gelegenen „Phantom“-Flugplatzes Bremgarten leicht beschädigt werden könnte. Ein Ausfall der Kühlung im Becken würde im schlimmsten Fall die Brennstäbe zum Durchschmelzen bringen und die gesamte Radioaktivität freisetzen. Resultat: Millionen Tote! Die Lagerung der Brennstäbe soll in Fessenheim angeblich nur vorübergehend erfolgen. Da das atomare Zwischenlager in La Hague aber zwischenzeitlich voll ist und dort auch nur niedrig abgebranntes metallisches Uran aus alten französischen AKWs wiederaufbereitet werden kann, ist eine Lagerung auf Dauer nicht auszuschließen.

Die Badener und Elsässer sitzen also auf dem Pulverfaß!

KB/Freiburg

Die Grünen kandidieren zur EG-Wahl!

Ohne größere Auseinandersetzungen und mit demonstrativer Einigkeit nach außen verlief der Gründungskongreß der GRÜNEN in Frankfurt am 17./18. März. Unter dem Parteinamen „Die GRÜNEN“ haben GAZ, AUD, die verschiedenen Landesorganisationen der GLU und die Grüne Listen Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz die Gründung einer gemeinsamen Wahlliste für die Europawahl am 10.6. unter Dach und Fach gebracht. Mit von der Partie war in Frankfurt auch die „Freie Internationale Universität“, ein um den Künstler Beuys herum entstandener Zusammenschluß. Beuys selbst nahm mit 15 seiner Freunde an dem Gründungskongreß in Frankfurt teil. Als zweite weitere Gruppe war der „Achberger Kreis“, ein kleiner politischer Zirkel, der sich als umweltbewußt versteht, nach Frankfurt gefahren. Der Achberger Kreis hatte in den vorhergehenden Monaten selbst Versuche unternommen, eine einheitliche ökologische Liste für künftige Wahlen aufzubauen, hatte sich aber gegenüber den Vereinigungsdiskussionen um den „Viererblock“ aus AUD, GAZ, GLU und GLSH nicht behaupten können. Nicht mehr dabei ist nach dem neuesten Stand die Europäisch-Föderalistische Partei, die noch auf dem Treffen in Vlotho fest entschlossen schien, sich dem Viererblock anzuschließen. Die Gründe für den Rückzug der EFP sind allerdings nicht bekannt gemacht worden.

Neben diesen Organisationen kandidieren auf der Liste der GRÜNEN jetzt auch eine Reihe bekannterer Personen aus dem Bereich der Um-

weltschutzbewegung. An der Spitze der Kandidatenliste steht mit Petra Kelly ein Mitglied aus dem BBU Vorstandskreis. Petra Kelly hat sich im Rahmen ihrer BBU Arbeit und ihrer sonstigen politischen Aktivitäten besonders auch für Forderungen der Frauenbewegung stark gemacht.

Mit Roland Vogt steht an zweiter Stelle ein weiteres Mitglied aus dem BBU Vorstand (beide müssen im BBU-Vorstand derweil ihre Mandate ruhen lassen). Vom WSL finden sich Gerda Degen und Werner Javerbeck auf der Kandidatenliste. Der Schriftsteller Carl Amery kandidierte schon für die GRÜNEN bei den bayrischen Landtagswahlen, ebenso Milan Horacek bei den hessischen Landtagswahlen für die GLH. Weitere Kandidaten sind das CLUB of ROME-Mitglied Manfred Siebke und Frau Vorkwinkel, die durch ihre Klagen gegen das AKW-Mühlheim-Kärlich bekannt geworden ist. Auf der Kandidatenliste finden sich noch Gruhl als Stellvertreter für Petra Kelly, Jürgen Marquardt, GLU-Kandidat für Lüchow-Danneberg bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Max Winkler, der Bundesgeschäftsführer der AUD.

Für alle Listenplätze wurden Kandidaten(innen) und Stellvertreter(innen) gewählt. Beide sollen aber absolut gleichberechtigt und gleichwertig sein. Sollten die GRÜNEN in das EG-Parlament einziehen, dann soll nach der Hälfte der Legislaturperiode der Stellvertreter den Parlamentssitz einnehmen.

Als gemeinsame Vorsitzende der GRÜNEN wurden Gruhl (GAZ), Haußleiter (AUD) und Neddermeyer

(GLU Niedersachsen) gewählt. Dem Vorstand gehören zusätzlich noch Alfred Vordermaier (GAZ), Norbert Mann (GLU/NRW), Frau Schöttler (GLU Niedersachsen), Frau Boenigk (AUD), H. Plagemann (GLSH) und Karl Kerschgens (AUD) an.

Bemerkenswert ist auch noch die Teilnahme von Heinz Brandt und Ossip Flechtheim an dem Frankfurter Kongreß. Beide wollen die GRÜNEN bei den Wahlen unterstützen.

Insgesamt mußte der Frankfurter Kongreß neben den Kandidaten und Vorstandswahlen noch die Punkte „Beschlussfassung über die Bildung einer politischen Vereinigung“ (Wahlweise), „Satzung“ und „Wahlprogramm“ erledigen. Der Grundlagenbeschluss der Bildung der Wahlweise wurde als erstes und ohne Diskussion gefaßt. Lediglich 12 Delegierte stimmten gegen die Gründung der politischen Vereinigung zu den Europawahlen. 4 enthielten sich der Stimme.

In der Satzungsdiskussion versuchten Gruhl und eine Reihe GAZler einen indirekten Unvereinbarkeitsbeschluss in die Satzung einzubauen. Danach sollte nur der Mitglied in der politischen Vereinigung DIE GRÜNEN werden dürfen, der für eine Demokratie wie in der BRD eintritt. Dies wurde allerdings von der AUD und der GLU zurückgewiesen. Haußleiter und Otto machten sich für eine inhaltliche Klärung von Abgrenzungsfragen in der politischen Arbeit stark und setzten sich bei den Delegierten mit dieser Position auch durch.

Ebenfalls abgelehnt wurde ein An-

trag aus Baden-Württemberg (GLU), die politische Vereinigung zu den Europawahlen über diese Wahlen hinaus jetzt schon satzungsmäßig für künftige Wahlen zu fixieren. Eine Annahme eines solchen Antrages hätte die von den GRÜNEN immer noch bekundete Gesprächsbereitschaft gegenüber Buntten/Alternativen-Listen dann völlig unglaubwürdig erscheinen lassen.

Die Programmdiskussion brachte keine Veränderungen. Die Programmvorlage wurde mit geringen Änderungen angenommen. Immerhin bleibt festzuhalten, daß die GAZ ihr Vorhaben, fortschrittlichere Passagen aus dem Programm zu streichen (besonders die Forderung nach Abschaffung der Berufsverbote/Vergl. AK 150), nicht durchsetzen konnte. Umgekehrt scheiterten aber auch die von niedersächsischen GLUern vorgebrachten Änderungsanträge zur rechtslastigen Präambel. Die GRÜNEN gehen also mit einem Programm in die Wahl, das deutlich die Widersprüche und unterschiedlichen Programmpositionen eines Zusammenschlusses enthält, der von der GAZ bis zu radikaldemokratischen Vorstellungen von Teilen der AUD und GLU reicht.

Nur an einem einzigen Punkt beschäftigte sich der Kongreß auch mit der aktuellen politischen Entwicklung: In einer Vielzahl von Beiträgen solidarisierten sich die Delegierten mit dem Gorleben Treck und forderten alle AKW-Gegner zur massiven Unterstützung des Trecks auf. Auf Antrag von GLU Delegierten aus NRW verabschiedete der Kongreß eine entsprechende Resolution.

Erneuter

Trinkwasser skandal in Bremen

Es war noch stockfinstere Nacht, als die ersten besorgten Bremer aus dem Stadtteil Osterholz-Tenever die Polizei anriefen: „Unser Trinkwasser schmeckt so 'chemisch'!“

Die Wasserwerke mußten erstmal passen: mit den eilig besorgten Proben konnten sie nichts anfangen, da ihre Labore für derartige Untersuchungen nicht ausgerüstet sind! Daraufhin trat der Vorstand der Wasserwerke höchstpersönlich in Aktion: ausgerüstet mit Geruchs- und Geschmackssinn eilte man zum Ort des Geschehens und mußte feststellen, daß das Trinkwasser ungenießbar ist. Es verursachte Kratzen im Hals, das mehrere Stunden anhielt!

Die Zeit verstrich — man mußte handeln: das versuchte Wasser wurde in die Kanalisation abgelassen und die Bevölkerung über Radio und Lautsprecherwagen aufgefordert, das stinkende Zeug nicht zu trinken.

Die 'offizielle' Version

- Bei der Inbetriebnahme eines neuen Wasserfilters in Verden (von dort bezieht der Stadtteil sein Trinkwasser) hätten sich durch starke Chlorung Verbindungen aus dem Klebstoff des Filters gelöst, die zu der „Geschmacksbeeinträchtigung“ geführt hätten und
- eine Gefährdung der Gesundheit hätte es nicht gegeben.

Das stinkt zum Himmel!

Viele Bremer haben von diesem Wasser getrunken — einige Kinder mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden, nachdem sie über Unwohlsein geklagt hatten (also völlig unschädlich?)! Weder die staatliche chemische Untersuchungsanstalt noch die Wasserwerke sind in der Lage, derartige Trinkwasseruntersuchungen durchzuführen; trotzdem wurden die Wissenschaftler an der Bremer Uni (Trinkwassergruppe im Projekt „Weserwasser“), die zu derartigen Untersuchungen sowohl über die geeigneten Geräte als auch über entsprechende Erfahrung verfügen, nicht eingeschaltet! Kein Wunder: diese Gruppe hatte für erheblichen Wirbel gesorgt, nachdem sie in erheblichem Maße krebserregende und gesundheitsschädliche Stoffe im Bremer Trinkwasser nachgewiesen und ihre Ergebnisse veröffentlicht hatte (die Wasserwerke mußten daraufhin die Trinkwasserentnahme aus der Weser stoppen und die Chlorung herabsetzen).

Im Gegenteil: auf Anfrage der Uni teilte ein Vorstandsmitglied der Wasserwerke mit, er habe kein verseuchtes Wasser mehr, was er zur Verfügung stellen könne. Drei Wochen zuvor hatte der Vorstand den einstimmigen Beschluß gefaßt, den Uni-Wissenschaftlern die Entnahme von Proben auf dem Gelände der Wasserwerke zu verbieten!

Nachdem der Druck in der Öffentlichkeit zugenommen hatte, intervenierte der Gesundheits(senator) plötzlich (Brückner sitzt übrigens im Aufsichtsrat der Wasserwerke) und so hat dann doch noch eine Probe die Bremer Uni erreicht. Das Ergebnis der Untersuchungen: hohe Konzentration von krebserregenden Chlorverbindungen und weitere Stoffe, deren Schädlichkeit z. Zt. noch nicht abgeschätzt werden kann. Der „abartige Geschmack“ war auf verschiedene Chlorbenzole und Chlorphenole zurückzuführen, die zu den starken Desinfektionsmitteln gehören!

Bleibt eigentlich nur noch anzumerken, daß für den obengenannten Filter ein Klebstoff auf Epoxidbasis verwendet wurde (nach Aussagen des Wasserwerks) — Epoxide gehören zu den stärksten bekannten Krebsauslösern!

Man sollte dem Senator für (Un-)gesundheit und Umweltsch(m)utz bei den Bremer Bürgerschaftswahlen im Herbst kräftig auf die Füße treten!

KB/Gruppe Bremen

Die 4. Partei als Bürgerpartei

Die Gründung der Bürgerpartei von H. Fredersdorf entwickelt sich immer deutlicher in Verzahnung mit den Parteigründungsschritten der CSU. Schon im Januar verkündete Fredersdorf: „Für mich selber ist klar, daß Franz Josef Strauß Bundeskanzler werden müßte.“ („Welt“, 30.1.79).

Am 5.2. traf Fredersdorf Strauß und CSU-Generalsekretär Stoiber zu einem längeren Gespräch in München. Fredersdorf gab vorher vor der Presse an, daß er abklären wolle, wie ernst es der CSU mit bundesweiten Ausdehnungsplänen sei und sprach sich gegen eine bundesweite CSU als 4. Partei aus, da die von ihm angestrebte politische Kraft nur wirksam werden könne, wenn eine Zersplitterung vermieden werde (vgl. „FR“, 5.2.79). Nach dem Gespräch wurde von CSU-Seite nur bekanntgegeben, daß Strauß und Fredersdorf

vereinbart hätten, ihren Kontakt fortzusetzen (vgl. „FAZ“, 6.2.79).

Fredersdorf erklärte sich aber mit dem Gesprächsergebnis „sehr zufrieden.“ („FAZ“, 12.2.79). „Die CSU läßt Fredersdorf Partei-Pläne loben“ hieß es dann Tage später in der Presse (vgl. „FAZ“, 12.2.79). Strauß-Berater Bossle nannte die Fredersdorf-Partei gleich jene „Vierte Partei“, die 1980 das Ende der SPD/FDP-Koalition herbeiführen soll („FAZ“, 12.2.79).

Fredersdorf verkündete zu diesem Zeitpunkt: „Diese Bürgerpartei ist eine Partei der Mitte, deshalb würde sie ihren Platz genau zwischen CDU und SPD haben“, und meinte, „wenn man natürlich von der Wirtschaftseite spricht, so war nie zweifelhaft, daß ich für Klein- und Mittelunternehmer bin und ihre Positionsbekämpfung.“ („Die Neue“, 10.2.79)

Er bekräftigte seinen Willen, Strauß zum Kanzler zu machen und meinte zu seiner möglichen Anhängerschaft: „Das Wählerpotential ist mit Sicherheit im Mittelstand zu finden. Dazu kommen die pragmatischen Umweltschützer...“ („Die Neue“).

Zur Gründung der Liberal-Konservativen Europainitiative (LE) sandte Fredersdorf ein Grußwort. Bossle ließ den LElern mitteilen, daß Fredersdorf es „gern“ zur Kenntnis genommen habe, daß die LE auf eine Parteigründung verzichten würde („Deutsche Tagespost“, 21.2.79).

Deutliche Parallelen finden sich auch in den Programmvorstellungen von Fredersdorf und der LE. Bei Fredersdorf heißt es z.B. sinngemäß: „... ein Europa der freien Bürger mit wechselnden Parteimehrheiten sei notwendig. Er und seine Partei wollten weder ein Europa der Bürokraten noch der Technokraten“ (ebenda). Bei der LE findet man im Europaauftrag dazu: „Wir sind für ein

kraten noch der Technokraten“ (ebenda). Bei der LE findet man im Europaauftrag dazu: „Wir sind für ein

gen Webers zu, daß Bossle seine Liberal-Konservative Aktion nicht zur Partei, sondern nur zu einer Initiative gemacht hat (ebenda).

Auch Kaminski versprach Zulauf aus dem Kreis der rechten Grünen. Er will „... als Folge seines inzwischen vollzogenen Austritts (aus der GAZ) 80 bis 90 Vorstandsmitglieder der GAZ-Landesverbände und eine ganze Zahl noch unbekannter Sympathisanten mit in die Bürgerpartei Fredersdorfs hinüberziehen“ („FAZ“, 24.3.79).

Fredersdorf habe sich „gegenüber solemem in Aussicht gestellten Zulauf sofort ‚weltoffen‘ eingestellt und in die Präambel seines Parteiprogramms Ökologie-Leitsätze eingeführt“, berichtet die „FAZ“ zu diesem Thema (24.3.).

Die CSU hat inzwischen ihrerseits auf einen Probelauf bei der EG-Wahl für eine bundesweite CSU-Liste verzichtet. Die Möglichkeit einer CSU-Liste hatten Strauß und eine Reihe

für eine bundesweite CSU-Liste verzichtet. Die Möglichkeit einer CSU-Liste hatten Strauß und eine Reihe

Gewogen und für zu leicht befunden

Der Plan war gut, nur er klappte nicht: Der Plan des Hamburger Bürgermeisters Klose und des Bremer Bürgermeisters Koschnick und des SPD-Vorsitzenden Brandt und wer sonst noch alles mit geplant haben mag. Sie planten, die „Liberalisierungs“-Episode solle ihnen die kritische Jugend zurückholen. Das Bekenntnis zum „schrecklichen Irrtum Radikalen-Erlaß“, die „aufrichtige Selbstkritik“ unserer Spitzenpolitiker, die „dramatische Auseinandersetzung“ in der Presse... all das hat seinen Zweck verfehlt. „Die Jungwähler“ wählten in Westberlin den Igel, ausgerechnet jenes Stacheltier, das sich so schlecht für eine sozialdemokratische Umrangung eignet.

Da hat wohl jemand in der Strategiekommision falsch eingeschätzt, obwohl es anfangs ja ganz gut aussah: Klose wurde neuer Juso-Star, und von der „konkret“ bis zur „was tun“ bescheinigten sich alle Opportunisten freudestrahlend, daß sein „Umdenken“ auf ihren „Druck“ zurückzuführen sei. Aber Klose hat nicht gründlich genug „umgedacht“, oder — wie es die Boulevard-Presse formulieren würde: Er hat nicht gründlich genug mit seiner Tochter diskutiert (die den Stein bekanntlich unter dem Weihnachtsbaum zum Rollen brachte...).

„Reformpolitik 1980“ ist schwierig geworden. Denn es ist ja nicht nur so, daß sie nichts kosten darf; sie darf auch nichts ändern. „Reformpolitik“ besteht heute darin, „Irrtümer“ zu bekennen und sie

weiter zu praktizieren. Und wer es wagt, ein Reizwort — „Stamokap“ — nur schlicht auszusprechen (mehr hat Hans-Ulrich ja nun wirklich nicht getan), der wird zum halben Che Guevara hochstilisiert, jedenfalls bei Augstein und Co. So billig ist das heute!

Nur: Augstein ist kein Jungwähler, und auch Gremlixa hat zuviel (unwichtige) Parteierfahrungen und zuwenig (wichtige) Brokdorf-Erfahrungen. Man kann halt nicht nach links „Liberalisierung“ versprechen und nach rechts ausplaudern, daß man's effektiver machen will mit der Beschneidung. Man kann halt nicht, „derzeit“ gegen Gorleben sein, und jeder merkt, daß „derzeit“ heißt: bis zum 29. April (Landtagswahlen in Schleswig-Holstein). Man kann halt nicht Brokdorf nichtvielleichtaberdoch bauen. Man kann halt nicht beschaffen von einer Wahlveranstaltung zur nächsten reisen und die „Probleme der Jugend“ bis zum geht-nicht-mehr „ernstnehmen“ (Willy Brandt). Man kann übrigens auch nicht einen erbitterten Kampf führen, ob nun der „Antirevisionist“ oder der „Stamokap“-Vertreter Juso-Vorsitzender wird, und ein Jahr später sind beide waschechte SPD-Mitläufer.

Dies alles ist der „kritischen Jugend“ zuwenig. Aber mehr kann man ja auch nicht in der Schmidt-Partei.

Keine schlechten Aussichten für die Zukunft der Buntten!



Europa der Freiheit, in dem alle Menschen und alle sozialen Schichten einen geachteten Platz haben... Wir sind gegen ein Europa der Funktionäre. Europa darf keine Beute der Sozialistischen Internationale werden“ (ebenda). Am 18.3. fand dann in Düsseldorf das erste bundesweite Treffen der Anhänger der künftigen Bürgerpartei statt.

115 Teilnehmer des Treffens verabschiedeten den Entwurf für das Programm der „Bürgerpartei“, die am 1. Mai offiziell gegründet werden soll. Neben Fredersdorf sind als Teilnehmer des Treffens noch Hans-Günther Weber, der Vorsitzende der Fritz Erler Gesellschaft und ehemalige Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Döbberin und das Ex-Vorstandsmitglied der GAZ, Kaminski, bekannt geworden („FAZ“, 23.3.79).

Fredersdorf äußerte die Vermutung, daß Weber bald seine ausgetrennten, rechten Ex-SPDler bestehende SDU auflösen werde und schrieb es vor allem den Bemühun-

Interview mit Lars Hennings

AK: In Schleswig-Holstein hat die heiße Phase des Wahlkampfes begonnen. Die LDU hat sich zum Ziel gesetzt, eine alternative Liste aufzubauen, kandidiert diesmal aber noch nicht zu den Landtagswahlen am 29. April. Vielleicht kannst Du das erläutern, zumal der Erfolg der Alternativen Liste Westberlin deutlich einen Aufschwung der alternativen Wahlbewegung signalisiert hat.

Lars Hennings: Am Abscheiden der AL ist wichtig — was schon beim Erfolg der Bunten Liste in Hamburg erkennbar war — daß der Erfolg von einer Liste errungen wurde, in der es keine Spaltung gab. Und es gab in beiden Fällen keinen Dregger-Effekt, weil die bestehenden SPD-geführten Regierungen nicht gefährdet waren. Insbesondere in Bremen, wo die Situation ähnlich ist, sollte deswegen auch die Diskussion um eine gemeinsame Liste wieder aufgenommen werden. Dann besteht eine reale Chance, die 5%-Hürde zu nehmen. In Schleswig-Holstein ist die Situation anders. Sie ähnelt der in Hessen, und es wird bei der kommenden Wahl sicher einen „Stoltenberg-Effekt“ geben. Die LDU entstand im übrigen gerade aus der Spaltung der GL/SH, die von den konservativen Kräften vollzogen worden war. Das hat viele Hoffnungen zerstört. Die Entscheidung der LDU, nicht zu kandidieren, liegt ja auch viel früher. Sie war stark durch die Hessenwahl beeinflusst. Die Entwicklung der GL/SH weist immer deutlicher nach rechts, und die Abgrenzung gegen die „Roten“ wird — z.B. von Springmann auf der Wahlkampferöffnung in Rendsburg — in allerlei Variationen zur Selbstdarstellung im demokratischen Spektrum verwendet. Aus dem Programm sind alle radikal-demokratischen Ansätze wie 35-Stunden-Woche und Legalisierung der Abtreibung Stück für Stück gestrichen worden. Übrig blieb nur ein konservatives Ökologie-Programm im Sinne Gruhls, der auch bei der Wahlkampferöffnung Hauptredner war. Unabhängig von der teilweise guten Kommunalarbeit, die nach wie vor von Mitgliedern der GL in Steinburg und Nordfriesland gemacht wird, ist die Grüne Liste kein Anziehungspunkt für Demokraten, junge Menschen oder gar Sozialisten. Ich gehe davon aus, daß diese Liste bei den Landtagswahlen auf den Bauch fallen wird.

AK: Ihr habt in der LDU angefangen, über Euer Eingreifen in den Wahl-

AK: Ihr habt in der LDU angefangen, über Euer Eingreifen in den Wahlkampf sowie die Möglichkeiten einer Wahlempfehlung zu diskutieren.

L.H.: Auftakt dieser Diskussion war ein Seminar am 11.3. zu den Wahlausagen der bürgerlichen Parteien sowie der Frage der Wahlempfehlung. Die Diskussion soll jetzt in allen Kreisverbänden fortgesetzt werden. Einen einheitlichen LDU-Standpunkt gibt es nicht. Überhaupt keine Meinung zu äußern, wie es von einigen gefordert wird, halte ich für zu resignativ. Dabei ist zu leicht möglich, daß viele Menschen doch zu viel Hoffnung in den Wahlakt selbst legen. Wenn ihre Vorstellungen dann von der SPD nicht eingelöst werden, besteht die Gefahr von Resignation, auch was zukünftige Aktivitäten angeht.

Am gegensätzlichsten zu meiner Position ist der Aufruf zum Wahlboykott. Die Vertreter dieser Position befürchten wohl insbesondere die „Integration“ in das parlamentarische System, und daß sie sich zum Handlanger der bürgerlichen Parteien, besonders der SPD machen. Zum einen wird hier zu großes Gewicht auf die Parlamente gelegt. Wichtiger ist aber wohl die Mißachtung der realen Widersprüchlichkeit sozialdemokratischer Politik, wie sie sich in unterschiedlichen Fraktionen in der SPD Schleswig-Holstein darstellt.

Zurück zu meiner Position. Da muß ich wohl doch noch etwas zur schleswig-holsteinischen Parteienlandschaft vorausschicken. Wir haben eine CDU-Regierung, die mit einer Stimme Mehrheit im Landtag schaltet und waltet. Mit dieser Regierung haben wir eine Menge Erfahrungen machen müssen, insbesondere durch das brutale Vorgehen bei den Brokdorf-Aktionen. Stoltenberg, das ist gewissermaßen der Inbegriff der Reaktion, des brutalen staatlichen Handelns. „Stoltenberg muß weg“ — das ist die gemeinsame Formel aller oppositionellen Kräfte in Schleswig-Holstein, besonders auch von großen Teilen der GL/SH-Sympathisanten in der Wilster Marsch. Dieses Ziel ist aber eindeutig nur durch Stärkung der SPD in Schleswig-Holstein zu erreichen, das ist die Ausgangssituation. In der Frage der Wahlempfehlung ist also

vor allem zu prüfen, ob eine Wahlempfehlung für die SPD zu verantworten ist. Für mich ist in der Wahl Diskussion vor allem wichtig, daß sie nicht zur Illusion über die parlamentarische Arbeit führen darf. Andererseits ist es nicht egal, wie die Parlamente besetzt sind. Vor allem halte ich die Wirkungsmöglichkeit einer Basisbewegung unter einer SPD-geführten Landesregierung für größer. Die wichtigsten Fragen, um die es nämlich in den nächsten Jahren gehen wird, sind in der SPD Schleswig-Holstein sehr umstritten. Es gibt dort eine relativ starke Minderheit demokratischer Kräfte, deren Forderungen tendenziell in die gleiche Richtung zielen wie die der LDU. Die LDU nimmt ja für sich in Anspruch, eine radikal-demokratische und sozialistische Bewegung zu sein. Falsch wäre es daher, die Wahl Diskussion nur an sozialistischen Zielen zu messen. Solche Ziele gibt es in der SPD auch in Schleswig-Holstein sicher nicht mehr. Aber die Zusammenarbeit mit dieser SPD-Linke ist in etlichen Bereichen möglich und sinnvoll. Sie wird nicht ruhig mit ansehen, wie ihre Forderungen übergangen werden, sollte die SPD an der Regierung sein. Andererseits werden diese Menschen ganz sicher nicht verstehen, wenn wir mit dafür sorgen, daß Stoltenberg an der Macht bleibt. Die notwendige Massenmobilisierung würde durch eine solche sektiererische Entwicklung sicher gefährdet. Eine Wahlempfehlung für die SPD, wie ich sie mir vorstelle, darf andererseits natürlich nicht den Eindruck vermitteln, daß unsere Forderungen schon durchgesetzt würden. Zwar hat sich die SPD Schleswig-Holstein wiederholt in Konflikte mit der Bundesregierung begeben; ich sehe aber nicht, daß die linke Minderheit sich in den wichtigsten Fragen wird durchsetzen können. Dafür gibt es genügend Anhaltspunkte. Matthiesen betont gerade die Unterstützung der Politik der Bundesregierung. Im letzten Landtagswahlkampf hat er sich noch für Atomenergie ausgesprochen. Allerdings hat er am 13.3. in Wilster versichert, daß eine SPD-Landesregierung in Brokdorf weder ein AKW noch ein Kohlekraftwerk bauen wird. Aber die FDP, zukünftiger Koalitionspartner, hat sich kürzlich — unter bestimmten Bedingungen — für ein AKW Brokdorf ausgesprochen. Und der Atomfisch schläft sicher nicht und wird gegebenenfalls mit der FDP gemeinsam agieren und regieren.

Und der Atomfisch schläft sicher nicht und wird gegebenenfalls mit der FDP gemeinsam agieren und regieren.

AK: Was Du über die schleswig-holsteinische SPD-Linke sagst, ist für einen „Nicht-Schleswig-Holsteiner“ schwer nachvollziehbar. Vielleicht stellst Du das einmal etwas konkreter dar. Die ASF hat z.B. gemeinsam mit autonomen Frauengruppen und LDU-Frauengruppen eine Broschüre gegen den § 218 herausgegeben. Die ASF vertritt auf ihren Wahlkampfveranstaltungen, die sie oft mit örtlichen Frauengruppen gemeinsam durchführt, die Forderungen der Frauenbewegung und bezeichnet sich selbst als feministisch. Die ASF betreibt diesen Kurs trotz — wie leicht vorstellbar — wahrer Haßkampagnen der CDU und Widerstand in der eigenen Partei. So hat der ASF-Vorstand mit Austritt gedroht, nachdem auf dem Landesparteitag im Juni nur drei der 50 Listenplätze auf Frauen entfielen. L.H.: Ja, das ist ein Beispiel. Weitgehend bekannt sind die Auseinandersetzungen auf dem Gebiet der Atomenergie. Von den linken Positionen dieses Landesverbandes — verglichen mit der Bundesregierung und anderen Landesverbänden — rührt das ja auch das Image, was Leute wie Günther Jansen bei einem Großteil der AKW-Gegner haben. Zwar ist auf dem letzten Landesparteitag, auf dem ich selbst dabei war, der Antrag auf die Stilllegung des AKW Brunsbüttel zu Fall gebracht worden — u.a. durch Günther Jansen. Es gibt aber genügend SPD-Mitglieder, die sich nicht an die „Parteidisziplin“ halten und weiterhin die endgültige Stilllegung fordern und auch eine Demonstration am 21. April in Brunsbüttel unterstützen werden, die von der LDU und Bürgerinitiativen initiiert wurde.

Um noch ein weiteres Beispiel zu nennen: Die SPD Schleswig-Holstein hat bis heute hin den Extremistenbeschluß kritisiert. Natürlich, die entsprechenden Landesparteitagsbeschlüsse sind weit auslegbar. Aber auch in dieser Frage — das ist weniger bekannt — hat sich dieser Landesverband wiederholt in Konflikt zur Bundesregierung und insbesondere zur Hamburger SPD begeben. Günther Jansen begrüßte im Namen des Landesverbandes die Kritik aus dem

Ausland usw. Die SPD-Schleswig-Holstein fordert die Vernichtung des VS-Materials. Zum anderen erschien jetzt während des Wahlkampfes eine Dokumentation gegen die „Extremistenhatz in Schleswig-Holstein“, die u.a. die Tätigkeit von NPD-Lehrern und ihre Förderung durch die CDU sowie Berufsverboteffälle behandelt. Selbstverständlich habe ich in dieser Frage weitergehende Forderungen, weil es um eine grundlegende Beschneidung des Verfassungsschutzes gehen und auch die Schnüffelei für den sogenannten Sicherheitsbereich aufhören muß. An Gesagtem wird aber deutlich, welch relativ großen Spielraum die SPD-Linke noch hat. Es ist wohl klar, daß eben die Positionen dieser SPD attraktiv sind für große Teile der Linken; an eine SPD-Regierung werden Hoffnungen von einem Kreis geknüpft, der links von dem direkten Umfeld der SPD Schleswig-Holstein steht. Diese Linke muß die Erfahrung mit einer SPD an der Regierung machen. Eine Wahlempfehlung für die SPD verfolgt den Zweck, mit diesen Menschen ins Gespräch zu kommen über die Realisierbarkeit ihrer und unserer Forderungen und den Aufbau einer tatsächlichen Alternative.

AK: Könntest Du darstellen, wie Ihr in den Wahlkampf eingreift und wie nach Deiner Vorstellung eine Wahlempfehlung aussieht?

L.H.: Zum einen wird eine Broschüre geplant, die sich mit schleswig-holsteinischen CDU-Politikern befaßt wird, die Funktionen in der NSDAP hatten, also mit der tatsächlich vorhandenen personellen Kontinuität zwischen Teilen der NSDAP und Teilen der CDU. Außerdem wird es demnächst eine Broschüre geben, die die Kernenergieausweisungen in der SPD Schleswig-Holstein dokumentiert. Das Wesentliche sind aber natürlich die Basisaktivitäten wie die Vorbereitung der Brunsbüttel-Demonstration unmittelbar vor den Wahlen, die Aktivitäten der LDU-Frauengruppen, also der Versuch, ein gemeinsames Handeln der Basisbewegung, als deren Teil sich die LDU versteht, zu erreichen.

Direkt zum Wahlkampf noch etwas: Die LDU hat Briefe an den SPD-Landesvorstand losgeschickt mit Anfragen zu Problemen wie Berufsverboten, NPD-Lehrern an Schleswig-Holsteins Schulen um klare Wahlausagen zu erhalten, Berufsverbote, NPD-Lehrern an Schleswig-Holsteins Schulen um klare Wahlausagen zu erhalten, an denen wir sie messen können. an die GL/SH betreffs Mitgliedschaft von Nazis in ihrem Verband sind unabhängig von Standpunkten zur Wahlempfehlung zustande gekommen. Im Sinne einer Wahlempfehlung wie ich sie mir vorstelle, sind diese Briefe bzw. Antworten auch nach der Wahl wichtig. Es ist mir bekannt, daß Tamara aus Flensburg, die von der CDU-Regierung wegen Verdachts der Verfassungsfeindlichkeit nicht eingebürgert wird, von Gert Börnsen schriftlich bekommen hat, daß ein SPD-Innenminister Tamara einbürgern würde. Die SPD hat ihren Fall in der Broschüre über die Extremistenhatz veröffentlicht. Solche Zusagen sind natürlich für die Kreise, die die Einbürgerung wollen und Tamara unterstützen, schon ein Grund, der SPD an die Macht zu verhelfen. Ich würde diese Wahlausage für die SPD noch insofern modifizieren, als der SSW, die Partei der dänischen Minderheit, eine ähnliche Rolle im nördlichen Landesteil zu spielen scheint wie die SPD. Da würde ich also die Empfehlung für SPD oder SSW offenlassen.

AK: Wir danken Dir für dieses Gespräch.



Zu beziehen über das Büro der BUNTEN LISTE: Fruchttallee 9, 2 Hamburg 19

Bunte Liste:

Mitte Februar führte der ARBEITERKAMPF ein Interview mit Ilona Kiene und Christina Kukielka, den beiden Vertreterinnen der Bunten Liste im Bezirksparlament von Hamburg-Eimsbüttel. Der erste Teil dieses Interviews erschien in AK 148 (S. 8/9); er beinhaltete eine ausführliche Darstellung exemplarisch ausgewählter Themen, zu denen sich die Bunte Liste bislang auf parlamentarischer Ebene engagiert hat. Der zweite Teil, der noch mit dem Schluß dieser Darstellung beginnt und dann vor allem das Verhältnis von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit sowie das Verhältnis zwischen Parlament und Behördenapparat behandelt, mußte aus redaktionellen Gründen auf diese Ausgabe verschoben werden.

Ilona: In eine vorübergehende Sackgasse ist derzeit unsere Initiative zur Einrichtung eines parlamentarischen Frauenausschusses in Eimsbüttel geraten. Nachdem wir schon im Juli einen ersten Antrag auf Einrichtung eines solchen Ausschusses gestellt haben, haben in der darauffolgenden Hauptausschußsitzung (da wird die Parlamentssitzung jeweils vorbereitet) SPD und FDP sich gesprächsbereit gezeigt, während die CDU „mehr für die Emanzipation der Männer tun“ wollte. SPD und FDP regten an, nicht so sehr auf einen offiziellen Parlamentsausschuß zu orientieren und brachten ihrerseits eine „parlamentarische Arbeitsgruppe“ ins Gespräch. Um in dieser wichtigen Frage möglichst mehrheitsfähig zu bleiben, haben wir den SPD- und FDP-Vertretern Gespräche angeboten, um einen möglichst einheitlichen Vorschlag zu erarbeiten und dem Parlament vorzulegen. Leider ist in dieser Sache von uns nicht energisch nachgebohrt worden, so daß diese Gespräche noch nicht stattgefunden haben. Wir schätzen ein, daß nur wenige Abgeordnete in SPD und FDP sich wirklich für einen Frauenausschuß einzusetzen bereit sind, andererseits beide Parteien nicht unbedacht ihrer künftigen Wahlergebnisse in diesem Stadtteil unsere Initiative einfach herunterbügeln können. Darum glauben wir, daß sowohl eine Verschleppung unserer Initiative, wie auch eine Verwässerung unseres Vorschlages Zugeständnisse der in dieser Frage möglicherweise engagierten SPD- und FDP-Mitglieder an ihre Fraktionsmehrheiten sind.

AK: Das läßt sich ja alles sehen. Im Grunde ist es geradezu erstaunlich, von so einer kleinen Fraktion derart viele parlamentarische Initiativen und auch einige praktische Erfolge in so kurzer Zeit „serviert“ zu bekommen.

Ilona: Man soll unsere Zwei-Frau-Fraktion nicht unterschätzen, auch wenn wir mit 2 von 40 Sitzen personell eine kleine Kraft sind und die Parlamentsarbeit für uns zunächst natürlich mal völlig unbekannte Neuland war. Aber wir bemühen uns sehr intensiv, die vielfältigen Probleme in unserem Stadtteil von den Betroffenen selbst kennen zu lernen, mit ihnen Kontakt aufzunehmen und ihre Forderungen unverfälscht zum Gegenstand unserer Arbeit zu machen. Und da müssen wir feststellen, daß uns doch viel Vertrauen entgegengebracht wird, daß wir d u r c h unsere Parlamentsarbeit ein Zusammenwirken auch mit Basis-Aktivitäten und Bürgerinitiativen herzustellen beginnen, die bislang überhaupt nichts mit der Bunten Liste zu tun hatten und sich auch jetzt keineswegs als deren Bestandteil begreifen. Es gibt in der Bevölkerung ja durchaus eine weit verbreitete Skepsis gegenüber den alten, verbürokratisierten Parteien. Die 5% Wählerstimmen in Eimsbüttel stellen bloß einen Teil kommunalpolitischer Zustimmung für unsere Bunte Liste dar. Sicherlich hätten wir noch mehr Zustimmung erhalten, wenn unseren Wählern klar gewesen wäre, daß wir die 5%-Hürde überspringen würden und daß wir uns doch recht schnell und effektiv in die parlamentarische Arbeit einfinden würden. CDU, SPD und FDP ahnen natürlich, daß unser Stimmenanteil nicht einfach eine Modeerscheinung ist, daß wir alle Chancen haben, das Vertrauen in die engagierte alternative Politik der Bunten Liste zu bestätigen und sogar eine noch breitere Basis dafür zu finden — und sie wollen uns ja lieber heute als morgen wieder aus dem Parlament raus haben. Aber so einfach ist das nicht, und insbesondere SPD und FDP können uns nicht, ohne es sich mit ihren eigenen Wählern zu verderben, kurzerhand niederstimmen oder ignorieren, wenn wir ganz akute Probleme aufgreifen bzw. uns auf deutlich erhobene Forderungen im Stadtteil stützen und diese entwickeln helfen. Dieses Dilemma von SPD und FDP eröffnet für uns sogar

einen Spielraum punktueller Zusammenarbeit mit diesen beiden Fraktionen — natürlich immer schön auf der Grundlage der tatsächlichen Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung im Stadtteil.

AK: Wie stellt sich konkret Euer Verhältnis zur außerparlamentarischen Basisarbeit dar? Ihr hattet vor der Wahl und während des Wahlkampfes angekündigt, daß — unabhängig vom konkreten Wahlergebnis — in jedem Fall die außerparlamentarische Basisarbeit Euer hauptsächlich politischer Bezugspunkt bleiben wird. Demgegenüber sollte mögliche parlamentarische Arbeit untergeordnet bleiben. Könnt, bzw. konntet Ihr diesen Anspruch bisher einlösen?

Christina: Wir haben diesen Punkt in letzter Zeit mehrfach diskutiert. Ich muß im Grunde genommen zugleich mit ja und nein antworten. Aus heutiger Sicht betrachtet war eine Reihe unserer Vorstellungen gewissermaßen naiv. Naiv in dem Sinne, daß wir glaubten, daß auch unsere Parlamentarier (und Ausschußmitglieder) ganz konkret hauptsächlich weiterhin in ihren angestammten Basisinitiativen mitarbeiten können würden und die parlamentarische Arbeit dann gewissermaßen z u s ä t z l i c h und mit der linken Hand erledigen würden. Das hat sich recht schnell als völliger Trugschluß erwiesen. Um das zu verstehen, muß man sehen, mit welcher wahren Papierflut wir tagtäglich bombardiert werden, wie kompliziert und unübersichtlich die Entscheidungswegs parlamentarischer Politik aufgebaut sind, wie groß die Möglichkeiten sind, gutgläubige Parlamentarier seitens des Staatsapparates — bei uns also der kommunalen Behörden — hinteres Licht zu führen bzw. mit ihnen Katz und Maus zu spielen, und wie groß umgekehrt der Zeitaufwand ist, all diese Arbeiten zu bewältigen, ohne dabei zum leichten Happen behördlicher und bürgerlicher Interessen zu werden.

Ilona: Aus dem, was Christina eben ausführte, folgt, daß nicht nur für uns beide, sondern — mit gewissen Abstrichen — auch für alle unsere Ausschußmitglieder und ihre Vertreter (und das sind in Eimsbüttel immerhin 16 Frauen und Männer) die parlamentarische Arbeit faktisch den Schwerpunkt unserer politischen Tätigkeit bildet. Es ist nun nicht so, daß wir alle gar nicht mehr an der Basis arbeiten. Das tut jeder von uns mehr oder weniger, je nach seinen zeitlichen Möglichkeiten. Dennoch kostet uns die parlamentarische Arbeit die meiste Zeit. Dazu kommt, daß die meisten von uns außerhalb der BuLi noch andere politische Verpflichtungen, z.B. als Betriebsräte oder als Gewerkschaftsfunktionäre haben, was natürlich auch eine wichtige Form der Basisarbeit ist. Dennoch ist es so, daß sich in der Praxis mehr und mehr herausgeschält hat, daß für unsere Parlamentsfraktion die parlamentarische Arbeit im weitesten Sinne — also einschließlich der damit verbundenen Öffentlichkeitsarbeit etc. — nicht mehr soviel Zeit läßt, zusätzlich noch regelmäßig in einer bestimmten Basisgruppe mitzuarbeiten. Für die Bunte Liste insgesamt bleibt allerdings die außerparlamentarische Aktion, die tagtägliche Überzeugungsarbeit im Stadtteil usw. der absolute Schwerpunkt. Insgesamt bleibt also gewährleistet, daß die Initiativen der Bunten Liste hauptsächlich im außerparlamentarischen Bereich tätig sind und keineswegs zu bloßen Statisten unserer Parlamentsarbeit, bzw. auch nur zu ihren Zubringern verkommen. Ein kleiner Teil unserer Aktivisten — eben unsere Parlamentsfraktion — soll diese Arbeit ergänzen und dafür spezielles Wissen und die notwendigen Fähigkeiten entwickeln. Die Bürger- und Basisinitiativen in Eimsbüttel sind nicht etwa „Unterbau“ unserer Parlamentsfraktion, sondern umgekehrt: die Fraktion versteht sich als spezielle Agentur der Initiativen, stellt sich in ihren Dienst. Unsere parlamentarischen Anstrengungen ste-

Parlamentsarbeit

Interview mit Abgeordneten der BL

TEIL 2



hen voll und ganz im Dienst einer Weiterentwicklung unserer außerparlamentarischen Arbeit. Die Bunte Liste bleibt also, was sie versprochen hat, und ist dabei, z u s ä t z l i c h eine Spezialistenfraktion für parlamentarische Arbeit herauszubilden. AK: Kann es bei dieser Arbeitsteilung nicht zu einer Entfremdung der Parlamentarier von ihrer (ursprünglichen) Basis kommen?

Christina: Natürlich. Vollkommen klar. Diese Gefahr sehen wir auch und haben das auch so diskutiert. Schon dieser Umstand dürfte uns von anderen Parteien unterscheiden. Doch: „Gefahr erkannt – Gefahr gebannt“ ist hierbei nicht unser Prinzip. Vielmehr glauben wir, daß es notwendig ist, daß ein sehr intensiver Diskussions- und Erfahrungsaustausch zwischen uns Parlamentariern und unseren Bürger- und Basisinitiativen und – darüberhinaus – mit möglichst großen Teilen der Eimsbütteler Bevölkerung stattfinden

liegt, sondern es offenbar auch immer wieder deutliche Differenzen zu den Behördenapparaten gegeben hat. Könnt Ihr dazu einiges erläutern?

Ilona: Ja, in der Tat. Im Grunde genommen war dies sogar eine unserer wichtigsten Überraschungen in der ersten Phase unserer Parlamentsarbeit. Insgesamt ist zu sagen, daß mindestens die Hälfte aller Auseinandersetzungen und Diskussionen nicht zwischen den Parteien, sondern zwischen den Parlamentariern einerseits und dem Behördenapparat andererseits verlaufen. Ich kann mich z.B. noch sehr gut daran erinnern, wie nicht nur ich, sondern auch andere Ausschußmitglieder unserer Fraktion völlig von den Socken waren, als auf den Parlamentsausschüssen plötzlich die Spitzen der Polizei, der Baubehörde, der kommunalen Verwaltung etc.pp. nicht nur in hellen Scharen anwesend waren, sondern auch weitgehend unangefochten das große Wort führten, demgegenüber die mei-

blematisiert, daß hier ein „parlamentarischer Segen“ als reine Alibi-Funktion für Vorentscheidungen innerhalb der Behörde hat. Nach ausführlicher Diskussion im Schulausschuß konnten wir durchsetzen, daß zumindest stichpunktartig einige Schulen vom parlamentarischen Ausschuß besichtigt worden sind, und daß bei diesen Besichtigungen Vertreter der schulischen Mitbestimmungsgremien (etwa der Elternrat) zugegen sein sollten, um auch deren Meinung mit einbeziehen zu können. Wir sind – wie gesagt – damit erfolgreich gewesen, insofern diesem Vorschlag auch die Vertreter der anderen Fraktionen zugestimmt haben und es auch tatsächlich zu solchen Besichtigungen und Überprüfungen durch den Ausschuß gekommen ist. Ein Novum. Trotzdem haben wir natürlich auch in diesem Fall wenig erreichen können. Einbeziehung der Betroffenen bei der Aufstellung des Renovierungs-Planes – in diesem Fall also Eltern-, Schüler- und

Behördenapparat spielen, daß also das Parlament so etwas wie den Blitzableiter des Staatsapparates darstellt, insbesondere dann, wenn behördliche Maßnahmen, Baumaßnahmen u.ä. den Unmut der Leute hervorruft. Diese Zusammenhänge öffentlich deutlich zu machen, ist eine wichtige Aufgabe für uns. Übrigens wird dies teilweise auch von SPD- und FDP-Abgeordneten als unbefriedigend empfunden und ich sehe hier gewisse objektive Übereinstimmungen, auf deren Grundlage man sich gemeinsam anstrengen könnte, das Kräfteverhältnis zwischen Behörden und Parlamentariern zugunsten der Parlamentarier zu verändern, d.h. die Allmacht der Behörden zu beschneiden und größere Kontrolle und unabhängige Entscheidungsmöglichkeit – unabhängig von den Behörden, meine ich – herzustellen.

Ilona: Insgesamt muß man wohl sagen, daß die Behördenvertreter weitgehend unangefochten mit den kommunalen Parlamentariern Katz und Maus spielen können. Das gilt auch für die Vertreter der BuLi. Bisher konnten wir noch recht wenige dieser Versuche durchkreuzen. Ein aktuelles Beispiel für dieses Katz- und Mausspiel will ich hier einmal berichten. Bei der Auseinandersetzung um den schon erwähnten Giftmüllskandal im Grenzgebiet zu Altona hat unsere Vertreterin im Ortsgebietsausschuß Stellungen Ende November zwei Initiativen eingebracht: zum einen eine Serie schriftlicher Anfragen an die Baubehörde zwecks Beantwortung derselben auf der nächsten Ausschusssitzung; zum anderen hatte sie beantragt, darüber abstimmen zu lassen, die für den Giftmüllskandal verantwortlichen Behördenvertreter zur nächsten Ausschusssitzung zwecks direkter Befragung zu laden. Diesem Antrag stimmte bloß die FDP zu, womit er abgelehnt war. Auf der nächsten Ausschusssitzung im Dezember lag die Beantwortung unserer schriftlich eingereichten Anfragen nicht vor, und die Behördenmensen redeten sich heraus. Auf der später vorgelegten Tagesordnung für die Januarsitzung fehlte der Tagesordnungspunkt zum Giftmüllskandal gänzlich. Auf unseren diesbezüglichen Protest erdreistete sich der Behördenvertreter zu der Begründung, daß wir dieses Thema erst erneut in 4 Monaten behandeln könnten, weil nämlich unser Antrag auf der Novembersitzung (Ladung der behördlichen Verantwortlichen) von SPD und CDU niedergestimmt wurde. Die Vier-Monatsfrist werde von Paragraphen zwingend vorgeschrieben – natürlich war es so, doch es wurde nicht auf die Frist verwiesen, sondern auf die Paragraphen, die die Frist vorschrieben – natürlich war es so, daß unsere schriftlichen Anfragen, die eigentlich schon im Dezember hätten beantwortet werden müssen, gar nicht abgelehnt worden sind, sondern bloß dieser Antrag auf Ladung der Verantwortlichen. Mit Tricks dieser Art versuchen die Behörden, ihnen unliebsame Themen vom Tisch zu kriegen.

Christina: In eine ähnliche Stoßrichtung geht auch die weitere Beschneidung der Öffentlichkeit mit Beginn der Arbeit der BuLi im Parlament. Bereits im August verkündete der stellvertretende Bezirksamtsleiter Drexelius die Verschärfung der sog. Verschwiegenheitspflicht für Abgeordnete. Eine ähnliche Bestimmung, wie sie auch für Betriebsräte bekannt ist. Formal geht es darum, daß die Rechte von „Privatpersonen“ geschützt werden sollen; in Wirklichkeit soll damit vor allem das Geschäftsbereich der großen Baufirmen – allen voran die stadtteigene SAGA und die SPD/DGB-eigene „Neue Heimat“ – wie es teilweise z.B. im Ausschuß für Bau- und Liegenschaften bekannt wird, vor der Öffentlichkeit verborgen bleiben.

Ilona: In diesem Zusammenhang müßte auch der Versuch des Verwaltungsvorsitzenden bewertet werden, die vorstehenden Debatten im Bezirksparlament und in den Ausschüssen wieder auf den Umfang zurückzuschauben, wie das vor unserem Eintritt in diese Gremien der Fall war. Bezirksamtsleiter Kastenmeyer beklagte mehrmals die in dieser Legislaturperiode eingetretene Konfrontation im Parlament, wie auch die ständige Terminüberziehung in den parlamentarischen Gremien, einschließlich der Einberufung von Sonderterminen. Er hat als Maßnahme dagegen neu eingeführt, daß vor den Parlamentssitzungen die Fraktionsvorsitzenden separat unter seiner Leitung Differenzen vorab ausräumen. Seine Spekulation, dadurch das politische Klima

wieder zu „beruhigen“, hat sich allerdings – wie die letzten Sitzungen bezeugen, eher ins Gegenteil verkehrt. Die BuLi, d.h. wir beide, sind selbstverständlich nicht bereit, unsere Differenzen zu den anderen Parteien oder zur Behörde im stillen Kämmerlein hinter verschlossenen Türen auszumachen, bzw. uns dort unsere Stellungnahmen „abkaufen“ zu lassen. Im Gegenteil meinen wir, daß aus einer starken öffentlichen politischen Auseinandersetzung die besten Vorteile für die Eimsbüttler herauspringen.

AK: Eine ganz andere Frage: Wie hält es die BuLi mit den Kommunisten?

Ilona: Die BuLi versteht sich als breites Bündnis auf radikaldemokratischer Grundlage. Unseres Erachtens vertreten auch die verschiedenen kommunistischen Organisationen radikaldemokratische Positionen und haben somit prinzipiell auch die Möglichkeit, in der BuLi gleichberechtigt mitzuarbeiten, sofern sie sich an unsere Programme, Beschlüsse und demokratische Gepflogenheiten halten – aber dies gilt selbstverständlich für jedermann. Tatsächlich arbeiten nur zwei kommunistische Organisationen in der BuLi mit, nämlich einmal ihr selber, also der KB, der innerhalb der BuLi eine starke und akzeptierte Stellung hat, und zum anderen die KPD, mit der es allerdings einige Probleme in der Vergangenheit gegeben hat, vor allem im eigenschaft, wo die KPD teilweise sehr eklig und vor allem von der Mehrheit der Bunten Liste überhaupt nicht akzeptierte Parteiziele unter dem Namen der Bunten Liste einzuschmuggeln versuchte. Man kann es kurz so zusammenfassen, daß die KPD die Bunte Liste gerne in ein Anti-DKP-Bündnis umgewandelt und in ihre sogenannte „antihegemonistische Strategie“ eingereiht hätte. Ihr Interesse am Überspringen der 5%-Hürde war dabei augenscheinlich gering – und ich habe auch den Eindruck, daß sie sich mittlerweile ganz von der Bunten Liste abgewandt hat, jedenfalls sind mir keinerlei Aktivitäten in dieser Hinsicht bekannt, die in irgendeinem Zusammenhang mit der Bunten Liste stehen. Die DKP hat uns im Wahlkampf und danach heftig beföhrt, ohne dadurch verhindern zu können, daß die Hälfte ihres Wahlerpotentials zur BuLi abgewandert ist. Da aber die DKP in Hamburg in bestimmten Bereichen – etwa auf dem Mietsektor – einigen Einfluß und Erfahrung besitzt, haben wir unsererseits bestimmte Angebote zwecks punktueller Zusammenarbeit gemacht – übrigens ohne jegliche Vorbedingung. Die DKP hat diese Angebote zwecks punktueller Zusammenarbeit gemacht – übrigens ohne jegliche Vorbedingung. Die DKP ist auf diese Angebote bisher überhaupt nicht eingegangen. Nach unseren Informationen weiß die Basis in der Partei bisher nichts von unseren Angeboten zur Zusammenarbeit. Wir wollen darum künftig stärker als bisher unsere Angebote an die DKP öffentlich machen. Wir haben ganz gute Erfahrungen während des Wahlkampfes damit gemacht und es immerhin geschafft, Unterstützung für unseren Wahlkampf auch aus den Reihen dieser Partei zu bekommen. Es liegt ja auch auf der Hand, daß es in bestimmten Bereichen, nehmen wir nur den Kampf gegen die bevölkerungsfeindliche Miet- und Sanierungspolitik als Beispiel, eine unübersehbare Interessengleichheit gibt. Da muß die DKP-Führung sich natürlich fragen lassen, ob sie die größere Durchschlagskraft, die sich aus einer Zusammenarbeit ergeben würde, und das hätte ja nur Vorteile für die Interessen der betroffenen Bevölkerung, wirklich allen Ernstes und dauerhaft ihrem sektiererischen Unvereinbarkeitsbeschuß opfern will.

AK: Eine letzte Frage noch. Wie beurteilt ihr die Resonanz über eure Aktivitäten in der Presse?

Ilona: Angesichts der Tatsache, daß wir noch nicht über feste Beziehungen zu Redakteuren und Journalisten der großen Hamburger Presse verfügen, eigentlich nicht schlecht. D.h. nicht, daß wir zufrieden wären, weder hinsichtlich der Qualität noch der Quantität der Berichterstattung. Aber ich glaube, daß wir mit unserer Arbeit schon so manch „ehrliches Journalistenherz“ beeindruckt konnten. Das gilt auch für gewisse Lokalredakteure einer bestimmten Presse, die uns und unseren Zielen nun ganz und gar nicht wohl gesonnen ist. Relativ illusionslos sehen wir die Kommentare der rechtsstehenden Presse, die über unsere Arbeit mit der einseitigen Überstimmung gegen den SPD-Senat berichtet.

AK: Schönen Dank fürs Interview.



Christina Kukielka und Ilona Kiene auf der Gorleben-Demonstration in Hannover

Christina Kukielka und Ilona Kiene auf der Gorleben-Demonstration in Hannover

muß. Dies wird im konkreten unterschiedlichen Formen annehmen, z.B. Versammlungen unserer Aktivisten oder öffentliche Veranstaltungen, auf denen wir Parlamentarier über unsere Arbeit berichten bzw. Rechenschaft geben. Auch wollen wir künftig versuchen, die parlamentarische Arbeit – und das ist ja nicht nur ihr sichtbarer Teil, wie z.B. Parlamentsitzungen – auf noch mehr Schultern zu verteilen. Dabei streben wir schon an, daß die Mitglieder unserer Parlamentsfraktionen wieder mehr Luft bekommen und sich stärker als im letzten halben Jahr an außerparlamentarischer Arbeit beteiligen können.

Ilona: Für besonders wichtig in diesem Zusammenhang halte ich die beschleunigte Wiederherausgabe unserer Bunte-Liste-Zeitung, die dann auch regelmäßig und schriftlich über unsere Arbeit im Parlament und die dort gemachten Erfahrungen berichten soll. Und zwar nicht nur im Sinne von Agitation und Aufklärung der Bevölkerung, sondern besonders auch im dem Sinne, unsere Parlamentsarbeit durchsichtig, kontrollierbar und kritisierbar zu machen. Bedauerlicherweise hat sich die Wiederherausgabe unserer Zeitung nach dem Wahlkampf stark verzögert – was mit gewissen Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung einer Redaktion zusammenhängt, die möglichst viel von der Breite des politischen Spektrums der BuLi repräsentiert – aber immerhin ist jetzt Ende Januar die erste Ausgabe nach dem Wahlkampf erschienen und die nächste wird schon vorbereitet. (Anmerkung AK-Redaktion: die ist inzwischen auch herausgegeben, Mitte März).

AK: Laßt uns nochmal zur Parlamentsarbeit im engeren Sinne kommen. Aus Euren bisherigen Antworten dazu wurde schon recht deutlich, daß Ihr nicht nur im politischen Clinch mit den anderen Parteien

sten Parlamentarier recht kleinlaut mitschreiben. In allen Ausschüssen vertreten diese, durch keinerlei formal-demokratische Wahlen legitimierten Vertreter des kommunalen Staatsapparates die Position der sogenannten „Sachzwänge“, des Informationsmonopols und der angeblich übergeordneten Interessen, denen gegenüber die Parlamentarier aller Fraktionen eine weitgehend untergeordnete, z.T. direkt auf Befehlsmengefänger reduzierte Rolle gespielt haben. Dieses Spielchen haben wir – nachdem unsere erste Verblüffung sich gelegt hatte – von vornherein nicht mitgespielt. Wir meinen, daß die „Besitzer“ von „Sachzwängen“ und sog. „übergeordneten Interessen“ nur Scheinheilige sind, die ganz eminente konkrete Interessen vertreten, und zwar in aller Regel solche, die gegen die konkreten Bedürfnisse der Bevölkerung gerichtet sind. Wir haben also dieses Verhältnis von Herrn und Hund, also die Unterwürfigkeit der Parlamentarier unter die Behördenvertreter von vornherein nicht mitgemacht, auch wenn sich diese Herrschaften noch so wichtig aufgeblasen haben. Dabei sind unsere konkreten Möglichkeiten natürlich enorm eingeschränkt. Dazu mal ein Beispiel: Auf einer Schulausschuß-Sitzung werden dessen Mitglieder – völlig unvorbereitet, versteht sich – vom Vertreter der Schulbehörde mit einem detaillierten Renovierungs-Plan für insgesamt 60 Schulen überrascht, dem sie stehenden Fußes zustimmen sollten. Was soll man da schon als Parlamentarier bzw. Ausschuß-Mitglied, gleich welcher Fraktion, zu sagen. Wer will denn von denen beurteilen, ob die Garderobe in Schule A oder das Klo in Schule B 1980 oder 1981 renoviert werden müssen? Bisher war üblich, solche Überraschungsangriffe ehrerbietig zu sanktionieren. Unsere Vertreterin hat sich das aber nicht gefallen lassen und – mit Erfolg – pro-

Lehrerschaft – hat es nicht gegeben und konnte auch von uns nicht kurzfristig durchgesetzt werden. Das konkrete Zustandekommen solcher Entscheidungen blieb für die Ausschußmitglieder aller Fraktionen vollständig im Dunkeln und konnte auch durch Befragung anwesender Behördenvertreter nicht erhellt werden. Die Ausschußmitglieder selbst sind – auch wenn sie Spezialisten auf diesem Sektor sein sollten, was insgesamt natürlich nicht zutrifft – ihrerseits und auf sich allein gestellt überhaupt nicht in der Lage, die Berechtigung gerade dieses Planes zu bestätigen bzw. zu verwerfen, im einzelnen zu kritisieren, zu ergänzen oder gleichwie qualitativ zu bearbeiten. Die Zustimmung des Ausschusses bzw. des Parlaments ist gesetzlich vorgeschrieben und soll ja wohl den Wesensunterschied zwischen parlamentarischer Demokratie und Diktatur ausmachen. Eine wirkliche Entscheidung in diesem Fall, und der ist ja nur beispielhaft, konnte aber gar nicht stattfinden.

Christina: Was von Ilona beschrieben wurde, gilt natürlich genauso für viele andere sog. „Entscheidungen“, die vom Bezirksparlament gefällt wurden. Ich erinnere nur mal an das millionenschwere Bau- und Beschaffungsprogramm, das dem Bezirksparlament und vorher den Ausschüssen in gleicher Weise zur „Abstimmung“ vorgelegt worden ist. Auch hier ging es bloß darum, behördliche Vorentscheidungen abzusiegeln, Entscheidungen, zu denen die Eimsbüttler Bevölkerung nie gehört wurde und die sich im einzelnen auch gegen die unmittelbaren Interessen der betroffenen Bevölkerung richten. Wir haben das am Beispiel der geplanten Stadtautobahn „Querspanne Nord“ bereits autnah mitbekommen. Wir haben den Eindruck, daß oftmals das Parlament und seine Ausschüsse nur eine Art Puffer zwischen Bevölkerung und

KB-Prozesse

Russell-5-Prozeß: MEK-Beamter wird vorgeladen

Rainer Fasig, der nach Ermittlungen der Verteidigung der MEK-Beamte ist, der den Bankräuber Emilio Gonzales am 18.4.1974 aus allernächster Nähe gezielt erschossen hat (offiziell wurde die Identität des Töterschützen nie bekannt gegeben), soll im Prozeß gegen das „Russell-Buch 5“ zur Vernehmung vorgeladen werden. Diesen Beschluß teilte das Gericht am 12. Prozeßtag (29.3.) mit. Damit ist erstmals in diesem Prozeß überhaupt einem von der Verteidigung gestellten Beweisantrag stattgegeben worden - und diese Vernehmung dürfte spannend werden.

Nachdem Richter Betz insgesamt 6 Beweisanträge der Verteidigung zum Anklagekomplex „Staatsverunglimpfung“ (§ 90a) abgelehnt und schließlich - durch einen Fragenkatalog der Verteidigung vor eine unausweichliche Alternative gestellt - „laut denkend“ mitgeteilt hatte, daß er nicht beabsichtige, nach § 90a zu verurteilen, ging der Prozeß am 11. Verhandlungstag (26.3.) in die zweite Phase: Behandlungen der „Beleidigungs“-Anklagen (§ 185). Diese betreffen zum einen die Erschießungen von Georg von Rauch, Thomas Weisbecker und Emilio Gonzales und zum anderen die Schreibweise des Namens von F.J. Strauß mit „SS“. Zu den polizeilichen Töterschüssen wurden von Rechtsanwalt Uwe Maeffert und dem Angeklagten Jürgen Reents an diesem Tag gebündelt 8 Beweisanträge gestellt; in 7 Fällen davon verkündete Richter Betz drei Tage später die Ablehnung:

- * Beweisantrag: Verlesung eines Artikels aus dem „Stern“ vom 17. 8.78 mit dem Titel „Hinrichtung auf hamburgisch“ (zur polizeilichen Erschießung des Bankräubers Klaus Müller) und Zeugenvernahme des Verfassers sowie des Hamburger Polizeipräsidenten, des Innenministers und des Bürgermeisters darüber, daß hier keinerlei Strafantrag gestellt oder Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde. Stellungnahme von Staatsanwalt Reumann: dies sei für diesen Prozeß unbedeutend. Beschluß von Richter Betz: dies sei für diesen Prozeß ohne Bedeutung.

- * Beweisantrag: Verlesung des Artikels „Schatten voraus“ aus „Spiegel“ 9/79, in dem über eine prinzipielle, verfassungsrechtliche Kritik namhafter Professoren an dem geplanten bundeseinheitlichen Polizeigesetz mit Todesstrafe-Freigabe berichtet wird und ein Foto der Gonzales-Erschießung als quasi exemplarisch für das, was erst noch gesetzlich „geregelt“ werden soll, abgedruckt ist. Stellungnahme des Staatsanwalts: dieser Antrag enthalte zum einen Tatsachenbehauptungen, die so behandelt werden können, „als seien sie wahr“, zum anderen „fehlt es ihm an Tatsachen“. Gerichtsbeschluß: der Beweisantrag sei für diesen Prozeß ohne Bedeutung.

- * Beweisantrag: Einholung eines sprachwissenschaftlichen Gutachtens über die Behandlung solcher Begriffe wie „exekutieren“ und „liquidieren“ in der Kritik an staatlichen Gewaltakten (siehe nebenstehenden Abdruck; ein solches Gutachten wurde auch in einem Unterpunkt des zuvor genannten Beweisantrags zum „Stern“-Artikel gefordert).

Stellungnahme des Staatsanwalts: nicht nötig, da eigene Sachkunde des Gerichts vorhanden. Gerichtsbeschluß: das Gericht verfüge selbst über die erforderliche Sachkunde.

- * Beweisantrag: Verlesung der entsprechenden Seiten des „Russell-Buch 4“ (zu den polizeilichen Töterschüssen) und des darin angegebenen Quellenmaterials, in dem der Ablauf der Erschießung von Georg von Rauch am 4.12.71 in Westberlin geschildert wird. Stellungnahme des Staatsanwalts: es könne als wahr unterstellt werden, daß es breite Kritik an dieser Polizeiaktion gegeben habe, im übrigen enthalte der Beweisantrag nur Wertungen (daß der Ablauf belegt, daß Georg von Rauch „liquidiert“ wurde und anschließend „Spuren verwischt“ worden sind). Gerichtsbeschluß: es könne als wahr unterstellt werden, daß Georg von Rauch erschossen wurde, im übrigen enthalte der Beweisantrag nur Wertungen.

- * Beweisantrag: Verlesung des Urteils über den Freispruch des Schriftstellers Erich Fried, der angeklagt worden war, weil er die Erschießung von Georg von Rauch als „Vorbeugemord“ bezeichnet hatte. Stellungnahme des Staatsanwalts: kann als wahr unterstellt werden, daß es dieses Urteil gibt. Gerichtsbeschluß: kann als wahr unterstellt werden, daß Erich Fried freigesprochen wurde. Im übrigen enthalte der Beweisantrag Wertungen (daß die Bezeichnung „Vorbeugemord“ nicht anders anzusehen ist, als davon zu sprechen, daß G.v.Rauch „durch gezielten Schuß liquidiert“ wurde).

- * Beweisantrag: Verlesung der entsprechenden Seiten des „Russell-Buch 4“ und des darin angegebenen Quellenmaterials, in dem der Ablauf der Erschießung von Thomas Weisbecker am 2.3.1972 in Augsburg geschildert wird. Stellungnahme des Staatsanwalts: es könne als wahr unterstellt werden, daß Thomas Weisbecker erschossen und „gezielt in eine Polizeifalle gelockt“ (!) wurde. Gerichtsbeschluß: es könne als wahr unterstellt werden, daß Thomas Weisbecker erschossen wurde; die Verlesung würde im übrigen nicht die Richtigkeit der darin aufgestellten Tatsachenbehauptungen beweisen (daß er „liquidiert“ wurde usw.).

- * Beweisantrag: Verlesung der entsprechenden Seiten des „Russell-Buch 4“ und des darin angegebenen Quellenmaterials, in dem der Ablauf der Erschießung von Emilio Gonzales am 18.4.1974 in Hamburg geschildert wird. Stellungnahme des Staatsanwalts: hier seien keine Tatsachenbe-

hauptungen enthalten und es liege daher gar kein Beweisantrag vor.

Gerichtsbeschluß: es könne als wahr unterstellt werden, daß Gonzales erschossen wurde; im übrigen könne die Verlesung nicht einen Beweis über die Richtigkeit der aufgestellten Tatsachenbehauptungen erbringen (daß Gonzales „öffentlich exekutiert“ wurde).

Die Unterbindung von Wahrheitsbeweisen geht also auch in den Punkten weiter, wo sich das Bundeskriminalamt und die Polizeipräsidenten von Hamburg und Westberlin „beleidigt“ fühlen, weil polizeiliche Töterschüsse als „Exekution“ oder „Liquidierung“ von Menschen bezeichnet werden. Indes hat Staatsanwalt Reumann mit seiner Bemerkung zur Erschießung von Thomas Weisbecker, daß er als wahr unterstellt, daß Thomas Weisbecker „gezielt in eine Polizeifalle gelockt wurde“, erneut wortwörtlich das bestätigt, was er andererseits als Äußerung im angeklagten Buch (S. 67) als „Staatsverleumdung“ und „Beleidigung“ (Abschnitt I Punkt 7 und Abschnitt II der Anklageschrift) unter Strafe stellen will. Wenn aber Reumann selbst dies nun als wahr unterstellt, dann wird die vollzogene Erschießung von Thomas Weisbecker umso mehr zur „Liquidierung“ - denn wenn jemand „gezielt in eine Polizeifalle gelockt“ wird, dann kann logischerweise gar keine „Notwehr“-Situation vorliegen (siehe I b s t w e n n man den polizeilichen Behauptungen glauben würde, daß Thomas Weisbecker eine Waffe bei sich hatte und diese nicht nachträglich ihm untergeschoben wurde); dann hat die Polizei ja wohl auch die Möglichkeit gehabt, Thomas Weisbecker festzunehmen, statt ihn abzuknallen. Es versteht sich, daß die Ablehnung dieser Beweisanträge nicht das letzte Wort dazu in diesem Prozeß ist.

Erschießung von Gonzales

Der Beweisantrag zur Vernehmung über die Erschießung von Emilio Gonzales hat folgenden Wortlaut: es wird beantragt, „den Hamburger Polizeibeamten (MEK) Rainer Fasig zu der Behauptung zu vernehmen, daß er 1974 vor der Commerzbank, Steindamm, den Bankräuber Gonzales durch einen Kopfschuß erschoss, wobei er in strikter Ausführung des Auftrags handelte, den Bankräuber beim Verlassen der Commerzbank zu erschließen. Der MEK-Beamte Fasig schoß auf Gonzales mit der Absicht, den Bankräuber tödlich zu verletzen.“

Staatsanwalt Reumann hatte der Vernehmung überraschenderweise zugestimmt - welche Gründe ihn dazu bewegen haben (ob er sich seiner Sache so sicher ist, ob er davon ausgeht, daß Fasig eh keine Aussagegenehmigung bekommt o.ä.) sei dahingestellt. Dennoch hatte Richter Betz auch diesen Beweisantrag zunächst abgelehnt und zwar ebenfalls mit der Begründung, daß diese Behauptungen als wahr unterstellt werden können! D.h.: Das Gericht be-

„Selbstmord“-Zweifel Freispruch für KBW

Unter der Rubrik „Zur Person“ vermeldete die „FR“ vom 12.3. 1979 zu Hans Filbinger: Die von ihm gegen vier KBW-Mitglieder wegen „Verunglimpfung“ angestregte Strafanzeige wurde vom Amtsgericht Essen verworfen. Filbinger fühlte sich durch ein Transparent verunglimpft, mit dem die KBWler im Oktober '77 auf einer Demonstration in Essen ihre Zweifel am „Selbstmord“ der Stammheimer Gefangenen kundtaten und gegen das Kontaktparagengesetz protestierten.

Außerdem hatte sich Filbingers Anzeige gegen die Herstellung und den Vertrieb des Transparentes gerichtet. Dies jedoch konnte das Gericht den KBWlern nicht nachweisen und stellte das Verfahren ein.

zeitung „Metallarbeiter“ hieß: „MEK: Sie werden abgerichtet zum Mord“, wurde die Heranziehung dieser Ermittlungsakte damals verweigert. Bleibt jetzt abzuwarten, ob Rainer Fasig bis zum nächsten Prozeßtermin „ausfindig gemacht“ werden kann. Dieser ist am

Donnerstag, 5. April, 9.30 Uhr
Strafjustizgebäude Sievekingplatz 3, Raum 297

Neu!

Prozeßbroschüre

Zur Vorbereitung des Prozesses erscheint Mitte dieser Woche eine Dokumentation. Sie enthält Anklage, „Beweismittel“ der StA u.a.m. sowie dokumentarisches Hintergrundmaterial (zum Prozeßgegenstand: die Zweifel an der staatlichen Version „Selbstmord“. Die Dokumentation ist als Arbeitsgrundlage

für die zu entwickelnde Öffentlichkeitsarbeit gedacht. Es geht darum, die Aufmerksamkeit aller, die bisher den „Russell-5“-Prozeß verfolgt haben, aber auch weiterer Kreise bereits auf den Prozeß hegen zu richten.

Antifa-Kommission und IKAH

Die „Wunder von Stammheim und Stadelheim“ vor Gericht



Wir glauben immer noch nicht
an Selbstmord!

56 Seiten A4 3.-

CDU läßt KB-Plakat verbieten

Auf dem Wege der einstweiligen Verfügung hat der CDU-Landesverband Schleswig-Holstein am 14. März ein Plakat des Kommunistischen Bundes verboten lassen, auf dem der Landtagspräsident Dr. H. Lemke (CDU) in der Uniform einer NS-Organisation abgebildet ist und dessen Titel lautet: „Vergeßt Holocaust, wählt CDU!“ Das Plakat weist auf die Nazi-Vergangenheit schleswig-holsteinischer CDU-Größen hin und war anlässlich der Landtagswahlen am 29. April herausgegeben worden. In der Begründung der CDU für ihren Verbandsantrag heißt es: „Das Plakat ist geeignet, die Ehre der Antragstellerin empfindlich zu verletzen. Es wird

damit der Eindruck hervorgerufen, als ob die CDU mit den Nazi-Verbrechen, die in dem Film Holocaust gezeigt wurden, in Verbindung gebracht werden muß... Das Plakat erweckt weiter den Eindruck, daß außer den genannten Politikern eine große Zahl von führenden Politikern der CDU in Verbindung mit Nazi-Verbrechen und insbesondere mit der Judenvernichtung zu bringen sei.“ In einem Schreiben des CDU-Landesverbandes Schleswig-Holstein vom 8. März heißt es sogar: „Dr. Lemke hat - was gerichtsbeskannt sein dürfte - während des Krieges und dann bis 1947 ausschließlich als Marineoffizier seine Pflicht erfüllt.

Ihn selber, den Lübecker Stadtpräsidenten Gaul oder die CDU in einen Zusammenhang mit den Nazi-Verbrechen zu bringen, entbehrt nicht nur jeder tatsächlichen Grundlage, sondern stellt sich als eine gewollte Diffamierung dar. Die CDU als die führende demokratische Partei in Schleswig-Holstein wird durch dieses Pamphlet als Gesamtverband verunglimpft.“

Lemke und Gaul, die auf dem Plakat erwähnt wurden, sind jedoch nur die Spitze eines Eisbergs: zwei Beispiele für eine „Reihe von CDU-Politikern, deren Karriere im Nazi-Reich begann“ (Plakat-Text).

Staatsschutz und Sprachverstümmelung — ein abgelehnter Beweisantrag —

Az: 144 - 284/78 Hamburg 26.3.79

In der Strafsache
gegen
Jürgen Reents

beantrage ich, ein sprachwissenschaftliches Gutachten über die Verwendung solcher Begriffe wie „Liquidierung“ und „Exekution“ in der Kritik an staatlichen Vorgehensweisen und in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung einzuholen.

Begründung:

Die Anklage wertet es als eine strafbare Verunglimpfung und Beleidigung von Polizeibehörden der Länder und der Bundesrepublik Deutschland, wenn im Zusammenhang mit Erschießungen von Menschen durch Polizeibeamte in dem angeklagten „Russell-Buch 5“ die Begriffe „exekutieren“ und „liquidieren“ bzw. „Exekution“ und „Liquidation“ verwendet werden.

Unabhängig davon, daß noch Beweiserhebung darüber beantragt wird, daß die Behauptungen einer polizeilichen Notwehr in den betreffenden Fällen keineswegs glaubwürdig erscheinen, daß also nicht nur die moralische und politische, sondern auch die strafrechtliche Berechtigung zu den betreffenden polizeilichen Todesschüssen mit Beweismitteln angezweifelt wird, ist festzustellen: Todesschüssen mit Beweismitteln angezweifelt wird, ist festzustellen:

Es ist grundsätzlich verfehlt, Begriffe und Wendungen, die im Zusammenhang einer politischen Kritik an staatlichen Handlungen bzw. an Handlungen staatlicher Organe und einzelner Vollzugspersonen stehen, oder die genereller Elemente und Verdrähtungen in einer gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung sind, mit einer juristischen Terminologie gleichzusetzen und entsprechend die für die juristische Terminologie erforderlichen, feststehenden Tatbestandsmerkmale zur Voraussetzung dafür zu machen, ob der Gebrauch eines bestimmten Begriffes in der politischen Kritik und Auseinandersetzung berechtigt ist, ob er also juristisch bestimmte Merkmale und Inhalte erfüllt. Das gilt sogar bei einer absoluten Wertidentität, wenn also ein und dasselbe Wort als juristischer Terminus und als politische Bewertung oder selbst in der alltäglichen Umgangssprache Verwendung findet, wie es z.B. beim Begriff „Mord“ der Fall ist. Wenn jemand etwa in der Beurteilung einer ihm bedrohlich erscheinenden Situation - nehmen wir an, daß er aufgefordert werde, einen steilen Felsen zu erklimmen, gemeinsam mit dem Auffordernden einen größeren See zu durchschwimmen oder eine verkehrsreiche Straße ohne Ampel zu überqueren - davon spricht, daß dies „glatter Mord“ sei, dann würde mit Sicherheit kein Gericht eine solche Äußerung nach den Tatbestandsmerkmalen des § 211 StGB hin abklopfen oder eine diebezüglich gestellte Beleidigungsklage wegen Vorwurfs des „Mordes“ bzw. des „Mordversuchs“ ernsthaft zur Verhandlung zulassen.

Was für die alltägliche Umgangssprache gilt, gilt aber gleichermaßen für die politische Kritik und Auseinandersetzung: ihre sprachlichen Maßstäbe sind nicht die Normen des Strafrechtsbuchs. Wo dies jedoch in ein Gesetz wird, da führt dies unweigerlich zur juristischen Verstümmelung und Eliminierung der politischen Sprache und letztlich der Ausdrucksmöglichkeit überhaupt. Angesichts der unbestreitbaren Tatsache, daß der gesetzliche Rahmen für straffreie polizeiliche Todesschüsse immer weiter gesteckt wird, daß - wie zu befürchten ist - polizeiliche Todesschüsse im geltenden juristischen Sinne bald aus sich heraus als „Notwehr“, „vermeintliche Notwehr“ und ähnliches gelten, würde mit der automatischen Expansion geltender juristischer Begriffe in die politische Kritik und Auseinandersetzung eine sprachlich erfassbare Opposition und auch nur Besorgnis völlig unmöglich gemacht. Dies widerspricht der Kritik- und Meinungsfreiheit total, aber auch - was hier von Belang ist - dem Wesen einer freien Sprache als solche: Sprachwissenschaft würde unter das Regiment tat-

sächlicher oder vorgeblicher staatlicher Sicherheitsinteressen gestellt; ihr Inhalt wäre nicht mehr Wissenschaft und Freiheit, sondern allein Staatsschutz.

Daß dies bereits das Verständnis der Anklagevertretung ist, wird im Umkehrbeispiel an der Anklageschrift selbst deutlich: nicht nur in der willkürlichen Hinbiegung und Verfälschung von Zitaten aus dem Buch in eine dem unbedingten Verurteilungswillen der Staatsanwaltschaft zuträglichere Formulierung, wie dies bereits am ersten Prozeßtag nachgewiesen wurde. Sondern auch, indem in der juristischen Argumentation, die allerdings tatsächlich juristischen Normen zu unterwerfen wäre, nun gemäß eben demselben Staatsschutzinteresse von den Vorschriften einer Begriffswahl nach geltendem Recht und Gesetz abgewichen wird. Da werden im „Wesentlichen Ergebnis der Ermittlungen“ unter II (Seite 7 der Anklageschrift) Georg von Rauch und Thomas Weisbecker als „Straftäter“ bezeichnet, und nicht etwa als „mutmaßliche Straftäter“, obwohl dafür der gerichtliche Nachweis gänzlich fehlt - denn sie wurden von der Polizei „liquidiert“ und „exekutiert“, bevor ein solcher Nachweis vor Gericht gebracht oder widerlegt werden konnte. Das ist die Art von staatsanwaltschaftlicher „Sprachfreiheit“, die die staatskritische Sprachfreiheit - die im Gegensatz zur ersten nicht aus abgesicherter Macht nicht, wie die staatsanwaltschaftliche Sprachfreiheit - die im Gegensatz zur ersten nicht aus abgesicherter Macht wuchert, sondern um ihr Überleben kämpft - in erdrückende Schranken weisen will.

Die Begriffe „exekutieren“ und „liquidieren“ sind überdies sprachwissenschaftlich keineswegs so eindeutig bestimmt, daß daraus selbst bei einer Gleichsetzung von juristischer und politischer Sprache und unter angenommener Voraussetzung einer tatsächlichen polizeilichen Notwehr in den betreffenden Fällen der Tatbestand einer Verunglimpfung oder Beleidigung abzuleiten wäre. In beiden Fällen handelt es sich um Fremdworte lateinischer Abstammung. Kurze Hinweise seien hier für den Begriff „exekutieren“ gegeben: Der Große Duden, Rechtschreibung der deutschen Sprache und der Fremdwörter (15., erweiterte Auflage, Mannheim 1961) erläutert den Begriff „exekutieren“ im Grunde nur mit dem einen Wort „vollstrecken“, und für den österreichischen Sprachraum zusätzlich mit dem Wort „pfänden“, das hier zweifellos nicht in Betracht zu ziehen ist.

Der Große Duden, Vergleichendes Synonymwörterbuch für sinnverwandte Wörter und Wendungen (Erstauflage, Mannheim, 1964) verweist für den Begriff „exekutieren“ auf das Leitwort „hinrichten“, und „vom Leben zum Tode bringen“ bzw. „vom Leben zum Tode befördern“. Speziell das Synonym „exekutieren“ wird dabei folgendermaßen erläutert: „einen zum Tode verurteilten (durch Erschießen) hinrichten; bezieht sich im Allgemeinen auf Hinrichtungen nach Kriegs- oder Ausnahmegericht und betont nicht so sehr die Tatsache der Hinrichtung als solche, sondern bezeichnet mehr den konkreten Tötungsakt“.

Schaut man z.B. in das Wörterbuch Französisch-Deutsch des VEB Verlag Enzyklopädie Leipzig (8. Auflage, 1976), so ist dort das gleichbedeutende Wort „exécuteur“ gleich mit 10 deutschen Verben übersetzt, wovon folgende drei in Betracht gezogen werden können: „ausführen“, „vollstrecken“, „hinrichten“.

Im Wörterbuch Italienisch-Deutsch des gleichen Verlags (3. Auflage, 1976) ist das gleichbedeutende Wort „eseguire“ nur mit 4 deutschen Worten übersetzt, wovon zwei in Betracht gezogen werden können: „ausführen“ und „vollstrecken“. Das Verb „hinrichten“ fehlt hierbei übrigens ganz, und es findet sich interessanterweise in der Parallel-Ausgabe Deutsch-Italienisch unter dem Stichwort „hinrichten“ auch nicht das italienischsprachige „eseguire“ = „exekutieren“.

Diese Hinweise mögen genügen, um zu begründen, daß ein sprachwissenschaftliches Gutachten aufzeigen wird,

1. daß die Anklagevertretung in unzulässiger, freiheits- und wissenschafts-bedrohender Weise der politischen Kritik und Auseinandersetzung eine nach Staatsschutz-Interessen formulierte juristische Terminologie überzustülpen versucht;

2. daß die Anklagevertretung, nachdem bereits verschiedentlich und trotz wachsender Besorgnis der demokratischen Öffentlichkeit Kritik an polizeilichen Todesschüssen, die den Begriff „Polizeimord“ oder „Mord“ verwendet hat, als Verunglimpfung bzw. Beleidigung verurteilt wurde, nunmehr noch weitergehender politische Kritik durch die Inkriminierung ganzer Wortgruppen zum Schweigen bringen will, und daß dies die Verurteilung zur Sprachlosigkeit schlechthin zur Folge haben wird.

Zu diesem zweiten Punkt sei noch auf folgendes aufmerksam gemacht: In ihrem „Wesentlichen Ergebnis der Ermittlungen“ unter II (Seite 7 der Anklageschrift) schreibt die Staatsanwaltschaft:

„Dem Beschuldigten ist ... bekannt gewesen, daß jemand wegen der Behauptung, diese Erschießung (gemeint ist die Erschießung von Emilio Gonzales am 18.4.74 in Hamburg; d. Verf.) sei eine „öffentliche Hinrichtung“ gewesen und MEK-Einheiten seien potentielle Todeskommandos, zu einer Strafe von DM 1.500,- verurteilt worden ist (vgl. S. 122 - unten - des Buches).“

Die hier angesprochene Verurteilung richtete sich gegen Kai Ehlers, den seinerzeit presserechtlich Verantwortlichen des Kommunistischen Bundes - und die Anklage in jenem Prozeß wurde von Staatsanwalt Reumann vertreten, der gleiche Staatsanwalt Reumann, der auch in diesem Prozeß die Anklage führt. Staatsanwalt Reumann kennt also beide Verfahren sehr genau, kennt folglich die jeweiligen Passagen sehr genau, die er im einen wie im anderen Verfahren als verunglimpfend bzw. beleidigend präsentiert hat. Er kennt daher wohl auch den „Kunstgriff“, den er hier abermals angewandt hat, und dessen Bedeutung in oben beschriebenem Sinne sehr weitreichend ist:

1. Das erwähnte Urteil wurde wesentlich wegen folgender Passage aus dem „Metallarbeiter“ vom April 1974, eine Zeitung des Kommunistischen Bundes, gefällt: „Mobile Einsatz-Kommandos (MEK): Sie werden abgerichtet zum Mord“.

2. In der Anklageschrift zu dem hier anhängigen Prozeß heißt es, „daß jemand wegen der Behauptung, diese Erschießung (von Emilio Gonzales; d. Verf.) sei eine „öffentliche Hinrichtung“ gewesen ...“ verurteilt worden sei. Diese Formulierung „öffentliche Hinrichtung“ findet sich in der damaligen schriftlichen Urteilsbegründung als Urteilsgrund oder als einer der Urteilsgründe gar nicht.

3. Im „Russell-Buch Nr. 5“ das Gegenstand des jetzigen Prozesses ist, ist im Zusammenhang mit der Erschießung von Emilio Gonzales nicht von „öffentlicher Hinrichtung“ die Rede, sondern von „öffentlicher Exekution“ (Seite 164 des Buches, siehe Punkt 13 des „Wesentlichen Ergebnisses der Ermittlungen“ in der Anklageschrift).

Diese dreigliedrige Verfälschung durch Staatsanwalt Reumann, der wohlgekannt! - beiden Prozessen als Anklagevertreter beige-schleichen beigezogen hat, spricht für sich.

„Exekution“, so wurde oben aus dem Großen Duden, Synonymwörterbuch, zitiert, „betont nicht so sehr die Tatsache der Hinrichtung als solche, sondern bezeichnet mehr den konkreten Tötungsakt“, d.h. den Vorgang der Erschießung u n g. Wann soll es wohl, der Staatsschutz-Logik der Anklagevertretung folgend, strafbar sein, zu sagen, zu schreiben oder zu publizieren, daß die Polizei einen Menschen erschossen hat??!

Jürgen Reents

PS: Das Gericht lehnte die Bestellung eines Sprachwissenschaftlers am 29.3. mit der Begründung ab, es verfüge selbst über die erforderliche Sachkunde

meinungsfreiheit...

die Sache
mit dem Haken



Dieses Farbplakat wurde von der Graphikerinitiative „Werkhaus“ entworfen und kann gegen eine Solidaritätsspende von 5 DM beim Reents-Verlag bestellt werden.

Solidarität

mit Jürgen Reents und Kai Ehlers

CounterSpy/USA

Liebe Genossinnen und Genossen, CounterSpy magazine erklärt sich solidarisch mit Jürgen Reents und Kai Ehlers in ihrem Kampf gegen die bestehende und ständig zunehmende Unterdrückung fortschrittlicher Organisationen und Individuen. Wir hoffen, daß eine breite Öffentlichkeit in Europa und in den USA durch diesen Prozeß auf die immer stärker werdende Repression in der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin aufmerksam wird. In Solidarität: CounterSpy magazine Konrad Ege

UNKRAUT - Wilhelmshavener Jugendzeitung

Lieber Jürgen, die Redaktion der Wilhelmshavener Jugendzeitung UNKRAUT fordert die sofortige Einstellung der Zensurprozesse, die dazu dienen werden, einen Präzedenzfall zu schaffen, mit dem jede Analyse oder Kritik am Staat unmöglich gemacht werden soll.

Wir solidarisieren uns mit Kai und Dir. Kampf der Faschisierung! Mit solidarischen Grüßen i.A. Peter Gerdes

Freie Arbeiter-Union, Westberlin

Die Berliner Gruppe der Initiative FREIE ARBEITER-UNION (Anarcho-Syndikalisten) verurteilt mit aller Schärfe die gegen den J. Reents-Verlag/Hamburg nach § 90 a eingeleiteten Zensur-Verfahren. Wir fordern die sofortige Aufhebung der Anklagen gegen den Verlag J. Reents und Kai Ehlers.

Mit solidarischen Grüßen Initiative Freie Arbeiter Union (FAU) - Anarchosyndikalisten - Gruppe Berlin

Eulenspiegel/Baden-Baden

Der „Eulenspiegel“ aus Baden-Baden berichtete in seiner März-Ausgabe auf einer ganzen Seite über den Prozeß gegen das „Russell-Buch 5“. Der kurz beschriebene Inhalt des inkriminierten Buches wird vom „Eulenspiegel“ folgendermaßen eingeschätzt: „Mag sein, daß die eine oder andere Passage überspitzt formuliert

ist. Mag sein, daß die eine oder andere These falsch ist. Doch die Tendenz stimmt.“

Nachdem der Verfasser, Michael Schneider, daran erinnert, daß ähnliche Warnungen vor der polizeilichen Entwicklung in der BRD auch in „Stern“ und „konkret“ geäußert wurden, fährt er fort: „Wenn man die einzelnen Veröffentlichungen betrachtet, wird deutlich, worum es geht: Gegen den kleinen Reents-Verlag wird ein Prozeß angestrengt, in der Zeitschrift „konkret“ läßt man eine Gegendarstellung veröffentlichen, gegen den „Stern“ ist - bis jetzt - nichts geschehen. Unten bei den „Kleinen“ wird angefangen, ... sie zum Schweigen zu bringen. Sind die erst einmal weg, kommen die auf der nächst höheren Stufe an die Reihe. Der Staat will uns so vorschreiben, was wir zu schreiben, lesen und schließlich zu denken haben. Diskussionen über Themen, die den etablierten Kräften nicht passen, sollen undenkbar werden. Darum geht es.“

Wenn wir nicht wollen, daß in diesem unserem Staat weiter Freiheitsrechte abgebaut werden, ist Solidarität mit den Angeklagten dringend geboten.“

Erklärung der Mitgliederversammlung der Grünen Liste Hessen

„Die Teilnehmer der Mitgliederversammlung der GLH protestieren gegen die Zensurprozesse gegen den J. Reents Verlag.“

Sie sehen in der Anklage gegen J. Reents und K. Ehlers einen erheblichen Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit in der BRD. Eine mögliche Verurteilung der Angeklagten würde einen Präzedenzfall schaffen, der in Zukunft für die Kriminalisierung fortschrittlicher Pressearbeit in s e s a m t herangezogen werden kann.

Wir treten entschieden gegen den Abbau demokratischer Rechte und gegen jede Form politischer Diskriminierung und Unterdrückung ein und sind der Ansicht, daß dieser Kampf umfassend und nicht selektiv geführt werden muß.“

Diese Resolution wurde auf der hessischen Mitgliederversammlung der GLH am 18.3.1979 in Hanau/Mittelbuchen bei einer Enthaltung angenommen.

23.3.79, elke/gießen

Solidarität

mit Jürgen Reents und Kai Ehlers

GLU-Kreisverband Ammerland

Sehr geehrter Herr Reents,
sehr geehrter Herr Ehlers,
auf unserer Mitgliederversammlung
am 8.3.1979 haben wir einstimmig
folgende Erklärung verabschiedet:

Wir finden es erschreckend, daß
Sie wegen dem vom J. Reents-Verlag
publizierten Buch der Russell-Reihe
Nr. 5, das sich - 34 Jahre nach dem
Zusammenbruch der Nazi-Terrorherr-
schaft - in einer längst überfälligen
Auseinandersetzung kritisch mit den
Fragen nach dem Aufbau der Polizei-
und Ermittlungsbehörden sowie den
Geheimdiensten (und den daraus ggf.
resultierenden Gefahren für die De-
mokratie) befaßt, von der Staatsan-
waltschaft dieses Staates unter An-
klage gestellt worden sind. Sollte es
zu einer Verurteilung kommen, wird
die Staatsanwaltschaft und Justiz un-
seres Erachtens selbst - so makaber
das ist - ein weiteres Indiz für ihr
gestörtes Verhältnis zur Demokratie
liefern. Wir lehnen solche Zensur-
maßnahmen grundsätzlich ab, ohne
daß wir hier zu dem Inhalt des Bu-
ches näher Stellung nehmen können.
Mit solidarischen Grüßen
i.A. Hans-Dieter Broek

Sozialistischer Deutscher
Studentenbund (SDS)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
hiermit dürfen wir Euch unsere Soli-
darität gegen sämtliche Aktivitäten
und Maßnahmen des „Rechtsstaates“
nach § 90a eingeleiteten Zensur-Pro-
zesse gegen den J. Reents-Verlag,
Hamburg, übermitteln. Obwohl wir
bei zahlreichen Passagen eine andere
Einschätzung tragen als die Heraus-
geber, lehnen wir die gegenüber Euch
praktizierten Maßnahmen strikt ab.

Zwar konnten wir unsere Solidari-
tätsschreiben schon beinahe zu
spät abgeben - sie ist dafür aber auf-
richtig abgegeben worden - nicht
nur um der Unterschriften wegen.

Mit sozialistischen und solidari-
schen Grüßen
Sozialistischer Deutscher Studen-
tenbund / SDS - AK Berlin
Sozialistischer Deutscher Studen-
tenbund / SDS - AK Bonn
„Perspektive - Diskussionsforum
zur Neugründung des SDS, Frank-
furt/M.“
Ralf Gregor Küpper, Berlin

Anmerkungen der Unterstützergruppe „Russell-5-Prozeß“

Den in AK 149 abgedruckten Stell-
ungnahmen zur Solidaritätsarbeit
schließen wir uns an und möchten er-
gänzend noch folgendes hinzufügen:
Der Prozeß mit dem das Russell -5-
Buch unterdrückt werden soll, unter-
scheidet sich von vielen vorangegan-
genen Prozessen in einem ganz wesent-
lichen Punkt: Es ist nicht nur eine
Enthüllung, nicht nur ein Aspekt
der Repression in diesem Land, der
hier mit Hilfe der Klassenjustiz aus
der öffentlichen Diskussion gezogen
werden soll, wie wir es z.B. in den
Prozessen um den „Buback-Nach-
ruf“ oder den Prozeß, der gegen die
Aufdeckung der Todesumstände von
G. Routhier geführt wurde, zu ver-
zeichnen hatten. In diesem Prozeß
geht es um die Unterdrückung einer
vielseitigen Analyse des bundesrepu-
blikanischen Repressionsapparats,
des Nachweises der Vergleichbarkeit
mit dem Nazisystem, des Nachweises
der Kontinuität vom Nazisystem bis
zum heutigen Machtapparat. Die Folge
einer Verurteilung wegen dieser
Analyse könnte sein: eine Verschärfung
der Gangart seitens des Staatsapparats
gegen sämtliche Enthüllungen, die
den Gangart seitens des Staatsapparats
gegen sämtliche Enthüllungen, die
in diese Richtung gehen; der Kreis
der Betroffenen kann so sehr schnell
wachsen. Es ist den Herrschenden
nicht unbekannt, daß speziell der KB
durch seine Propagandaarbeit wirk-
sam dazu beigetragen hat, im In- und
Ausland die öffentliche Aufmerksamkeit
auf die Aufrüstung des westdeut-
schen Staatsapparats und deren histo-
rische Kontinuität zu lenken und das
Bewußtsein über die Gefährlichkeit
dieser Entwicklung zu schärfen. Die
Herrschenden in der BRD möchten
diese Quelle stopfen. Gelingt ihnen
dies, wird es sie zu weiteren Schritten
ermutigen.

Die Strafverfahren gegen J. Reents
und Kai Ehlers treffen in das Zentrum
der gegenwärtigen politischen Ausein-
andersetzung und Diskussion in der
BRD. Hier geht es, wie G. Wall-
raff formulierte (AK 146), um eine
„Kraftprobe“, ob die Diskussion über
faschistische Gefahren in der BRD
unterdrückt werden kann. Es ist trau-
rig, feststellen zu müssen, daß dieser
Zusammenhang, auf den auch H.M.
Broder in der „Frankfurter Rund-
schau“ hinwies und dessen Schluß-
satz wir in die Unterschriftenerklä-
rung übernommen haben, den eigenen
Genoss(innen) offenbar nicht Grund
genug ist, „in die Puschen zu kommen“.
Solidaritätsarbeit heißt
für uns in erster Linie: mit all den je-
nigen, die den Anspruch haben, de-
mokratisch zu wirken, genau die
Diskussion zu intensivieren, die
von der Bourgeoisie unterdrückt
werden soll. In diesem Sinne müssen
wir auch das breite Interesse, das sich
in den vielen Solidaritätsbekundun-
gen und Unterschriften ausdrückt,
aufnehmen. Dies ist sicherlich noch
nicht zur Genüge geschehen, ja, in
den Meinungen, die aus NRW in AK
147 dokumentiert sind, drückt sich

schieres politisches Unverständnis ge-
genüber dieser Aufgabe aus. Es bleibt
zu fragen, ob wir es hier nicht mit ei-
ner generellen noch vorhandenen
Unfähigkeit zu tun haben, über-
haupt die politische Diskussion und
das Bündnis mit all diesen Menschen
und Gruppen zu finden, deren Unter-
schrift sich heute gegen den Russell
-5-Prozeß wendet. Außerdem müs-
sen wir sehen, daß diese erst einen
kleinen Ausschnitt aus dem ganzen
politischen Spektrum repräsentieren,
mit dem wir in unserer politischen
Arbeit die Auseinandersetzung und
Zusammenarbeit suchen müssen. Hier
gibt es noch viel zu tun. Das Ar-
gument, die Weiterführung der Krisen-
diskussion im KB (NRW) habe der
Solidaritätsarbeit entgegenstanden,
zeigt abermals tiefes politisches Un-
verständnis: Es handelt sich hier eben
nicht nur um „KB-Prozesse“, son-
dern um Vorgänge, die weit über
den KB hinaus Beachtung finden. Die
Solidaritätsarbeit kann und darf auch
deswegen nicht der KB-internen
Krisendebatte zum Opfer fallen, das
wäre in der Tat „Parteiborniertheit“.
Noch etwas zur Qualität der Ar-
beit in der Tat „Parteiborniertheit“.
Noch etwas zur Qualität der Ar-
gumente aus NRW. Die Kritiker spre-
chen die politische Dimension der
Prozesse überhaupt nicht an, wo-
durch die Kritik substanzlos bleibt.
Ob das daran liegt, daß die Genoss-
(innen) die im AK laufend doku-
mentierten politischen Stellungnah-
men zu diesen Prozessen nicht ken-
nen, mögen sie sich selbst beantwor-
ten. Wenn sie meinen, andere Arbeit
sei wichtiger, sollten sie die Inhalte
dieser Arbeit benennen und man
kann dann politisch darüber reden,
wieso hier angeblich ein Wider-
spruch zur Solidaritätsarbeit existi-
ert.

Was den Prozeß gegen Kai Ehlers
wegen der AK-Berichterstattung
zu Stammheim betrifft, sollten
wir wissen, daß die Bourgeoisie ein-
en Deibel tun wird, sich kampff-
los den Mantel des Schweigens ent-
reißen zu lassen, den sie über diese
Ereignisse breiten konnte. Eine
ähnlich breite Diskussion in der
Öffentlichkeit über die Stamm-
heim-Ereignisse, wie sie jetzt über
die Praktiken und die Ausrichtung
des westdeutschen Staatsapparats
läuft, (siehe z.B. Russell-Tribunal),
wäre für sie ein erheblicher Punkt-
verlust gegenüber der gesamten de-
mokratischen Bewegung. Wir stehen
vor der Aufgabe, nach „Deutsch-
land im Herbst“ einen „Früh-
ling“ zu schaffen. Wenn wir bei
diesen hier genannten Aufgaben Mit-
streiter, „politische Multiplikatoren“
in unbegrenzter Zahl, in- und außer-
halb des KB, finden, dann erfahren
Jürgen Reents und Kai Ehlers So-
lidarität.

Unterstützergruppe
„Russell-5-Prozeß“

Kein Berufsverbot für Prof. Schneider

Kurz vor dem Abschluß steht das Be-
rufsverbotverfahren gegen den
Frankfurter Romanistik-Prof. Ger-
hard Schneider. Seit 1974 bemühen
sich die Universitätsleitung und das
hessische Kultusministerium, diesen
unbequemen Hochschullehrer aus
dem Dienst zu entfernen, weil er sich
in offener Weise gegen Polizeistaats-
methoden eingesetzt hat und auch
keinen Hehl aus seinem Eintreten für
die sozialistische Revolution und sei-
ner Unterstützung der „KPD“ ge-
macht hat.

An der Frankfurter Universität wurde
am 24.7.74 ein disziplinarisches
Vorermittlungsverfahren gegen Prof.
Schneider eingeleitet. Anlaß dazu
war eine Presseerklärung zum „myste-
riösen“ Tod von Günther Routhier,
die von Prof. Schneider mit unter-
zeichnet wurde. In der Erklärung
wurde vom „kaltblütigen, politischen
Mord“ an G. Routhier gesprochen.
Desweiteren davon, daß „die Ermor-
dung des Schottens McLeod oder
Thomas Weisbeckers“ noch „mit der
Baader-Meinhof-Gruppe“ legitimiert
worden sind, daß aber Todesfälle und
Beinahe-Todesfälle bei Polizeiaktio-
nen immer alltäglicher werden. Dafür
wurden einige Beispiele genannt.

Wegen dieser Erklärung wurde ge-
gen G. Schneider am 24.10.74 An-
klage erhoben. Und zwar wegen „Be-
leidigung des Polizei und Verunglimp-
fung der BRD“.

Am 24.4.75 wurde das Vorermit-
tlungsverfahren abgeschlossen und das
förmliche Disziplinarverfahren einge-
leitet. In der Einleitungsverfügung
werden folgende „Vergehen“ genannt:

1. Die Presseerklärung zum Fall Gün-
ther Routhier;
2. Eine Erklärung Schneiders, mit
der er das Verfahren öffentlich
machte. Zu dieser Erklärung schreibt
er u.a. auch, daß er die Pflicht habe,
„den Kampf der Arbeiterklasse mit
der KPD für den Sozialismus zu unter-
stützen“, deshalb habe er auch für die
KPD kandidiert.
3. Eine vom KSV-Frankfurt heraus-
gegebene Dokumentation, in der
eine Erklärung von Schneider und
zwei weiteren Personen enthalten ist,
in der er sich erneut zum Kampf für
den Sozialismus bekennt.
4. In einer Vorladung vom 17.4.75
zur Vernehmung werden die oben
genannten Punkte auf insgesamt zehn
erweitert:
4. Neue Zitate aus der Routhier-
Presseerklärung;
5. Ein „Rote-Fahne“-Verkauf am
4.10.74, den Schneider trotz
Hausverbot am Fachbereich Human-
medizin machte. Danach ging ihm
das Hausverbot per Verfügung schrift-
lich zu.
6. Am 15.1.75 habe er bei einer Vor-
stellung der Kandidaten zur Wahl
des Uni-Präsidenten per Megaphon
das Wort ergriffen und damit zum
vorzeitigen Abbruch der Veranstal-
tung beigetragen.
7. Eine Erklärung auf einer Presse-
konferenz am 20.2.75;
8. Er habe dem KSV mehrere Verfü-
gungen zum schwebenden Verfah-
ren überlassen, mit dem Ziel, Aktio-
nen gegen sein Verfahren zu veran-
lassen;
9. Er sei zu einer Anhörung am 20.2.
75 mit 25 Personen erschienen, um
diese zu stören.
10. Er sei Mitglied im KSV.

Am 25.8.75 wurde eine vorläufige
Dienstenthebung gegen Prof. Schnei-
der verhängt. Er soll es an der nöti-
gen Loyalität fehlen gelassen haben
und darüber hinaus das Ansehen des
Öffentlichen Dienstes geschädigt ha-
ben.

Am 21.4.76 fand eine kleinere
Veranstaltung mit Prof. Schneider
zur Pariser Kommune in der Uni
statt. Zu dieser wurden zwei Bedien-
stete der Uni als Spitzel geschickt.
Auf Grund der Aussagen der zwei
Spitzel bekam Schneider das Abhal-
ten von „verbotenen Lehrveranstal-
tungen“ als zusätzliche Dienstpflicht-
verletzung angehängt.

Am 18.2.77 bekam Prof. Schnei-
der eine Verfügung, nach der 30%
seiner Dienstbezüge einbehalten wur-
den. Dies wurde mit der Anzahl der
Dienstpflichtverletzungen begründet
und damit, daß voraussichtlich das
Verfahren mit seiner Entfernung aus
dem Dienst enden würde. Daran sei
„angesichts des erreichten Standes
des Ermittlungsverfahrens kein be-
gründeter Zweifel mehr möglich“.

Am 11.8.78 wurde diese Verfügung
vom Verwaltungsgericht aufgehoben.
Zwischenzeitlich wurde Schnei-
der im Strafverfahren wegen Belei-
digung der Polizei und Verunglimp-
fung der BRD am 15.9.75 verurteilt.

aber später (am 15.9.78) in allen
Punkten freigesprochen.

Soweit zu den Ereignissen im Ver-
fahren gegen Prof. G. Schneider.
Im wesentlichen dreht sich das
Verfahren darum, wie weit sich ein
Wissenschaftler zu politischen Vor-
gängen äußern darf, sowohl inner-
halb als auch außerhalb seines Dien-
stes. Es wurde früher viel von der
„Freiheit der Wissenschaft“ und der
„besonderen Rolle der Universitäten“
gesprochen, das soll aber anders wer-
den!

In einem Schreiben des Kultus-
ministeriums vom 3.6.77 an das Ver-
waltungsgericht Frankfurt heißt es
unter anderem: „Auch Professoren
haben disziplinarrechtlich keine Son-
derstellung. Insbesondere besteht aus
dem Gesichtspunkt der Wissenschafts-
freiheit und der korporationsrechtli-
chen Stellung keinerlei Anlaß, Profes-
soren irgendwelche Privilegien gegen-
über anderen Beamten einzuräumen“.
Das nennt sich dann juristisch:
Gleichheitsgrundsatz!

Das Ermittlungsverfahren gegen
Professor Schneider wurde am 25.1.

79 abgeschlossen. Eine Entscheidung
über die Eröffnung der Hauptver-
handlung steht noch aus. Falls G.
Schneider Berufsverbot bekommen
sollte, wäre dies der erste Fall, in
dem ein beamteter Professor davon
betroffen wäre! Dies hätte mit
Sicherheit Folgen für jeden fort-
schrittlichen Lehrenden an der Uni.

In dem oben genannten Schrei-
ben heißt es weiter: „Es geht nämlich
nicht um die Gesinnung des Beamten,
sondern um eine ganze Reihe konkre-
ter pflichtwidriger Handlungen.
Daß diese Handlungen ihre Ursache
in der Gesinnung des Beamten haben,
vermag die konkreten Handlungen
weder zu rechtfertigen noch zu ent-
schuldigen.“ Das heißt auf deutsch:
denken darf jeder was er will, bloß
merken darf es keiner!
(Alle Angaben nach „Dokumentation
des Disziplinarverfahrens gegen Pro-
fessor Dr. Gerhard Schneider 1974
- 1979“, Frankfurt, Feb. 79 -
Projektgruppe Ffm zur Unterstüt-
zung des III. Internationalen Rus-
sell-Tribunals).

KB/Gruppe Frankfurt, Unigruppe

Erklärung

ANZEIGE

ERKLÄRUNG

Seit Juli 1974, d. h. seit über vier Jahren, wird gegen Prof. Dr. G. Schneider,
Professor für Romanistik an der Universität Frankfurt, disziplinarisch ermittelt,
mit dem Ziel seiner Entlassung aus dem Staatsdienst.

Der Anlaß für die Eröffnung des Disziplinarverfahrens war ein Strafverfahren
gegen G. Schneider wegen „Verächtlichmachung der BRD“ (§ 90a) und „Beleidigung
der Polizei“ (§ 185), weil er zusammen mit vier anderen Professoren 1974 die Auf-
klärung der Todesumstände des nach einem Polizeieinsatz in Duisburg verstor-
benen G. Routhier gefordert hatte. Im September 1978 nun wurde G. Schneider
in 2. Instanz von dem Landgericht Duisburg freigesprochen. Damit ist der Aus-
gangspunkt des Verfahrens hinfällig.

Im August 1978 hob das Verwaltungsgericht Frankfurt ebenfalls die Kürzung der
Dienstbezüge - vom Kultusminister im Februar 1977 verfügt - auf und erklärte
die seit August 1975 bestehende Suspendierung Schneiders, soweit sie sich auf
die Forschung bezieht, für rechtswidrig.

Gegenstand des Verfahrens ist eine Inkriminierung der politischen Gesinnung
G. Schneiders - er hat 1974 und 1976 für die KPD bei Wahlen kandidiert. Das
Verwaltungsgericht selbst stellte fest, daß das Disziplinarverfahren „durch den
Fall Routhier ausgelöst worden ist, und die sich anschließenden Vorgänge, die
dem Beamten disziplinarrechtlich zur Last gelegt werden, zu einem erheblichen
Teil eine Abwehrreaktion gegen das gegen ihn eingeleitete Verfahren darstellen“.
(Beschluss der Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht Frankfurt vom 10. 8.
1978; Az.: DK/5/77).

Mit großer Sorge nehmen wir zur Kenntnis, daß das hessische Kultusministerium
nach wie vor die Suspendierung Schneiders von der Lehre aufrechterhält und
das Ziel des Berufsverbotes weiterverfolgt. Diese Praxis steht im offenen Wider-
spruch zur erneut öffentlich geführten Diskussion über die Gefahren des „Radi-
kalenerlasses“ für ein demokratisches Klima in unserem Land.

Gleichzeitig ist mit dem Verfahren gegen den Hochschullehrer Gerhard Schneider
die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre angetastet. Gegen das
Verfahren haben bisher Hunderte von Kollegen im In- und Ausland, sowie Ge-
werkschafts- und Berufsorganisationen protestiert.

**Wir fordern die sofortige Aufhebung der Suspendierung Prof. G. Schneiders und
die Einstellung des Disziplinarverfahrens!**

**Wir fordern die sofortige Aufhebung der Suspendierung Prof. G. Schneiders und
die Einstellung des Disziplinarverfahrens!**

Diese Erklärung haben u. a. unterzeichnet: R. Altmann, Arb.; Dr. F. Barabas,
Prof. FH; Prof. Dr. H. Becker; R. Bahn, Soz.-Arb.; B. Voss; A. Betz, Soz.-Päd.;
R. Bleyemehl, Prof. FH; E. Brenner, Bühn.-Bildn.; P. Danzeisen, Schausp.; Diederich,
Prof. FH; E. Diehl, Lehr.; D. W. Dreyse, Arch.-Prof.; W. Elste, Schausp.; M.
Greiling, Schausp.; Prof. Dr. J. Hirsch; Dr. Hoffmann, Prof. FH; A. Hübner, Prof.
FH; Prof. Dr. E. Jouhy; B. Kälble, Soz.-Arb.; BR; B. Kalle, Drucker; R. Kessler,
Prof. FH; H. Koller, Schül.; D. Fischer-Lichte, Stud.; Prof. Dr. G. Lepper; Dr.
Mausbach, Prof. FH; R. Mautz, Schausp.; W. Messerschmidt, Arb.; Prof. Dr. W.
Ratz; C. Michels, Journ.; H. Neemann-Zacharias, Lehr.; R. deNeve, Schausp.; R.
Peier, Schausp.; Reerink, Prof. FH; R. Rolfs, Aut.; Prof. Dr. R. Rütten; Dr. See,
FH-Lehr.; A. Schubart, Mag.-Dir.; D. Straube, Lehr.; W. D. Tropp, Schausp.; G. Ufer,
Dipl.-Päd.; BR; J. Uthoff, Rektor FH Frankfurt; E. Vogel, wiss. Ang.; A. Wagner,
Schausp.; K. Werner, Schausp.; G. Zwerenz, Aut. (alle Frankfurt); Prof. Dr. G.
Bauer; Dr. V. v. Braunbehrens; Vlg. Das Argument; Vlg. Europäische Ideen;
Vlg. K. Guhl; E. A. Kraft, Dipl.-Ing.; Prof. Dr. H. Lessing; LitPol. Vlg.; H. Orbon,
Dipl.-Pol.; E. Petri, Schausp.; J. Schiffelholz, Elektr. (alle Berlin); P. Abromeit,
Reg.-Ass.; Prof. Dr. L. Arnold; K. Bälger, Phys.; P. Franke, Schausp.; Prof. Dr. M.
Franzbach; Journ.; H. Grubitzsch, Doz.; Prof. Dr. S. Grubitzsch; E. Hausmann, Schausp.;
G. Herr, Bühn.-Bildn.; I. Kirchner, Schausp.; M. Krauel, Schausp.; B. Krieger,
Reg.-Ass.; Ch. Redl, Schausp.; Prof. Dr. J. Schaefer; J. Schmitz-Feuerhake,
Phys.; P. Schulze, Red.; N. Schwientek, Schausp.; F. P. Steckel, Reg.; J. Tam-
china, Komp.; J. Tovote, Schausp.; U. Waller, Reg.; W. Wiens, Dramat.; Dr. V.
Winstutz, Ass. Prof. (alle Bremen); Focus Vlg. Gießen; Prof. Dr. P. Brückner;
P. Stüdemann, wiss. Ass. (Hannover); W. Ehmann, Buchhdl.; A. M. Fabian, Dipl.-
Pol.; Prof. Dr. W. Fabian; L. Glasenapp, Publ.; F. Reininghaus, Mus. Wiss.;
J. Uhl, Cutt. (alle Köln); M. Scholsengeier, Verl. (Lindau); Vg. Frauenpolitik; A.
Müller, Lekt.; Prof. Dr. Ch. Sigrist; M. Walther, Verl. (alle Münster); W. Aschmoneit,
wiss. Ass.; Prof. Dr. Axmacher; G. Becker, wiss. Ass.; Prof. Dr. R. Damus; Dr.
R. Franzius; Dr. K. Gilgenmann, AOR; Prof. Dr. L. Knapp; M. Krüger, wiss. Ass.;
Prof. Dr. R. Künzel; Prof. Dr. U. Maas; Dr. M. Massarat, wiss. Ass.; D. Michel,
AR; Prof. Dr. H. Mohr; W. Motzkeu, wiss. Ass.; Prof. Dr. H. Müller-Kohlenberg;
K. Scheer, Doz.; R. Schwes, wiss. Ass.; Prof. Dr. T. Westphalen (alle Osnabrück);
B. Cooper, R. Hargreaves, H. Meynell, M. Milligan, J. Schwarzmantel, R. White
(Dozenten), Prof. P. Geach (alle Leeds); Dr. A. Münster; I. Diener, Dolm. (Paris);
W. Bachar, E. Fink, R. Winterauer, O. Henninger, Ch. Pfleger, STRV-Vors., Uni-
versität Wien; Unionsverlag Zürich; Alternative Liste - Hochschulbereich West-
berlin; ASTA Univ. Frankfurt; Landesschülervertr. Hessen (P. Feldmann); Russell-
Init. Frankfurt; Stadtschulratsvorst. Kassel (O. Döring); Vertrauensleutkörper
Univ. Frankfurt (B. Paschel).

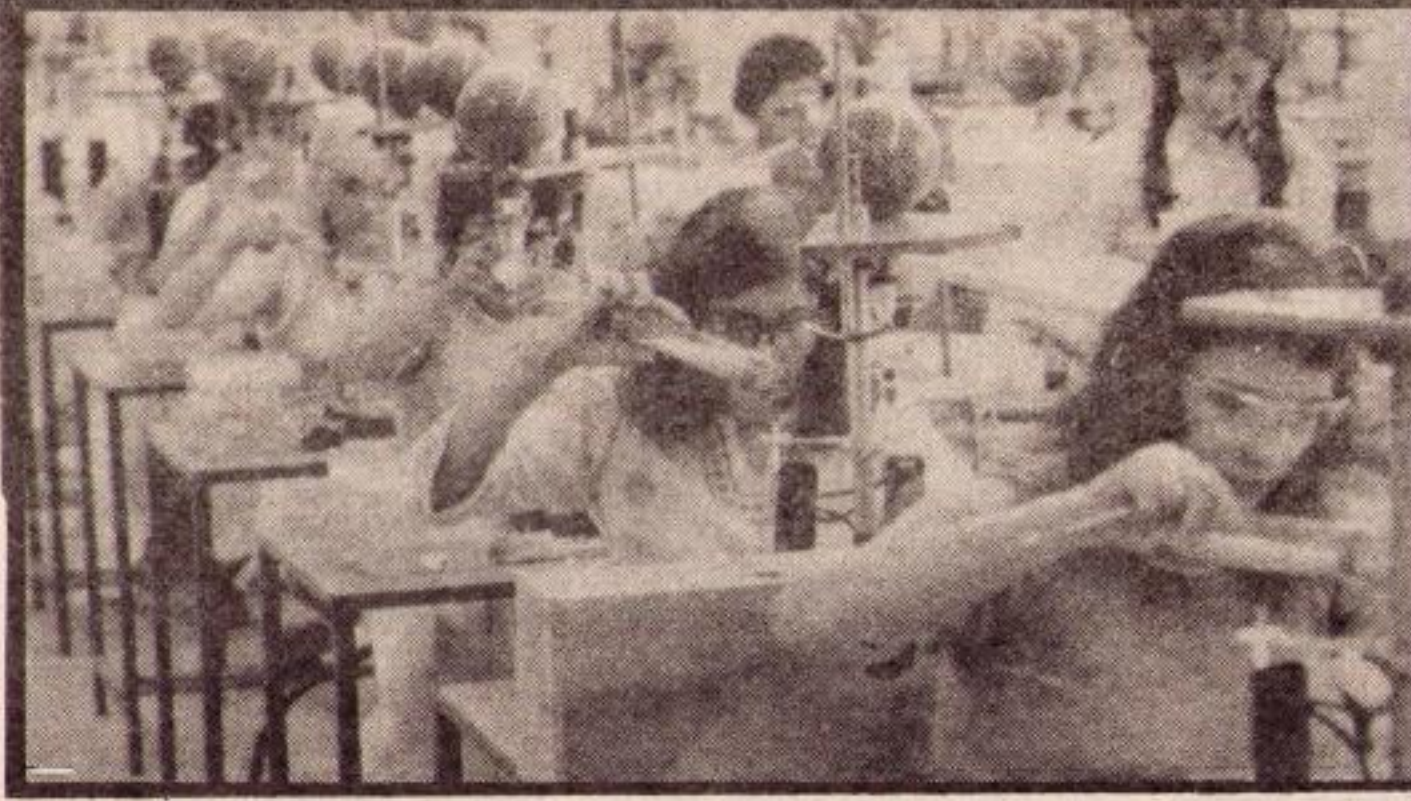
Wir bitten Sie, diese Erklärung mit Ihrer Unterschrift zu unterstützen.

Ich/Wir unterstütze/n die „Erklärung“ zum Disziplinarverfahren gegen Prof. G.
Schneider

Name	Beruf/Funktion
Anschritt	

Bitte senden an: A. Schubart, Jaspertstraße 87, 6000 Frankfurt am Main 50.
Spenden erbeten auf: Solidaritätskonto G. Schneider, Frankfurter Volksbank EG,
Konto-Nummer 77/37823-5

Betrieb und Gewerkschaft



Skandal in der IG Chemie – Hauenschild muß gehen

Die Auseinandersetzungen um den Versuch des Vorstands der IG Chemie, die Satzungsbestimmungen für Vertrauensleute zu ändern, offenbaren einen Riesenskandal in der Gewerkschaft. Nicht nur, daß mit der Satzungsänderung die Rechte der Masse der Mitglieder beschnitten werden sollen (siehe nebenstehenden Artikel), benützt eine Mehrheit im Vorstand der IG Chemie diese Auseinandersetzung, um gleichzeitig kritische Funktionäre auf Führungsebene mundtot zu machen. Die Methoden reichen dabei von Zensur, Maulkorb, Kündigung in bester kapitalistischer Manier bis hin zur Bespitzelung.

Funktionär Patschkowski gefeuert

Ferdinand Patschkowski ist seit 15 Jahren Geschäftsführer der IG Chemie-Verwaltungsstelle Hannover-Münden. Er war mit dem undemokratischen Vorgehen des Hauptvorstands der Gewerkschaft, einschneidende Satzungsänderungen ohne Information und Diskussion in der Mitgliedschaft vom Beirat (dem höchsten beschlußfassenden Gremium zwischen zwei Gewerkschaftstagen) verabschieden zu lassen, nicht einverstanden. Patschkowski verfaßte in seiner Funktion als Delegierter des Gewerkschaftstages ein Schreiben an ihm bekannte Funktionäre, in dem er das Vorstandsvorhaben kritisch kommentierte.

Dies war nun der Anlaß für den Hauptvorstand, den Verwaltungsstellenleiter am 12.3. vom Dienst zu suspendieren und seine Kündigung vorzubereiten. Begründung: „Das Vertrauensverhältnis zu einem Angestellten ist in höchstem Maße gestört ... Dem Vorstand ist die Möglichkeit genommen, falsche Aussagen richtigzustellen“ („Göttinger Tageblatt“, 21.3.). Patschkowski hatte sich nämlich geweigert, den Empfängerkreis seines Schreibens bekanntzugeben, mit gutem Grund, wie sich noch zeigen wird.

Zu der Suspendierung wurden weder der Betriebsrat des Bezirks Hannover der IG Chemie noch der Vorstand der Verwaltungsstelle gehört. Als dann am 16.3. eine außerordentliche Mitgliederversammlung in Hann-Münden P. das Vertrauen aussprach (einstimmig!) und die Rücknahme der Vorstandsmaßnahme verlangte, wurde am 19.3. eine Delegation der Verwaltungsstelle zum Hauptvorstand nach Hannover eingeladen. Dort erklärte der Vorstand: Patschkowski ist gekündigt.

Wiederum wurde der Betriebsrat nicht gehört. Der Vorstand einer Gewerkschaft, die vorgibt, für Arbeiterrechte zu kämpfen, begründet dies ausdrücklich unter Berufung auf den reaktionären „Tendenzschutz“-Paragraphen im Betriebsverfassungsgesetz („Göttinger Tageblatt“, 21.3.) — Dieser Paragraph 118 besagt, daß Teile des Betriebsverfassungsgesetzes auf Betriebe mit u.a. „überwiegend koalitionspolitischen Bestimmungen“ keine Anwendung findet. Dieser Paragraph dient vor allem den Pressekapitalisten und den Kirchen zur Absicherung unumschränkter Unternehmerherrschaft im Betrieb. Bezeichnend, daß ein Gewerkschaftsvorstand sich derart reaktionärer Bestimmungen zur Durchsetzung seiner Macht bedient.

Doch der Vorstand hatte damit sein Instrumentarium zur Unterdrückung kritischer Positionen noch nicht ausgeschöpft. Als der Beschwerdeausschuß der IG Chemie (das höchste

Kontrollorgan) die Kündigung rückgängig machte, da für eine fristlose Kündigung kein Grund vorlag, für eine fristgemäße der Hann-Mündener Verwaltungsstellenvorstand zustimmen muß (der die Kündigung ablehnt), setzte sich der Vorstand auch über diesen Beschluß hinweg. Patschkowski wurde fristgemäß gekündigt, der Verwaltungsstellenvorstand wurde wiederum nicht befragt. Begründung des IG Chemie-Vorsitzenden Hauenschild in einem Rundschreiben an die Verwaltungsstellen: Dies sei eine „notwendige Reaktion auf eine grobe Illoyalität und Pflichtverletzung“. P. sei aus „Billigkeitsgründen“ fristgemäß gekündigt, die Zustimmung des Vorstands seiner Verwaltungsstelle sei nicht nötig gewesen, da P.'s Verhalten auch eine fristlose Kündigung gerech-

fertigt hätte. Auch in diesem Fall erwies sich der Gewerkschaftsvorstand als guter Kapitalist: Die Kündigung P.'s erfolgte genau einen Tag nach Ablauf seines Kündigungsschutzes als ehemaliges Betriebsratsmitglied. der IG Chemie („Göttinger Tageblatt“, 27.3.).

Der Hann-Mündener Vorstand hat nun den Beschwerdeausschuß um Auskunft gebeten, wie der Hauptvorstand der Gewerkschaft gezwungen werden kann, die Satzungsbestimmungen einzuhalten. Am 17.4. tritt der Beschwerdeausschuß zu einer Sondersitzung zusammen.

Das Demokratie-Verständnis der IG Chemie-Führer

In seinem Schreiben an die Verwal-

tungsstellen versucht Hauenschild sein Vorgehen zu rechtfertigen. Dabei beruft er sich „kämpferisch“ auf die notwendige Solidarität gegenüber „dem straff organisierten Widerstand der Arbeitgeber und ihrer publizistischen Helfer“, denen gegenüber die Gewerkschaften „mehr denn je auf innere und äußere Geschlossenheit angewiesen“ sind. Diese Worte aus dem Munde eines Gewerkschaftsführers, der parallel zu den Satzungsänderungen eine Tarifrunde abgeschlossen hat, die den Tiefpunkt innergewerkschaftlicher Demokratie (erstmalig wurde ohne die Aufstellung einer Forderung allein von der Zentrale verhandelt!) und den Höhepunkt der Anpassung an Unternehmerziele darstellte (siehe nebenstehenden Tarifrundenartikel). Diese Begründung ist

tatsächlich lächerlich. Der Wahrheit näher kommen Hauenschild's weitere Äußerungen: „Das Recht, das sich der Kollege Patschkowski unter dem Vorwand herausgenommen hat, er habe als Delegierter des letzten Gewerkschaftstages fungiert, stände billigerweise unter irgendeinem Vorwand allen über 200 hauptamtlichen Beschäftigten unserer Organisation zu. Und was einem hauptamtlichen Funktionär gestattet ist, könne auch jedem ehrenamtlichen Funktionär nicht verweigert werden. Das aber wäre das totale Durcheinander und die absolute Auflösung jeglicher Solidarität und Loyalität in unserer Organisation.“

Eigentlich fehlen hier noch die Begriffe „Anarchie“ und „Chaos“, die liebend gern benutzt werden, um Forderungen nach mehr Diskussion, Meinungskampf und Demokratie in der Gewerkschaft abzukanzeln. Genau

diesem Forderung greift Hauenschild in seinem Schreiben an, zumal seine Vorstellung eines „totalen Durcheinanders“ nichts weiter ist, als eine Hilfskonstruktion, die die Meinungsdictatur der Vorstandsabsichten soll. Denn nicht um zu viele auseinandergehende Meinungen geht es, sondern allein darum, daß nur eine Meinung gelten soll: die der Hauptvorstandsmehrheit. Und so verhielt er sich auch.

Maulkorb für Hauptvorstandsmitglied!

Die Widersprüche zum Vorgehen bei der Satzungsänderung reichen bis in die Reihen des geschäftsführenden Hauptvorstands. Die Satzungsänderungsvorlage wurde dort mit sechs gegen zwei Stimmen verabschiedet. Die Vorstandsmitglieder Vitt und Plumeyer stimmten dagegen. Plumeyer — zuständig für Satzung, Organisation und Vertrauensleute — wollte seine gegensätzliche Auffassung in der Zeitung der IG Chemie, der „Gewerkschaftspost“ darlegen. Chefredakteur Manfred Menzel verweigerte ihm dies. Plumeyer veröffentlichte daraufhin ein persönliches Rundschreiben an die IG Chemie-Funktionäre.

Vorstands-Spitzelei in Nienburg

Die Verwaltungsstelle Nienburg zählt neben der Hann-Mündener zu denen, die ebenfalls im Schußfeld des Vorstands stehen. Die Nienburger Chemiker haben sich von Beginn an mit den Hann-Mündenern solidarisiert.

Am 9. März besuchte der Chemie-Betriebsleiter Niedersachsens, Benno Adams, die Verwaltungsstelle Nienburg (Weser). In Abwesenheit des Geschäftsführers durchsuchte Adams die Geschäftsstelle und ließ sich von der Sekretärin Schriftproben mit sämtlichen Kugelschreibern der elektrischen Schreibmaschine machen, die Proben ließ er in verschiedenen Zeilenabständen anfertigen. Adams verteidigte dieses Vorgehen gegenüber dem Verwaltungsstellenvorstand mit der Bemerkung: „er habe sich lediglich vergewissern wollen, ob Vermutungen zu- träfen, daß bestimmte Post an bestimmte Adressen vom Nienburger Verwaltungsstellenbüro verschickt worden sei“ („FR“, 29.3.). Eine Benachrichtigung des Geschäftsführers habe er „vergessen“.

Bei derartigen Schnüffelmethode innerhalb einer Gewerkschaft wird erst voll verständlich, warum Patschkowski eine Herausgabe seines

Fortsetzung nächste Seite

Fälschungsverdacht erhärtet!

Der Versuch des IG Chemie-Vorstands, hinter dem Rücken der Mitglieder die Satzung über die Stellung der Vertrauensleute in der Organisation zu verändern, ist auf heftige Proteste gestoßen. Anlaß hierfür war der Versuch, vom Beirat der Gewerkschaft Anfang April eine Satzungsänderung verabschieden zu lassen, nach der die Berufung von Vertrauensleuten durch die Verwaltungsstellenvorstände zum Normalfall gemacht werden soll gegenüber der bisherigen Regel der Wahl von Vertrauensleuten durch die Mitglieder (siehe AK 149 und 150). Unter dem Eindruck der öffentlichen Proteste hat der Hauptvorstand seinen ersten Entwurf geändert. Dummlicherweise behauptet nun der IG Chemie-Sprecher Menzel, es habe sich bei dem Eindruck, die Berufung werde zur Regel, um ein „Versehen“ gehandelt, da bei der Abschrift des Vorstandsbeschlusses ein „entscheidender Satz“ vergessen worden sei. („Die Neue“, 28.3.). Mit dieser Version rückt Menzel knapp 5 Wochen nach Bekanntwerden des Vorstandsputsches heraus, das macht die Gewerkschaft auch nicht glaubwürdiger.

Die neue Satzungsänderung betont, daß die Berufung die „Ausnahme“ bleibe, „sie bleibt auf Fälle beschränkt, wo die Mitglieder nicht die Möglichkeit haben, die Wahl ordnungsgemäß innerhalb des Betriebes durchzuführen, und wo eine ordnungsgemäße Wahl außerhalb des Betriebes unzumutbare organisatorische Schwierigkeiten bereitet“ (nach „FR“, 20.3.). Dies ist sicherlich ein Zurückweichen gegenüber der ursprünglichen weitergehenden Fassung.

Nach wie vor aber bleibt bestehen: die Entscheidung über diese Ausnahmebedingungen fällt der Verwaltungsstellenvorstand. Die Mitglieder haben erst das Recht, nach der Ernennung eines Vertrauensmanns, die ihnen mitgeteilt wird, mitzuentcheiden. Erst wenn dann mehr als fünf Mitglieder aus dem Zuständigkeitsbereich innerhalb von vier Wochen schriftlich protestieren, ist der Vorstand verpflichtet, Briefwahl einzuleiten — warum wird diese nicht gleich angesetzt, wenn tatsächlich solche Schwierigkeiten auftauchen? Dazu hat der DGB-Jurist Gerster ein Gutachten erstellt, das auch dem Chemie-Vorstand vorlag. Gerster schreibt, daß im Ausnahmefall „auch die Briefwahl ein legitimes, mit dem

Demokratiegebot vereinbares Instrument gewerkschaftlicher Willensbildung“ ist (FR, 28.3.). Ausdrücklich erklärt Gerster, daß „auch eine satzungsmäßige Bestätigung der derzeitigen Ernennungspraxis aus verfassungs- und tarifrechtlicher Sicht bedenklich wäre“, das „Demokratieprinzip“ sei höherwertiger als die „Satzungsautonomie“ (ebenda).

Die Tatsache, daß der Chemie-Vorstand lieber den Weg der Ernennung wählt, verdeutlicht nur sein Bestreben, direkten Einfluß auf die Auswahl der Vertrauensleute von oben zu nehmen.

Dies ist für den Vorstand deshalb wichtig, weil anders als in den übrigen Gewerkschaften (wo die Vertrauensleute nicht Bestandteil der Satzung sind) die IG Chemie-Vertrauensleute Delegiertenwahlrechte haben. Ihnen kommt damit keine geringe Funktion bei der Wahl führender Funktionäre, der Tarifkommissionen und der Einflußnahme auf die gewerkschaftspolitischen Aussagen zu.

Zusätzlich stellt der geänderte Entwurf des Hauptvorstands eine bedenkliche Anpassung an die jüngste Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts dar. Dieses hatte Anfang März den Unternehmern das Recht zugesprochen, die Wahl gewerkschaftlicher Vertrauensleute im Betrieb zu verbieten (siehe AK 149). Damit wäre im Zusammenspiel Unternehmensleitung/ Gewerkschaftsführung bereits eine „unzumutbare organisatorische Schwierigkeit“ geschaffen, wie der neue Satzungsentwurf formuliert. Bei der Neigung des derzeitigen Gewerkschaftsvorstands, lieber Vertrauensleute zu ernennen als wählen zu lassen, ist diese Vorstellung keineswegs absurd.

Auch der neue Satzungsentwurf muß auf jeden Fall abgelehnt werden.

Die Brisanz der Satzungsänderung

Ihre besondere Brisanz bekommt die Satzungsänderung jedoch noch aufgrund einer anderen Tatsache. Ein nicht geringer Anteil der Machtposition des jetzigen Vorstands basiert auf dem System „betrieblicher Vertrauensleute“. Solche Organe existieren derzeit in 42 Chemiebetrieben, vor allem in den Großbetrieben BASF, Bayer und Hoechst, den IG-Farben-Nachfolgern. Diese „betrieblichen Vertrauenskörper“ haben

die Funktion einer engen partnerschaftlichen Bindung der Belegschaft an die Unternehmensleitung, die sowohl für die Durchführung ihrer Wahl sorgt, als auch berechtigt ist, an ihren Sitzungen teilzunehmen (während der Arbeitszeit, versteht sich). Diese Vertrauenskörper unterscheiden sich damit grundsätzlich von den üblichen gewerkschaftlichen und sind ein Überbleibsel der nationalsozialistischen „Betriebsgemeinschaft“.

Betriebliche Vertrauensleute werden von allen Belegschaftsangehörigen gewählt, also auch von Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern. Bisher war es üblich, daß die IG Chemie automatisch solche betrieblichen Vertrauensleute, die gleichzeitig Gewerkschafter sind, zu gewerkschaftlichen Vertrauensleuten ernannte, dies, obwohl auch Nicht-Gewerkschafter sie mitgewählt haben. In den drei Großbetrieben, wo nur etwa 50% aller Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert sind, bedeutet dies, daß Nicht-Gewerkschafter also maßgeblich auf die Bestimmung gewerkschaftlicher Vertrauensleute Einfluß nehmen, die ja wiederum Einfluß auf die Gewerkschaftspolitik ausüben. Damit bestimmen Nicht-Gewerkschafter nicht unwesentlich in der Gewerkschaft mit. Davon profitieren die „echten Gewerkschaftsführer“, die ihre Hausmacht in den IG Farben-Betrieben haben. Da zur Zeit ein Gerichtsverfahren läuft, wie weit dies rechtlich zulässig ist, hat der Hauptvorstand es jetzt besonders eilig, vollendete Tatsachen zu schaffen. Ein negatives Urteil könnte seine Legitimation und die seiner Beschlüsse infragestellen! Durch die Aufnahme des Berufungsrechts — auch als Ausnahmerecht — in die Satzung verschafft er sich die fehlende juristische Legitimation.

Da in den letzten Jahren in der IG Chemie die Kritik am System der „betrieblichen Vertrauensleute“ wuchs, zuletzt auf dem Gewerkschaftstag 1976 und der Bundesarbeitsstag im November letzten Jahres, kommt mit der Diskussion um die Ablehnung der Satzungsänderung der Forderung nach Abschaffung dieses Systems eine besondere Bedeutung zu. Denn mit dieser Satzungsänderung verbunden ist auch indirekt eine eindeutige Befürwortung des derzeitigen Vorstands für das betriebliche Vertrauensleutesystem.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Fortsetzung von S. 15

Adressverteilers verweigert hat.

Der Vorstand droht

Die Vorstandswillkür treibt immer tollere Blüten. Angesichts sich ausbreitender Proteste in der Gewerkschaft sah sich der Bezirksleiter Nordrhein der IG Chemie, Walter Gläser zu einem Rundschreiben an alle hauptamtlichen Funktionäre veranlaßt (dazu muß man wissen, daß die Bezirksleiter Angestellte des Vorstands sind). In dem Rundschreiben verbietet Gläser jede andere als die Vorstandsmeinung: „Bei der gegebenen Sach- und Rechtslage gehe ich davon aus, daß es keinem Geschäftsführer, keinem Bezirkssekretär Schwierigkeiten bereitet, die Beschlüsse des Hauptvorstandes vom 9.2. (Änderung der Satzung in punkto Vertrauensleute) und die des Bezirksvorstandes vom 14.2.79 in dieser Sache zu respektieren, d.h.

tig solidarisierten sie sich mit Patschkowski, ebenso wie die Delegierten der Verwaltungsstellen Bremen, Osnabrück und Wolfenbüttel sowie die Konferenz baden-württembergischer Geschäftsführer und Sekretäre der IG Chemie. Die Nienburger Delegierten forderten den Rücktritt des IG Chemie-Vorsitzenden Hauenschild. Auch zwei eigens vom Vorstand entsandte Sekretäre aus Hannover konnten die Delegierten nicht umstimmen.

Besonders groß ist die Empörung in Hannoversch-Münden. Neben einer Reihe Protesterklärungen demonstrierten am 26.3. etwa 50 Betriebsräte und Gewerkschafter aus diesem Bezirk vor der IG-Chemie-Hauptverwaltung in Hannover, Anlaß war eine Vorstandssitzung. Dabei verteilten sie Flugblätter, in denen es zu den Vorgängen heißt:

„für uns ist klar: der Hauptvorstand will sich einen unbequemen Kritiker vom Halse schaffen. Dem Hauptvorstand scheinen demokrati-

„Sozialpartnerschaft“ und zu Staatsgewerkschaften. Unter der Führung des Vorsitzenden Hauenschild, der Platz 8 auf der Europa-Wahlliste der SPD einnimmt, entwickelt sich die IG Chemie zunehmend zu einer Rechtsaußengewerkschaft. So war es Hauenschild, der selbst nach der Mitbestimmungsklage der Unternehmer auf einen Austritt aus der „Konzertierten Aktion“ verzichtete wollte. So war es die IG Chemie, die bei der Anwendung der Gewerkschaftsausschlüsse und der Zerschlagung ganzer Vertrauenskörper (Reichhold/Hoechst und Texaco in Hamburg) den Vorreiter spielte. So ist es die IG Chemie-Führung, die das aus der Nazizeit zum Teil übernommene Konzept der „Betriebsgemeinschaft“ in Form der heutigen „betrieblichen Vertrauenskörper“ in über 40 Betrieben verteidigt und es sind gerade eine Reihe Vorstandsmitglieder aus den Chemie-Großbetrieben, deren Macht hierauf basiert. Und schließlich hat die IG

Opel Bochum

Kapitalisten wollen linken BR feuern

Gegen Abdul Kheder, oppositionelles Betriebsratsmitglied der „Liste für die Belegschaftsforderungen“, hatte die Opel AG am 2.2.79 Antrag auf Ausschluß aus dem Betriebsrat beim Arbeitsgericht gestellt (AK 149). Am 16.3. fand die erste Verhandlung vor dem Bochumer Arbeitsgericht statt. Vorgeworfen wird Abdul Kheder, er hätte am 21.12.78 im Alleingang einen Aufruf an die Opel-Belegschaft verbreitet, trotz Anweisung der Geschäftsleitung die Stempeluhren bei Schichtende nicht zu bedienen. Vorausgegangen war dem eine Betriebsratssitzung am 20.12.78, in der einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen wurde, die Belegschaft zum Stempelboykott aufzurufen. Dem vorsitzenden Richter van der Leden ging es vor allem um die Frage, ob die besagte Betriebsratssitzung wirklich stattgefunden hat.

Aufgerufen als Zeuge für die Geschäftsleitung wurde der Betriebsratsvorsitzende Perschke, der der rechten IGM-Fraktion angehört. Dieser erklärte mit fester Stimme, daß es sich bei fraglicher Sitzung weder um eine ordentliche Betriebsratssitzung gehandelt habe, noch ein Protokoll oder eine Anwesenheitsliste existiere.

Auf Nachfragen der Verteidigung stellte sich dann heraus, daß Perschke gar nicht an der betreffenden Sitzung beteiligt war!

Sein Stellvertreter Steputat, der seinerzeit die Sitzung leitete, war gar nicht erst erschienen. So wurden wiederum auf Antrag der Verteidigung die Mitglieder des Betriebsrats-Ausschusses, Sonak und Reppel, als Zeugen aufgerufen. Beide sind Mit-

glieder der IG Metall und gehören nicht der „Liste für die Belegschaftsforderungen“ an (was im übrigen den Richter sehr beruhigte). Reppel brachte klar zum Ausdruck, daß zur Betriebsratssitzung am 20.12. ordentlich eingeladen wurde, eine Anwesenheitsliste erstellt worden ist und er persönlich den angeblich nicht vorhandenen Beschluß des Betriebsrats (BR) als Informationsaufruf der Schreibkraft diktierte und zur Vielfältigung weitergereicht hat. Zudem erklärte er, daß der Aufruf des BR von ihm und anderen an die Vertrauensleute weitergereicht worden ist. Die Vertrauensleuteversammlung schloß sich dem Beschluß an.

Angesichts dieser Klarstellungen eines IG Metall-Betriebsrates wurde die Geschäftsleitung im Gerichtssaal sichtlich nervös, BR-Vorsitzender Perschke verschwand klammheimlich.

Pikant dabei ist noch, daß die Opel AG zu Beginn der Verhandlung einen Schriftsatz nachreichte. In diesem wird u.a. eine Zeugin benannt, die von A. Kheder im Betrieb die inkriminierte Informationsschrift erhalten haben will. Es stellte sich dann heraus, daß es sich bei der Zeugin um eine IG Metall-Vertrauensfrau handelt (was dem Opel-Rechtsvertreher sichtlich unklar war).

Im Betrieb hält sich seitdem hartnäckig das Gerücht, daß Perschke als BR-Vorsitzender abdanken will. Er hat personelle Umstrukturierungen für die nächste Zeit angekündigt.

Nach einem Bericht aus Bochum



IG Chemie-Führer Hauenschild mußte sich auf der Bundesarbeitstagung 1978 Kritik am System „betrieblicher Vertrauensleute“ anhören.

ich gehe weiter davon aus, daß kein hauptamtlich Beschäftigter im Bezirk Nordrhein diesbezüglich Initiativen ergreift oder sie unterstützt, da aus den Beschlüssen des Hauptvorstandes vom 9.2. hervorgeht, daß der Hauptvorstand nicht der Auffassung ist, in dieser Sache einen außerordentlichen Gewerkschaftstag einzuberufen“ („FR“, 29.3.).

Ein derartiges Vorgehen spricht jedem demokratischen Recht, selbst dem in der Satzung (die sowieso auf die Vorstandsrechte zugeschnitten ist) Hohn. Danach ist natürlich eine andere Meinung, auch die Forderung nach einem außerordentlichen Gewerkschaftstag (für die ein Drittel aller Mitglieder mit Unterschrift eintreten müssen), zulässig. Ganz so wie einige Vorstandsherren es wünschen, ist die Undemokratie noch nicht verankert.

Protestbewegung in der IG Chemie

Das Vorstandsvorgehen und insbesondere die Entlassung von Patschkowski haben große Empörung unter Mitgliedern und Funktionären der IG Chemie hervorgerufen. Mittlerweile haben neun der 67 Verwaltungsstellen mehrheitlich protestiert. In vielen anderen läuft die Diskussion an. Die Delegiertenversammlungen der Verwaltungsstellen Hannoversch-Münden, Saarbrücken, Wuppertal, Neuwied, Nienburg und Aachen fordern die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages zur Diskussion der Satzungsänderung. Gleichzei-

sche Grundsätze völlig egal zu sein. Unser Kollege Patschkowski hat unser Vertrauen, weil er nicht als Befehlsempfänger des Hauptvorstands Anordnungen von oben nach unten weiterleitet, sondern weil er sich nie der offenen Diskussion an der Basis entzogen hat und sich auch nicht scheut, kritische Meinungen nach oben hin zu vertreten. Das paßt dem Hauptvorstand nicht. ... Er versucht, alle Funktionäre einzuschüchtern, die offen ihre Meinung sagen und sich zu Ferdinand Patschkowski bekennen. Wenn diese Machtpolitik des Hauptvorstandes Schule macht, dann können die Gewerkschaften in der Bundesrepublik einpacken. Wir wollen keine Organisation, in der nur eine Meinung herrscht oder Grabesstille. Wir sind nach Hannover gefahren, um vom Hauptvorstand zu hören, daß er wieder zur Besinnung kommt und sich demokratischen Entscheidungen unterordnet. Helft uns, die demokratischen Strukturen unserer Gewerkschaft zu erhalten. Welches Bild gibt eine Gewerkschaft in der Öffentlichkeit und gegenüber ihren Mitgliedern ab, die als Arbeitgeber mit ihren Beschäftigten rigider und willkürlicher verfährt als der bösartigste Unternehmer?“

Hauenschild muß weg – für einen außerordentlichen Gewerkschaftstag!

Die Vorgänge in der IG Chemie sind ein Höhepunkt in der Entwicklung der bundesdeutschen Industriegewerkschaften zu reinen Instrumenten der

Chemie in den diesjährigen tarifpolitischen Auseinandersetzungen sich mehr noch als andere Industriegewerkschaften als besonders „partnerschaftlich“ erwiesen.

Die Methoden, mit denen die Führung der IG Chemie ihre Machtposition ausbauen will, tragen einen Hauch von Mafia und erinnern an Auseinandersetzungen, wie sie in einigen US-(Gangster-) Syndikaten, genannt Gewerkschaften, gang und gäbe sind.

Aber Hauenschild & Co. haben sich verkalkuliert. Sie sind zu weit gegangen. Bereits in den knapp vier Wochen, die die Auseinandersetzung schwelt, hat sich das Bild in der IG Chemie grundlegend gewandelt. War vorher Ruhe die erste Gewerkschaftspflicht, so breitet sich die Unruhe und Unzufriedenheit rapide aus.

Wir fordern alle Genossinnen und Genossen, alle fortschrittlichen Gewerkschafter auf, in diese Debatte um innergewerkschaftliche Demokratie einzugreifen. Unterstützt die Forderungen nach sofortiger

- Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages;
- Beteiligt euch an den Unterschriftensammlungen hierzu!
- Hauenschild und der Vorstand müssen zurücktreten;
- Sofortige Zurücknahme der Entlassung Patschkowskis!
- Mehr Rechte für gewerkschaftliche Vertrauensleute – Abschaffung des Systems „betrieblicher Vertrauensleute“!

Kommission
Betrieb und Gewerkschaft

Fälschungsverdacht erhärtet!

Mittlerweile hat auch der „Spiegel“ über den Verdacht berichtet, daß bei der Urabstimmung in Nordrhein-Westfalens Stahlindustrie mit falschen Zahlen gearbeitet wurde (wir berichteten mehrfach darüber im AK) Grundlage für den „Spiegel“-Bericht vom 26.3. ist die Untersuchung von zwei Journalisten. Diese zogen Erkundungen bei den IGM-Ortsverwaltungen über das Abstimmungsergebnis ein, da der IGM-Vorstand sich bis heute standhaft weigert, die Einzelergebnisse zu veröffentlichen.

Hier kurz das Ergebnis der Untersuchungen, das auf Angaben aus Ortsverwaltungen resultiert, die zwei Drittel aller Stahlarbeiter umfassen (in Klammern das offizielle Ergebnis):

Abstimmungsberechtigte:
107.146 (154.065)

Nein-Stimmen:
46.425 (63.082)

Ja-Stimmen:
43.365 (76.271)

Enthaltungen:
16.833 (14.051)

Das heißt, daß sich nach dieser Ermittlung eine Mehrheit der Stahlarbeiter für die Ablehnung des Ergebnisses ausgesprochen hat. Wichtiger aber ist dabei die Ungereimtheit, die bei den Stimmenthaltungen ins Auge fällt: nach den Ermittlungen der Journalisten haben sich bei nur zwei Dritteln aller Befragten mehr der Stimmen enthalten als bei 100%! Wie kommt diese Differenz zustande?

Immerhin haben die IGM-Führer nach langem Zögern Erklärungen für diese Differenz abzugeben versucht. Die Recherchen bei den Ortsverwaltungen würden nicht berücksichtigen, daß es bei der Abstimmung Zweitwahlen gegeben habe, z.B. für diejenigen, die in Oberhausen wohnen aber in Mülheim arbeiten. Diese Abstimmer würden nun in Oberhausen als Enthaltung gezählt, von Mülheim

aber an die Zentrale weitergeleitet, nicht aber an die zuständige Ortsverwaltung.

Nachforschungen ergaben nun, daß auch diese Erklärung faul ist: in Duisburg, mit über 45.000 Abstimmungsberechtigten, wurden ganze 100 - 200 solche Zweitstimmen abgegeben. In Dortmund gab's keine Sonderurnen und in Gelsenkirchen wurden diese Stimmen an die Ortsverwaltung, nicht aber an die Zentrale weitergeleitet.

Es wird langsam brenzlig für die IGM-Führer. Denn bevor der „Spiegel“ ein solch heißes Thema anpackt, müssen schon neunzigprozentige Beweise auf dem Tisch liegen.

Die IGM-Führer können sich drehen und wenden wie sie wollen, die Sache bleibt faul. Es ist jetzt endlich an der Zeit, den Verdacht aufzuklären – Fälscher haben in der Gewerkschaft nichts zu suchen. Deshalb: Offenlegung des Urabstimmungsergebnisses!

Rausschmisse beim Reichsbund Bremen

Beim „Reichsbund Berufsbildungswerk“ in Bremen, in dem seit Herbst 1978 250 behinderte Jugendliche ausgebildet werden, ist von der Geschäftsleitung drei Auszubildenden die Kündigung ausgesprochen worden. Zwei von ihnen befinden sich noch in der Probezeit, die dritte Kündigung ist fristlos. Weitere Entlassungen hat die Geschäftsleitung bereits angekündigt. Gleichzeitig wird mehreren Auszubildenden mit Entlassung aus der Ausbildung und der „Einschaltung der Polizei“ gedroht.

Als Grund für diese Säuberungsaktion gibt die Geschäftsleitung „Manipulation“, „Aufsetzung der Auszubildenden“ und „Zerstörung der vertrauensvollen Zusammenarbeit“ an. Außerdem wird den Auszubildenden „Störung der Ausbildung“ vorgeworfen und damit direkte Verantwortung für eventuell schlechtere Berufsaussichten der beim Reichsbund Bremen Ausgebildeten.

Reichsbund – „treu“ wie der Name sagt

Die drei von der Kündigung betroffenen Auszubildenden haben ihre Aufgabe (ausnahmsweise ?!) einmal wortgetreu aufgefaßt.

Sie beschwerten sich u.a. über die teilweise sehr schlechten Arbeitsbedingungen im Ausbildungsbereich „Bürokaufmann“, sie setzten sich auch in ihrer Freizeit für die privaten Belange der Jugendlichen ein. Dabei eckten sie bei der Geschäftsleitung an, die offensichtlich befürchtet, daß eine gute Zusammenarbeit zwischen Auszubildenden und Auszubildenden die „Führungskraft“ der Geschäftsleitung beeinträchtigen könnte. Geschäftsführer Weiß sah gleich die gesamte „demokratische Grundordnung“ durch diese Auszubildenden bedroht. Ohne irgendwelche konkreten Beweise liefern zu können, hetzte er auf einer Mitarbeiterversammlung im Februar: „Ich meine die bei näherem Hinsehen gegen die demokratische Grundordnung und Grundsätze unserer Institution verstoßenden teils verdeckten, teils offenen Aktivitäten einer destruktiven Minderheit, daß sie immer wieder, und manchmal leider auch mit Anfangserfolgen, versuchen, andere für ihre Ziele zu manipulieren.“

Nachdem die Auszubildenden erst einmal als Feinde der „fdGO“ enttarnt waren, fiel es Weiß leicht, deren besonderes berufliches Engagement zu verstehen: „Diese verhalten sich meist sehr engagiert, weil es die Strategie so vorschreibt!“

Gegen die Entlassungen haben sich viele Jugendliche gewehrt: Sofort nach Bekanntwerden des Rausschmisses ließen sie eine Unterschriftenliste kursieren, worauf hin sie selber von der Geschäftsleitung bedroht wurden.

Gewerkschaftlich organisierte Kollegen deckten in einem Flugblatt auf, daß insgesamt „gegenüber den Mitarbeitern ... ein härterer Kurs gefahren“ werden soll:

- So soll künftig „jede ‚Verfehlung‘ der Kollegen“ gesammelt und „gegebenenfalls der Geschäftsleitung zur Verfügung“ gestellt werden;
- „so werden ... Jugendliche über Ausbilder, Lehrer und Internatsmitarbeiter ausgefragt unter der Parole ‚Negatives muß berichtet und gesammelt werden‘“.

Um den Widerstand unter den Jugendlichen zu brechen, werden die Auszubildenden, die alles tun, was die Geschäftsleitung will, bevorzugt: sie dürfen z. B. im Internat eine Wohngemeinschaft in Selbstverwaltung bilden, wohingegen die anderen überall von „pädagogischen Betreuern“ beaufsichtigt werden.

Einer der entlassenen Auszubildenden hat beim Arbeitsgericht Klage gegen seine Kündigung eingereicht.

SOFORTIGE WIEDEREINSETZUNG DER ENTLASSENEN KOLLEGEN!
WEG MIT ALLEN BEABSICHTIGTEN KÜNDIGUNGEN!

KB/ Gruppe Bremen



650 Seiten, DM 22,-

„DASDA“ zu diesem Buch:

„...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden.“

Arbeitslose in der BRD 1979

Wie seit Jahren gewohnt verläßt der 43jährige Volkswirt Helmut K. das eingeschossige Reihenhäus, marschiert Richtung S-Bahn und fährt mit dem 7.30-Uhr-Zug in die Innenstadt. Normalerweise würde jetzt sein Arbeitstag beginnen. Aber seit einem Jahr gibt es für Helmut K. kein „normalerweise“ mehr, denn seit einem Jahr ist er arbeitslos. Nachdem er seine Kündigung erhalten hatte, war er noch relativ optimistisch auf Arbeitssuche gegangen, denn einmal dachte er, als ein qualifizierter Sachbearbeiter würde er schnell wieder eine Anstellung finden, und auf der anderen Seite hatte er sich nie ausführlich mit der Situation auf dem Arbeitsmarkt befaßt. Seine Situation hält er vor der Nachbarschaft und den Freunden geheim, denn „arbeitslos zu sein, da steckt eine Menge Versagen drin“. Und so gibt Helmut K. seit einem Jahr Tag für Tag eine Vorstellung für die Bekannten, verbringt die Zeit in Cafés und Bibliotheken. Wenn er morgens aus dem Hause geht, nimmt er sich manchmal vor, „nicht mehr zurückzukommen“, einfach wegzurennen, irgendwo unterzutauchen. Die psychische Belastung brachte ihm im Laufe der Zeit ein Magengeschwür und massive Schlafstörungen ein (nach „Vorwärts“, 26.10.78).

Als arbeitsloser Akademiker vertritt Helmut K. sicher nicht die Menge der arbeitslosen Frauen und Männer, jedoch sind die Auswirkungen, die individuellen Symptome eine Erfahrung, die mehr und mehr jeden Menschen betreffen, der in den letzten Jahren seine Stellung verlor.

Dauerarbeitslosigkeit

Ende Februar 1979 waren mehr als 1,1 Millionen Menschen nach der offiziellen Statistik arbeitslos. Daß zu diesem Zeitpunkt nicht wesentlich mehr arbeitslos gemeldet waren, liegt nicht so sehr an den „Frühlingsboten des Kapitalismus“, die so mancher bürgerliche Politiker herbeireden will, sondern vielmehr an der Tatsache, daß viele Entlassungen „bereits im ungewöhnlich strengen Januar“ vorgenommen worden sind („FR“, 7.3.). Seit vier Jahren liegt die offizielle Zahl der Arbeitslosen über der Ein-Millionen-Grenze, und infolgedessen erhöhte sich die Zahl derjenigen, die bis zu einem Jahr und länger ohne Arbeit geblieben sind. Im Oktober 1978 war „jeder vierte Arbeitslose schon über ein Jahr beschäftigungslos, und 100.000 Arbeitssuchende warten bereits mehr als zwei Jahre auf einen Arbeitsplatz“ („HB“, 19.10.78).

Diese Tatsachen stehen in krassm Gegensatz zu der jahrelang betriebenen Propaganda der „Vollbeschäftigung“ in der BRD. Ende der 50er und bis Mitte der 60er Jahre priesen Politiker und Industrielle die Stärken des Kapitalismus, indem sie auf niedrige Arbeitslosenquoten hinwiesen. Mit der Krise Ende der 60er Jahre wurden dann die „zulässigen“ Anteile an Arbeitslosen immer wieder nach oben hin korrigiert, und spätestens seit 1974 ist auch für die Bevölkerung in der BRD Arbeitslosigkeit eine zum Teil existenzbedrohende Tatsache. Insgesamt wurden seit 1973 mehr als drei Millionen Arbeitsplätze vernichtet, die Zahl der „abhängig Beschäftigten“ sank von 22,6 Mio. (1973) auf 19,6 Mio. (1978).

offizielle Arbeitslose in der BRD

	%	Frauen %
1973	273 000 1,2	123 000 1,5
1974	582 000 2,6	258 000 3,1
1975	1 074 000 4,7	451 000 5,4
1976	1 060 000 4,6	493 000 5,8
1977	1 030 000 4,5	512 000 6,0
1978*	1 006 700 4,4	512 000 6,0
1979**	1 134 100 5,0	504 600 5,8

(nach: Amtliche Nachrichten der BfA, bis 1978; *für Dezember 1978, **für Februar 1979, „FR“ 7.3.79)

In den bürgerlichen Gutachten wird von einer „strukturellen Arbeitslosigkeit“ geredet, was heißt, daß durch umfangreiche Veränderungen im Produktionsprozeß, durch Auslagerung von ganzen Betrieben in sogenannte Niedriglohnländer und mit Hilfe von großen Rationalisierungsinvestitionen eben die Gesamtzahl der Arbeitsplätze verringert wurde, und weiterhin sich viele Arbeitsplätze grundlegend in ihren Anforderungen geändert haben.

Gründe für diesen Wandel liegen z.B. in der internationalen Konkurrenz für das BRD-Kapital; die sogenannten Entwicklungsländer übernehmen immer mehr die Produktion „traditioneller, arbeitsintensiver (Massen-)Konsumgüter“. Der durch diese Konkurrenz „ausgelöste Struktur-

wandel ist deshalb von besonderer beschäftigungspolitischer Bedeutung, weil er zu einem Minderbedarf besonders von Arbeitskräften der Niedriglohngruppen“ führt (1). Und ebenfalls der „verschärfte Konkurrenzkampf der Industrieländer auf dem Weltmarkt“ zwingt die BRD-Konzerne geradezu, zu rationalisieren (z.B. Stahlindustrie, Automobilproduktion, Chemie- und Textilbranche).

Deshalb sind unter den „Dauerarbeitslosen“ auch unverhältnismäßig viele, die keine abgeschlossene Berufsausbildung, oder „nur“ den Hauptschulabschluß vorweisen können.

Da mit der Dauer der Arbeitslosigkeit auch eine materielle Verschlechterung einhergeht, geraten viele in Situationen, in denen sie um ihr Existenzminimum kämpfen müssen. Nach Mitteilungen der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) „bezahlte die BfA an jeden Arbeitslosen im Durchschnitt monatlich 900 DM. Davon geht die Krankenversicherung noch ab. ... Untersuchungen haben gezeigt, daß häufig das verfügbare Einkommen von Arbeitslosen um mehr als 30% unter den Sozialhilfssätzen liegt“ („SZ“, 22.7.78). Neben der finanziellen Einschränkung spielt die psychische Situation eine große Rolle. Wie oben schon angesprochen, verlieren die arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen mit der Zeit jedes Selbstwertgefühl, da gerade die kapitalistische Gesellschaftsordnung leistungs- und produktivitätsorientiert ist. Arbeitslosigkeit gleich Wertlosigkeit — diese Formel wird tagtäglich vermittelt, ob durch die Medien, in denen „frohe Menschen an nicht weniger freundlichen Arbeitsplätzen ihre Dynamik versprühen“ oder durch die Diskussion, wie viele „Drückeberger“ denn wohl unter den Arbeitslosen sind. Da mit dem Verlust des Arbeitsplatzes auch der Kontakt zu den Kollegen verloren geht, denn „40% (haben) keinen Kontakt mehr zu ihren Kollegen“, und „40% (haben) keinen Kontakt mehr zu ihren Kollegen und erheblich eingeschränkte Kommunikation mit den früheren Freunden“ („Vorwärts“, 26.10.78), ist es nur sehr schwer möglich, diese Menschen aus ihrer gesellschaftlichen Isolation herauszubekommen.

Die im Dunkeln sieht man nicht ...

Die bis hierher verwandten Zahlen sind der offiziellen Statistik der BfA entnommen. Nun ist es ein offenes Geheimnis, daß diese Statistiken den wahren Umfang der Arbeitslosigkeit nur sehr unzureichend widerspiegeln. Diejenigen, die nicht mehr oder noch nicht bei den Arbeitsämtern registriert sind, tauchen nicht in den Übersichten auf: So z.B. die, die nach langer vergeblicher Arbeitssuche resignieren, oder die Frauen, die wieder zu „Heim und Herd“ zurückkehren; oder die Schüler, die wegen Lehrstellenmangels länger als notwendig die Schulbank drücken; Umschüler, Teilnehmer an „Maßnahmen“ usw.; oder die ausländischen Arbeitnehmer, die keine weitere Aufenthaltserlaubnis erhalten (wegen Arbeitslosigkeit) und in ihre Heimat zurückkehren müssen. Alle diese Menschen treten zurück in die sogenannte „Stille Reserve“ und bilden die Dunkelziffer.

Umfang der tatsächlichen Arbeitslosigkeit (in 1 000)

	1973	1974	1975	1976	1977
Registrierte Arbeitslose	273	582	1 074	1 060	1 030
„Stille Reserve“	151	206	453	614	550
Veränderung der ausländischen Arbeit*	-	-102	-364	-500	-553
Umschüler, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, berufl. Förd.	183	192	207	254	137
Summe	607	1 082	2 098	2 428	2 270

(nach: „Geschichte der Arbeitslosigkeit“, Frank Niess; und „Jahresgutachten 1978/79“ — *Abgang an ausländischen Arbeitern seit 1973 aufaddiert)

Kurzarbeiter werden ebenfalls nicht unter „arbeitslos“ geführt, obwohl man davon ausgehen kann, daß bei Kurzarbeit ein Viertel der Arbeitszeit ausfällt. So würde die Kurzarbeiterzahl des Februars immerhin einer Arbeitslosenzahl von 42.000 entsprechen! Aus diesen Überlegungen heraus kann man die wirkliche Zahl der Arbeitslosen auf gegenwärtig zwischen 2,3 und 2,4 Millionen schätzen.

Des weiteren muß die Aussagefähigkeit der offiziellen Statistik angezweifelt werden, wenn die bekannten „Durchschnittszahlen“ über den Bestand von Arbeitslosen publiziert werden. Seit 1975 haben durchschnittlich 4,5 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz in jedem Jahr gesucht. D.h., daß nahezu jeder fünfte Arbeitslose pro Jahr das Arbeitsverhältnis

wechselte oder wechseln wollte. Seit 1975 hat sich also die Gesamtzahl der bei der BfA registrierten beschäftigten Arbeitnehmer einmal umgeschlagen (nach amtlichen Nachrichten der BfA).

Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit

Nicht nur bei den Vollzeitbeitslosen sind die Frauen überdurchschnittlich betroffen, noch krasser ist das Mißverhältnis bei den Teilzeits. Hier bilden die Frauen nahezu 90 % der Nachfragenden, und dementsprechend auch der Arbeitslosen. So „wurden zu Jahresbeginn (1978) für fast 200.000 Jobsucherinnen nur 16.837 Stellen angeboten“ („Wirtschaftswoche“, 31.3.78). Der hohe Anteil der Frauenarbeitslosigkeit ist unter anderem darin begründet, daß gerade Frauen in den Branchen arbeiten, die arbeitsintensive Arbeitsplätze haben, und das sind eben die, die zuerst wegrationalisiert werden (s.o.). Letztendlich ist für die meisten Frauen die Teilzeitarbeitslosigkeit der Durchgang auf dem Weg in die stille Reserve.

Unter den Jugendlichen ist die Dunkelziffer der Arbeitslosen besonders hoch. So kamen im vergangenen Jahr drei Gutachten zu dem Schluß, daß „jeder zweite Jugendliche“ nicht erfaßt wurde, und daß die wirkliche Zahl der arbeitslosen Jugendlichen mit 185.000 (für 1976) um rund 100.000 über der offiziellen Zahl liegt („FR“, 2.9.78). Nicht gerechnet werden natürlich diejenigen Jugendlichen, die Wehr- oder Ersatzdienst leisten, immerhin 230.000.

Wachsende Arbeitslosigkeit in Zukunft

Mitte 1978 hielt der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung ein Referat, in dem er unter anderem zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit Stellung nahm: „Bis 1985 wird sich ... unser Erwerbspotential, das in den letzten Jahren leicht zurückgegangen ist, um ca. 800.000 erhöhen, und diese Zahl, zusammen mit den heutigen Arbeitslosen, kennzeichnet den Umfang der zu lösenden Aufgabe“. Übersetzt heißt das, die bürgerlichen Politiker rechnen in den nächsten sechs Jahren mit der Verdoppelung der offiziellen Arbeitslosigkeit. In diesem Zusammenhang ist im Sinne kapitalistischer Krisenbewältigung die Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes zu sehen. Wenn heute Propaganda über die „mangelhafte Mobilität“ der Arbeitslosen inszeniert wird, hat dies natürlich einen Effekt für das Verhalten der jetzt Arbeitslosen. Immerhin wird den Arbeitslosen bestätigt, daß ihre Situation „begleitet (ist) von starken Mobilitätsprozessen“, denn von den wiederbeschäftigten Arbeitslosen haben „48 % die Berufsgruppe, 51 % die Branche und 30 % die Berufsposition“ gewechselt. Und „die berufliche, auch regionale Mobilitätsbereitschaft der Arbeitslosen ist beachtlich“ (Ehrenberg/2).

Mit der Propaganda über das „novellierte AFG“ wird das Ziel verfolgt, schon heute jedem Arbeitslosen und jedem Werkstätigen das als plausibel und notwendig einzuhämmern, was für die Zukunft als „Bewältigung der Arbeitslosigkeit“ durchgeführt wird: sozialer Abstieg und berufliche De-

Entwicklung der Sperrzeiten beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe (in Klammern Zahlen der Frauen)

Arbeitslosengeld					
Jahr	insgesamt		wegen Arbeitsaufgabe		wegen Ablehnung einer Arbeit
1967	146 693	(34 743)	129 379	(27 319)	17 314 (7 424)
1970	22 634	(9 261)	19 235	(7 381)	3 399 (1 880)
1972	53 615	(19 053)	45 152	(14 889)	8 463 (4 164)
1973	57 593	(21 530)	48 700	(17 279)	8 893 (4 251)
1974	142 997	(43 622)	121 751	(35 598)	21 246 (8 024)
1975	233 004	(70 037)	191 447	(54 787)	41 557 (15 250)
1976	245 419	(84 632)	191 996	(63 784)	53 423 (20 848)
1977	271 158	(96 593)	209 895	(71 847)	61 263 (24 746)
1978*	239 081	(88 218)			50 288 (21 460)

Arbeitslosenhilfe

Jahr	insgesamt	wegen Arbeitsaufgabe	wegen Ablehnung einer Arbeit
1967	3 375 (325)	3 228 (169)	1 047 (156)
1970	763 (146)	486 (89)	277 (57)
1972	1 124 (223)	696 (133)	428 (90)
1973	1 501 (304)	939 (185)	562 (119)
1974	2 437 (557)	1 587 (362)	850 (195)
1975	6 742 (1 417)	3 856 (791)	2 886 (626)
1976	16 431 (3 120)	7 965 (1 501)	8 466 (1 619)
1977	20 138 (4 234)	10 109 (2 068)	10 029 (2 166)
1978*	16 611 (3 807)		8 232 (1 951)

(*Die Werte für 1978 schließen nur die Monate bis einschließlich Oktober 1978 ein; nach: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit; 20.6. und 27.12.78)

Probleme der Bevölkerung entweder verschleiert werden, oder aber „Lösungen“ für die Arbeitslosen geboten werden, die zynisch über jeden humanen Anspruch hinweg gehen und die arbeitenden Menschen als beliebig verschiebbare Anhängsel der Maschinen betrachten.

Literatur:

- 1) „Aktuelle Probleme der Beschäftigungspolitik“, Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, 29.11.77
- 2) „Überwindung der Arbeitslosigkeit“, Referat von Ehrenberg am 27.6.78

Wirtschaftskommission

Kurzmeldungen

VW übernimmt Triumph/Adler

„Heim ins Reich“ (so große Teile der bürgerlichen Presse) holte der schon allmächtige VW-Konzern das Unternehmen Triumph Adler. Das amerikanische Konzern Litton gab 55 Prozent der Aktien an VW ab und behielt noch 19 Prozent.

VW, inzwischen bekannt als ein führendes Werk im Einsatz von Industrierobotern, steigt damit offiziell ins Geschäft der elektronischen Büroarbeit ein.

Bürocomputer und elektronische Textverarbeitung haben ja bekanntlich eine große „Zukunft“ in der BRD. Und wer wüßte das besser als ein Großbetrieb mit automatischen Fertigungsstraßen in der Produktion?!

1 000 Entlassungen bei Nordmende

Bis zu 600 Arbeitsplätze will die Firma im Produktionsbereich bis Ende 1979 einsparen. Erreicht werden soll dies durch „Nichtbesetzung der durch die natürliche Fluktuation freiwerdenden Arbeitsplätze“, wobei nicht ausgeschlossen wird, daß „... einige qualifizierte Mitarbeiter entlassen werden müßten“ („Bremer Nachrichten“, 17.3.79).

Zusätzlich beschloß die Geschäftsleitung, „400 Mitarbeiter aus dem Bereich der Inneren Verwaltung“ zu feuern. „Die entsprechenden Listen sind oder werden gegenwärtig erstellt und dem Betriebsrat zugeleitet“ („Bremer Nachrichten“, 23.3.79).

Dies ist die vorläufige Krönung von Rationalisierungen bei Mende. Im September 1977 hatte sich die französische Elektro- und Elektronikgruppe Thomson-Brandt mit 48 Prozent der Anteile eingekauft (inzwischen hat sie 51 Prozent). Die damit „notwendig gewordene Neuorganisation der Unternehmensstruktur“ („Bremer Nachrichten“, 2.12.78) wurde dann 1978 eingeleitet: Verlagerung der Schwarzweiß-Fernseher und Rundfunk-Koffergehäuse in bestehende Anlagen nach Singapur. Dadurch wurde Mitte 1978 das Werk Sittensen stillgelegt und bis Mitte 1979 soll die Fertigung von Verden nach Bremen verlegt werden. Davon betroffen sind 250 „Mitarbeiter (die), sofern sie dies möchten, in Bremen weiterbeschäftigt werden“ („Bremer Nachrichten“, 23.3.79).

Dann gab es bei Mende drei Wochen Kurzarbeit und nun die Entlassungen. Die Kapitalisten können frohlocken: „Aus dem Wechselbad

der seit 1975 andauernden Rezession und Nachrezession wird die Norddeutsche Mende Rundfunk KG in Bremen gestärkt hervorgehen und den klaren Anspruch auf einen der vorderen Plätze der technologisch leistungsfähigen Hersteller auf dem Gebiet der Unterhaltungselektronik in Europa 1979 erkennen lassen“ (die Unternehmensleitung, laut „Bremer Nachrichten“, 2.12.1978).

Solidarität — ein Entlassungsgrund?

Am 20.3. entschied das Bundesarbeitsgericht in Kassel grundsätzlich, daß die Betriebsratsmitglieder bei Sympathieerklärungen für Arbeitskämpfe in anderen Betrieben nicht gegen die berechtigten Interessen ihres eigenen Betriebes verstoßen dürfen. Andernfalls können die Betriebsratsmitglieder vom Kapitalisten fristlos entlassen werden (Aktenzeichen: I AZR 450/76).

DruPa fordert Rationalisierung bei der TAZ

Unter dieser Überschrift erschien ein kleiner Artikel in der T A Z vom 15.3.79, der deutlich macht, wie groß die Schwierigkeiten sind, eine linke Tageszeitung aufzubauen. Noch im Herbst 1978 hatte Hauptvorstandsmitglied D. Henschel im Zentralorgan die Herausgabe der beiden linken Tageszeitungen unterstützt, auch wenn er mehr mit dem anderen Projekt, der „Neuen“, liebte.

So schreibt die TAZ: „Beschäftigt die FAZ ca. 100 feste Redakteure und 450 weitere Mitarbeiter, so soll die Tageszeitung mit möglichst fünf hauptamtlichen Journalisten auskommen. Dies fordert nicht etwa die Spontibewegung, sondern der 1. Vorsitzende der IG Druck und Papier Berlin, Gerd Ballentin ... Nach mehreren vergeblichen telefonischen Bemühungen, bei dem Monopolunternehmen in Sachen Presseausweise auch nur einen Antrag zu erhalten, kamen gestern fünf Formulare in doppelter Ausfertigung mit der Post ... Soll uns dieser Herr doch bitte auch noch die Gebrauchsanweisung — wie mache ich mit fünf Journalisten eine Tageszeitung — gleich mitliefern. Das Verhalten der IG Druck, die sich seit Jahren gegen Pressekonzentration und das Sterben selbständiger Zeitungen wendet, spricht Bände. DJU-Mitglieder (Deutsche Journalisten Union, die Red.) fordern wir auf, uns mit ihren Mitteln zu unterstützen.“ Dieser Aufforderung können wir uns nur anschließen.

Chrichten + + + tarifnachrichten + + + tarifnachrichten + + + tarifn

Tarifpolitik: Einheitsabschlüsse um 40 %

Die DGB-Gewerkschaften machen ihren Vorstellungen von Einheitsgewerkschaft mal wieder alle Ehre. Wie zuvor schon in anderen Industriebranchen schlossen jetzt auch die IG Chemie und die ÖTV für den öffentlichen Dienst ab. Ergebnis: Übernahme des gängigen Einheitsabschlusses um 4 %. Auch die jetzt bekanntgewordene rasche Steigerung der Inflationsrate (für März werden inoffiziell bereits 3,3 % Preissteigerungen vorausgesetzt) haben dies Ergebnis nicht nach oben beeinflussen können. Die Anpassung der Gewerkschaftsführungen in der Lohnpolitik ist total.

Die Ergebnisse bei Chemie:
- 4,3 % mehr Lohn, Laufzeit 13 Monate (macht: 3,97 % auf Jahr gerechnet)
- stufenweise Einführung des 6-Wochen-Urlaubs bis 1984
- Einführung der 40-Stundenwoche (!) für Conti-Schichtarbeiter bis 1982.

Verglichen mit dem ersten Angebot der Unternehmer hat die IG Chemie allein erreicht, daß bereits ab 1979 ein Tag mehr Urlaub gewährt wird (die Unternehmer wollten

dies erst ab 1980). Die IG Chemie hat den Vogel in der diesjährigen Tarifpolitik abgeschossen. Der Hauptvorstand ließ sich von allen bezirklichen Tarifkommissionen die Vollmacht geben, zentral zu verhandeln. Ohne überhaupt eine Forderung aufzustellen, ging er dann in die Verhandlungen und ließ sich vom Unternehmerverband das Ergebnis diktieren. Die Mitglieder erfreuen dann aus Presse, Rundfunk und Fernsehen vom Ergebnis. Wie war's, wenn man demnächst den Hauptvorstand durch einen Computer ersetzt und die Mitgliedschaft auf das Beitragseinzugsverfahren reduziert?

Öffentlicher Dienst:
- 4 % mehr Lohn
- 150 DM mehr Urlaubsgeld
Bereits in der dritten Verhandlungsrunde stimmte die ÖTV-Führung zu. Verhandlungsführer für die ÖTV war ein Witzbold namens Kluncker. In einem Interview mit der "Hamburger Morgenpost" scherzte er: "Ein Arbeitskampf wäre keineswegs ausgeschlossen" (16.3.).

Über Arbeitszeitverkürzungen wurde in beiden Runden nicht verhandelt, in der IG Chemie ist dies auf 1984 vertrag worden!

Drupa-Führung unter Druck

Allein die Führung der IG Druck und Papier hält zaghaft noch an der Forderung nach der 35-Stundenwoche fest. Daneben fordert sie 6,5 % mehr Lohn. Allerdings gerieten die Gewerkschaftsführer unter Druck. Überraschend legten die Druckkapitalisten noch vor Verhandlungsbeginn ein Angebot vor, das in etwa den Abschlüssen in anderen Branchen entspricht: 4 % mehr Lohn, Einführung des 6-Wochen-Urlaubs bis 1984, Freischichtenangebote für Schichtarbeiter. Der Schachzug der Druckunternehmer: sie setzen den Gewerkschaftsführern genau das Angebot vor, bei dem die IGM in der Stahlindustrie nach 6 Wochen Streik kapituliert hat. Eine ziemlich harte Nuß. Der Drupa-Führung bleibt nur noch um kosmetische Veränderungen zu feilschen, oder die Druckarbeiter zu mobilisieren. In die Richtung ist allerdings bisher nichts gelaufen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Bankangestellte fordern höhere Tarife

Gegen das unzumutbare „Angebot“ der Bankkapitalisten von 3,8% Lohnerhöhung und Urlaubsverlängerung um einen Tag protestierten am 22.3.79 Bankangestellte in Hamburg und Westberlin.

In Westberlin wurden einige Bankfilialen sogar mit Warnstreiks bestreikt (eine Sensation in der Tarifgeschichte der Bankangestellten!). Auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz verlängerten einige Bankangestellte ihre Mittagspause, um den Informationsstand der HBV und eine kurze Kundgebung zu besuchen.

Auch das „Angebot“ des 3. Verhandlungstages von 4% muß als Zustimmung für die Kolleginnen und Kol-

legen angesehen werden. Auf der anderen Seite stehen die zweistelligen Zuwachsraten im Geschäftsvolumen (18% bei der Deutschen Bank) bei einem Rückgang der Personalkosten um 11,4% (Deutsche Bank) und 7,3% (Commerzbank) gegenüber dem Vorjahr.

Rückgang der Personalkosten, erhöhte Arbeitsintensität, stärkere nervliche Belastung durch Einführung neuer Technologien – all dies sind Belastungen, die sich auf Dauer nicht einmal Bankangestellte ohne Murren aufzwingen lassen werden ...

HBV-Komitee



Zoo Bankangestellte protestierten am 21.3. in Essen gegen das Unternehmerangebot von 3,8% mehr Lohn



Zoo Bankangestellte protestierten am 21.3. in Essen gegen das Unternehmerangebot von 3,8% mehr Lohn

Heizölpreise: Zahlen oder frieren

Anhebung der Heizkostenpauschale um zweistellige Prozentsätze lautete die Forderung zahlreicher Vermieter. Insbesondere die großen Wohnungsbauunternehmen („Neue Heimat“) stellen es ein weiteres Mal ihr Attribut

bien aber auch aus Algerien, Libyen und Nigeria zuzuschreiben, die nicht nur den iranischen Produktionsausfall ausgleichen, sondern deutlich überstiegen.

ZEHN BEHERRSCHEN DEN MARKT

Die zehn größten Ölgesellschaften decken 55 Prozent des Verbrauchs an Ölprodukten in der westlichen Welt

ZEHN BEHERRSCHEN DEN MARKT

Die zehn größten Ölgesellschaften decken 55 Prozent des Verbrauchs an Ölprodukten in der westlichen Welt
Absatz in Prozent des Gesamtverbrauchs:

Exxon (USA)	11,6
Shell (Großbritannien, Niederlande)	11,2
Texaco (USA)	7,1
Mobil Oil (USA)	5,0
Chevron (USA)	5,0
BP (Großbritannien)	4,1
Gulf (USA)	3,4
Standard Oil, Indiana (USA)	2,5
TOTAL CFP/Total (Frankreich)	2,8
Arco (USA)	1,7

— Mobil Oil steht mit 1,12 Mrd. Dollar Nettogewinn auch um 13 Prozent besser da als im Jahr davor und — Standard Oil of Ohio erweiterte die Profite um Stramme 150 Prozent (in Worten: hundertfünfzig), um nur einige Beispiele zu geben („UZ“, 2.3.79).

1979 läßt sie auf noch höhere Profite hoffen. Zahlen sollen wir — über höhere Heizöl- und Benzinpreise.

Wirtschaftskommission

Heute Staatssekretär — morgen Gewerkschaftsführer

Auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) ist am 12.3. der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Ernst Haar, zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Was in diesem Zusammenhang an Filz und Korruption bekannt geworden ist, ist schon ein trauriges Kapitel in der Gewerkschaftsgeschichte.

Haar löst den langjährigen GdED-Chef Seibert ab, der seit Jahren „mehr wegen Affären ... als wegen der von ihm vertretenen Gewerkschaftspolitik in der Öffentlichkeit bekannt geworden“ ist (FR, 12.12.78). Wie das so ist, war Seibert gleich Mehrfach-Funktionär: Gewerkschafts-SPD-Abgeordneter — und Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Eisenbahner-Versicherungskasse (DEVK). Sein Herz als SPD-Bundestagsabgeordneter schlug (wie selbst Freunde von ihm münkelten) „mehr als Lobbyist der Versicherungswirtschaft, denn als gewerkschaftlicher Interessenvertreter ...“ (ebd.). Peinlich auch, was eine abgestürzte Luft-hansa-Maschine 1974 bei Nairobi hervorbrachte: aus der ersten Klasse kletterten der DEVK-Aufsichtsratsvorsitzende Seibert, das Mitglied des Aufsichtsrats der DEVK und gleichzeitig Bundesbahnpräsident Vaerst, sowie der dreiköpfige Vorstand der Versicherungskasse nebst Ehefrauen. Man befand sich auf einem Ausflug nach Südafrika, „organisiert“ vom Gerling-Konzern (Welt, 3.1.79). Ganz nebenbei gibt es auch noch den „Verdacht“, Seibert „habe seine Hände bei der Entlassung von Betriebsräten bei der Versicherungsgesellschaft im Spiel gehabt“ (FR, 12.12.78). Kurz: Seibert ist ein gestandener Gewerkschaftsfunktionär, zu dessen „großen Leistungen“ die „Welt“ vor allem zählt, „daß der Personalabbau bei der Bahn um mehr als 70.000 Beschäftigte ohne soziale Unruhen (!) vollzogen werden konnte“ (Welt, 3.1.79).

Will man der bürgerlichen Presse Glauben schenken, hat Seibert inzwischen „das Handtuch geworfen“ und die Eisenbahner(innen)-Gewerkschaft wird sich mit der Wahl des neuen Vorsitzenden „von einem verkehrspolitischen „Papiertiger“ zu einer kämpferischen Interessenvertretung wandeln“ (FR, 14.3.79). Der neue GdED-Chef Haar (ein „Eisenbahner mit Herz und Seele“ (FR, 14.3.79)) hat sich mit der Vorlage eines „Verkehrskonzepts der Vernunft“ gleich ein entsprechendes Image verschafft (gegen jegliche Privatisierung und Streckenstilllegung und für die Aufhebung des Einstellungsstopps - vgl. UZ, 14.3.). Doch ist Haar wirklich der Mann, der den Eisenbahnern/innen „wieder Mut machen und Zuversicht geben will“ (Haar, lt. FR, 14.3.)?

Haar war von 1959 bis 1972 Bezirksleiter der GdED in Stuttgart. 1972 setzte ihn der damalige Verkehrsminister Leber (ebenfalls ein ehemaliger Gewerkschaftsführer) als Parlamentarischer Staatssekretär in seinem Ministerium ein (SZ, 12.12.78). Seitdem sind - unter Haars maßgeblichen Verantwortung! - mehrere zehntausend Arbeitsplätze vernichtet worden (von 1974-78 rund 75.000 - FAZ, 14.3.79).

Diesen Haar hatte Seibert als seinen Nachfolger schon seit einiger Zeit vorgeschlagen. „Und der war klug genug, sich die notwendige Rückendeckung zu holen, nicht nur beim Kanzler, beim Parteivorsitzenden Willy Brandt und Fraktionschef Herbert Wehner, sondern auch in der Gewerkschaft selbst“ (Welt, 3.1.79).

Daß ein Parlamentarischer Staatssekretär jetzt zum Gewerkschaftsführer gekürt wurde, also dienstlich von der „Arbeitgeber“- auf die „Arbeitnehmer“-seite übergewechselt ist, das ist bisher einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik. Und dieser Haar soll aus der GdED einen „kämpferischen Interessenverband“ machen? Dabei ergibt der vorzeitige Abgang von Seibert - der doch so gut in die allgemeine gewerkschaftliche Landschaft paßte - nur dann einen Sinn, wenn den zu erwartenden „sozialen Unruhen“, aufgrund kommender noch schärferer Angriffe auf die Eisenbahner(innen), mit „kämpferischen“ Phrasen die Spitze genommen werden soll.

Zudem hatte sich Seibert wohl tatsächlich allzu sehr um seine „Versicherungswirtschaft“ gekümmert. Haar dagegen führte sich gleich mit dem Ruf ein: „die Bundesbahn braucht eine Vorwärtsstrategie“ (Welt, 12.3.). „Mit Vehemenz“ kritisierte Haar den Bundesbahn-Vorstand, daß er „endlich wieder deutlich machen (muß), daß sich die Bahn am Markt bewegen will“ (ebd.). Haar kann eben nicht verleugnen, daß er „aus gutem Hause“ kommt: Sein (ehemaliger) Chef, Minister Heide war einmal stellvertretender Vorsitzender der Postgewerkschaft gewesen. Zu der Zeit hat er: „auf Gewerkschaftskosten, ver t sich - zum Rationalisierungsexperten ausbilden lassen. Mit Erfolg, wie man sieht.“

Die Bundesbahn soll also auch zukünftig mit immer weniger Personal immer größeren „Erträgen“ entgegen fahren. Dafür wird auch ein Herr Vetter sorgen, der u.a. dem Verwaltungsrat der Bundesbahn angehört...

ÖTV-Kommission

Heizölpreise: Zahlen oder frieren

Anhebung der Heizkostenpauschale um zweistellige Prozentsätze lautete die Forderung zahlreicher Vermieter. Insbesondere die großen Wohnungsbauunternehmen („Neue Heimat“) stellen es ein weiteres Mal ihr Attribut „gemeinnützig“ unter Beweis, denn der Extremwinter und die „persischen Ereignisse“ — so die Hausbesitzer — lassen Steigerungen der Kosten dieser Heizperiode bis zu 40 % erwarten. Da die Abrechnung aber meist im Sommer — kurz vor der Urlaubszeit — erfolgt, wolle man lieber schon jetzt etwas abbassieren. Dann fällt es weniger schwer, zu berappen — und wohl auch weniger auf.

Der Schnee sowie das heftige und erfolgreiche Schütteln am iranischen „Pfauenthron“ waren die „Naturereignisse“, die die Ölversorgung der Bundesrepublik angeblich gefährdet haben, und — so die Ölkonzerne — in der „Marktwirtschaft“ leider, leider Preiserhöhungen nach sich ziehen müssen. Konkret: Zwischen November 1978 und März 1979 sind die Heizölpreise in der BRD um rund 70 % gestiegen; Literpreise zwischen 50 und 60 Pfennig, je nach Abnahmemenge, sind eher die Regel als die Ausnahme („FR“, 1.3.79).

Verknappung?

Bereits im letzten Quartal 1978 wurden die Lager vollgeschüttet. Die deutschen Rohöleinfuhren beliefen sich zwischen Oktober und Dezember mit über 26 Mill. Tonnen auf rund zehn Prozent mehr, als der entsprechende Vorjahreswert. Allein im Dezember, als erstmalig die monatlichen Iran-Lieferungen von 1,6 Mill. Tonnen auf gut 500.000 Tonnen zurückgingen, lagen die Gesamteinfuhren mit 9,6 Mill. Tonnen um stolze 14 Prozent über den Importen vom Dezember 1977 („Spiegel“, Nr. 12/79).

Diese Entwicklung ist den verstärkten Lieferungen aus Saudi-Ara-

bien aber auch aus Algerien, Libyen und Nigeria zuzuschreiben, die nicht nur den iranischen Produktionsausfall ausgleichen, sondern deutlich überstiegen.

Höhere Einkaufspreise?

Auch davon keine Rede! Rohöl ist heute kaum teurer als vor einem Jahr. Die rasante Abwertung des Dollar hat die Preiserhöhungen der OPEC-Staaten bisher neutralisiert. So kostete im letzten Quartal 1978 die internationale auf Dollarbasis gehandelte Tonne Rohöl umgerechnet durchschnittlich 200 Mark. Ein Jahr vorher hatte der Einstandspreis noch bei umgerechnet 238 Mark pro Tonne gelegen („Frankfurter Neue Presse“, 9.2.79). Erst mit den jüngsten Ölpreis-Erhöhungen (Ende März) sowie den Aufpreisen für zusätzliche Lieferungen aus anderen OPEC-Ländern stehen die Konzerne vor Preisen mit Vorjahresniveau.

Einer, der es wissen muß, Ulf Lantzke, Chef der internationalen Energieagentur (der gemeinsamen Schaltzentrale der Ölmultis), führte gegenüber der „Wirtschaftswoche“ aus: „Für das erste Quartal 1979 haben wir keinen ernstesten Versorgungsmangel zu befürchten, weil einmal die Förderung in den anderen Ölländern auf einem sehr hohen Niveau aufrechterhalten wird und weil zum anderen saisonal ein Nachlassen der Nachfrage im ersten Quartal natürlich ist.“

Profit, Profit!

Die Herren in den Vorstandsetagen der Ölkonzerne dürften sich nach diesen „Naturereignissen“ die Hände reiben. Schon 1978 war ein „fettes“ Jahr:

— Exxon (Esso) fuhr mit 2,76 Milliarden Dollar Reingewinn 14 Prozent mehr ein als 1977;

Kurzmeldungen

„Seveso“ durch Fehler der Kollegen?

Wie wir im AK 148 berichteten, wurde das „R60“-Betriebsratsmitglied Michael K. bei Cassella Frankfurt (Hoechst-Konzern) fristlos wegen eines Arbeitsfehlers gekündigt.

Der erste Prozeßtag vor dem Arbeitsgericht hat inzwischen am 2.3.79 stattgefunden. Die Prozeßstrategie der Kapitalisten pendelte sich dabei auf den Versuch ein, Arbeitsfehler bei Cassella und speziell in diesem Fall mit dem Vorgang in Seveso (!) in Verbindung zu bringen.

Der Richter deutete allerdings an, daß er wohl eine fristlose Kündigung für zu hoch gegriffen empfindet. Auf einer Solidaritätsveranstaltung am 1.3.79 protestierten ca. 50 Kolleginnen und Kollegen gegen die Kündigung und stellten klar, daß der wahre Kündigungsgrund das Einsetzen M.K.s für die Kollegeninteressen gewesen sei.

300 Gewerkschafter in Nürnberg gegen Atomkraft

Am 22.3.79 führte der Aktionskreis Leben in Nürnberg eine Veranstaltung mit Jacob Moneta (ehemaliger Chefredakteur der IG Metall-Zeitung) zu Atomenergiefragen durch.

Ca. 300 Besucher (Gewerkschafter und andere Interessierte) zeigten ihre Bereitschaft, auch weiterhin das Problem und die Gefahren der Atomenergie in den Gewerkschaften zu diskutieren.

Die örtliche IG Metall-Führung lehnte eine Beteiligung schlichtweg ab. Der AK Leben hatte die Ortsverwaltung Nürnberg unter Hinweis auf die Worte von Eugen Loderer in der Zeitung „Metall“ 18/78 („Forcierung der innergewerkschaftlichen Energiediskussion“) dazu aufgefordert.

Nach Berichten von Genoss(inn)en aus Bremen, Nürnberg, Salzgitter und Hamburg

Betriebsschließung in Schwandorf/Oberpfalz

Die Bayerische-Braunkohlen-Industrie (BBI) Schwandorf, eine Tochtergesellschaft der Bayernwerke AG, entläßt bis Herbst 1982 stufenweise ihre rund 1.200 Arbeiter und Angestellten. Diese Maßnahme wird mit der „völligen Erschöpfung“ der Braunkohlefelder im Oberpfälzer Wackersdorf begründet. Einziger Abnehmer der Rohbraunkohle war das Kraftwerk Schwandorf, das künftig Braunkohle aus der CSSR verwenden wird. Der Belegschaft in Schwandorf wurde ein Sozialplan vorgelegt. Danach können Kollegen, die das 59. Lebensjahr vollendet haben, nach vorübergehender Arbeitslosigkeit frühzeitig in den Ruhestand treten. Ein anderer Teil soll angeblich von der Bayernwerke AG übernommen werden. Die übrigen sollen eine Abfindung bekommen.

Personalratswahlen an den Hamburger Krankenhäusern

Wie im gesamten Öffentlichen Dienst, so finden auch an den Hamburger Krankenhäusern in diesem Frühjahr die Personalratswahlen statt. In den letzten drei Jahren haben sich an einigen Häusern Kollegengruppen organisiert, die über die sehr eingeschränkte Möglichkeit der ÖTV-Arbeit auf ihre eigenen Kräfte vertrauen, Probleme von den Stationen und Abteilungen aufgriffen und z.T. auch eine kontinuierliche Informationspolitik betreiben. Die meisten Kollegengruppen schlossen sich schon während der Bürgerschaftswahl in der Gesundheitsinitiative der Bunden Liste locker zusammen und organisierten u.a. eine von rund 1.000 Leuten besuchte Veranstaltung unter dem Motto „GesundheitsUNwesen – Nein Danke“. Nach der Bürgerschaftswahl war man sich einig, daß man nun die Personalratswahlen angehen müsse, denn es hat sich in der Vergangenheit deutlich gezeigt, daß die z.T. schon 20 Jahre amtierenden PRs die Kollegen im Kampf gegen „Spar“politik, Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung usw. nicht unterstützen.

UKE

Vor mehr als drei Jahren gründete sich am UKE (Universitätskrankenhaus Eppendorf) eine Kollegengruppe. Unter anderem nahm sie sich schon damals vor, in die PR-Wahlen einzugreifen. Da die Gruppe damals aber noch sehr jung und unerfahren war, mißlang dies, die zwei Kandidatinnen der Kollegengruppe zogen ihre Kandidatur zurück. Man nahm sich allerdings vor, es bei den nächsten PR-Wahlen anders zu machen, insbesondere eine bessere Informationsarbeit zu leisten.

Dieser Anspruch wurde insbesondere im letzten Jahr eingelöst. Der „EPPENDORFER EINGRIFF“ wurde begründet – mittlerweile sind fünf Nummern erschienen. In dieser kleinen Zeitung nimmt die Kollegengruppe zu Fragen im Krankenhaus Stellung, beleuchtet die Arbeit des jetzigen PR und berichtet z.B. auch über ihre Beteiligung an der Bundestagung, beleuchtet die Arbeit des jetzigen PR und berichtet z.B. auch über ihre Beteiligung an den Bunden Listen (Gesundheitsinitiative). Unter dem Aspekt der PR-Wahlen, erfüllt die Zeitung eine wichtige Funktion, ist sie doch für die Kollegen die einzige Möglichkeit zu erfahren, was überhaupt zu den PR-Wahlen läuft.

Im Herbst letzten Jahres versammelte sich die Kollegengruppe zu einem Wochenendseminar, um die Frage der PR-Wahlen gründlich zu diskutieren. Man „schulte“ das Personalvertretungsgesetz, diskutierte die Frage, ob ein PR Interessensvertretung mit den Kollegen zusammen machen müsse oder einfach ein Stellvertreter sei und kam zu dem Ergebnis, daß es unbedingt notwendig sei, selber Kandidaten aufzustellen. Man war sich aber darüber im Klaren, daß dies nicht allein Sache der Kollegengruppe sein könnte, sondern daß über den Kreis dieser Gruppe hinaus Bündnispartner gewonnen werden müßten. Deshalb wurde beschlossen, Kollegen an dieser Frage zu agitieren, Aktivitäten im VLK und bei einzelnen PR-Mitgliedern zu entwickeln, mit dem Ergebnis, daß auf der nachfolgenden Kollegengruppen-Sitzung mehr als 35 Kollegen waren. Einigkeit bestand in der Frage, daß man für eine Persönlichkeitswahl eintreten wolle, aber nur unter der Bedingung, daß es keine undemokratische Begrenzung der Kandidaten geben wird. In der Vergangenheit war es im UKE nämlich immer so, daß auf von der Pflegedienstleitung einberufenen Versammlungen Kandidaten aufgestellt wurden, allerdings die Zahl von vornherein beschränkt wurde.

Um hier also in Zukunft ein anderes Verfahren zu erreichen, veröffentlichte der „EPPENDORFER EINGRIFF“ einen Offenen Brief, in dem alle Gewerkschafter, Personalräte und mögliche Kandidaten aufgefordert wurden, öffentlich die Auseinandersetzung darum zu führen, wie eine solche zur Persönlichkeitswahl notwendige „Einheitsliste“ aussehen könne. Die Angesprochenen im VLK und PR reagierten empört. Nach dem Motto – man hätte doch darüber reden können, aber bitte nicht öffentlich – versuchten sie, den von fast 50 Kollegen unterzeichneten Brief zu diffamieren. Das ging soweit, daß der PR Nachforschungen anstellte, wer von den Unterzeichnern wo und wie lange arbeitet. Darüber hinaus gab der PR eine „Information“ heraus – dies sollte eine „Richtigstellung“ zur Kollegengruppen-Information sein – war aber nichts anderes als z.T. schon fast lächerliche Hetze. Besonders übel

wurde einem PR-Kollegen mitgespielt, der es „gewagt“ hatte, im „EPPENDORFER EINGRIFF“ einen Leserbrief zu veröffentlichen. Ihm wurde der Ausschuß aus dem PR angedroht.

Man sollte meinen, daß die DKP, die mehrere Vertrauensleute und einige Personalräte stellt, sich mit diesem Kollegen solidarisiert, ihn und auch die Kollegengruppe gegen diese Angriffe seitens des alten PRs unterstützt. Aber die DKP-Leute schwiegen und enthielten sich der Stimme – als ginge sie das alles nichts an.

Die Kollegengruppe und eine Reihe anderer Kollegen schlugen dann vor, eine Versammlung aller angestellten Mitarbeiter zu machen, auf der die Kollegen umfassend Gelegenheit erhalten sollen, sich über die PR-Wahlen zu informieren und auch die Kandidaten zu befragen. Die VLK-Mehrheit und auch die DKP-Kollegen unterstützten diese Versammlung zunächst, sprangen zwei Wochen später aber wieder mit dem Argument ab, es würde ja doch keiner kommen. Die Kollegengruppe wird diese Versammlung aber trotzdem machen. Es ist dies das erste Mal, daß eine solche Versammlung von Kollegen selber gemacht wird und dafür den „offiziellen Segen“ hat. Es geht jetzt darum, diese Versammlung zu einem Erfolg zu machen, um allen zu zeigen, daß es diesmal anders läuft.

AK Barmbek

Im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek gibt es zwar keine Kollegengruppe, aber doch eine Reihe fortschrittlicher Kolleg(innen), die z.B. auch auf einer MV der ÖTV waren. Der VLK wollte hier eine Diskussion über die PR-Wahlen führen, hatte intern aber schon beschlossen, anschließend über die Liste selbst zu entscheiden. Die Mitglieder machten da aber nicht mit: Sie beschlossen mehrheitlich, die Liste auf der MV gleich zu verabschieden, machten Vorschläge und wählten mit überzeugender Mehrheit eine Liste, auf der auch fortschrittliche Kolleg(innen) auf aussichtsreichen Plätzen vertreten werden. Die Liste, auf der auch fortschrittliche Kolleg(innen) auf aussichtsreichen Plätzen vertreten sind, Heinz Schmalbruch, Mitglied des Hamburger ÖTV-Bezirksvorstandes, sagte aber zum Erstaunen aller: „Wenn die Mitglieder es so wollen.“ Das letzte Wort habe natürlich der Unterzeichner der Liste und das sei der Bezirksvorstand... Man darf gespannt sein, ob die ÖTV-Führung diesen demokratischen Beschluß der MV akzeptiert – oder wie bei den letzten PR-Wahlen die ihnen nicht genehme Liste kurzerhand zerreißt.

AK Altona

Nach einer sehr bewegten Vorgeschichte werden – falls den ÖTV-Führern nicht noch etwas anderes einfällt – im AK Altona zwei fortschrittliche Kolleginnen auf der ÖTV-Liste kandidieren. Insgesamt hatten sich fünf Kolleginnen aus dem Kreis der Kollegengruppe entschlossen, zu den PR-Wahlen als ÖTV-Mitglieder zu kandidieren. DAG und ÖTV hatten mittlerweile schon ausgehandelt, Persönlichkeitswahl zu machen, wobei der ÖTV neun Plätze auf der gemeinsamen Liste im Angestellten-Bereich zufließen. Auf der ÖTV-MV Anfang des Jahres wurde den erstaunten Anwesenden mitgeteilt, sieben dieser neun Plätze seien schon vom ÖTV-Vertrauensleitekörper vorbestimmt. „Aus den Reihen der Mitglieder wurden jedoch sechs weitere Kandidaten vorgeschlagen. Wir forderten eine Abstimmung der MV darüber, wer von den somit insgesamt 13 vorgeschlagenen Kandidaten auf die Liste kommen sollte.“ Nun Überraschung Nr. 2: Der Vertreter vom Bezirksvorstand, Herr Gericke, schloß die Versammlung vorzeitig! Unsere Forderung paßte ihm offenbar nicht ins Konzept! („Altonaer Eingriff“ Nr. 6, März '79). In einem „Offenen Brief“ vom 17.1.79 an die Vertrauensleute und ÖTV-Bezirksvorstand protestierten dann die fünf Kolleginnen, die aus dem Kreis der Kollegengruppe zum PR kandidieren wollten, gegen das undemokratische Vorgehen und forderten die Wiederholung der MV innerhalb von 14 Tagen. Und: „Der Beschluß der Mitglieder soll für die Kandidatenaufstellung bindend sein.“ („Offener Brief“ vom 17.1.). Eine Antwort der ÖTV-Oberen gibt es bis heute nicht. Dafür tauchten nur kurze Zeit später zwei ÖTV-Flugblätter auf, in denen sich vom „Altonaer Eingriff“ und den sonstigen Verlautbarungen der sogenannten Kollegengruppe des AKA distanziert wurde. „Nur wir, die gewählten ÖTV-Vertrauensleute, sind berechtigt, im Namen unserer Ge-

werkschaft offiziell im Krankenhaus Aussagen zu machen. Wir lassen uns unsere Rechte von sogenannten Kollegengruppen im AKA nicht streitig machen. Die Mitglieder solcher Kollegengruppen schädigen die ÖTV, weil sie deren gewählte Funktionäre verunglimpfen“ usw. Im zweiten Flugblatt heißt diese Stelle dann: „Die Verunglimpfung gewählter Vertreter in diesem Land und die Verächtlichmachung demokratischer Gremien gehört nach unserer Meinung zu den Praktiken von gewissen K-Gruppen, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen wollen.“ Für ihre Hetze haben die ÖTV-Funktionäre auch noch die Arbeiter im AKA vor ihren Karren gespannt. Denn dieser Text ist per se eine Aussage aus einem einstimmigen Beschluß zitiert, den die MV der Arbeiter im AKA am 31.1. faßte!

Dazu schreibt der „Altonaer Eingriff“: „Wir meinen, daß gerade ein solches Verhalten – ebenso wie das Vorgehen des Bezirksvorstands – das Ansehen der Gewerkschaft schädigt!“ (Nr. 6, März '79). Doch plötzlich änderten diese „verunglimpfen“ Gewerkschaftsvertreter ihre Taktik: „Sie luden unsere Kandidaten zu einer VLK-Sitzung ein, wo uns angeboten wurde, zwei Kandidaten zu unserem Kreis aufzustellen.“ („Altonaer Eingriff“ Nr. 6, März '79). Die Kolleginnen forderten drei Plätze „als Kompromiß“ und eine Personalversammlung zur Vorstellung der Kandidaten usw. Daraufhin wurde plötzlich behauptet, die eine Kollegin könne gar nicht kandidieren, da gegen sie ein Gewerkschaftsausschlußverfahren laufe, wie auch gegen einen anderen Kollegen, der Mitglied der Kollegengruppe ist! Schließlich „einigten“ sich die Kolleginnen – offensichtlich von diesem Manöver überrumpelt – darauf, daß zwei von ihnen auf der ÖTV-Liste kandidieren. Am folgenden Tag stellte sich dann in einem Gespräch mit einem Bezirksvorstands-Mitglied heraus, daß keine Ausschlußverfah-

ÖTV-Konflikt reicht ins SB rein

Frankfurt. Anlässlich des drohenden Gewerkschaftsausschlusses der gewählten, aber von der ÖTV-Kreisverwaltung nicht anerkannten Vertrauensleute von der Deutschen Bibliothek hat es in der Frankfurter Gruppe des Sozialistischen Büros scharfe Auseinandersetzungen gegeben. Obwohl sich die Betriebsgruppe an der DB mit großer Mehrheit mit ihren Vertrauensleuten solidarisiert hat, hat die ÖTV-Kreisverwaltung gerichtliche Schritte gegen sie eingeleitet und innergewerkschaftlich ihren Ausschuß beantragt, weil sie sich mit einer Dokumentation dieses Konflikts an die Öffentlichkeit gewandt haben (siehe auch AK 148 und 150).

Im SB entzündete sich der Streit an der Frage, ob man eine Solidaritätsveranstaltung mit den DB-Vertrauensleuten unterstützen. Die Mehrheit war schließlich dafür. Wortführer der Minderheit war Heiner Halberstadt, dessen Position in einem „express-Extrablatt“ zu diesem ÖTV-Konflikt (9.3.) dokumentiert wird. Halberstadt hat Recht, wenn er hierin von einem „grundständlichen Konflikt“ spricht. Seine Position würde letztendlich zu einer Lähmung der innergewerkschaftlichen Opposition und zu ihrer Anbindung an die „Treuepflicht“ führen, die die ÖTV von ihren Mitgliedern verlangt.

H.'s Analyse der Situation in den DGB-Gewerkschaften sieht so aus: Es gibt einen hierarchischen Apparat, dem „Mitglieder und Vertrauensleute praktisch machtlos gegenüberstehen“. Dieser Apparat konnte aufgrund des „hohen Wirtschaftswachstums“ und der dadurch möglichen „guten Tarifverträge“ seine Machtposition erringen. „Jetzt in der Krise beginnt der Systemsfriede auf allen Ebenen, auch im Apparat, brüchig zu werden.“

Oder noch deutlicher: „Die Gewerkschaften sind jetzt auf allen Ebenen, unten und oben durch den Übergang vom Konjunktur zum Krisenkapitalismus in Bewegung geraten.“ (Hervorhebungen von uns; Anm. AK). Dies sei eine günstige Situation, um im DGB, der „unter bestimmten Bedingungen veränderbar“ sei, eine fortschrittliche Politik durchzusetzen. Dazu müsse man sich aber an die „Regeln“ halten, um nicht zu nutzlosen „Märtyrern“ zu werden.

Ja sie geraten in Bewegung, die DGB-Gewerkschaften, unten wie oben. Nur: Wohin?

H. vergißt die Kleinigkeit, daß das „Oben“ sich in die entgegengesetzte Richtung bewegt wie das „Unten“. Grob gesagt: Die Führung arbeitet noch enger mit dem Kapital und dem Staat zusammen, während es an der Basis Tendenzen zu einer stärkeren Loslösung von der Sozialpartnerschaftsideologie gibt. Beispiel: Stahlarbeiter-Streik. Beispiel: „Mitbestimmung“, Rückkehr in die konzertierte Aktion. Beispiel: Satzungsänderung in der IG Chemie (Ernennung von „betrieblichen Vertrauensleuten“ zu gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, wenn's die Bonzen brauchen). H. bleibt den Beweis für seine Theorie schuldig, die Herausbildung einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik sei verbunden mit einem Zusammenwachsen von Apparat und Basis. Es gibt aber jede Menge Beweise für das Gegenteil: Daß nämlich jeder Schritt nach links mit einer immensen Verschärfung der innergewerkschaftlichen Widersprüche verbunden ist. Konkret heißt das: Verschärfung der Repression gegen linke Gewerkschafter.

Und da wären wir wieder bei der Deutschen Bibliothek in Frankfurt. Denn natürlich ist es eine Verschärfung des ohnehin „rauen Klimas“, wenn die Kreisverwaltung durch den Mund ihrer Anwälte verlauten läßt, „daß die Beklagten offensichtlich zu den Gruppen zu zählen sind, die nicht bereit sind, die Rechtsordnung dieses Staates anzuerkennen“ (zit. n. AK 150).

(Man lese das zweimal: Wenn du deine ÖTV-Fürsten kritisierst, entstehen „Zweifel“, ob du „die Gewähr bietest...“ usw.). Heutzutage wird man eben sehr schnell zum „Märtyrer“, trotz des Übergangs zum „Krisenkapitalismus“ (oder vielleicht WEGEN ?!)

H. verlangt wie die ÖTV-Kreisverwaltung von den Vertrauensleuten, daß sie sich nicht an die Öffentlichkeit wenden dürfen („Regelverletzung“), sondern sich innergewerkschaftlich durchsetzen müßten. „Wer sagt denn, daß sie bei 'regelgerechtem' Verhalten in der Minderheit geblieben wären.“

H. ist sich der Konsequenzen dieser Forderung vielleicht nicht ganz bewußt. Dies würde nämlich bedeu-

ten, daß die Öffentlichkeit (auch die innergewerkschaftliche natürlich!) über Vetter's Angriffe auf das Russell-Tribunal ebensowenig erfahren hätte wie z.B. über die Satzungsänderungsbestrebungen derzeit in der IG Chemie. Daß man nichts wüßte über die Tatsache, daß Angestellte in der DGB-Zentrale mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz korrespondieren usw. usw.

Und daß natürlich die Vertrauensleute der DB längst einen Maulkorb verpaßt bekommen hätten und unschuldig gemacht worden wären. All diese Dinge sind nämlich nur durch „Pflichtverletzungen“ bekannt geworden, und es wird noch viel mehr solcher „Pflichtverletzungen“ bedürfen, wenn sich die Gewerkschaftslinken überhaupt behaupten will, von „Offensiven in der Klassenpolitischen Auseinandersetzung“ (H.) einmal ganz abgesehen.

H. fordert am Schluß seiner Aussagen, daß sowohl die Kreisverwaltung als auch die Vertrauensleute der DB nachgeben und eigene Fehler zugestehen sollten. „Ich glaube, dann ließe sich der Ausschuß vermeiden und wir könnten gemeinsam versuchen, den Demokratisierungsprozeß voranzutreiben“. H.'s Wort in Kluncker's Ohr! Aber von wem will man ernsthaft verlangen, sich darauf zu verlassen??

Heiner Halberstadt ist Vertrauensmann und Personalrat in der ÖTV, SB- und SPD-Mitglied, kommt aus einer unzweifelhaft antifaschistischen Tradition und genießt in Frankfurter linkssozialdemokratischen Kreisen (und nicht nur dort) erhebliches Ansehen. Wie man hört, hat er seine Funktionen im Frankfurter Club Voltaire, den er selbst mit aufgebaut und jahrelang geprägt hat, aufgegeben. Auch aus dem SB will er angeblich aussteigen. Objektiv gibt er mit seiner Position zum ÖTV-Konflikt der Kreisverwaltung Argumente in die Hand, um ihre brutale Zerschlagungspolitik an der DB, die klar auf Berufsverbote abzielt, gegenüber schwankenden Gewerkschaftern zu rechtfertigen. Argumente also für eine Entsolidarisierung und Spaltung fortschrittlicher Kräfte. Andererseits ist es irgendwo schon schmerzhaft, daß er den Sprung über den sozialdemokratischen Schatten einfach nicht schafft.

KB/Gruppe Frankfurt

ALTONAER EINGRIFF

Zeitung der Kollegengruppe des AK - Altona

März '79

Nr. 6

Die Katze ist aus dem Sack: Abteilungsschwestern sollen Sparen und Rationalisieren

Demnächst sollen im AK ALTONA, wie in allen städt. Altonaer Krankenhäusern, die Abteilungsschwestern...

ren laufen. Die Vertrauensleute hatten gelogen! „Daß wir uns trotz dieser undemokratischen Manöver entschlossen haben, zu zweit mit der ÖTV zu kandidieren, hat folgenden Grund:

Wir fanden es wichtig, nicht nur die bisherige PR-Arbeit zu kritisieren, sondern auch selber als Kandidaten für eine bessere Personalrats-Politik einzustehen. Da die Kollegengruppe erst seit kurzem aktiv ist, gelang es uns nicht, alle fünf Vorschläge durchzubringen. Zu einer eigenen Liste konnten wir uns nicht entschließen, da wir die Persönlichkeitswahl für demokratischer halten als die Listenwahl. (...)

Wir fordern die Wähler auf, mit ihrer Stimme die Kandidaten zu stärken, die gegen den Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie und Gewerkschaftsausschlüsse ebenso eintreten wie für eine demokratische PR-Arbeit und gegen die Rationalisierung im Krankenhaus!“ Wir wünschen viel Glück.

Krankenhaus Elmshorn

Vor der Aufstellung der Kandidaten hat es „handfeste“ Auseinandersetzungen zwischen Verwaltung, Personalrat und einigen fortschrittlichen Kollegen gegeben. Zwei „Offene Briefe“ – unterschrieben von vielen Kollegen – zum Problem der Stationsreinigung und zur Lage in der Krankengymnastischen Abteilung haben viel Staub aufgewirbelt; denn in ihnen wurde die hygienische Situation im Haus und die schlechte Besetzung in der Krankengymnastik scharf kritisiert.

Auf der darauf folgenden Personalversammlung hat der Personalrat zu vielen Problemen keine Stellung bezogen oder sich nicht eindeutig genug von den Argumenten der Verwaltungsleitung abgegrenzt. Die Empörung vieler Kollegen darüber mündete in ein Informationsschreiben über den Ablauf der Personalversammlung, in dem auch Kritik am Personalrat geübt wurde. Dieses Schreiben wurde von einigen Kollegen im ganzen Haus verteilt. Hier befürchtete die Verwaltungsleitung offenbar, daß dies Schule machen würde und erteilte einem der Kollegen daraufhin eine Verwarnung. Diese öffentlich geäußerte Kritik hatte aber zur Folge, daß der Personalrat Stellung beziehen mußte und nun auch tatsächlich ein – allerdings polemisch gehaltenes – Antwortschreiben verfaßte. Durch diese Auseinandersetzungen scheint das Personal mehr Anteil und Interesse an der Personalratsarbeit zu haben.

Auf der ÖTV-Mitgliederversammlung wurde dann eine Kandidatenliste zusammengestellt und zwar, indem einzelne ihre Bereitschaft zur Kandidatur äußerten. Die Kandidaten erhielten dann von der Versammlung den Auftrag, ein Wahlprogramm zu entwerfen. Es bleibt abzuwarten, was sie daraus machen werden.

Bisher hat sich nur ein Arzt als Gegenkandidat („Ein-Mann-Liste“) aufstellen lassen, vermutlich ist er von der DAG.

Genossen aus dem Hamburger Gesundheitsbereich und nach einem Bericht einer Elmshorner Genossin

Kurzmeldungen



3000 Beschäftigte der Edeltahlwerke Thyssen in Krefeld demonstrierten am 20.3. gegen bevorstehende Entlassungen. Sie verlangten Aufklärung über die Pläne des Thyssen-Vorstands, nach denen neben Neuinvestitionen zwei Walzstraßen stillgelegt werden sollen.

Dadurch würden 1400 Arbeiter ihre Beschäftigung verlieren. Die Rationalisierung in der Stahlindustrie marschiert unvermindert.

Rationalisierung in der Elektroindustrie

Die Olympia-Werke, Wilhelmshaven, die zum AEG-Konzern gehören sollen verkauft werden. Bis heute sollen die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sein. Was aus den 8.700 dort Beschäftigten werden soll, ist noch nicht bekannt; zumindest sollen durch bevorstehende Rationalisierungen in diesem Jahr noch 1.500 bis 2.000 Kollegen entlassen werden.

Wega, Herxheim: Am 14.3. beschloß der Aufsichtsrat die Schließung dieses Werkes. Von der Schließung sind 200 Kollegen/innen betroffen — vor allem Frauen. Es wurde erklärt, daß die Produktion von HiFi-Geräten evtl. nach Fellbach verlegt würde, wo durch Rationalisierung in der Farbfernseh-Geräte-Fertigung bei gleicher Mitarbeiterzahl in der Produktion die doppelte Menge gefertigt wird!

Bei der zu Siemens gehörenden KWU, Westberlin sollen in diesem Jahr 120 Mitarbeiter entlassen werden. Trotz gewaltiger Umsatzsteigerung gegenüber dem letzten Geschäftsjahr sieht Siemens-Chef Plettner eine Gefahr für seine Profite durch „die Abneigung weiter Teile der Bevölkerung zum Bau weiterer Atomkraftwerke“ („Welt“, 14.2.). So oder so: Die Konsequenzen der Atomkonzernpolitik sollen die arbeitenden Menschen tragen!

Bei Bauknecht, Soltau soll die Küchenfertigung im Herbst nach Gevelsberg/Hagen verlagert werden. Bereits im letzten Jahr wurden bei Bauknecht insgesamt 500 Mitarbeiter entlassen. In diesem Jahr sollen mindestens noch einmal so viele Arbeitsplätze gestrichen werden.

Bei NCR, Augsburg sollen in der Fertigung noch in diesem Jahr ein Viertel der 510 Kollegen „abgebaut“ werden, obwohl die Firma im Geschäftsjahr 77/78 Rekordgewinne mit plus 26% Jahresüberschuß erzielte („FR“, 20.2.). NCR produziert die sogenannten „Schlitzleser“, die bereits in einigen Supermärkten stehen. Das Transportband für die eingekaufte Ware ist mit einem Schlitz versehen, an dem ein Laserstrahl die mit einem Codezeichen versehenen einzelnen Artikel identifiziert, ein Magnetspeicher den Preis dazugibt, und im Kassenterminal beides automatisch ausgedruckt wird. Dadurch entfällt für die Kassiererinnen das Eintippen der Preise in die Kasse, und an anderer Stelle wird das Preisauszeichnen überflüssig. Das bedeutet, daß hier in Zukunft noch reichlich Personal „eingespart“ wird.

„Uns Holzarbeitern reicht's“

Über 200 Holzarbeiter und ihre Angehörigen demonstrierten gegen die Praktiken des Möbelfabrikanten

Raubach in Springe Eldagsen (Niedersachsen). Die Kollegen hatten von „ihrem“ Unternehmer die Schnauze voll: Da wurde den 75 Beschäftigten ein Monatslohn vorenthalten; die Betriebsratswahl konnte erst per Gerichtsbeschluß durchgesetzt werden; Gewerkschaftsvertreter durften den Betrieb nicht betreten; Gewerkschafter wollte Raubach in seiner Firma nicht dulden; wer neu eingestellt wurde, mußte eine Erklärung unterschreiben, nicht Gewerkschaftsmitglied zu sein; wer dennoch eintrat, dem wurde mit Entlassung gedroht.

Drei türkische Kollegen im Knast

Wegen Mißachtung der Sicherheitsbestimmungen verunglückten auf der Schachtanlage „Westfalen“ zwei türkische Kollegen tödlich. Von ihren Landsleuten wurde eine Protestversammlung organisiert, auf der dann drei Sprecher gewählt wurden, die die Forderungen nach Verbesserung der Sicherheitsbestimmungen und Entlassung des für den Tod mitverantwortlichen Fahrsteigers der Zechenleitung vorbringen sollten. Die Zechenleiter riefen daraufhin die Bullen, um die drei Kollegen wegen „Nötigung und Bedrohung“ verhaften zu lassen. Für 24 Stunden mußten sie in den Knast. Außerdem wurden sie für 10 Jahre in die Liste der „Terroristen“ eingetragen. Auf die Forderung nach Zurücknahme der Maßregelung und der strafrechtlichen Verfolgung der für die Grubensicherheit zuständigen Bergwerksbeamten gab es bisher noch keine Reaktion der Kapitalisten.



Sieben Bergleute verloren auf der Zeche „Hansa“ ihr Leben

7 Bergleute tödlich verunglückt

7 Bergleute sind bei einer Grubenexplosion in 870 Meter Tiefe auf der Zeche Hansa in Dortmund-Huckarde tödlich verunglückt. Zusammen mit 8 weiteren Kollegen befanden sie sich zum Zeitpunkt der Explosion unter Tage. Die 8 konnten sich retten, für die 7 kam auch der Einsatz von 120 Leuten der Grubenwehr zu spät.

Kein Lohn für Gewerkschaftsmitglieder

„Hiermit erkläre ich, Hans Peter Müller, daß ich aus der IG Bau Steine Erden ab sofort austrete. Ich bitte Sie, meine Mitgliedschaft sofort zu löschen“.

Diesen Text diktierte die Inhaberin der Firma Kreuzbau in Bad Kreuznach, Immig, einem Bauarbeiter in die Maschine. Er mußte diesen Brief unterzeichnen, bevor ihm der Lohn ausgezahlt wurde. M. beugte sich dem Druck und unterschrieb. Ähnliche Erpressermethoden sind bereits in mehreren Fällen bei Kreuzbau bekannt geworden. Die IG Bau Steine Erden hat nun Strafanzeige wegen des Verdachts der Nötigung gegen die Firma gestellt (nach „Welt der Arbeit“, 29.3.).

Umflaggen — 80 Kündigungen drohen!

Die „Vereinigte Tanklager und Transportmittel GmbH“, ein Unternehmen das zur Preussag gehört, will 17 Schiffe „umflaggen“. Die Schiffe fahren gegenwärtig unter Singapur-Flagge, allerdings mit überwiegend westdeutscher Besatzung, die unter die westdeutsche Sozialversicherung fällt. Die Schiffe sollen jetzt unter der noch billigeren Flagge von Liberia fahren, mit koreanischer Besatzung. Damit entfallen auch noch die Sozialversicherungsbeiträge.

Bei der Preussag stehen dadurch ungefähr 80 Kündigungen an. Zynisch erklärte ein Vertreter der Preussag dazu: „... man muß schon mal den spitzen Bleistift ansetzen. Das Schlimme ist nur, daß es immer um Menschen geht“ („FR“, 22.3.).

ÖTV-Kommission

GEW Meldungen

Anhaltende Proteste gegen Briefwahlverfahren

Die turnusmäßigen Wahlen zum Ortsvorstand der GEW Aachen fielen in diesem Frühjahr aus. Ein Schreiben des Ortsverbandes an den Landesvorstand NRW, entweder die Kosten für das vorgeschriebene Briefwahlverfahren zu übernehmen oder die Wahl nach der früher üblichen „Urnenwahl“ zu gestatten, wurde abschlägig beschieden. Daraufhin setzten die Aachener ihre Ortsatzung, die die jährliche Wahl vorschreibt, außer Kraft und belieben den bisherigen Ortsvorstand kommissarisch im Amt.

Eine andere Form des Protestes gegen das in der GEW vorgeschriebene Briefwahlverfahren wurde im Kreisverband Waldeck (Hessen) praktiziert. Bei den Kreisvorstandswahlen wurden alle Punkte des Briefwahlverfahrens peinlich genau beachtet, die damit verbundene Arbeitsbelastung der ehrenamtlichen Helfer sowie die Kosten aber genau notiert. Ergebnis: 110 Stunden Arbeitsaufwand und 1.690 DM Unkosten (fast 20% des jährlichen Etats) gegenüber 622 DM bei den Wahlen 1976 nach dem alten Wahlverfahren.

Das Briefwahlverfahren schreibt die Zusendung der Wahlunterlagen (mit Freiumschlag) für alle auf der Wahlversammlung nicht anwesenden Mitglieder vor. Es ist für alle von der Mitgliedschaft vorgenommenen Wahlen verbindlich, sofern der Kreis der Wahlberechtigten 250 Mitglieder übersteigt. Es stößt vor allem auf Protest, weil es die Mitgliederversammlungen entwertet (Trennung von Beratung und Beschlußfassung) und nicht zuletzt enorme Kosten verursacht.

Schon 1974 wollte Frister die bis dahin übliche Wahl der Funktionäre auf Mitgliederversammlungen durch die Briefwahl ersetzen, um durch die Mobilisierung der sogenannten „schweigenden Mehrheit“ die Linken zurückzudrängen. Nach Protesten wurde als „Kompromiß“ schließlich das „Direktwahlverfahren“ eingeführt, wonach nicht nur auf der Wahlversammlung, sondern auch noch einige Tage später an einer Wahlurne gewählt werden konnte. Immerhin mußten sich bei diesem Wahlverfahren inaktive Mitglieder zum Wahllokal bemühen. Auch blieb

die Möglichkeit, daß noch auf der Wahlversammlung neue Kandidaten aufgestellt werden konnten.

Beides wollte der Hauptvorstand schon auf dem Mannheimer Gewerkschaftstag 1977 abschaffen; der Antrag kam jedoch nicht mehr zur Abstimmung. Mißtrauische GEW-Kollegen fragten daraufhin Frister am 20.12.77 in Kassel, ob nun der Hauptvorstand die Verabschiedung nachhole. Frister erklärte wörtlich: „Der Hauptausschuß kann die Wahlordnung nicht ändern. Die Wahlordnung ist durch den Gewerkschaftstag verabschiedet und kann nur durch ihn geändert werden“. Knapp drei Monate später — in Bochum schien nach dem Ausschluß großer Teile des Ortsvorstandes eine Mobilisierung der „schweigenden Mehrheit“ gerade opportun — konnte der Hauptausschuß dies allerdings doch. Frister begründete dies später damit, daß der Hauptausschuß mehrheitlich eine andere Auffassung eingenommen habe, als er sie in Kassel vertreten habe. Dies alles hinderte Frister nicht, im November eine weitere Verschärfung durchzuführen. War bis dahin immerhin noch ein Verfahren möglich, nachdem die nicht auf der Wahlversammlung anwesenden Mitglieder die Wahlunterlagen nur auf Anfrage zugeschickt bekommen, so ist auch dies jetzt ausgeschlossen.

Die Landesvorstände von Bayern und Westberlin forderten im Hauptvorstand die Rücknahme des Beschlusses, der Hamburger Landesvorstand und der Kreisverband Kassel-Stadt riefen die Bundesschiedskommission an, die aber die Einführung des Wahlverfahrens nicht als satzungswidrig ansah (was bei der politischen Zusammensetzung der Kommission auch nicht verwunderlich ist). Vor allem in Hessen wurde von verschiedenen Kreisverbänden die Rücknahme des Beschlusses gefordert. Der Anfang April tagenden Landesvertreterversammlung der GEW-Hessen liegen Anträge vor, in denen die Rücknahme des Briefwahl- und des Direktwahlverfahrens gefordert werden.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Änderung des Vorbereitungsdienstes vom Tisch?

Nach einem Gesetzentwurf der Nordrhein-Westfälischen Landesregierung sollte es ermöglicht werden, den Vorbereitungsdienst (Referendariat) entweder im Beamtenverhältnis oder außerhalb des Beamtenverhältnisses zu absolvieren (siehe auch AK 143, S. 29). Muß man als Beamter die jederzeitige Gewähr bieten, für die FdGO einzutreten, so bräuchte man als Angestellter sich lediglich „nicht verfassungsfeindlich zu betätigen“. Gegen diesen Gesetzentwurf, dem sich die CDU-Mehrheit im Bundesrat angeschlossen hatte, hat sich jetzt die Bundesregierung gestellt.

Sie will ein „einheitliches Rechtsverhältnis besonderer Art“, was damit begründet wird, daß man angeblich einen diskriminierenden Status für Radikale vermeiden wolle. Das klingt liberal und entspricht auch SPD- und FDP-Parteitagebeschlüssen.

In Wirklichkeit zeigt sich hier jedoch, daß die Regierung bei der Reform des Vorbereitungsdienstes weiterreichende Ziele hat: Im Beschluß der Bundesregierung zur Prüfung der Verfassungstreue vom 17.1.79 heißt es, daß „insbesondere“ der Vorbereitungsdienst dazu dienen solle, Anhaltspunkte zu finden, „daß der Bewerber nicht die Voraussetzungen für die Einstellung in den öffentlichen Dienst erfüllt“. Eine allzu starre Selektion vor Beginn des Vorbereitungsdienstes könnte dafür nur hinderlich sein. Und das geplante „Rechtsverhältnis besonderer Art“ deutet darauf hin, daß die Regierung Ausbildung und eventuelle spätere Einstellung strikt gescheiden haben will.

Dies läuft also auf Verschlechterungen für alle Referendare hinaus anstelle eines Sonderstatus (Angestelltenverhältnis) für einen Teil.



GEW: Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie

Diese Broschüre enthält im wesentlichen Nachdrucke wichtiger Artikel aus dem ARBEITERKAMPF von März 1973 — Mai 1976 zu den wichtigsten innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen der GEW Mainz, Hamburg, Westberlin und Bremen.

108 Seiten Format A 5 DM 3,50
Arbeiterkampfverlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50
Lieferung erfolgt nur gegen Vorkasse

Das Märchen vom Halbtagsjob

Wer kennt es nicht — das hoffnungslose Unterfangen, einen Lehrerzogen zwischen 15 und 17 Uhr an die Strippe zu kriegen: „Ist X da?“ — „Schläft. Ist's wichtig, soll ich ihn wecken?“ ... Und schon ist man mittendrin — im Konflikt mit der heiligen Gepflogenheit der Lehrerschaft, dem Mittagsschlafchen.

Die Lehrer reißen morgens ihre Stunden ab, pennen nachmittags und treiben sich bis spät in die Nacht hinein in Kneipen rum — dieses Bild vom Lehrerberuf dürfte auch bei Lesern dieser Zeitung weit verbreitet sein. Ja, und dann noch die 12 Wochen Ferien im Jahr! Wer möchte da nicht Lehrer werden!

Kein Wunder also, wenn Klagen der Lehrer über eine zu hohe Arbeitsbelastung auch in der linken Öffentlichkeit oft auf Unverständnis oder Skepsis stoßen.

Anlässlich der Forderung der GEW-Bund, die Pflichtstundenzahl (Unterrichtsstunden) der Lehrer auf 25 pro Woche zu senken, begann auch in der bürgerlichen Presse eine lebhaft Debatt über die Arbeitszeit der Lehrer. Dazu muß man folgendes wissen: Seit Bestehen der BRD wurde die Arbeitszeit im Öffentlichen Dienst etappenweise von 48 auf 40 (1.10.74) Stunden pro Woche gesenkt. Die Lehrerverbände forderten immer wieder, daß ihre Mitglieder ebenfalls an dieser Verkürzung teilhaben.

Die Reaktion ...

Dazu meint z.B. die „FAZ“ (16.3.): „Mit ihrer Forderung nach einer 40-Stunden-Woche unterstellen die Lehrer, daß ihr Beruf zu denen mit einer rechtlich fixierten Arbeitszeit gehöre. Aber vielleicht ist bereits dieser Ansatz falsch. ... Ob ein Lehrer je mit seiner Arbeit fertig werden kann, wenn er sie ernst nimmt, ist ebenfalls eine ungeklärte Frage. Der Lehrer teilt mit allen Verantwortlichen und schöpferischen Berufen das Dilemma, daß er weniger arbeiten kann, als er mußte. Eigentlich ist es dieses schlechte Gewissen, das ihn glauben läßt, er sei überlastet, überarbeitet.“

Sicher, für einen Pädagogen hört die Arbeit nie auf, und er wird sich nicht zufrieden zurücklehnen und behaupten können, alles sei getan. Doch ist es blinder Zynismus, die Überlastung der Lehrer darauf zurückzuführen, daß diese über ihren Beruf nachdenken und dabei ein schlechtes Gewissen bekommen. Immerhin fühlen sich nach der bekannten Untersuchung von Knight/Wegstein vom Dezember 73 (die zudem noch von der Innen-, Finanz- und Kultusministerkonferenz, den Arbeitgebern also, in Auftrag gegeben wurde)



Ein gemütlicher Job?

de) 87,6% der befragten Lehrer überbeansprucht („Hamburger Lehrerzeitung“ — „HLZ“ — 6/74).

Sollte ein so hoher Prozentsatz lediglich aus einem „schlechten Gewissen“ resultieren? Das hält denn auch die „FAZ“ für nicht so einleuchtend. Immerhin gesteht sie den Lehrern zu: „Es wäre freilich falsch, den Wunsch der Lehrer nach Entlastung generell abzulehnen. ... Man sollte aber nicht einheitlich dabei verfahren. Vielmehr wäre zu prüfen, ob nicht je nach Dienstalter, Fächern und Aufgaben (zum Beispiel Leistungskurs in der Oberstufe oder Unterricht mit einem hohen Anteil an Ausländerkindern) eine Herabsetzung der Pflichtstundenzahl festgesetzt werden sollte“ (16.3.). Das sind klare Worte. Danach könnte man sich z.B. folgende Einteilung der Lehrer denken: Sport- und Zeichenlehrer unterrichten zwei Stunden mehr, da sie sich für ihre Fächer angeblich nicht vorbereiten müssen. Kollegen der gymnasialen Oberstufe geben dafür zwei Stunden weniger, weil sie mehr Arbeit haben und so was wie einen „wissenschaftlichen Anspruch“ erfüllen. Jüngere und ältere Kollegen werden ebenfalls entlastet, weil die ersteren noch nicht genügend Routine haben und die letzteren nicht mehr so richtig

können.

Auf der Strecke bleiben dann die „normalen“ Grund-, Haupt- und Realschullehrer (also die Masse!), die zudem kein „vorbereitungsintensives“ Fach nachweisen können. Da die ganze Angelegenheit heutzutage „kostenneutral“ sein muß, würde eine „Arbeitszeitverkürzung“ demnach auf ein Umverteilen der Ungerechtigkeiten und eine weitere Spaltung der Lehrer hinauslaufen. Zur bisherigen Einteilung nach Ausbildung und Schulart käme noch die Klassifizierung nach Fächern hinzu, deren Folgen gar nicht abzusehen wären. Doch man muß der „FAZ“ dankbar sein. Auch hier sagt sie uns mit verständlichen Worten, was von Regierungsseite geplant ist. In den Kommissionen der Kultusministerkonferenz diskutiert man „vorrangig das Abschmelzen von Spitzenbelastungen und das Ausräumen von Ungerechtigkeiten“ („GEW Argumente“, März 79). So nennt man das im vornehmen Amtsdeutsch.

Zu den Vorschlägen der „FAZ“ und den angekündigten Kampfmaßnahmen der GEW (siehe letzten AK) gab es in der Presse ein lebhaftes Leserecho. In einem Leserbrief vom 22.3. in der „FAZ“ argumentiert der GEW-Vorsitzende Frister ausnahms-

weise mal nicht schlecht: „Ein Arbeiter oder Angestellter mit 5-Tage-Woche und 25 Tagen Urlaub hat im Jahr 1979 138 arbeitsfreie Tage. Ein Lehrer mit 6-Tage-Woche — und dies ist immer noch die große Mehrheit (Hamburg ist das einzige Bundesland, in dem generell samstags keine Schule ist — Anm. AK) — kommt 1979 auf insgesamt nur 127 arbeitsfreie Tage“. Erst bei der 5-Tage-Woche hätte er 29 freie Tage mehr. Im übrigen ist natürlich die 6-Tage-Schulwoche nicht nur lehrer-, sondern vor allem auch schülerfeindlich.

Zu der Meinung vieler Reaktionäre, daß die Lehrer nicht mal während der Unterrichtszeit 40 Stunden arbeiten, schreibt Frister: „Ein durchschnittlicher Schularbeitsstag mit fünf Stunden Unterricht sieht den Lehrer tatsächlich mindestens fünf volle Zeitstunden in der Schule arbeitend. Geht man von einem Achtstundentag aus, dann bleiben noch ganze drei Stunden, die nicht einmal für die Korrektur einer schriftlichen Arbeit reichen, geschweige denn für Vorbereitungsarbeiten und die Vielzahl von anderen Organisations- und Verwaltungsarbeiten“. In der Tat! (was freilich noch nichts über Fristers Ernsthaftigkeit besagt, zur Durchsetzung dieser Forderungen die gewerkschaftliche

Kampfkraft einzusetzen). Selbst wenn man von den Lehrern verlangen würde, mindestens 40 Stunden in der Woche in der Schule anwesend zu sein, würde das absolut nicht dazu führen, daß sie „bald jammerten und sehnlichst die jetzigen Zustände zurückwünschten mit angeblich 50 und mehr Wochenstunden für dienstliche Aufgaben“, wie es in einem Leserbrief an die „FR“ (19.3.) heißt.

An den Ganztagschulen, wo das eh schon üblich ist, kommt kein Lehrer mit 40 Stunden aus.

Was stimmt ...

Fest steht jedenfalls, daß die Lehrer mehr arbeiten als allgemein angenommen wird. Je nachdem, in welchem Maße sie sich mit ihrem Beruf identifizieren, engagieren sie sich über ihr „normales“ Arbeitspensum hinaus. Neben dem Unterrichten hat ein Lehrer vielerlei zu tun, dabei kann er weitgehend selbst bestimmen, wann er was macht. Vorbereitungen und Korrekturen, aber auch Konferenzen, Absprachen mit Kollegen, Elternbesuche u.a. kann man genauso gut abends nach dem berühmten Mittagsschlafchen machen. Feststeht aber auch:

Die Klagen der Kollegen über eine zu hohe Arbeitsbelastung nehmen zu. Es wachsen mit der Größe der modernen Lernfabriken nicht nur die Verwaltungsaufgaben, die Verordnungen, kurz die Bürokratie, es wachsen auch die pädagogischen Probleme. Stimmen gerade von jüngeren engagierten Lehrern wie: „in der Woche komme ich nicht zum Zeitungslernen“, „die Ferien sind das einzige, was mich hochhält“, „ich müßte unbedingt eine Woche blau machen, sonst halte ich das nicht durch“ ... nehmen zu. In den letzten Jahren ist auch die Zahl derer gestiegen, die freiwillig weniger Unterricht geben und damit weniger Streß für weniger Geld eintauschen. Immer mehr Kollegen lassen sich ein Jahr beurlauben, um sich irgendwo von ihren sieben Dienstjahren zu erholen. Und schließlich gibt es die „Aussteiger“, die eine Kneipe aufmachen, auswandern oder ähnliches.

Schule macht schon lange keinen Spaß mehr. Grund dafür ist auch die hohe Arbeitsbelastung, die gerade fortschrittliche Lehrer in Kauf nehmen, um die schärfere Gangart in der Bildungspolitik ein wenig aufzuhalten. Das solche Leute tausendmal nützlicher sind, als die routinierten Pauker, und daß sie unterstützt werden sollten (indem man ein offenes Ohr für ihre Probleme mit der Arbeitszeit hat), das dürfte doch wohl einleuchten.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Türkische Faschisten: „Unbedingte Aktionseinheit mit der NPD“

Trotz der immer stärkeren Bedrohung türkischer Landsleute in der BRD durch türkische Faschisten können diese weiterhin ungehindert ihre Terrororganisationen aufbauen. Die westdeutschen Behörden verharmlosen und beschönigen die Aktivitäten der türkischen Faschisten in der BRD. Im folgenden drucken wir einige Auszüge aus einem Brief des türkischen Faschistenführers Alparslan Türkeş an den Vorstand des Exekutivkomitees der Partei der Nationalistischen Bewegung in Deutschland vom 27.7.1977 ab.

Dieses Dokument belegt die Aktivitäten der Faschisten und ihrer Tarnorganisationen. Die westdeutschen Behörden müssen jetzt handeln.

Sofortiges Verbot der faschistischen MHP und ihrer Tarnorganisationen, den Idealistenvereinen!

Ausweisung aller faschistischen Kader aus der BRD!

Verhaftung und Verurteilung aller faschistischen Schläger und Killer!

Ankara, 28.7.1977

Alparslan Türkeş
Partei der Nationalistischen
Bewegung
Vorsitzender

An den Vorstand des Exekutivkomitees der Partei der Nationalistischen Bewegung in Deutschland

Werte Gesinnungsfreunde,
... Ich möchte den Parteiorganisationen im Ausland und den Hilfsvereinen für Ihre Hilfe während des Wahlkampfes danken, insbesondere für die finanzielle Unterstützung aus Deutschland, wo Menschen unserer Rasse am stärksten vertreten sind, auch für den auf meinen Namen gekauften PKW und für die Mitglieder der Idealistenjugend, die zur Unterstützung unserer Sicherheitskräfte

aus Deutschland gekommen sind, um Wachdienst zu tun, außerdem den Tausenden nationalistischer Türken, die in die Heimat zurückkehrten, um von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. ...

Die weitere dauerhafte und positive Entwicklung unserer Partei in der Türkei erfordert eine Aktivierung unserer Landsleute, die in Deutschland arbeiten und studieren, die beschleunigte Tätigkeit des Vorstandes des Exekutivkomitees der MHP in Deutschland sowie der autonomen Sektionen in Kempten, Berlin, Hannover, Köln, Mannheim, München und Stuttgart. In den oben genannten Städten und Regionen sind Bemühungen um die Organisation Bedeutung beizumessen; um die vorgesehenen Ziele zu erreichen, sind unbedingt die Aktionseinheit unserer Partei und der NPD sowie deren Er-



fahrung und Arbeitsmethoden auszunutzen. Den von der Zentrallleitung der MHP gesandten Anweisungen ist dabei Folge zu leisten.

Die Organisation unserer Partei muß auf breiter Basis vonstatten gehen, mit Hilfe der gegründeten Sondernmannschaften müssen in den Gemeinschaftswohnungen, Arbeitsplätzen, Quartieren und Clubs noch mehr Bücher, Broschüren und Drucksachen verbreitet werden, die MHP-Ideologie propagieren. Grundelemente unserer Propaganda sind die Argumentation und die Wiederholung. Indem man sich auf die bisher erzielten Erfahrungen und gemachten Bemühungen stützt, sind mit den Seitenorganisationen der Partei im Ausland wie den Bozkurt Atatürk („Grauer Wolf Atatürk“), Türkische Vereine, dem Nationalistischen Türkischen Arbeiterverein und den Idealistenvereinen engere Kontakte zu knüpfen und dieses rationeller auszunutzen. In dieser Hinsicht gebe man den ausgebildeten Mannschaften Unterstützung. Schließt die türkische Jugend in Deutschland zusammen um die nationalistische und Türkismustheorie und zieht die Vertrauenswürdigsten zu Parteimitgliedern heran.

Als Gegengewicht gegen die Versuche derer, denen die Erfolge und der Schwung der MHP ein Dorn im Auge ist, sie mit Hilfe der linken Presse aufzureiben, und gleichzeitig,

um nicht die Aufmerksamkeit der örtlichen Behörden auf sich zu lenken, ist es notwendig, die Parteiativitäten so zu betreiben, als hätte man das Vereinsrecht vor Augen. Um in diesem Zusammenhang den Sicherheitskräften keine Trümpfe in die Hand zu geben, ist es notwendig, daß sich Kommandos und Idealisten (bei der Einschüchterung von kommunistischen Elementen und bei der Anwendung einiger Maßnahmen gegen die Leser linker Zeitungen wie Cumhuriyet, Politika, Vatan usw.) an die Anordnungen und Wünsche der Parteizentrale vom 21. März 1977 halten, sie sich einschränken und danach vorgehen.

Den Idealisten und Nationalisten, die bis zum Ende des Jahres aus Deutschland in die Heimat zurückkehren, werden auch in der Heimat für die Parteidienste nutzbringende, einträgliche Arbeitsplätze zugesichert.

In letzter Zeit hat die Kampagne zur finanziellen Unterstützung der MHP unter unseren Stammesgenossen mehr als den erwarteten Erfolg gebracht. Für die Erfüllung dieser edlen nationalistischen Pflicht danke ich noch einmal und wünsche Ihnen neue Erfolge bei allen Ihren Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen!
gez. Alparslan Türkeş
Vorsitzender der MHP

ausländische Arbeiter in der BRD

Anzeige



Diese Broschüre ist ein Teil einer Dokumentation, die dem „Russell Tribunal“ zum Thema „Repression gegen Ausländer in der BRD“ vorgelegt wurde. Preis DM 1,50, 27 Seiten.

Zu beziehen über:
Barbara Retzlaff
Wilstorferstr. 86
2000 Hamburg 90



Betr.: Filmkritik zu

DIE ANSTALT

(AK 149, S. 33)

Im Gegensatz zu Eurer Kritik („ein erschreckend realistischer Psychiatriefilm“) finde ich „Die Anstalt“ einen schlechten unrealistischen Film. Des weiteren kommt in Eurer Kritik ein Begriff von psychischem Leiden zum Ausdruck, den ich für falsch halte.

Zum Film: Der Film hinkt fachlich 10 Jahre hinter der Gegenwart her. Er ignoriert die Reformdiskussionen in der Psychiatrie. Ganz am Ende des Films stimmt der Chefarzt irgendwelchen Reformen zu und erklärt Besuchern, er sei schon immer für den Fortschritt gewesen. Genau das ist der Stand der herrschenden Psychiatrie vor einigen Jahren gewesen, und dann wurden tatsächlich irgendwelche Reformen eingeleitet: In keiner Klinik sieht es nur noch so aus wie in der Station im Film, jede Klinik hat ihre Vorzeigestationen, und jeder Chefarzt wird auf den Einwand, bei ihm gebe es aber auch noch alte triste Stationen, mit Recht antworten, daß ein Neubau bereits geplant und bald gebaut würde. Dann gibt es keine gekachelten Riesen-schlafsaale mehr. Und die Frauen laufen meistens nicht mehr im Morgenrock herum. Und die Medikamente werden immer „humaner“. Auch rock herum. Und die Medikamente werden immer „humaner“. Auch bäumt sich der Patient beim Elektroschock nicht mehr auf, sondern wird medikamentös entspannt. D.h.: Gegenüber dem Film haben sich oberflächlich viele Dinge geändert.

Natürlich hat sich im Grunde in der herrschenden Psychiatrie herzlich wenig geändert: weiterhin tut sie so, als behandle sie rein körperliche „Krankheiten“. Aber ich erwarte mir von einem Film mit so einem Anspruch einfach mehr, als den allerreaktionärsten Erscheinungsformen noch den letzten Tritt zu versetzen. Das kann doch auch jeder halbwegs moderne Psychiater in Worten, wenn man ihn ein bißchen in die Zange nimmt. Ich erwarte mir, daß gezeigt wird, wo denn all diese Reformen hingeführt haben, wie sie unzureichend waren, wie sie im Sande verlaufen sind. Ich erwarte, daß gezeigt wird, warum Leute in die Klammschule kommen. Ich erwarte, daß Menschen dargestellt werden und keine Schablonen (vgl. dazu die Kritik des Films in „psychologie heute“ 2/79).

In so einem Film fließen natürlich auch die politischen Vorstellungen des Regisseurs ein. Diese konnte ich ein bißchen kennenlernen und muß sagen: auch politisch hinkt der Film 10 Jahre hinter der Gegenwart her. In der Diskussion nach der Mannheimer Erstaufführung beschimpfte der Regisseur Minow das Publikum: die anwesenden „Fachleute“ (= Beschäftigte im „psycho-sozialen Bereich“) sollten endlich aufhören, über Reformen zu diskutieren. Sie sollten auch nicht über ihre eigene Betroffenheit reden. Sie sollten vielmehr Partei ergreifen für die Patienten, aber ohne Konsequenzen zu ziehen. Denn dieses Publikum sei sowieso das falsche Publikum. Dieser Film sei für die einfachen Leute, und nur die können was ändern. Die Reform der italienischen Psychiatrie sei auch nicht den Psychiatern wie Basaglia zu verdanken, sondern ausschließlich der Stärke der dortigen Arbeiterbewegung.

10 Jahre nach Ende der Studien-

tenbewegung noch solche Illusionen im Kopf: „Die Arbeiter“ müssen nur diesen Film sehen (tun sie sowieso nicht), dann werden sie sich empören (sie können auch ganz anders reagieren: mit Unverständnis oder mit Diskussion über die eigene Betroffenheit, schließlich geht sie die Psychiatrie nicht so unmittelbar etwas an wie wie die dort Beschäftigten und die Patienten) und werden den in der Psychiatrie Beschäftigten schon sagen wie's langgeht. Wir warten!

Ich erwarte von Minow, daß er aus seinem mangelhaften Film lernt und einen besseren dreht. Der Film hatte natürlich auch einige gute Stellen, die ich aber hier nicht aufgeführt habe, weil ich ihn eben hauptsächlich nicht gut finde.

Zu Eurem Begriff von psychischem Leiden: Ihr schreibt in Eurer Filmbesprechung:

„Und der Film macht auch dem ahnungslosen Betrachter deutlich, daß Bezeichnungen wie Irresein, Schizophrenie etc. nicht irgendwelche objektiven Krankheitsbilder sind, sondern lediglich das subjektive Urteil der herrschenden Psychiatrie.“

D.h.: „Verrückte“ sind gar nicht „verrückt“, sie werden lediglich durch das Urteil der Psychiatrie für „verrückt“ erklärt. Also: Bekämpfen wir die herrschende Psychiatrie, dann verschwindet das Problem psychischen Leidens von selbst!

Der KBW läßt grüßen! Auch er vertritt die irradikale Meinung, die Psychiatrie sei zur Bespitzelung der Volksmassen und zur Ausbeutung der Patienten da, und lehnt jede Form von Psychiatrie oder gar noch Sozialpsychiatrie ab. Psychische Probleme sind für den KBW unbekannt.

Richtig mußte meiner Meinung nach der zitierte Satz heißen:

Schizophrenie, Depression, „Neurosen“ etc. sind nicht irgendwelche Krankheitsbilder von Einzelpersonen wie z.B. eine Hirnhautentzündung. Sie sind aber sehr wohl objektiv feststellbar: schlicht und einfach, weil die betreffenden Personen sich anders benehmen, als die Norm ist. Und das tun sie nicht freiwillig, in einem Akt bewußter Auflehnung, sondern weil sie nicht anders mehr können, weil sie leiden, weil sie am Ende sind, weil ihr Leben sonst für sie unerträglich ist. Und dann kommen sie den Psychiatern in die Hände. Die deuten dann in ihrer Mehrheit dieses objektive Anderssein als eine körperliche Krankheit: kann denn Leiden etwas anderes sein als eine körperliche Störung in dieser besten aller möglichen Gesellschaften?

Ich empfehle als Lektüre Giovanni Jervis: Kritisches Handbuch der Psychiatrie/ Syndikat-Verlag. Und ich finde, daß der AK seine Filmbesprechung zum Anlaß nehmen sollte, die Positionen der fortschrittlicheren Organisationen auf diesem Gebiet (z.B. der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie) kritisch zu verarbeiten und den AK zu einem Diskussionsforum für die im psycho-sozialen Bereich arbeitenden fortschrittlichen Leute zu machen.

Ein Mannheimer Sympathisant

SELBST DAR STELLUNG

Wir sind Rock-Fans, Arbeiter, Schüler, zum Teil selbst Musiker und teilweise Leute, die mit Musik zu tun haben. Also Konsumenten der Rock-Musik und entwickelte Menschen der Pop-Kultur. Wir lieben die Rock-Musik und identifizieren uns mit der Pop-Kultur, die wir leben oder, soweit es in dieser Gesellschaft überhaupt möglich ist, in Bewegungen zu reflektieren versuchen. Bewegungen, die aus der Pop-Kultur, unserer Kultur, entstanden sind/waren. Leider gibt es keine Bewegungen mehr, sie sind aufgesogen, kommerziell verallgemeinert und verramscht worden, vom Establishment verheizt, verkohlt und betrogen.

Wir wollen dem etwas entgegensetzen, eine von uns geschaffene und nur von uns entwickelte Bewegung, die sich nicht etablieren, verheizen und kommerziell ausbeuten lassen darf. Deshalb und zu diesem Zweck wurde von uns der Verein, die Initiative Rock gegen Rechts gegründet.

Der eingetragene Verein, die Initiative Rock gegen Rechts, schließt sich der in England befindenden/entstehenden Bewegung und Initiative Rock Against Racism an, indem sie hier in der Bundesrepublik mit der Unterstützung von vielen Musikern und Rock-Gruppen der Jugend und den Menschen wieder den Bezug zum Faschismus, der Unfreiheit und Unterdrückung klarmachen will. Wir wollen den Rassismus und Faschismus in der Pop-Kultur, vor allem in der Rock-Musik, bekämpfen und eine freie antirassistische/antifaschistische Rock-Bewegung im Rahmen der Pop-Kultur aufbauen.

Weil wir nämlich wissen, daß die Unfreiheit und Unterdrückung schon immer vom Faschismus und totalitären Rechten praktiziert wird und wurde. Im Bezug dazu schon immer diese politischen Strömungen die Musik, die unsere Generation prägt, als „minderwertige Musik“ abqualifiziert und den Rock am liebsten verboten hätten. Noch immer wird, von Rechts aus,

gegen den Rock vorgegangen, weil es die Musik der Arbeiterklasse ist, die ihr Lebensgefühl beschreibt und zur Kritik an jedem bestehenden System anregt. Nicht zuletzt deshalb wird von Rechten und Nationalisten gegen diese Musik vorgegangen, weil sie ihren Ursprung bei den Schwarzen hat und noch nie so weiß war, daß sie diesen Rock zu ihrer Musik hätten machen können. Noch immer ist der Rock schwarz, er ist so schwarz wie die Ghettos, die Slums und die Arbeiterviertel, aus denen er kommt. Und immer hat die Musik in ihren Pop-Variationen Bewegungen ausgelöst, die von den Rechten und Faschisten bekämpft wurden, wie die Rocker beim Rock'n Roll, die Rastas beim Reggae, die Hippies beim Flower Power und die Punker beim Punk. Alle Bewegungen spiegelten das Elend, die Probleme und den Kampf der Menschen gegen ihre Unterdrückung wider.

Doch in der BRD scheinen die Ausdrucksmittel der Rock-Musik die Menschen abzuschlaffen, kritiklos gegenüber dem Bestehenden zu machen und mit Ignoranz die Berufsverbote, das Wiedererstarken der Faschisten, den gefährlichen Atomstrom, die Schnüffeleien, die Isolationshaftbedingungen, die Diskriminierung von Homosexuellen und die unzähligen politischen Unterdrückungen, die allesamt von den Rechten kommen, aufzunehmen. Ja, heute werden sogar wieder Faschisten, wie auch schon in der Weimarer Republik, von den hiesigen Politikern und Polizisten geschützt, während es offensichtlich (schon) wieder gefährlich ist, Antifaschist zu sein, die von der Polizei verprügelt, politisch verfolgt und verhaftet, von der Justiz dann abgeurteilt und eingesperrt werden.

Die Initiative Rock gegen Rechts will die Jugendlichen, die Menschen und die Rock-Fans wecken und wieder in Bewegung bringen. Mit der Rock-Musik gegen alles, was Rechts ist, uns

unterdrückt und unterdrücken will. Wir wollen uns mit allen solidarisieren, die am meisten von der Unterdrückung erfaßt werden. Solidarisieren mit der Anti-Atomkraft-Bewegung, der Frauenbewegung, den kämpfenden Antifaschisten, mit der Schwulenbewegung und schließlich mit den Liedermachern und Rockgruppen, die auf unserer Plattform der Freiheit und der Liebe spielen wollen. Mit den Musikern und Schallplatteninterpreten, die das Establishment abweisen und auf Solidaritätsfeten und Rock-Veranstaltungen auftreten, die sich aus dem „kommerziellen Würgegriff“ befreien wollen und in gelockerter Atmosphäre spielen wollen. Die wir so gut es geht bezahlen, wenn sie unbekannt sind, versuchen bekanntzumachen und für sie Propaganda machen mittels T-Shirts, Flugblätter, Poster, Abzeichen, Sticker und durch unsere Zeitung und andere Zeitungen. Mit den Bands, die auf ihren Gigs auch mal von uns erzählen und von denen wir mal erzählen. Wir wollen mit Musikern und Gruppen, die etwas zu sagen haben, mit bekannten und unbekannten Rock-, Pop- und Theatergruppen Veranstaltungen aufziehen, die einen politischen Hintergrund besitzen. Mehr an Jugendliche heranreten und die Ziele und Aufgaben von Rock gegen Rechts bekanntmachen. Wir wollen eine Kampagne starten, eine Bewegung, in der sich alle, die unsere Plattform anerkennen, vereinigen sollen/werden.

Rock gegen Rechts ist eine politische Rock-Kampagne, sie soll und wird eine Bewegung, ein kräftiger Stoß gegen Rechts — deshalb fordern wir alle Rock- und Musik-Fans, alle Jugendlichen und diejenigen, die sich von uns angesprochen fühlen, auf: Macht mit!

Initiative Rock gegen Rechts“ e.V.,
c/o Thomas Loeck,
Falkenried 57, 2000 Hamburg 20

„Rock gegen Rechts“ Aufruf an alle Frauen

Die Initiative „Rock gegen Rechts“ ist zur Zeit eine fast reine Männerinitiative. Bisher arbeiten — außer drei Frauen — keine Frauen aktiv bei uns mit und es gibt auch noch keine Frauenrock-, Musik- oder Theatergruppe, die unter diesem Motto spielt. Woran liegt das?

Zum einen liegt es wohl mit daran, daß wir nur wenige Frauenmusikgruppen-Adressen haben. Aber das allein kann keine Erklärung sein. Bei uns haben sich viele (männliche) Musiker und Musikgruppen gemeldet, die wir nicht angeschrieben haben, weil sie in der Alternativ- oder z.T. in der Musikpresse oder im Radio von uns gehört, unsere Selbstdarstellung oder Bericht gelesen haben. Also liegt die Frage nahe: Können sich Frauen mit unserer Anti-Rechts-Kampagne nicht identifizieren?

Das wäre mir — gelinde gesagt — sehr unverständlich. Denn wie sieht es unter einem totalitären Rechts-Regime oder im Faschismus für die Frauen aus?

Zu den ersten Opfern des Hitlerregimes gehörten 1933 die Frauen der ersten Frauenbewegung. Sie wurden verhaftet. Lesbische Frauen wurden für abartig erklärt und kamen ins KZ. Die Frauen wurden aus dem Wirtschaftsleben vertrieben und als Gebä-

maschinen benutzt. Als Arbeitskräfte durch die Hochrüstung und durch den Krieg knapp wurden, „durften“ die Frauen die verwaisten Arbeitsplätze neu besetzen und gleichzeitig die „neuen Helden“ großziehen.

Heute stellen die Frauen den prozentual höchsten Anteil der Arbeitslosen. Die Frauen sind (schon) wieder die „Reservearmee“ der Wirtschaft geworden, die je nach Konjunktur geheuert oder gefeuert werden. Heute werden wieder Stimmen laut, die von der „natürlichen Bestimmung der Frau, der Mutterschaft“ reden, die es gerechtfertigt sehen, daß viele Frauen für die gleiche Arbeit einen geringeren Lohn erhalten als die Männer, „da die meisten Frauen zu einem Doppelverdienster-Haushalt gehören“. Es wird davon geredet, wenn Frauen einen sogenannten „Männerberuf“ wie Tischler, Schreiner o.ä. ergreifen, daß sie den Männern — den „Familienernährern“ (!) — die Arbeitsplätze wegnehmen.

Das waren nur ein paar kleine Beispiele dafür, daß Frauen gute Gründe haben müßten, sich mit der Bewegung „Rock gegen Rechts“ zu identifizieren, sie zu unterstützen bzw. aktiv mitzuarbeiten.

Denn daß „Rock gegen Rechts“

eine fast reine Männerinitiative ist, liegt doch z.T. an den Frauen selbst und wohl nicht an „RGR“. Ich habe — und darüber bin ich sehr traurig — bisher keine schwesterliche Solidarität zu spüren bekommen. Auf Briefe an „Emma“, „Courage“ und einige wenige Frauenmusikgruppen mit der Bitte, uns vorhandene Adressen von Frauenmusikgruppen zu schicken und unserem Angebot einer Zusammenarbeit ist bisher eigentlich nicht einmal geantwortet worden. Lediglich die Frauenmusikzeitung „Troubadour“ hat geantwortet und will sich näher über „Rock gegen Rechts“ informieren.

Ich als Frau fordere alle anderen Frauen, die Musik machen, auf, sich nicht innerhalb der Frauenszene zu isolieren, sondern ihre Musik als Kampfmittel zu benutzen für das Ziel, was wir auch in der Musikszene erreichen wollen, die Gleichberechtigung. Wir brauchen Euch Frauen, vor allem die, die bei uns aktiv mitarbeiten wollen, nicht nur in Hamburg, sondern überall in der BRD.

Darum: Frauen tut Euch zusammen, kämpft gegen Unterdrückung in der Musik und überall, m a c h t m i t b e i „Rock gegen Rechts“.

Bärbel

Veranstaltung:
Ostersamstag, den 14. April 1979, 19.00 Uhr in der Markthalle Hamburg

mit: Fate Rotators — Franz K. — Octopus
Gäste: Jan Rieck (von Alcatraz), Kai Ehlers (angeklagter Antifaschist)
oder ein Vertreter des Reents Verlages
Veranstalter: Bunte Liste/Wehrt Euch

Eintritt: 8, — DM



„Theater am Turm“ soll geschlossen werden

Frankfurt. Nun ist, im Zuge der Zerschlagungspolitik im Kultur- und Bildungsbereich in Frankfurt, nach den Kita's und dem Abendgymnasium auch das „TAT“ an der Reihe: Am 5. März kündigte der CDU-Fraktionsvorsitzende Moog an, daß das TAT in der bisherigen Form geschlossen werden soll. Konkret heißt das, daß dem fortschrittlichen Ensemble gekündigt wird, und anstelle dessen entweder eine „Gastspielbühne“ entsteht oder das TAT dem (traditionelleren) Schauspiel angegliedert wird.

Schon im Juli 78 hatte die Magistratsmehrheit mit den Stimmen der CDU und FDP beschlossen, den Sommer 79 auslaufenden Vertrag des künstlerischen Leiters des TAT, Hermann Treusch, nicht zu verlängern. Später verfuhr man genauso mit seinem Stellvertreter und drei Dramaturgen. Im Oktober 78 wurde der Gesellschaftsvertrag dahingehend geändert, daß nicht mehr der Aufsichtsrat (bestehend aus je sechs Vertretern der Stadt und der Arbeitnehmer am TAT) über Bestellung und Abordnung der künstlerischen Leitung zu entscheiden haben, sondern stattdessen die Gesellschafterversammlung (zwei vom Magistrat bestellte und weisungsgebundene Magistratsmitglieder).

Anlaß dieser Angriffe gegen die TAT-Leute ist ihre erfolgreiche und fortschrittliche Kulturarbeit vor allem für Kinder und Jugendliche. Mit Stücken wie „Die Bauernoper“, „Furcht und Elend des III. Reiches“, „Kuß die Faschisten, wo ihr sie trefft“, „Das hält's ja im Kopf nicht aus“, „Was heißt'n hier Liebe“,

„Darüber spricht man nicht“ wurde ein lebendiges, engagiertes Theater gemacht. Mit aktuellen politischen Themen (z.B. Jugendarbeitslosigkeit, Kritik der herrschenden Sexualmoral etc.) wurden vor allem Probleme und Fragen von Kindern und Jugendlichen aufgegriffen und zum kritischen Nachdenken und aktiven Handeln ermuntert.

„Und Zuschauer gab es auch. In den drei Spielzeiten unter Hermann Treusch, der (...) ein fast leerespielles Haus übernahm, konnte die Platzausnutzung auf 71% gesteigert werden. Bei den Jugendvorstellungen vormittags sogar auf 80%“ („Pflasterstrand“, Nr. 39/79).

Proteste

Im Sommer 78 konnten bereits 8.000 Solidaritätsunterschriften für die TAT gesammelt werden. Am 18.11.78 fand eine Demonstration (siehe AK 143) für Kita's, das Abendgymnasium und das TAT mit 7.000 Teilnehmern statt. Jetzt erklärte nach Bekanntwerden der Schließungspläne seitens der CDU der Betriebsrat des TAT: „Durch die unverantwortliche Kulturpolitik aller im Magistrat vertretenen Parteien soll heute dieses Theater geschlossen werden, weil wir diesen Auftrag auch weiterhin verwirklichen wollen. Wir sehen in der Schließung bzw. Umwandlung ein Symptom für den Kulturabbau, wie er auch andernorts betrieben wird.“ Außerdem wiesen die Betriebsräte darauf hin, daß „im Falle einer Schließung

oder Umwandlung, nicht nur die Auflösung der 17 Schauspielerverträge, sondern darüber hinaus der Verlust von 42 Arbeitsplätzen im Bereich Technik, Werkstätten, Verwaltung und Kunst“ droht. In einem Brief an Hilmar Hoffmann (Kulturdezernent in Frankfurt) äußerte das Ensemble

des „Theaters der Jugend“ in den Münchener Kammerspielen seine Betroffenheit, daß ausgerechnet im Jahr des Kindes eines der wenigen Jugendtheater in der BRD geschlossen werden soll (lt. „FR“, 13.3.79).

Die Jungdemokraten, Kreisverband Frankfurt, schrieben einen offe-

nen Brief an den CDU-Stadtverordneten Moog, in dem auch sie gegen die Schließung des TAT protestierten („FR“, 13.3.79).

Eine Genossin der Uni-Gruppe KB / Gruppe Frankfurt



Protest gegen das Berufsverbot für Pastor Paul Schulz

Am 19. März 1979 wurde das Urteil der lutherischen Inquisition (Spruchkollegium des Senats für Lehrfragen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands) gegen den Hamburger Pastor Paul Schulz bekannt: Schulz sei in seiner Darstellung der christlichen Lehre entscheidend gegen die Lehreinrichtung der institutionellen Kirche getreten „und hält beharrlich daran fest“; deswegen sei er „nicht mehr fähig“ als Pastor bei der Kirche zu arbeiten („Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt — DAS — 25.3.79). Dieses Ende des mehr als sieben Jahre andauernden Lehrbeurteilungsverfahrens gegen Pastor Schulz ist von einigen Christen aus Hamburg als „Angriff auf die Freiheit des Glaubens“ bezeichnet worden, der eine „Einschränkung der Denk- und Handlungsmöglichkeiten mündiger Christen in der Kirche“ bewirke. „Auf die biblische Tradition gründende Erkenntnisse der Theologie und die Glaubensäußerungen und Gottesvorstellungen kritischer Christen können nach diesem Urteil nur noch hinter vorgehaltener Hand oder außerhalb der Institution Kirche geäußert werden“ (aus der Presseerklärung von sechs Hamburger Christen).

Eine von diesen und anderen Personen einberufene öffentliche Versammlung am Freitag den 23.3., zu der ca. 300 Teilnehmer kamen, brachte den vielschichtigen Protest kirchenoppositioneller Gruppen und Einzelpersonen gegen das Ergebnis des Inquisitionsverfahrens zum Ausdruck. Es bestand weitgehende Einigkeit darin, daß der Urteilsspruch gegen die Äußerungen von Paul Schulz einen erheblichen Meilenstein in der Rechtswendung der evangelischen Kirche bedeuten, weitere Fälle von Inquisition werden folgen. Im Zusammenhang mit dem Verfahren gegen Schulz ist schon das nächste gegen Pastor Grell, der sich öffentlich in einem deutlichen Brief an Bischof Lohse — den Vorsitzenden in der Kammer für Inquisition — mit Schulz in seinem Kampf für die „Freigabe der Gottesvorstellungen“ solidarisierte, begonnen worden. Die Auseinandersetzung zwischen

Kirche und Schulz hat sich auf folgende Punkte zugespielt:

— Über Gott — Schulz vertritt: „Redet der Mensch von Gott, redet er von sich selbst. ... Die Vorstellungen einer Gott-Person aus dem Jenseits ist heutzutage nicht mehr zu vertreten. Angesichts der modernen Naturwissenschaften ... gilt es ... Gott neu zur Sprache zu bringen“.

Dagegen die Inquisition: „Christliche Lehre hat vielmehr zu fragen, wie der dreieinige Gott sich offenbart, in der Welt handelt und den Menschen anredet“.

— Über Jesus — Schulz vertritt: „Es besteht ... überhaupt kein Anlaß, nicht das zur Anwendung zu bringen, was die historisch kritische Forschung zur Verfügung stellt. So komme ich schließlich zwangsläufig zu dem Satz: 'Jesus war ein Mensch wie jeder andere Mensch auch'“.

Die Inquisition vertritt: Schulz reduziere (!) damit das Evangelium auf das Prinzip Liebe und auf die Wiederherstellung menschlicher Gemeinschaft; dies sei ein Fehlurteil, denn im Mittelpunkt müsse die „Proklamation der Gottesheerlichkeit“ stehen; „Jesus hat für ihn nicht die Bedeutung als Erlöser“.

— Über Tod — Schulz vertritt: „Ich habe mich zu der Einsicht bekannt, daß der Tod etwas Endgültiges ist. Daß also jedes Reden von Auferstehung, vom Leben nach dem Tod ... zu einem Bekennen wird — wider besseres Wissen“.

Die Inquisition vertritt: Dies sei ein Fehlurteil von Schulz, „denn er gibt die christliche Hoffnung auf den Gott, der die Toten erweckt, preis“.

— Über Glaubensbekenntnis — Schulz vertritt: „Auch alle Bekenntnisse sind historische weltliche Erkenntnispositionen, also relativ. Nichts ist ... an der bestehenden Kirche als besonders heilig zu qualifizieren, auch ihre Bekenntnisse nicht“.

Die Inquisition vertritt: Der evangelische Pastor sei „in der Ordination“ auf eine bestimmte „Bekenntnisverpflichtung festgelegt“. „Die Kirche ist für P. Schulz nicht mehr Gegenstand des Credo (Glaubensbe-

kenntnis) sondern ausschließlich eine soziale Größe, die soziologisch beschrieben werden kann“ (Zitate aus Schlußplädoyer von Paul Schulz und aus der Urteilsbegründung der kirchlichen Gerichtsbarkeit, nach „DAS“, 25.3.79).

Allen Versuchen, auch im Bereich der Kirche zumindest einige Erkenntnisse der Aufklärung und der modernen Wissenschaft offiziell anerkennen zu lassen, soll mit diesem Urteil gegen Schulz ein Riegel vorgeschoben werden. Die Kirche soll weiter wie im ausgehenden Mittelalter direkt für die herrschenden Interessen das ideologische Grüst bieten. Die Errungenschaften der Reformation, auf die sich die evangelisch-lutherischen Kirchenführer so berufen, als sei seit diesem Zeitpunkt die Entwicklung stehengeblieben, hat in ihrem Endergebnis den Übergang vom Feudalismus zur Entwicklung des Kapitalismus ideologisch abgesichert.

Ein Unternehmer schrieb dem oben zitierten Pastor Grell in einem Brief: „... Ich bezahle Sie dafür, daß Sie von der Kanzel die richtige Lehr verkünden“, und ein verirrter Besucher der Veranstaltung am 23.3. fragte: „Gilt denn nicht mehr der Satz: Wes Brot ich eß, des Lied ich sing?“ Einer der referierenden Pastoren machte deutlich, welche Funktion das Reden von einem personenhaft gedachten Gott für die jeweiligen imperialistischen Notwendigkeiten wie Kriege, Faschismus, Rassismus, Atomstaat etc. hat:

Die Kirche „hat im ersten Weltkrieg den Geist Gottes verraten an den kriegsrischen Nationalgott — sie hat im Nationalsozialismus das Volk Gottes verraten an den vernichtenden Rasse- und Staatsgott. Und sie ist dabei, angesichts der drohenden Umweltkatastrophe und Gorbelen mit seinen möglichen irreversiblen (nichtwiederherstellbar — Anm. AK) Konsequenzen auf dem besten Wege, die Schöpfung Gottes zu verraten an das Nichts des kapitalistischen Profitmolochs“ (nach einer Mitschrift).

Kirchenkommission



Kurzmeldungen

Anmerkung zu AK 150 — Katholische Kirche und 3. Reich

Der BDKJ (Bund deutscher katholischer Jugend) hat die Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz „Die Kirche und der Nationalsozialismus“ vom 31.1.79 als „unangebrachte Selbstrechtfertigung“ kritisiert. Der BDKJ fordert die Kirche auf, deutlich zu sagen, daß niemand zum Gehorsam verpflichtet sei, gegenüber einem Regime, das die Menschenrechte mit Füßen tritt („FAZ“, 22.3.79).

Jetzt doch Tarifvertrag für Nordelbien?

Nach langen Verhandlungen hat die Kirchenleitung der Nordelbischen ev. luth. Kirche den Vorschlägen der Verhandlungskommission zwischen Kirchenleitung und den Gewerkschaften und Verbänden zugestimmt.

Die Synode muß nun diesen Vorschlägen noch zustimmen. Damit würde die Nordelbien gegenüber anderen Landeskirchen, die bislang mehr dem „3. Weg“ zugezogen haben ein Zeichen setzen. Der sogenannte 3. Weg sieht Arbeitsrechtskommissionen vor, in denen die sozialen und finanziellen Belange der Kollegen geregelt werden. Unklar sind noch die Bedingungen, auf die die ÖTV eingegangen ist. Ein Sprecher der Kirche meinte gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“ vom 15.3.79: „Sie (die Tarifverträge — Anm. AK) gehen von einer absoluten

Friedenspflicht aus und sehen in der 2. Verhandlungsphase eine verbindliche Schlichtung vor“. Dem Gewerkschafter kommt das Grausen.

Pro und Contra zum Leben

„Ich setze mich für eine faire, gründliche und sorgfältige Prüfung des Pro und Contra ein. Ich vertraue auf das Wort der niedersächsischen Landesregierung, daß die Fragen der Sicherheit Vorrang haben und die Entscheidungen offen sind“ — Worte des niedersächsischen Landesbischofs Lohse. Anders der Oberlandeskirchenrat i.R. Fuhrmann. Der Theologe warnte, daß die Wiederaufbereitung zum weiteren Ausbau der Kernenergie und zur Plutoniumwirtschaft mit dem „Schnellen Brüter“ führen könne („FAZ“, 17.3.79). Die Auseinandersetzung um Gorbelen hat die Frage um die Atomenergie in niedersächsischen Kirchenkreisen erneut aufleben lassen (nicht nur dort). Das zeigen nicht zuletzt Gottesdienste am Rande des „Trecks nach Hannover“.

Das Frauenwerk der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) führt seit einiger Zeit unter dem Motto: „Kauft keine Früchte der Apartheid“ eine Boykottaktion gegen Waren aus Südafrika durch. Damit sollen die „Schwarzen in ihrem Kampf um Menschenwürde“ unterstützt werden.

„Zugleich soll auf das Unrecht aufmerksam gemacht werden, das durch eine menschenverachtende Gesetzgebung in einem Lande mit starken Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik ständig geschehe“ („DAS“, 25.3.79).

Der Rat der EKD hat vor dieser Boykottaktion gewarnt und aus „gesamtkirchlicher Verantwortung“ beschlossen, „diese Aktion nicht aus Steuermitteln mitzufinanzieren“. Die Aktion „laufe den jahrelangen Bemühungen der Evangelischen Kirche in Deutschland zuwider, durch Kontakte mit den in Südafrika investierenden Firmen die Arbeitsbedingungen der schwarzen Bevölkerung zu verbes-

sern und die Apartheid in den Betrieben abzubauen“ („DAS“, 25.3.).

Es könnte eine Bereicherung für diese Boykottaktion sein, wenn sie in Verbindung mit dem Antirassismusprogramm des Weltkirchenrates, durch dessen Sonderfond Befreiungsorganisationen im südlichen Afrika unterstützt werden, gebracht würde.

Dem Spendenaufruf der Frauen ist die Kreissynode von Duisburg Süd mit einer Spende von DM 15.000 nachgekommen („DAS“, 18.3.79).

Der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), der sich zur

Debatte um die Verjährung von den Verbrechen des Nationalsozialismus bisher nicht geäußert hat, sprach sich „für die Freilassung von Rudolf Heß und vier weiterer Kriegsverurteilter in den Niederlanden und in Polen aus“ („Welt“, 26.3.79).

In der Hamburger Petrikirche veranstalten die reaktionär-christlichen Gruppierungen wie die „Jesus People“ ab Freitag, 30. März, ihr diesjähriges Jesus-Festival.

Kirchenkommission



Wie geht's uns denn?

Hackethals Thesen sind „nicht völlig aus der Luft gegriffen“

In der ZDF-Sendung „Vorsicht Arzt – Hackethal und die Folgen“ hatte der Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Hans-Georg Wolters, Prof. Dr. Julius Hackethal „unseriöses“ Verhalten vorgeworfen, da er angeblich, ohne dies „wissenschaftlich zu dokumentieren“ die „Abkehr von Krebsvorsorge-Untersuchungen propagiert habe“ („FR“, 29.3.)

Hackethal gewann jetzt seinen Prozeß gegen die Bundesrepublik Deutschland, den er aufgrund dieser Äußerungen angestrengt hatte. „In der Begründung der Entscheidung erklärte der Vorsitzende der Kammer, Heinrich Mauritz, die Behauptungen von Wolters stellten eine

schwere Verletzung der Ehre und des Persönlichkeitsrechts Hackethals dar“ (ebenda).

Zwar erklärt der Kammervorsitzende das Gericht für nicht kompetent, „ein Urteil über für oder wider die Krebsvorsorge zu fällen“ (ebenda), aber immerhin hält er in seiner Urteilsbegründung die Thesen Hackethals für nicht völlig unbegründet.

„Der Staatssekretär habe den Arzt durch seine Erklärungen unberechtigt als Scharlatan hingestellt... Es ist unwahr, daß die von Hackethal propagierte Abkehr von Krebsvorsorge-Untersuchungen völlig aus der Luft gegriffen ist, weil es niemanden gebe, der dessen Thesen stütze, fügte Mauritz hinzu. Darüber hinaus stütze ein

Bericht des Frankfurter Battelle-Instituts die Thesen Hackethals, soweit sie sich auf die Früherkennung des Prostatakrebses bei Männern bezögen“ (ebenda).

Daß dieses Urteil unbeantwortet bleibt, war nicht zu erwarten. So hat Wolters vom Bundesgesundheitsamt bereits angekündigt, daß die nächste Instanz angerufen wird. „Wir können nicht einfach tatenlos zusehen, wenn Hackethal solche Behauptungen in die Welt setzt: Schön jetzt zeige sich, daß durch seinen Einfluß die Beteiligung an häufig lebensrettenden Früherkennungsuntersuchungen spürbar zurückgeht“ (ebenda).

Gesundheitskommission

Arzt sperrte Patienten in der Klinik ein

Chefärzte haben es wahrlich schwer. Nicht nur die ständige Sorge um das Wohlergehen ihrer Patienten – nein, auch der Kampf um die eigene Existenz hält sie auf Trab.

Deshalb dachte sich der Chefarzt einer Fachklinik für Hals, Nasen- und Ohrenkrankheiten in Hofheim – nach Aussagen des Betroffenen und einer, inzwischen nicht mehr in der Klinik tätigen Schwester – eine besonders „einträgliche“ Methode aus: Vor einem Frankfurter Gericht, vor dem der Arzt, Dr. Wilhelm Sch. wegen Freiheitsberaubung, Nötigung und Beleidigung angeklagt ist, sagte ein marokkanischer Patient aus, er habe sich wegen Kopfschmerzen in die Klinik begeben und sei dort von einem Arzt untersucht worden. Da eine stationäre Behandlung nicht notwendig gewesen sei, habe er zusammen mit zwei Begleitern die Klinik wieder verlassen wollen. Daran habe ihn aber der Chefarzt gehindert, mit der Aufforderung, vorher 600 Mark an ihn zu zahlen! Außerdem habe der Chefarzt ihn als „Gangster und Betrüger“ beschimpft.

Die diensthabende Nachtschwester wollte ihm die Tür des Krankenhauses auch nicht öffnen, sie habe „erklärt, sie werde entlassen, wenn sie entgegen der ausdrücklichen Anordnung ihres Chefs den drei Marokkanern den Auszug gestatte“ („FR“, 21.3.79).

Vor Gericht bestätigte die Krankenschwester die Aussagen des Patienten und machte noch weitere interessante Angaben: So habe der Patient dem Arzt gesagt, er habe einen Krankenschein abgegeben und würde deshalb nicht den geforderten Betrag zahlen. „Im Verlauf der weiteren Auseinandersetzung habe der Arzt dann die Polizei gerufen, die jedoch nach einer Ausweiskontrolle keinen Grund fand, gegen den Patienten einzuschreiten“ (ebenda). Per Telefon „empfohlen“ die Bullen der Schwester später, den Mann sofort aus der Klinik zu entlassen. Gegen die offensichtlich Freiheitsberaubung hatten sie in der Klinik nichts unternommen, sondern die Entscheidung Dr. Sch. überlassen!

Die Schwester berichtete weiter, der Arzt habe sie angeschrien: „Der Marokkaner gehört ins Irrenhaus. Wenn er das Haus verläßt, dann nur in einer Gummizelle“ (ebenda). Daraufhin habe sie allerdings den Patienten auf sein Recht hingewiesen, die Klinik jederzeit verlassen zu dürfen.

Dr. Sch. hatte wohl gedacht, sich gegenüber den ausländischen Kollegen solche Maßnahmen ungeschoren erlauben zu können; der betroffene Kollege stellte jedoch Strafantrag. Vor Gericht ließ sich der Arzt eine lange Geschichte einfallen, um seine Lauterkeit zu beteuern, die Sorge um die Gesundheit des Patienten habe ihn getrieben, als er ihm „riet“, lieber zur Behandlung in der Klinik zu bleiben...

Solche Geschichten glaubt ihm wohl keiner so recht, zumal während der Verhandlung noch eine weitere Schweinerei des Dr. Sch. auf den Tisch kam. Die Krankenschwester berichtete, es sei „zwischen dem Arzt und ihr bereits kurz zuvor zu Spannungen wegen eines umstrittenen Patienten-Auszugs gekommen. Dr. Sch. habe damals angedroht, er wolle ihr 2.000 Mark vom Gehalt abziehen, weil sie diesen Patienten hatte gehen lassen, bevor er jene 2.000 Mark an den Arzt gezahlt hatte“ (ebenda). Es sieht so aus, als ob in diesem Fall die Heilung des Patienten nur mit einer Schocktherapie möglich sein wird. Ob die Richter das wohl schaffen?

Gesundheitskommission

Kind starb in Narkose – Ermittlungen wurden verschleppt!

Vor 2 Jahren verstarb in Marburg der 13jährige Thomas Nierichlo nach einem Narkosezwischenfall. Als er im Kreiskrankenhaus Schwalmstadt am Blinddarm operiert wurde, bekam er einen Kreislaufzusammenbruch. Sein Blut verfärbte sich dunkel, wie selbst der Operateur bemerkte. Der Narkosearzt bekam keine Luft mehr in die Lungen des Kindes!

Zunächst gelang zwar eine Wiederbelebung, doch das Gehirn war zu lange von der Sauerstoffzufuhr abgeschnitten. Thomas starb 2 Tage später auf der Intensivstation der Marburger Uni-Klinik!

Ursache des Unfalls war eine einseitige Beatmung nur der rechten Lunge durch einen zu tief liegenden Tubus (das ist ein Schlauch in der Luftröhre). Als Folge des dadurch zu hohen Beatmungsdruckes trug das Narkose-Gasgemisch in den Spalt des Brustfells ein, so daß mit jedem Atemzug auch die rechte Lungenhälfte immer mehr zusammengedrückt wurde. Der Narkosearzt hatte es versäumt, sich bei Einleitung der Narkose davon zu überzeugen, ob beide Lungen gleich-

mäßig belüftet sind. „Sein Verhalten kann ... nur als Ratlosigkeit infolge einer mangelhaften Ausbildung gewertet werden“, erklärte der Obergutachter dazu ... Herausgekommen war der Unfall überhaupt nur durch einen anonymen Anruf bei Thomas Eltern.

Zunächst wurden die Ermittlungen jedoch über 2 Jahre lang verschleppt: Es dauerte über 17 Monate bis das erste ärztliche Gutachten vorlag. Die Staatsanwaltschaft sah sich nicht in der Lage, die Gerichtsmedizin mit einem Ordnungsgeld zu belegen. Ebenso verzichtete sie auf Vernehmung der beteiligten Ärzte und auf Beschlagnahme der benutzten Geräte! Dann gab sich der Staatsanwalt mit einem lauen Gutachten zufrieden: Danach war ein schuldhaftes Verhalten der beteiligten Ärzte „nicht ersichtlich“. Die Ermittlungen sollten eingestellt werden! Erst die Initiative eines Patientenschutzbundes führte zur Bestellung eines Obergutachters (nach „Spiegel“ 11/79).

Gesundheitskommission

Behinderte in Münster gegen Duogynon

Vom 17. - 23.3.79 fand in Münster eine „Behindertenwoche“ im Rahmen des „Jahr des Kindes“ statt. Eingeladen hatten die Stadt Münster und etwa 20 Behindertenvereine (Blinde, Gehörlose, Kehlkopfkranke, Versehrtensportclub, Integrationsmodell, „Westfalenfleiß“ usw.).

Es gab viele Informationsstände, Filme, Rollstuhlfahrten für Politiker und eine Podiumsdiskussion (wo einer Behinderten ihre Duogynonfrage gestrichen wurde).

Die Ortsgruppe des Vereins „Landesverband der Eltern körperbeschädigter Kinder und Jugendlicher und junger Erwachsener ev.“ bekam für einen Tag den Stand des „Integ“ (Integration für Körperbehinderte) überlassen.

Eine Aktion wurde von einer 17-jährigen behinderten Frau der Unifrauentruppe zusammen mit einer Frau aus der Duogynongruppe vorbereitet.

Sie verteilten ein Flugblatt mit den Parolen: „Wir wollen keine Musterkrüppel sein! Wir wollen nicht länger schweigen! Wir wollen für die „großzügige Integration“ nicht länger dankbar sein! Wir brauchen kein Mitleid sondern eine behindertengerechte Umgebung!“

In einer Stunde waren die 1.000 Flugblätter vergriffen.

Für die Behindertenwoche war provisorisch eine behindertengerechte Telefonzelle am Rathaus auf-

gestellt. Im Flugblatt wurde auf das Provisorium hingewiesen. Bereits nach zwei Stunden ließ Oberbürgermeister Pirchalle versichern, daß die Zelle fest installiert werde.

10 Sandwiches waren an einer Wäscheleine aufgehängt, 2 sehr schöne und informative zu Duogynon mit der Schlußbemerkung: „Wir Contergankinder sind die ersten Nebenwirkungen, Duogynonkinder die zweiten? Dritten?“ Das machte viele Schaulustige betroffen, es wurde gut diskutiert und die Unterschriftenlisten füllten sich im Nu (über 100).

Außerdem war zu lesen: „Mit Behinderten kann man reden, versuchen Sie es mal!“

Eine private Photoausstellung stiftete viel Verwirrung: da tanzt eine Frau ohne Beine mit einem ulkigen fahrbaren Stuhl mit Partner Rock and Roll. Da trampelt eine Frau ohne Arme, indem sie mit dem Fuß winkt, da dreht sie sich mit den Füßen ihre Zigaretten, und bei Bildern von ihrem Freund wird verschämt gefragt: ist das ihr Bruder?

Vier Behinderte: eine Frau ohne Beine, eine ohne Arme und 2 mit Armmüßbildungen und 4 nicht Behinderte haben es geschafft, für einen Nachmittag die Kluft zwischen ihnen und den anderen zu durchbrechen und nebenbei noch Interesse für Duogynon zu wecken!

Ist das nicht toll?

Genoss(inn)en aus Münster

„Dr. Mabuse“ in den Knast!

Nachdem die Richter den Direktor der chirurgischen Universitätsklinik Marburg, Prof. Dr. Maroske (genannt „Dr. Mabuse“) bisher mit Glacehandschuhen angefaßt haben – zuletzt wurde er von der Anklage auf „grob fahrlässige Tötung“ im Oktober 78 freigesprochen, obwohl scheinbar durch Versäumnisse und Fehlentscheidungen des Arztes ein 14jähriger Junge sterben mußte – (s. AK 141, S. 19) – ist jetzt ein weiterer skandalöser Vorfall bekannt geworden, der bereits ein Jahr zurückliegt.

Am 31. März 78 war ein Angehöriger eines Justizwachtmeisters in der Marburger Klinik nach einer Operation gestorben. Daraufhin hatten der Jüburger Klinik nach einer Operation gestorben. Daraufhin hatten der Justizwachtmeister und seine Frau, die Tochter des Verstorbenen, Anzeige gegen Maroske wegen fahrlässiger Tötung erstattet; die Ermittlungen sind noch immer nicht abgeschlossen. Jetzt hat der Wachtmeister den Klinikchef außerdem wegen versuchter Freiheitsberaubung angezeigt. Vor der Marburger Staatsanwaltschaft kamen folgende Vorfälle zur Sprache:

„Nach den Angaben des Wachtmeisters hatte er sich während eines Besuchs bei seinem schwer lungenkranken Schwiegervater in der Klinik zu einer im Krankenzimmer mit anwesenden Besucherin über den anstehenden Kunstfehler-Prozeß (da gibt es insgesamt noch 6 anhängige Verfahren gegen Maroske – Anm. AK) gegen den Arzt geäußert und sinngemäß gemutmaßt, es sei wohl angebracht, sich als Angehöriger eines Patienten selbst um das Wohlergehen des Kranken zu kümmern. Nachdem die Besucherin das Krankenzimmer verlassen habe, sei Maroske in Begleitung zweier Ärzte und zweier Pfleger im Zimmer erschienen und habe den

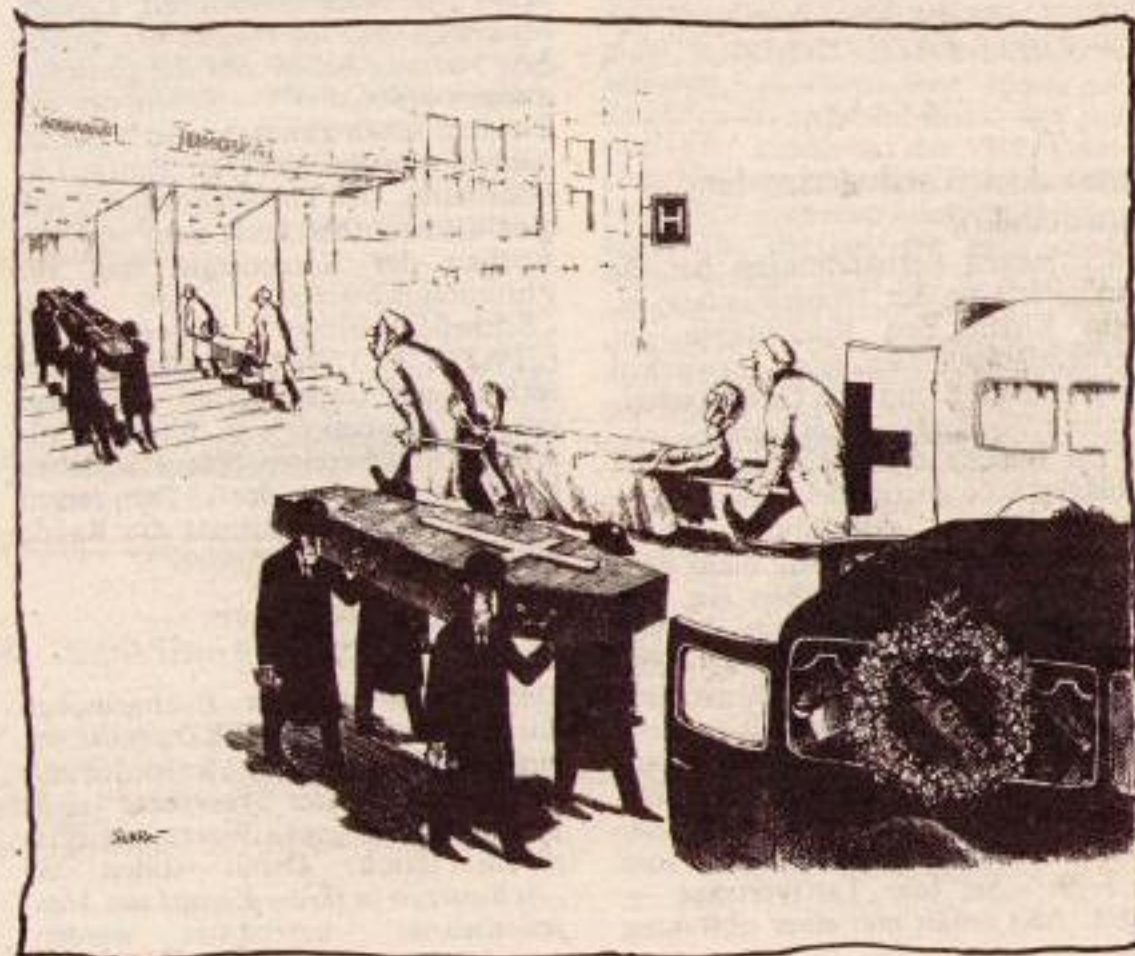
Justizwachtmeister in sein Dienstzimmer zu einem Gespräch gebeten. In Maroskes Zimmer sollen sich die beiden Pfleger, breitbeinig und mit verschränkten Armen im Raum vor der Zimmertür aufgestellt haben, während sich die beiden Ärzte neben Maroskes Schreibtisch postierten.

Der Klinikleiter habe den Wachtmeister aufgefordert, er solle wiederholen, was er der Frau gesagt habe, vorher könne er den Raum nicht verlassen. Er werde einen Anwalt als Zeugen anrufen und dann den Justizwachtmeister anzeigen. Der Wachtmeister wollte daraufhin den Raum verlassen, um seine noch im Krankenzimmer sitzende Ehefrau als Zeugin zu dem Gespräch zu holen. Das habe der Professor vereitelt, indem er den beiden Pflegern zugerufen hätte: „Der Herr verläßt den Raum nicht eher, bis er seine Aussage hier vor Zeugen wiederholt hat“. Der Wachtmeister erklärte dem Klinikleiter, er wisse, daß sich Maroske der Freiheitsberaubung, Erpressung und Nötigung strafbar mache. Daraufhin habe der Arzt die Pfleger aus dem Raum geschickt und dem Wachtmeister freigestellt, das Zimmer zu verlassen“ („FR“, 20.3.79).

Man könnte meinen, hier sei die Mafia am Werk! Jedenfalls läßt die Tatsache, daß Maroske sich eine „Leibgarde“ zugelegt hat, den Schluß zu, daß er unheimliche Angst vor seinen Patienten haben muß... Maroske bestreitet natürlich vor Gericht alles, und er stellte außerdem Strafanzeige wegen Verleumdung und übler Nachrede.

Zwei Tage nach dem „Gespräch“ zwischen dem Chefarzt und dem Wachtmeister starb übrigens der Schwiegervater nach der Operation...

Gesundheitskommission



Eine Zwischenbilanz der Frauendiskussion im KB

Als wir im September 1978 im AK 137 mit dem Artikel „KB-Frauenpolitik in der Sackgasse?“ die Debatte um unsere Frauenpolitik wieder in Gang zu bringen versuchten, war im KB sowohl die Frauenpolitik selbst als auch die Stellung der Genossinnen innerhalb der Organisation vielerorts auf einem Stand, der noch hinter den zu Beginn unserer Frauenarbeit (1975) zurückfiel. Frauenpolitik wurde von vielen als „unpolitisches“ Arbeitsfeld gering geschätzt; Genossinnen, die „nur“ Frauenpolitik machten, wurden nicht ernst genommen. Wir wollten mit diesem Artikel zeigen, wo unserer Meinung nach die Mängel in unserer Frauenpolitik liegen, die Entwicklung seit 1975 verfolgen und Vorschläge machen, wie die Frauenpolitik des KB wiederzubeleben und zu stärken sein könnte. Wir wollen hier einen Überblick geben, was seit September 1978 an Stellungnahmen und Diskussionsprotokollen bei uns eingegangen ist und versuchen, daraus Schlussfolgerungen zu ziehen.

Mehrfach wurde die Beschwerde an uns gerichtet, man und frau wisse gar nicht, was eigentlich mit den Leserbriefen, Stellungnahmen etc. passiert, nie wieder habe man/frau davon etwas gehört, deshalb sei es ja sowieso egal, ob was geschrieben wird oder nicht. Es stimmt – wir haben lange auf diesen Artikel warten lassen. Dazu gehörte aber auch, drei volle Leitz-Ordner mit Berichten und Stellungnahmen durchzuarbeiten, daraus die wesentlichen Aussagen herauszuziehen, zusammenzustellen usw. Einige Leserbriefe haben wir schon abgedruckt (z.B. zur Entstehung von Frauenzellen), die weiteren Stellungnahmen wurden für diesen Artikel inhaltlich verarbeitet. Wir können aus Platzgründen wenig direkt aus den Stellungnahmen zitieren, deshalb sind die verschiedenen Kritiken etc. in indirekter Rede zusammengefaßt.

Ein Wort zu den Berichten

Bei den Berichten handelte es sich zu gut 70 % um Papiere, die nicht direkt auf Aussagen des Artikels eingehen, sondern die Folgediskussionen zur Frauenarbeit schildern. D.h. uns ist bis heute vielfach unbekannt, welche Meinung eigentlich die Genoss/innen zum Artikel selbst vertreten. Dafür wissen wir dann nur, daß im Bezirk XY oder in der Stadt XY eine Diskussion stattfand, deren „wesentlichstes Ergebnis“ war, daß sich alle darin einig waren, „die Frauenarbeit wieder auf breitere Beine stellen“ zu müssen... Die Geschwätzigkeit, mit der teilweise bestimmte Aussagen immer und immer wieder betont und wiederholt werden, war manchmal schon penetrant, etwa: „Die Frauenarbeit können die Genossinnen nur selber machen“, „die Genossinnen müssen sich jetzt gegenseitig unterstützen“, „die Frauenarbeit muß innerhalb der Organisation gestärkt werden“ und dergleichen mehr. Inhaltliche Widersprüche oder grundsätzliche Aussagen zur Frauenarbeit hatten vergleichsweise Seltenheitswert. Es ist nicht übertrieben, daß tatsächlich 70 % der eingetroffenen Berichte oder Stellungnahmen quasi unbrauchbar waren. Unbrauchbar z.B. deswegen, weil man schon ein intimer Kenner der örtlichen Verhältnisse sein mußte, um bei dem Wust von angeordneten Verhältnissen, Beziehungen und Streitereien überhaupt verstehen zu können, um was es sich handelte.

Wir möchten für die kommenden Berichte dringend allen Genoss/innen empfehlen, sich beim Schreiben eine Gliederung zu machen, sich sehr genau zu überlegen, was sie eigentlich aussagen wollen, was ihnen wesentlich ist – und sehr darauf zu achten, daß das Geschriebene für einen Außenstehenden verständ-

lich ist.

Zudem muß man sagen, daß auch rein formal gut die Hälfte aller Berichte zu wünschen übrig ließ. Entweder es wurde einseitig auf Durchschlagpapier geschrieben, so daß eigene Anmerkungen schon gar nicht mehr auf das Papier paßten. Oder wir kriegten nur einen von zehn Durchschlägen und dann meistens den letzten, also den unleserlichsten. Oder es wurden Fotokopien geschickt, die so grau waren, daß kaum etwas zu entziffern war. Wir finden, daß auch bei solchen Papieren – genau wie beim Artikel-Schreiben – ein bißchen mehr Liebe, ein bißchen mehr Sorgfalt angebracht wären.

Übersicht über die Stellungnahmen

Wir wollen zu Beginn einen zahlenmäßigen Überblick über die eingegangenen Berichte und Protokolle aus den einzelnen Regionen und Orten geben:

Aus Schleswig-Holstein liegen uns neben den Artikeln zur Einrichtung der Frauenzellen in Kiel und Flensburg drei Protokolle von Treffen der regionalen Frauenkommission vor, die nach der Diskussion des Artikels in AK 137 neu entstanden ist. Weiter liegen uns vor: vier Berichte zur Frauenarbeit aus Flensburg, einer aus Lübeck und zwei aus Kiel.

Aus Westberlin gibt es drei Diskussionspapiere mit zwei dazu gehörigen Gegenpapieren von Frauen, wobei zwei Leserbriefe an den AK inhaltlich im wesentlichen mit zwei dieser Stellungnahmen übereinstimmen. Weiter gibt es eine Stellungnahme zu einem Frauentreffen, ein Papier zu den Aufgaben der Frauengruppe und sechs Protokolle von Frauen-Diskussionen.

Aus Hessen liegen uns drei Berichte von Frauen-VVs vor (davon fand die erste noch unter Teilnahme von Männern statt), drei Stellungnahmen von Genossinnen aus Kassel zum Artikel und drei Berichte zur Frauenarbeit aus Darmstadt.

Aus Niedersachsen gibt es aus Hannover schon seit längerer Zeit regelmäßige Berichte zur Frauenarbeit, da dort schon vor ca. einem halben Jahr eine Frauengruppe im KB gegründet wurde. Zum Artikel selbst gibt es eine Stellungnahme einer Genossin, weiter sechs Protokolle von Frauen-VVs. Aus Göttingen liegen drei Protokolle von Frauen-VVs vor, weiter eine Stellungnahme von zwei Genossinnen direkt zum Artikel und ein eine Stellungnahme einer Genossin, weiter sechs Protokolle von Frauen-VVs. Aus Göttingen liegen drei Protokolle von Frauen-VVs vor, weiter eine Stellungnahme von zwei Genossinnen direkt zum Artikel und ein ausführlicher Rechenschaftsbericht zur Frauenarbeit, der beispielhaft die Entwicklung der Frauenarbeit seit 1975 anhand der aufgeworfenen Fragestellungen im Artikel nachzeichnet – eine Sache die noch viel mehr Gruppen machen sollten! Aus Braunschweig gibt es schriftlich nur einen Kurzbericht zur Lage in der Frauenarbeit im Oktober 1978.

Aus Bremen und Region (also einschließlich Bremerhaven und Oldenburg) liegen uns fünf Protokolle und Diskussionen in den einzelnen Gruppen und von VVs vor, ein Bericht der Frauenverantwortlichen zur Lage in der Frauenarbeit, drei Stellungnahmen von Genossinnen zum Artikel und fünf Stellungnahmen bzw. Berichte von einzelnen Genoss/innen.

Aus Baden-Württemberg gibt es nur ein Protokoll einer regionalen VV der Genossinnen im Oktober und einen Bericht zur Frauenarbeit in Heidelberg. – Aus Bayern liegen uns keine Protokolle oder Stellungnahmen vor. Die meisten Berichte und Diskussionsprotokolle kommen aus Hamburg und Nordrhein-Westfalen. In NRW gibt es schon seit Juli 1978 eine regionale Frauenkommission, von der wir regelmäßig Protokolle erhalten. NRW war auch – neben Hamburg – eine Region, in der die Frauenarbeit nie vollständig zusammengebrochen war.

Aus Münster gibt es drei Stellungnahmen zu den Aufgaben der Frauenkommission (alle von einer Genossin), sechs Papiere und zwei Protokolle zur Diskussion in der Ortsgruppe, und zwei Protokolle von Treffen der Genossen (also reine Männertreffen zur Frauenarbeit) in Münster.

Aus Aachen gibt es drei umfangreiche Berichte zur Frauenarbeit.

Aus Bielefeld liegen uns zwei Stellungnahmen von Genossen zum Artikel vor; eine Stellungnahme eines Genossen mit anschließender Selbstkritik, eine Stellungnahme einer Genossin (auch zur Praxis in der Frauenarbeit), ein Brief der Frauenkommission zur Diskussion der Frauenpolitik in der Ortsgruppe und als Folge davon fünf Stellungnahmen von Genossen.

Aus Bochum gibt es ein Protokoll von der Frauendiskussion in der Ortsgruppe und eine Stellungnahme eines Genossen; aus Dortmund ein Bericht zum Artikel, der ausführlich auf die Probleme der örtlichen Frauenarbeit eingeht, dazu zwei Stellungnahmen von Genossen.

Aus Hamburg liegen aus den Bezirken insgesamt ca. 20 Stellungnahmen und Berichte und ca. 15 Diskussionsprotokolle vor; aus den betrieblichen Bereichen ca. 15 Stellungnahmen und Berichte und fünf Diskussionsprotokolle. Einige Bezirke und Bereiche haben bis heute anscheinend den Artikel noch gar nicht diskutiert. So liegt uns z.B. von HBV nur ein Leserbrief, von Druck, ÖTV und den Lehrberreichen gar nichts schriftlich vor.

KB-Frauengruppen

Wir haben zur Zeit noch keinen vollständigen Überblick darüber, in welchen Städten bzw. Bereichen und Bezirken sich KB-Frauengruppen gebildet haben. Insgesamt ist zu sagen, daß sich – je nach örtlicher Konstellation – drei Formen von Frauengruppen herausgebildet haben:

1. KB-Frauengruppen, in denen Genossinnen mitarbeiten, die schwerpunktmäßig oder ausschließlich Frauenarbeit machen;
2. Frauenfraktionen, d.h. Treffen von Genossinnen in regelmäßigen Abständen, wo die Frauenarbeit im Bereich/Bezirk/Ort diskutiert wird;
3. Frauenzellen, wo alle Genossinnen einer Stadt/eines Bezirks oder Bereichs zusammengefaßt sind, weil eine Mitarbeit in gemischten Gruppen zur Unterdrückung der Frauen durch die Genossen geführt hat.

In einigen Städten, Bereichen oder Bezirken gibt es inzwischen auch eine oder mehrere „frauenverantwortliche“ Genossinnen; in der Mehrzahl läuft jedoch – jedenfalls nach dem, was uns bekannt ist – die Frauenarbeit immer noch mehr nebenbei mit.

Einschätzung der Entwicklung unserer Frauenpolitik

Zur Frage „Aufschwung und Niedergang unserer Frauenarbeit“ wurden von Genoss/innen verschiedene Zweifel an unserer Einschätzung angemeldet. Z.B. meinen einige, daß der Aufschwung erst gekommen sei, als die KB-Frauen Alices „Kleinen Unterschied“ entdeckt hätten, der zu einer starken persönlichen Betroffenheit geführt habe. Viele Genossinnen hätten da erst angefangen, über ihre eigene Lage nachzudenken und sie auch als politisches Problem zu begreifen. Die AG Frauen und der AK hingegen hätten genau dieses „Erwachen“ der Genossinnen durch die ablehnenden Artikel zum „Kleinen Unterschied“ oder auch zu Verena Stefans Buch „Häutungen“ kaputtgeschlagen. Das habe dazu geführt, daß die eh schon stagnierende Diskussion zur Frauenfrage vollständig aufgegeben bzw. als „Femi-Kram“ diffamiert worden sei.

Darüber hinaus hätten die Polemik gegen die „Schwarze Botin“ und die

Debatten um die „Walpurgisnacht“ 1977 wesentlich dazu beigetragen, die Frauenpolitik des KB zu Grabe zu tragen.

Von einer ganz anderen Warte aus argumentieren einige Genossen, die meinen, die KB-Frauenarbeit sei deswegen vernachlässigt worden, weil die Genossinnen, die Frauenarbeit machten, es „nicht verstanden“ hätten, „ihre Probleme in der Frauenarbeit in die Ortsgruppe hineinzutragen“...

Diese Haltung ist meist verknüpft mit einer prinzipiellen Geringschätzung der Frauenarbeit, die sich vielfach darin ausdrückt, daß Genossen gar nicht einsehen wollen, warum wir die Genossinnen und die Frauenarbeit in besonderer Weise fördern müssen. Eine solche Haltung wird leider auch teilweise von Genossinnen vertreten. Z.B. meint eine, daß die Revolution auch ohne die Frauenfrage möglich sei; eine Organisation könne auch ohne die Behandlung der Frauenfrage revolutionär sein; sie jedenfalls „würde sich als Mann einen solchen Artikel nicht gefallen lassen“!

Eine andere Genossin kann sich insgesamt in diesem Artikel gar nicht wiederfinden: „Überforderung“ sei „der einzige Punkt“, der für sie mit dem Begriff „Frauenunterdrückung“ zusammenhänge, sonst fühle sie sich als Frau nicht weiter unterdrückt, eher durch das Rauchen der anderen; das behindere sie an einer guten Diskussion und somit auch an der politischen Arbeit.

Ein Genosse kann nichts besonderes an der Vernachlässigung der Frauenarbeit finden: das sei nun mal liegengelassen, wie so vieles andere auch... Ein anderer Genosse meinte, der Artikel sei ja vielleicht für die Frauenpolitik „sehr wertvoll“, er führe aber in der KB-Diskussion nicht weiter. Und „objektiv“ sei die Störung des Artikels, allein die Männer für die Fehler verantwortlich zu machen.

Widersprüche zur Einrichtung von KB-Frauengruppen

Wir haben in unserem Artikel in AK 137 zur Unterstützung der Frauenarbeit die Einrichtung von KB-Frauengruppen an jedem Ort, in jedem Bereich/Bezirk usw. gefordert. Dies ist nicht überall begrüßt oder eingesehen worden. Vor allem wurde die Befürchtung geäußert, solche Frauengruppen würden doch mit der Zeit – weil sie sich „nur“ mit der Frauenarbeit be-

nicht überall begrüßt oder eingesehen worden. Vor allem wurde die Befürchtung geäußert, solche Frauengruppen würden doch mit der Zeit – weil sie sich „nur“ mit der Frauenarbeit beschäftigen – von dem Rest der Organisation abgeschnitten werden oder würden zu „beschränkt“ diskutieren. Diese „Beschränktheit“ könne auch dazu führen, daß die Genossinnen früher oder später wieder in andere Bereiche „abschwirren“. Die Frauengruppe dürfte auf keinen Fall „eine Gruppe für ein Teilgebiet“ sein; dort müsse „die Arbeit der gesamten Organisation besprochen werden können.“

Es wurde auch vertreten, daß die Einrichtung solcher Frauengruppen keine Lösung bedeute: Dadurch würde sich nichts an der Frauenfeindlichkeit in der Organisation ändern. Andere meinten, daß dadurch der Zustand zementiert werde, daß Frauenarbeit nur „Frauensache“ ist. Die Männer würden damit wieder aus der Verantwortung entlassen; die „große Politik“ bleibe dann Männersache, da die Frauen aus den anderen Bereichen abgezogen würden. Ein Genosse meinte, die Einrichtung von KB-Frauengruppen würde dazu führen, daß die Frauenpolitik für den Rest der Organisation unter den Tisch fällt. Ein anderer Genosse schrieb: „Wenn in einer kommunistischen Organisation über alles offen geredet werden könnte, d.h. alle Widersprüche aufgedeckt werden könnten, bräuchten wir keine Frauengruppen“. Er fühle sich nicht in der Lage, Genossinnen

Fortsetzung S. 26

Fortsetzung von S. 25

zu unterstützen oder weiter zu qualifizieren.

Einige Genossinnen haben in ihren Papieren über unsere in AK 137 benannten Forderungen hinaus noch zusätzliche Förderungsmaßnahmen verlangt. Einige wollen z.B., daß in jedem anleitenden Gremium der Organisation mindestens zu 53 % (entsprechend dem Bevölkerungsanteil) Frauen sitzen müssen. Es ist auch gefordert worden, daß die Genossen mehr Hausarbeit machen sollten als die Genossinnen, um diesen mehr Zeit zu schaffen, sich politisch weiter zu qualifizieren.

„Autonome Strukturen“?

In einem Leserbrief eines Genossen wurde schon vor gut einem viertel Jahr – also lange vor Abdruck des Interviews mit Genossinnen der spanischen Organisation „Movimiento Comunista“ in AK 149, die eine autonome Frauenstruktur in ihrer Organisation verwirklicht haben – der Vorschlag gemacht, solche Strukturen im KB einzuführen. So ganz autonom sollten sie dann aber auch wieder nicht sein: Beschlüsse des LG wären auch für die Genossinnen bindend; sie sollten mit Delegierten dort vertreten sein.

Wir möchten diesen Vorschlag im Zusammenhang mit dem oben genannten Interview nachdrücklich zur Diskussion stellen und bitten um schriftliche Meinungsäußerung zu diesen Fragen. Bisher sind bei uns noch keine Leserbriefe dazu eingegangen – allerdings hören wir mal wieder manches abends in der Kneipe beim Bier. Wir denken, daß wir diese Diskussion ruhig einer größeren Öffentlichkeit zugänglich machen sollten.

Auseinandersetzungen mit Männern

Wir wollen anhand von zwei Auseinandersetzungen innerhalb der Organisation um die Einrichtung von Frauenzellen zeigen, mit was für Haltungen seitens der Genossen wir heute noch konfrontiert sind. Wir wollen damit gleichzeitig all denjenigen Genossinnen Mut machen, die mit ähnlichen Konflikten zu tun haben und dies noch nicht breiter bekannt gemacht haben.

Schon seit längerer Zeit gab es im Bezirk Hamburg-Bergedorf hartnäckige Chauvi-Allüren der meisten Genossen; das führte sogar dazu, daß Genossinnen, ohne politische Widersprüche zu haben, die Bezirksorganisation verließen, um sich an anderer Stelle im KB ein Betätigungsfeld zu suchen, das von weniger Frauenfeindlichkeit geprägt ist. Es gab im Sommer 1978 zwei Diskussionen unter Beteiligung der AG Frauen, in deren Folge die Einrichtung einer Frauenzelle beschlossen wurde. Aus Anlaß des Artikels im AK 137 gab es in Bergedorf erneut harte Auseinandersetzungen. Z.B. wurde den Genossinnen, die für die Frauenzelle in der Kerngruppe (= Bezirks-Leitung) mitarbeiteten, wiederholt nicht rechtzeitig zu den Terminen Bescheid gesagt, geschweige denn, daß auf ihre zeitliche Belastung Rücksicht genommen worden wäre. (Wenn eine Genossin nicht kommen konnte, fand der Termin trotzdem wie angesetzt statt, konnte ein Genosse nicht, wurde der Termin verschoben). Inhaltliche Beiträge von Genossinnen wurden kaum beachtet; wurde dasselbe von einem Genossen geäußert, stand alles gleich in einem anderen Licht. Dann kamen von den Genossen Beschwerden, man höre so wenig von der Frauenzelle, Protokolle von den Terminen bekäme man ja auch nie zu Gesicht... Auf Kneipenebene wurde reichlich Klatsch und Tratsch gehandelt: Die Frauenzelle sei wohl eher ein feministischer Diskutierclub als eine politische Einheit des KB. Überhaupt sei ja jetzt innerhalb des Bezirks noch weniger von der Frauenarbeit in der Diskussion als früher. Die Frauenzelle habe also ganz klar zum Rückzug der Genossinnen geführt, was anderes sei da ja auch nicht zu erwarten gewesen...

Die Genossinnen ließen sich jedoch in ihrer Arbeit durch diese Störmanöver nicht sehr beeinträchtigen und setzten zur Diskussion des Artikels aus AK 137 zwei Bezirksvollversammlungen an. Diese Vollversammlungen liefen von vornherein recht anders ab als früher: Die Genossen mußten einzeln (jeder!) ihre Meinung zum Artikel sagen, was schon dadurch sehr aufschlußreich war, als einige zugeben mußten, ihn noch gar nicht gelesen zu haben (die VV fand mehrere Wochen nach Erscheinen des AK statt!). Keine einzige Stellungnahme der Genossen war selbstkritisch. Die Genossinnen zogen sich nach diesen Äußerungen zur Beratung zurück und entschieden über

die inhaltliche weitere Gestaltung der VV. Allein dieses Verfahren bedeutete für den Bezirk Bergedorf eine völlig neue Herangehensweise.

In ähnlicher Weise gab es in Kiel längere Zeit nach Gründung der Frauenzelle scharfe Auseinandersetzungen mit den Genossen. Zunächst war die Gründung selbst relativ kritiklos hingenommen worden; auf einen Artikel der Frauenzelle im AK gab es keine Reaktionen. Erst nach ca. fünf Monaten kamen die ersten Gerüchte ans Licht: Die Frauenzelle sei wohl am Zusammenbrechen; sie sollte sich am besten gleich auflösen, da sie sowieso ihre Funktion nicht erfüllt habe. Die Genossen kritisierten die angeblich mangelhafte Teilnahme der Frauenzelle an zentralen Vollversammlungen und den geringen AK-Verkauf. Bei anderen Zellen waren erstaunlicherweise weder der AK-Verkauf noch sonstige Kriterien in Frage gestellt worden. Ähnlich wie in Bergedorf machten auch in Kiel die Genossen es der Frauenzelle zum Vorwurf, daß die Frauenpolitik seit Gründung der Frauenzelle in den anderen Einheiten nicht mehr diskutiert werde. Dabei muß dies alles auf dem Hintergrund gesehen werden, daß die Genossinnen fast als einzige steigende AK-Verkaufszahlen vorweisen konnten und es ihnen auch gelungen ist, mit ehemals „weggeklippten“ Genossinnen wieder zu einer engeren Zusammenarbeit zu kommen.

Wir nehmen an, daß die Kieler und Bergedorfer Auseinandersetzungen keine Einzelfälle darstellen und bitten darum in noch viel stärkerem Maße als bisher Streitgespräche und Diskussionen, die anläßlich der Gründung von KB-Frauengruppen oder um die Frauenarbeit überhaupt geführt werden, uns zugänglich zu machen, damit solche Fragestellungen im AK öffentlich diskutiert werden können.

Zu einigen Problemen der Frauenarbeit selbst

Vielfach haben seit Erscheinen unseres Artikels im Herbst 1978 wieder Frauen-Vollversammlungen der Bezirke, Bereiche oder Regionen stattgefunden, wobei aus mehreren Protokollen deutlich wird, daß die lange „Pause“ in der Frauenarbeit zu vielen prinzipiellen Unklarheiten und Widersprüchen geführt hat, die wir noch ausführlich diskutieren müssen. Wir wollen hier nur einige Aspekte zur Diskussion stellen.

Ein großes Problem stellt z.B. die Anforderung dar, eine eigenständige Frauenarbeit zu entwickeln. Früher, so sagen die Genossinnen, sei es ja noch einfacher gewesen: Da hätte frau sich wenigstens an der Bewegung gegen den § 218 orientieren können, aber heute?

Oft stellen Genossinnen an sich einen ganz anderen (übertriebenen) Anspruch als an die Frauen, mit denen sie in einer Frauengruppe (außerhalb des KB) zusammenarbeiten.

Allzu oft werden heute noch Fragestellungen in die Frauengruppen eingebracht, die für die Frauen aufgesetzt erscheinen müssen. Vielfach gehen die Genossinnen zu zaghaft an ihre eigenen Erfolge heran. Ein typisches Beispiel: Eine Genossin traut sich nicht, auf einer Vollversammlung die (erfolgreiche) Flugblatt-Aktion ihrer Frauengruppe zum Problem Duogynon einzubringen, weil sie Angst hat, daß daran Kritik geäußert werden könnte. Schließlich habe im Flugblatt nichts „zur Analyse unseres Systems“ gestanden...

Oder Genossinnen haben in der Vergangenheit in einer Mädchengruppe mitgearbeitet, dort Probleme diskutiert, die uns in diesem Alter unter den Nägeln brennen (erste Beziehungen mit Jungs, Problem Verhütung, erster Gang zum Frauenarzt, was für Rechte haben wir in dem Alter gegenüber unseren Eltern...). Daraus entwickelt sich dann z.B. die Beteiligung an einer Jugend-Veranstaltung oder ein kleines Informationsblatt für Mädchen o.ä. Im Lauf der Zeit bleiben natürlich dann auch einige Mädchen wieder weg, andere kommen hinzu, es gibt – wie überall in unserer Arbeit – Durststrecken. Solche Schwankungen in der Arbeit führen manche Genossinnen dann in erster Linie auf ihr eigenes angebliches „Versagen“ zurück. So ein Herangehen an unsere Arbeit ist typisch für uns Genossinnen. Anstatt erstmal von den Erfolgen auszugehen, neigen wir eher dazu, von den Mängeln auszugehen, alles schwärzer zu malen als es ist. Es ist eine „typisch weibliche“ Herangehensweise, die wir bekämpfen sollten!

Wir wollen weiterhin allen Genossinnen Mut machen, ihre Probleme offensiv in der Organisation zur Diskussion zu stellen, sich nicht einschüchtern zu lassen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die wir zur Verfügung haben.

AG Frauen
Hamburg



Interview: „Mädchen in Erfahrungen aus dem

Vor einiger Zeit hatten wir die Gelegenheit, mit einigen Frauen über ihre Erfahrungen in sogenannten Männerberufen zu sprechen. Eine von ihnen (Anne) hat bis vor kurzem an dem Hamburger Modellversuch teilgenommen. Sie mußte aus gesundheitlichen Gründen damit aufhören und studiert jetzt Maschinenbau.

Wir berichteten schon in AK 148 über diesen Modellversuch der Bundesregierung und die politischen Absichten, die damit verfolgt werden. In Hamburg werden im „Hamburger Berufsbildungszentrum“ bisher 20 Mädchen zusammen mit 20 Jungen in „Männerberufen“ (Dreher, Maschinenschlosser) ausgebildet. Bundesweit sind es etwa 260 Mädchen.

Die Bundesregierung übernimmt 75% der Modellbedingten Kosten und zahlt teilweise noch den Großteil der Ausbildungsvergütung. Damit zahlt sich das ganze für die Kapitalisten dann auch aus. Das Thema wird in Presse und Medien aber auch von SPD und Gewerkschaften groß ausgeschlachtet, ungefähr nach dem Motto: Die Mädchenarbeitslosigkeit ist gar nicht so schlimm – die Betriebe müssen nur ihre Vorbehalte ablegen. Während in Hamburg ein neues Lehrjahr in die Betriebe kommt (und viele Jugendliche auf der Strecke geblieben sind), beruft Schulsenator Grolle Ende Februar eine Pressekon-

ferenzen auch eine Rolle gespielt haben muß, daß die meisten einen härteren „Männersport“ ausüben.

Merkwürdig ist auch, daß wir alle praktisch erst in letzter Minute unseren Lehrvertrag bekommen haben, obwohl der Modellversuch schon eine ganze Zeit vorher in der Presse groß bekanntgegeben wurde.

AK: Kann man sagen, daß praktisch die Mädchen, die bewußt nach einer solchen Lehrstelle suchen, gar nicht bei Euch sind, sondern im Grunde nur Mädchen, die das Arbeitsamt mehr oder weniger zufällig angesprochen hat?

Angelika: Das ist ganz offensichtlich. Du kannst dich abrennen wie eine Wahnsinnige, um eine Lehrstelle im technischen Bereich zu bekommen, weil die Unternehmer nämlich schon aus Erfahrung wissen, daß die Frauen, die sich massiv für so einen Beruf einsetzen, meistens einen höheren Bildungsabschluß haben und dann entweder nicht weitermachen und ihre Lehre z.B. für ein Ingenieursstudium benutzen oder halt irgendwelche Linken sind, die Randalie im Betrieb machen und das wissen die Ausbilder auch. D.h. sie brauchen angepaßte Frauen, die eben eher von den Hauptschulen kommen.

AK: Soweit ich Frauen in Männerberufen kenne, waren das auch immer ganz bewußte Entscheidungen

gen, wurden jahrelang schon tausendmal mehr Mädchen durchgeschleust als in diesen Ausbildungsplätzen; bereitgestellt, um der Öffentlichkeit vorzumachen, es gäbe jetzt mehr Gleichberechtigung!

AK: Von was für Schulen kommen denn die Leute bei Euch so?

Anne: Die Hälfte Hauptschüler, die andere Hälfte Realschüler, mit einer Ausnahme: Ich habe Fachabitur.

AK: Wie bekommt ihr vom Modellversuch aus Eure betriebliche Praxis und Erfahrung, und wie sieht es nach der Lehre mit der Übernahme in eine Firma aus?

Anne: Im Sommer sollen die Ersten in irgendwelchen Betrieben Ihre Betriebspraxis machen – in der Produktion. Diese Zeit ist in verschiedene Abschnitte unterteilt und soll ungefähr ein Jahr dauern. Es wurden bisher Partnerbetriebe angeschrieben, wo wir in Gruppen von zwei oder drei Leuten hinkommen. Die haben da bisher z.B. Werften und Lufthansa angeschrieben und noch so'n paar andere Betriebe. Bisher ist da jedoch noch nichts Festes abgemacht. Nach Aussagen des Ausbildungsleiters soll Lufthansa bisher gar nicht darauf geantwortet haben. Nur zwei Betriebe sollen bisher überhaupt geantwortet haben. Zusagen gibt es bisher noch keine! Auf jeden Fall will man uns noch ein halbes



ferenz ein, um bekanntzugeben, daß die Mädchen im Hamburger Modellversuch sich „bewährt“ hätten.

Einen Monat später kann man in der „Hamburger Morgenpost“ lesen, daß Sozialsenator Jan Ehlers gegen „Berufsverbote für Frauen“ vorgehen will. Doch was radikal-fortschrittlich aussieht entpuppt sich bei näherer Betrachtung als faules Ei. Ehlers mokiert, daß Frauen zum Beispiel „weder mit der Beförderung von Roh- und Werkstoffen aller Art noch mit Betriebsarbeiten“ auf Bauten beschäftigt werden. Frauen dürfen auch nicht an Tabakschneidemaschinen oder sogenannten Cartox-Begasungsanlagen für die Schädlingsbekämpfung arbeiten („Mopo“ 21.3.78). Ehlers beteuert zwar, daß mit seinem Protest k e i n Abbau der Arbeitsschutzbestimmungen beabsichtigt sei, aber wohin zielt diese Initiative denn sonst?

Diese beiden Beispiele werfen Schlaglichter auf die Absichten, die mit diesem auch in der Öffentlichkeit groß herausgeputzten Modellversuch, verfolgt werden.

Lehrlingsgruppe, KB/Hamburg

AK: Wie hast Du einen Ausbildungsplatz in diesem Modellversuch bekommen?

Anne: Die meisten von uns sind von den Arbeitsämtern angesprochen worden. Die meisten Mädchen hatten jedoch erst gar keinen Bock, so speziell technische Berufe zu ergreifen, sondern wollten die üblichen „Frauenberufe“ machen.

Aufgefallen ist uns, daß alle Mädchen im Sportverein sind, Damenfußball machen oder Basketball spielen. Wir haben deshalb die Vermutung, daß bei der Auswahl der Be-

von Frauen.

Angelika: Geh doch mal vom Alter aus!

Mit 15 Jahren wäre ich nie auf den Gedanken gekommen, so einen Beruf zu ergreifen, weil ich da insgesamt noch viel zu angepaßt war. Da wohnte ich noch zuhause, bekam noch den ganzen Druck von den Eltern, was „man“ wird – mit 15 wollte ich Tierärztin werden. Das Interesse an einem technischen Beruf ist bei mir gekommen mit meiner zunehmenden Emanzipation, mit dem Bewußtwerden dieses Drucks z.B. die Bohrmaschine aus der Hand genommen zu kriegen, weil man angeblich zu blöd dazu ist, das hat mich genervt. Das ist mit 15 eben noch nicht der Fall, oder zumindest meistens nicht.

Ich kenne jedoch auch einige, gerade jüngere Mädchen, die sich z.B. vorstellen könnten, Radio- und Fernsehtechnikerin zu werden, denn gerade in den Bereichen sind fast nur Frauen an den Fließbändern. Und wenn Frauen an den Fließbändern lötten können, dann können sie auch im Handwerk lötten. Aber bei anderen Berufen wie Schlosser oder Dreher, da ist immer noch so'n Reizschwelle da. Obwohl auch das Schwachsinn ist, denn z.B. die Technischen Zeichnerinnen sind auch immer ein Jahr in der gewerblichen Ausbildung im Betrieb. Die können das ganz genauso gut.

Mädchen in „Männerberufen“ – nichts Neues

Allein durch dieses praktische Jahr, welches Technische Zeichnerinnen, Bauzeichnerinnen oder Architektinnen in der Produktion verbrin-

gen, wurden jahrelang schon tausendmal mehr Mädchen durchgeschleust als in diesen Ausbildungsplätzen; bereitgestellt, um der Öffentlichkeit vorzumachen, es gäbe jetzt mehr Gleichberechtigung!

Anne: Was bei der ganzen Sache auch irgendwie stinkt, ist, daß obwohl auch der Arbeitgeberverband mit im Berufsbildungszentrum drinsitzt, sich keine Firma findet, die uns später beschäftigen will.

Psychologische und politische Durchleuchtung

AK: Wie sieht das aus mit der „psychologischen Betreuung“?

Anne: Bevor wir den Lehrvertrag unterschreiben durften, mußten wir noch eine Erklärung unterschreiben, daß wir der „psychologischen Begleitung“ erlauben, in die Unterlagen vom psychologischen Gespräch und dem Gutachten des Arbeitsamts reinzuschauen. Da sind sie allerdings nicht mit durchgekommen. Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg soll der Meinung gewesen sein, daß das rechtlich nicht richtig formuliert war, und deswegen wollten die uns nochmal einen neuen Zettel unterschreiben lassen. Da fiel uns das überhaupt erst auf, daß wir da so'n Wisch unterschreiben hatten. Als wir die alten Zettel dann zurückgefordert haben, haben die gesagt, die kriegen wir erst, wenn wir die Neuen unterschreiben haben. Dann haben die uns also einen Zettel vorgelegt: „Ich entbinde hiermit den Psychologen vom Arbeitsamt von der Schweigepflicht nach Paragraph 330 StGB.“

AK: Wie viele haben denn bisher unterschrieben?

Anne: Also von 40 haben bisher nur 15 unterschrieben. Der Rest ist



Männerberufen“ Hamburger Modellversuch

ziemlich maßsträusich. Wir haben dann auch noch durchgesetzt, daß wenn überhaupt, dann erst nach der Probezeit unterschrieben wird, einige hatten nämlich Befürchtungen, sie würden fliegen, wenn sie nicht unterschreiben. Uns wurde jedoch versichert, es käme nichts zum Ausbildungsleiter... Das haben die meisten denn wohl nicht geglaubt.

Gleich am ersten Tag im Betrieb haben wir übrigens einen Test bekommen mit so ganz merkwürdigen Fragen, z.B.: „Wenn Du mal Ärger im Betrieb hast, mit dem Ausbilder oder so, an wen wendest Du Dich dann? An die Jugendvertretung, an die Eltern, die Lehrer...?“ Auf die Frage von uns, warum wir dann unseren Namen dazuschreiben sollten, haben die sich irgendwie rausgeredet.

Anne: Im ganzen Test kam dann noch drei-viermal in immer abgeändeter Form so eine Frage vor: „Wie stehen so Deine Eltern dazu? Hast Du über diesen Ausbildungsweg mit deinen Eltern gesprochen?“

AK: Diese, man kann wohl sagen „Gesinnungstests“, gibt es ja auch in anderen, vor allem in Großbetrieben. Dadurch sollen eben kritische Lehrlinge gleich von Anfang an rausgesäubert werden. Besonders in einem Modellversuch, der in der Öffentlichkeit gut darzustellen soll, kann man natürlich keine „Querulanten“ gebrauchen.

Technik — nichts für Frauen?

Birgit: Wenn ich z.B. so ganz feine Sachen feilen mußte, eine Nutenlehre z.B., meinte mein Ausbilder meistens, daß ich das als Frau ja ganz gut können müßte, Du bist doch so feinfühlig und so.

Angelika: Also wenn ich früher was von Schlosser hörte, dann dachte ich immer an so Leute, die mit 'nem Hammer durch die Gegend laufen, der irgendwo bei 'ner Maschine auf'n Knopf drückt, und wo sich dann irgendwas in Bewegung setzt. Also ungefähr so wie beim Maurer einmal „Pi mal Daumen und dann Klotz“. Jetzt wo ich in der Lehrwerkstatt bin, habe ich erst mal gesehen, was das für ne Feinarbeit ist, da wird doch oft mit Hundertstel oder tausendstel gearbeitet.

Angelika: Da gibt es so bestimmte Vorurteile: laut, dreckig, schmielig und Kraft — das stimmt jedoch gar nicht oder nur teilweise. Und was schwere Sachen angeht, können Leutenbruch beim Mann oder Gebärmuttererkrankung bei der Frau ähnlich schlimme Folgen haben.

Birgit: Was Frauen allein so im Haushalt für Sachen stemmen müssen, Wäschekörbe mit nasser Wäsche, oder die schweren Tüten vom Einkauf, die sind genauso schwer, wie wenn ich irgendwas im Betrieb hochheben muß.

Angelika: Es gibt ja Arbeitsschwerbestimmungen, die Frauen z.B. verbieten, 15 kg zu heben; ich frage mich bloß, warum das nur für Frauen schädlich sein soll? Meiner Ansicht nach ist das vor allem auch eine Trainingsfrage, was man an körperlicher Arbeit so leisten kann. Ein Typ z.B. der mit 15 aus der Schule kommt, für den stellt sich das Problem doch genauso. Die Lehrlinge bei uns sind auch nicht stärker gebaut als ich, die wollen beweisen, daß sie ein Mann sind und stemmen dann irgendwas wie bekackt! Die können sich da genauso was verzerren und brechen. Oder z.B. daß sie keinen Gehörschutz aufsetzen, wenn sie bei uns an die Maschine gehen, nach der männlichen Ideologie „Was mich nicht tötet, macht uns nur härter!“ Da sind Frauen sicher häufig vorsichtiger. Vor allem eins ist ein Problem: Frauen haben sehr viel mehr Angst vor Maschinen, weil sie nämlich nie gelernt haben, sowas Technisches als selbstverständlich zu nehmen... die Bohrmaschine normal in die Hand nehmen usw.

Anne: Ich habe mal die Werkbücher für Jungen und Mädchen miteinander verglichen. Das für Jungen war unheimlich gut mit Metallverarbeitung, Holzverarbeitung, Mechanik, Optik usw. Und dann guckte ich in das für Mädchen rein: „Wie lerne ich Stricken und Häkeln“...

Angelika: Ist Euch in der Berufsschule aufgefallen, daß die Jungen einen technischen Wissensvorsprung hatten?

Anne: Also im ersten Block nicht. Aber im zweiten waren die Jungen in Technologie etwas besser.

Angelika: Bei mir in der Klasse fiel das besonders auf, als wir Getriebe, Kardanwelle usw. durchgenommen haben, ich hatte Angst zu fragen, weil die Mehrheit der Jungen das eben wie selbstverständlich wußte.

Die Jungen haben eben alle ihr Moped oder Mofa zuhause.

Anne: Besonders problematisch ist auch, daß viele Mädchen echt frustriert sind, daß sie auf einmal schlechtere Zensuren haben als früher in der Schule. Das kommt eben doch meist wegen der technischen Vorbildung der Jungen. Deswegen ist auch bei vielen Mädchen jetzt so die Stimmung da, die Sachen hinzu-schmeißen, oder vielleicht noch den nächsten Block abzuwarten.

Wenn ich irgendwelche Fragen habe, geh' ich eigentlich auch nur zu Mädchen. Da hatte ich irgendwie ein besseres Gefühl. Die können einen bestimmt verstehen, machen einen bestimmt nicht an. Bei den Jungen habe ich so ein gemischtes Gefühl dabei.

Die Behandlung der Mädchen im Betrieb

AK: Wie werdet ihr so von den Meistern behandelt?

Anne: Also wenn man sich z.B. dagegen wehrt, sich auf's Ohr küssen zu lassen, dann wird man praktisch links liegen gelassen.

Das geht so: Du, komm mal her ich muß Dir mal was in's Ohr flüstern. Du ahnst erstmal gar nicht, was der vorhat. Viele Mädchen kennen das auch nicht anders und lassen sich das gefallen, z.B. auch von den Vätern.

Anne: Die „Wissenschaftliche Begleitung“ setzt sich übrigens ausschließlich aus Männern zusammen, außer einer Frau, die an der Uni die Gewerbelehrer ausbildet, die bei dem Modell die „Wissenschaftliche Begleitung“ leitet. Als wir sie mal gefragt haben, warum da nicht noch mehr Frauen dabei sind, weil sich die Mädchen bei Problemen vielleicht eher an eine Frau wenden, meinte sie, da hätten sich nicht mehr gemeldet.

AK: Wieviele Ausbilder habt ihr überhaupt?

Anne: Vier plus einen Ausbildungsleiter. Dann gibt es noch drei „Wissenschaftliche Begleiter“, zwei Männer und dann die eine Frau.

AK: Würde sich für Euch etwas grundsätzlich verbessern, wenn Ihr weibliche Ausbilder hättet?

Angelika: Also erstens gibt es momentan einfach keine weiblichen

menten einfach keine weiblichen Ausbilder, zum zweiten ist es einfach so, daß Frauen, die Karriere machen, sich noch mehr anpassen müssen als Männer, noch mehr strampeln, und leisten müßten als Männer. Deshalb würde ich grundsätzlich nicht sagen, ein weiblicher Ausbilder ist besser als ein männlicher, auch wenn ich jetzt sagen würde, ich geh zu 'ner Frau eher hin, um mir Hilfe zu holen. Man sollte sowieso vielleicht vom Betriebsrat her erst mal fordern, daß da eben Frauen sind, die sich gerade bei solchen Modellversuchen um die Mädchen kümmern. Es gibt natürlich auch gute männliche Ausbilder.

Oft werden irgendwelche Mädchen auch ganz willkürlich links liegen gelassen und sich dafür um andere gekümmert. Dazu paßt dann auch, was ein Meister mal erzählt hat: Frauen untereinander könnten ja so häßlich und gemein sein und das würde bei Männern ja nie vorkommen. Frauenkameradschaft gibt es nicht...

AK: Gab es denn schon mal Anlässe für besondere Frauensolidarität?

Anne: Wir machen das immer so, wir treffen uns immer so ab und zu auf Klo und nerven uns dann praktisch ab, also diese ganzen Nervereien, die sich da aufbauen.

Es ist auch vorgekommen, wenn die Meister die Mädchen so fertig gemacht haben, daß sie dann da auf'm Klo heulen — das ist schon reichlich vorgekommen. Oder daß viele dann fertig sind und ein paar Tage fehlen und überhaupt kein Bock mehr dazu haben. Naja, man regt sich denn gemeinsam darüber auf. Das Gefühl ist auch ganz gut, daß man jedem Mädchen seinen Ärger erzählen kann,

daß man einfach auf Klo geht und dann erst mal einen ausklönt. Zu Anfang war das auch so, daß allein die Umstellung von Schule auf Beruf allein körperlich ziemlich anstrengend war, die ersten Tage sind die meisten Leute bestimmt schon um neun Uhr ins Bett gegangen. Ich glaube, daß die Jungen genauso fertig waren, das aber bloß nicht so äußern.

AK: Wie wehren sich die Mädchen gegen frauenfeindliche Sprüche der Jungen?

Anne: Also von einer hab ich gehört, die wurde auch immer besonders von älteren Lehrlingen mit Sprüchen angepöbeln. Da ist sie mal hingegangen und hat gesagt: Ich hab gehört, ihr lernt Dreher, können das Männer überhaupt? Das ist doch eine unheimlich dreckige Arbeit und unheimlich viel Mathematik und so, was sagen denn eure Freundinnen dazu? Die Jungen sind daraufhin ganz verblüfft abgezogen und haben nicht einen Spruch mehr gebracht. Ich finde, das ist ein ganz gutes Beispiel, wie man sich da so wehren kann.

IG Metall läßt die Mädchen links liegen

AK: Warum gibt es eigentlich keine Jugendvertretung?

Anne: Wir wollten in der Probezeit, in den ersten drei Monaten uns da nicht drum kümmern, um niemanden zu gefährden. Danach war immer ein größerer Teil der Lehrlinge in der Berufsschule. Im Grunde sind wir erst jetzt wieder alle zusammen und wollen jetzt auch eine Jugendvertretung aufstellen.

Von der Gewerkschaft hätte in dieser Richtung natürlich schon lange was kommen können. Da hat sich jedoch bisher keiner gemeldet.

Birgit: Und wenn man dann mal beim Frauenausschuß der IG Metall anruft, weil man denkt, die müssen das ja wissen, dann hat mir da eine allgemeine was über Modellversuche vorgeschwafelt aber eben nichts Konkretes. Wolfgang Engelmann, Mitglied der Ortsverwaltung, ist ausgerechnet (als Mann) zuständig für den Frauenausschuß. Den erreicht man jedoch auch nie.

Angelika: Der ist auf'm Frauenausschuß auch immer als einziger Mann dabei!

„Wie man uns der Öffentlichkeit vorstellt ...“

AK: Was meint ihr dazu, wie man Euch insgesamt so der Öffentlichkeit vorstellt?

Anne: Also andauernd laufen da so

Leute rum, nehmen uns Werkstücke aus der Hand, wir können dann nicht weiterarbeiten, wir werden angepöbelt... manchmal möchte ich mir ein Schild umhängen: „Füttern verboten!“. Speziell die Mädchen haben eine Wut gegen dieses Begaffen. Von den ganzen Gruppen und Klassen, die uns da bis jetzt besichtigt haben, hat sich bisher nur eine einzige mit uns zusammengesetzt, um uns zu befragen. Da war jedoch der Nachteil dabei, daß der Ausbildungsleiter noch dabeigehockt hat, und wir deshalb gar nicht wahrheitsgemäß berichten konnten, wie wir uns überhaupt fühlen. Das heißt, wenn wir also gefragt werden, dann müssen wir praktisch ein falsches Bild verbreiten, damit uns dann im Betrieb nichts passiert... So entsteht natürlich in der Öffentlichkeit ein total falsches Bild.

AK: Was für Leute besuchen euch denn so?

Anne: Irgendwelche Schulklassen, Studenten, irgendwelche Behördentypen. Bei vielen Älteren weiß man das auch gar nicht, weil die sich ja nicht vorstellen. So ca. einmal in der Woche kommen welche.

Da fällt mir noch so'n Interview ein, was ein Herr Dose von der Behörde mit uns gemacht hat. Beim Nachfragen erzählte er dann, daß das Interview auf Europawelle Saar ausgestrahlt werden solle. Als ich fragte, warum denn z.B. nicht vom NDR, dem regionalen Sender hier für Norddeutschland, antwortete er, daß man uns mit Interviews nicht so belasten wolle. Deshalb habe man sich einen Sender ausgesucht, der gleich möglichst viele Hörer abdeckt. Auch während dieses Interviews war der Ausbildungsleiter wieder dabei...

„...Ich trete deshalb aus der DFI aus“

„Eineinhalb Jahre lang ... habe ich in der DFI mitgearbeitet. Ich habe Veranstaltungen und Treffen mit vorbereitet und habe mich bemüht, ein aktives Mitglied dieser Organisation zu sein. ... Allerdings muß ich heute leider feststellen, daß ich gerade bei dieser Organisation an der falschen Adresse war: Ich wurde zwar durch das Aushängeschild 'Frauenorganisation' angelockt, habe mich aber im weiteren mehr mit Bevormundung, undemokratischem Vorgehen und Parteipolitik beschäftigen müssen. Ich wurde mit einem Verständnis von Frauenpolitik konfrontiert, das mit den Problemen von Frauen eigentlich recht wenig zu tun hat. Ich trete deshalb aus der DFI aus.“

Mit diesen Worten wird die Austrittserklärung einer Frau aus der Hamburger DFI eingeleitet, die in der April-Nummer der „Courage“ abgedruckt ist.

Mit einem Kongreß in Oberhausen mit ca. 1.000 Teilnehmerinnen wurde im April 1977 die DFI (Demokratische Fraueninitiative) gegründet. Regie führte dabei von Anfang an die DKP. War es ihr zunächst noch gelungen, einen breiten Kreis von Unterstützerinnen für den Kongreßaufruf zu gewinnen, so nahm die DKP in den nach und nach gegründeten DFI-Ortsgruppen die Zügel sehr rasch fest in die Hand. Vorwiegend im „Kampf für Frieden und Abrüstung“ bekam die DFI ihren festen Platz zugeteilt. Auch sonst, wenn die Filialen der DKP unter einem Aufruf stehen, ist oft automatisch die DFI mit dabei. Dagegen fehlt sie nahezu völlig bei Aktivitäten, die nicht auf die Initiativen der DKP zurückgehen.

In ihrer Austritts-Erklärung in der „Courage“ berichtet die Verfasserin ausführlich über ihre diesbezüglichen Erfahrungen in der DFI.

Frauenpolitik: Fehlanzeige

„Frauenpolitik ist wirklich nur ein Aushängeschild“, schreibt die Verfasserin. Von fünf von der DFI-Hamburg herausgegebenen Flugblättern sei „eins zur Frauenarbeitslosigkeit“ gewesen, „alle anderen handeln in den verschiedensten Variationen von Frieden und Abrüstung“. Aktivitäten zu anderen Themen wie „neues Scheidungsrecht“ oder „Frau und Faschismus“ wurden abgelehnt. Ferner wird in der Erklärung kritisiert, daß Ereignisse in der Frauenbewegung nicht beachtet und diskutiert wurden.

„Das Bündnis mit anderen Frauengruppen wird nicht nur nicht gesucht, sondern peinlichst vermieden“. Um an einer von den Jungdemokraten und mehreren Hamburger Frauengruppen getragenen Veranstaltung („Gewalt gegen Frauen — Gewalt gegen Kinder“) nicht teilnehmen zu müssen, wurde von der DFI sogar ein angebliches Flugblatt der Jungdemokraten erfunden, in dem diese

„feministische Positionen“ vertreten haben sollten. Weder am 8. März noch am 1. Mai beteiligte sich die Hamburger DFI an den von einem breiten Bündnis von Frauengruppen getragenen Aktionen.

„Demokratisches Verständnis unterentwickelt“

Ein zur Unterstützung der Menschenrechtsklage gegen den § 218 verfaßter und im Hamburger DFI-Plenum für gut befundener Brief wurde von den dazu beauftragten leitenden DFI-Frauen trotz Aufforderung nicht wie beschlossen an die „Emma“ weitergeleitet, sondern unter Hinweis auf Kritik an der „Emma“ zurückgehalten. „Von den fünf Flugblättern wurde nur eines vorher im Plenum vorgetragen und abgestimmt.“

Ohne dafür ein Votum der Mitglieder zu haben, treten DFI-Vertreterinnen auf verschiedensten (meist DKP-nahen) Kongressen auf. Der „Zentrale Arbeitskreis“ der DFI wurde nie gewählt. Eine Wahl ist noch nicht einmal vorgesehen.

Die Verfasserin führt diese Zustände in der DFI auf deren Abhängigkeit von der DKP zurück. Dazu führt sie „UZ“-Zitate an, die ein sehr enges Verhältnis der DKP zur DFI belegen.

Im Gegensatz zum Rest der Frauenbewegung, die in der Presse der DKP gänzlich ignoriert oder bestenfalls diffamiert wird, findet die DFI dort „große Beachtung und uneingeschränkte Zustimmung“.

Die DKP hatte mit der DFI-Gründung den Anspruch einer demokratischen Frauenmassenorganisation. Diese Tarnung wurde jedoch sehr schnell aufgegeben, so daß anfangs interessierte Frauen bald wegblieben. Die DFI hat lediglich den verschiedenen Strömungen der Frauenbewegung eine DKP-eigene, besonders sektiererische Variante hinzugefügt. Damit ist allerdings die Frage nach der Berechtigung und Notwendigkeit einer fortschrittlichen Frauenmassenorganisation nicht vom Tisch.

Die engere Zusammenarbeit der Linken in den grünen und bunten Listen und auch das zu Gorleben zustandekommene breite Bündnis können als Anzeichen für einen wachsenden Trend zur Einheit gewertet werden. In der Frauenbewegung kommt diese Tendenz z.B. im Kölner Tribunal oder auch in den Bündnissen zum 8. März und 1. Mai im vergangenen und in diesem Jahr zum Ausdruck. Auch der anfänglich vorhandene relativ breite Zuspruch zur DFI unterstreicht das. Die negative Erfahrung mit der DFI sollte also nicht davon abhalten, über Perspektiven einer demokratischen Frauenorganisation zu diskutieren.

AG Frauen
Hamburg



Bitte umblättern ...

Leserbrief: An alle Genossen, die die Frauenseiten nicht lesen

Im Sommer letzten Jahres verbrachte ich zusammen mit einer Genossin ein paar schöne Nächte, ohne auch nur einmal danach zu fragen, ob sie ein Verhütungsmittel nimmt. Aus diesen gemeinsamen Stunden entstand nun keine enge Freundschaft zu der Genossin, dafür aber eine Schwangerschaft.

Auf die Frage hin, aus welcher Einstellung heraus eine Schwangerschaft auf diese Art und Weise „passieren“ kann, bin ich auf folgendes gestoßen: Mir ist vor dem Schlafen mit der Genossin die Frage nach der Verhütung überhaupt nicht in den Sinn gekommen (geschweige denn, daß ich an einen Präser gedacht hätte). Nein, angesichts der Verbreitung der Pille (bzw. der Spirale) war die Verhütung für mich nicht einmal eine Frage wert. Ich hätte vermutlich eher danach gefragt, wenn ich mit einem jüngeren Mädchen ins Bett gegangen wäre, oder die Frau noch weniger (als die Genossin) gekannt hätte – von ihr wußte ich zumindest, daß sie in einer Frauengruppe aktiv ist.

Wie gesagt, ich hatte mir keine Gedanken über eine Verhütung gemacht, aber für mich liegt nahe, daß meine Einstellung gegenüber linken Frauen zu dieser Gedankenlosigkeit geführt hat: Eine Frau in einer Frauengruppe, noch dazu eine Genossin, kümmert sich eben um die Verhütung.

Das mindeste, was daran deutlich wird, ist, daß ich trotz (oberflächlichen) Wissens um die Schädlichkeit und Belastungen, die Verhütungsmittel für die Frau mit sich bringen, mir kein bißchen überlegt hatte, wie ich in meinem Verhalten dem Rechnung tragen muß: zumindest mit der Frage „Nimmst du eigentlich Verhütungsmittel?“ oder mit einem Präser in der Tasche.

Darüber hinaus habe ich erst einen Hauch von Betroffenheit gespürt, als ich mir die Frage stellte, ob ich die „Pille für den Mann“ – mit allen bekannten oder unbekannten Nebenwirkungen – nehmen würde, oder ob ich mich – zumindest zeitweise – sterilisieren lassen würde (was medizinisch ja wohl relativ risikolos realisierbar ist).

In Auseinandersetzung um diesen „Unfall“ hörte ich nun von einem anderen Genossen den bewußt geäußerten Standpunkt, daß man bei Genossinnen, noch dazu seit langer Zeit aktiv in einer Frauengruppe, davon ausgehen könne, daß sie verhüten. Konsequenz zu Ende gedacht, heißt das im Falle einer ungewollten Schwangerschaft, daß man dann für die Schwangerschaft und für ein Kind nicht verantwortlich zu sein braucht; die Frau hat sich das ja selber eingebrockt, indem sie nicht verhütet hat.

Mit diesem Leserbrief möchte ich einerseits alle Genossinnen von dieser Einstellung informieren, die vermutlich nicht wenige Genossen ihnen gegenüber haben. Andererseits möchte ich alle Männer auf die Frauenfeindlichkeit solch einer Gedankenlosigkeit – und erst recht der bewußt verteidigten Gedankenlosigkeit bzw. Selbstverständlichkeit – hinweisen.

Eine Genossin, die sich überlegte, wie sie sich vor „gedankenlosen“ Männern schützen könne, faßte den Entschluß, prinzipiell jeden Mann aus dem Bett zu werfen, der sie nach der Verhütung nicht zumindest fragt. Diesen Entschluß möchte ich (gerade nach meiner Erfahrung) in erster Linie allen Frauen weiterempfehlen, aber auch im Interesse der Männer.

K., KB/Hamburg

„Vom Feminismus zum Terrorismus ist es nicht weit“

Im „Deutschen Ärzteblatt“, dem Zentralorgan der Ständesärzte, vom Februar fühlt sich ein Dr. Wolff aus Westberlin dazu berufen, seine Kollegen vor den „gefährlichen Tendenzen der feministischen alternativen Medizin“ zu warnen. Nicht ohne vorher zu versichern, wie wohlwollend er emanzipatorischen Tendenzen der Frauen gegenüberstehe. Er macht seine Leser mit den verdammenswerten Zielen der feministischen Medizin so bekannt: „Selbstdiagnose – Latenttherapie – Kampfansage an die medizinische Wissenschaft – Absage an die Familienplanungsidee im engeren und weiteren Sinne“, wobei der letz-

te Punkt ihm offensichtlich am meisten zu schaffen macht. Er konstatiert, daß sich diese Tendenzen seit 1970 international weit verbreitet haben und keineswegs unterschätzt werden dürfen. „Prototyp dieser aggressiv – politisch – destruktiv wirkenden Minderheiten sind die feministischen Frauengesundheitszentren (FFGZ)“. Vom aggressiven Feminismus zum Terrorismus ist es natürlich nicht weit, und so warnt

er: „Solche falschen gesellschaftspolitischen Einschätzungen haben Ultralinken und Terroristen gar zu guten Nährboden verschafft. Deshalb gilt auch hier: Wehret den Anfängen“.

„Wer all das für Übertreibungen oder pathologisches Verwirrsein einiger neurotischer Weiber hält, der irrt. Der Angriff ist gezielt und dient in seiner Weise, den parlamentarisch-demokratischen Staat und seine Organisationsformen in ein sozialistisches Kollektiv umzuwandeln. Die von den Feministinnen vertretenen Postulate sind antihuman und anti-individualistisch, weil sie die Frauen in Abhängigkeit von politisch-ideologischen Verhältnissen, wie sie sich vor „gedankenlosen“ Männern schützen könne, faßte den Entschluß, prinzipiell jeden Mann aus dem Bett zu werfen, der sie nach der Verhütung nicht zumindest fragt. Diesen Entschluß möchte ich (gerade nach meiner Erfahrung) in erster Linie allen Frauen weiterempfehlen, aber auch im Interesse der Männer.“

K., KB/Hamburg

„Vom Feminismus zum Terrorismus ist es nicht weit“

Im „Deutschen Ärzteblatt“, dem Zentralorgan der Ständesärzte, vom Februar fühlt sich ein Dr. Wolff aus Westberlin dazu berufen, seine Kollegen vor den „gefährlichen Tendenzen der feministischen alternativen Medizin“ zu warnen. Nicht ohne vorher zu versichern, wie wohlwollend er emanzipatorischen Tendenzen der Frauen gegenüberstehe. Er macht seine Leser mit den verdammenswerten Zielen der feministischen Medizin so bekannt: „Selbstdiagnose – Latenttherapie – Kampfansage an die medizinische Wissenschaft – Absage an die Familienplanungsidee im engeren und weiteren Sinne“, wobei der letzte Punkt ihm offensichtlich am meisten zu schaffen macht. Er konstatiert, daß sich diese Tendenzen seit 1970 international weit verbreitet haben und keineswegs unterschätzt werden dürfen. „Prototyp dieser aggressiv – politisch – destruktiv wirkenden Minderheiten sind die feministischen Frauengesundheitszentren (FFGZ)“. Vom aggressiven Feminismus zum Terrorismus ist es natürlich nicht weit, und so warnt

er: „Solche falschen gesellschaftspolitischen Einschätzungen haben Ultralinken und Terroristen gar zu guten Nährboden verschafft. Deshalb gilt auch hier: Wehret den Anfängen“.

„Wer all das für Übertreibungen oder pathologisches Verwirrsein einiger neurotischer Weiber hält, der irrt. Der Angriff ist gezielt und dient in seiner Weise, den parlamentarisch-demokratischen Staat und seine Organisationsformen in ein sozialistisches Kollektiv umzuwandeln. Die von den Feministinnen vertretenen Postulate sind antihuman und anti-individualistisch, weil sie die Frauen in Abhängigkeit von politisch-ideologischen Verhältnissen, wie sie sich vor „gedankenlosen“ Männern schützen könne, faßte den Entschluß, prinzipiell jeden Mann aus dem Bett zu werfen, der sie nach der Verhütung nicht zumindest fragt. Diesen Entschluß möchte ich (gerade nach meiner Erfahrung) in erster Linie allen Frauen weiterempfehlen, aber auch im Interesse der Männer.“

Eine Genossin des KB Göttingen

Buchbesprechung: Rubinroter Dschungel

Einer der besten Frauenromane der letzten Zeit ist für mich Rita Mae Browns „Rubinroter Dschungel“ (erschienen bei Rowohlt). Rita Mae Brown, nacheinander aktives Mitglied von NOW (National Organization of Women) und der „Furien“, Mitbegründerin der „Rottrümpfe“ und der „Radical Lesbians“ in den USA, schildert hier als Molly Bolt in mitreißender Art und Weise ihre Autobiographie. Als Adoptivtochter armer Leute wächst sie in einer Kleinstadt in Pennsylvania auf, entdeckt bereits früh ihren eigenen Willen, lehnt Puppen- und andere Mädchenspiele ab, behauptet sich stattdessen unter Jungen und will einmal „was Großes“ werden, am liebsten Präsidentin der USA.

Mit 13 hat sie ihre ersten sexuellen Erlebnisse mit einer Freundin, zieht einige Zeit später mit ihrer Familie nach Florida, geht auf die High-School und versteht es auch hier, trotz anfänglicher, materiell bedingter Außenseiterrolle, ihre Mitmenschen mit ihrem Eigensinn und Nonkonformismus zu schockieren und sich durchzusetzen.

Sie wird in den Schülerrat gewählt und beginnt neben einigen emotional nicht sehr tiefgehenden Jungenfreundschaften eine Beziehung zu einer Schulfreundin. Als das Verhältnis aufzuliegen droht, verleugnet die Freundin ihre Beziehung

zu Molly, eine andere Freundin distanziert sich ebenfalls:

„Die ganze Zeit dachte ich, ich sei eine progressive Denkerin... jetzt wird mir klar, daß ich mit Vorurteilen vollgestopft bin wie das allerletzte Rindvieh... Ich weiß nicht, ob ich noch deine Freundin sein kann... Ich werde nervös sein und immer denken, ob Du wohl gleich über mich herfällt, oder so.“

Molly geht ans College, ist auch dort schnell beliebt, obwohl sie immer noch nichts von ihrer Unkonventionalität eingebüßt hat und sich um keinerlei Regeln und Normen kümmert. Als die Beziehung zu ihrer Zimmermacharin herauskommt, fliegt sie vom College und tramt völlig mittellos nach New York, schlägt sich mit Jobs durch, besucht als einzige Frau in ihrer Klasse eine Filmakademie, um Regisseurin zu werden; der gekränkten Eitelkeit ihrer Kommilitonen zum Trotz verläßt sie die Akademie als Klassenbeste, hat aber trotzdem kaum eine Chance, einen Job zu finden: mittellos, eine Frau, lesbisch.

Daß Molly unter ihrer „rauen Schale“ sehr sensibel und verletzlich ist, wird besonders am Schluß deutlich: „Ich wünschte, ich könnte durch die Straßen gehen, ohne die verletzenden Reden aus den Mäulern der anderen Geschlechter zu hören. Verdammt, ich wünschte, die

Welt ließe mich so sein, wie ich bin“.

Mich hat neben der nicht wiederzugebenden Situationskomik und dem lockeren, rauen, aber herzlichen Stil, der sich wohlthuend von der teilweise etwas zwanghaft wirkenden „weiblichen“ Sprache diverser Frauenbücher abhebt, besonders die Hauptperson, Molly, fasziniert. Mit ihrem feinfühligem, fast schon kindlich-naiven Gerechtigkeitssinn und ihrer enormen Energie und ihrem Selbstbewußtsein steht sie im wahrsten Sinne des Wortes ihre Frau.

Das Buch ist sicherlich nicht in dem Sinne ein Frauenbuch, daß es die Entwicklung der Emanzipation einer Frau nachzeichnet oder die Solidarität unter Frauen besonders hervorhebt. Molly Bolt ist von frühester Kindheit an aufmüßig, nie angepaßt, und erlebt neben einigen positiven Erfahrungen auch von Frauen Demütigungen und Diskriminierungen. Es trägt zuweilen auch Züge der amerikanischen „vom-Tellerwäscher-zum-Millionär“-Ideologie; aber sie macht auch Mut, zeigt, daß Frauen nicht nur schwach, unentschlossen und zaghaft sind, sondern selbstbewußt und kämpferisch sein können.

Für das Buch lohnt sich meiner Meinung nach sogar der völlig überhöhte Preis von DM 16,80.

Eine Göttinger Genossin

Leserbrief zum Thema psychische Gewalt gegen Frauen im KB

Liebe C.!

Ich glaube, daß Dein Leserbrief zur psychischen Gewalt gegen Frauen im KB eine große Erleichterung ausgelöst hat.

Endlich hat es eine Frau gewagt, das heiße Eisen anzupacken.

Auch mir ging das so und ich will, Deinem Beispiel folgend, in die Offensive gehen.

Ich knacke im Moment noch reichlich an einer gerade aufgelösten Beziehung zu einem Genossen. Wir führten zwei Jahre lang eine ziemlich fixierte Beziehung. Der Genosse löste die Beziehung dann mit der „Begründung“ auf, ich sei ihm zu schwierig. (Ich hatte gerade ziemlich starke Depressionen).

Nach ca. zwei Monaten „Pause“ beschlossen wir, uns wieder zusammenzutun, diesmal jedoch „locker“. Faktisch war das dann jedoch beiderseitig ziemlich fest. Auf einmal, ohne Übergang und Auseinandersetzung,

inn in seiner (männlichen) Freiheit einschränken würde, etc..

Als ich ihm nach einer Woche, in der wir uns nur zufällig mal zuhause trafen (wir wohnten nämlich die ganzen zwei Jahre zusammen), mal vorsichtig sagte, daß ich mal wieder Lust hätte, mit ihm was zu machen, hat er ein unheimliches Theater gemacht und mir unterstellt, daß ich ihn zu irgendetwas zwingen würde.

Von diesem Zeitpunkt an habe ich nur noch alles geschluckt und alle Schuld bei mir gesucht. Unbeschreiblich weiblich. Ich wußte nicht mehr, welche Ansprüche richtig und welche falsch sind. Ich wußte nur, daß er sich mal wieder einen sehr günstigen Zeitpunkt für sein Verhalten ausgesucht hat. Ich war nämlich zu dieser Zeit ziemlich isoliert, da ich gerade einen dreimonatigen Krankenhausaufenthalt hinter mir hatte, insgesamt ziemlich kaputt war und meine Schwäche sogar so weit bloßlegte, daß ich einen Selbstmordversuch un-

derungen stellt, dann wartet man auf den richtigen Zeitpunkt, um sich sehr geschickt und fröhlich pfeifend aus der Affäre zu ziehen.

Echte Partnerschaft!

So ein Verhalten ist absolut menschenfeindlich und destruktiv, denn er versuchte nicht einmal, seine Kritik mir gegenüber zu äußern, um damit an der Beziehung zu arbeiten, sondern zog sich stillschweigend raus.

Warum habe ich nun diesen (natürlich sehr unvollständigen) Brief an den AK geschrieben? Dieser Bericht soll nicht nur den Auskotteffekt haben (auskoteten kann frau sich auch bei einer Freundin). Ich möchte dazu beitragen, die vorhandene Isolation durch individuelle Problemlösungsversuche bei den Genossinnen abzubauen. Wir müssen raus aus dieser Kampfunfähigkeit und dahin kommen, in den Zellen und Vollversammlungen und wo auch immer, durch die Veröffentlichung dieser „persönlichen Probleme“ die Typen so unter

Leserbrief zum Thema psychische Gewalt gegen Frauen im KB

Liebe C.!

Ich glaube, daß Dein Leserbrief zur psychischen Gewalt gegen Frauen im KB eine große Erleichterung ausgelöst hat.

Endlich hat es eine Frau gewagt, das heiße Eisen anzupacken.

Auch mir ging das so und ich will, Deinem Beispiel folgend, in die Offensive gehen.

Ich knacke im Moment noch reichlich an einer gerade aufgelösten Beziehung zu einem Genossen. Wir führten zwei Jahre lang eine ziemlich fixierte Beziehung. Der Genosse löste die Beziehung dann mit der „Begründung“ auf, ich sei ihm zu schwierig. (Ich hatte gerade ziemlich starke Depressionen).

Nach ca. zwei Monaten „Pause“ beschlossen wir, uns wieder zusammenzutun, diesmal jedoch „locker“. Faktisch war das dann jedoch beiderseitig ziemlich fest. Auf einmal, ohne Übergang und Auseinandersetzung, fing er an, sich ziemlich üble Sachen zu leisten, die er immer damit zu entschuldigen versuchte, daß es schließlich „ne „lockere“ Beziehung wäre. So schmuste er z.B. auf einer Fete, zu der wir gemeinsam gegangen waren, ziemlich intensiv mit einer anderen Frau, obwohl er sah, daß ich darunter litt.

Ohne ein Wort und eine Erklärung ließ er mich dann ständig spüren, daß ich ihm auf die Nerven gehe,

inn in seiner (männlichen) Freiheit einschränken würde, etc..

Als ich ihm nach einer Woche, in der wir uns nur zufällig mal zuhause trafen (wir wohnten nämlich die ganzen zwei Jahre zusammen), mal vorsichtig sagte, daß ich mal wieder Lust hätte, mit ihm was zu machen, hat er ein unheimliches Theater gemacht und mir unterstellt, daß ich ihn zu irgendetwas zwingen würde.

Von diesem Zeitpunkt an habe ich nur noch alles geschluckt und alle Schuld bei mir gesucht. Unbeschreiblich weiblich. Ich wußte nicht mehr, welche Ansprüche richtig und welche falsch sind. Ich wußte nur, daß er sich mal wieder einen sehr günstigen Zeitpunkt für sein Verhalten ausgesucht hat. Ich war nämlich zu dieser Zeit ziemlich isoliert, da ich gerade einen dreimonatigen Krankenhausaufenthalt hinter mir hatte, insgesamt ziemlich kaputt war und meine Schwäche sogar so weit bloßlegte, daß ich einen Selbstmordversuch unternahm.

Er wußte also ganz genau von meiner derzeitigen Wehrlosigkeit.

Ich fühle mich wie ein Gegenstand, den man nach Benutzung wegschmeißt.

Und genau das steckt meiner Meinung nach auch hinter einem solchen Verhalten: Die Frau als Objekt zu sehen und zu benutzen, und wenn sie ausgelugt ist und/oder eventuell Schwierigkeiten hat oder noch For-

derungen stellt, dann wartet man auf den richtigen Zeitpunkt, um sich sehr geschickt und fröhlich pfeifend aus der Affäre zu ziehen.

Echte Partnerschaft!

So ein Verhalten ist absolut menschenfeindlich und destruktiv, denn er versuchte nicht einmal, seine Kritik mir gegenüber zu äußern, um damit an der Beziehung zu arbeiten, sondern zog sich stillschweigend raus.

Warum habe ich nun diesen (natürlich sehr unvollständigen) Brief an den AK geschrieben? Dieser Bericht soll nicht nur den Auskotteffekt haben (auskoteten kann frau sich auch bei einer Freundin). Ich möchte dazu beitragen, die vorhandene Isolation durch individuelle Problemlösungsversuche bei den Genossinnen abzubauen. Wir müssen raus aus dieser Kampfunfähigkeit und dahin kommen, in den Zellen und Vollversammlungen und wo auch immer, durch die Veröffentlichung dieser „persönlichen Probleme“ die Typen so unter Druck zu setzen, daß sie gezwungen sind, so ein Verhalten abzulegen und sich vor allen Dingen mit diesen Sachen auseinanderzusetzen, sich zu stellen.

Frauen, laßt euch nicht weiter kaputtmachen!

Wir brauchen uns alle!

Mit lila Grüßen –
Eine Hamburger Genossin

Na, dann gebärt man schön ...

Mehr oder weniger verunsichert steht frau vor den am 15. März im Bundestag verhandelten Vorschlägen der Parteien, die ihr das Kinderkriegen schmackhafter machen sollen.

Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs auf ein halbes Jahr und Zahlung eines „Lohnersatzes“ von DM 750 für diese Zeit – das ist der Vorschlag der Regierungskoalition.

Zahlung eines „Familiengeldes“ von 400 DM für den Zeitraum von 18 Monaten an alle frischgebackenen Mütter – das ist der Vorschlag der CDU. Die CSU war aus spärpolitischen Erwägungen gegen diesen Vorschlag.

Die aufgeheizte Debatte im Bundestag macht deutlich, daß die Parteien hier ein Wahlkampfthema wittern, mit dem besonders die Frauen umworben werden sollen.

„Nur ein Familiengeld“ könne „den alarmierenden Rückgang der Geburtenrate in der BRD aufhalten“, erklärte Heinrich Franke für die CDU. Schon seit Jahren sind die Spekulationen um den Geburtenrückgang und seine Folgen für Kultur, Wirtschaft und militärische Sicher-

heit ein Lieblingsthema der CDU/CSU. In mehreren Bundesländern brachte sie Anträge für ein „Familiendarlehen“ ein, das „abgekündert“ werden sollte. Ihre Zielsetzung ist, die Familie als „Keimzelle des Staates“ zu stärken und die Mutter, angeblich unersetzlich für die Erziehung in den ersten Lebensjahren, aus dem Berufsleben zurück an Heim und Herd zu holen.

Dregger sagte schon im Mai letzten Jahres: „Vor allen Defiziten, die wir in der Bundesrepublik haben, ist das Geburtendefizit das schwerwiegendste“. Er führte den Geburtenrückgang auf „eine falsch verstandene Emanzipation der Frau“ zurück.

Der jetzige Vorschlag der CDU hat das „Abkündern“ ausgelassen; es erinnerte wohl zu fatal an NS-Traditionen mit Mütterorden und „Lebensborn-Kliniken“. Dennoch bleibt offensichtlich, daß das Aussteigen der Mütter aus dem Erwerbsleben beabsichtigt ist, denn nach 18 Monaten ist in der Praxis jede Stelle wieder besetzt.

Besonders frauenfreundlich versucht sich die CDU zu geben, indem

sie gegen die „Diskriminierung der Nur-Hausfrauen“ wettet und großzügig Gelder an alle Mütter, ob berufstätig oder nicht, vergeben will. Allerdings verlangt sie dafür einen Nachweis, daß dem Kind „ausreichend“ Zeit gewidmet wird. Schön für die Frauen reicher Männer. Schlecht für Frauen, die bei einer kargen Kinder-Prämie von 400 DM zum „Zuverdienen“ gezwungen wären!

Der Vorschlag der SPD ist allerdings nicht viel erfreulicher. 750 DM sind wohl kaum ein Ausgleich für den Verdienstausschlag und die zusätzlich durch die Geburt eines Kindes anfallenden Kosten. Der Wiedereintritt in den Beruf ist auch in diesem Vorschlag unsicher. Unglaublich macht sich die SPD außerdem dadurch, daß sie darauf verzichtete, die Zahlung des Geldes auch an Väter oder andere Pflegepersonen möglich zu machen. Auch im Vorschlag der SPD wird der Frau alle in die Erziehungs- und Hausarbeit aufgebürdet.

KB-Bremen und Antifakommission Bremen





Frauenhaus-Initiativen gegen § 72 BSHG

Am 17./18.3. trafen sich erneut Vertreterinnen von 22 Frauenhausinitiativen und Frauenhäusern aus dem gesamten Bundesgebiet in Hannover. Es ging um den § 72 des Bundessozialhilfegesetzes. Danach werden nur Frauen finanziell unterstützt, die unterschreiben, daß sie ihr Leben nicht allein regeln können.

Die Frauen werden nach diesem Gesetz gleichgestellt mit „Personen ohne ausreichende Unterkunft, Landfahrern, Nichtseßhaften, aus dem Freiheitsentzug Entlassenen und verhaltensgestörten Menschen“ („FR“, 20.3.79)!

Eine Sprecherin des hannoverschen Frauenhauses ... „Wir hatten Fälle, in denen Frauen deshalb keine Wohnung oder Arbeitsstelle fanden!“ Einige Frauen würden sich deshalb weigern, das entsprechende Formular auszufüllen und lieber das schützende Frauenhaus verlassen, als sich in eine erneute Abhängigkeit zu begeben (nach „HAZ“, 19.3.79).

Die 40 Anwesenden des Treffens forderten, diesen diskriminierenden Paragraphen aufzuheben und den Frauenhäusern das Geld pauschal zu überweisen.

AG Frauen/Hannover



Diskussionsabend der Gleichberechtigungseinstellung in Hamburg

Am Donnerstag, den 26. April 1979, wird im kleinen Saal des DAG-Hauses am Karl-Muck-Platz in Hamburg um 19.00 Uhr der Frauenarbeitskreis der DAG einen Abend zum Thema „Leitstelle zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen“ veranstalten. Als Referentin ist die Leiterin dieser „Leitstelle“ Eva-Maria Rühmkorf eingeladen.

Da bisher außer Geschichten in der bürgerlichen Presse kaum etwas über dies neue „fortschrittliche Ding“ des Hamburger Senats zu bemerken war, sollte Frau die Gelegenheit nutzen.

AG Frauen Hamburg



„Tribunal 8. März“ in Rom gegründet

Ca. 37 Frauen der unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten und politischen Richtungen (Kommunisten, Sozialdemokraten, Feministen ...) haben in Rom ein „Russell-Tribunal der italienischen Frauen“ gegründet. Ab Herbst 1979 soll dieses Tribunal zweimal pro Jahr zusammentreten und sich mit der Mißachtung der Verfassung und der verschiedenen italienischen Gesetze befassen, die es zur Gleichstellung der Frau gibt.

Zur Arbeit des Tribunals sagt eine der Frauen, sie werden sich „natürlich auch mit Einzelfällen befassen. Aber was uns vor allem interessiert, ist, bestimmte Institutionen, Arbeitsbedingungen oder Verhaltensweisen aufzudecken. In den nächsten Monaten werden wir Anklagen sammeln, die die Frauen uns unterbreiten werden. (...) Vor dem Gericht können sich die Angeklagten dann, wenn sie wollen, verteidigen, aber auch wenn sie uns ignorieren, werden wir über sie richten“. Die Frauen wollen „durch die Anklagen Veränderungen herbeiführen“.

(Nach „die Neue“, 21.3.79).

Ambulante Abtreibungen auch in Niedersachsen

Die Genehmigung ambulanter Schwangerschaftsabbrüche wurde in Niedersachsen bisher „trotz aller Hinweise von namhaften Gynäkologen auf die Vorteile ... auch an diejenigen Ärzte nicht erteilt, die die fachlichen und auch einrichtungs-mäßigen Voraussetzungen erfüllen. Die Ablehnung erfolgt lediglich mit der Begründung, daß kein Bedarf für die Durchführung ... bestehe“ (Niedersächsisches Ärzteblatt 20.2.78).

Jetzt haben sich Sozialministerium und die Ärztekammer geeinigt, daß Schwangerschaftsabbrüche „auch ambulant von Frauenärzten vorgenommen werden“ können. „Grund: fast täglich wurden Frauenärzte in ihren Praxen damit konfrontiert, daß ihre Patientinnen keine aufnahmebereite Klinik für die Abtreibung fanden“ („Neue Hannoversche Presse“ 24.3.79). Die Ärztekammer berief sich bei ihrer Zustimmung auf die positiven Erfahrungen von 23 Kölner Frauenärzten. Die neuen Richtlinien sehen vor, „daß der Eingriff nur von einem Frauenarzt unter Beteiligung einer Assistenzkraft und nur bis zur 8. Schwangerschaftswoche vorgenommen werden darf“ („NHP“, 24.3.). Die Praxis muß entsprechend eingerichtet sein und eine Vereinbarung mit einem Krankenhaus für Notfälle bestehen.

Das Sozialministerium freilich behält sich vor, „die Genehmigung zu erteilen, wenn ein entsprechender Bedarf bestehe“ („FR“, 24.3.79).



Veranstaltung zum Frankfurter Frauenhaus

Am 26.3. veranstaltete das Neuenburger Frauenzentrum einen Film-Diskussionsabend zum Thema „Gewalt gegen Frauen“.

In der Diskussion stellten Mitarbeiterinnen und Bewohnerinnen des Frankfurter Frauenhauses ihre Schwierigkeiten dar. Seit der Gründung des Frauenhauses vor etwa einem Jahr verschärft sich die Lage für die betroffenen Frauen immer mehr: Waren zu Anfang Behörden und Stadtväter noch relativ unsicher und wenig erfahren im Umgang mit dem Frauenhaus und zeigten sie von daher auch etwas Bereitschaft, den Frauen zu helfen, ist ihr Standpunkt dem Frauenhaus gegenüber heute klar: so wenig Unterstützung wie möglich!

Das zeigt sich fürs Frauenhaus insgesamt: keine finanzielle Unterstützung durch die Stadt außer über den § 72 BSHG, der der Stadt eine starke Kontrollfunktion zuspricht (was die Frankfurter Frauen ablehnen!) vor-aussichtlich Streichung der drei

im letzten Jahr geschaffenen ABM (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)-Stellen, durch die drei Frauen für die Kinderbetreuung fest angestellt werden konnten. Zugleich sind die Restriktionen ganz konkret für die einzelnen Frauen spürbar, die auf Ämtern und Behörden mehr denn je mit technisch-bürokratischen Schikanen rechnen müssen.

Zur Zeit sind im Frauenhaus etwa 15 Frauen und 10 Kinder, womit das Haus – wie überall – überfüllt ist. Demnächst wird versucht, die Kinderbetreuung aus dem Haus in einen Kinderladen auszulagern, um diesen angespannten Zustand etwas erträglicher zu machen.

Das bedeutet allerdings einen finanziellen Mehrbelastung, weshalb die Frauen mehr denn je auf Spenden angewiesen sind.

Deshalb hier das Spendenkonto:

BFG Frankfurt a.M.
Mainzer Landstraße
„Frauen helfen Frauen“ e.V.
Kö.-Nr.: 160 5358 100
BLZ 500 101 11

Frauengruppe KB Frankfurt



Informationsblatt zum § 218 in Hannover

Die GLU-Frauen und die AG Frauen des KB in Hannover haben über die Situation mit dem § 218 in Hannover ein 8-seitiges Informationsblatt erstellt. Es soll für Frauen, die unfreiwillig schwanger werden, eine Hilfe sein, sich mit den vielen durch den § 218 immer noch notwendigen Schritten bzw. Wegen zurechtzufinden. Hier findet Frau Informationen über Verhütung, Schwangerschaftstest, Beratungsmöglichkeiten, Indikationen, soziale Beratung, Abtreibungsmethoden, die Situation in den Krankenhäusern und das Danach. Bestellungen: S. Stokar, Liebigstr. 21, 3 Hannover 1

Frauen-AG Hannover



Empfiehlt Alice Wahlboykott oder CDU?

Alice Schwarzer will – so meldete es jedenfalls die „Welt“ vom 14.3.79 – die Frauen in Zukunft auffordern, bei den nächsten Wahlen kein Kreuzchen mehr zu machen, sondern zu Hause zu bleiben. In den bürgerlichen Parteien würden die Frauen eh nur als Statisten auftreten. Sie legt besonderes Gewicht darauf, daß sie sowohl von den „Linksparteien“ als auch von der SPD enttäuscht sei. Nur „die Christdemokraten haben uns noch am ehesten verstanden“, soll sie geäußert haben. Ob da nicht eher der Wunsch der Vater des Gedankens der „Welt“-Redakteure war?



Die Broschüre besteht aus zusammengestellten Artikeln zum Thema Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung und aktuelle Fragen aus der Bewegung wie:

1. Frauen klagen gegen den „Stern“ – „Stern“-klage
2. Rechts gleich links? Frauenbewegung und Auseinandersetzung
3. Die über zwei Jahre mit vielen Leserbriefen geführte Auseinandersetzung zur „Walpurgisnacht“
4. Polemik der „Courage“ gegen Peter Paul Zahl
5. Die ebenfalls mit vielen Leserbriefen angereicherte Auseinandersetzung um den „kleinen Unterschied“
6. Buchbesprechungen

52 Seiten, DM 4,-

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler
Nachrichten“ und Buchladen „Montanus“

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Neumünster
Angelika Schuknecht
Joachimstraße 29
2350 Neumünster
04321/46598

Ort-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Heinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Bürostunde nur noch
Freitag 16.30 bis 19.00 Uhr
(nicht mehr Mittwochs)

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinststraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wilhelmshaven
Samstags in der Marktstraße
AK-Verkauf zwischen
11.00 und 13.00 Uhr

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 20 UHR

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
Jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Dienstag:
Büchertisch-Fachhochschule für
Sozialarbeit
Mittwoch: Büchertisch – Uni

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Koselstr. 37
6 Frankfurt
Tel.: 0611/599 701

Kassel
F. Rohs
Postfach 10 31 43
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
Jeden Samstag Verkauf
11 bis 12 Uhr
Kaiser-Josef-Str./Ecke
Rathausgasse

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/
Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
0808458

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Salierstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 8
7000 Stuttgart 1

Mannheim
„Der Andere Buchladen“
co. KB-Sympathisanten
M 2,6
6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11-13 Uhr
Gesamthochschule

Landshut
A. Fierbeck,
Postfach 2413,
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK-Erscheinen, Alte Mensa

Westberlin
J. Reents-Vertriebsbüro
Eisenbahnstr. 4
1 Westberlin 36

10 JAHRE STONEWALL SCHWULENBEBEWEGUNG

Ende Juni jährt sich die „Stonewall-Rebellion“ zum 10. Mal. In der Nacht vom 27. zum 28. Juni 1969 setzten sich Schwule, Lesben und andere, von der herrschenden Moral als „krank“, „abartig“ und „pervers“ Erklärte gegen einen Bullenüberfall auf eines ihrer Lokale militant zur Wehr. Sie führten diesen Kampf in den folgenden Tagen auf den Straßen fort. Diese Ereignisse, die wir nachstehend erstmalig für den deutschsprachigen Raum dokumentieren, gingen als „Stonewall-Rebellion“ in die Geschichte einer Bewegung ein, die sich rasch von den USA aus auf viele Länder der Erde ausdehnte.

Stonewall wurde zum Aufbruchssignal für eine Bewegung, die sich zuerst einmal ihrer selbst versichern mußte. Schwulen und Lesben wird – wie auch anderen als sexuell „unnormale“ Abgestempelten – gesagt, daß es sie gar nicht gibt, nicht in der Familie, nicht im Betrieb, nicht im öffentlichen Leben, sondern daß sie „irgendwo“ als „abartige“ Randgruppen existieren.

Das „Coming Out“ der Schwulen- und Lesbenbewegung ist das Heraus-treten aus den privaten, anonymen, verschwiegenen Clubs, aus den Hinterhöfen der herrschenden Klassenmoral in das Licht der Straße. So, wie jede/r einzelne Schwule/Lesbe, der/die zum ersten Mal in eins dieser Lokale kommt, erstaunt und erleichtert feststellt: „Was, so viele sind ebenso wie ich?“, muß auch die Schwulen- und Lesbenbewegung den Weg aus den Klappen und Kneipen, aus der Isolierung, auf die Straße finden. Nur so können wir uns wehren!

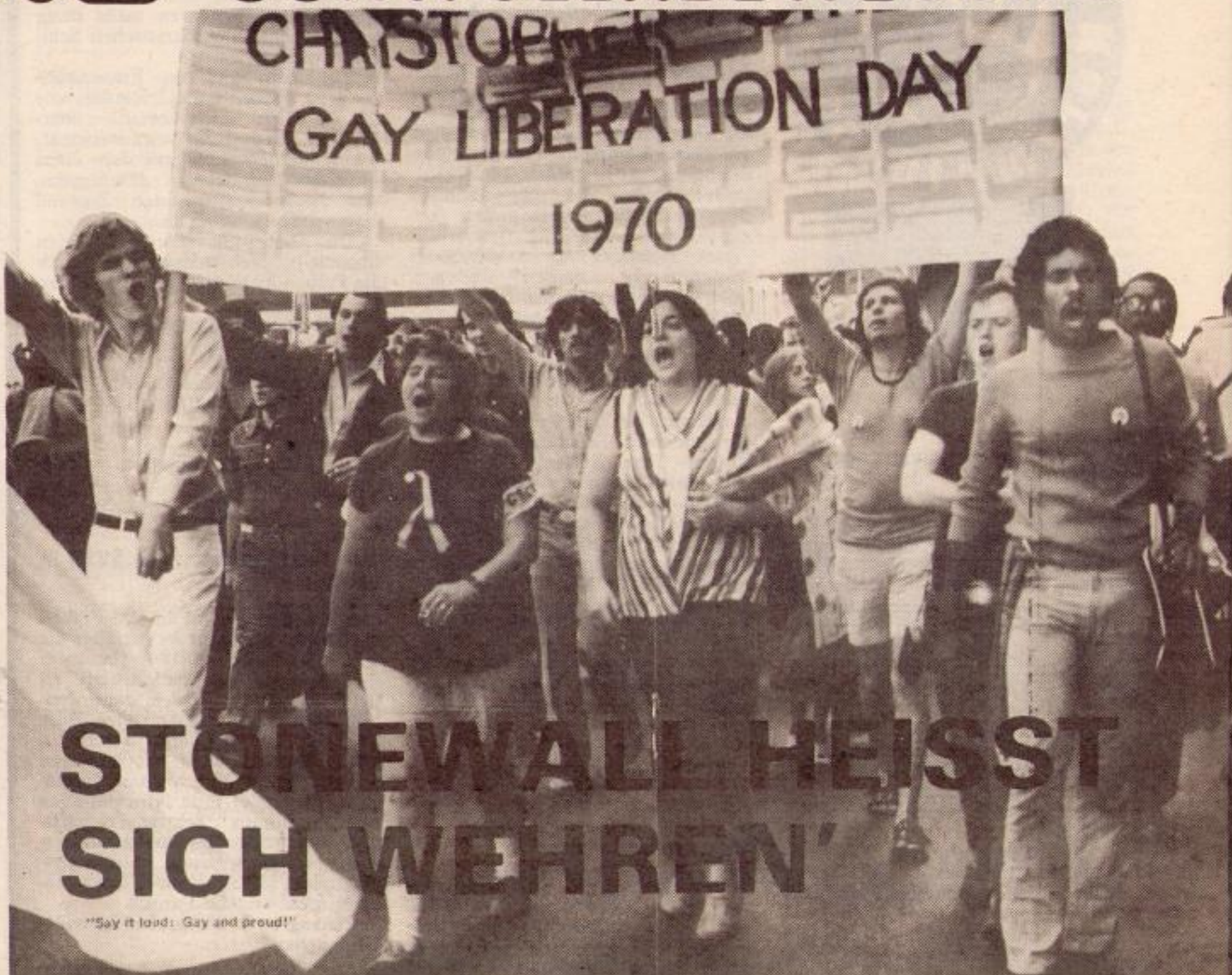
Die Erfahrung von Stonewall und die nachfolgenden Ereignisse haben gezeigt, daß Schwule und Lesben sich wehren können, und diese Erfahrung verbindet sie mit allen unterdrückten, ausgebeuteten und entrechteten Menschen und ihrem Kampf für eine Gesellschaft, die frei ist von Unterdrückung, Ausbeutung und Entrechtung.

Die Rebellion von Stonewall hatte Folgen. Überall dort, wo sich schwule/lesbische „Informationskanäle“ in einer zwangsheterosexuell dominierten Klassengesellschaft herstellen konnten, bildeten sich schwule/lesbische Gruppen – häufig im Untergrund. Stonewall hatte Folgen in Kuba, Argentinien, Chile, der BRD, der Sowjetunion, Frankreich, Spanien, Italien, in Afrika, Japan, Indien, Nigeria, der DDR, Hawaii, bei den Eskimos auf Grönland und auf der Insel Helgoland – Schwule und Lesben sind überall!

Am 10. Jahrestag der Stonewall-Rebellion werden mehr Homosexuelle gemeinsam auf den Straßen demonstrieren als jemals zuvor. Auf Initiative der 1978 gegründeten „International Gay Association“ werden alle Demonstrationen, Versammlungen und Feste am 30. Juni 1979 stattfinden: Zum ersten Mal wird es auch in der BRD eine zentrale Demonstration geben: In Bremen. Wir rufen alle Schwulen, Lesben sowie alle anderen „Unnormalen“ auf, sich daran zu beteiligen!

**STONEWALL HEISST ZURÜCKSCHLAGEN!
HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!
LOVE AND STRUGGLE!**

AG Schwule im KB



Der Polizeiberfall auf das Stonewall begann in den frühen Morgenstunden des 28. Juni 1969. Bullenwagen fuhren vor die Eingangstüren, „pigs“ (Bullen) besetzten die Ein- und Ausgänge des Lokals, stürmten ins Innere, kontrollierten Ausweise, beschimpften die Anwesenden. Eine Routine-Razzia – so schien es.

Die etwa 200 Schwulen und Lesben, die zu dieser Stunde im Stonewall waren, wurden gefilzt und dann nach draußen geschoben. Es wurde – wie bei tausenden Razzien dieser Art zuvor – angenommen, daß die „queers“ (amerikanisch für „pervers“) sich heimlich davonmachen würden – eingeschüchtert und interessiert, ihre Anonymität zu wahren.

Dies geschah jedoch nicht! Auf der belebten Christopher-Street, vor dem Eingang des Stonewall, versammelten sich diese „queers“, protestierten gegen den Terror der „pigs“ und wichen nicht von der Stelle. Da Greenwich-Village im allgemeinen und die Gegend um die Christopher-Street im besonderen eine von Lesben und Schwulen stark bevölkerte Gegend ist, versammelten sich immer mehr vor dem Stonewall und diskutierten über die Vorgänge und die noch laufende Razzia.

Mehrere Tanten und Transvestiten – immer dankbar für ein großes Publikum – waren auf die Treppensätze der umliegenden Häuser gestiegen, um die Passanten auf die Bullenschau aufmerksam zu machen:

„Hallo Schwestern! Kommt her, hier gibts mal wieder richtige Kerle! Seid doch nicht so schüchtern! Hallo, Herr Bulle, wie wärs mit uns beiden? Magst Du mich etwa nicht?“ Die Menge der Zuschauenden, Umstehenden und Diskutierenden war allmählich auf 400 bis 500 angewachsen. Obwohl hier und da gerufen wurde: „Weg mit den Bullen!“, „Bullenterror!“, „Bullen raus!“ war die Stimmung noch verhältnismäßig friedlich. Das Bild änderte sich jedoch rasch, als plötzlich drei weitere Streifenwagen und ein Mannschaftswagen vorfuhren, mehrere „pigs“ aus den Autos sprangen, sich fünf Personen aus der Menge griffen und sie in den Mannschaftswagen stießen. Außer zwei Angestellten des Stonewall waren drei Tanten im Fummel verhaftet worden. Jetzt änderte sich die Stimmung schlagartig. Ein gewaltiges Pfeifkonzert setzte ein. Rufe: „Gebt unsere Leute frei!“, „Scheiß-Bullen, Scheiß-Kerle“, „Befreit die Gefangenen!“. Hunderte Lesben und Schwule umringten die Bullenwagen, drohten mit Fäusten, versuchten die Polizeiwagen umzukippen und die Verhafteten zu befreien.

Die Bullen, auf Widerstand nicht vorbereitet, sprangen in die Autos, schlossen die Türen, starteten die Wagen und flüchteten.

Kurz darauf spielte sich eine weitere Provokation der Bullen ab: Eine lesbische Frau wurde von mehreren „Pigs“ mit Gewalt in ein Auto gezwängt. Sie wehrte sich verzweifelt und hatte sich mehrere

Male dem Zugriff der Bullen entwinden können. Jetzt warf sich so ein fettes Schwein mit seinem vollen Körpergewicht auf die Frau und drückte sie mit aller Gewalt auf den Boden. Sie schrie vor Schmerz. Diese brutale Szene steigerte die Wut und die Bereitschaft der Umstehenden, sich gegen diesen Terror zu wehren. Es wurde versucht, den fetten Bullen von der Frau zu ziehen. Handgemenge, Pfeifen, brodelnder Lärm. Immer mehr Schwule und Lesben griffen jetzt zu harten Gegenständen, um sie gegen die Bullen zu schleudern: Münzen, Flaschen, Bierdosen, Steine! Einzelne Bullen bekommen Angst, sie machen Anstalten, sich in das Stonewall zurückzuziehen. Erste Stimmen sind zu hören, die fordern: „Befreit das Stonewall!“, „Schlagt die Bullen zusammen!“. Die Haltung der Menge wird zusehends kämpferischer, die Lage der Bullen immer brenzliger.

Zusammen mit Oberbulle Pine (dem Leiter der Razzia) und einigen anderen Bullen steht auch ein Reporter der New Yorker Zeitung „Village Voice“ vor dem Eingang des Stonewall. Er berichtet in der Ausgabe der „Village Voice“ vom 3.7.69 über die weiteren Ereignisse: „Pine sagt: Wir müssen reingehen, uns drinnen einschließen, das ist sicherer... Ich gehe mit rein. Wir schließen die schwere Tür. Die Front des Stonewall besteht größtenteils aus Ziegelsteinen, ausgenommen die Fenster, die von innen mit Sperrholz geschützt sind. Drinnen hören wir das Rütteln an den Fenstern, gefolgt von Geräuschen, die von den an die Tür geworfenen Ziegelsteinen stammen müssen. Aufgebracht Stimmen. Der Flur zittert bei jedem Schlag.“

Vor dem Stonewall nimmt die militante Stimmung zu. Die Parole „Stürmt das Stonewall!“ setzt sich immer mehr durch. Jemand greift sich einen Mülleimer und schlägt damit ein Fenster ein. Eine Gruppe macht sich an einer Parkuhr zu schaffen und versucht, sie aus der Zementierung zu lösen. Es gelingt. Das Ding wird als Rammbock benutzt, um die Tür einzudrücken. Andere Lesben und Schwule machen sich an den Sperrholzverkleidungen der Fenster zu schaffen. Anfeuernde Rufe von den weiter hinten Stehenden.

Der „Village Voice“-Reporter berichtet aus der Sicht der Belagerten weiter:

„Plötzlich springt die Tür auf. Bierdosen und Flaschen poltern herein. Pine und sein Trupp versuchen schnell, die Tür wieder zu verriegeln. In diesem Moment wird der einzige Bulle, der eine Uniform anhat, am Auge verletzt. Er jammert laut, aber es sieht schlimmer aus, als es ist. Sie alle haben plötzlich Angst

bekommen. Drei laufen nach vorne, um zu versuchen, die Menge von der Tür aus zu beruhigen. Ein Münzenhagel ist die Antwort. Eine Bierdose prallt gegen den Kopf von Polizeinspektor Smith. Pine... sammelt sich, springt hinaus ins Getümmel greift jemanden um die Taille, zieht ihn nach hinten und zerrt ihn in den Flur. Sie fallen hin. Pine kommt schnell wieder auf die Beine und schleift den rausgefiuchten Demonstranten an den Haaren weiter nach hinten. Die Tür ist wieder zugeknallt worden.“

Wütende Bullen umgeben den Gefangenen und lassen ihre Wut an ihm aus, beispielhaft für die draußen stehende Menge.

Pine sagt: „Ich habe gesehen, wie Sie etwas geworfen haben!“. Unglücklicherweise antwortet der Gefasste und sagt: „Nur einige Münzen“.

Der Bulle, der kurz vorher einen Wurf abbekommen hatte, gerät in Wut, schreit etwas wie: „Dann bist du es gewesen, der mich geschlagen hat!“. Und während die anderen Bullen ihn unterstützen, prügelt er fünf oder sechs mal auf den Gefangenen ein und beendet seinen Angriff mit einem Schlag gegen den Mund. Sie prügeln auch dann noch auf den Gefangenen ein, als dieser schon fix und fertig ist ...

Wieder wird die Tür von außen aufgeschlagen. Weitere Gegenstände fliegen rein.“

Draußen kommt eine neue Parole auf: „Roast the pigs alive!“ („Röstet die Bullen!“). Der Ruf nach Benzin geht durch die Reihen der Demonstranten. Die Bullen im Stonewall fangen an durchzudrehen:

„Die zivilen Bullen finden einen Feuerlöscher und wollen die an-

S/M-Diskussion: Das Publikum murr

In drei AK's (148 bis 150) wurde die in AK 141 begonnene Diskussion über SM (Sadomasochismus) fortgesetzt. Die AG Schwule im KB hat inzwischen die gesamte bisherige Diskussion als Dokumentation herausgebracht.

Nach dem AK 150 sind bisher acht Leserbriefe eingegangen, sicher werden es noch mehr. Fünf davon sind Leserbriefe schwuler AK-Leser aus Hamburg, die sich über die „Verteufelung“ von SM im AK empören: Einer meint, die Sadomasochisten seien „die neuen Juden der Linken“; ein anderer glaubt nun den Beweis zu haben, daß die Linken eben doch schwulenfeindlich sind.

Außer diesen fünf Leserbriefen hat eine lesbische Frau einen Diskussionsbeitrag (positiv zu SM) geschrieben; ein längerer Beitrag stellt das Thema mehr in den Gesamtzusammenhang der linken Krisen-Diskussion. Und schließlich gibt es noch einen Leserbrief von vier Hamburger Genossinnen und Genossen, ebenfalls pro-SM.

Neben diesen Leserbriefen gibt es viele mündlich überlieferte Stellungnahmen. Der Hauptzug darin ist, daß man/frau allmählich nicht mehr einsieht, was „so etwas“ überhaupt im AK zu suchen habe. Daneben ist vielfach Genugtuung über die SM-kritischen Beiträge in AK 150 zu hören.

Ob „so etwas“ in den AK gehört, wäre zu diskutieren. Das würde aber voraussetzen, daß die Redaktion solche Meinungen nicht erst in den Kneipen auf sammeln oder aus den Genos-s/innen herausfragen muß, sondern daß man/frau sich auch ruhig mal schriftlich zu Themen äußert, die man/frau lieber nicht oder jedenfalls nicht „so breit“ im AK sehen möchte. Es brauchen ja keine langen Aufsätze zu sein. „Postkarte“ genügt.

Wir hoffen, daß Begründungen eingehen, warum „so etwas“ nicht in den AK gehören soll, da es dabei wohl nicht nur um die SM- oder Schwulen-Problematik geht, sondern um die Behandlung sog. „persönlicher Probleme“ überhaupt. Das sollte im AK einmal offen diskutiert werden.

AK-Redaktion



„Stonewall“ Demonstration in New York ...



... in Wellington/Neuseeland (links) und in New York ...

stürmende Menge damit solange in Schach halten, bis Verstärkung kommt. Sie können nicht sehen, wohin sie mit dem Ding zielen und schließlich verhaftet es sich in einem Riss der Tür... Die Geräusche, die von draußen herinkommen, erinnern an alles andere als an tanzende „faggots“ (amerikanischer Schimpfname für Homosexuelle). Es hört sich an wie ein mächtiger Wutschrei, der kraftvolle Racheschrei einer Vendetta... Jetzt gibt die Tür an der Seite nach. Ein Bulle schreit: „Verschwindet, oder ich schieße!“ Es hört für kurze Zeit auf zu rütteln.

Jetzt ist die Eingangstür vollkommen offen. Gleichzeitig fällt mit lautem Getöse eines der Sperrholzfenster runter und es scheint unvermeidbar, daß die Menge reinströmt... Alle Polizisten ziehen ihre Pistolen... Pine postiert einige Männer auf jeder Seite des Korridors, der vom Eingang wegführt. Sie zielen auf die Tür. Ein Ziviler bewaffnet sich zusätzlich mit einem abgesägten Baseballschläger, den er irgendwo gefunden hat. Ich höre, wie jemand sagt: „Wir knallen den ersten motherfucker ab, der durch die Tür kommt!“

Draußen ist jetzt Benzin aufgetrieben worden. Es wird durch ein eingeschlagenes Fenster ins Innere des Stonewalls geschüttet, angezündet, es fängt an zu brennen.

In das Brausen des Brandsatzes mischen sich von Ferne die Sirenen der herangeholten Polizeiverstärkung. Ein großes Polizeiaufgebot erreicht den Platz vor dem Stonewall. Die Bullen schwärmen aus und prügeln wild auf die umstehenden ein. Es gelingt ihnen, die Demonstranten abzurufen und zu vertreiben.

Die „Stonewall-Rebellion“ hatte ganze 45 Minuten gedauert. Dreizehn Personen waren verhaftet worden, es gab mehrere Verletzte.

Die „Stonewall-Rebellion“ ist die Geburtsstunde der Schwulenbewegung geworden. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Meldung, daß sich Schwule und Lesben militant gegen ihre Unterdrücker zur Wehr gesetzt hatten.

Am nächsten Abend, es war der 29.6.69, war das Stonewall wieder geöffnet. Bereits am Nachmittag hingen Tafeln mit der Aufschrift: „SUPPORT GAY POWER!“ in den Fenstern des Lokals. GAY POWER (gay = schwul) wurde die Hauptparole, als sich am Abend des 29.6. (gay = schwul) wurde die Hauptparole, als sich am Abend des 29.6. wiederum hunderte Lesben und Schwule vor dem Stonewall versammelten. Ein sich formierender Demonstrationszug wurde von den Bullen zusammengeschlagen, konnte sich aber immer wieder neu bilden. Erst gegen 3.30 Uhr endeten die Auseinandersetzungen. Es waren wieder mehrere Demonstranten verhaftet worden. Am Sonntagabend, 30.6., versammelten sich erneut hunderte homosexueller Männer und Frauen vor dem Stonewall, obwohl das Bullenaufgebot noch verstärkt worden war. Um sich von den Bullen nicht aus der Gegend des Stonewall vertreiben zu lassen, wurden in dieser Nacht alle Straßen um den Platz vor dem Lokal mit Barrikaden gesperrt. Um das Gebiet besser gegen die Bullen verteidigen zu können, stiegen viele Lesben und Schwule auf die Dächer der umliegenden Häuser, um von oben Steine, Abfall und Flaschen auf die angreifenden Bullen zu schleudern. Gleichzeitig wurden zahlreiche Freudenfeuer angezündet und das Gebiet symbolisch zum befreiten Land erklärt.

Die Auseinandersetzungen dauerten insgesamt eine Woche, denn auch an den folgenden Abenden und

Nächten versammelten sich immer wieder hunderte und forderten: GAY POWER TO GAY PEOPLE!

Der politische Kontext, in dem die neue Bewegung entstand, war durch Militanz gekennzeichnet.

Die Jugend- und Studentenbewegung befand sich damals auf einem Höhepunkt, und eine internationale Protestbewegung hatte sich gegen die US-Aggression in Vietnam entwickelt. Das „Schwarze Amerika“ hatte begonnen, sich mit den Black Panthers militärisch zur Wehr zu setzen. Die radikal demokratischen „Students for a Democratic Society“ (SDS) standen 1969 auf dem Gipfel ihrer Entwicklung. Frauen-Organisationen entstanden in allen Teilen der USA.

Auf internationalem Gebiet war es vor allem der Befreiungskrieg des vietnamesischen Volkes, der die Gedanken von Millionen begeistert hatte.

Die Pariser Mai-Revolution der Arbeiter und Studenten stellte einen weiteren Höhepunkt in den militanten Auseinandersetzungen dieser Zeit dar. Ein dritter wichtiger Faktor waren die Impulse, die von der chinesischen Kulturrevolution ausgingen. Viele „Black People“ und Studenten entwickelten ein ernsthaftes Interesse an den Texten von Marx, Engels, Lenin, Che, Ho Chi Min, Mao und anderen bedeutenden Revolutionären. Die pazifistischen Abwiegler und liberal-bourgeois Politiker waren in die Defensive geraten.

Noch in der Woche nach der „Stonewall-Rebellion“ wurde die Gay Liberation Front gegründet. Im militanten Kampf mit den Bullen entstanden, entfaltete die „Gay Lib“ in der ersten Phase ihrer Entwicklung viele Aktivitäten gegen weitere Bullenüberfälle auf schwule Lokale. Der Überfall auf eine schwule Bar in Greenwich Village, bei dem im Mai 1970 166 Lesben und Schwule festgenommen wurden, provozierte in der folgenden Nacht eine militante Demo von 500 Leuten. Überall in den USA, Kanada und anderen englischsprachigen Ländern gründeten sich Aktionsgruppen, die wiederum Vorbild zur Gründung weiterer Gruppen bildeten.

Im Juni 1970, zum 1. Jahrestag der „Stonewall Rebellion“, demonstrierten 5.000 homosexuelle Frauen und Männer in New York. Die Hauptparole der jungen Bewegung, „Out of the toilets and into the Streets“ („Raus aus den Klappen, rein in die Straßen!“), stellte die Aufforderung an alle Schwulen und Lesben dar, das Versteckspiel aufzugeben und offen für das Recht auf Homosexualität einzutreten. In den folgenden Jahren griff die Bewegung auf Südamerika, Australien, Europa, Asien und Afrika über. In den Jahren 1977 und 1978 wurden in der Mobilisierung für den „Gay Liberation Day“ (Jahrestag von Stonewall) Rekordzahlen erreicht. Allein in San-Franzisko demonstrierten 250.000 bis 300.000, in New York 150.000, Zehntausende in Sidney, Melbourne, Wellington (Neuseeland), London, Stockholm, Barcelona, Rom, Paris, Amsterdam, Kopenhagen, Mailand, Madrid, und vielen anderen Städten.

Am 30. Juni dieses Jahres werden auf Initiative der 1978 gegründeten „International Gay Association“ (IGA) anlässlich des 10. Jahrestages von Stonewall zum ersten Mal alle Demonstrationen auf der Welt an einem Tag stattfinden. Überall werden besondere Anstrengungen für die Öffentlichkeitsarbeit und für die Mobilisierung zu diesem Ereignis stattfinden. Die englischen Schwulengruppen bereiten seit Monaten „das



... und in Stockholm

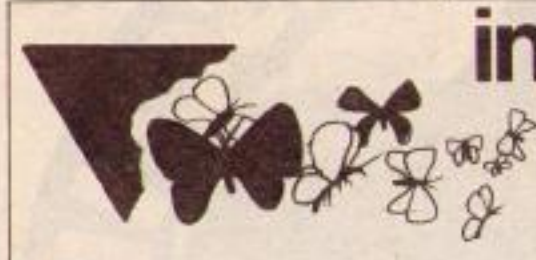
größte schwule Ereignis vor, das es jemals in Europa gegeben hat“ (Vgl. die Berichterstattung in den letzten Nummern des AK).

Erstmals wird auch hierzulande eine zentrale Aktion zum „Christopher Street Day“ stattfinden: Die Schwule Aktion Bremen (SCHWAB) hat am 21.3. zur Vorbereitung eines „Schwulen Karnevals“ in der Bremer Innenstadt aufgerufen.

Unterstützen wir die SCHWAB bei der Vorbereitung dieser Veranstaltung! Machen wir den Tag zum größten schwulen Ereignis, das jemals in Norddeutschland stattgefunden hat! RAUS AUS DEN KLAPPEN, REIN IN DIE STRASSEN! GEMEINSAM SIND WIR UNAUSROTTHAR! STONEWALL HEISST SICH WEHREN!

AG Schwule im KB

(Quellen: Jack Onge, The Gay Liberation Movement/ B. MacCubbin, The Gay Question/Village Voice v. 3.7.69/ New York Times v. 29.6.69/ Out of the Closets, Voice of Gay Liberation/)



internationale homodag antwerpen

Antwerpen (Flandern). Die sozialistischen Schwulengruppen „de rooie vlinder“ (Der rote Schmetterling), die in Gent und Antwerpen aktiv sind, werden zum 5. Mai einen großangelegten Aktionstag gegen Schwulenunterdrückung organisieren, insbesondere gegen den Artikel 372bis des belgischen Strafbuchgesetzbuches. Dieser Artikel 372bis entspricht dem § 175 des westdeutschen StGB und stellt Liebe zwischen Männern unter 18 Jahren mit Männern über 18 Jahren unter Strafe. Im Einladungsbrief der Rooie Vlinders heißt es:

„Dieser Artikel ist nicht nur verantwortlich für eine große Zahl von Verurteilungen und Erpressungen, er verurteilt gleichzeitig die jungen Homosexuellen zu ständiger Furcht und Isolation. Wir wollen, daß er raus aus dem Strafbuch kommt! Unterstützt unseren Kampf dafür! Verteilt unsere Plakate und Anstecker! Der 5. Mai ist Ausdruck der Solidarität aller fortschrittlichen Menschen mit dem Kampf der Schwulenbewegung sowie der Solidarität aller Schwulen und Lesben untereinander!“ (Übersetzung der AG Schwule).

Für den Nachmittag des 5. Mai ist die erste Demonstration in der Geschichte der belgischen Schwulenbewegung geplant. Sie soll stattfinden unter den Forderungen „Raus mit dem Art. 372bis aus dem Strafbuch!“ und „Weder gesetzliche noch praktische Diskriminierung der Homosexualität!“.

Rooie Vlinder stellt die Forderung „Weg mit dem Art. 372bis!“ ihrer Bedeutung nach in eine Reihe mit der Abtreibungsfrage für die Frauenbewegung und der Forderung der belgischen Arbeiter nach einer 36-Stunden-Woche.

Bereits im vergangenen Jahr, am 18. März 1978, fand ein internationaler Schwulentag in Gent statt, ebenfalls vom Rooie Vlinder organisiert. Daran nahmen etwa 2.000 Schwule teil. Dieses Jahr im Mai soll es also noch größer werden. Neben der Demo am Nachmittag wird abends ein großer Tuntenball („Janettennacht“) stattfinden – mit schwulem Cabarett, Musik, Gruppen, Informationsständen, Filmen und „a tremendous party“...

Wir wünschen dem Rooie Vlinder und den Teilnehmern am „internationalen homodag antwerpen“ einen großen Erfolg und viel Spaß!

Hier noch die Kontaktadressen für Plakate, Anstecker und Anmeldung:

De Rooie Vlinder
Visserij 132
9000 Gent/Belgien
oder
De Rooie Vlinder
Rotterdamstraat 44 A
2000 Antwerpen/Belgien
Tel.: 091/23 45 40

Auf nach Antwerpen!

AG Schwule im KB

Buchladen
Bismarckstr. 17
1000 Berlin 30
030/2168400

Prinz Eisenherz

für Schwule
und andere
Männer

„Ball Brühwarm“

Am Ostermontag, den 15.4., findet in der Markthalle in Hamburg der 3. Ball Brühwarm statt. Beginn ist auf 20.00 Uhr festgelegt. Allerdings steigt das Ereignis bereits um 14.00 Uhr, ebenfalls in der Markthalle: die deutsche Uraufführung des neuen Films von Rosa v. Praunheim, „Armee der Liebenden“. Karten können bei den „Brühwarms“ vorbestellt werden. Im Rahmen dieses Balls haben „Homolulu“-interessierte Gelegenheit, das internationale Schwulentreffen im Juli in Frankfurt mit vorzubereiten. Näheres bei den Brühwarms. Drei Tage zuvor, voraussichtlich am 12.4., wird das Café Tuck-Tuck in der Oelkersallee in Hamburg-Altona eröffnet.

Schwulenprozeß

Schwulenprozeß in Bonn

Sie hatten ganz offen und freundlich miteinander geredet: Leute von der Aktionsgruppe Homosexualität Bonn (AHB) und ein Sekretär der griechischen Botschaft. Dabei ging es um den Protest gegen ein schwulen- und frauenfeindliches Gesetz, das im vergangenen Jahr im griechischen Parlament verabschiedet werden sollte. Die Schwulen hatten eine Dokumentation überreicht und vor der Botschaft Flugblätter verteilt. Darin wiesen sie darauf hin, daß unter dem Mantel der Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten u.a. Schwule mit Gefängnisstrafen bedroht werden sollen.

Nach Verlassen der Botschaft wurden die Schwulen von Polizei erwartet, die ihre Namen und Adressen aufschrieb. Kurze Zeit später bekam der presserechtlich Verantwortliche der AHB einen Strafbefehl über 229,- DM zugestellt – mit der Begründung: „...als Leiter eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel ohne Anmeldung durchgeführt zu haben“.

Ja, wenn vier Schwule unter „freiem Himmel“ Flugblätter vor der etwas abseits gelegenen Botschaft verteilen, muß wohl das Schamgefühl westdeutscher Beamter verletzt sein.

Da die AHB gegen diesen Strafbefehl Einspruch eingelegt hat, kommt es am 6. April vor dem Bonner Amtsgericht zum Prozeß.

Kontaktadresse:
AHB
Postfach 300513
5300 Bonn 3

KB Bonn

SCHWAB

Bremen, 21.03. (Frühlingssanfang!) '79

SCHWULE AKTION BREMEN
Postfach 10 16 43, 2800 Bremen 1

An alle norddeutschen Schwulen und -Gruppen!

Am Samstag, dem 30. Juni ist in Bremens schöner City Karneval-Fest. Es gibt einen **schwulen Karneval** – natürlich in der warmen Sommerzeit – nämlich der 10. Wiederkehr des „Christopher Street Day“ (siehe Anlage). Statt einer Märtyrerfahrt verbissenen Unzuges. Eben an einen Karneval, provozierend und mitreisend zugleich.

Ganz Norddeutschland soll kommen!

Die Aktion wurde übrigens von der International Gay Association (I.G.A. – nicht die Gartenbaugesellschaft!) angeregt, und am selben Tag sind Demos und Veranstaltungen in Städten der ganzen Erde. **London, Berlin, New York, Rio, Paris, Amsterdam, Rom, Sydney, Stockholm, Wien**. Hier ein paar Annette und Vorschläge:

Samstag Karnevalsumzug mit Endpunkt Marktplatz: Masken, Verkleidungen, Luftballons, Musik, Konfetti. Hernech Spontaneitäten wie Straßenentheater (Brühwarm hat schon Interesse bekundet.) **unofficial** Nachmittag bis Abend: Ein Happening in schwulen Bek des Bürgerperks (Picknick). Übernachtung vielleicht am Neckstrand des Unisees in eigenen Zelten.

Die Bremer Subkulturwirte planen, ihre Kneipen für diese Zeit dichtzumachen und auf die Bürgerweide (abf. Nähe Bürgerpark) in Bierselte zu verlegen, damit auch Schwester Komers nicht zu kurz kommt. – Der drauffolgende Sonntag dann mit open End. –

Der „rosa“-Chefdesigner hat schon ein Ankündigungsplakat im Sinn, das für Verbesserungs- oder Gegenvorschläge aber noch empfänglich ist. – Am Ostermontag vor den Hamburger **BALL BRÜHWARM** wollen wir ein wenig Vorschläge zu allen sammeln, damit man z.B. auch die Plakat- und Aufkleberaktionen in Stadt und Provinz koordinieren kann.

TREFFPUNKT: 15. 4. 79, 14.00 UHR IM TUCKTUCK, OELKERSALLEE 3

Fragen an: 0421 - 34 00 03 Rolf, Andrea
- 35 70 02 Peter



Block lesbischer und schwuler Juden auf der New Yorker Demonstration

Nazi-Terror in Hessen

In der Nacht vom 10. auf den 11.3. terrorisierte eine Nazi-Bande von 5 bis 8 Leuten die Gegend um Rodgau (ca. 15 km von Frankfurt). Der Gesamtschuldirektor und SPD-Kreistagsabgeordnete Lach wurde von der Nazi-Bande aus dem Schlaf geklingelt und mit einer Waffe bedroht. Als er in sein Haus flüchtete, warfen die Nazis die Fensterscheiben ein und verwüsteten den Vorgarten.

Als nächstes statteten sie dem Vorsitzenden des DGB-Ortskartell Rodgau und aktiven Antifaschisten, Schneider, einen Besuch ab. Da dieser nicht zuhause war, beschädigten die Nazis sein Haus und verwüsteten ebenfalls den Vorgarten.

Anscheinend frustriert über die mageren Ausbeute ihres Umzugs begab sich die Nazi-Bande in eine Kneipe im nahegelegenen Dudenhofen, wo sie die Anwesenden provozierte. Daraufhin wurden sie von 4 Jugendlichen aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Nachdem die Nazis die Kneipe verlassen hatten, folgten ihnen die Jugendlichen bis zu deren Haus. Dort wurden sie von abgerichteten Hunden bedroht, die Nazis demolierten ihr Auto und schossen mehrmals mit einer Gaspistole in den mit 4 Personen besetzten Wagen.

"Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß für die Anschläge vom Wochenende wieder die Gruppe um den Nieder-Röder Altnazi Dölger in der Eisenacher Str. 2 verantwortlich ist" ("Spiegel", 16.3.).

Seit Monaten reißen die Berichte über Nazi-Umtriebe in der Umgebung von Rodgau nicht ab. Im Februar 1978 bereits tauchten Flugblätter der "Deutsch-Völkischen Gemeinschaft" in den Briefkästen Rodgaus und Umgebung auf. Im März und April 78 wurden zahlreiche Gebäude mit NS-Parolen beschmiert. Im April wurden sämtliche Stellschilder des DGB in Nieder-Roden verwüstet. Zum zweiten Mal wurde eine Gedenktafel für die Opfer des Faschismus gestohlen. Am 8. Mai 78 traten

die Nazis zum ersten Mal öffentlich in Erscheinung: Bei einer Gedenkfeier des DGB zu Ehren der Opfer des Faschismus pöbelten sie die Gäste an.

Im November ("Kristallnacht") wurde in Seligenstadt (ca. 10 km von Rodgau) eine Gedenktafel gestohlen, die an die hier niedergebrannte Synagoge erinnert.

Zentrum der Rodgauer Bande ist das Haus in der Eisenacher Str. 2; 6054 Rodgau - 2. Hier wohnen die vier Aktivisten der Bande:

Stefan Wagner, 19 Jahre alt, Kandidat auf Schönborns Europaliste der "Aktionsgemeinschaft Nationales Europa". Im August 78 bei der berüchtigten Schlägerei mit der Polizei in Lentföörden (Schleswig-Holstein) anwesend. Ende Februar wegen NS-Schmierereien, Nötigung und Körperverletzung vom Offenbacher Jugend-schöffengericht zu 7 Monaten (auf Bewährung) verurteilt.

Während des gleichen Prozesses wurde auch Wagners 17-jähriger Mitbewohner Michael Satorski verurteilt, indem man ihn ein Jahr der Aufsicht eines Bewährungshelfers unterstellte.

Emil Dölger, ca. 50 Jahre alt, ist der Ziehvater der Rodgau-Bande und wohnt ebenfalls in der Eisenacher Str. 2.

Der vierte Nazi ist uns bisher nicht bekannt.

Die Rodgau-Bande hat engste Kontakte zur Frankfurter NS-Szene, insbesondere zu Schönborn, Koch und Beier. Bei den Veranstaltungen der ANE waren zumindest Wagner und Satorski anwesend. Für Satorski endete am 26.3. die ANE-Veranstaltung in Offenbach allerdings im Krankenhaus.

KB Frankfurt



Stefan Wagner

SS raus aus Arolsen!

Wie schon in den vergangenen Jahren will die „3. SS-Panzer-Division Totenkopf“ auch in diesem Jahr in Arolsen/Mengeringhausen ihr „Suchdienst- und Kameradentreffen“ veranstalten. „Höhepunkt“ des Treffens vom 27. - 29.4. soll ein Schweigemarsch am 28.4.79 mit Kranzniederlegung sein. In den letzten Jahren fand dieser Schweigemarsch unter Glockengeläut statt.

Die „SS-Totenkopfdivision“ wurde im Oktober 1939 gegründet. Ihr Kommandeur wurde der seit 1934 als „Inspekteur der Konzentrationslager und Führer der Totenkopfverbände“ tätige SS-Brigadeführer Theodor Eicke. Ca. 6.500 Angehörige der Wachmannschaften der Konzentrationslager („Totenkopfverbände“) wurden zu der neu aufgestellten „SS-Totenkopfdivision“ versetzt. Die Mörder und Folterer der KZs bildeten also die Stamm-Mannschaft der „Totenkopfdivision“. Entsprechend waren auch die Grausamkeiten der Division.

Bei dem Massaker von Le Paradis/Flandern, am 26.5.1940, ermordeten Angehörige der „Totenkopfdivision“ hundert gefangene britische Soldaten. Die Ermordung von 20.000 Menschen bei Charkow/UdSSR wird dieser Division zur Last gelegt. Leute wie der Auschwitz-Kommandant Höß, der Birkenau-Kommandant Hartenstein, J. Stroop, der das Warschauer Ghetto vernichtete, Eichmann, Bach-Zelewski erhielten ihre „Ausbildung“ in der „SS-Totenkopfdivision“.

Nach 1945 kehrten viele Mitglieder der „Totenkopfdivision“ unter falschem Namen nach Arolsen, dem „Bereitstellungsraum“ ihrer Division, zurück. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn die SS-Mörder in ihrer diesjährigen Einladung schreiben: „Arolsen ist dank der herzlichen Aufnahme durch Fürstenhaus, Stadtverwaltung und Bevölkerung uns allen - auch von Treffen der letzten Jahre - in bester Erinnerung“. Letztes Jahr erklärte CDU-Stadtrat Klapp auf dem SS-Treffen, daß die Männer der „Totenkopfdivision“ „immer willkommen“ seien. Der

bekannte HIAG-Sprecher Dr. Wisselbach, CDU/MdB, zu dessen Wahlkreis Arolsen gehört, durfte nicht fehlen. „Ihre Hoheit“ Fürstin Altbach war selbstverständlich anwesend - schließlich - war der „Erbprinz“ zu Waldeck-Pyrmont SS-Obergruppenführer.

1976 war der Arolsener Bürgermeister, Dr. Welteke, Gast auf dem „Totenkopf“-treffen. Auch der Korbacher Landrat Dr. Reccius konnte schon als Gast begrüßt werden.

Proteste

Wie schon in früheren Jahren, gibt es auch jetzt wieder vielfältige Proteste gegen das SS-Treffen.

Schauspieler des Dortmunder Stadttheaters sind mit einem Offenen Brief an die Öffentlichkeit getreten: „Wir protestieren gegen die Treffen der SS-Division Totenkopf und die Begrüßung dieser ehemaligen Terrororganisation durch die Stadt Arolsen. Uns ist bekannt, daß die 1939 gegründete und vieler Kriegsverbrechen beschuldigte 3. SS-Panzer-Division-Totenkopf kein neuer Frontverband gewesen ist, sondern daß der Austausch zwischen Front- und KZ-Einsatz ständig stattgefunden hat. Die sich heute noch immer unter dem provokanten Zeichen „Totenkopf“ treffen, bekennen sich wie früher dazu. Wir erwarten, daß die Stadt Arolsen ihre Stadthalle zu diesem Treffen nicht wieder zur Verfügung stellt. Sollten - wie bisher - auch dieses Jahr Vertreter der Stadt Arolsen die „Truppenkameradschaft“ offiziell begrüßen, werden wir Strafanzeige stellen.“

Im Dortmunder Stadttheater sind schon zahlreiche Unterschriften für diese Erklärung gesammelt worden.

Der „Initiativkreis zur Ehrung der Neuer Antifaschisten“ schickte an den Rat der Stadt Arolsen einen Protestbrief:

„Mit Erschrecken haben wir vernommen, daß sich in Arolsen-Mengeringhausen seit Jahren die Reste

der „SS-Division-Totenkopf“ treffen, daß diese sogar von den Mitgliedern des Rates willkommen geheißen werden“ (tat, 23.3.79).

Die Initiative fordert den Rat der Stadt auf, das Treffen nicht länger zu dulden, und fordert das Verbot aller Nazi-Organisationen und des geplanten Treffens in Arolsen. Der Protestbrief an die Stadt trägt 130 Unterschriften.

Antifa-Kommission, nach Berichten aus Kassel und Münster

Steve B. Peinemann

Nochmal der Vergessens-Artist

Der gewesene Nazi
Gewesene Hinrichter
Gewesene Ministerpräsident

Der jetzt Zeit hat für weiteren Aufstieg
Allein noch an Berghängen
Erhält neben Ruhestandsgeldern

Wegen der Repräsentation
Mehrere tausend Mark jährlich
„ZU REINIGUNGSZWECKEN“

Das,
Sagt mein Nachbar,
Finde er unverschämte zwar,
Doch
angemessen satirisch.

(Nach einer Nachricht in der „Frankfurter Rundschau“ im März 1979 über den ehemaligen Marinestabsrichter und baden-württembergischen Ministerpräsidenten H.K. Filbinger)



Straßburg

In Straßburg wird am 21. April eine internationale antifaschistische Demonstration stattfinden. Die Initiative dazu geht aus von einem Zusammenschluß von 68 Verbänden aus 13 Ländern - größtenteils wohl Revi-nah. Die zentralen Parolen lauten: „Für die Auflösung der SS-Verbände“, „Nicht-Verjährung der Nazi-Verbrechen“, „Gegen den Neonazismus“ bzw. „Für das Verbot aller Nazi- und Neonazi-propaganda“. Busse nach Straßburg werden u.a. von den örtlichen VVN-Geschäftsstellen organisiert.

Lüneburg

Am 3. März ging die NPD in Lüneburg angesichts von über 1000 Gegendemonstranten, Pfiffen und Wurfgeschossen sang- und klanglos unter. Das reicht der NPD aber nicht: Sie plant weitere „Kundgebungen“ in Lüneburg. Eine davon ist ihr inzwischen genehmigt worden. Der NPD-Auftritt soll am 7. April auf dem Marienplatz stattfinden. Ob sie mehr Glück haben wird als am 3. März?

Hagen

Ein Gewerkschaftssekretär der IG Metall aus Hagen wurde wegen „Beleidigung“ von Neonazis zu einer Strafe von 600 DM verurteilt.

Bei einer gewerkschaftlichen „Beleidigung“ von Neonazis zu einer Strafe von 600 DM verurteilt.

Bei einer gewerkschaftlichen Gegendemonstration gegen eine NPD-Zusammenrottung im November 78 hatte der Gewerkschaftssekretär völlig zutreffend zu einem Neonazi gesagt, wer Untaten der Faschisten gutheißt, befindet sich in der Nähe der geistigen Täterschaft.

Der IG-Metall-Sekretär hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Westberlin

Mitten in Westberlin eröffnete Anfang Februar eine neue Kneipe. Ihr Inhaber, Willi Gettel, hatte sie mit Tarnnetzen, Sandsäcken, Wellblech und Hitlerwandgemälden ausgestattet. In diesem „Cafe Vaterland“ wurde „ab 11 Uhr Essensausgabe, Frühstück mit Feindberührung und Gefechtslärm“ geboten. Und der Zuspruch für diese Kneipe erfolgte auch prompt von berufener Seite. „...endlich mal ein Forum für Leute, die ein Faible für den Militarismus haben und sich bisher nur hinter verschlossenen Türen treffen konnten“, schwärmte ein Gast. Bunt durch die Westberliner Faschistenszene tummelte sich's; bald gehörten Mitglieder der „Wiking-Jugend“ in schwarzer Uniform genauso wie Mitglieder von Burschenschaften zu den Stammgästen dieses Etablissements.

Anfang März deckte die linke Zeitung „radikal“ das Nest auf. Jetzt berichtete auch die bürgerliche Presse. Drei Journalisten wurden von Mitgliedern der „Wiking-Jugend“ vor dem „Cafe“ überfallen, einer mit einem abgeschlagenen Flaschenhals an der Kehle verletzt. Eine Bürgerinitiative aus Anwohnern gründete sich mit dem Ziel: Schließung des „Cafes“! Eine Unterschriftensammlung wurde eingeleitet.

Eine Woche später traf man sich wieder: Der Inhaber des „Cafe Vaterland“ hatte inzwischen das Handtuch geworfen und seine Konzeption zurückgegeben. Letzter Denkstoß für ihn war offenbar eine Schlägerei im „Cafe“, bei der die Inneneinrichtung zu Bruch gegangen war und die Frontscheiben sich als nicht genügend widerstandsfähig gegen Steine erwiesen hatten.

Der Wirt ist jedoch ebenfalls Pächter der Kneipe „Belgisch-Kongo“ und vom „Yorck-Schlößchen“, wobei interessant ist, daß die letztere eine sogenannte „linke“ Kneipe ist. Ein Boykott wäre wohl angemessen!

Die Bürgerinitiative beschloß weiterzumachen. Es gibt in Westberlin

neben dem „Cafe Vaterland“ noch jede Menge Antifaschistisches zu tun! Willkommen ist jeder, der mitmachen will.

Antifa-Kommission Westberlin

Dortmund

Für eine „ganz miese Sache, stümperhaft und geschmacklos“ hält der Dortmunder CDU-Ratsherr Theo Schwill eine antifaschistische Ausstellung, die seit dem 25.2. im Foyer des Dortmunder Schauspielhauses läuft („Ruhr-Nachrichten“, 14.3.). Dokumentierte Tatsachen sind es, die den CDU-Spitzenkandidaten für die nächsten Oberbürgermeisterwahlen gegen die von Mitgliedern des Schauspielhauses und der Antifaschistischen Gruppe Dortmund organisierte Ausstellung eingebracht haben. So wettet Schwill gegen „pauschale Bezeichnungen wie 'Nazi-Verbrecher in der CDU'“ (ebenda), wie auch gegen die Auflistung von Dortmund NSDAP-Spendern. „Jeder weiß“ - so Schwill - „wie solche Spenden oft erpreßt wurden. Wenn man heute schon großzügig (?) ist bei der Vergangenheit von Lehrern, sollte man jene Spender nicht einer zweiten (?) öffentlichen Entnazifizierung unterziehen“ (ebenda).

Antifa-Kommission NRW

Neuss

Ca. 200 Antifaschisten erreichten am 24.3. durch ihren Protest den Abbruch eines NPD/JN-Infostandes. Die Faschisten verzogen sich aus der Innenstadt, nachdem der von dem Neusser Antifaschistischen Arbeitskreis und der SDAJ organisierte Protest zur völligen Isolierung der Nazis geführt hatte. Einige Rangelen gab es mit der von den Nazis herbeigerufenen Polizei, deren „unverhältnismäßiges“ Vorgehen gegen die Antifaschisten selbst von der örtlichen Presse kritisiert wurde (so wurde u.a. ein völlig unbeteiligter Passant festgenommen, der, nachdem er von einem Polizeiwagen angefahren worden war, im Affekt auf die Kühlerhaube des Autos geschlagen hatte).

Am Nazi-Stand tummelten sich übrigens der JN-Kreisvorsitzende C. Morgener sowie NPD-Kreisvorsitzender Manfred Müller (Müller unterrichtet bereits seit Jahren ungehindert als Oberstudienrat für Deutsch und Geschichte (!) am Düsseldorfer Lessing Gymnasium).

Antifa-Kommission NRW

Offenbach

Am 26.3. wollte Schönborns „ANE“ eine Veranstaltung in Offenbach, in der Kneipe der Stadthalle, abhalten. Es erschienen jedoch 50 bis 60 Antifaschisten, die - nachdem der Wirt nicht bereit war, die Veranstaltung sofort aufzulösen - zur Selbsthilfe griffen. Der Büchertisch wurde abgeräumt und die Veranstaltung gesprengt. Während dieser Aktion verließen drei der Nazis den Raum. Als dann Antifaschisten aus dem Saal raus wollten, standen die Nazis mit Pistolen vor der Tür. Nachdem sie mehrere Schüsse abgegeben hatten, war klar, daß es sich um Tränengaspistolen handelte. Nach der ersten Schrecksekunde bezogen die Nazis eine Tracht Prügel, wobei einer von ihnen leider entweichen konnte.

Die bald darauf eintreffende Polizei nahm die Schützen fest, ließ aber den gleichfalls anwesenden Schönborn ungeschoren. Der Wirt - durch die Ereignisse eines Besseren belehrt - warf die Nazis nun doch aus der Kneipe.

Antifa-Kommission Frankfurt

Aus der Nazi-Szene

Nazi-Anschlag auf DKP-Zentrum

Heme. Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate verübten Neonazis in der Nacht zum 25.2. einen Anschlag auf das Herne DKP-Zentrum. Die Schaufensterscheiben wurden mit schweren Steinen eingeworfen und ein Flugblatt mit Parolen wie „Deutschland erwache! – Einst kommt der Tag der Rache!“ und „Kauft nicht bei Juden!“ hinterlassen. Ebenfalls finden in der letzten Zeit zwei SPD-Mitglieder des öfteren mit persönlichen Bedrohungen und Beschimpfungen versehene Flugblätter der Faschisten in ihren Briefkästen. Bei diesen Pamphleten handelt es sich um Material, das über die in Bochum ansässigen „Unabhängigen Nachrichten“ des Martin Voigt sowie über einen „Deutschen Arbeitskreis Witten“ vertrieben wird.

Antifa-Kommission NRW

Nazis stören Antifa-Film

Merzig. Am 24.3. veranstaltete die Christliche Erwachsenenbildung Merzig ein Seminar mit dem Thema „Juden in Deutschland – Juden im 3. Reich“. Als während des Seminars der Film „Bei Nacht und Nebel“ gezeigt wurde, sprangen etwa 12 Nazis, die vorher scheinbar als Zuhörer in den Saal kamen, auf, und begannen, die Teilnehmer mit Stinkbomben, Eiern und Joghurt-Bechern zu bewerfen. Die Verfolgung sei nicht möglich gewesen, da die Flüchtenden den Inhalt eines Feuerlöschers im Raum versprühten. Der Seminarleiter wurde leicht verletzt. Außerdem entstand erheblicher Sachschaden.

Ein Saarbrücker Genosse

Prozeß Hanna Reitsch gegen Christusgemeinde Bremen

Der Prozeß der Nazi-„Fliegerheldin“ Hanna Reitsch gegen die Bremer Christusgemeinde ist vorläufig abgeschlossen.

H. Reitsch hatte die Christusgemeinde verklagt wegen eines Satzes, der den Protest gegen eine Veranstaltung des rechtsradikalen „Stahlhelm“ mit H. Reitsch am Vorabend der „Reichskristallnacht“ begründen sollte. Die Christusgemeinde hatte darin eine Passage aus einem Lebensroman der Hanna Reitsch zitiert, in dem sie die Judenvernichtung als „Feindpropaganda“ bezeichnet hatte. H. Reitsch fühlte sich dadurch „in ihrer Ehre gekränkt“ und durch einen eventuellen Verkaufsrückgang ihrer

Reitsch fühlte sich dadurch „in ihrer Ehre gekränkt“ und durch einen eventuellen Verkaufsrückgang ihrer Bücher geschädigt. Sie beantragte per einstweiliger Verfügung den Widerruf.

In der ersten Instanz entschied das Gericht: Die Gemeinde solle „richtigstellen“, daß diese Aussage nur dem damaligen „Wissensstand“ von H. Reitsch entsprochen hätte. In der Berufungsverhandlung konnte die Gemeinde jetzt zumindest erreichen, daß ihr nur für die Zukunft untersagt wird, diesen Satz zu wiederholen. Daß H. Reitsch eine unverbesserliche Anhängerin nationalstischer Ideen ist und den Krieg und die Hitlerzeit verherrlicht, läßt sich an vielen Beispielen belegen. Wie ist es auch anders zu verstehen, daß H. Reitsch sich weigert, einen von ihr 1951 veröffentlichten Satz zu wiederholen, wonach Himmler sie getäuscht habe und die millionenfache Ermordung von Juden doch Wahrheit gewesen sei?

Der Gerichtssaal war bei der Verhandlung übervoll. Darunter saßen ca. 30 größtenteils ältere Personen, die durch ihre Zwischenbemerkungen („Stimmt ja, daß die Judenmorde nicht bewiesen sind“ u.ä.) ihre Sympathien zum rechtsradikalen Lager erkennen ließen.

Antifa-Kommission Bremen

„NSDAP“-Aktivisten aus der Haft entlassen

Frankfurt. Die beiden Frankfurter „NSDAP“-Führer Henry Fritz Beier und Wolfgang Koch, gegen die Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und NSDAP-Propaganda laufen, waren Mitte Februar in Haft genommen

worden (AK 148 und 149). Nach etwa zwei Haftwochen wurden die beiden heimlich entlassen. Koch und Beier wurden Mitte März von über 50 Antifaschisten in Frankfurt gesichtet.

Eine offizielle Begründung für die Freilassung liegt nicht vor.

Am 17.3. waren Beier und Koch an einer unter Schönborns Leitung laufenden Aktion in der Frankfurter Innenstadt beteiligt. Schönborn hatte mit ca. 15 z.T. schwarzuniformierten Jungfaschisten eine Propagandaaktion für seine „Aktionsgemeinschaft Nationales Europa“ (ANE) durchführen wollen. Verschiedene Flugblätter und Broschüren lagen bereit, ebenso wie Schilder und Eselsmasken.

Vorbeikommende Antifaschisten ließen jedoch Schilder und Blättchen brennen und verschleuderten die Nazis.

Polizisten gingen nicht gegen die NS-Typen vor, sondern nahmen die Personalien von zwei Antifaschisten auf, wobei sie einem „ein paar in die Fresse“ androhten.

Skandalöser Freispruch

Frankfurt. Am 22.3. sprach ein Schöffengericht des Obergerichts Schönborn von der Anklage der Volksverhetzung frei.

Gegenstand der Anklage war ein Flugblatt, in dem Schönborn das Tagebuch der Anne Frank als „Fälschung“ bezeichnet hatte. Das Buch sei ein „Produkt jüdischer antideutscher Greuelpropaganda“.

Das Gericht sah in diesen Äußerungen die Grenze der freien Meinungsäußerung nicht überschritten und die Menschenwürde nicht verletzt. Diesem Urteil stand die Forderung des Staatsanwalts nach zehn Monaten Haft (ohne Bewährung) gegenüber; er wird jetzt in die Revision gehen.

Zugleich lehnte das Gericht den Antrag des Staatsanwalts nach einem Sammelprozeß ab, der alle Ermittlungsverfahren gegen Schönborn zusammenfaßt. Richter Kunisch, dem Schönborn diesen Freispruch verdankt, ist kein Neuling auf diesem Gebiet:

Vor gut einem halben Jahr hatte derselbe Richter die Eröffnung eines Verfahrens abgelehnt, das der ehemalige KZ-Insaße Emil Carlebach (Chefredakteur der „tat“) gegen Schönborn angestrengt hatte. Carlebach klagte gegen die (gerichtlich schon widerlegte) Behauptung Schönborns, er, Carlebach, habe im KZ Buchenwald jüdische Häftlinge ermordet. Richter Kunisch lehnte die Verleumdungsklage mit der Begründung ab, Schönborn habe „in Wahrnehmung allgemeiner berechtigter Interessen gehandelt“!

allgemeiner berechtigter Interessen gehandelt“!

Anzeige gegen „Deutsche Nationalzeitung“

Frankfurt. Die „Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner“ stellte Strafanzeige gegen den Herausgeber der „Deutschen Nationalzeitung“, Gerhard Frey. Das Blatt hatte geschrieben: „Juden sind Vampire“. Die Anzeige lautet auf Verdacht der Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß.

Anzeige gegen Hoffmann

Das Präsidium der VVN stellte kürzlich bei der Bundesanwaltschaft Anzeige gegen die „Wehrsportgruppe Hoffmann“, gegen Hoffmann selbst und gegen den „Freundeskreis zur Förderung der Wehrsportgruppe Hoffmann“.

Die Anzeige lautet auf „Vorbereitung und Aufstacheln zum Angriffskrieg, Hochverrat gegen die Bundesrepublik Deutschland, Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und Bildung einer terroristischen Vereinigung“.

„NSDAP“-Aktivist verknackt

Dortmund. Zu einem Jahr mit Bewährung verurteilte die „Staatschutzkammer“ am Landgericht Dortmund am 20.3. den 23-jährigen „NSDAP“-Aktivisten Richard Taube aus Münster. Taube, in den Augen des Gerichtes ein „jugendlicher Wirtkopf“, wurde u.a. der „Verbreitung von Propagandamitteln und Symbolen der verfassungswidrigen NSDAP, Volksverhetzung und Beleidigung“ für schuldig befunden („Ruhr-Nachrichten“, 21.3.79).

Bei einer Hausdurchsuchung, die die Polizei Ende '77 in Taubes Wohnung sowie in der Bundeswehrkaserne Handorf (Tauben war dort stationiert) vorgenommen hatte, war haufenweise „NSDAP/AO“-Material zutage gefördert worden. Bei den daran anschließenden Vernehmungen gab Taube zu, „NSDAP/AO“ Aufkleber am Geschäft eines jüdischen Kaufmanns angebracht zu haben, die „NSDAP“-Zeitung „Wille und Weg“ sowie Drohbriebe an vier Billerbeker Kommunalpolitiker und einen Bildhauer verschickt zu haben. (Die Billerbeker Politiker hatten gegen NS-Schmierereien an ihrem Rathaus öffentlich protestiert, der Bildhauer war beauftragt worden, diese wieder zu entfernen.)

Den Behörden aufgefallen war Taube, als er sich in einem Leserbrief an Thies Christophersens rechtsradikale „Bauernschaft“ über „die verdudelte Welt“ usw. beklagte. Bis mindestens November '77 war Taube Funktionär der JN/NPD im Raum Coesfeld.

Die Verbindung dieses „NSDAP“-Aktivisten zur JN/NPD konnte auch während des Prozesses beobachtet werden, wo Taube von zwei Aktivisten der JN-nahen Harting-Bande begrüßt wurde. Verteidigt wurde Taube übrigens von einem Anwalt aus dem Büro des Recklinghauser Nazi-Verteidigers Wilhelm Schöttler: Schöttler war u.a. auch schon als Anwalt für Roeder, „MUT“, den ex-kroatischen Terroristen Bilandic sowie für den Kamener NPD-Bezirksbeauftragten und „Gut Barenbräucker“-Chef Karl-Heinz Harting aktiv.

Ein Münsteraner Genosse und Antifa-Kommission NRW

Nazi-Eckart zu neun Monaten Knast verurteilt

In Köln stand seit dem 27.12.78 der Hamburger Nazi Wolf-Dieter Eckart (u.a. „Freundeskreis der NSDAP“) vor Gericht, angeklagt wegen: Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Billigung von Straftaten, Beschimpfung der BRD und ihrer Institutionen, Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda.

Eckart wurde vorgeworfen, die „NSDAP“-Zeitung „Wille und Weg“ verschickt zu haben. Interessant war ein Zeuge der Anklage: Michael Borchardt, Betreiber einer „Faschistischen Front“, aus Hamburg-Altona: Dieser sagte aus, er habe wegen des Bezugs von „Wille und Weg“ mit Eckart korrespondiert und alle Ausgaben von Eckart bezogen. Eckart habe durchblicken lassen, daß er die Zeitschrift von Wilhelm Wübbels, Bocholt, erhalte. Wilhelm Wübbels dagegen gab an, Eckart nicht zu kennen.

Eckart behauptete schlicht, mit Wübbels, erhalte, während Wübbels dagegen gab an, Eckart nicht zu kennen.

Eckart behauptete schlicht, mit allem nichts zu tun zu haben. Seine Unterschrift bei den fraglichen Briefen sei gefälscht, ebenso sein Absenderstempel.

Am zweiten Tag beantragte er eine psychiatrische Untersuchung zur Feststellung seiner Schuldunfähigkeit. Der Richter kam diesem Antrag nach, obwohl Eckart erst anlässlich eines Prozesses in Hamburg 1978 untersucht worden war, „um keine Möglichkeit zur Wahrheitsfindung auszuschließen“.

Durch dieses Gutachten verzögerte sich die Verhandlung und konnte erst am 19.3. wieder aufgenommen werden. Da Eckart offenbar merkte, daß die Fakten trotzdem gegen ihn sprachen, versuchte er, seine „Unzurechnungsfähigkeit“ unter Beweis zu stellen, indem er auf Selbstmordneigung in seiner Familie hinwies. Es half ihm aber nichts und schließlich konnte eindeutig bewiesen werden, daß Eckart das Nazi-Blatt verschickt hatte.

Da das Urteil von Hamburg durch einen Revisionsantrag Eckarts noch nicht rechtskräftig war, mußte der Staatsanwalt formal von einem nicht vorbestraften Angeklagten ausgehen. Der Staatsanwalt beantragte neun Monate Gefängnis ohne Bewährung. Das Gericht entsprach dem Antrag und verurteilte Eckart wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Beleidigung der BRD und ihrer Institutionen, Billigung von Straftaten, nationalsozialistischer Propaganda und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Strafe von neun Monaten ohne Bewährung. Ein Urteil, das leider Seltenheitswert hat!

Antifa-Kommission NRW

Michael Borchardt – Ein Agent des VS?

Daß sich der Verfassungsschutz in der Nazi-Szene nicht nur „beobachtend“ verhält, sondern aktiv am Aufbau von Nazi-Banden mithilft – das wurde im Mai 1972 beim Prozeß gegen die „Europäische Befreiungsfront“ aktenkundig bewiesen. Diese bewaffnete Bande hatte sich 1969 aus Mitgliedern des berüchtigten NPD-„Ordnerdienstes“ gebildet. Einer der Hauptakteure, Helmut Krahberg, beschaffte die Waffen. Während des Prozesses entpuppte sich Krahberg als „V-Mann“ – worüber er natürlich keine Aussagegenehmigung hatte. Er trat als Belastungszeuge auf – ging aber selber straffrei aus (u.a. nach „Welt“, 12.7.72; „FAZ“, 19.7.72).

Einiges spricht dafür, daß Michael Borchardt aus Hamburg Altona ein ähnliches Spiel getrieben hat: Nachdem er die KPD/ML nach mehrjähriger Mitgliedschaft 1972 verlassen hatte, tauchte er Ende 1975 als „Führer“ einer „Faschistischen Front“ plötzlich wieder auf. Bis Mitte 77 brachte er monatlich die provokativ nazistische Hetzschrift „Der Aufmarsch“ heraus. Er scharte in dieser Zeit einige Jungnazis um sich (die inzwischen bei der „Hansa“-Bande sein dürften), veranstaltete „Schulungsseminare“ gemeinsam mit Wolf-Dieter Eckart („Freundeskreis der NSDAP“). Danach verschwand er erstmalig wieder von der Bildfläche, bis er jetzt als Zeuge im Prozeß gegen Eckart wieder auftauchte. Besonders interessant sind die Eiertänze, die die Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit Borchardt aufführte:

- Oktober 76: STA Klein lehnt ein Ermittlungsverfahren gegen Borchardt ab; im „Aufmarsch“ sei nichts Strafbares zu entdecken!
- April 77: B. druckt einen Strafbefehl über 2.700 DM gegen ihn ab, mit dem Zusatz, er habe Widerspruch eingelegt. D.h., daß eine mündliche Verhandlung folgen muß. Mit dem Abdruck wollte er sich, wie er schrieb, gegen „Gerüchte“ wehren, daß er von der Justiz bewußt geschont werde.
- August 77: Die STA teilt mit, sie werde einen weiteren Strafbefehl wegen des „Aufmarsch“ erlassen.
- Oktober 77: Der Westberliner „Tagesspiegel“ fragt wegen eines Buchbackrufes im „Aufmarsch“ bei der Hamburger Staatsanwaltschaft nach: „Der zuständige Oberstaatsanwalt erklärte uns, eine Zeitschrift „Der Aufmarsch“ kenne man bei der Hamburger Behörde nicht!“ („Tsp“, 16.10.77).
- November 77: Die STA teilt mit, der zweite Strafbefehl gegen B. sei inzwischen rechtskräftig, d.h. B. hatte ihn akzeptiert und keinen Widerspruch eingelegt. Gleichzeitig wies der STA eine Forderung nach Akteneinsicht zurück: „im Interesse der Resozialisierung des Verurteilten“.

Der angekündigte Prozeß wegen des ersten Strafbefehls hat übrigens nie stattgefunden!

Heute nun sagt Borchardt gegen seinen ehemaligen Kumpan Eckart freimütig aus. Die Vermutung, daß Borchardt nicht erst Mitte 77, sondern schon bei Beginn seiner Nazi-Karriere im Auftrag des VS gehandelt und entsprechende Rückendeckung durch die Staatsanwaltschaft erhalten hat, liegt sehr nahe.

Antifa-Kommission Hamburg

Nazi-Umtriebe in Nord-Rhein-Westfalen

In dieser Broschüre wird dokumentiert, wie sich unter der schützenden Hand des Staatsapparates die NPD ihre Banden ausbildet. Beispielhaft dafür ist die Harting-Bande, ein Trupp von NPD/JN-Reise- und Schlägerkadern aus NRW. Die Broschüre beschreibt, wie sie ausgebildet werden, wer dazu gehört, wie und wo sie auftreten.

Neben der Geschichte und einigen Kernaussagen der NPD wird dokumentiert, wie Polizei, Parlamente und Justiz die NPD schützen. Im Anhang: Der Wortlaut des Mannheimer Urteils, in dem die Richter der NPD

„Nicht-Verfassungsfeindlichkeit“ bescheinigen.

Diese Broschüre liefert Material zur konkreten Entlarvung der NPD als Nazi-Partei – auch außerhalb von NRW.

Zu bestellen bei:
Michael Breikopf
Buddestr. 19
48 Bielefeld
Sparkasse Bielefeld Nr. 6546 618
Blz 480 50 161 M. Breikopf
Reents Verlag Vertriebsbüro
Stichwort: Harting



Dokumentation von JN-NPD-NSDAP-Umtrieben in Nordrhein-Westfalen

NS-Kindesmörder immer noch aktiv

NS-Henker sind noch immer in Amt und Würden und nehmen ihre menschenverachtende Aufgabe nach wie vor wahr. Das enthüllte die Wiener Zeitung „Kurier“. Der NS-Mörder Heinrich Gross praktizierte als Mediziner bis jüngst am gleichen Ort, an dem er vor 1945 mit der Ermordung „lebensunwerter“ Kinder mittels Giftspritze beschäftigt war. Überführt wurde er jetzt durch einen Mann, der zweimal in seine Mörderhände geriet, das erste Mal überlebte und jetzt beim zweiten Mal wohl für sein ganzes restliches Leben hinter Gittern gelandet wäre: Friedrich Zewel. Das erste Mal, während des Faschismus, war die Spritze das Werkzeug; jetzt sollte es ein psychiatrisches Gutachten sein. Darin nennt Gross den Friedrich Zewel einen „haltenschwachen Psychopathen, der zu sexuell pervertierten Verhaltensweisen neigt“. In ähnlicher Weise war G. in Tausenden von Prozessen der Nachkriegszeit Gutachter. Viele dieser Gutachten bezogen sich auf Homosexuelle, die G. als „sozial, schädlich, gefährlich für die Gesellschaft“ einstufte und deren „langjährige Internierung im Sinne der Generalprävention“ er forderte.

Die Vorgeschichte: G. war seit 1933 NSDAP-Mitglied und wurde Gruppenführer der SA. Im Krieg wurde ihm zusammen mit zwei anderen Ärzten (Illing und Türk) die Leitung der Wiener Klinik „Am Spiegelgrund“ übertragen. Hier mordeten sie „lebensunwertes Leben“, Kinder. Zu diesen Kindern gehörte damals F. Zewel. Er war in der Strafgemeinschaft einer Wiener Erziehungsanstalt für „Kriminelle“ gewesen und dort von einem SS-Führer ständig sexuell mißbraucht worden. Z. riß daraufhin aus, wurde wieder eingekerkert und dem G. zwecks Ermordung überstellt. G. persönlich „spritzte“ ihn „ab“, leistete sich dabei aber einen makabren Scherz: Z. mußte sich auf die Spritze hin „nur“ vier Tage lang erbrechen. Später gelang ihm die Flucht. Bleibender Eindruck an die Klinik waren für ihn Karren voller Kinderleichen.

Illing und Türk wurden 1946 verurteilt: der erste zum Tode, der zweite zu 10 Jahren. Gross fehlte. Als er vier Jahre später wieder auftauchte, erhielt er nur zwei Jahre wegen Beihilfe zum Totschlag. G. saß das Urteil aber nicht ab, sondern verschwand wieder spurlos. Dann trat dieser Mörder der SPÖ

bei und machte Karriere, vor allem als Gerichtsgutachter. Er lieferte die Handhabe dafür, daß Tausende von Menschen, vor allem Homosexuelle, „sicherheitsverwahrt“ wurden. Das stand nun auch Friedrich Zewel bevor. Gross wollte den lästigen Zeugen loswerden. Für einen geringfügigen Diebstahl erhielt Z. 7 Jahre

schwere Haft mit anschließender zehnjähriger Einweisung in eine „Sonderanstalt“. Reporter kamen dem zuvor. Der NS-Mörder wird es hoffentlich schwer haben, ein zweites Mal durch die Maschen der Justiz zu schlüpfen!

AG Schwule im KB



Professor Dr. Heinrich Gross (unteres Foto) praktizierte bis in jüngste Zeit im gleichen Haus, in dem während der braunen Herrschaft „lebensunwertes Leben“ die Todespritze bekam. Das obere Foto zeigt die einstige Klinik „Am Spiegelgrund“, den heutigen „Pavillon 18“ der Wiener Baumgartner Höhe. (wk)



Otto Habsburgs Freunde in Schleswig-Holstein

Otto Habsburg („Kaiserliche Hoheit“ und Chef der reaktionären „Pan-europa-Union“) soll auf der CSU-Liste für die Europa-Wahlen kandidieren. So verkündete es F.J. Strauß im Anschluß an eine CSU-Vorstandstagung am 21. Januar und stellte damit noch einmal deutlich fest, daß die CSU gewillt ist, der monarchistischen Strömung einen ausgezeichneten Platz an der Seite der CSU einzuräumen.

Habsburg fordert Notstands-diktatur

Größere Aufmerksamkeit erregte Habsburg im April 78, als er in der extrem rechtslastigen „Zeitbühne“ sein Konzept einer Notstands-diktatur für die BRD entwickelte: in Zukunft werde eine Erpressung des Staates durch „Terroristen“ mit Hilfe von Atomspengköpfen immer wahrscheinlicher. Darauf sei dieser Staat überhaupt nicht vorbereitet. Deshalb sei eine „eilige Verfassungsreform“ nötig. „Alle Macht, ohne Verzug, wird auf 9 Monate auf eine einzige Person übertragen. Dieser Mann sollte, nur für die Zeit des Notstands, das Recht haben, sämtliche Gesetze zu suspendieren (außer Kraft setzen - Anm. AK) und alle Maßnahmen zu ergreifen, die für die Erhaltung des Lebens der Bevölkerung notwendig sind. Er wäre mit dem Inkrafttreten der Verfassungsreform in einer gemeinsamen Geheimsitzung des Bundestages und des Bundesrates zu wählen.“

Seit Jahren arbeitet Habsburg als „außenpolitischer Berater“ für die CSU-nahe Hans-Seidel-Stiftung. Wenige Wochen nach der Veröffentlichung des oben zitierten Aufsatzes erhielt Habsburg, sozusagen als Belohnung, die BRD-Staatsbürgerschaft von der bayerischen CSU-Landesregierung, um für die Europawahl kandidieren zu können. Der damalige Innenminister Seidl begründete die Einbürgerung mit einem „besonderen staatlichen Interesse der bayerischen Staatsregierung“.

Nun ja, der süddeutsche und österreichische Adel hatte ja schon immer bestimmenden Einfluß auf die bayerische Politik.

Pan-europa-Union in Schleswig-Holstein

Die Wahlen in Schleswig-Holstein (Landtag, Europa) bieten Habsburgs Pan-europa-Union (PEU) an der Seite von Stoltenbergs CDU neue Wirkungsmöglichkeiten. In Schleswig-Holstein haben sich gerade im letzten halben Jahr neue Kreisverbände der Pan-europajugend (PEJ) gebildet. In Kiel verteilt die PEJ regelmäßig ihre Publikationen in der Mensa der Uni und führte auch schon Veranstaltungen durch, darunter eine mit Habsburg persönlich. In Eutin gab es eine Veranstaltung mit dem bayerischen PEJ-Vorsitzenden Möhnle.

Die uns bekannten PEJ-Funktionäre sind alle gleichzeitig Funktionsträger bei JU oder RCDS. Der stellvertretende Landesvorsitzende Uwe Raschwitz ist gleichzeitig RCDS-Mitglied und AStA-Referent. In einem von ihm lancierten Artikel in den „Kieler Nachrichten“ vom 31.10.78 findet er Habsburgs Notstandspläne „gut und richtig“. Der RCDS hat sich trotz mehrfacher Aufforderung dazu bisher nicht geäußert. Wenige Tage nach diesem KN-Artikel wurde Raschwitz von der rechten Mehrheit im Kieler Studentenparlament der Uni zum Finanzreferenten im AStA gewählt. In Eutin unterzeichnete die örtliche JU-Vorsitzende das Aufruf-flugblatt zur dortigen Veranstaltung.

PEU-Linie setzt sich in Lübecker CDU durch

In der Lübecker CDU entdeckten wir folgende aufschlußreiche Personal-„Union“: CDU-Kreisgeschäftsführer Carl August Müller-Mangeot ist zugleich stellvertretender Landesvorsitzender der Pan-europa-Union wie

auch Leiter der Lübecker Sektion der „Wehrkunde-Gesellschaft“. Da der rührige Geschäftsführer zusätzlich der CDU-Vertreter im Kreisverband der Europa-Union sowie im Kreiskomitee Lübeck für die Direktwahl zum Europäischen Parlament ist, trug er der CDU kürzlich einigen Krach ein. Die Europa-Union hat am 16. Oktober 1978 einen Unvereinbarkeitsbeschuß gegenüber der Pan-europa-Union gefaßt, nachdem Otto Habsburg seine Äußerungen zur Diktatur vom Stapel gelassen hatte.

Da mit Müller-Mangeot direkt der offizielle CDU-Vertreter betroffen war, „forderte die Lübecker Europa-Union die CDU schriftlich auf, ihren Vertreter ... abzuweihen und durch ein anderes CDU-Mitglied zu ersetzen“ („LN“, 11.11.78). Die Kieler Landesgruppe der Lübecker Pan-europa-Union konterte daraufhin: „Es zeugt von Intoleranz, einem so hervorragenden Europäer wie Otto von Habsburg verbieten zu wollen, sich Gedanken über die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland - als Kernland Europas - zu machen.“ („LN“, 14.11.78).

Nun ist der Vorsitzende der Europa-Union und des Kreiskomitees für die Direktwahlen zum Europäischen Parlament, H.U. Schneider, selbst CDU-Mitglied. Er legte am 22.1.79 beide Ämter nieder und trat am 24.1. sogar aus der CDU aus. „Bei seinem Rücktritt soll die Lübecker CDU nachgeholfen haben.“ („LN“, 1.2.79).

Und wie das in diesen Kreisen so üblich ist, muß nun der Verlierer dran glauben. So soll Schneider „von der CDU beschuldigt worden sein, Makler bemüht und ein aufwendiges Büro für das Kreiskomitee eingerichtet zu haben, ohne die Zustimmung des Präsidiums einzuholen“. Es geht um 40.000 DM ... Jetzt „scheint sich die Staatsanwaltschaft für den Fall zu interessieren.“ („LN“, 2.1.79).

Ein Genosse des KB Lübeck Antifa-Kommission Kiel

Alle fordern: Keine JUPO in NRW!

Nach der Einführung der Jugendpolizei (JUPO) in Köln sowie dem Versuch, diese Form der Schnüffelpolizei auch in allen anderen Städten in NRW durchzuziehen, bildet sich ein breiter Widerstand.

Initiative „Keine Jugendpolizei in NRW“ gegründet

Auf einer Tagung am 10. März in Duisburg setzten sich Vertreter aus Köln, Duisburg, Oberhausen, Mülheim, Essen, Gelsenkirchen, Dortmund, Recklinghausen, Leverkusen, Langenfeld und Bielefeld zusammen und beschlossen, als landesweite Initiative weiterzuarbeiten. In einer Presseerklärung wurden folgende Forderungen aufgestellt:

- Rücknahme des Runderlasses des Innenministeriums vom 3.2.78!
- Rücknahme des Runderlasses des Innenministers, des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, des Justizministers und des Kultusministers!
- Rücknahme aller entsprechenden Verfügungen der Polizeipräsidien u. ä. m.!
- Keine neuen Konzepte zur Einführung der Jugendpolizei!

Diese Forderungen wurden auch in einem offenen Brief an die Landesregierung, den Landtag und den Polizeipräsidenten weitergeleitet. Längerfristig plant man/frau einen Kongreß, getragen von Gewerkschaften, Organisationen, Verbänden, Initiativen und natürlich möglichst vielen Jugendlichen; weiterhin ist eine landesweite Demonstration vorgesehen. Ziel ist, mit möglichst allen demokratischen Kräften zusammenzuarbeiten.

Die Möglichkeiten dazu müßten eigentlich sehr gut sein, denn in mehreren Städten gab es schon Aktivitäten gegen die Jugendpolizei, in Köln existiert bereits eine arbeitende Initiative, die wir im letzten AK vorstellten, und nahezu alle demokratischen Jugendverbände haben sich gegen die JUPO ausgesprochen: die „Falken“, Jusos, Judos, die Kreisjugenddelegiertenkonferenz des DGB, Jugendpfarren, die Fachhochschulen Köln und – aus Solidarität – Hannover, die Jugendpresse Köln und natürlich die Alternativpresse.

Der Kontakt der landesweiten Initiative ist:

Initiative Keine JUPO in NRW, Allee 49, 41 Duisburg 11, Tel.: 0203/55 06 23

Landesjugendamt arrangiert sich

Am 12.3. stand im Kölner Jugendwohlfahrtsausschuß das Thema Jugendpolizei und die zwischen Sozialdezernat und Polizei getroffene Vereinbarung über eine Zusammenarbeit „bei der „Bekämpfung der Jugendkriminalität“ zur Diskussion (siehe AK 150). Danach sollen auf Stadtebene und in den neun Stadtbezirken „Jugendschutzarbeitskreise“ aus Vertretern der Polizei, der Jugendämter, der Träger und der Mitarbeiter von Jugendeinrichtungen gebildet werden. Praktisch bedeutet das, daß die Sozialarbeiter mit der Polizei an einen Tisch gezwungen werden, was eine zusätzliche Verschärfung der Lage darstellt, und nicht im mindesten den Erklärungen des Kölner Sozialdezernenten Körner und der Kölner SPD entspricht, sie seien gegen die Einführung der JUPO.

Die SPD gab in der Jugendwohlfahrtsausschußsitzung eine Erklärung ab, sie sei weiter grundsätzlich gegen die Einführung der JUPO (die ja als Polizeisache vom Land entschieden wird), die Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit der Polizei in Köln „nahm sie zur Kenntnis“ und forderte keine Abstimmung darüber. Dort, wo die Kölner SPD etwas gegen die Einführung der JUPO machen könnte, nämlich über das Kölner Jugendamt, hat sie sich also nicht die Finger verbrannt.

150 Jugendliche folgten dem Aufruf der Initiative „Keine Jugendpolizei in Köln und auch nicht anderswo“ zu einer Kundgebung vor der JWA-Sitzung, zogen in den Sitzungssaal und forderten die Ausschußmitglieder zu einer Diskussion auf. Nachdem die JWA-Sitzung vorzeitig aufgehoben worden war, fand diese auch statt.

Auf einer von Jusos und Falken veranstalteten Podiumsdiskussion berichtete die Kölner SPD-Landtagsabgeordnete Anke Brunn am 23.3., der jugendpolitische Ausschuß der SPD-

Landtagsfraktion habe die Landesregierung aufgefordert, die Erlasse zurückzunehmen, die die JUPO ins Rollen gebracht hatten. Es bestünde Hoffnung, dies zu erreichen oder die Erlasse zu „verbessern“. Tatsache ist jedoch, daß sich die Landesregierung auf eine kleine Anfrage von Anke Brunn hin voll hinter das Kölner Konzept gestellt hat.

Inzwischen hat sich auch die FDP-Fraktion im Kölner Rat „grundsätzlich gegen die JUPO“ ausgesprochen. Hier wird wirklich Bauernfängerei betrieben: Kölner SPD und FDP erklären, sie seien gegen die JUPO, arbeiten aber gleichzeitig mit ihr zusammen und verbreiten die Illusion, man könne auf Landesebene alles wieder ungeschehen machen.

Ein Kölner AK-Leser



Erst fang' se ganz langsam an – aber dann, aber dann...

Kurzmeldungen Kurzmeldungen

„Jagd auf einer Schwarzfahrer machten Polizisten und ein U-Bahn-Kontrollleur in den Wallanlagen. Als die stundenlange Suche erfolglos blieb, wurden aus Rahlstedt und Harburg Polizeihunde angefordert.“ („Welt“, 17.3.79).

Bei einer Polizeifahndung stürzte ein Postbeamter in die Ruhr und ertrank. Weil er sein Fernlicht eingeschaltet hatte, sollte er von einer Funkstreife angehalten werden. Er flüchtete und verlor in einer Kurve die Gewalt über sein Fahrzeug („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 5.3.79).

Antifa-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Im letzten Jahr haben die Spezialeinsatzkommandos in Baden-Württemberg 92 Einsätze durchgeführt. 1977 waren es „nur“ 27 gewesen. Daneben gab es 193 Großeinsätze bei „Demonstrationen, Fahndungen, Raz-

zien, Ordnungsaufgaben bei großen Veranstaltungen und Hausbesetzungen“. Diese Zahlen nannte Innenminister Palm in seiner „polizeilichen Arbeitsbilanz 1978“ (nach „KVZ“-Bezirksausgabe Südbaden, 26.3.79).

KB/Gruppe Freiburg

Erregung öffentlichen Ärgernisses

Nach einem Verkehrsunfall in Eschwege (Hessen) flüchte ein 28-jähriger Hauptwachmeister aus, zog sich die ganzen Kleider aus und regelte den Verkehr nackt. Der seit 1976 in Frankfurt arbeitende Polizist wurde von seinen Kollegen gleich in eine Nervenambulanz eingewiesen, nachdem man in seinem Wagen auch noch eine Haschpfeife und andere Utensilien gefunden hatte („Frankfurter Neue Presse“, 12.2.79).

Unigruppe, KB/Gruppe Frankfurt

Die Roma Zigeuner in Europa



Die Diskussion um "Holocaust" hat das Bewußtsein der Bevölkerung über die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis wachgerufen. Werden in diesen Diskussionen manchmal auch noch andere verfolgte Bevölkerungsgruppen genannt — eine Gruppe wird dabei meistens vergessen: die Roma, im allgemeinen Zigeuner genannt. Ungefähr eine halbe Million Roma sind von den Nazis ermordet worden — genaue Zahlen darüber gibt es nicht, da die Roma für die Faschisten offenbar derart minderwertig waren, daß sie nicht einmal in den sonst sorgfältig geführten Abganglisten der Vernichtungslager aufgeführt wurden.

Ein erschreckendes Beispiel dafür, daß die Roma nicht einmal von Antifaschisten in ihrer leidvollen Geschichte anerkannt werden, nannte auf einer Göttinger Veranstaltung Romani Rose, Angehöriger der "Deutschen Sintes": Auf der Gedenktafel in Auschwitz, auf der die von den Nazis verfolgten Minderheiten aufgeführt sind, fehlt eine Gruppe — die Roma. Auschwitz war die größte Massenvernichtungsstätte für die Roma.

Die Vernichtung der Roma durch die Nazis

Die Vernichtung der Roma durch die Nazis

Ursprünglich wurden die Roma von dem Nazi-Theoretiker Alfred Rosenberg noch als arische Rasse bewundert. Was schließlich trotzdem zu ihrer Massenvernichtung geführt hat, war die Tatsache, daß es den Nazis nicht gelang, dieses Volk unter Kontrolle zu bekommen. „Gerechtfertigt“ wurde die Vernichtung durch den „wissenschaftlichen Nachweis“, daß das Verbrechertum ein angeborenes Merkmal dieser Rasse sei (Jerzy Ficowski: Polnische Zigeuner, Warschau 1953, S.162).

An die „Lösung“ der Zigeunerfrage wurde dann genauso systematisch herangegangen wie an die Vernichtung der Juden.

Eva Justin, wesentlich an der „Endlösung“ der Zigeunerfrage beteiligt, fordert in ihrer Dissertation die Sterilisation aller Zigeuner aus „Rassehygiene“. Ihr „Kollege“ Robert Ritter aus dem Gesundheitsministerium schrieb 1937: „Wenn wir heute die Zigeunerfrage als Teilgebiet des Asozialenproblems und der Kriminalbiologie einem Ende entgegenführen, so ist das nur dem zu verdanken, daß wir das, was wir begonnen haben, gründlich getan haben ... Ziel wird ja sein und bleiben, alle kriminellen Erbstämmen innerhalb des deutschen Volkskörpers aufzudecken, zu erfassen und prophylaktisch anzugehen ...“ (aus „Göttinger Stadtzeitung“/„GS“, Dez.78).

Ein weiterer „Kollege“ meinte, daß das „Zigeunertum eine mindestens ebenso große Gefahr wie das Judentum darstellt und ist deshalb mit dem gleichen Ernst anzugehen ... Der Zigeunerbastard ist in vielen Dingen minderwertiger als der Judenbastard ...“ („GS“, Dez.78).

1942 richtete Justizminister Thierack ein offizielles Schreiben an Bormann, in dem es u.a. heißt: „Geleitet von dem Gedanken, den deutschen nationalen Organismus von Polen, Russen, Juden und Zigeunern zu befreien, und gleichsam geleitet von dem Gedanken, die östlichen an das Reich angeschlossenen Gebiete, die für die Ansiedlung deutscher Bevölkerung bestimmt sind, zu bereinigen, — beabsichtige ich, die Strafverfolgung von Polen, Russen, Juden und Zigeunern dem Reichsführer der

SS zu übergeben. Ich gehe dabei von der Voraussetzung aus, daß der Strafvollzug nur in beschränktem Maße zur Vernichtung dieser Volksgruppen beitragen kann“ (J.Ficowski, S.163).

Hauptzentrum der Massenvernichtung von Zigeunern war Polen, sie wurden aus ganz Europa dorthin geschleppt. Die Mehrzahl wurde allerdings nicht in Lagern, sondern bei Massenerschießungen ermordet. „Einer der Gründe, die dazu geführt haben, daß die Vernichtung der polnischen Zigeuner auf Aktionen außerhalb von Lagern beschränkt wurde, war die Befürchtung der hitleristischen Behörden, daß die Zigeuner flüchten werden, was auch sehr oft vorgekommen ist“ (J.Ficowski, S.164).

Das erste größere Vernichtungslager, in das die Roma gebracht wurden, war das Ghetto von Lodz. „Innerhalb von 5 Tagen wurden in das Ghetto Lodz 5007 Zigeuner gebracht, die in einem von dem restlichen Gebiet des Ghettos abgesperrten Viertel, amtlich als Zigeunerlager bekannt, untergebracht waren“ (J.Ficowski, S.168).

Die Lebensumstände dort waren furchtbar, es gab u.a. keine ärztliche Versorgung. Eine Fleckentypus-epidemie brach aus, was zur Räumung des Lagers führte.

Der Friedhofsgärtner auf dem jüdischen Friedhof von Lodz sagt aus: „Innerhalb von 5 Tagen wurden in das Ghetto Lodz 5007 Zigeuner gebracht, die in einem von dem restlichen Gebiet des Ghettos abgesperrten Viertel, amtlich als Zigeunerlager bekannt, untergebracht waren“ (J.Ficowski, S.168).

Der Friedhofsgärtner auf dem jüdischen Friedhof von Lodz sagt aus:

„Man hat angefangen, tote Zigeuner auf unseren Friedhof rauszufahren. Sie wurden 3 bis 4 mal täglich gebracht. Mit einem mal hat man gebracht 8 bis 10 Leichen, darunter Kinder und Greise. Meine Arbeit bestand darin, die Leichen aus dem Wagen zu holen und zu begraben. Ich habe bemerkt, daß alle mißhandelt waren, einige hatten am Hals Male, die darauf hinwiesen, daß sie aufgehängt waren. Ich bin der Sache nachgegangen und habe erfahren, daß täglich die Kripo in das Lager kam und den Zigeunern befahl, ihre eigenen Leute aufzuhängen ... Viele Leichen waren mißhandelt, zusammengeschlagen, mit gebrochenen Händen und Füßen. Wahrscheinlich haben sie Widerstand geleistet, mit Sicherheit weiß ich es nicht, aber nachdem ich die Leichen gesehen hab, bin ich dieser Meinung“ (J.Ficowski, S.168/9).

Auch in Treblinka wurden viele Roma ermordet. Aber die meisten kamen nach Auschwitz-Birkenau. Dort wurden die berüchtigten medizinischen Versuche der sadistischen KZ-Ärzte an ihnen unternommen. Dabei tat sich besonders der Chefarzt Mengele hervor (J.Ficowski spricht von einem gewissen „Mängele“, aber es ist wahrscheinlich, daß damit der in den Niederlanden verurteilte Mengele gemeint ist).

Am 1.8.44 begannen die Faschisten mit der planmäßigen Vernichtung aller Bewohner des Zigeunerlagers.

Wiedergutmachung — nicht gerechtfertigt?

Da die Roma von der BRD bis heute nicht als Volk mit einer eigenen Nationalität anerkannt sind, erhalten sie auch keine Wiedergutmachungszahlungen wie z.B. Israel. Sie müssen jeweils individuelle Anträge auf Anerkennung als Verfolgte des Nazi-Regimes stellen. Dazu ziehen die Behörden „Erkundigungen“ bei der Münchener „Zentrale für Landfahrer“ (Amtsjargon für die Roma) ein. Diese arbeitet eng mit der Kripo zu-

sammen und verwendet auch heute noch die Daten der Zentralkartei der Nazis, durch die damals alle Roma für die „Endlösung“ erfasst wurden, und in denen „nachgewiesen“ wurde, daß die Roma eine „verbrecherische Rasse“ waren.

Wie die „Gutachten“ dieser Zentrale aussehen, kann man/frau sich denken. Die meisten Anträge werden abgelehnt.

Die Geschichte der Roma — eine Geschichte der Unterdrückung

Die Verfolgung der Roma begann nicht erst mit den Faschisten sondern mit ihrer Einwanderung nach Europa. Sie sind wahrscheinlich im 11. Jahrhundert von Indien zunächst nach Osteuropa gekommen. Anfang des 15. Jahrhunderts kamen die ersten Roma nach Deutschland, als friedliche Einwanderer. Schon sehr bald begann die Jagd auf die „Verräter an den Christenländern“, Gerüchte wurden verbreitet, die Zigeuner würden für das türkische Heer spionieren und sie hätten die Pest nach Deutschland gebracht.

Die Roma waren ständigen Verfolgungen ausgesetzt. Viele von ihnen wurden hingerichtet.

In Rumänien wurden sie im 17. Jahrhundert zu Leibeigenen erklärt. Sie lebten dort unter unvorstellbaren Bedingungen.

Die Roma waren ständigen Verfolgungen ausgesetzt. Viele von ihnen wurden hingerichtet.

In Rumänien wurden sie im 17. Jahrhundert zu Leibeigenen erklärt. Sie lebten dort unter unvorstellbaren Bedingungen.

Es gelang den Roma nirgends, sich in die Gesellschaft zu integrieren.

„Mit der 'Anweisung zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens' vom 17. Februar 1906 ging man zum ersten Mal in Deutschland einheitlich gegen die Zigeuner vor. In dieser Zeit entstanden auch die ersten Zigeuneriedlungen am Rand der Großstädte Hamburg, Berlin und Frankfurt. In der Anonymität dieser Städte konnten sie am besten 'untertauchen' und ihrem Broterwerb nachgehen.“

1926 wird in Bayern das 'Zigeunerarbeitsscheuengesetz' erlassen und 1928 bestimmt ein Reichsgesetz, daß die Zigeuner ständig von der Polizei zu überwachen seien“ („GS“, Dez.78).

Die Terrorherrschaft der Faschisten bildete nur den Höhepunkt einer jahrhundertelangen Verfolgung des Volkes der Roma.

Die Roma in der BRD

Auch heute sind die Roma in der BRD und in ganz Europa noch unzähligen Diskriminierungen ausgesetzt.

Es gab nur eine kurze Periode in ihrer Geschichte, in der die Roma als Nationalität indischen Ursprungs anerkannt waren: in der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution. Die sowjetischen Roma begannen damals, sich zu organisieren, gründeten Schulen mit Romani als Unterrichtssprache, gaben Zeitschriften und Bücher in Romani heraus.

Diese kurze Periode endete jedoch unter dem Regime Stalins.

Die Vorurteile gegen Zigeuner sind heute noch die gleichen wie zur Zeit des Faschismus: „Zigeuner betteln, Zigeuner klauen, sie wohnen in alten Wohnwagen und sind arm. Zigeuner wohnen in alten zerrissenen Hütten. Zigeuner sind dreckig. Zigeuner werden oft in andere Städte gejagt.“

„Sie ziehen von Ort zu Ort. Sie mopsen. Sie verkaufen selbstgeflochtene Teppiche und verdienen damit ihren Lebensunterhalt. Sie fahren große Mercedes und klauen trotzdem. Betteln tun sie auch“ (Kinder

auf die Frage, was sie über Zigeuner wissen, aus „GS“, Nov.78).

1969 gab der Europarat eine Empfehlung heraus, Gesetze zu schaffen und Maßnahmen zu ergreifen, die die Lage der Roma in den europäischen Ländern verbessern sollten. Dabei sollte besondere Rücksicht auf Tradition und Lebensweise der Roma genommen werden. Von diesen Forderungen ist kaum eine erfüllt worden.

In der BRD gelten immer noch Verordnungen wie das Verbot, Wohnwagen ohne Genehmigung der Stadtverwaltungen aufzustellen. Diese Genehmigung wird meistens nicht erteilt, und wenn die Roma sich irgendwo ohne Genehmigung versammeln, werden sie meistens von der Polizei vertrieben.

Campingplätze sind „für Zigeuner verboten“, in vielen Gaststätten gilt: „Kein Ausschank für Zigeuner“. Außerdem haben die Roma, die ja oft nicht sesshaft sind, mit komplizierten Meldegesetzen und Fußbestimmungen zu kämpfen.

Aber auch diejenigen, deren Familien schon längere Zeit an bestimmten Orten ansässig sind, haben es kaum leichter: z.B. bei der Wohnungssuche. Das „Göttinger Tageblatt“ berichtete am 24.3.79 unter der Überschrift „Zigeuner? — Bedauere, kein Zimmer frei“: W. Weiß, Aessen, Familie schon seit Generationen es kaum leichter: z.B. bei der Wohnungssuche. Das „Göttinger Tageblatt“ berichtete am 24.3.79 unter der Überschrift „Zigeuner? — Bedauere, kein Zimmer frei“: W. Weiß, dessen Familie schon seit Generationen in Göttingen wohnt, mietete über einen Makler ein Zimmer. Nachdem der Hausbesitzer erfuhr, daß Weiß Zigeuner ist, schickte er ihm eine Kündigung. Der Hausverwalter schrieb an den Makler: „Leider müssen wir Ihnen mitteilen, daß wir nach eingehender Prüfung nicht bereit und nicht in der Lage sind, mit Herrn Weiß einen Mietvertrag zu schließen bzw. Herrn Weiß ein Zimmer zu vermieten. Bitte teilen Sie das Herrn Weiß mit. Sie sollten das vielleicht diplomatisch tun, indem Sie nicht direkt unsere Ablehnung mitteilen, sondern lediglich darauf hinweisen, daß das Zimmer bereits vermietet ist, vielleicht durch ein Mißverständnis mit uns oder ähnliches... Wir können Ihnen unsere Entscheidung nicht begründen, bitten Sie aber, zur Kenntnis zu nehmen und Verständnis dafür aufzubringen“ („GT“, 24.3.79).

Sicher ein Beispiel von vielen, aber vergleichsweise noch „harmlos“: —Bei Passau erschoss ein Bauer eine schwangere Frau, als sie Milch bei ihm kaufen wollte.

„Mit 18 Streifenwagen schlägt die Stuttgarter Polizei 1974 eine fast 100-köpfige Zigeunertruppe aus NRW binnen 2 Minuten in die Flucht. Grund: Sie hatten sich zu einer Zwischenstation dort versammelt, um zu kochen, zu übernachten und gemeinsam weiterzureisen“ („GS“, Nov.78).

Auch die Justiz trägt das ihre zur Diskriminierung der Roma in der BRD bei:

1971 staunte ein Richter bei der Vernehmung eines Zigeuners: „Was, Sie sind Zigeuner und nicht vorbestraft? — Das gibt es doch gar nicht!“ („GS“, Nov.78).

Im Sommer 77 begann in Würzburg ein Prozeß gegen eine Zigeunerfamilie, die sich an einer Demonstration gegen ein SS-Kameradschaftstreffen beteiligt hatte. Dabei war es zu einer Schlägerei gekommen. Eine Verteidigerin schrieb dazu:

„Wenn sich eine Gruppe von Menschen, die sich als Organisation mit der Vernichtung von Menschenleben befaßt, zur Traditionspflege versammelt, dann ist die Empörung der ehemals Verfolgten nicht nur verständ-

lich, sondern es wäre geradezu unmenschlich, von ihnen zu erwarten, eine derartige Traditionspflege zu tolerieren.“

Wie kaum anders zu erwarten, wurden die Angeklagten zu hohen Freiheitsstrafen bis zu 15 Monaten verurteilt. Der größte Teil ihrer Verwandten war in den KZ's umgekommen.

Die Organisation der Roma

Die Roma haben begonnen, sich weltweit zu organisieren. Der 1. weltweite Kongreß hatte 1971 in London stattgefunden.

Auf dem 2. Weltkongreß der Roma vom 8. bis 12. April 1978 in Genf wurde eine internationale Organisation gegründet: die „Romano Internationalo Jekhetanibe“ (RIJ) — „Zigeunerische Internationale Einheit“.

Das größte Problem war die Erlangung des Status einer Nation, da nur dieser Status ihnen garantiert, Kultur, Tradition und Sprache pflegen zu können.

Wichtig für ihren Kampf war dabei die Anerkennung und Unterstützung durch Indien als Mutterland der Roma. Außerdem erhalten die Roma Unterstützung durch Jugoslawien, wo sie schon seit einiger Zeit die Rechte einer anerkannten Minderheit haben.

Anfang 1979 erreichten die Roma einen riesigen Erfolg: die Anerkennung durch die Vereinten Nationen. Aber viele Aufgaben und Forderungen, die der Kongreß gestellt hat, sind noch nicht erfüllt:

—die Vereinigung der Stämme aus der ganzen Welt,

—Abschaffung diskriminierender Bezeichnungen wie „Zigeuner“, „Gypsy“, „Landfahrer“,

—Pfleger der gefährdeten Kultur, Tradition und Sprache.

In einer Presseerklärung heißt es: „Der Kongreß befaßt sich mit sozialen und humanen Aspekten, Diskriminierungen und Minderheitenschutz und versteht sich als politisch neutral. Die Delegierten waren sich darin einig, daß jeder Roma Angehöriger des Staates bleibt, in dem er wohnt und dessen Gesetze er auch akzeptiert.“

Eine der wesentlichsten Forderungen der Roma ist die Forderung nach Wiedergutmachung für die Opfer des Faschismus. Grattan Puxon schreibt über eine Debatte in der UN-Kommission für Menschenrechte:

„Es wurde angemerkt, daß im Gegensatz zu den beträchtlichen Summen, die an Juden und an den israelischen Staat gezahlt wurden, die Roma wenig oder nichts erhalten hatten. Im September 1978 wurde der bundesdeutschen Regierung in Bonn ein Memorandum durch den Präsidenten der 'Congress-elected War Crimes Reparations Commission', Sait Balic aus Jugoslawien, vorgelegt. In diesem Memorandum wird die Regierung dringend aufgefordert, als einen Akt der Sühne die Einrichtung eines Spezialfonds zur Lösung des sog. 'Zigeunerproblems' (so wie es von der Roma selbst anvisiert wurde) in Erwägung zu ziehen — als ein Kontrast zur Endlösung, wie sie von den Nazis durchgeführt wurde.“

Dieser Fonds soll vor allem dafür verwendet werden, den Kindern der Romani, die wegen Sprachbarrieren und der anderen Lebensweise der Roma große Schwierigkeiten an den westdeutschen Schulen haben, eine bessere Ausbildung zu ermöglichen. Bislang hat sich seitens der Bundesregierung noch nichts getan.

Antifa-Kommission Göttingen

Klassenjustiz



Wichtiger OLG-Beschluß für politische und soziale Gefangene — Brief von Peter Paul Zahl —

Auch nach Inkrafttreten des Strafvollzugsgesetzes (einer Ruine an „Reform“) erschöpft sich die „Resozialisierung“ von Knackis zumeist darin, sie in die Zellen zu stopfen und mit verblödender Arbeit auszubeuten.

Dagegen läßt sich auch mit Hilfe eines Anwalts und der Gerichte anfechten. Nachdem Anstaltsleitung Werl, Präsident des Justizvollzugsamts Hamm und die Strafvollstreckungskammer am Landgericht Arnsberg P.P.Zahl die Erstellung des — gesetzlich bindend vorgeschriebenen! — Vollzugsplans nach § 7 StVollzG verweigert hatten, legte P.P.'s Anwalt, Lutz Eisel, Bochum, Rechtsbeschwerde beim OLG Hamm ein. Mit Erfolg! Am 28. April 1978 beschloß der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Hamm,

1 Vollz (Ws) 44/77 OLG Hamm daß „der Leiter der JVA Werl verpflichtet (wird), für den Beschwerdeführer einen Vollzugsplan gemäß § 7 Strafvollzugsgesetz ... zu erstellen“.

„Das Gesetz schreibt unmißverständlich vor, sowohl die Planung der Behandlung mit dem Gefangenen zu erörtern (§ 6 Abs. 3 StVollzG) als auch einen Vollzugsplan aufzustellen (§§ 7, 159 StVollzG) ... Nur ein schriftlich vorhandener Vollzugsplan kann seine Funktion als Rahmen- und Orientierungsplan für die im Vollzug tätigen Mitarbeiter, die wechseln können, und für den Gefangenen selbst erfüllen.“

Ein Anspruch auf Aufnahme einer bestimmten Behandlungsmaßnahme

in den Vollzugsplan steht dem Gefangenen allerdings nicht zu (Callies/Müller-Dietz, Rz 1 zu § 7). „Der Vollzugsplan wird, um seinen Zweck als langfristige Planung zu erfüllen, regelmäßig wenigstens in groben Zügen einen Zeitplan enthalten müssen ... Insbesondere wird schon der erstmalig aufgestellte Plan... Hinweise darauf geben müssen, ob und ggfls. unter welchen Voraussetzungen und wann etwa oder von welchem Vollzugsabschnitt an Lockerungen des Vollzugs nach § 11 StVollzG und ferner eine Unterbringung im offenen Vollzug nach der Vorstellung der Vollzugsbehörde in Betracht kommen können“ (S. 12 des Beschlusses).

Was bedeutete dies konkret für mich? Da ich, ohne daß ein Vollzugsplan oder ein Vollstreckungsplan (das ist der, der vorschreibt, welche Anstalt gesetzlich vorgeschrieben sein könnte; könnte also, eingeklagt, das ständige „Verschub“ des Knackis verhindern helfen oder das beliebige Verteilen von „Terroristen“ auf abgelegene Anstalten nach dem ominösen „Länderschlüssel“) vorgelegen hatte, von Köln-Ossendorf in die unzuständige (!) Anstalt Werl (ich kenne keine Sau in Westfalen, alle sozialen Bindungen — gemäß §§ 8 und 152 Strafvollzugsgesetz in Verbindung mit §§ 24-26 Strafvollstreckungsordnung — hab ich in Westfalen) verschleppt wurde, auch nicht in eine „Auswahlanstalt“ (hier in NRW sind Duisburg-Hamborn und Hagen) gekommen war und auch keine „Behandlungsuntersuchung“ gemäß § 6 StVollzG stattgefunden hatte, mußte die Anstaltsleitung Werl also drangehen, die „Planung der Behandlung ... mit dem Gefangenen zu erörtern“ (§ 6 Abs. 3 StVollzG). Dafür sind die Psychologen, Sozialarbeiter und Oberlehrer des Knacks zuständig. Das kann ganz locker vor sich gehen. An schriftlichen Tests braucht mensch sich nicht zu beteiligen, allerdings empfiehlt sich ein recht offen gehaltenes Gespräch mit diesen Strafvollzugskadern. Für wen diese schon der „Hauptfeind“ sind, kann sich natürlich einer Vollzugsplan in die Haare reiben. Also sprach ich mit den zuständigen Psychologen und dem Oberlehrer. Diese schrieben ihre — in meinem Falle, oho, positiven Stellungnahmen. Da war der Vollzug natürlich im Zugzwang — kommt der Vollzugsplan — berufliche oder schulische Förderung, Lockerung des Vollzugs etc. — zum Tragen, bedeutet dies, daß die Herren des Morgengrauens, konkret: Innenministerium und LKA, die verfassungswidrig bei unsereins in den Vollzug reinregieren, sich auf Dauer aus dem Staub machen müssen.

Genau dies auch besagt ein Schriftsatz der Strafvollstreckungskammer am Landgericht Düsseldorf ans Justizministerium, von meinem Anwalt und mir gegen die „Maßnahmen der Haftlingsüberwachung“ (Hegemonie des Staatsschutzes im Knast gemäß Erlaß des JM NRW vom 6.12.1977 - AZ. 4510 - IV. A61) anrufen:

„Angesichts der klaren Ressorttrennung zwischen Polizei- und Vollzugsaufgaben dürfte eine derartige Maßnahme im Polizeibereich aber noch keine unmittelbaren Wirkungen im Vollzugsbereich auslösen können.“ (57 Str.Vollz 6/78 LG Düsseldorf, 17.1.1979)

hat diesem Antrag stattgegeben. Es ist aber nicht damit zu rechnen, daß der VS seine „lange zurückgelegten Karten auf den Tisch legen und Aussagegenehmigungen erteilen“ wird, wie es der „Tagesspiegel“ (23.3.) in einem Kommentar fordert. Bisher wurden Aussagegenehmigungen des VS fast sämtlich „in Hinblick auf das Wohl des Landes Berlin“ (!) verweigert. Offensichtlich beginnt auch der „Stern“ immer weniger an die belastenden Aussagen Bodeux's gegen die Wolfsburger Gruppe, die angeblich Ulrich Schmücker getötet haben soll, zu glauben: „Wer in der Nacht zum 5. Juni den tödlichen Schuß abgab, ist bislang nicht endgültig geklärt. Bodeux beschuldigte das Kommune-Mitglied Wolfgang Weißlau. ... Konkrete Sachbeweise, wie Fingerabdrücke oder die Tatwaffe, liegen dem Gericht im Schmücker-Mordprozeß nicht vor. Alles hängt von der Glaubwürdigkeit des Zeugen Bodeux ab. Der unaufgeklärte Raubmord von Porz kann diese Glaubwürdigkeit zerstören. Wenn das Gericht die Spurenakte 74 komplett liest, drohen Jürgen Bodeux wegen Falschaussage vor Gericht bis zu fünf Jahren Gefängnis.“

Ilse Jandt und Wolfgang Weißlau raus — Bodeux rein!

Für Genossen, für die das Einklagen der Rechte von Gefangenen schon „Kollaboration mit dem Feind“ ist, mögen solche Beschlüsse fürn Arsch sein, für andere aber, politische und soziale Gefangene, die aus ihrer Opferrolle rauskommen wollen, den Knast auch als „revolutionäre Volkshochschule“ (polnische Genossen) ansehen, in der sie sich theoretisch schulen und beruflich weiterqualifizieren, Volksschulabschluß, Mittlere Reife oder Abitur oder Gesellenbrief machen wollen — und können! — für diese sind diese Beschlüsse, die bindend sind, gewiß nützlich.

Ich jedenfalls werde in diesem Monat noch Bescheid — und schriftlichen Vollzugsplan — erhalten, der wahrscheinlich meine schulische Förderung und damit das Ende der „Maßnahmen der Haftlingsüberwachung“ vorsehen wird. Ein Licht am Ende eines Tunnels!

Als „Unkostenerstattung“ für einen Riesenberg Arbeit, die nun einen ganzen Ordner füllen wird, erhielt mein Anwalt, der sich langsam zum „Vollzugsexperten“ entwickelte und ganz phantastischen Einsatz zeigt, ganze DM 47,70 vom OLG Hamm zugesprochen... Auch ne Möglichkeit, Anwälte vom Einsatz für Knackis abzuschrecken.

Meiner ist nicht abgeschreckt. Im Gegenteil. Aber in jedem Falle empfiehlt sich für jeden Knacki eine intensive Beschäftigung mit den Möglichkeiten des Strafvollzugsgesetzes, insbesondere mit den Kommentaren dazu (etwa Callies/Müller-Dietz, StVollzG, Beck Verlag; sauteuer, aber sehr nützlich). Um die Katholiken zu schlagen, sagte mal alle Lenin, müsse ein Revolutionär die päpstlichen Enzykliken besser kennen als der Papst. In Bezug auf Vollzugsjuristen dürfen wir keine allzu großen Illusionen haben, aber, siehe oben, das „Beschreiten des Rechtswegs“ lohnt sich doch, manchmal.

Mit List und Spucke, Geduld und Energie, irgendwann und irgendwie... p.p.zahl

(schon fast ein „jailhouse-lawyer“)

StVollzG, Beck Verlag; sauteuer, aber sehr nützlich). Um die Katholiken zu schlagen, sagte mal alle Lenin, müsse ein Revolutionär die päpstlichen Enzykliken besser kennen als der Papst. In Bezug auf Vollzugsjuristen dürfen wir keine allzu großen Illusionen haben, aber, siehe oben, das „Beschreiten des Rechtswegs“ lohnt sich doch, manchmal.

Mit List und Spucke, Geduld und Energie, irgendwann und irgendwie... p.p.zahl

(schon fast ein „jailhouse-lawyer“)

hpz-Bücher

Wunder gibts auch in Düsseldorf. Wie zu vier Jahren Straftat 11 Jahre Gesinnungshaft kamen — Monschau, Landesgericht Düsseldorf, machte es möglich:

- * Am Beispiel Peter Paul Zahl. Eine Dokumentation. 7,- DM
- * Der Fall Peter Paul Zahl. Dokumentation zum Russell-Tribunal, engl./frz./deutsch. 8,- DM
- * Initiativgruppe P.P.Zahl, Myliusstr. 58, 6000 Frankfurt/Main; PSchA Ffm, Eva Michel, Kto.-Nr. 51 77 14 — 607. Stichwort: PPZ.
- * Verhaftete Drucksachen. Zensur in deutschen Haftanstalten. 3,- DM
- * Auf Anordnung von oben. Berichte und Dokumente zur Situation der politischen Gefangenen in deutschen Haftanstalten. 4,- DM

Monschau, ein echter „Düsseldorfer Jong“, verhängte 375 % Gesinnungszuschlag.

Regie: BKA und LKA.

Produktion: FdGO.

Werl-Prozeß gegen „avanti“

Wegen „übler Nachrede“ (§ 186 StGB) ist der Chefredakteur des Magazins „avanti“, Wolfgang Röhl, angeklagt.

Der Prozeß beginnt am 24. April vor dem Hamburger Amtsgericht. Es geht dabei um einen Artikel über den berüchtigten „Schwerverbrecherknast“ Werl, der in der letztjährigen Mai-Ausgabe von „avanti“ (damals noch „dassa-avanti“) erschienen ist. Berichtet wurde darin über einen Knastbeamten, der aufsässige Häftlinge u.a. mit den Worten bedroht haben soll: „Dir Schwein quetsch ich die Eier ab“.

Im Editorial der gerade erschienenen April-Ausgabe von „avanti“ heißt es: „Knastinsider vermuten, daß [mithilfe dieses Prozesses] das „Loch“ von Werl geortet werden soll, aus dem trotz strengster Repressionsmaßnahmen immer wieder Informationen nach außen fließen — eben auch zu AVANTI. Sollte diese Überlegung bei der Anzeige Pate gestanden haben, so müssen wir die zuständigen Herren schon jetzt enttuschen. Wer in Werl geplaudert hat, werden sie von uns nicht erfahren. Dafür wir die Öffentlichkeit einiges über Werl erfahren.“ Gut so!

Schmücker-Prozeß: Freiheit für Ilse Jandt und Wolfgang Weißlau

Leserbrief

Liebe Genossen!

Erfreulicherweise habt Ihr im AK (endlich!) über den skandalösen Schmücker-Prozeß berichtet, der lei-

Nach dieser Version nämlich ist das Skandalöse an dem „Fall Schmücker“ allein die Tatsache, daß hier Leute aufgrund von Aussagen eines Mannes angeklagt sind, der —

zien die Version vom Tathergang widerlegen, die Bodeux dem Gericht Glauben machen will.

Ich meine, daß es Euch nicht nur darauf ankommen kann, den „Fall

Schmücker-Prozeß: Freiheit für Ilse Jandt und Wolfgang Weißlau

Leserbrief

Liebe Genossen!

Erfreulicherweise habt Ihr im AK (endlich!) über den skandalösen Schmücker-Prozeß berichtet, der leider wegen dem gleichzeitig laufenden Lorenz-Drenkmann-Prozeß sowohl in der bürgerlichen Presse als auch in linken Zeitungen bisher zu wenig Beachtung gefunden hat.

Als Schwester des im Schmücker-Prozeß angeklagten und von Bodeux als Mörder beschuldigten Wolfgang Weißlau möchte ich jedoch noch auf einen Gesichtspunkt hinweisen, der m.E. in dem Artikel zu kurz gekommen ist (und der auch durch Euer Versprechen, nach Prozeßende ausführlicher zu berichten, nicht gerettet wird).

Zwar ist das im Rahmen der aktuellen politischen Debatte in der BRD (Geheimdienste, neue GeStaPo) brisante Material des „Falls Schmücker“ von Euch zutreffend verarbeitet worden: tatsächlich spricht alles dafür, daß Bodeux nicht nur ein Spitzel des Verfassungsschutzes war, sondern als solcher auch den Auftrag hatte, ganz gezielt zu provozieren. Allerdings fährt Ihr in Eurem Bericht anscheinend auf die vom „Stern“ in seiner November-Ausgabe vorgegebene Linie ab, die m.E. aufgrund wesentlicher Auslassungen eine gefährliche Tendenz in sich birgt.

Nach dieser Version nämlich ist das Skandalöse an dem „Fall Schmücker“ allein die Tatsache, daß hier Leute aufgrund von Aussagen eines Mannes angeklagt sind, der — aller Wahrscheinlichkeit nach — die Straftat selbst erst angestiftet hat und zwar im Auftrag des Verfassungsschutzes. Diese im „Stern“ erkennbar vertretene Auffassung läuft aber darauf hinaus, daß die Wolfsburger Gruppe den Mord zwar im Prinzip wohl tatsächlich selbst begangen hat, daß Bodeux aber bloß die halbe Wahrheit sagt, weil er seine und damit die Rolle des Verfassungsschutzes in dieser Sache verschweigt.

Tatsächlich aber stellt sich die Sache sogar so dar, daß Bodeux die Angeklagten falsch beschuldigt, ihnen also den Mord in die Schuhe schiebt, obwohl sie ihn nicht begangen haben.

Bereits im Fall von Rechtsanwalt Reinhard und auch im Raubmord-Fall in Porz hat Bodeux andere Personen falsch beschuldigt; in diesen Fällen ist es allerdings zu keinen Verurteilungen gekommen. Dagegen ist im Schmücker-Verfahren konkret ein erneutes Fehlurteil zu befürchten. Wahrscheinlich wird das Gericht meinen Bruder auch diesmal für schuldig halten, Schmücker am 4. Juni 1974 erschossen zu haben, obwohl dafür nicht nur keinerlei Beweise vorliegen, sondern sogar zahlreiche Aussagen und Indi-

zien die Version vom Tathergang widerlegen, die Bodeux dem Gericht Glauben machen will.

Ich meine, daß es Euch nicht nur darauf ankommen kann, den „Fall Schmücker“ in der Weise „auszuschlachten“, daß anhand dieses Falls die Machenschaften des Verfassungsschutzes entlarvt werden, sondern darüber hinaus für die Betroffenen konkret einen Freispruch zu fordern. Ihr schreibt zwar vom „berechtigten Freispruch“, doch geht leider für mich (und ich nehme an, das gilt für andere Leser auch) aus Eurer Darstellung über die mysteriöse Vergangenheit des Herrn Bodeux eben noch nicht die Unglaubwürdigkeit dieses „Kronzeugen“ insgesamt, d.h. die Unglaubwürdigkeit seiner konkreten Beschuldigungen gegen die Wolfsburger Gruppe (insbesondere gegen meinen Bruder) hervor. M.E. hättet Ihr Euch von der im „Stern“ vertretenen Linie absetzen und deutlicher herausstellen müssen, daß Bodeux hier mit seinen Lügen fünf Menschen in den Knast bringen will (bzw. bereits gebracht hat: mein Bruder sitzt seit August 74 in U-Haft!), die — nach vernünftiger Beurteilung der Beweislage — den Mord überhaupt nicht begangen haben.

Mit solidarischen Grüßen

Edda Weißlau

Stellungnahme der Verfasser

in einer „amtlichen Erklärung“ gegenüber dem Gericht im Schmücker-Prozeß und auch Bodeux selbst hat die Zusammenarbeit mit dem VS immer bestritten.

Im AK 148 hieß es dazu u.a.: „Anfang 1974 wurde gegen eine politische Gruppe um Robert Jarowoy und Wernfried Reimers wegen eines Raubmordes in Porz ermittelt. „Diesbezüglich wurden Kontakte unterhalten mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz“ [„Stern“, 2.11.78]. Der „Informant“ des VS war mit ziemlicher Sicherheit Jürgen Bodeux.“ Aus der „ziemlichen Sicherheit“ ist inzwischen eindeutige Gewißheit geworden. Wie der „Stern“ enthüllte, hat der ermittelnde Kripo-Mann Konziela damals einen Aktenvermerk („Spurenakte 74“) gemacht, in der es heißt: Bei dem Porz Kontaktmann des VS „soll es sich um den Jürgen Bodeux handeln“ („Stern“, 15.3.79). „Sechs Wochen nach dieser Äußerung wurde der offenerzogene Kripo-Beamte zum 7. Kommissariat versetzt, Eingeweihte munkeln von Strafversetzung.“ („Die Tageszeitung“, 15.3.79)

Konziela hat inzwischen im Schmücker-Prozeß bestätigt, „daß Bodeux schon Monate zuvor als „Kontaktmann“ des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz in Erscheinung getreten sei. ... Der Vorsitzende Fitzner warnte allerdings vor-



Jürgen Bodeux lebt heute mit dem falschen Namen „Happe“

einer voreiligen Identifizierung des Begriffs „Kontaktmann“ in der Spurenakte von Bodeux. „Dieser Begriff schillert.“ „[„Tagesspiegel“, 23.3.79]. Das Gericht unternimmt hier tatsächlich noch den irrwitzigen Versuch, an dem Begriff „Kontaktmann“ herumzudeuteln! Die Verteidigung hat in diesem Zusammenhang die Vernehmung des Verfassungsschützers Koppermann beantragt; das Gericht

Leserbrief

Wir sind für diese Kritik sehr dankbar, weil der Artikel im AK 148 allerdings mißverstanden werden könnte.

Bodeux ist tatsächlich und nachweisbar nicht nur ein Agent Provokateur, sondern auch ein Lügner, und es gibt zunächst mal keinerlei Gründe, ihm seine äußerst zweifelhaften Aussagen gegen die Wolfsburger Gruppe zu glauben, im Gegenteil. Nun ist es insbesondere in politischen Prozessen bekanntlich meist so, daß der Angeklagte seine Unschuld beweisen muß, um einen Freispruch zu bekommen. Deshalb konnte es der Verteidigung im Schmücker-Prozeß nicht nur darum gehen, Bodeux's Glaubwürdigkeit schlechthin zu entkräften, sondern auch darum, die konkreten Beschuldigungen, insbesondere gegen Ilse Jandt und Wolfgang Weißlau, zu widerlegen. Wir haben diesen Aspekt im AK-Artikel bewußt noch nicht behandelt, weil wir darüber noch zu wenig Informationen haben. Wir werden uns aber darum bemühen, denn die skandalöse Verurteilung von Menschen darf uns nicht weniger betroffen machen als die Skandale des VS.

Trotzdem wollen wir dem AK-Leser die neuesten Meldungen über Bodeux nicht vorenthalten: „Jürgen Bodeux ist und war kein geheimer Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz.“

Dies jedenfalls behauptete der VS

Astrid Proll, Birgit, Karl-Heinz Dellwo... — Solidarität mit den politischen Gefangenen!

Am 16. März fand auf Initiative einer Frauengruppe aus dem hannoverschen Frauenzentrum eine Veranstaltung zu der Situation Astrid Prolls und anderer politischer Gefangener in der Umgebung Hannovers statt. Ungefähr 80 bis 100 Leute waren gekommen, jedoch leider nicht die eingeladenen Frauen aus Kreisen der SPD, DFI, vom NDR und eine Rechtsanwältin.

Als Einleitung wurde der in England gedrehte Film über Astrid Proll gezeigt. Nach dem ersten Teil dieses Films berichtete eine Frau über einen hannoverschen Fall. Birgit, eine Frau aus dem Fantasia-Kollektiv, sitzt hier in Hannover im Knast. Birgit wird vorgeworfen, über das Fantasia-Kollektiv mit dem Büro von Croissant zusammengearbeitet zu haben. Stichhaltige Beweise gibt es dafür nicht. Durch einen Hungerstreik hat sie jetzt erreicht, daß ihre Isolationshaft im Knast aufgehoben wird.

Sehr deutlich wurde bei diesem Bericht, wie wichtig es ist, immer wieder Namen von politischen Gefangenen zu nennen, sie aus ihrer Isolation in der Öffentlichkeit herauszuholen und sich somit auch selbst wieder stärker mit der Zerstörung des Lebens dieser einzelnen politischen Gefangenen zu konfrontieren. Eine andere Frau berichtete über die seit Dezember 1978 in Celle (bei Hannover) sitzenden Karl-Heinz Dellwo, Heinz Herlitz und Harry Stürmer, die ebenfalls der Isolationshaft unterworfen sind.

Isolation in Celle bedeutet unter anderem:
— nur 2 x im Monat eine halbe Stunde Besuch, überwacht vom

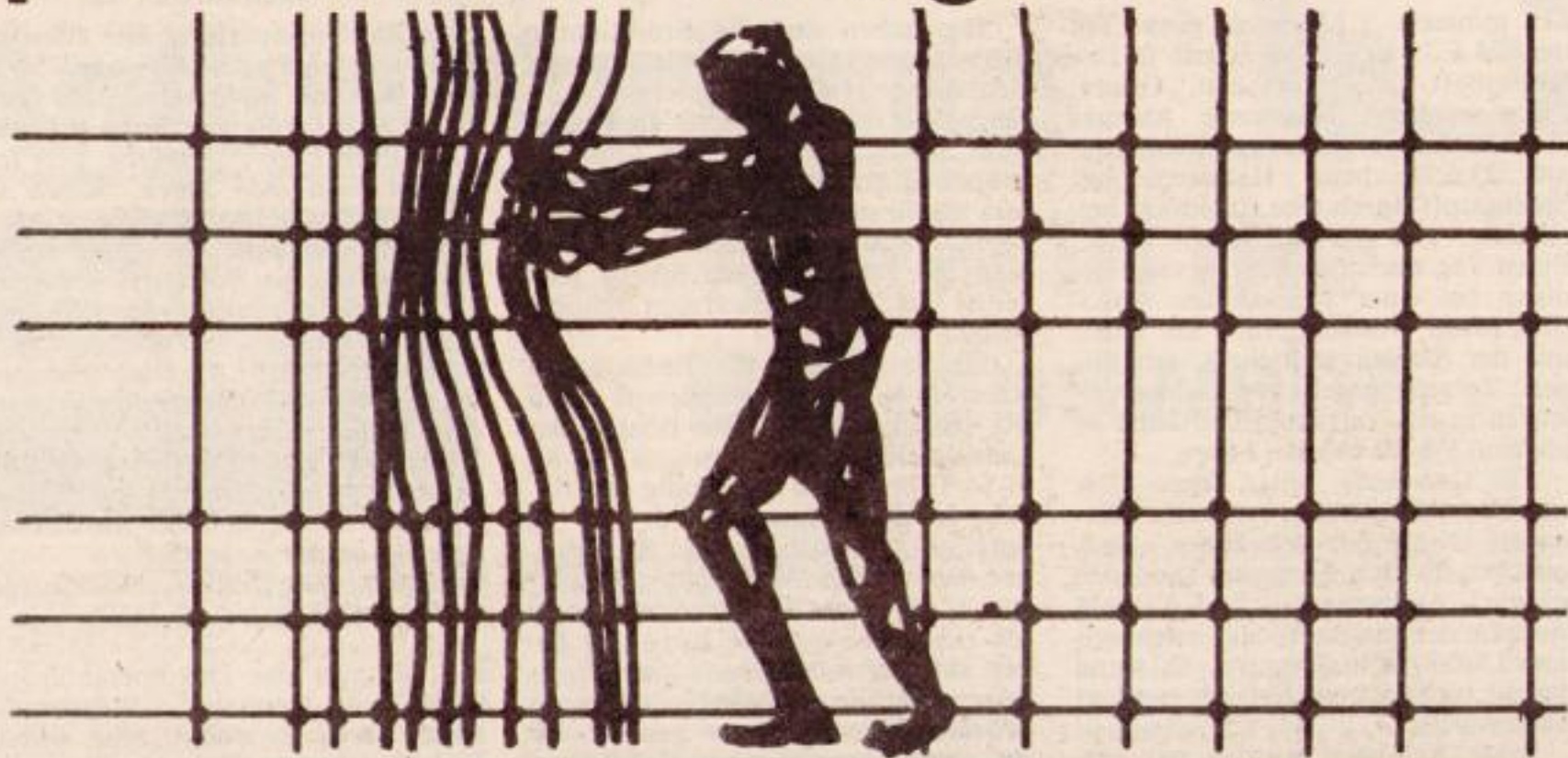
LKA

- täglich nur eine halbe Stunde Einzelhofgang
- totaler Ausschluß von Gemeinschaftsveranstaltungen.

Hier ein kurzer Auszug aus einem Brief von Karl-Heinz Dellwo, der schon 2 Jahre Isolationshaft in Köln-Ossendorf hinter sich hat: „... man muß ja auch mal sehen, daß wir in einem Bau, der mit einer solch totalitären Sicherheitstechnik ausgerüstet ist, daß er 10 Gefangene perfekt kontrollieren kann, total isoliert werden, ohne daß dazu auch nur der Einsatz mit Sicherheitsgründen als Rechtfertigung vorgeschoben werden könnte - die Vernichtungsstrategie wird da auch schon gar nicht mehr geleugnet.“ Wegen der fast völligen Isolation auch nach außen sehen diese drei politischen Gefangenen nur noch im Hungerstreik, den sie am 1.2. und 7.2.79 begonnen haben, eine Möglichkeit, gegen die Haftbedingungen im Toten Trakt Celle zu kämpfen. Denn Isolationshaft=Isolationsfolter bedeutet, jegliche menschliche Regelung zu zerstören. Mit der Zeit verliert man das Zeitgefühl, verlernt das Sprechen und Gehen.

Im zweiten Teil des Films über Astrid Proll berichtete ihre Freundin sehr ergreifend, wie lange es gedauert und wieviel Mühe es Astrid gemacht hat, wieder leben zu können und nicht nur zu überleben.

Im Anschluß daran stellte die Frauengruppe aus dem Frauenzentrum ihre Betroffenheit angesichts dieser geschilderten Tatsachen dar. Dieser Film und diese Berichte machten wohl alle sehr betroffen, was sich dann auch oft im hilflosen



Schweigen und hilflosen Suchen nach Möglichkeiten, sich zu wehren, bemerkbar machte. In der Diskussion wurde noch einmal darauf hingewiesen, daß diese Situation von politischen Gefangenen keine Frage der Distanzierung ist, sondern daß es lediglich um die Tatsache geht, wie menschenverachtend dieser Staat handelt, und daß wir im eigenen Interesse eine Gegenöffentlichkeit schaffen müssen, um Schlimmeres zu verhindern.

In diesem Zusammenhang wurde angeregt, diesen Film möglichst noch an vielen Orten in Hannover zu zeigen.

KB/Frauen AG - Hannover

**Alternativzeitung
zu 600 DM verurteilt —
und 20.000 DM Gerichtskosten!**

„Übereifer, Ungeschicklichkeit und grenzenlose Unbeholfenheit“ hatten sie gezeigt, aber sie waren doch erst 19 und 20 Jahre alt und „kaum dem Knabenalter entwachsen“ - viel Verständnis (nicht nur) im Jahr des Kindes für prügelnde Polizisten von Amtsrichter Hasse.

Diese Knaben hatte in ihrer „grenzenlosen Unbeholfenheit“ am letzten 1. Mai einen Büchertisch des KBW zusammengeschlagen, eine Reihe von darzustehenden Leuten gleich mit, ihnen in die Geschlechtsteile getreten und sie dann zur erkenntnisdienlichen Behandlung verschleppt. Dies ist nicht nur die Wahrheit - die ja vor westdeutschen Gerichten nicht immer viel nützt - sondern u.a. von einem Kölner Richter als Zeuge bestätigt werden.

Nun standen vor dem Amtsgericht aber nicht die Polizisten wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung, sondern der presserechtlich verantwortliche der Bonner Alternativzeitung „de Schnüss“, die einen Artikel über die Vorfälle veröffentlicht hatte. Nach der Zeugenvernehmung mußte nun selbst der Richter Hasse zugeben, „daß der tatsächliche Kern der meisten Behauptungen (sich) als wahr erwiesen“ hätte (FR 19.3.79). Doch die Polizisten hätten, so Hasse, nicht blindwütig zugeschlagen, sondern eben aus „Ungeschicklichkeit“ - und deswegen verurteilt er den Redakteur zu 600 DM Geldstrafe wegen Beleidigung der Polizisten. Dazu kommen noch 20 000 DM (!) Gerichtskosten, die die Al-

ternativzeitung in ihrer Existenz treffen. Richter Hasse hatte nämlich viel Aufwand getrieben: es waren allein 62 Zeugen geladen. Darunter auch einige Polizisten, die die Anzeige gegen die „Schnüss“ mitgestellt hatten, sich daran aber gar nicht erinnern konnten und am Einsatz auch gar nicht beteiligt waren.

Gegen dieses Urteil, das auch einen Jagdschein für die Polizei darstellt, legte die Verteidigung Berufung ein und stellte gleichzeitig Strafanzeige gegen die Prügel-Polizisten.

Eine alltägliche Geschichte in der BRD? Prügeln Polizisten, verurteilte Berichterstattung - in Bonn gehört dies fast schon zum Tagesgeschäft unter dem Motto: Die Hauptstadt muß sauber werden. Und mittlerweile gab es nicht einmal eine Protestveranstaltung oder Demonstration gegen diesen eklatanten Rechtsbruch.

Schickt doch deshalb bitte Protesteklärungen und/oder Spenden, um dem verantwortlichen Redakteur Manfred Krämer im weiteren Prozeß tatkräftig zu unterstützen.

**Anschrift: „De Schnüss“
Wilhelmstr. 3
53 Bonn 1
Konto: Sparkasse Bonn
100 162 460
Stichwort: 1. Mai-Prozeß**

KB / Bonn

Prozeßbeginn gegen Rechtsanwältin Müller und Newerla

Am 3.4.79 beginnt in Stuttgart-Stammheim der Prozeß gegen die beiden Rechtsanwältinnen Arndt Müller und Armin Newerla. Beide Anwältinnen hatten nach dem Asylgesuch von Rechtsanwalt Croissant sein Büro weitergeführt.

- Müller und Newerla sind angeklagt: der Beteiligung an der Herausgabe der „Texte der RAF“, nach §§ 88a und 129 a,
- der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung durch: Mitwirkung am sog. Info-System, Verwendung des Stuttgarter Anwaltsbüros als „Informationszentrale der RAF“, als Treffpunkt und Sammelstelle „potentieller Unterstützer der RAF“, Brieftransport zwischen Gefangenen und Illegalen, sowie Transport von SPRENGSTOFF und WAFEN.

Während die Inkriminierung des Info-Systems schon als Anklagepunkt gegen andere Anwältinnen (so gegen Groenewold, Croissant und seit dem 28.3.79 auch gegen die Rechtsanwältinnen Köncke und Rogge, die im Büro von Groenewold arbeiten) erhalten mußte, kommt diesem Prozeß deshalb besondere Bedeutung zu, weil es hier zusätzlich um den Vorwurf des Waffen- und Sprengstofftransports geht.

Wie sollen die letzten Zweifel an den Stammheim-Wundern „ausgeräumt“ werden?

Bekanntlich hatte Generalbundesanwalt Rebmann am 12.1.78 seinen großen Auftritt: Vor versammelter Journalistenmannschaft verkündete er, Rechtsanwalt Müller habe die Pistolen in präparierten Akten in die Stammheim-Festung gebracht, Rechtsanwalt Newerla hingegen habe Sprengstoff - verstaubt in seiner Unterhose - hineingeschmuggelt. Rebmann hatte damals den Journalisten und den Fernsehzuschauern - offensichtlich als Beweis gedacht - eine Akte präsentiert, in die eine Waffe hineingelegt war. Kurze Zeit später drohte die Rebmann-Story zu platzen, als zwei Polizisten, die während des RAF-Prozesses die Eingangskontrollen durchgeführt hatten, folgendes aussagten: Sie hätten - entgegen der Darstellung Rebmanns - die Akten selbst in die Hand genommen, durchgeblättert, bisweilen auch geschüttelt. Die Akten seien mit einer Metallsonde abgesucht worden, ebenso seien die Anwältinnen „regelmäßig körperlich durchsucht und auch im Intimbereich abgetastet worden“ (Süddeutsche Zeitung, 17.1.78). Jedoch fanden diese Informationen, wie auch weitere Darstellungen der betroffenen Anwältinnen, entweder gar keinen Eingang in die Presse, oder

jedenfalls im Vergleich zu den Riesenschlagzeilen, die der Rebmann-Show gewidmet waren - sie waren als Kleinstmeldungen wiederzufinden. So gab die Verteidigerin von Newerla am 17.1.79 eine Presseerklärung ab, in der es heißt: „Nach Aussage des „Informanten“ sollen die Waffentransporte und die Übergabe im Mehrzweckgebäude stattgefunden haben, in dem jedoch Rechtsanwalt Newerla z.B. nur ein mal - nach Abschluß des Stammheimer Prozesses - war, um Akten abzuholen. Sogar in der Schleyer-Dokumentation der Bundesregierung ist veröffentlicht, daß z.B. Rechtsanwalt Newerla keinen der Stammheimer Angeklagten vertreten hat.“ Und Rechtsanwalt Müller ließ durch seinen Rechtsanwalt Roder der Öffentlichkeit mitteilen, daß er „schon jetzt ruhigen Gewissens erklären (kann), daß ich bisher in meinem Leben noch nie eine Pistole bzw. Sprengstoff in der Hand gehabt habe.“

Aber was sind die Aussagen in so einer Lage von zwei linken Anwältinnen wert, im Vergleich zu Kronzeugen der Staatsanwaltschaft?!

Die Kronzeugen produzieren neue Wunder

Mitte November 1978 begann ebenfalls in Stammheim der Prozeß gegen Hans Joachim Dellwo (der zusammen mit Newerla festgenommen war) und Volker Speitel, der Bruder von Angelika Speitel. Daß sie nun gegen Müller und Newerla aussagen, sei auf ganz edle Absichten zurückzuführen. Laut „Stern“ wollten sie dem Terror ein Ende bereiten, bei dem „doch nur ein paar harmlose Touristen dran glauben müssen“. H.J. Dellwo sagte aus, wie wundersam das mit dem Sprengstoff funktioniert haben soll: „Ich gab einmal dem Anwalt Newerla zehn (!) Stangen Sprengstoff. Er versteckte sie in der Unterhose (!) und brachte sie ins Gefängnis“ („Bild“, 18.11.78). Sollten Zweifel daran erlaubt sein, wie man 10 Stangen Sprengstoff (die sich zudem noch in Originalverpackung befunden haben sollen) einfach so in die Unterhose stecken kann? Volker Speitel behauptete: „Eines Tages brachte A.M. einen Zettel: Wir brauchen „ne Knarre“. A. stand drauf. Ich wußte, der Brief war von Andreas. Ich besorgte die Pistole, legte sie in eine präparierte (ausgehöhlte) Handakte und gab sie dem Kurier. Der Kurier war Rechtsanwalt Müller.“ („Bild“, s.o.) Für den Journalisten der „Süddeutschen Zeitung“ stellte sich die Aussage Speitels so dar: „Doch immerhin hört der Zuschauer im Stammheimer Prozeß Erstaunliches über den Job Speitels,

der Waffen und andere Materialien herbeischleppte und das Ganze in die Handakten der Anwältinnen hineinstopfte (!) und klebte, der die Kurierdienste organisierte und versteckte in den Wäldern rund um Stuttgart anlegte.“ (SZ, 21.11.78). Zum Teil wurden die Anwältinnen auch als willige Idioten hingestellt, die zu Kurierdiensten mißbraucht wurden. Auf die Frage des Richters Voth, ob die Anwältinnen denn keine Ahnung davon gehabt hätten, daß sie in den Handakten Waffen beförderten, antwortete Speitel: „Zuerst habe ich Müller gesagt - Newerla war zu blöde dazu: Das ist eine Kochplatte, die die Gefangenen brauchen.“ Oder Speitel über die Stangen Sprengstoff: „Das sah ja aus wie Sand oder Backpulver; ich hätte an ihrer Stelle (gemeint sind die Anwältinnen) auch nicht pulver; ich hätte an ihrer Stelle (gemeint sind die Anwältinnen) auch nicht gewußt, was diese sandige Masse in Cellophan sein soll“ (SZ, s.o.) Abgerundet wurde dieses Bild von Speitel mit der Bemerkung: „Man ging ins Büro (Anwaltsbüro) und scheuchte die Anwältinnen gleich in den Knast“ (SZ, s.o.). So einfach war's...

Behinderung der Verteidigung

Schon vor der Hauptverhandlung hat das Gericht die Verteidigung behindert:
— Noch bevor Richter Foth über die Zulassung der Anklage entschieden hatte, wurden Zwangsverteidiger bestellt, obwohl die angeklagten Rechtsanwältinnen Pflichtverteidiger ihrer Wahl hatten.
— Foth verweigert den zwei weiteren Wahlverteidigern Kopien der Akten mit der Begründung, sie könnten Akteneinsicht auf der Geschäftsstelle nehmen: in ca. 90 Stehordnern und Akten!
— Der von Müller und Newerla gestellte Antrag auf Umschluß zur Prozeßvorbereitung wurde von Foth abgelehnt. Speitel und Dellwo dagegen wurde für acht Wochen täglich vierstündigen Umschluß zugestanden.
— Seit 10 Tagen haben Müller und Newerla gemeinsamen Hofgang, nachdem bekannt wurde, daß die Verteidigung Kenntnis von Umschluß Speitel/Dellwo hatte.
— Vorverurteilung der beiden Anwältinnen durch das vorgezogene (abgeschlossene) Verfahren gegen Speitel/Dellwo. Das Urteil befindet, die Beweisaufnahme habe eine lückenlose Aufklärung gebracht, ohne daß die Rechtsanwältinnen Gelegenheit zur Stellungnahme gehabt hätten.

Prozeßtermine im April: 3., 5., 10., 23. und 24., im Mai: 2., 3., 8., 10., 15. und 17., jeweils 9 Uhr. Weitere Verhandlungen folgen.
IKAH, Hamburg

Teurer Widerstand

Emsdetten, den 28.3.79. Daß es teuer ist, wenn man sich wehrt, wollten Richter und Staatsanwaltschaft am Amtsgericht Rheine beweisen. In den in der vergangenen Woche beendeten Prozessen gegen zwei Antifaschisten, die sich mit 500 anderen Emsdettenern im März 1978 dazu hinreißten, gegen eine Kundgebung der NPD vorzugehen, verurteilte das Gericht die Angeklagten zu 3500 DM Geldstrafe, ersatzweise 45 Tage Knast.

In dem einen Falle war der Angeklagte für schuldig befunden worden, Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet, einen nicht verbotenen Versammlung gestört und einen Polizeibeamten als „dreckige Sau und altes Bullenschwein“ bezeichnet zu haben. Außerdem sei er der vorsätzlichen Körperverletzung „überführt“ worden. In dem anderen Fall, hielt das Gericht es für erwiesen, daß der Angeklagte grobe Störungen verursacht und zudem einen Farbbeutel geworfen hat.

„Natürlich“ hatte das Gericht keinen Grund, an Aussagen von deutschen Polizeibeamten zu zweifeln, obwohl es entgegengesetzte Zeugenaussagen gab. „Möglicherweise unwahr, da einer der Zeugen ein heftiger Mitstreiter des Angeklagten ist“, so Richter Kappelhoff. „Natürlich“ hatte das Gericht keine Bedenken, dem Zeugen Petermann (Polizist im höheren Dienst, der komischerweise immer wieder „beleidigt“ wird), seinen früher geschriebenen Bericht vorzulesen, damit dieser sein Gedächtnis „auffrischen“ könne. „Natürlich“ hatte die Staatsanwältin das Recht, vom Verteidiger Objektivität zu verlangen und nicht Parteilichkeit. Schließlich sei er Bestandteil

des Gerichts. „Natürlich“ gehörten Erklärungen der Angeklagten, warum sie kein „Neues 33“ wollten, nicht zur Sache. Und „natürlich“ war diese, ihre Motivation, Grund genug, die Angeklagten zu verurteilen. (Von wegen Gedanken- und Gesinnungsfreiheit!) Demnach war es auch rechtens, daß die Faschisten von Polizisten geschützt wurden. Der Richter: „Die NPD ist verfassungsmäßig und keine Nachfolgeorganisation der NSDAP.“

Bei aller „Natürlichkeit“ deutscher Rechtsprechung konnte das Gericht nicht darüber hinwegsehen, daß die Angeklagten „nicht unbelastet“ waren, der eine war „Haupttäter“ und „nicht unbestraft“, der andere schon „mehrfach hervorgetreten“, also Überzeugungstäter, „wohl unbelehrbar und mit keiner Aussicht auf Besserung.“

Wahrlich, im Namen des Volkes, zwei angemessene und gerechte Urteile!

Doch etwas positives ist auch herausgekommen: Eine Zeugin deckte das brutale Vorgehen der Polizei gegen einen der Angeklagten auf, als sie ihn während des Abführens in der Tiefgarage des Emsdettener Rathauses mit Tritten in den Körper, in den Genitalbereich traktierte. Das Ermittlungsverfahren gegen die Polizeibeamten wegen Körperverletzung war von der Staatsanwaltschaft vorläufig eingestellt worden. Über eine Wiederaufnahme ist bisher jedoch nichts bekannt.

Wer den Angeklagten beim Aufbringen der Gelder helfen möchte, kann dies tun: Spendenkonto: Commerzbank, Emsdetten. Kto.-Nr.: 12 19 427/90
Benedict Müller

Sibylle Straub noch immer im Knast

— neuer Haftprüfungstermin Ende März —

Seit nunmehr 9 Monaten, genau seit dem 24.6.78 ist Sibylle Straub in Isolationshaft in Stammheim. Grund: Eine angeblich belastende Aussage ihres Verlobten Hermann Feiling, der am 23.6.78 beim Hantieren mit Sprengstoff durch eine Explosion beide Beine und das Augenlicht verlor. Einen Tag nach dem Unfall soll Hermann bei einer sogenannten Anhörung (neue Wortschöpfung der Kripo und der Staatsanwaltschaft, um illegale Vernehmungen von Schwerverletzten in ein Verfahren einführen zu können) Sibylle belastet haben.

Die Umstände, unter denen diese angeblich belastenden Aussagen Hermann zustande gekommen sind, sprechen für sich. Hermann kann sich an die „Anhörungen“ und Vernehmungen der ersten Woche nach seinem Unfall nicht erinnern. Es stand damals nicht einmal fest, ob er überleben würde.

Seine Aussagen wurden mit verbrecherischen Methoden erzwungen. So wurde z.B. in seiner Anwesenheit über seine Verlegung in ein psychiatrisches Landeskrankenhaus gesprochen. Zeigte er sich gegenüber den Kripo-Beamten nicht ausreichend kooperationsbereit, wurde ihm mit dem Entzug der für ihn lebenswichtigen klinischen Versorgung gedroht. In einer Situation, in der er von seinem physischen Zustand her auf die unmittelbarste Hilfe der ihn umgebenden Personen angewiesen war, fielen Sätze wie: für Sie ist es alles gelaufen, es gibt hier genügend Leute, die Ihnen gerne eine Spritze verpassen würden usw.

Da auch den Ermittlungsbehörden klar sein dürfte, daß sie einen Prozeß gegen Sibylle nur mit diesen auf äußerst fragwürdige und illegale Weise (die Vernehmung Schwerverletzter ist nach § 136 a StPO verboten) zustande gekommenen Aussagen nicht durchziehen können, wären für sie Ergebnisse aus ihren immer wieder angeführten kriminaltechnischen Untersuchungen ungemein wichtig. Daher beriefen sich Staatsanwaltschaft und Ermittlungsrichter bisher bei ihrer Entscheidung über die weitere Haftfortdauer Sibylles immer wieder auf die noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen. Sie erscheinen wie einst die Goldsucher in Alaska, die nach dem letzten bedeutsamen und schwerlastenden Körnchen suchen. Und es wird immer deutlicher, daß es nichts zu finden gibt.

Inzwischen sind die Ermittlungen abgeschlossen worden. Ende März soll der nächste Haftprüfungstermin stattfinden. Es ist die Frage, ob die Herren vom Staatsschutz sich eine neue Begründung für die weitere Internierung von Sibylle ausdenken werden oder ob sie sie rauslassen — auf jeden Fall sind die 9 Monate, die Sibylle jetzt schon hinter Staatsbeton sitzt, schon 9 Monate zu lange!

Sibylle schildert die Bedingungen ihrer Haft — eine verschleierte Form der Isolationshaft — am Beispiel der Gemeinschaftsveranstaltungen, die alle 14 Tage einmal 1-2stündig stattfinden, in einem ihrer Briefe: „Es ist wirklich zum Kotzen. Die Bedingungen hier werden immer übler. Es sind hier ja nur so 6 Gefangene, mit denen ich zusammenkommen kann. Da haben sie jetzt mittenherein eine ältere, ungeheuer herrschsüchtige, schon regelrecht bössartige Frau gesetzt, die das ganze Klima vergiftet. [...] Bei nur ein paar Leuten hat so eine Frau natürlich genügend Macht, um Terror auszuführen. Ich nehme stark an, daß

diese Zusammensetzung hier oben gesteuert ist, daß sie sich genau überlegen, wen sie herbringen, und jetzt haben sie so etwa eine ihnen genehme Zusammensetzung gefunden. [...] Immerhin muß man sagen, haben sie lange gebraucht, bis sie diese „Gefangenengemeinschaft“ im Griff hatten und bis sie die richtigen verhetzten Leute gefunden haben, die sich beim Klatsch über die „Terroristenweiber“ hochheilen hier. [...] Diese Gemeinschaftsveranstaltungen sind nur noch eine Verarschung. Und ich verarsche mich nicht selber. „Normalvollzug“ ist das hier nie. Sondern ein Sondertrakt mit Kosmetik. Aber die Fassade bröckelt immer mehr ab.“

Spendenkonto: „Bille“, Heidelberger Volksbank, Kto. Nr. 20-31306

P.S. Es gibt eine Dokumentation zu Sibylle und Hermann: „Wendet das Blatt, bevor es welkt“. Sie enthält auch Beiträge zu Silvia Herzinger aus Frankfurt. Diese Broschüre ist im linken Buchhandel in Heidelberg erhältlich.

Wendet das Blatt
bevor es welkt.



Dokumentation zu Sibylle und Hermann
und allem, was seit dem 23.6.78 passiert
ist - und unsere Gedanken dazu.

Frauenfest für Astrid Proll

Am 9.3. fand in Frankfurt ein großes Frauen-Solidaritätsfest zu Astrid Proll statt. Rund 500 Frauen erschienen zu dem Fest, auf dem u.a. ein Video-Film über Astrid gezeigt und über den neuesten Stand der Kampagne gegen Astrids Auslieferung berichtet wurde.

Veranstaltet wurde dieses Fest von Frauen aus verschiedenen Frauenzentren und -gruppen aus Neu-Isenburg und Frankfurt, die sich seit einigen Wochen regelmäßig treffen, und die die von den „Friends of Astrid“ in England gestartete Solidaritätsbewegung unterstützen wollen. Die erste Aktion dieser Frauen bestand in einer

„picket-line“ vor dem Britischen Konsulat in Frankfurt am 5.2., wobei sich ca. 50 Frauen mit Plakaten gegen die Auslieferung von Astrid aufstellten.

Das Fest sollte hauptsächlich der weiteren Verbreitung von Informationen sowie der finanziellen Unterstützung der Kampagne dienen. Nicht nur in diesem Sinne war es ein voller Erfolg.

Dieser Kreis will mit weiteren interessierten Frauen die Arbeit fortsetzen. Momentan wird erst einmal die Entscheidung über Astrids Staatsangehörigkeit abgewartet, mit der nicht vor Ende März zu rechnen ist.



„Picket Line“ der „Freunde von Astrid“ vor dem Gefängnis in Brixton aus: „Socialist Worker“, 17.3.79

9 Monate Knast für eine kaputte Hose

Ich bin am 16.3. zu 9 Monaten mit Bewährung verurteilt worden, weil ich mich gegen meine Festnahme bei einer antifaschistischen Demonstration gewehrt hab. Das ist ein ziemlich hohes Urteil; ich will Euch deswegen was dazu schreiben.

Am 14.4.78 sollte in einer Schule im Holzdamm (das ist in der Nähe vom Hauptbahnhof) eine Wahlveranstaltung der NPD stattfinden. Die DKP wollte eine Protestkundgebung machen. Außerdem hat sich eine Gruppe von anderen „blockfreien“ Antifaschisten getroffen, um was gegen diesen offiziellen Naziaufmarsch zu unternehmen. Wir waren nicht sehr viele (etwa 100) und nicht besonders gut vorbereitet. So verlief die ganze Sache so, daß wir etwas hilflos zwischen Kunsthalle, Hauptbahnhof und Holzdamm hin- und herliefen. Aus diesem Grüppchen wurden immer wieder einzelne herausgegrügelt und festgenommen, ohne daß dafür ein Grund vorlag. Der Einsatzbefehl der Bullen lautete, alle Leute in Gewahrsam zu nehmen, die einen Helm u.ä. hatten. Also hätten sie alle festnehmen können; es waren aber „nur“ 43.

Inzwischen haben einige von uns Anklagen bzw. Strafbefehle gekriegt. Mir wurde vorgeworfen, ich hätte einen Bullen mit einem Knüttel zu Boden geschlagen, weiter auf ihn eingeschlagen und etwas später nochmal zwei Bullen getreten. Macht „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz“, „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ und „Körperverletzung mit einer Waffe“. Auswirkungen: ein paar blaue Flecken und eine zerrissene Diensthose.

Ich hab am Anfang des Prozesses zwar nichts zur Sache, dafür aber einiges zum politischen Stellenwert gesagt. Es ist schon ein dickes Ding: Die Zeitungen sind voll von immer militanteren Aktivitäten der Faschisten. Die Menschen machen sich — angeregt durch Holocaust — Gedanken, wie so etwas für alle Zeiten verhindert werden kann. Und gleichzeitig laufen jede Menge Prozesse, WEIL sich Menschen aktiv gegen nationalsozialistische Aufmärsche gewehrt haben. Und es werden weiter Räume an Faschisten vergeben, und die Polizei schützt die Nazis weiter, ganz legal, denn die Veranstaltungen sind ja genehmigt.

Ich wollte mich auf die rechtliche Seite gar nicht einlassen, hab's dann aber doch getan, als einige Bullenlügen zu deutlich wurden. Da ALLE Bullen eine falsche Festnahmezeit angegeben haben, haben sie offensichtlich alle voneinander abgeschrieben (bis hin zu den Rechtschreibfehlern). Der Richter hat das bis zum Schluß nicht geglaubt. Die Zeugen von unserer Seite sind unglaubwürdig oder unerheblich, die Bullenzeugen werden durch die Widersprüche in ihren Aussagen glaubwürdig (so Richter Brühner in der Urteilsbegründung).

Durch drei Zeugen, darunter einem Bullen, wurde bestätigt, wie es wohl öfter auf der Wache zugeht: Wenn niemand mehr weiß, wer jemanden festgenommen hat, hat eben irgendjemand den Festnahmebericht geschrieben.

Im Laufe der Verhandlung ist die Anklage ein paar Mal geändert worden. Das Kabelende, das ich dabei gehabt haben soll, wurde zur Waffe im technischen Sinn, damit wäre eine Verurteilung nach dem Waffengesetz möglich. Der Widerstand wurde zum schweren Widerstand. Folge: Mindeststrafe sechs Monate. Der Polizist, auf dessen Aussage dieser Anklagepunkt allein beruht, gibt zu, mich nicht wiedererkannt zu haben.

Der Richter ist in seinem Urteil fast genau dem Staatsanwalt gefolgt, der mir nur noch zusätzlich eine Geldstrafe aufbrummen wollte. Weggefallen sind der Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und gegen das Waffengesetz. Zum Versammlungsgesetz: Da wir weder Transparente noch Flugblätter hatten, waren wir auch keine „Versammlung“ und somit war es uns erlaubt, Stuhlbeine u.ä. mitzuschleppen. Ist vielleicht für andere Prozesse ganz wichtig.

Gegen die Bewährung hat der Richter schwerste Bedenken geäußert, weil ich gesagt habe, daß ich mich durch die Knastdrohung nicht vom Widerstand abhalten ließ. Aber er meint, ich sei im Gerichtssaal nur so wortradikal, weil meine „Gesinnungsgenossen“ hinten sitzen. Wenn ich allein sei, würde ich mir das schon überlegen. Ich habe es mir überlegt — ganz allein — und tue hiermit kund, daß ich mich auch in Zukunft gegen Neofaschismus und schleichende Unterdrückung, die von „unserem“ Staat ausgeht, wehren werde.

Noch ein paar persönliche Anmerkungen: Ich hab durch den Prozeß einiges gelernt, z.B. bin ich in meinem Auftreten vor dem Gericht sehr viel sicherer geworden. Wichtig für mich war, daß immer einige „Sympathisanten“ als Zuschauer da waren. Zweimal — darunter bei der Urteilsverkündung — waren etwa 15 Bullen als Zuschauer da. Das ist Mist. Einmal, weil es ein blödes Gefühl ist, außerdem, weil der Richter lieber unter dem Druck einer kritischen Öffentlichkeit als einer Bullenöffentlichkeit stehen sollte. Es wäre leicht zu verhindern gewesen, wenn mehr Zuschauer dagewesen wären. Deshalb, wenn ihr Zeit habt, kommt zu den nächsten Prozessen gegen Antifaschisten:

Mit., 18.4., 13.°° Uhr, R. 192
Strafjustizgebäude gegen
Hans-Jürgen S.
Fr. 20.4. Berufungsverhandlung
gegen Matthias Z.
Nähere Infos:
Anwaltsbüro Böttcher pp.,
Tel. 040/390 01 03
Sigi Hertel

Dauerhafter Inlands-Arrest für Croissant ?

Am 15. Februar bekam Klaus Croissant einige Stunden vor der Urteilsverkündung eine „amtliche Anordnung“ der Stadt Stuttgart zugestellt. Sein Personalausweis berechtigt ihn im Falle eines Freispruchs oder einer Haftentlassung aus anderen Gründen nicht zum Verlassen der BRD oder West-Berlins. Die Stadt Stuttgart, vertreten durch ihren Bürgermeister Lang, forderte Croissant auf, nach der Haftentlassung sofort das Amt für öffentliche Ordnung aufzusuchen, um sich dort (gegen eine Verwaltungsgebühr von 50,— DM!) einen entsprechenden Sperrvermerk in den Personalausweis steampeln zu lassen.

Diese Anordnung beruft sich auf die vom Bundestag im November 1978 beschlossene Änderung des Paß- und Ausweisgesetzes. Danach kann ein solcher Sperrvermerk erfolgen, wenn der Paßinhaber sich in Organisationen betätigt, die verfassungsfeindliche Ziele haben, und zu befürchten steht, daß er sich im Sinne dieser Organisationen im Ausland betätigt. Das bisherige Verhalten Croissants, argumentiert die Stuttgarter Ordnungsbehörde, ließe „mit großer Wahrscheinlichkeit den Schluß zu, daß die nachhaltigen Aktivitäten zur Beschönigung und zur Rechtfertigung des Terrorismus in der Bundesrepublik im Ausland bei nächstbesten Gelegenheit verstärkt fortgesetzt werden würden.“ Und weiter: „Damit würden aber die innere Sicherheit und erhebliche Belange der Bundesrepublik beeinträchtigt.“

Die „nachhaltigen Aktivitäten“, die den Terrorismus in der BRD beschönigen und rechtfertigen und bei erwarteter Fortsetzung die „innere Sicherheit“ und „erhebliche Belange“ der BRD beeinträchtigen, sind in der amtlichen Anordnung ausführlich aufgeführt. Es handelt sich allesamt um Reden und Erklärungen, die Croissant teils vor seiner Auslieferung machte, teils im jetzt beendeten Prozeß als Einlassungen!

Nach der Logik der Stuttgarter Anordnung beeinträchtigt die Äußerung von Begriffen wie „Vernichtungshaft“, „Isolationsfolter“, „Aus-sageerpressungs- und Umerzichtigungs-folter“, „Vernichtungsabsicht des

Staates“ die innere Sicherheit der BRD. Ebenso Aussagen über die bundesdeutsche Justiz und ihre Verbindung zur Justiz des Dritten Reiches. In diesem Sinne wird Croissants Aussage zur BGH-Entscheidung vom 22. Oktober 1975 zitiert, die er in seiner Prozeß-Einlassung vom 9. Mai 78 machte. Der BGH hatte damals beschlossen, den Stammheimer Prozeß gegen Baader usw. auch in deren Abwesenheit führen zu können. Als Begründung wurde damals angegeben, die Angeklagten hätten den Behörden durch die fanatische Verfolgung ihrer Ziele auch aus der Untersuchungshaft heraus keine andere Wahl gelassen, als mit der Verschärfung der Haftbedingungen zu antworten. Die Angeklagten seien an ihrer Verhandlungsunfähigkeit selbst schuld. Angekreidet wird Klaus Croissant folgende Aussage zu diesem Vorfall: „Der Beschluß des BGH vom 22. Oktober 1975 gleicht jenen Entscheidungen in der deutschen Justizgeschichte der Nachkriegszeit, die durch die zynische Verrechtlichung justizieller sanktionierter Menschenvernichtung in der ungeborenen Tradition des Dritten Reiches stehen.“

Besonders die folgende Prozeßaussage Croissants (aus derselben Erklärung), womit er seine politische Verteidigung seiner früheren Mandanten begründet, hat es den Stuttgarter Anordnern angetan: „In dieser Situation zu schweigen, hätte nichts anderes bedeutet, als diejenigen im Stich zu lassen, die ich verteidigt habe, und mich auf die Seite der Hanger zu stellen.“ „Bei dieser Sachlage“, schließt folgend das Stuttgarter Ordnungsamt, „besteht kein Zweifel, daß Herr Dr. Croissant auch nach der Haftzeit gewillt ist, seine agitatorischen und verleumderischen Angriffe gegen den Staat und seine Organe fortzusetzen.“

Soweit die erstmalige Anwendung des veränderten Paß- und Ausweisgesetzes, eines Gesetzes, das verächtlich gut zugeschnitten ist auf den Fall Croissant. Das französische Auslieferungsurteil vom 16. November 1977 strich ja bekanntlich einen großen Teil der bundesdeutschen Vorwürfe für den Prozeß gegen Croissant. Mit einer

Frist von 30 Tagen nach Abschluß dieses Verfahrens kann allerdings ein neues, von der französischen Auslieferung unabhängiges Verfahren gegen Croissant eingeleitet werden. Vor diesem Hintergrund wird die Stuttgarter Anordnung klar: Inlandsarrest für Croissant bis zur Erhebung der neuen Anklage!

Vorerst wollte aber offensichtlich das Stuttgarter Landgericht diese Amtshilfe der Stadt Stuttgart nicht annehmen. Es verwarf den Antrag der Verteidigung auf vorzeitige Haftentlassung. Croissant wird erst Anfang 1980 aus der Haft entlassen werden, die „lex Croissant“ wird also erst zu diesem Zeitpunkt zuschlagen.

Die Katze ist aber mit der Stuttgarter Anordnung aus dem Sack! In Zukunft wird es möglich sein, Menschen mit einer oppositionellen Gesinnung die Ausreise ins Ausland zu verweigern. Ein weiteres Stückchen Verrechtlichung von Unrecht, was offensichtlich der Linken bisher nahezu entgangen ist. Man wird aber zugeben, daß der Staat durchaus folgerichtig gedacht hat. Eine Massierung BRD-kritischer Stimmen gerade im westlichen Ausland, wie z.B. in Holland oder in Frankreich, soll verhindert werden. Ausreisen von Informanten und öffentlichen Rednern zu entsprechenden Veranstaltungen führten ja schon in der Vergangenheit des öfteren zu unfreiwillig langen Grenzaufenthalten. Und was bisher mehr nach Schikane und Willkür aussah, das ist jetzt Gesetz.

Man kann davon ausgehen, daß dieses Gesetz, selbst wenn es nur wenige treffen wird, eine Breitenwirkung haben wird, wie andere, spektakuläre Gesetze zur Inneren Sicherheit auch: Angst, Selbstdisziplinierung, Selbstzensur.

Ein Arreststempel im Paß kann nur zur Selbstaufgabe oder zur Illegalität führen. Ein unerträglicher Gedanke in einem Land, wo gerade die Urheber solcher und ähnlicher Gesetze am empörtesten schreien, wenn in anderen Ländern die Freizügigkeit nicht gewahrt ist.

E.T., Bochum



Rängeleien um neue Grundsätze

Im SPD/FDP-regierten Nordrhein-Westfalen hat sich die Regierung immer noch nicht zu einer Abschaffung der Regelanfrage entschließen können. Hauptscharfmacher ist dort Innenminister Hirsch (bekannt durch die polizeistaatlichen Maßnahmen bei der Kalkardemonstration), der eine generelle Abschaffung der Regelanfrage bei Neueinstellungen in den öffentlichen Dienst für „verfassungswidrig“ hält („FR“, 19.3.79). Zur Debatte stehen zur Zeit zwei Lösungsvorschläge, das Listenmodell und das Erklärungsmodell.

Nach dem Listenmodell hätte der Bewerber zu unterschreiben, daß er zur Verfassung stehe und daß er keiner Organisation mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen angehöre. Diese namentlich genannten Organisationen wären dem Verfassungsschutzbericht zu entnehmen. Sollte sich herausstellen, daß der Bewerber trotz abgegebener Erklärung einer der genannten Organisationen angehört, so wäre dies ein Entlassungsgrund.

Das Erklärungsmodell sieht eine Unterschrift des Bewerbers unter eine Erklärung vor, die aussagt, daß er zur Verfassung stehe und keiner auf deren Zerstörung zielenden Organisation an-

gehöre. Hierbei wäre keine Organisation namentlich genannt.

Eine Anfrage beim Verfassungsschutz würde erst dann eingeleitet, wenn die Unterschrift verweigert würde oder eine Mitgliedschaft in einer der genannten Organisationen angegeben wurde.

Es ist klar, daß beide Modelle keine Entschärfung der Gesinnungsschnüffelei bedeuten würden.

Die Argumentation von Hirsch, ein Wegfall der Regelanfrage sei verfassungswidrig, ist selbst im Maßstab der bürgerlichen Parteien gemessen, Unsinn. Demnach hätte die ganze Einstellungspraxis vor der Einführung der Regelanfrage verfassungswidrig sein müssen. Hirsch sollte vielleicht daraufhin noch einmal überprüfen, ob seine eigene Einstellung in den öffentlichen Dienst nicht verfassungswidrig war.

Hinzu kommt, daß jeder Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst

einen Eid auf die Verfassung abgeben muß — was soll da eine zusätzliche Erklärung anderes als verunsichern?

Ein wesentliches Ziel dieser Methode scheint zu sein, daß die Bewerber mit der Unterschrift vor der Einstellung bestimmte Organisationen als „verfassungsfeindlich“ anerkennen. Niemand könnte sich da noch mehr damit verteidigen, daß er z. B. die DKP als verfassungskonforme Partei ansieht.

Interessant ist hierbei noch, daß dieses Verfahren beim DGB abgelehnt wurde!

Hirsch selbst plädiert für das schärfere Listenmodell und für eine möglichst zentrale Entscheidung der Einstellung auf höchster Ebene. So hofft er, Widersprüche vermeiden zu können, wie sie seiner Regierung in der Vergangenheit allzu zahlreich vorgeworfen wurden. So ergingen 1978 insgesamt 23 erstinstanzliche und neun zweitinstanzliche Arbeitsgerichtsurteile gegen das Land; „gleichwohl mußten etliche Kläger ihr Urteil erst mit gerichtlicher Zwangsgeldandrohung durchsetzen lassen“ („FR“, 19.3.79).

Im Saarland wurde übrighend inzwischen eine Regelung verabschiedet,

Im Saarland wurde übrighend inzwischen eine Regelung verabschiedet, die in etwa dem Listenmodell entspricht.

Ebenfalls Probleme mit den neuen Grundsätzen gibt es in Westberlin. Dort liegt die Einstellungskompetenz bei den einzelnen Bezirksämtern, die nun aber von unterschiedlichen Parteien besetzt sind. Um unterschiedliche Handhabungen bei der Anfrage beim Verfassungsschutz zu vermeiden, hat der Senat vorgesehen, daß die Anfragen nicht mehr von den Bezirksämtern direkt, sondern über den Innensenator an den VS gehen. Der Innensenator soll dann überprüfen, ob die Anfrage nach den neuen Grundsätzen des SPD/FDP-Senats gerechtfertigt ist oder nicht. Gegen diese Regelung protestierten die CDU-„Bezirksfürsten“, die darin eine „Verfassungsänderung auf kaltem Wege“ sehen.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Bittere Erkenntnisse

Zu bitteren Erkenntnissen ist der Vorsitzende der hessischen Jusos, Martin Wentz, bezüglich der sog. „Liberalisierung“ der Berufsverbote durch die SPD gelangt. In einem Beitrag für den „Sozialdemokrat“ (Zeitung der SPD Hessen-Süd) zeigt er auf, daß von den ursprünglichen Versprechungen Kloses und Koschnick letztlich nichts übrig geblieben ist: „Zieht man das Fazit und fragt, was sich an der Einstellungspraxis für den öffentlichen Dienst real ändern wird, so kann man festhalten:

1. Das Netz, das aufgespannt wurde, um „mißliebige Radikale“ vom öffentlichen Dienst fernzuhalten, ist etwas weitmaschiger geworden. In Zukunft wird sicher der eine oder andere leichter an den Argusaugen der einstellenden Behörde vorbeischlüpfen.

2. Dem Verfassungsschutz wurde die Überprüfungsarbeit der bisher schon unauffälligen und deshalb ungefähr-

deten Bewerber entzogen.

3. Dem Denunziantentum wird noch weiter die Tür geöffnet.

4. Der demokratiefeindliche Anpassungsdruck, also die Erziehung zum Duckmäusertum, bleibt erhalten.

5. An der Ursache und Tatsache der Berufsverbote selber wird nichts geändert.

Als Erfolg unserer Staatsmänner steht dem gegenüber, daß man die in- und ausländische Öffentlichkeit mit dem Hinweis auf die Abschaffung der Regelanfrage einweilen beruhigt hat. Scheinbare Einsichten und Veränderungen werden mit großen Worten verkauft, obwohl man am Kern des Übels nichts geändert hat.

Betroffen sind einmal mehr die gutgläubigen Wähler, Mitglieder und Delegierte der Partei auf allen Ebenen.“

Berufsverbote-Kommission

Berufsverbote noch und nöcher

In der alltäglichen bürgerlichen Presse ist das Thema Berufsverbote fast schon wieder out; die Sozialdemokraten geben sich den Anschein, als seien diese Dinge aufs Beste geregelt und berufsverbieten in alter Frische weiter.

Ein Ausschnitt aus der Berufsverbotepraxis allein im Monat März in Einflußbereichen der SPD macht dies deutlich. Im Bereich des sozialdemokratischen Ministers Gscheidle wurden zum 31.3.79 gekündigt:

- der Bundesbahnassistent z.A. Jürgen H.;
- der Bundesbahnoberssekretär Hermann Sch. wegen Mitgliedschaft in der DKP. Der „Fall“ Sch. ist an der bisherigen Berufsverbotepraxis gemessen in zweierlei Hinsicht ein besonders dicker Hammer. Zum einen war er bereits 14 Jahre im Dienst und noch 1975 zum Bundesbahn-Oberssekretär befördert worden, obwohl zu diesem Zeitpunkt durch seine Kandidatur bei den rheinland-pfälzischen Landtagswahlen seine DKP-Mitgliedschaft bereits bekannt war. Zum andern hat sich für Sch. sein direkter Dienstvorgesetzter in bemerkenswerter Weise eingesetzt. Er sieht in der Entlassung von Sch. eine direkte Gefährdung seiner Existenz und einen „Widerspruch zu Artikel 3 und 4 des Grundgesetzes“.

Darüberhinaus soll der Bundesbahner Hans Jürgen L., der seit einem Jahr Beamter auf Lebenszeit ist, aus Beamteneinstellung entlassen werden. Verfahren laufen auch gegen die Marburger Postler Herbert B. (Stadtverordneter der DKP), Rainer L. (Vorwurf der DKP-Mitgliedschaft) und Peter K. (parteilos; Vorsitzender des Marburger Berufsverbote-Komitees).

Im sozialliberal regierten Nordrhein-Westfalen droht dem Finanzbeamten Günter B., Recklinghausen, Entlassung wegen des Verdachts möglicher DKP-Mitgliedschaft; durfte der Lehrer Hubert B. seinen Dienst gar nicht antreten. Sein Arbeitsvertrag wurde ihm wegen „politischer Betätigung“ nicht ausgehändigt.

Im ebenfalls SPD/FDP-regierten Hessen wurden allein in Kassel 16 Fälle bekannt, in denen wissenschaftliche Hilfskräfte der Universität zur Anhörung zitiert wurden. In Frankfurt wurde dem Tutor Roland G. angelastet, daß er z. B. am 22. Oktober 1977 eine Demonstration für Abrüstung angemeldet hatte.

In Bremen ließ SPD-Liberalisierungs-Superstar Koschnick einem Betroffenen auf seine Anfrage hin antworten: „Im übrigen darf ich Ihnen mitteilen, daß Sie auch hier in Bremen nicht in das Beamteneinstellungsverhältnis auf Lebenszeit übernommen werden, falls tatsächlich festgestellt werden sollte, daß Sie sich als Mitglied der DKP aktiv für diese Partei betätigt haben... Die in der öffentlichen Diskussion befindliche Ausgestaltung bzw. Neufassung des Beschlusses der Regierungschefs von Bund und Ländern aus dem Jahre 1972 ist entgegen Ihrer Auffassung kein Freibrief für ein aktives Handeln für eine zwar legale, aber verfassungswidrige Ziel verfolgende Partei.“

Auf der Ebene der gerichtlichen Auseinandersetzungen gab es dagegen einige positive Entscheidungen, deren Bedeutung aber nicht sehr groß ist, da es sich jeweils um die 1. Instanz handelt.

Das Verwaltungsgericht Ansbach hat das bayrische Kultusministerium verpflichtet, den 29-jährigen Realschullehrer Erich K. als Beamten auf Probe einzustellen. K. war zunächst wegen seiner Mitgliedschaft im SHB abgelehnt worden.

Das Arbeitsgericht Stuttgart hat das Ausbildungsverbot für die Lehranwärterin Barbara M. aus Reutlingen aufgehoben. Barbara M. war vom Oberschulamt Stuttgart für die Fortsetzung ihrer Ausbildung als Referendarin wegen angeblicher DKP-Mitgliedschaft abgelehnt worden.

Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf verdonnerte das Land Nordrhein-Westfalen dazu, den Lehrer Wolfgang Z. mit 24 Wochenstunden im Angestelltenverhältnis zu beschäftigen.

Das berüchtigte Obergericht Münster reihte sich dagegen eine neue Perle in seine Rechtsprechungskette. Nachdem das Verwaltungsgericht Münster 1976 ein Be-

rufsverbot gegen die Realschullehrerin Monika E. als rechtswidrig abgelehnt hatte, konnte die SPD/FDP-Landesregierung ihren Willen jetzt mit Hilfe dieses Gerichts durchsetzen und ein Berufsverbot über Monika verhängen, die bei den Europawahlen für die DKP kandidiert.

Kurzmeldungen

Bremerhaven: 1975 kandidierte Frank B. für die DKP zu den Stadtverordnetenwahlen. Dies war für den Magistrat der Stadt der Anlaß, ihn aus dem Schuldienst zu entlassen. Jetzt mußte der gleiche Magistrat die Verbeamtung B.s auf Lebenszeit beschließen, da die Aussichten, vor Gericht mit diesem Berufsverbot durchzukommen, gleich Null waren. Das Gericht hatte schon in der ersten Instanz zu erkennen gegeben, daß es dem Berufsverbot wegen eines Formfehlers nicht zustimmen würde. Frank B. war 1968 eingestellt worden, so daß seine sechsjährige Probezeit 1974 endete. Das Gericht entschied nun, daß diese Probezeit ausreichen müsse, um die „Eignung“ eines Kandidaten erkennen zu können. Wenn die „Nichteignung“ aus politischen Gründen in dieser Zeit nicht erkannt worden sei, könne die Kandidatur allein nicht zu einer Entlassung herangezogen werden. Hierin liegt gleichzeitig der Pferdefuß, denn damit wird auf eine schärfere Beobachtung während der Probezeit abgezielt.

Bremen: Eine 28-jährige Postangestellte, die wegen angeblicher Aktivitäten für den KBW (Teilnahme an Demonstrationen, „KVZ“-Verkauf) in der Probezeit entlassen wurde, muß nach einem zweitinstanzlichen Urteil des Obergerichts (Az.: OVG I BA 21/77) wieder eingestellt werden. Das OVG entschied, „die Aktivitäten der Klägerin hätten keinerlei Bezüge zu ihrer dienstlichen Tätigkeit gehabt. Zwar beseitigt dies nicht den Verstoß gegen die politische Treuepflicht. Für die Schwere des Dienstvergehens sei jedoch diese Unterscheidung wichtig, weil die Beamtin keine Funktion ausübt, die besondere Anforderungen an die Pflicht zur Verfassungstreue stellt“ („Bremer Nachrichten“, 22.3.79). Dies unterscheidet sie z.B. von den Lehrern. Das Gericht ging dabei sogar davon aus, daß die Beamtin „durch ihre Tätigkeit eine verfassungsfeindliche Organisation aktiv gefördert habe“ (ebenda). Aber auch in diesem Urteil steckt ein Pferdefuß, denn maßgebend für die Entscheidung des Gerichts, „daß sich die Klägerin (die Postbeamtin, Ann. AK) in ihrer politischen Einstellung geändert habe und künftig von einer aktiven Förderung des kommunistischen Bundes Westdeutschland absehen werde“ (ebenda).

Kassel: Dem Kasseler Lehrer Jörg T. droht ein Berufsverbot, weil er als Referendar anti-faschistischen Unterricht gemacht hat. In der Unterrichtseinheit „Faschismus und Drittes Reich“ hatte er als Thema die Zwangsarbeit von Auschwitz-Häftlingen für den IG-Farben-Konzern gewählt, um daran die Triebkräfte des Faschismus deutlich zu machen. Dies paßte offenbar dem beurteilenden Oberstudienrat überhaupt nicht. In einer Nachbesprechung bemängelte er, daß Jörg T. solche „Nebensächlichkeiten“ im Unterricht behandle, anstatt den Schülern die „psychische Situation der SS-Leute“ nahezubringen. In der schriftlichen Beurteilung hieß es dann:

„Historisch-Materialistische, anti-faschistische Universitätsausbildung, einseitig infolgedessen (!). Kann sich nur langsam lösen, so daß er nur langsam geistig-freiere Positionen gewinnt.“ Als Examensnote erhielt Jörg T. aufgrund dieser Beurteilung eine vier, wogegen er Widerspruch einlegte. Aufgrund dieses Widerspruchs wurde er zu einer Anhörung beim Regierungspräsidenten vorgeladen. Hier wurde ihm unter anderen vorgehalten, daß er als Vertreter der DKP zu den Personalratswahlen am Studienseminar kandidiert habe. Tatsächlich hatte er auf

der GEW-Liste kandidiert. Diese Tatsache führte immerhin dazu, daß selbst der hessische DGB-Vorstand gegen das drohende Berufsverbot gegen Jörg T. protestierte. Bis Juni ist Jörg T. noch im Schuldienst, allerdings nur auf einer Stelle, wo er „unterrichtsbegleitende Maßnahmen“ durchführen kann.

Münster: Einen ähnlich gelagerten Fall gibt es in Münster, wo der Lehrer Christoph S. ebenfalls vom Berufsverbot bedroht ist. Offizielle Begründung für seine bisherige Nichteinstellung in den Schuldienst ist eine vermutete DKP-Mitgliedschaft. Im seltsamen (oder auch bezeichnenden) Zusammenhang steht dieses Berufsverbot mit Christophs antifaschistischen Aktivitäten. Er hatte vor zwei Jahren bei der Stadtverwaltung gegen Hakenkreuzschmierereien von Neonazis in Münster protestiert und hatte daraufhin mehrfach Drohbriefe von ihnen erhalten, in denen ihm unter anderem ein „frohes Fest in der Gaskammer“ angedroht worden war.

Berufsverbote-Kommission

Münster: 70 Referendare der berufsbildenden Schulen waren Ende Februar einer Einladung zu einer Veranstaltung des 1. Bundeswehrkorps über „sicherheitspolitische Fragen“ gefolgt. Am Eingang des Veranstaltungsortes verteilten KBW-Mitglieder ein Flugblatt. Ein unauffälliger Herr fotografierte jeden Referendar, der ein Flugblatt nahm. Die Referendare forderten daraufhin die Herausgabe der Negative, andernfalls würden sie die Veranstaltung verlassen. Der Vertreter der Bundeswehr erklärte sich bereit, die Fotos herauszugeben. Später bekamen die Referendare lediglich zwei Negative ausgehändigt, fotografiert wurden aber mehrere Dutzend. Die Betroffenen wendeten sich an die örtliche Presse, um ihrer Empörung Ausdruck zu verleihen. (Informationen nach „Münstersche Zeitung“ vom 2.3.79)

Ein Münsteraner Genosse

Eine 58-jährige Münchnerin darf in einer Kantine der Bundeswehr nicht die Spülmaschine bedienen, weil sie einige Jahre Mitglied der DKP war.

Jürgen Möllemann, FDP-Mitglied, hat nun eine Anfrage an den Bundestag gestellt; er will u.a. wissen, ob die Entlassung im Einklang mit den vor kurzem beschlossenen Grundsätzen für die Personaleinstellung im öffentlichen Dienst steht, und ob künftig auch Angestellte von Gaststätten, in denen vor allem Soldaten verkehren, einer Sicherheitsprüfung unterzogen werden sollen. („Nürnberger Nachrichten“ vom 16.3.; „SZ“ vom 17.3.79)

KB/Gruppe Nürnberg

Hansjörg B., Augsburger Realschullehrer, wurde nicht zum Vorbereitungsdienst zugelassen. Vorgeworfen wird ihm die Unterstützung internationaler Solidarität für Vietnam im Jahre 1971 und für die Opfer des faschistischen Putschs in Chile. Außerdem habe er eine Rede zum Antikriegstag gehalten und sich als Wahlkandidat der DKP nominieren lassen.

Freiburg: Ohne Angabe von Gründen verweigerte die „Vereinigung Freiburger Sozialarbeit“ dem arbeitslosen Sozialarbeiter Günter R. eine Anstellung. Dabei ist dies schon das zweite Mal, daß das DKP- und MSB-Mitglied Günter R. den behördlichen bzw. kommunalen Berufsverboten ins Visier gerät; denn schon Anfang 1978 war er an der Katholischen Fachhochschule wegen Verkaufens der „Roten Blätter“ exmatrikuliert worden. Allerdings bewirkte eine breite Solidarität mit Günter R., daß er einige Zeit später wenigstens sein Studium an der Fachhochschule abschließen konnte.



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Jugendwohngemeinschaftsberater im Streik

Westberlin. Ende Februar wurde den Trägern von Jugendwohngemeinschaften vom Senat mitgeteilt, daß im Jahr 1979 keine Mittel für die Finanzierung von 25 beantragten bzw. in der Planung befindlichen Projekten zur Verfügung gestellt werden können.

Vom 5. bis 10. März führten die 30 bei Freien Trägern beschäftigten Jugendwohngemeinschaftsberaterinnen und -berater einen befristeten Warnstreik durch. Dieser Streik ist der vorläufige Höhepunkt eines langandauernden Konflikts mit dem Westberliner Senat um die dringend notwendige Erweiterung des Platzangebotes in Jugendwohngemeinschaften und die soziale Absicherung der Mitarbeiter.

Ziele des Streiks sind:

- Finanzierung aller neu beantragten Projekte;
- Absicherung der bestehenden Projekte, d.h. auch Bezahlung der von den Beratern zu leistenden Arbeit;
- Verankerung eines Rechtsanspruchs der Jugendlichen auf einen Platz in einer WG im Jugendwohlfahrtsgesetz;
- Unterstützung der Projekte bei der Wohnungssuche durch den Senat.

Auf 1.300 Plätze bezifferte der Senat den Bedarf in neu einzurichtenden Jugendwohngemeinschaften in einer Untersuchung von 1978. Dem steht ein Angebot von 265 Plätzen gegenüber, von denen jeweils ein Drittel von den zwei großen selbstverwalteten Jugendwohngemeinschaften — Georg-von-Rauch-Haus und Tommy-Weisbecker-Haus — und den WGs der bezirklichen Jugendämter sowie der zentralverwalteten Heime gestellt werden.

Die Senatorin: WG — bewährte Einrichtungen der Jugendhilfe

In den Heimunterbringungsrichtlinien vom 28.12.76 steht unter II 6. ausdrücklich: „Die Unterbringung eines Minderjährigen in einer geeigneten

Die Senatorin: WG — bewährte Einrichtungen der Jugendhilfe

In den Heimunterbringungsrichtlinien vom 28.12.76 steht unter II 6. ausdrücklich: „Die Unterbringung eines Minderjährigen in einer geeigneten

Solange jedoch im Jugendwohlfahrtsgesetz kein Rechtsanspruch der Jugendlichen auf einen Platz in einer Jugendwohngemeinschaft verankert wird und damit die Jugendwohngemeinschaften auch auf gesetzlicher Ebene als Einrichtungen der Jugendhilfe anerkannt werden, bleiben derartige Vorschriften letztendlich wirkungslos.

In vielen Stellungnahmen der Senatorin in den letzten Jahren betonte sie immer wieder die Bedeutung der Jugendwohngemeinschaften als inzwischen bewährte Einrichtungen der Jugendhilfe. Seit Beginn der öffentlichen Förderung im Jahre 1974 wurde das Angebot jedoch nur um 32 Plätze erweitert!

Es wurde nichts unternommen, um die Arbeitsplätze der Berater sozial abzusichern. Von ihnen wird der gleiche Idealismus erwartet wie vor acht Jahren, wo aus Eigeninitiative Ehrenamtliche die Beratung der Jugendwohngemeinschaften und -Kollektive übernommen hatten.

Unter den Bedingungen des zunehmenden Mangels an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Jugendliche und des immensen Drogenproblems in Westberlin — um nur einige Stichworte zu nennen — ist WG-Beratung auf ehrenamtlicher Grundlage nicht mehr möglich.

Eine erfolgreiche Betreuung der Jugendlichen in WGs setzt einen kontinuierlichen Einsatz von qualifizierten Mitarbeitern voraus.

Wie ist der Widerspruch zwischen den Aussagen des Senats und seinem Handeln zu verstehen?

Nach Ansicht der Berater sind die Jugendwohngemeinschaften für den Senat nichts anderes als ein Feigenblatt fortschrittlicher Jugendpolitik.

Jugendwohngemeinschaften

Im Rahmen der „Heimkampagne“ Ende der 60er Jahre, die sich gegen die Misere der Heimerziehung richtete, entwickelte sich aus der Forderung der Jugendlichen nach Selbstbestimmung 1969/70 die erste Jugendwohngemeinschaft in Westberlin unter der Trägerschaft des Burckhardt-Hauses, eines selbständigen evangelischen Jugendverbandes. Etwas später entstand durch eine Hausbesetzung das Georg-von-Rauch-Haus, das erste völlig selbstverwaltete und selbstorganisierte Jugendwohngemeinschaft.

Als 1974 zum ersten Mal Jugendwohngemeinschaften mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden, bestanden bereits neben den zwei Kollektiven über ein Dutzend WGs, die durch private Initiativen mit ehrenamtlichen Kräften eingerichtet worden waren.

In den von der zuständigen Senatsstelle erarbeiteten „Leitsätzen“ heißt es:

„Wohngemeinschaften sind keine besondere Variante der Heimerziehung, also auch keine Kleinstheime. Sie sind vielmehr ein eigenständiger Einrichtungstyp der Erziehungshilfe nach § 5 Jugendwohlfahrtsgesetz.“

Weiter wird in den „Leitsätzen“ von einem „freiwilligen Zusammenschluß von jungen Menschen“ ausgegangen, „die innerhalb einer Wohn- und Lebensgemeinschaft versuchen, gemeinsame Lebens- und Handlungsperspektiven zu realisieren.“

Das Prinzip der Selbstorganisation der eigenen Lebenspraxis soll in der Konsequenz dazu führen, daß sich die Berater zum gegebenen Zeitpunkt zurückziehen und die Jugendlichen mit der Übernahme des Mietvertrages die volle Verantwortung für ihren weiteren Lebensweg übernehmen.

Das Wohnungsproblem —

ten, das den „Beratern“ zum gegebenen Zeitpunkt zurückziehen und die Jugendlichen mit der Übernahme des Mietvertrages die volle Verantwortung für ihren weiteren Lebensweg übernehmen.

Das Wohnungsproblem — der Senat muß wirksam helfen

Als ein besonderes Problem bei der Arbeit hat sich die Beschaffung von geeigneten Wohnungen herausgestellt. Die Jugendlichen sollen mit realistischen Anforderungen konfrontiert werden, die einen möglichst reibungslosen Übergang zur völlig selbständigen Bewältigung ihrer Lebenspraxis ermöglichen und die sie ihnen unter Umständen auch erleichtern.

Zum Beispiel müssen sie zum gegebenen Zeitpunkt in der Lage sein, die Miete selbst aufzubringen.

Ideal ist es, wenn die Jugendlichen in den Stadtteilen, in denen sie aufgewachsen sind und ihre sozialen Beziehungen haben, auch wohnen bleiben können.

Über den „freien Wohnungsmarkt“ ist es parkisch unmöglich, gezielt Wohnungen zu finden.

Jugendwohngemeinschaften mit ihren meist sehr kleinen Trägervereinen und noch weniger die Jugendlichen selbst können gegen Einzelpersonen oder Familien mit einem Monatseinkommen ab 4 000,- DM konkurrieren, wie es von Vermietern meistens gefordert wird. Ein noch größeres Problem stellen Vorurteile und zum Teil auch berechtigte Bedenken gegen Wohngemeinschaften dar. Fünf oder sechs Personen verursachen in der Regel mehr Lärm als eine Einzelperson oder ein Ehepaar.

Auf Vorschläge der WG-Träger, sie an genossenschaftlichen Hausprojekten zu beteiligen, die Möglichkeit der Ausweisung von Wohnberechtigungsscheinen für WGs zu prüfen bzw. eine gesetzliche Grundlage für den Bau geeigneter Wohnungen in öffentlich geförderten Bauvorhaben zu schaffen oder zumindest erst einmal Mittel für Mietkautionen zur Verfügung zu stellen, ging der Senat bisher nicht ein. Herr Tschoepe, der zuständige Referent der Senatorin

„hofft auf einen Klimaumschwung auf dem rauen Wohnungsmarkt“, so drückte er es in einem Gespräch Ende Februar aus. Ein Mitarbeiter des Senats, der speziell mit der Wohnungssuche für WGs insbesondere für die Drogen-Selbsthilfegruppen betraut wurde, ist mit dieser Aufgabe hoffnungslos überfordert. Er ist ähnlich wie die WG-Träger auf ein paar Beziehungen und viele Zufälle angewiesen.

Die geplante Ausdehnung des WG-Bereichs darf nicht auf Kosten der Freien Träger gehen

Beim Streik der WG-Berater geht es auch um eine wichtige politische Frage: Wie können die emanzipatorischen Inhalte, wie sie in den WGs der freien Träger seit Jahren mit Erfolg praktiziert wurden, abgesichert werden? Wichtige Voraussetzungen für eine realitätsbezogene Entwicklung der Jugendlichen in den WGs sind u.a.:

- die Jugendlichen finanzieren sich selbst durch BSHG (Jugend- bzw. Sozialhilfe), Bafög, AFG bzw. den Beitrag, den sie selbst durch ihre Ausbildungsvergütung oder Arbeit einbringen;
- sie organisieren und gestalten ihr Gruppenleben in eigener Verantwortung;
- es findet eine Beratung durch pädagogische Mitarbeiter von außen statt, die das Ziel hat, daß sich die Berater im Verselbständigungsprozeß der Jugendlichen überflüssig machen;
- die Jugendlichen ziehen freiwillig in die WG und können sie jederzeit auf eigenen Wunsch wieder verlassen;
- es gibt keinen Belegungszwang der WG-Plätze. Bei Auszug eines Jugendlichen muß die Gruppe unter Berücksichtigung ihres Entwicklungsstandes selbst entscheiden, wann und von wem das leerstehende Zimmer neu belegt wird.

Diese Inhalte können in den WGs Freier Träger praktiziert werden, weil die Finanzierung über projektorientierte Zuwendungen läuft.

rücksichtigung ihres Entwicklungsstandes selbst entscheiden, wann und von wem das leerstehende Zimmer neu belegt wird.

Diese Inhalte können in den WGs Freier Träger praktiziert werden, weil die Finanzierung über projektorientierte Zuwendungen läuft.

Pflegesätze — nein danke!

Der Senat plant die großen „Wohlfahrtskonzerte“ (die Liga-Verbände, wie z.B. das Diakonische Werk, Caritas und die AWO) sowie die Träger der Senats- und Bezirksheime am WG-Bereich zu beteiligen und ihnen damit den Abbau ihres Überhangs an Heimplätzen schmackhaft zu machen.

Mit der Argumentation, daß die Freien Träger nicht in der Lage seien, den genannten Bedarf an WG-Plätzen zu decken, will der Senat die großen Liga-Verbände intensiv einspannen. Dabei sei noch einmal erwähnt, daß sich seit Jahren die Freien Träger bemühen, den Bereich auszubauen und dem Senat die entsprechenden Anträge vorlegen.

Der Senat strebt mit den WGs der „Wohlfahrtskonzerte“ eine Finanzierung über einen „reduzierten Pflegesatz“ an, d.h. die Jugendlichen finanzieren sich selbst, alles was Beratung, Ausstattung und Unterhalt der Wohnung betrifft, läuft jedoch über Pflegesätze. Im Endeffekt heißt das, daß eine Verselbstständigung der Jugendlichen entgegenstehende Struktur — wie sie aus den Heimen bekannt ist — teilweise übernommen wird:

- das Einkommen des Pädagogen ist von der Belegung der WG-Plätze abhängig. Weniger Jugendliche bedeutet weniger Geld, denn Pflegesatz heißt, daß pro Jugendlichen pro Tag ein gewisser Satz gezahlt wird, in dem alle anfallenden Kosten (s.o.) enthalten sind; zudem müssen die Zahlungen auf den Pfennig genau abgerechnet werden und sind verbunden mit regelmäßig zu erstellenden „Entwicklungsberichten“ über jeden einzelnen Jugendlichen;
- die Jugendlichen eines bestimmten Heimes kommen ab einem gewissen Alter in die Wohngruppe des-

ben Heimes (damit ist die wichtige Bedingung der Freiwilligkeit nicht mehr erfüllt);

— der Heimverbund bleibt bestehen (damit kann sich der Heimleiter als „oberste Instanz“ wichtige Entscheidungen vorbehalten)...

Der Aktionsstreik: Die Solidarität der Kollegen war ein schöner Erfolg

Der aktive Streik der WG-Berater — der Erfolg der Öffentlichkeitsarbeiter — vor allem die Solidarität vieler Kollegen in den Ämtern, Heimen und Freizeiteinrichtungen, drückten sich u.a. in fast 500 Unterschriften und fast 6.000 DM Spende für eine halbseitige Anzeige im „Tagesspiegel“ vom 16.3.79 aus. Das ist ein besonderer Erfolg angesichts der zum Teil massiven Repressalien der Amtsleitungen in Charlottenburg, Steglitz und Neukölln, wo den WG-Beratern verboten wurde, Informationen an die Kollegen zu verteilen und Unterschriften zu sammeln. Teilweise wurde ihnen sogar Hausverbot erteilt. Einige Kollegen waren durch die Maßnahmen derart eingeschüchtert, daß sie es nicht einmal wagten, „privat“ zu unterschreiben.

Dagegen unterzeichnete in Zehlendorf sogar die Stadträtin eine Solidaritätserklärung, gegen die sie keine Einwände sah.

Der Senat gesteht Fehler ein — eine grundlegende Änderung seiner Position ist nicht in Sicht

Während der Streikwoche rief Herr Tschoepe im Büro des Arbeitskreises Jugendwohngemeinschaften, in dem die Berater ihr „Streiklokal“ errichtet

hatten an und bat um ein Gespräch — recht bald, möglichst noch vor der Wahl.

Sein Hauptanliegen war es, die Berater von weiteren Angriffen auf die Jugendpolitik des Senats abzubringen. Dabei betonte er die „gemeinsame Strategie“ in bezug auf die Ausdehnung des WG-Bereichs und gestand auch Fehler bei der mangelnden Unterstützung in der Frage der Wohnungsbeschaffung ein. Eine konkrete Stellungnahme zu den Forderungen erfolgte allerdings nicht.

Die WG-Berater beschlossen daraufhin, ihre Aktionen fortzusetzen und verstärkt mit go-ins, Veranstaltungen und Pressemitteilungen an die Öffentlichkeit zu treten. Auf unbeschränkte Zeit soll die Beraterstätigkeit auf das Notwendigste, in der wöchentlichen Arbeitszeit von 20 Stunden liegende, beschränkt werden.

**Arbeitskreis
Jugendwohngemeinschaften**
Hohenstaufenstraße 10 a
1000 Berlin 30
(Tel.: 030/215 24 64)

Angeschlossen sind dem Arbeitskreis die Mitarbeiter folgender Träger:

Aktion 70
Jugendwohngemeinschaften e.V.

Jugendhaus e.V.

Bund Deutscher Pfandfinder

Sozialhilfebund Berlin e.V.

Evangelisches Clubheim
für Berufstätige e.V.

Nachbarschaft hilft Wohngemeinschaft

sowie Mitarbeiter verschiedener bezirklicher und vom Senat getragener Jugendwohngemeinschaften

Schüler selbstmorde — Lehrer wollen nicht mehr schweigen

Schüler selbstmorde — Lehrer wollen nicht mehr schweigen

Lörrach/Südbaden. Am 9. Februar erhängte sich ein Schüler des Gymnasiums in Grenzach-Wyhlen. Kurz zuvor hatten seine Eltern den „blauen Brief“ erhalten, in dem seine Nichtversetzung angekündigt worden war. Nur einer in einer ganzen Serie von Selbstmordversuchen und Selbstmorden wegen Schulproblemen: Zwei Schüler des Schopfheimer Gymnasiums konnten gerade noch gerettet werden. In Grenzach-Wyhlen hatte es schon im Januar einen anderen Schüler selbstmord gegeben.

60 Lehrer der GEW-Fachgruppe Gymnasien des Kreises Lörrach fragten daraufhin in einem „Offenen Brief“ an das Schulministerium: „Wieviel Schüler selbstmorde sind noch notwendig, ehe ... etwas unternommen wird?“ („Badische Zeitung“, 3.3.79). Kontakte unter den Schülern und ein persönliches Lehrer-Schüler-Verhältnis würden durch „ein auf den Lehrplan ausgerichtetes Pauken“ (ebenda) ersetzt. „In ihren Klassen, so die Erfahrungen der protestierenden Pädagogen, steige die Zahl der Kinder, die unter Eß- und Schlafstörungen litten, häuften sich die Fälle von chronischer Passivität, von völlig fehlendem Interesse an der Umwelt, das bis zur totalen Selbstisolation der Kinder führen könne.“ (ebenda)

Schulministerium und Oberschulamt verweigerten jede inhaltliche Stellungnahme zu diesem „Offenen Brief“. Stattdessen wurde der verantwortliche Unterzeichner zu einer „Dienstfahrt“ zum Oberschulamt zitiert. Geradezu hysterisch reagierten die Direktoren der Gymnasien von Lörrach, Grenzach-Wyhlen und Schopfheim als ein Fernsehteam des Südwesfuns an den Schulen Aufnahmen machen wollte: Das „Image der Schule“ würde aufs Spiel gesetzt,



Titelbild der Schülerzeitung
„Zündfunke“

es würde „Unruhe ins Gymnasium getragen“ und schließlich müsse man „Rücksicht auf die Eltern des Erhängten“ nehmen („BZ“, 17.3.79). Eine Drehgenehmigung erhielten die Fernsehleute nur in Grenzach und auch erst, nachdem sie drohten, sonst außerhalb der Schule zu filmen.

Ein Flugblatt, das eine Klasse nach dem Tod ihres Mitschülers verfaßt hatte, erschien nicht, nachdem der Schulleiter die Schüler in „persönlichen Gesprächen“ unter Druck gesetzt hatte.

Die GEW-Fachgruppe hat unterdessen angekündigt, in den nächsten Tagen 300 Unterschriften unter den „Offenen Brief“ nachzureichen.

KB/Gruppe Freiburg

Go-in beim Frankfurter Schuldezernenten: Mihm läßt alle verhaften

Nachdem der Frankfurter Schuldezernent Mihm (CDU) gegen die VVN („kommunistische Tarnorganisation“) ein generelles Verbot, an antifaschistischen Schulveranstaltungen teilzunehmen, ausgesprochen hat, haben wir (StadtSchülerrat und antifaschistische Schüler) uns entschlossen, entschieden gegen dieses Vorgehen zu protestieren. Mihm versucht hiermit, alle antifaschistischen Schulveranstaltungen zu verhindern, und dies ist nur einer seiner ersten Schritte gewesen, alle antifaschistischen Schüler zu kriminalisieren. Welcher skandalösen Mittel er sich hierbei bedient, zeigt folgender Vorgang.

Um Mihm zu einer Diskussion mit uns zu zwingen, haben wir uns am 28.3. morgens um 7.15 Uhr getroffen, um ihm in seinem Büro einen Besuch abzustatten. Mit 50 Leuten sind wir dann in das Vorzimmer seines Büros gegangen und haben uns dort hingesetzt, um mit ihm zu reden. In sichtlicher Aufregung über die unerwartet zahlreich erschienenen Schüler hat er unter ständiger Androhung, die Bullen zu rufen und uns alle wegen „Hausfriedensbruch“ anzuzeigen, versucht, uns rauszuschmeißen. Dabei hat er mehrere Schüler täglich angegriffen. Nachdem er sich erstmal vor uns in „Sicherheit“ gebracht hatte und an die Tür seines Vorzimmers geeilt war, hat er uns ständig weiter angeschrien, er werde uns alle verhaften und abführen lassen, wenn wir nicht sofort verschwinden. Wir haben uns jedoch nicht von dem wildgestikulierenden Schreihals einschüchtern lassen und sind alle sitzen geblieben. Nach 10 Minuten kamen dann ungefähr 15 Bullen, die uns brutal hochgerissen und aus dem Büro in die Aufzüge reingestoßen haben. Ein Schüler wurde dabei kopfüber in den Aufzug

reingeworfen und danach von Polizei-Obermeister Marx noch getreten. In der Aufzugshalle mußten wir dann eine Stunde warten, bis drei grüne Minnas vorgefahren waren, um uns abzutransportieren. In dieser Zeit wurde einem Schüler, der für seine Schülerzeitung Fotos gemacht hatte, der Film aus der Kamera gerissen. Inzwischen hatte sich auch die Presse eingefunden. Auf dem Bullenrevier wurden wir nicht wie es sonst bei Hausfriedensbruch üblich ist, vom zuständigen Fachkommissariat zur Personalüberprüfung gebracht, sondern alle von der Staatsschutzabteilung erkennungsdienstlich behandelt (Fingerabdrücke und Fotos). Zur Begründung dieses Vorgehens sagte der Leiter der Polizeipressestelle, Kurt Kraus, zur Beweisaufnahme genüge es in diesem Falle nicht, nur anhand der Pässe die Personalien festzuhalten, da eine „politische Motivation möglich“ sei. Dies ist eindeutig ein Versuch, uns zu kriminalisieren und uns vorbeugend als potentielle politische Gewalttäter zu registrieren. Da hat sich der immer sooo freiheitlich proklamierte deutsche Staat mal wieder eindeutig als Polizei- und Spitzelstaat entpuppt.

Einige der Schüler saßen sechs Stunden im Bullenrevier (in Zellen versteht sich), und fast alle Mädchen wurden körperlich durchsucht! Diese Mittel, derer sich Herr Mihm da bedient, sprechen eine unmißverständliche Sprache über sein Verständnis von Demokratie.

Schüler/innen im KB/Gruppe Frankfurt

Letzte Meldung: Mihm kriegt wieder Besuch

Am 30.3., dem letzten Schultag vor

den Osterferien in Hessen, trafen sich bereits 300 Schüler, Lehrer und Eltern aus fünf Frankfurter Schulen zu einer Protestaktion gegen die Mihm-Pädagogik. Aus der Ernst-Reuter-Schule I und II kamen sogar ganze Schulklassen. Die Lehrerkonferenz der ERS wie auch verschiedene Elternbeiräte hatten sich schon am Vortag empört in der Presse gegen das Vorgehen Mihms geäußert. Die Demonstranten marschierten zum Schuldezernat, wo sie erfuhren, daß Mihm auf einer Magistratssitzung im Römer sei. Daraufhin wurde zum Römer demonstriert, wo man natürlich reichlich Polizei vorfand. Nach einigem Hin und Her wurde eine Delegation von vier Leuten hereingelassen. Mihm ließ sich jedoch auf keinerlei Diskussion ein und blieb dabei, daß die Gerichte den Vorfall vom 28.3. klären sollten. Nachdem die Demonstranten darüber informiert worden waren, erklärten sie ihrerseits, unter diesen Voraussetzungen ebenfalls keine Diskussion mehr mit Mihm zu wünschen. Nach den Ferien werde man allerdings wieder von ihnen hören.

Mihm ist für antifaschistische Argumente in der Tat nicht zugänglich. Gegenüber der „Frankfurter Neuen Presse“ (29.3.) erklärte er, „die in seinen Augen kommunistisch gesteuerte VVN sei keine Heimat für demokratische Widerstandskämpfer und KZ-Opfer des Dritten Reiches“. Es bleibe jedenfalls bei seiner Verfügung...

Dies ist an Unverfrorenheit kaum mehr zu überbieten. Wem bietet denn, wenn man einmal fragen darf, der zwielichtige „Wikito-Bund“, in welchem Mihm Mitglied ist, eine Heimat? Demnächst wird sich wohl auch die NPD mit ihren Ratschlägen zu Wort melden, wo KZ-Opfer sich gefälligst zu organisieren haben.

Schamlos, pervers, lesenswert!

Im Februar 78 erschien in Wetzlar die erste und letzte Ausgabe der „Götterdämmerung“, herausgegeben von einer Schülergruppe.

Diese Zeitung machte sofort Schlagzeilen, insbesondere der Artikel „Über den Wahnsinn, mit 13 noch Jungfrau zu sein – Sexualverhalten in Mittelhessen“. „Es geht aus unserer Sicht das Sexualverhalten Jugendlicher zu kommentieren“ – Dies taten die Schüler kritisch und subjektiv. Sie benutzen ihre eigene, sehr direkte Sprache, wenden sich gegen die Unterdrückung der kindlichen Sexualität und fordern: „Notwendig ist es, mit dem Partner offen über alles zu reden und sämtliche Bedürfnisse zu artikulieren. Die erzielten Ergebnisse müssen dann natürlich auch in die Praxis umgesetzt werden, so gut es geht. Dies für diejenigen, die einen festen Partner haben. Allgemein ist zu sagen, daß viel früher und öfter gefickt werden muß, und zwar mit jedem, den man gern hat und sich momentan gut versteht.“

Gefundenes Fressen für die beiden CDU-Rechtsaußen Irmer und Thomas: „Es ist untragbar, solche Subjekte an einer Schule zu dulden ... Ein Pamphlet, welches sich durch seinen schamlosen Inhalt, seine fäkalienhafte Sprache sowie seinen Aufruf zur Gewalttätigkeit gegen die fdGO als eine einzige Ausgeburt perversen menschlichen Denkens und Handelns darstellt.“

Aus berufenem Mund liegt jetzt eine Beurteilung dieser Zeitung vor: Von der Zentralstelle zur Bekämpfung gewaltverherrlichender, pornographischer und sonstiger jugendgefährdender Schriften bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt.

Die bemerkenswertesten Passagen dieser Beurteilung möchte ich den AK-Lesern nicht vorenthalten, wird hier doch deutlich, wie dieser Staat die sexuelle Unterdrückung der Jugend betreibt.

Die sexuelle Unterdrückung der Jugend betreibt.

„... Beurteilung der Schülerzeitung Götterdämmerung ... Nach der bisherigen Rechtsprechung liegt eine sittliche Gefährdung dann vor, wenn die mutmaßliche Wirkung der Schrift auf junge Menschen in diesen den Aufbau der sittlichen Wertvorstellung der abendländischen Weltanschauung entsprechen, erschwert wird und dadurch Jugendliche der Gefahr der sittlichen Verwahrlosung ausgesetzt sind ... Die Anwendung der vorerwähnten Beurteilungskriterien auf den in der Schülerzeitung abgedruckten Artikel läßt diesen als offensichtlich schwer jugendgefährdend erscheinen. ... Es

darf nicht außer Acht gelassen werden, daß in dem Artikel „Über den Wahnsinn, mit 13 noch Jungfrau zu sein“ der nach § 176 Abs. 1 und Abs. 3 Nr. 1 StGB strafbare sexuelle Kontakt mit einem Kind verherrlicht und die hemmungslose sexuelle Freiheit als erstrebenswertes Ideal bereits für Mädchen unter 14 Jahren angepriesen wird ... Der Artikel ... ist durch die Auswahl und Behandlung des Stoffes, Art und Weise der Darstellung und dadurch, daß sich der oder die Verfasser einer äußerst obszönen Sprache bedienen – auch besonders geeignet, bei Kindern und Jugendlichen den Eindruck zu erwecken, das menschliche Geschlechtsleben habe schon sehr früh einzusetzen und diene allein zum Zwecke nahezu hemmungsloser Lustbefriedigung, während ... Geschlechtsgemeinschaft und Ehe sich nicht unbedingt zu entsprechen brauchen ... Bei all diesen Gefahren ... muß im Auge behalten werden, daß auch immer gefährdungsgerechte labile und durch Umwelteinflüsse oder Anlage (!) anfällige junge Menschen, etwa aus sozialen Unterschichten (!), angesprochen werden und der Gefährdung unterliegen könnten. Diese Kinder und Jugendlichen könnten gerade durch solche Lektüre beeinflusst, auf Klassenreisen und in Jugendlagern, aber auch in freien kameradschaftlichen Verbindungen an gemeinschaftlichen, ausschweifenden und abartigen sexuellen Handlungen Gefallen finden ... Schließlich darf auch nicht verkannt werden, daß Kinder und Jugendliche beim Lesen einer auf dem Schulhof oder in einem Jugendheim verteilten Schülerzeitung davon ausgehen, daß deren Inhalt von der Schulleitung und von ihren geschätzten Erziehern gebilligt wird ... das jedem Kind und Jugendlichen vom Grundgesetz garantierte Recht auf Reifung zur „leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit“

Reifung zur „leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit“ wird durch den beanstandeten Text in Frage gestellt, da der außereheliche sexuelle Kontakt mit häufigem Partnerwechsel zwischen und mit Kindern und Jugendlichen ohne entsprechende kritische Einschränkung und den Hinweis auf die Strafbarkeit nach § 176 StGB verherrlicht wird“. Das ist ja „kriminell“!

Ein Gießener Genosse

PS: Die AK-Redaktion mußte zu ihrem großen Bedauern lesen, daß diese Schülerzeitung nur ein einziges Mal erschienen ist.

„Die Schwulen platzen aus den Nähten – uns platzt der Kragen“

Nach Aussage des Vorsitzenden des Gemeinsamen Elternbeirates, Willi Hertlein, haben allein an den Münchener Volksschulen rund 10 000 Schüler keinen geregelten Unterricht, an rund 100 Volksschulen gibt es verwaiste Klassen. „Wenn ein Lehrer wegen Krankheit oder aus anderen Gründen ausfällt, dann wird kein Aushilfslehrer eingestellt, obwohl genügend Leute zur Verfügung stehen“. Die Mittel für Aushilfslehrer waren im Herbst von der Regierung gesperrt worden!

Zu einem ersten Streik gegen diese Schulmisere kam es an der Grundschule am Amphionpark. Die dortigen drei ersten Klassen hatten nur zwei Lehrer für den Unterricht. Die Eltern reichten eine einstweilige Verfügung beim Verwaltungsgericht ein, um zu erreichen, daß sofort Mittel für den Aushilfsunterricht an der Schule freigestellt werden. Sollte dies erfolglos bleiben, wollten sie ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken. Flugs wurde daraufhin ein Lehrer eingesetzt, der allerdings einer zweiten Klasse an einer anderen Grundschule abgezogen wurde. Dieses Manöver ließen sich die

Eltern nicht gefallen. Die Kinder der zweiten Klasse, denen der Lehrer weggenommen worden war, erschienen nicht zum Unterricht.

Ähnlich wie an den beiden oben genannten Schulen sieht es auch an anderen Grund- und Hauptschulen aus. So fehlen in der Grundschule an der Türkenstraße acht Lehrkräfte, in der Grundschule an der Simmernstraße wurden „die Kinder einer ersten Klasse an 18 aufeinanderfolgenden Schultagen von elf verschiedenen Lehrern betreut“.

Die Vollversammlung des Gemeinsamen Elternbeirates hat nach Beginn des Streiks eine Petition an den Landtag beschlossen. Die Elternvertreter beantragten „die schnellstmögliche Bereitstellung ausreichender Mittel, eventuell auf dem Weg eines Nachtragshaushalts, um an allen Volks- und Sonderschulen den vollen stundenplanmäßigen Unterricht sicherzustellen“.

Die Maßnahmen, die das Kultusministerium daraufhin ergriff, hält Willi Hertlein zu Recht für „reines Krisenmanagement“. Bezahlung von bis zu 24 Überstunden pro Monat, 30

neue Aushilfslehrer, vermehrte Heranziehung von nebenamtlichen Lehrkräften. In keinem Fall sollten neue Planstellen geschaffen werden.

Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt in einem Kommentar dazu: „Derzeit gibt es in Bayern rund 650 ausgebildete Volksschullehrer, die nicht in den Staatsdienst übernommen werden; in einem Monat – nach dem nächsten Prüfungstermin – werden es rund 1 000 sein. Lehrer sind also da. Jetzt fehlen aber die Mittel, sagen die staatlichen Behörden. Und das ist so ziemlich die schlechteste Ausrede, die man sich denken kann. Weder Eltern noch Kinder werden sie akzeptieren“.

So drückten dann auch mehrere hundert Schüler ihren Protest auf einer Demonstration am 20.3. gegen die Schulraum- und Lehrersituation aus. Die Demonstration endete mit einer Protestkundgebung auf dem Marienplatz mit der Forderung: „Wir lassen uns nicht mehr durch das Pölenknickargument verströmen, die jetzige Schülergeneration braucht eine ordentliche Ausbildung.“

KB/Gruppe Nürnberg

Schülerzeitung beschlagnahmt

Wegen „Befürwortung von Gewalt“ hat der Rektor der Weidig-Schule Butzbach (Gymnasium) die neueste Ausgabe der Schülerzeitung „Linkslastig“ beschlagnahmt. Dabei drang er in die Räume der Schülervertretung ein und ergriff einige Dutzend der Zeitung, um sie dem Kultusministerium zur Beurteilung vorzulegen.

„Linkslastig“ wird von Juso-Mitgliedern und einigen unabhängigen Schülern herausgegeben und enthielt in der neuen Ausgabe den Artikel des Göttinger Mescalero „Buback ein Nachruf“.

In einer Flugblattaktion an die

Schülerschaft wandte sich der Vorstand der Schülervertretung gegen die Maßnahmen der Bürokratie: „Die Welt- und insbesondere die deutsche Geschichte haben uns deutlich vor Augen geführt, was passiert, wenn man andere Meinungen nicht mehr zuläßt, Bücher verbrennt und Andersdenkende verurteilt, verhaftet oder umbringt ...

... Die Meinungsfreiheit darf nicht dort aufhören, wo die andere Meinung beginnt ...“

KB/Gruppe Butzbach

„Keine Verschärfung in der Oberstufe“

Mit einer Demonstration von 8 000 Schülern, die größte Schülerdemo der Nachkriegszeit, und einem Schulstreik (für den sich mehr als 78% der Bremer Gymnasiasten entschlossen hatten) protestierten Bremer Schüler gegen die geplante Einführung der „Neugestalteten Oberstufe“ und gegen das „Tosspapier“.

Dieses Papier wurde von kurzfristig zusammengeholten Direktoren und Behördenvertretern im letzten Jahr vorgelegt. War es bisher beispielsweise so, daß die 13. Klasse als Vorbereitungsklasse aufs Abitur gedacht war (keine Klausuren u.ä.), sieht das „Tosspapier“ hier drastische Veränderungen vor. So sollen neben der Abiturvorbereitung in jedem Fach zwei Klausuren geschrieben werden, d.h. 14 Klausuren in durchschnittlich 50 Unterrichtstagen.

Eine zweite Verschärfung ist die

Einführung von Leistungskursen schon im Einführungs-jahr (11.Klasse). Die Forderung der Schüler: — Senkung der Kursfrequenzen! — Einführung von Förderkursen in der Einführungsphase und — Wegfall der Leistungskurse im Einführungs-jahr!

Scharfe Proteste, nicht nur von Schülern

Inzwischen hat auch die GEW gegen das „Tosspapier“ protestiert. Ebenso protestierte der zentrale Elternrat. Diese Proteste haben mittlerweile dazu geführt, daß die Verabschiedung des „Tosspapiers“ noch aussteht. Die Gesamtschülervertretung plant bis zur geplanten Verabschiedung am 23.März weitere Aktionen.

Ein Schülergenosse aus Hamburg



München. Mehrere hundert Schüler demonstrierten am 20.3. gegen die katastrophale Lage im Schulbereich

Der Marsch der 100 000 auf Paris



Straßenbarrikaden vor dem Gare de l'Est (Ostbahnhof)

Der 1. Mai wurde auf den 23. März vorverlegt: Über 100.000 Arbeiter, besonders aus den von der Stahlkrise bedrohten Regionen, trugen ihren Protest nach Paris. Sie kamen in sechs Sonderzügen und über 1.000 Bussen, allein 20.000 aus dem Norden bei Denain und allein 6.000 aus Longwy. Trotz der Weigerung der CFDT-Führung, für den Marsch zu mobilisieren, beteiligten sich zahlreiche Gruppen von der Basis der CFDT an der Demonstration.

Auf Seiten der Polizei wurde der Marsch zu einem großem Bürgerkriegsmanöver genutzt. Es gab verschiedene Bullenüberfälle auf Demonstranten, bei denen sich die Demonstranten jedoch z. T. verbittert wehrten. Noch drei Stunden lang nach der Demonstration fanden Straßenkämpfe an eilig errichteten Barrikaden statt.

Provokationen der Polizei

Am Nachmittag kam es zu einer ersten Provokation der Bullen. Ohne erkennbaren Anlaß – die Demonstration verlief friedlich und eher langweilig – marschierten CRS und Gardes Mobiles auf. Aus den Reihen der Demonstranten wurden sie mit Flaschen, Steinen und vereinzelt Mollied beworfen.

Am Schluß der Demonstration dachte trotz der ständigen hektischen Aufrufe der CGT-Ordner, sich schnellstens aufzulösen, kaum jemand an Heimkehr. In den Nebenstraßen um den Platz der Abschlußkundgebung herum stand ein riesiges Bullenaufgebot bereit, und die Stimmung war bis zum Zerreißen gespannt.

Nachdem ein paar Scheiben zu Bruch gegangen waren (durch das Lieblingsobjekt der Speiße-Hysterie, nämlich die „Autonomen“ oder auch durch Polizeiprovokateure, vgl. Kasten), fanden Straßenschlachten zwischen Bullen und Demonstranten statt, in deren Verlauf die Schaufensterscheiben und Auslagen zahlreicher Kaufhäuser, Luxusgeschäfte, Restaurants und Banken lädiert wurden. In den Läden fanden einige Selbstbedienungsaktionen statt. An mehreren Stellen wurden Barrikaden errichtet und Autos angezündet. Nach der Demonstration war die CGT-Führung dann sehr bemüht, diese Kämpfe herunterzuspielen und sie als das Werk einer „Handvoll unkontrollierter Elemente“ und „berufsmäßiger Krawallmacher“ hinzustellen. Abgesehen davon, daß diese Aktionen unter dem wohlwollenden Schutz und dem Beifall der Masse der Demonstranten stattfanden (Ausnahme: der aggressive Ordnerdienst der CGT, siehe unten), ließ sich auch nicht übersehen, daß sich Gruppen von Stahlarbeitern – erkennbar an ihren Helmen – an den Kämpfen beteiligten.

Dort, wo sie nicht als einzelne in arge Bedrängnis gerieten und die Wut der Menge zu spüren bekamen, überfielen die Bullen mit unglaublicher Brutalität die Demonstranten: Kinder wurden an den Haaren gezogen, Frauen aus dem Sanitätsdienst der

Demonstranten und mehrere Journalisten und Fotografen wurden zusammengeknüpelt. Neben Tränengas setzten die Bullen Chlorgasgranaten ein, die Verätzungen der Atemwege und akute Erstickungsängste hervorriefen; außerdem wiederum die mörderischen Offensivgranaten. Es gab sehr viele Verletzte unter den Demonstranten („Liberation“, 24./25. 3.79). Aber da sie sich erbittert zur Wehr setzten, gab es auch viele verletzte Polizisten; die offizielle, jedoch wohl mit Vorsicht zu genießende Zahl ist 116. – 169 Demonstranten wurden festgenommen, davon blieben 48 in Haft. Sie sollen in den nächsten Tagen in Schnellverfahren abgeurteilt werden.

Am Morgen des 23.3. fand eine Razzia im sog. „autonomen Milieu“ statt. In mehreren besetzten Häusern wurden 83 Menschen, darunter auch Kinder, verschleppt, ihre persönliche Habe wurde beschlagnahmt. Als offizielle Begründung für den Überfall, bei dem ganze Straßenzüge abgeriegelt wurden, wurde eine Untersuchung in Zusammenhang mit der Demonstration der Autonomen vom 13. Januar genannt. Tatsächlich handelte es sich wohl um eine Vorbeugehaft am Tag des Stahlarbeitermarsches („Liberation“, 24./25.3.79).

Die Gewerkschaftsführungen: Offen spalten, taktieren, abwiegeln

Die Führung der CFDT nannte zwei Gründe für ihre Weigerung, zum Marsch aufzurufen: Zum einen wolle die KPF über die CGT mit dem Marsch politischen Druck auf den Ausgang der Kantonswahlen (siehe Artikel dazu in diesem AK) ausüben, es gehe ihr also gar nicht um ein ökonomisches Kampfmittel. Zum anderen kritisierte sie den Marsch als einen der üblichen einmaligen Aktionstage ohne weitere Kampfperspektive. Während das erste ein ganz offenes rechtes Argument ist, greift das zweite demagogisch eine linke Kritik an den zahlreichen „Aktionstagen“ der Vergangenheit auf.

Dabei ist dieser Vergleich nach den militanten Kampfaktionen der Stahlarbeiter von Longwy und Denain völlig falsch. Wie wenig ernst das zweite Argument gemeint war, zeigt auch die Tatsache, daß die CFDT-Führung nun ihrerseits für den 7. April einen Kampftag zur Einführung der 35-Stunden-Woche propagiert.

An der Basis der CFDT gab es starken Unmut über die Nicht-Mobilisierung. Zahlreiche Betriebs- und Bezirksgruppen setzten sich in offenen Widerspruch zur Gewerkschaftsführung und riefen mit eigenen Flugblättern zum Marsch auf. So aus der Stahlindustrie die CFDT-Gruppen des Stahlriesen Usinor aus Longwy und Dunkerque, ansonsten verschiedene CFDT-Gruppen aus der Textil-, Metallindustrie, von der Textil- und den Banken. Insgesamt stellten die CFDT-Mitglieder auf dem Marsch jedoch eine absolute Minderheit dar.

Während die CFDT-Führung für den 23.3. aktiv demobilisierte und den Stahlarbeitern in den Rücken fiel,

wollten ihre politischen Freunde in der PS-Führung den dabei unvermeidlichen Gesichtsverlust etwas eindämmen und riefen in allerletzter Minute zum Marsch auf.

Die CGT, auf deren Initiative der Marsch zurückging und die als einzige Gewerkschaft aufrief, nutzte die Gunst der Stunde, um sich an die Spitze des Protestes zu setzen und den Zorn zu kanalisieren. Der 23. März lag ganz auf ihrer Linie, die Proteste zahlenmäßig auszuweiten, ihnen ein Ventil zu geben. So rief sie nur in drei Regionen (Lothringen, Norden, Loire) zum Streik auf. In der „L'Humanité“ orientierte die KPF vor allem darauf, der Regierung Barre bei den Kantonswahlen einen Denkmittel zu geben.

Während der gesamten Demonstration waren die Ordnertrupps der CGT mit brutalen Schlagermethoden bestrebt, alle Demonstranten, die nicht auf ihrer Linie waren, abzuwiegeln. CGT-Ordner waren mit Knütteln, Schlagstöcken und sogar Tränengas ausgerüstet, das in einem bekannt gewordenen Fall gegen einen

anderen Demonstranten eingesetzt wurde! Sogar die Hilfe der Bullen wurde gegen vermeintlich „autonome“ Demonstranten in Anspruch genommen, und als die „Ordnungshüter“ bei dieser Mission in Bedrängnis gerieten, eilten die CGT-Ordner herbei, um ihnen den Rücken freizuhalten. Der Platz der Abschlußkundgebung war von einer doppelten CGT-Ordnerkette abgeriegelt, die nur genehme Demonstranten auf den Platz lassen wollte. In der Hitze des Gefechts wurde auch Stahlarbeitern aus Longwy der Zugang verwehrt.

Daß trotz des Boykotts der CFDT und der halbherzigen Mobilisierung der CGT-Führung über 100.000 Arbeiter demonstriert haben, zeigt die Stärke des Protestes gegen die kapitalistische Krisenpolitik. Da die Herrschenden in der Stahlindustrie keinerlei Raum für wirtschaftliche Zugeständnisse haben, ist mit einer weiteren Radikalisierung der Kämpfe zu rechnen.

Frankreich-Kommission



Mit ihren Tränengasgewehren prügelten CRS-Bullen auf Demonstranten ein

Der Bulle als Provokateur

Während der stundenlangen Auseinandersetzungen am Rande der Stahlarbeiterdemonstration, die von Regierung, Polizei und auch den gewerkschaftlichen Organisatoren der Demonstration den sogenannten Autonomen angelastet werden, gelang den CGT-Ordern ausnahmsweise mal ein guter Fang. Aus einer Gruppe von Demonstranten, die sich zu den Autonomen zählten, schnappten sie sich einen, der durch sein Verhalten besonders aufgefallen war. „Ich habe einen Typen Steine auf die CRS schmeißen sehen, der dann plötzlich einfach wegging“, beschreibt ein CGT-Ordner den Vorfall. „Wir haben ihn uns geschnappt. Er war ganz aufgeregt. Er sagte uns: „Ich bin Polizist, laßt mich los.“ – „Kommt nicht in Frage“, haben wir ihm geantwortet, und er versuchte, mit der Hand nach der Waffe zu greifen, die er bei sich hatte. Wir haben ihn dann entwaffnet und ihm seine Papiere abgenommen.“ (Le Monde, 25./26.3.).

Auf einer Pressekonferenz enthüllte die CGT die Identität des Steineschmeißers, der ganz „demonstrantenmäßig“ mit Jeans, schwarzer Jacke und Motorradhelm bekleidet war. Es handelte sich um Gerard Le Xuan, Polizeibeamter mit der Polizeimarkennummer 7991 von der Pariser Polizeipräfektur und einer gleichen Marke des Innenministeriums mit der Nummer 21 269.

Als Erklärung verkündete die Pariser Polizeipräfektur: „Es ist normal, daß wir Beamten in Zivil die Aufgabe übertragen, mögliche Straftäter festzustellen.“ Über die genaue Einsatzorder für den Provokateur schweigt sich die Präfektur natürlich aus und gibt nur an: „Der Polizeibeamte Le Xuan begleitete den Hauptkommissar des 20. Bezirks, der unter seiner Befehlsgewalt eine Kompanie Polizisten und eine Schwadron mobiler Einsatzbeamter hatte.“ (Le Monde)

Rainer/Göttingen

Kantonalwahlen in Frankreich: Erfolge der Opposition, Denkmittel für die Regierungsparteien

Mit Erfolgen der Sozialistischen Partei Frankreichs (SPF) und einer Stabilisierung der KPF, bei gleichzeitigen Verlusten der Parteien des Regierungsbündnisses endeten in Frankreich die Kantonalwahlen. Nur 44 % erreichten die Regierungsparteien im ersten Durchgang, nachdem sie bei den Parlamentswahlen im vergangenen März noch bei knapp 50 % lagen. Umgekehrt kamen die drei Parteien der ehemaligen Linksunion im ersten Wahlgang auf zusammen schon über 51 %. Verschiedene andere Linksrundengruppen und sozialistische Organisationen, darunter vor allem die PSU erreichten zusammen etwas über 4 %. Der Rest entfiel auf kleine nicht mit der Regierung direkt verbundene Rechtsgruppen und die französischen „Grünen“. Letztere hatten allerdings nur in einer sehr beschränkten Zahl von Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt. Hinter den 0,47 %, die sie im Schnitt erreicht haben, verbergen sich z.B. die 26 % von Madame Girard im Stimmbezirk von Beaumont-La-Hague, wo sich die französische Atomkraft-Fabrik befindet und eine Reihe herausragender Ergebnisse zwischen 4,7 und 10,2 % im Großraum Paris (Le Monde, 22.3.79).

Die Kantonalwahlen finden in Frankreich alle drei Jahre statt. Es werden jeweils die Hälfte der Sitze in den Kantonalparlamenten neu bestimmt.

Die Kantonalparlamente sind parlamentarische Vertretungskörperschaften auf regionaler Ebene. Sie können noch am ehesten mit den Kreisparlamenten in der BRD verglichen werden. Sie besitzen aber noch deutlich weniger Rechte und Kompetenzen als Kreisparlamente bei uns.

Die Bedeutung der Kantonalwahlen liegt vor allem darin, daß sie Auskunft über das politische Klima und die Resonanz der einzelnen Parteien geben. Vor allem die Oppositionsparteien der ehemaligen Linksunion hatten die Wahlen zum Populärtest für bzw. gegen die Regierung und den Staatspräsidenten erklärt. Besonders die KPF hatte versucht, die Streiks und Arbeiteraktionen der letzten Wochen mit dem Ziel einer massenhaften Abstimmung gegen die Regierung und ihre Parteien bei den Wahlen zu verbinden.

Die Regierung hat diesen Populärtest bei einer relativ hohen Beteiligung von 65,5 % glatt verloren. Die Oppositionsparteien konnten im Gesamtergebnis deutlich an die Erfolgsära der Jahre 76/77 anknüpfen.

Den Parteien der ehemaligen Linksunion gelang es in einer großen Anzahl von Regionalparlamenten die Regierungsmehrheiten zu brechen. 191 Mandate gewannen die Parteien der Linksoption hinzu, davon 154 die SPF. Die bürgerliche Presse folgte einhellig: „daß die Wähler der Linken nach wie vor als Anhänger der Volksfront reagieren und ihrem Wunsch Ausdruck geben,

daß die beiden großen Linksparteien ihre 1977 zerbrochene Union wiederherstellen mögen“ („Welt“, 27.3.79).

Die Einzelergebnisse zeigen zusätzlich eine Reihe interessanter Verschiebungen. Gegenüber den Wahlen von 1973, die die gleichen Stimmbezirke betrafen, steigerte sich die SPF von 22,7 % auf 26,9 %. Gegenüber den Kantonalwahlen 1976, die den ersten großen Erfolg der Parteien der Linksunion brachten, liegt der Zuwachs aber nur bei 0,4 %. Für die KPF liegt ein leichter Rückgang von 22,7 % auf 22,4 % (1976: 22,8 %) vor. Trotzdem liegen erhebliche Wählerverschiebungen vor.

Die SPF gewann erheblich in den Regionen, in denen die Regierungsparteien stark sind. Sie verlor aber auch ebenso deutlich in den landwirtschaftlichen Gebieten des französischen Midi und in den Stahlrevieren Nordfrankreichs. In diesen Regionen konnte die KPF ihre Ergebnisse hingegen deutlich verbessern. Die Wähler reagierten hier positiv auf den politischen Einsatz der KPF für die französischen Kleinbauern wie für die Stahlarbeiter. Sie verpaßten der SPF, die sich nur abwiegelnd in die Auseinandersetzungen eingeschaltet hatte, einen klaren Denkmittel.

Die KPF mußte ihrerseits deutliche Verluste in ihren traditionellen Hochburgen des Pariser Industriegebiets hinnehmen. In dem typischen Arbeiterviertel Colomeres kam die KPF z.B. 1973 auf 71,4 %. Diesmal reichte es nur zu knappen 52,3 %. Ebenso in Aubervilliers-Est: Dort sank ihr Anteil von 72,8 % auf 64,62 %.

Schon bei den Parlamentswahlen hatte die KPF in ihren klassischen Hochburgen Verluste hinnehmen müssen, während sie in den Hochburgen der SPF in Südfrankreich dazugewann. Es ist nicht klar auszumachen, wohin die ehemaligen KPF-Stimmen gegangen sind. Die Vermutung liegt nahe, daß viele ehemalige KPF-Wähler nicht gewählt haben, denn andere Parteien verbuchten keine nennenswerten Zugewinne. Auch die revolutionäre und sozialistische Linke hat vom Erosionsprozeß der KPF in ihren ehemaligen Hochburgen nicht profitiert.

Im nationalen Maßstab ist die revolutionäre Linke von 1 % auf 0,8 % gefallen. Bei den sonstigen Linken (3,1 %) fallen gute Einzelergebnisse der PSU auf. Die PSU hatte für 104 von insgesamt 1847 Stimmbezirken Kandidaten aufgestellt. Das Durchschnittsergebnis in diesen Stimmbezirken liegt bei ca. 4 %. Herausragende Ergebnisse erzielte die PSU im Stimmbezirk Marle (Aisne) mit 24,23 %, Vouziers (Ardennes) mit 12,5 % und in Montois, Sochaux und le Thillot mit jeweils knapp über 10 %. Andere Ergebnisse von linken und revolutionären Gruppen liegen bislang nicht vor. (Angaben nach Le Monde, 20. und 21.3.79 und tribune socialiste hebdo nr.818).

Rainer/Göttingen

Verantwortliche im „Fall Heidy“ immer noch im Dunkeln

Ein Jahr nach den an Heidy Kempe-Böttcher verübten Folterungen laufen die verantwortlichen Verbrechen in Polizeiuniform noch immer frei herum, während die Justiz den Fall durch ihre „Ermittlung“ immer mehr vernebelt (vgl. AK 126, 127 und 142). Hierüber wird demnächst eine Broschüre der französischen Solidaritäts-Kollektivs erscheinen, auch um die Ermittlung und die Solidaritätsbewegung wieder in Gang zu bringen. In diesem Zusammenhang haben Simone DE BEAUVOIR, Jean-Pierre FAYE, Daniel GUERIN, Arno MÜNSTER, Jean-Paul SARTRE, Jean-Pierre VIGIER erneut einen offenen Brief verfaßt, der den Stand der „Affäre Heidy“ gut darstellt:

„Es ist die SCHWERE der Ereignisse, die am Abend des 21. März 1978 in einem Polizeikommissariat oder an einem anderen Ort eingetreten sind, es ist die Tatsache, daß ein Mensch ohne Schutz, eine AUSLÄNDERIN, in der Folge einer nicht zu rechtfertigenden Intervention der Ordnungskräfte in ihrer Wohnung auf eine solche Weise behandelt worden ist, die unseren Schritt zugunsten Heidy Kempe-Böttchers gegenüber der französischen Presse im Juni 1978 motiviert haben (1. offener Brief in LE MONDE, d. Verf.).

Beim Verfassen dieses Briefes, der zu einer Reihe von Fragen führt, die dahin tendieren, die Aktion gewisser Polizeikräfte in Frage zu stellen, die mit der Überwachung und Unterdrückung sogenannter „linksradikaler“ wenn nicht „terroristischer“ Aktivitäten betraut sind, dachten wir, die nationale und internationale öffentliche Meinung alarmieren zu können, um einen Prozeß in Gang zu setzen, der es erlauben würde, eine gewisse Anzahl noch dunkel gebliebener Punkte in dieser Affäre aufzuklären, binnen kürzester Zeit genaue Auskünfte über die Urheber des Verbrechens zu erhalten und die Verantwortlichen der Heidy beigebachten FOLTERN zu verurteilen.

Leider sind diese Hoffnungen, dieses (vielleicht naive) Vertrauen in die Lebenskraft und in das gute Funktionieren der demokratischen Institutionen, in die „liberal“ genannte Fähigkeit der französischen Gesellschaft und der Behörden, eine ernsthafte Untersuchung durchzuführen, die den Mißbrauch und die erdrückenden Verantwortlichkeiten gewisser Leute in dieser Affäre enthüllen würde, zutiefst enttäuscht worden. Statt diesen Schrei der Empörung in das ganze Land hinein zu verbreiten, hat sich die Presse damit begnügt, in einer ersten Serie von Artikeln die Tatsachen zu berichten, dann aber nach der Veröffentlichung unseres Aufrufs ein nahezu totales Schweigen bewahrt. Die großen nationalen Presseorgane (mit Ausnahme von LE MONDE), Radio und Fernsehen haben es verweigert, unseren Aufruf zu verbreiten und ihre Leser, Hörer und Fernsehzuschauer von unserem Schritt zu unterrichten. Die 10 Fragen, die wir in unserem Brief an LE MONDE gestellt haben, haben bis heute keinerlei Antwort erhalten, keine offizielle Reaktion seitens des Innenministers oder der Polizeipräfektur. Wir haben also berechnete Gründe, zu glauben, daß sich hinter diesem Stillschweigen ein tiefes Unwohlsein versteckt, eine Verlegenheit der mit der Affäre betrauten offiziellen Instanzen und der Polizeipräfektur. Wir haben also berechnete Gründe, zu glauben, daß sich hinter diesem Stillschweigen ein tiefes Unwohlsein versteckt, eine Verlegenheit der mit der Affäre betrauten offiziellen Instanzen und der Polizeipräfektur. Wir haben also berechnete Gründe, zu glauben, daß sich hinter diesem Stillschweigen ein tiefes Unwohlsein versteckt, eine Verlegenheit der mit der Affäre betrauten offiziellen Instanzen und der Polizeipräfektur.

Wir haben also berechnete Gründe, zu glauben, daß sich hinter diesem Stillschweigen ein tiefes Unwohlsein versteckt, eine Verlegenheit der mit der Affäre betrauten offiziellen Instanzen und der Polizeipräfektur. Wir haben also berechnete Gründe, zu glauben, daß sich hinter diesem Stillschweigen ein tiefes Unwohlsein versteckt, eine Verlegenheit der mit der Affäre betrauten offiziellen Instanzen und der Polizeipräfektur.

So können wir uns nur darüber wundern, daß bis heute nur zwei der sechs Polizisten, die Heidy am 21. März 1978 mit „unbekanntem Ziel“ mitgenommen haben, dem Opfer gegenübergestellt worden sind und daß diese Gegenüberstellung, trotz wiederholter Anfragen der An-

wälte (...) erst am 23. Oktober stattfand, d.h. 7 Monate nachdem Heidy ihre schweren Verbrennungen erlitten hat. Andererseits hat der Richter, (der auch noch mit anderen politischen Affären beschäftigt ist, die den Staat ins Ziellicht rücken könnten, d. Verf.) es nicht für nötig befunden, Heidis Kleidungsstücke analysieren zu lassen, insbesondere den mit Flecken übersäten Slip des Opfers, obwohl eine solche Expertise zur Kenntnis des Ursprungs der Verbrennungen hätte führen können und zur Kenntnis darüber, ob auch Vergewaltigung vorlag. Diese Weigerung des Ermittlungsrichters hat der Untersuchung einen sehr harten Schlag versetzt und stellt einen wichtigen Grund für das Ruhen der Affäre dar.

Weitere beunruhigende Aspekte sind im Laufe der Untersuchung aufgetaucht: Bestimmte Personen sind noch immer nicht verhört, oder noch nicht einmal identifiziert worden. Zum Beispiel der Polizist, der mit Jacques Soncin (Heidis Freund, d. Verf.) während dessen Festhaltung auf dem Kommissariat des 19. Arrondissements gesprochen hatte, Heidis Monatskarte in der Hand wedelnd, und der gesagt hatte: „Deine Freundin ist also eine aus Deutschland geflohene Linksradikale, sie hat es uns gesagt!“

Daß all dies sich im Frankreich von heute ereignen kann, ohne eine große Empörung hervorzurufen, und ohne Sanktionen in gewissen Polizeidiensten nach sich zu ziehen, die wenig kontrollierbar oder sogar unkontrollierbar sind, beunruhigt uns umso mehr. In der offiziellen Ideologie (die, es ist wahr, von einem großen Teil der öffentlichen Meinung, wenn nicht der Mehrheit der Bevölkerung geteilt wird) stellt Frankreich das Land der „Freiheit“ und der „Respektierung der Menschenrechte“ dar. Die Affäre Heidy – wie auch die empörenden Tatsachen, die sich während des Algerienkrieges ereignet haben – beweist, daß dieses Frankreich nicht gefeit ist gegen SCHWERE VERLETZUNG DER MENSCHENRECHTE UND DER INTEGRITÄT DES MENSCHLICHEN WESENS, auch wenn es falsch wäre, daraus zu schließen, daß das „Sechseck“ heute von einem diktatorischen Regime regiert würde, das der systematischen Verletzung der Menschenrechte schuldig wäre.

Aber daß es im Fall Heidy Kempe-Böttchers Mißhandlung von extremer Schwere, und sogar FOLTERUNG der Menschenrechte schuldig wäre.

Aber daß es im Fall Heidy Kempe-Böttchers Mißhandlung von extremer Schwere, und sogar FOLTERUNG gegeben hat, ist eine Tatsache. Und daß dies in Frankreich geschehen ist, in Paris, im Lande Giscard d'Estaings, in einem Land, das offiziell vom „fortgeschrittenen Liberalismus“ regiert wird, auch das ist eine nicht abzustreitende Tatsache.

Deshalb halten wir die Antwort des Innenministers auf die schriftliche Anfrage, die der Rechtsanwalt und sozialistische Abgeordnete Porni bezüglich Heidis Falles an die Regie-

rung gerichtet hat, und in der er präzise Auskünfte bezüglich der ersten Ergebnisse der Untersuchung forderte, für völlig unzureichend. Das Frappierende an dieser „Antwort“ des Ministers ist die LEERE, die in seinem Bericht der Ereignisse ab dem Moment auftaucht, wo der Polizeiwagen Jacques Soncin auf dem „zuständigen“ Kommissariat abgeliefert hat. Es ist merkwürdig zu sehen, wie der Minister völlig stillschweigend über die Folge der Ereignisse hinweggeht, wie er kein Wort über den physischen und psychischen Zustand verliert, in dem Heidy sich 4 Stunden später im PSYCHIATRISCHEN Krankenhaus von St. Anne wiedergefunden hat, obwohl es doch dieser Zeitraum ist, auf den die Untersuchung von Anfang an hätte gerichtet werden müssen.

Angeichts der Tatsache, daß die Untersuchung nicht mit der notwendigen Härte geführt worden ist, daß sie ruht, daß es Druck auf die Massenmedien und vor allem auf die schriftliche Presse gegeben hat, um diese Affäre zu ersticken, daß bis heute kein Verantwortlicher der Ordnungskräfte der schweren Mißhandlung eines menschlichen Wesens beschuldigt ist, angesichts all dieser Tatsachen sehen wir keinen Grund, unsere Unterstützung für Heidy und all diejenigen zurückzuziehen, die sich trotz aller Hindernisse und Versuche, die weitere Durchführung zu sabotieren, bemühen, die wahren Verantwortlichen aufzuklären.

Die gegenwärtige Lage der Dinge kann unsere Entschlossenheit nur bestärken, darauf zu bestehen und unseren öffentlichen Appell vom Juni 1978 zu erneuern.“ (Die Unterzeichner)

Im französischen Militär wird zum Foltern ausgebildet

Durch Zufall erhielt die Zeitung „Le Matin de Paris“ ein geheimes Militärdokument, welches sie veröffentlichte. Darin wird von Hauptmann Yre vom 5. Jäger-Regiment in Perigueux der Tagesbefehl zur Durchführung von Folter während eines Manövers ausgegeben.

Sein Vorgesetzter, General Lagarde, suchte gar nicht erst lange nach Entschuldigungen, sondern führte diese Tatsache auf den „Dienstfehler“ eines Offiziers zurück. Hauptmann Yre wird zwar in ein anderes Regiment versetzt werden, aber mit mehr hat er wohl kaum zu rechnen.

Ein Grund mehr, zu glauben, daß solche Vorkommnisse keine Ausreiter sind, sondern das Produkt einer vorherrschenden Politik.

Heidy Solidaritätskomitee
p.a. Hilke Böttcher
Bahnenfelder Chaussee 29
2 HH 50
Spendenkonto:
Hilke Böttcher
Haspa 1016/766436 Stichwort
„Heidy“

Die erwähnte Broschüre ist demnächst über die Kontaktadresse zu beziehen (in französisch).



Geheimdokument aus der französischen Armee: der Kommandant des 5. Jäger-Regiments in Perigueux gibt Anweisungen zur FOLTER („torture“) bei einem Übungsmarsch!

Portugal

Weltwährungsfond diktiert Regierungsprogramm — die Massen antworten



Gerade drei Monate nach ihrer Einsetzung durch Staatspräsident Eanes mußte die portugiesische Rechtsregierung Mota Pinto eine schwere Schlappe im Parlament einstecken. Das Parlament lehnte den Haushalt, den die Regierung für 1979 vorgelegt hatte, ab. In einer mehrtägigen Debatte, die insbesondere von der PCP und dem einzigen Abgeordneten der revolutionären Linken, Acácio Barreiro (UDP), sehr intensiv geführt worden war, wurde im Grunde von allen Fraktionen offen erklärt, daß der Haushaltsplan wie auch das Regierungsprogramm der Regierung Mota Pinto eindeutig vom Internationalen Weltwährungsfond diktiert wurden.

Die einschneidendsten Maßnahmen sahen vor, daß durch diverse Sondersteuern der ohnehin ständig sinkende Lebensstandard der Werktätigen noch weiter herabgedrückt werden sollte. U.a. sollte der dreizehnte Monatslohn — eine Errungenschaft des 25. April — empfindlich besteuert werden. Außerdem sah der Regierungsplan eine Begrenzung der Lohnerhöhungen für das laufende Jahr auf maximal 18% vor, obwohl die Regierung selbst zugab, daß die Inflation im letzten Jahr 22% betragen habe.

In Wirklichkeit lag nicht nur die Inflation höher, sondern betrug die Preissteigerung speziell bei den Grundnahrungsmitteln bis zu 30%! Ferner sahen die „Sparmaßnahmen“ der Regierung zur „Sanierung der portugiesischen Ökonomie“ be-

trächtliche Kürzungen in den Ressorts Erziehung, Landwirtschaft und Infrastruktur vor. Die dadurch eingesparten Mittel wie auch die vom Weltwährungsfond erteilten Kredite, sollten für Investitionen in industriellen Großprojekten (für überwiegend ausländische Kapitalanleger), im Militäretat und für den Ausbau der Polizeikräfte, sowie für die „Entschädigung“ enteigneter Großgrundbesitzer angelegt werden. Diese extrem arbeitfeindliche Politik sollte noch mit einem Bündel von Steuer- und Kreditbestimmungen gekoppelt werden, die, wie es ein PC-Abgeordneter formulierte, „eine Kriegserklärung an die kleinen und mittleren Betriebe bedeuten“. Tatsächlich würde diese Politik die Zahl der Arbeitslosen, die von der Regierung mit 500 000, also rd. 17,5% angegeben wird (was sicherlich noch weit untertrieben ist) erheblich steigern.

In der Abstimmung am 22. März stimmten für den Entwicklungsplan schließlich nur die CDS sowie zwei PSD-Abgeordnete, während PS, PC, UDP und 5 Linksunabhängige dagegen stimmten. 30 PSD-Abgeordnete enthielten sich, die übrigen PSD-Abgeordneten nahmen nicht an der Abstimmung teil. Bei der Abstimmung über den Haushalt stimmten 46 Abgeordnete dagegen (PC, UDP und 5 Linksunabhängige), 43 dafür (CDS und 5 PSD) und 116 enthielten sich (PS und PSD).

Die Regierung, die normalerweise nach einer solchen Niederlage zurücktreten müßte, erklärte zunächst, sie werde innerhalb der gesetzlichen Frist von 90 Tagen neue Vorlagen präsentieren, tatsächlich wird die Entscheidung jedoch von Eanes abhängen. (Alle Angaben nach „Diário Popular“, 20.-24.3.).

PS, PSD und der wahltaktische Eiertanz

Während die Haltung von PCP und UDP sowie der linksunabhängigen (ex-PS-) Abgeordneten klar und konsequent war, verhielten sich PSD und PS ausschließlich opportunistisch und wahltaktisch in diesen Abstimmungen.

Die PSD hatte nie einen Hehl daraus gemacht, daß ihr der Rechtskurs von Mota Pinto sehr sympathisch ist und daß sie auch an den Auflagen des Weltwährungsfonds nicht auszusetzen hat. Ihr Führer Sá

Carneiro legte sich in dieser Abstimmung offen mit Eanes an, um selbst stärker und direkt an der Regierung beteiligt zu sein. Zweifellos diente sein Verhalten in den Abstimmungen dem Zweck, Eanes zur Auflösung des Parlaments und Neuwahlen zu zwingen, da er davon überzeugt ist, Neuwahlen würden zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Position der PSD auf Kosten der schwer angeschlagenen PS stärken. Die PS kann sich zwar von Neuwahlen gegenwärtig nicht viel Gutes erhoffen, da ihre Wähler aus den letzten Wahlen zum Teil sicherlich nach links und zu einem anderen, möglicherweise sogar größerem Teil nach rechts tendieren. Andererseits ist den PS-Führern klar, daß die gegenwärtige Situation, in der der Präsident Eanes über die Köpfe der Parlamentsabgeordneten hinweg Regierungen aus „parteilosen Experten“ ernannt, nicht länger tragbar ist.

Für beide Parteien gilt jedoch in gleichem Maße, daß ihre Ablehnung der arbeitfeindlichen „Sparmaßnahmen“ im Haushaltsentwurf der Regierung blanke Demagogie ist: schließlich wurden die Vereinba-

runge mit dem Weltwährungsfond noch von der PS-Regierung getroffen und von der PSD immer voll unterstützt.

Massendemonstrationen in ganz Portugal

Während sich im portugiesischen Parlament die Schaukämpfe abspielten, mobilisierten die Linke und die Gewerkschaften die Werktätigen.

Nach eindrucksvollen Mobilisierungen in Porto am 10.3. fanden am 17.3. Demonstrationen in Vila Real, Viana do Castelo, Leiria, Évora, Beja, Ovar, Felgueiras und Lissabon statt. Die Demonstrationen standen unter den Hauptparolen „Weg mit der Regierung Mota Pinto“, „Verteidigung von Brot und Arbeit“, „Verteidigung der Agrarreform“, „Verteidigung der Demokratie, der Verfassung und der nationalen Unabhängigkeit“.

Weitere Parolen bezogen sich konkret auf die Inhalte des Haushaltsentwurfs und die reaktionäre Pressepolitik der Regierung.

An der Lissabonner Demonstration fielen u.a. zahlreiche Gruppen

von Journalisten der großen Tageszeitungen und des Fernsehens auf, die für Pressefreiheit und den Erhalt ihrer Zeitungen demonstrierten.

Zahlreiche Landarbeiter waren von den Kooperativen aus dem Alentejo gekommen, um gegen die Repressionen und den Landraub durch Großgrundbesitzer und Polizeikräfte zu demonstrieren. Ebenfalls auffällig war der hohe Anteil von Frauen in der Demonstration. Auf der Abschlussskundgebung bezeichnete ein Redner der Intersindical die Demonstration als die größte seit dem 25. April! (Nach „Diário de Lisboa“, v. 19.3. und dem Bericht eines Genossen).

In der Tat scheinen die Massenkämpfe eine neue Qualität erreicht zu haben. Ein Ausdruck davon ist es sicher auch, daß die Intersindical (und auch die PC) offen zum Sturz der Regierung Pinto aufruft.

Es ist klar, daß sich diese Regierung, nicht mehr lange halten kann; ebenso klar ist aber auch, daß die portugiesischen Werktätigen nicht mehr bereit sind, sich dieselbe Politik von einer neuen Regierung unter anderem Namen verkaufen zu lassen.

Portugal-Kommission

Portugiesische Botschaft in Den Haag von holländischen Demonstranten besetzt

Am Vormittag des 9.3. demonstrierten 30 Holländer mit einem go-in in die portugiesische Botschaft in Den Haag gegen die Politik des portugiesischen Agrarministers im Alentejo, wo der Ende letzten Jahres begonnene Landraub fortgesetzt wird. Insbesondere protestierten die Demonstranten gegen die „Maßnahmen gegen die zwei Kooperativen, die wir am stärksten unterstützt haben: 'A Muralha de Aço' und 'Che Guevara'“. Es könne nicht hingenommen werden, daß diesen beiden Kooperativen 500 ha Land weggenommen werden sollen, um sie dem ehemaligen Besitzer zurückzugeben.

Während der nur zehnmündigen „Besetzung“ wurde dem portugiesischen Geschäftsträger ein Schreiben überreicht, in dem u.a. auch protestiert wurde gegen „die brutalen Methoden, deren sich die Regierung bedient, um die Verfassung und die fundamentalen Menschenrechte zu verletzen“. Weiter heißt es in dem Schreiben: „Es sind noch keine fünf Jahre seit der Revolution vergangen, und schon wendet die Regierung faschistische Methoden an, mit der Absicht, die Errungenschaften des 25. April zu zerstören.“

Die holländischen Besetzer — nach eigener Aussage den verschiedensten politischen Tendenzen zugehörig — sind Teil einer Gruppe zur Unterstützung des 25. April in der Universitätsstadt Nijmegen.

Die Besetzer verließen die Botschaft friedfertig nach Aufforderung durch die holländische Polizei. Vor der Botschaft fand gleichzeitig eine Sympathiekundgebung für die Besetzer statt. (Nach „Diário Popular“, 9.3.).

Portugal-Kommission

Belgien Neue Aktionen der Studenten



Seit 5 Monaten stehen die belgischen Studenten im Kampf gegen die Erhöhung der Einschreibgebühren und gegen die allgemeine Entwicklung der Hochschulpolitik.

Nach einer Periode der relativen Ruhe — die Regierungsparteien hatten im Wahlkampf die Überprüfung der Maßnahmen versprochen — führte der Beschluß der Rektoren, die Gebührenbescheide für die zweite Rate der insgesamt 10.000 bFr. auf die bisher verzichtet worden war, zu verschicken, zu einem erneuten Proteststurm der Studenten. In Brüssel, Gent und Leuven fanden Rektoratsbesetzungen statt, die von den Behörden mit massivem Polizeieinsatz beantwortet wurden. Die eingesetzten Rijkswacht-Truppen beschränkten sich nicht darauf, die Rektoratsräume brutal zu räumen, sondern überfielen in Gent und Leuven auch die Cafés in den Universitätsvierteln und verhafteten wahllos. Noch am selben Abend und in den darauffolgenden Tagen antworteten die Studenten mit Streiks und Demonstration, die vor allem Forderungen gegen Polizeiwilkkür und für die Freilassung der Inhaftierten zum Inhalt hatten. Ob die gegenwärtigen Kämpfe wieder die Breite der Aktionen zu Beginn des Jahres, als 12.000 in Brüssel demonstrierten, erreichen werden, steht allerdings noch in Frage.

Leuven: Rijkswacht mit Tränengas gegen protestierende Studenten

Belgien-Kommission

Schweiz

Wehrschau in Zürich Militaristisches Volksfest

Am 16. und 17. März wurde die Stadt Zürich Schauplatz der größten Wehrschau, die in der Schweiz jemals stattfand. Aus Anlaß der bevorstehenden Pensionierung des Kommandanten der 6. Felddivision, Seethaler, wurden in Zürich über 5000 Soldaten zusammengezogen, dazu noch Flugzeugstaffeln, Panzer, Raketen und anderes Kriegsmaterial. Dies alles wurde der Bevölkerung Zürichs an 50 sogenannten „Armee-„Arbeitsplätzen“, propagandistisch aufgemacht, angeboten. Das Ziel war, die Bevölkerung über das Leistungsvermögen der Armee aufzuklären. Tatsächlich fand an den beiden Tagen eine militaristische Propagandaschau von ungekanntem Ausmaß statt. Von flotter Musik begleitet, zeigten die Militärs, was das schweizer Militär alles zu bieten hat. Man/Frau und vor allem Kind konnte dort Panzer besichtigen, auf Raketen klettern oder eine Suppe aus der Gulaschkanone empfangen. Es gab Fliegerübungen über dem Zürichsee, ntürlich mit Kanonendonner und Bombenabwürfen (die diesmal noch aus Gips waren, nach Aussagen der Militaristen aus Umweltschutzgründen) und Maschinengewehrschießen.

Ungefähr 300 000 Züricher waren gekommen, um sich das Spektakel anzusehen. Viele wurden wohl auch von dem Donner und dem lauten Flugzeuglärm, der über der Stadt lag, angezogen. Am interessantesten waren die Kinder, auf die die Technik Faszination ausübte. Ganze

Schulklassen kamen mit ihren Lehrern, die dafür in der Schule frei bekommen hatten.

Ein von den Militaristen besonders bevorzugter „Arbeitsplatz“ war der Häuserkampf. An einem leerstehenden Haus in der Innenstadt wurde demonstriert und geübt, wie es von „feindlichen Truppen“, Terroristen oder auch Hausbesetzern befreit werden kann. So hatte die Wehrschau offensichtlich neben der Propaganda auch noch den Zweck den Einsatz der Armee in der Großstadt direkt zu üben.

Erfolg der Antimilitaristen

Gegen die Wehrvorführung gab es schon seit dem Bekanntwerden eine Protestbewegung. Am 13.2. veranstalteten einige linke Gruppen, darunter die Soldatenzeitung „Virus“, eine Pressekonferenz und gaben dabei die Pläne der Militaristen der Öffentlichkeit bekannt. Dem schloß sich u.a. der Schriftsteller Otto F. Walter an, der vor „der unterschwelligen Manipulation durch Technik“ und der „undurchschaubaren persönlichen und politischen Verflechtung der 6. Division mit politischen Verwaltungen und Schulbehörden, mit den Banken und der Geschäftswelt sowie den Medien“ warnte.

Der sozialdemokratische Nationalrat und Parteipräsident von Zürich, Hansjörg Braunschweig, betrachtete die Wehrschau als „unstatthaften

Versuch einer innenpolitischen Macht-Demonstration, um das Rüstungsklima in der Schweiz zu verbessern“ (alles nach Baseler AZ, 15.2.79).

Vorbereitet durch diese Proteste konnten die Militaristen dann ihre Wehrschau nicht ganz unbehelligt durchziehen. An nahezu allen „Arbeitsplätzen“ stellten sich Antimilitaristen als Leichen verkleidet dazu und verteilten Bilder, auf denen Kriegssopfer abgebildet waren. Dies führte nicht selten zu angeregten Diskussionen über den Sinn der Armee und den Hintergrund der Wehrschau. Am Samstag, dem zweiten Tag der Wehrschau, veranstaltete ein „Komitee gegen militaristische Umtriebe“ eine Demonstration durch die Züricher Innenstadt, an der sich ca. 5000 Demonstranten beteiligten.

Auch in der Presse hat die Wehrschau noch ein Nachspiel. Wurden die Demonstranten einerseits als „Vaterlandsverräter“ beschimpft, so waren auch einige kritische Stimmen laut geworden, die hinterfragten, wie beispielsweise im Schulunterricht auf die Wehrschau eingegangen wird.

Als nächsten Schritt hatten die Antimilitaristen sich zusammengesetzt, um eine Volksabstimmung über die immensen Rüstungsabgaben (in der Schweiz voraussichtlich im Jahr 1979 1 440 000 000 sfr (= 1,44 Mrd) vorzubereiten.

Schweizkommission



5000 Gegner der Militär-Propagandaschau demonstrierten am 17.3. in der Züricher Innenstadt

Schweden

Polizeiterror gegen Hausbesetzer

Der besetzte Häuserblock „Järnet“ in Stockholm ist am 9. März 1979 von der Polizei geräumt worden. Das Haus wurde in einem Handstreich von den 240 eingesetzten Polizisten innerhalb von 10 Minuten gestürmt und die Besetzer einzeln zu den Polizeiwagen getragen. Außerhalb der von der Polizei aufgestellten Absperrungen kam es zu Handgemengen, als Demonstranten Autos als Barrikaden vor die Gitter schoben, um den Abtransport der Besetzer zu verhindern. Die Polizei setzte

darauf Reiter ein, um die Straße zu räumen (DN 10.3.).

Kurz vor der Räumung hatte es noch eine Aktion der Besetzer gegeben, um die Stadtverwaltung zu Verhandlungen zu bewegen. Die Wohnungsministerin Friggebo hatte zunächst versprochen, sich in „Järnet“ selbst zu informieren, es sich dann aber anders überlegt: „Formell gesehen hätte das bedeutet, daß ich mich an der Besetzung mitschuldig gemacht hätte.“ (DN, 28.2.). Die Besetzer fertigten darauf

hin ein Modell vom Häuserblock an nach dem Motto: wenn die Ministerin nicht zu „Järnet“ kommt, kommt „Järnet“ zur Ministerin.

Trotz einiger Proteste von drei Architekten, die am Abriß und dem Neuaufbau beteiligt sein werden, und Frau Friggebos Versicherung, daß sie die Ansichten der Besetzer voll respektiert, wurde die Räumung durchgesetzt. Die Gewerkschaftsorganisation SAC hat ihre Mitglieder aufgefordert, an dem Abriß und Neubau nicht mitzuarbeiten, d.h. die betei-

ligten Firmen zu boykottieren und die Arbeitskraft zu verweigern (Arbetaren 9/79). Alle 52 Besetzer erwarten jetzt Gerichtsverfahren, auf die Bußgelder, aber auch Gefängnisstrafen stehen: Widerstand gegen die Staatsgewalt, Hausfriedensbruch, Gewalt gegen Beamte, Fluchthilfe, Aufwiegelung. Dazu kommt noch ein Tatbestand, der bestraft werden soll: Eigenmächtigkeit.

Skandinavienkommission

Höhere Löhne für monotone Arbeiten

Der schwedische Arbeitsgerichtshof hat in einem Streitfall zwischen der Firma LM Ericson und der Metallarbeitergewerkschaft entschieden, daß die Firma einem Teil der Arbeiterinnen mehr Lohn für „triste und monotone Arbeit“ zu zahlen hat. Es besteht zwar schon länger eine Vereinbarung zwischen Kapitalisten und Gewerkschaften über bessere Bezahlung für eintönige Arbeiten, es kam aber immer wieder zu Auseinandersetzungen darüber, was zur monotonen Arbeit zu zählen sei. So war auch die Firma LM Ericson nicht bereit, die mit Lötarbeiten beschäftigten Frauen in eine höhere Lohngruppe zu übernehmen. Sie erkannte den Frauen zwar eine besondere Geschicklichkeit an, nicht dagegen aber ihre „psychische Belastung“ bei dieser nervtötenden Arbeit.

Beobachter erwarten, daß durch dieses Urteil des Arbeitsgerichtshofes an die 10.000 schwedischen Arbeiter/innen in eine höhere Lohngruppe aufrücken werden. („FR“, 20.2.79).

IMPRESSUM

ARBEITERKAMPF
Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abfr., sonst PSchA Hamburg, 240595-203; Einzelpreis DM 2,-; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: 14.000.

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.





nahost

„Sadat, Verräter“ — „Palästina wird leben“

Wochen vor dem Abschluß des „Friedensvertrages“ bereiteten sich die Zionisten auf ihre Art auf den „Frieden“ vor. Sie setzten ihre Truppen in erhöhte Alarmbereitschaft, sie kontrollierten äußerst scharf alle Straßen von dem „Kernland“ Israel aus in die besetzten Gebiete, und sie verlängerten schließlich die Schulfreien um eine Woche, um den Widerstand der palästinensischen Schüler einzuschränken.

Die massenhaften Protestaktionen der palästinensischen Bevölkerung gegen den „Friedensschluß“ waren dadurch jedoch nicht weniger machtvoll. Am 27. März, einen Tag nach Unterzeichnung des Friedensvertrages, streikten in den besetzten Gebieten zwei Millionen Menschen — praktisch die gesamte Bevölkerung. Dieser überall befolgte Generalstreik war nur Höhepunkt des seit dem Camp-David-Abkommen im September '78 ständig wachsenden Widerstandes der palästinensischen Bevölkerung. Streiks, Demonstrationen, bewaffnete Aktionen und Protestversammlungen häuften sich. Mit fast provokativer Offenheit haben die Zionisten nach dem Camp-David-Abkommen immer wieder deutlich gemacht, daß der vorgesehene „Autonomiestatus“ für die besetzten Gebiete nichts für die Palästinenser und alles für die Zionisten bedeutet.

Uneingeschränkt werden die Zionisten in Palästina weiter Siedlungen errichten und die Ländereien der Palästinenser enteignen.

„Es müssen noch mehr Gebiete durch die Militärverwaltung beschlagnahmt werden. Dazu muß der Ministerpräsident dem Verteidigungsminister Weizmann diesen Befehl erteilen, und der muß seinerseits das Einräumen der benötigten Flächen (die rein willkürlich zu militärischem Sperrgebiet erklärt werden, auf das die Palästinenser dann kein Anrecht mehr haben und das sie weder bestellen noch betreten dürfen — Anm.) befehlen. Der Justizminister Ehrlich muß die benötigten Summen zur Verfügung stellen. Und wenn Ägypten und Amerikaner dagegen sind? Nun, wir sind nicht bereit, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, der nur ihnen gefällt. Was können sie tun? Uns hinausschmeißen? Ich habe dies vor drei Monaten dem amerikanischen Botschafter gesagt, und ich bin bereit, es zu wiederholen“ (der für seine „Offenheit“ bekannte israelische Außenminister Moshe Dayan, „Maariv“, 25.11.78, zitiert nach „Palästina-Bulletin“, 2.3.79).

Seit 1967 sind allein im Westjordanland 77 israelische Wehrdörfer errichtet worden, innerhalb der letzten anderthalb Jahre, also seit Sadats Jerusalem-Besuch, in allen besetzten Gebieten 19, außerdem wurden bestehende Siedlungen erweitert („Le Monde“, 21.3.79), „Guardian“, 14.3.79). Die Aufforderung Dayans zur weiteren Enteignung palästinensischen Bodens muß vor folgendem Hintergrund gesehen werden: Bisher sind 27,1 %, also mehr als ein Viertel (!), des Landes beschlagnahmt worden, und zwar durchweg bewässerter und schon kultivierter Boden. Rund ein Viertel davon wird bisher von israelischen Siedlern in den besetzten Gebieten benutzt, die inzwischen 13,4 % der Bevölkerung der besetzten Gebiete ausmachen. Die schlechte Lebenslage der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten zwingt zehn % der Palästinenser zu Billiglöhnen in Israel zu arbeiten. Allein 1978 mußten aus diesem Grunde 22.000 Palästinenser das Westjordanland verlassen und in arabische Länder auswandern — neben den von den Zionisten durchgeführten Zwangsdeportationen (s. unten) („Guardian“, 14.3.79). Begin hat noch vor seiner Reise nach Washington unmißverständlich erklärt, daß die Siedlungspolitik — da Teil des „Verteidigungssystems“ Israels — von einem Friedensvertrag nicht berührt wird. Das israelische Siedlungsprogramm sieht allein für das Westjordanland in den nächsten fünf Jahren die Gründung von 84 neuen Siedlungen für 27.000 Familien vor. 54 Mrd. israelische Pfund (= 6 Mrd.

DM) sind dafür veranschlagt. Inzwischen werden die bestehenden Siedlungen erweitert.

Auf einer Pressekonferenz in Oslo erklärte Begin, der gerade den Friedensnobelpreis entgegengenommen hatte: „Die Israelis besitzen das Recht, überall in Eretz Israel (Palästina) zu siedeln. Das was zu Unrecht (von den Palästinensern) erobert wurde, schafft noch kein Recht. So schreibt es das internationale Recht vor. Dieser Boden gehört uns, er ist uns zugesprochen worden (in der Bibel), und wir haben ein Recht darauf“ („Maariv“, 3.11.78).

Die Zionisten werden nicht nur weiter Siedlungen errichten, sondern die besetzten Gebiete werden weiter unter israelischer Militärverwaltung stehen, der Besatzerterror der israelischen Armee wird uneingeschränkt gegen jeden Widerstand weitergehen. So äußerte ein israelischer Minister: „Die Militärverwaltung wird nicht abgeschafft werden. Wie die Vereinbarungen von Camp David vorsehen, wird sie sich nur zurückziehen“. Sie bleibt jedoch die örtliche Machtquelle“ („Maariv“, 3.11.78). Begin wurde noch deutlicher: „Und sollte eines Tages der (in den Camp-David-Abkommen vorgesehene) Verwaltungsrat des autonomen Gebiets die Gründung eines unabhängigen Staates proklamieren, wird dies seine erste und letzte Proklamation sein. Wir werden einmarschieren und die-

wurden zwei Jugendliche ermordet. In Ramallah, wo 15 bewaffnete israelische Zivilisten (!) — der rechtsradikalen Gush Emunim-Bewegung zugehörig — gegen protestierende jugendliche Palästinenser vorgehen, fand ein tagelanger Generalstreik statt („Le Monde“, 15.3.79).

Unter dem Eindruck der Massenbewegung mußten einige als „gemäßigt“ geltende arabische Bürgermeister einen Rückzieher machen. Der Bürgermeister von Gaza, Rachad Chawa, offensichtlich schon als Kollaborateur für einen ägyptisch-israelischen Autonomieplan in Gaza ausgeguckt, erklärte, daß er Carter nun doch nicht treffen wollte. Das gleiche gilt für den Bürgermeister von Bethlehem, Freij, der sich noch mit Sadat während dessen Jerusalem-Besuch traf und später mit amerikanischen Gesandten („Le Monde“, 10.3.79).

In einem Kommuniqué, das im Namen der Kommunalräte und der nationalistischen und patriotischen Bewegungen anlässlich des Generalstreiks am 27.3.79 herausgegeben wurde, wurde erklärt: „Wir weisen die Autonomie in allen Formen zurück“, die das „Komplot“ verrät, das das „Separat-Abkommen“ darstellt, geschlossen von „dem Trio Carter-Sadat-Begin“. Ohne Verhandlungen mit der PLO, die „die alleinige Vertreterin der palästinensischen Völker“ sei, könnte keine Regelung gefunden werden („Le Monde“,

wurden 383 Menschen aus diesem Gebiet nach Jordanien deportiert, alle gefangene Kämpfer. Durch die Deportationen sollte u.a. auch die Überfüllung der Gefängnisse von Gaza und Ashkelon verringert werden. In der Sinai-Wüste wurden Verdächtige und die Familien von gesuchten Kämpfern in Internierungslagern gefangen gehalten. Allein in einem einzelnen isolierten Lager waren 1971 12.000 Menschen.

Bekannt sind die Namen von insgesamt 1.151 Personen, die bis 1978 von der israelischen Regierung aus den besetzten Gebieten ausgewiesen wurden. In zehn Fällen wurde die ganze Familie deportiert. Nach offiziellen israelischen Angaben, die am 9.12.77 von der „Financial Times“ veröffentlicht wurden, waren es damals schon 1.180. Im Dezember 1967 und im Mai 1969 wurden sämtliche Angehörige von zwei Beduinenstämmen aus dem Jordantal vertrieben.

Viele der Deportierten wurden vorher in Haft gehalten, viele gezwungen, zu unterschreiben, daß sie freiwillig die besetzten Gebiete verlassen.

Bis November 1969 wurden die Deportierten gezwungen, über die Allenby- und Damiyabrücke nach Jordanien zu gehen. Als dann die jordanische Regierung aufgrund von Protesten des Komitees Ausgewiesener Palästinenser in Amman nicht

politische Organisationen und unabhängige Aktivisten vereinigte. Nach dem Oktoberkrieg gewann die PNF breite Unterstützung für ihre Forderungen. Sie betrachtete die PLO als Vertreterin aller Palästinenser und forderte eine Verhandlungslösung. Auf ihren Einfluß ist zurückzuführen, daß am 3.12.73 sogar das konservative Islamic Council in Jerusalem die PLO in einer öffentlichen Erklärung unterstützte.

In den folgenden Jahren wurde immer wieder versucht, den Widerstand durch Ausweisung von PNF-Aktivisten zu brechen. Diese Deportationen haben aber den Protest der Palästinenser gegen die Okkupation nie für längere Zeit zum Schweigen gebracht. Immer wieder wurden die Organisatoren von Protesten, Unterschriftenlisten und Streiks ausgewiesen, vor allem Politiker, Lehrer, Ärzte und Rechtsanwälte. Unruhen in den Schulen, Ladenschließungen als symbolischer Protest, wurden mit Deportationen, Verhaftungen, Geldstrafen, Ausgangssperren, Einzug der Lizenz und Reisebeschränkungen verfolgt (Informationen aus „Journal of Palestine Studies“, Nr. 30, Winter '79).

Das palästinensische Volk hat sich durch diese brutale Unterdrückung nicht zum Schweigen bringen lassen. Der Protest und Widerstand wird gerade durch die Verfolgungen verstärkt, und die Verbitterung über die Okkupation wächst.

Auch im israelischen „Kernland“

wächst gerade bei der Jugend der 15 % palästinensischen Israelis die Opposition gegen den Zionismus. Bei den Kommunalwahlen im November '78 gelang der revisionistischen Rakah-Partei und der mit ihr verbündeten „Demokratischen Front für Frieden und Gleichheit“ unter der Parole: „Nein zum Komplot von Camp David, ja zu einem gerechten und dauerhaften Frieden“ eine deutliche Steigerung der Zahl ihrer Sitze in den Gemeinderäten. In 37 Gemeinderäten erhielten sie 112 Sitze (bei den letzten Wahlen 54 Sitze in 23 Gemeinderäten). Im Stadtrat von Nazareth stellen sie weiterhin die Mehrheit und den Bürgermeister („Probleme des Friedens...“, 2/79). In 19 von 31 Gemeinderäten in Galiläa haben sie jetzt den Vorsitz („Jerusalem Post“ — „JP“, 3.4.79).

Inzwischen gibt es aber auch zwei radikalere Organisationen der israelischen Palästinenser:

Die „Progressive Nationale Bewegung“ fordert das Recht auf nationale Selbstbestimmung für das ganze palästinensische Volk, auch für die Palästinenser im „Kernland“ Israels. Sie lehnt deshalb im Gegensatz zur Rakah die Ministat-Lösung oder die Rückgabe eines Teils der Westbank an Jordanien ab, da sie für die 0,5 Millionen arabischer Israelis keine Lösung sei („JP“, 25.2.78). Die „Progressive Nationale Bewegung“ hat mit Briefen an die PLO ihre Solidarität bekundet. Sechs Studenten sind deshalb im Januar aus der Hebräischen Universität in Jerusalem geworfen worden. Sie fordert die Errichtung eines palästinensischen Staates in ganz Palästina mit legitimen Rechten für das palästinensische Volk. 48 % der arabisch-israelischen Studenten sollen Mitglied der „Progressiven Nationalen Bewegung“ sein („Israelischer Rundfunk“, 31.1.79, nach „Monitor-Dienst“, 1.2.).

Die andere Organisation „Ibna-Ibalad“ („Söhne des Dorfes“, „Sons of the Village“) identifiziert sich mit der Ablehnungsfront in der PLO. Sie fordert die Errichtung eines demokratischen, nicht-religiösen Staates in ganz Palästina. Ihre Stärke ist nicht bekannt, da sie die letzten Knesset-Wahlen boykottiert hat. Bei regionalen Wahlen hat sie aber eine Reihe von Sitzen in den Gemeinderäten von zwei Orten gewonnen und in dem kleinen Ort Kabul in Westgaliläa den Vorsitz und die Mehrheit im Gemeinderat („JP“, 25.2.). Die Identitätskrise der Palästinenser im israelischen „Kernland“ ist überwunden.

Nahost-Kommission



Arabische Studenten protestieren in Washington gegen die Unterzeichnung des Nahostfriedensvertrags

sen Staat auflösen“ („Haaretz“, 27.9.78). Und Dayan erklärte, daß „wenn die örtliche Polizei nicht in der Lage ist, die Bewohner während Demonstrationen zur Ruhe zu bringen, wir unsere Streitkräfte entsenden werden, damit sie dazu beitragen, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen“ („Haaretz“, 27.9.78, zit. nach „Palästina-Bulletin“, 2.3.79).

Schon gegen den in den Camp-David-Abkommen vorgesehenen Autonomie-Plan erhob sich in den besetzten Gebieten ein einhelliger Protest. In Ostjerusalem, Nablus, Bethlehem, in der Universität von Bir Zeit (Nähe Ramallah) und in Gaza fanden fünf öffentliche Versammlungen statt, an denen — erstmals seit 1967 — jeweils Tausende von Menschen teilnahmen.

Der Besuch des amerikanischen Präsidenten Carter am 11. und 12.3. in Israel wurde ein erneuter Anlaß für massenhafte Proteste gegen den „Friedensvertrag“ und den Autonomieplan. Überall fanden Demonstrationen und Streiks statt, die israelischen Besatzertruppen gingen mit Schußwaffen gegen die protestierenden Menschen vor. In Khalkhoul

28.3.79).

Der Widerstand und die Kämpfe in den besetzten Gebieten und in Israel werden entscheidend sein für die Befreiung Palästinas.

Seit 12 Jahren Widerstand

Diesen Widerstand gegen die zionistischen Kolonialisierungs- und Annexionspläne versucht die israelische Regierung schon seit fast zwölf Jahren mit den verschiedensten Formen brutaler, menschenrechtsverletzender Unterdrückung zu brechen.

Im Gaza-Streifen war der Widerstand anfangs weit heftiger als auf der Westbank. Nach dem Abzug der Ägypter 1967 wurden große Mengen von Waffen versteckt. Zahlreiche Mitglieder der palästinensischen Befreiungsarmee blieben in den Flüchtlingslagern und Armenvierteln von Gaza oder versteckten sich in Orangenhainen. Kämpfer warfen Granaten auf Armeepatrouillen. Weitere Angriffsziele waren Postbüros, Arbeitsämter, Banken und Busse.

Der israelischen Armee gelang es bis Ende 1971 die Guerilla-Kräfte im Gaza-Streifen niederzuschlagen. In der Zeit zwischen 1967 und 1972

mehr mitspielte, verlegten die Zionisten den Weg in die Arabawüste zwischen dem Toten Meer und Eilat. Die Deportierten mußten unter qualvollen Bedingungen, Hunger, Durst, Hitze, stechende Sonne, zu Fuß meilenweit durch die Wüste laufen, bis sie von jordanischen Polizeiposten gefunden wurden, immer in der Gefahr, sich im Sinai zu verirren oder von den Jordanern als Spione erschossen zu werden. Zwischen dem 20.11.69 und dem 10.2.73 wurden mehr als 800 Menschen auf diesem Weg deportiert. Ab 1974 wurde ausgewiesene Palästinenser über die nördliche Grenze nach Libanon geschickt.

Wurden aus dem Gaza-Streifen vor allem die Kämpfer ausgewiesen, so sind die Deportationen aus der Westbank und Jerusalem ein Teil der israelischen Anstrengungen, die einheimische politische Führung der Palästinenser auszulöschen.

Damit hatten die Zionisten aber bisher wenig Erfolg.

Im Sommer 1973 wurde auf der Westbank eine geheime Organisation aufgebaut, die Palästinensische Nationale Front (PNF), die verschiedene

Der „Friedensvertrag“ — ein Dokument der Ungleichheit

Am 26.3 wurde in Washington der ägyptisch-israelische „Friedensvertrag“ unterzeichnet. Er bestätigt, daß die Imperialisten Unterwerfung und Ausbeutung meinen, wenn sie von „Frieden“ und „Ausöhnung“ reden.

Das „Friedenswerk“ ist kompliziert: Präambel, Vertrag, drei Anhänge, vier Briefe, drei Protokollnotizen. Das Durcheinander soll verhüllen, daß dies ein ungleicher Vertrag ist, daß hier das ägyptische Regime eine Kapitulation unterschrieben hat und daß dieser Vertrag einen Ausgangspunkt für die weitere Expansion Israels und für die Fortsetzung der Offensive der Imperialisten im Nahen Osten bildet.



Dies gilt umso mehr, wenn man das te der Grenze; sie ist allerdings so

Dies gilt umso mehr, wenn man das Kräfteverhältnis in Betracht zieht, das zur Zeit zwischen den USA, Israel und Ägypten besteht. Es bewirkt, daß Ägypten zur Einhaltung jeder imperialistischen Interpretation des Vertrages gezwungen werden kann, während die Imperialisten und Zionisten sich durch den Vertrag kaum gebunden fühlen.

Wenn wir trotzdem hier den Inhalt des Vertrages untersuchen, so um aufzuzeigen, wie weit die Imperialisten im Nahen Osten heute schon gekommen sind. Der Vertrag enthält die Unterwerfung Ägyptens, die Überweisung aller palästinensischen Gebiete an Israel und bewirkt eine Spaltung der arabischen Liga. (Vertrags-
texte in „FR“ 27., 28., 30.3. und „Le Monde“ - „LM“ 25./26., 27. und 28.3.)

Der wahre Inhalt des Vertrages ist der Mehrheit der ägyptischen Bevölkerung nicht bekannt. Eine Woche vor der Unterzeichnung hatte der ägyptische Premierminister Khalil eine Propagandarede gehalten, um Protesten vorzubeugen. Er behauptete, der Vertrag sei „ein Triumph für Ägypten und die Palästinenser“. Israel werde alle arabischen Gebiete räumen, die es 1967 erobert hatte. Der Vertrag werde in keiner Weise die Verbindung Ägyptens mit den arabischen Ländern beeinträchtigen. Die Palästinenser würden die besetzten Gebiete Westjordanland, Ostjerusalem und Gaza unter voller Selbstverwaltung zurückerhalten, und Flüchtlinge würden zurückkehren können („The Guardian“ 19.3.). Jeder Punkt der Rede Khalils war eine Lüge.

Verzicht auf Souveränität

Ägypten erhält nicht einmal die Sinai-Halbinsel unbeschränkt zurück.

Die neue „internationale Grenze“ verläuft auf der ägyptisch-palästinensischen Grenze von 1920, so daß der Gaza-Streifen endgültig an Israel fällt. Ägypten hatte im Kampf der arabischen Staaten gegen die Errichtung Israels den Gaza-Streifen 1948 erobert. Er ist von 450 000 Palästinensern bewohnt und hätte nur an die Palästinenser zurückgegeben werden dürfen.

Das gesamte Gebiet zwischen dieser Grenze und dem Suezkanal wird in drei Zonen eingeteilt. In Zone A direkt am Kanal darf Ägypten in beschränktem Maße Militär stationieren, in Zone B nur eine kleine militärische Einheit und in Zone C nur Polizei, wobei dort zusätzlich UN-Truppen einziehen sollen. Aus kosmetischen Gründen gibt es auch eine truppenverdünnte Zone auf der israelischen Sei-

te der Grenze; sie ist allerdings so schmal, daß sie sich auf den Karten nur als Strich abzeichnet.

Die UN-Truppen würden also allein auf ägyptischem Gebiet stehen. Dabei ist noch nicht einmal sicher, daß es auch UN-Truppen sein werden. Der Vertrag läßt auch die Stationierung einer „multinationalen Einheit“ zu, wenn die USA dies möchten. Das könnte z.B. eine Beteiligung der BRD bedeuten! Die Israelis allerdings sprechen inzwischen einfach von US-Truppen. US-Truppen sind ja auch schon seit dem „Entflechtungsabkommen“ von 1974 im Sinai als „Beobachter“ anwesend, eine Tatsache, die selten erwähnt wird.

Die Räumung der Sinai-Halbinsel soll laut Vertrag drei Jahre dauern, wobei das festgelegte Verfahren so kompliziert ist, daß es die Zionisten in der Hand haben, die Räumung auf ewig hinauszuzögern.

Wirtschaftliche Öffnung

Der Vertrag sieht die vollständige wirtschaftliche Öffnung Ägyptens vor: Beseitigung aller wirtschaftlichen Beschränkungen, Abschluß eines Handelsvertrages, Freiheit des Verkehrs von Personen und Fahrzeugen, Wiederherstellung und Neubau von Straßen und Eisenbahnen zwischen Israel und Ägypten, Einrichtung sämtlicher Nachrichtenverbindungen, freier Zugang zu Häfen und Wasserwegen.

Ägypten soll den Testfall dafür bilden, wie Israel seine militärischen Aggressionen mit einer wirtschaftlichen Durchdringung der arabischen Länder fortsetzen kann. Bis vor kurzem hatten die arabischen Länder israelische Waren und Firmen boykottiert. Mit diesem Vertrag wird die Isolierung Israels im Nahen Osten durchbrochen. Damit kann Israel auch ökonomisch zu einem Statthalter der imperialistischen Interessen im arabischen Raum werden.

Die Imperialisten und Zionisten befürchten auch, daß die ihnen so freundlich gesonnene Regierung Sadat gestürzt werden könnte. Die wirtschaftliche Durchdringung Ägyptens soll deshalb nicht nur eine Quelle von Extraprofit werden, sondern soll auch die Beherrschung Ägyptens garantieren, wenn die Regierungen wechseln.

Im Zusammenhang mit dem Vertrag war viel von einem Marshall-Plan oder Carter-Plan zur wirtschaftlichen Entwicklung Ägyptens die Rede. Bisher handelt es sich dabei nur um Propaganda und unverbindliche Absichtserklärungen. Über die „Hilfe“ muß erst noch verhandelt werden,

wobei Ägypten erneut erpreßt werden kann.

Waffen für den „Frieden“

In Verbindung mit dem „Friedensvertrag“ soll Israel Waffen im Wert von 6 Mrd. DM, Ägypten für 3 Mrd. DM erhalten. Israel bekommt dabei moderne Waffen, so daß schon von daher seine militärische Überlegenheit garantiert bleibt. Die Aufgabenteilung beider Länder steht bereits fest: Israel wird weiterhin Libanon und Syrien angreifen und die Palästinenser unterdrücken, während Ägypten besser geeignet ist, bei der Niederwerfung von Aufständen im arabischen und afrikanischen Raum einzuspringen. Außerdem soll Ägypten, wie es der US-Außenminister Brown ausdrückte, sich „gegen von der Sowjetunion ausgerüstete Staaten wie Libyen, Äthiopien und Südjeten verteidigen“ („FR“, 21.3.).

Ägypten hatte bereits 1977 Libyen überfallen. Ägyptische Soldaten haben inzwischen schon die abgezogenen Iraner ersetzt, die in Oman gegen die Befreiungsfront PFLO kämpften. (Zur Rolle von Israel und Ägypten vergl. den ausführlichen Artikel in AK 150, S.56) Bekanntlich soll in Ägypten mit saudi-arabischen Geldern eine Rüstungsindustrie aufgebaut werden. Die ägyptische Bevölkerung soll den „Friedens“vertrag also als billige Arbeitskräfte und als imperialistische Söldner mit Blut bezahlen.

Israel wird als „Ersatz“ für seine Flugplätze im Sinai neue hochmoderne Militärflughäfen erhalten. Hinzu kommen neue Mengen modernster Jagdbomber. Damit wird die militärische Bedrohung der arabischen Staaten durch Israel noch einmal zunehmen.

Es geht den US-Imperialisten also mit dem „Friedens“vertrag nicht um eine „friedliche Lösung der Konflikte“ im Nahen Osten, sondern die Aufrüstung Ägyptens und Israels ist ein Teil der globalen Kriegspolitik des US-Imperialismus.

Das „Recht“ zur Intervention

Das „Recht“ zur Intervention

Der Vertrag soll Israel militärisch den Rücken freimachen. Er verpflichtet Ägypten, jeden Akt von Gewalt oder Feindseligkeit zu unterlassen, sich nicht an solchen Akten zu beteiligen, Guerillatätigkeit zu verfolgen usw. Damit nicht genug, „werden die USA Luftüberwachungsmaßnahmen durchführen“ und „auf Verlangen einer oder beider Parteien ... jede Maßnahme ergreifen, die ihnen nützlich erscheinen könnte, um die Einhaltung des Vertrages zu bewirken.“ D.h. daß die USA im Einverständnis mit Israel jede beliebige militärische Maßnahme gegen Ägypten ergreifen könnte! Selbst dies reichte den Zionisten und Imperialisten offenbar nicht. Zusammen mit dem Vertrag tauschten die USA und Israel ein „Memorandum zur Vertragsverletzung“ aus, in dem noch einmal bekräftigt wird, daß die USA „diplomatische, wirtschaftliche und militärische Maßnahmen“ ergreifen dürfen. Weiter heißt es: „Die USA werden sich jeder Aktion oder Resolution der Vereinten Nationen widersetzen oder, falls notwendig, dagegen stimmen, wenn diese nach ihrer Auffassung den Friedensvertrag beeinträchtigt.“ (Hervorhebung von uns) Damit wird die Maske fallengelassen. Alles schöne Gerede im Vertrag von UN-Charta und Völkerrecht ist beiseite gefegt. Es wird offenbar, daß dieser Vertrag als Legitimation dienen soll für das nackte imperialistische „Recht“ zur Intervention.

Ägypten wird aus allen Bündnissen mit arabischen Ländern der früheren Front gegen Israel herausgelöst, denn im Falle eines Konflikts mit anderen Verträgen sollen die Bestimmungen des „Friedens“vertrages bindend sein (Art. VI.5). Das soll aber nicht für Israel gelten. Im „Memorandum“ heißt es: „Bestehende Vereinbarungen und Zusagen zwischen den USA und Israel werden durch den Abschluß des Friedensvertrages weder beendet noch verändert.“ Diese Sondervereinbarung mit Israel zeigt wieder, daß der Vertrag schon vom Text her nur Ägypten binden soll. Das ägyptische Regime verfährt im Sinne des Vertrages und hat vor der Protestkonferenz der arabischen Staaten seine Mitgliedschaft in der Arabischen Liga suspendiert.

Bestätigung der Besetzung

Vor der Vertragsunterzeichnung war viel die Rede von den angeblichen Schwierigkeiten bei der Aushandlung der ägyptischen Forderungen für die Palästinenser. Dazu muß zunächst festgestellt werden, daß weder die

USA noch Ägypten irgendein Recht haben, mit Israel über die Zukunft der Palästinenser zu verhandeln. Ginge es wirklich um einen Vertrag zwischen Israel und Ägypten, dann hätte er sich auf Bestimmungen über die Räumung von Sinai beschränken müssen. Sadat ist aber weiter gegangen als nur einen „Saparotvertrag“ zu schließen, er hat die Rechte der Palästinenser gleich mitverkauft. Der Vertrag überläßt Westjordanland und Gaza den Zionisten. Weil auf diese Weise vollendete Tatsachen geschaffen werden, waren die Imperialisten und Zionisten selbst an einer Abhandlung der Palästinafrage im Vertrag sehr interessiert.

Zwar ist in einem der Begleitbriefe des Vertrages (gemeinsames Schreiben von Sadat und Begin an Carter) von palästinensischer Autonomie die Rede, aber nur als mögliches Ergebnis noch stattfindender Verhandlungen. Es hat schon sehr oft Pläne zur Autonomie der Palästinenser gegeben, ohne jedes Ergebnis, weitergegangen ist immer nur die Besiedlung und Okkupation des palästinensischen Landes. Die ganze Zeit über wurden zionistische Siedlungen im besetzten Gebiet gebaut, vor und nach der Sadat-Reise, vor und nach der Konferenz von Camp David, vor und nach dem Abschluß des „Friedens“vertrages. Ägypten hat trotz dieser Tatsache den Vertrag unterschrieben. Der Vertrag bestätigt also letzten Endes das „Recht“ Israels, mit den Palästinensern zu verfahren, wie es will.

In diesem Zusammenhang ist die Haltung der anderen arabischen Länder zum Vertrag besonders wichtig.

Standhaftigkeit schwankt

Als Antwort auf den Vertragsabschluß hatte die PLO-Führung Sanktionen gefordert, u.a. die Anwendung der „Ölwaffe“ durch die arabischen Staaten. Wie zu erwarten war, erzielten die Finanz- und Außenminister der arabischen Liga auf ihrer Protesttagung in Bagdad vor einigen Tagen darüber keine Einigung.

Saudi-Arabien hatte schon vor der Vertragsunterzeichnung bekannt gegeben, daß es weiter mit Ägypten zusammenarbeiten werde („SZ“, 22.3.). Saudi-Arabien stellt aber in Bezug auf Ägypten den entscheidenden arabischen Faktor dar. Er ist aufgrund der Ölausbeutung fest in der Hand der Imperialisten. Saudi-Arabien war in den vergangenen Jahren gezielt zum Finanzier Ägyptens aufgebaut worden. Die gemeinsame Rüstungsindustrie mit Ägypten z.B. gehört zum gleichen Plan wie der „Friedens“vertrag selbst. Die ökonomische Durchdringung war die Vorbereitung für den politischen Offenbarungseid des ägyptischen Regimes.

Von den übrigen arabischen Staaten waren höchstens die Regimes von Irak, Syrien, Libyen und Südjeten bereit, begrenzte Kampfmaßnahmen zu ergreifen. Syrien ist das nächste Angriffsziel der zionistischen Offensive und braucht Unterstützung. Für die Forderungen der Palästinenser wird es sich jedoch nur soweit einsetzen, wie das den eigenen Interessen einer günstigeren Übereinkunft mit dem Imperialismus dient.

Die Konferenz von Bagdad beschloß am Ende den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Ägypten und wirtschaftliche Boykottmaßnahmen. Eine Verwirklichung des Beschlusses wurde den einzelnen Teilnehmern freigestellt und es ist nicht zu erwarten, daß er allgemein durchgeführt wird. Es wird also keinen geschlossenen Widerstand der arabischen Staaten gegen den „Frieden“ geben.

Eine wirkliche Berücksichtigung der palästinensischen Interessen kann nur durch die Palästinenser mit ihrem Kampf erzwungen werden.

Nahostkommission



Algerien:

Linkswende bei der Regierungsbildung?

Einen Monat nach der Benennung des neuen Staatspräsidenten Benjeddid Chadli wurde in Algerien die neue Regierung gebildet. Wie bei der Benennung des Präsidentschaftskandidaten gab es auch hier wieder einen internen Kampf zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Partei-Führung der Einheitspartei FLN. Während der rechte Flügel - vertreten vor allem durch den bisherigen Außenminister Bouteflika, Draia, Belhouche, Ben Cherif u.a. - „Superministerien“ anstrebte, die wohl hauptsächlich mit den Mitgliedern des Politbüros besetzt werden sollten, strebte der linke Flügel - vertreten durch den Partei-Organisator Salah Yahyaoui, Benyahia u.a. - eine stärkere Trennung von Regierung und Partei an, wobei sich das Politbüro eben stärker um die Parteiarbeit kümmern sollte.

Diese Vorstellungen des linken Flügels setzten sich schließlich durch - nur vier der 17 Mitglieder des Politbüros sind in der Regierung. Neuer Ministerpräsident wurde Mohamed Ben Ahmed Abdelghani, dieser Posten wurde zum ersten Mal seit dem Sturz Ben Bellas 1965 besetzt. Abdelghani behielt auch den Posten des Innenministers. Er gehört dem rechten Parteiflügel an. Außenminister wurde Mohammed Seddik Ben-rechten Parteiflügel an. Außenminister wurde Mohammed Seddik Benyahia, der dem linken Flügel zugerechnet wird. Er löste Abdelaziz Bouteflika ab, der seit 1965 ununterbrochen Außenminister war.

Bouteflika wurde wie Ahmed Taleb Ibrahim (beide gehören zum rechten Flügel) zum Präsidentenberater im Ministerrang ernannt, ein Posten mit wenig Einflußmöglichkeiten. Bouteflikas „treueste Gefolgsleute“, Tayebi Larbi und Ahmed Draia, wurden in ihren Ministerposten abgesetzt, sie erhielten auch keine Parteifunktionen. Insofern gilt Bouteflika als der große Verlierer bei der Regierungsbildung.

Doch auch die Linke hat nicht das erreicht, was sie wollte. Salah Yahyaoui wurde zum Koordinator der Partei ernannt, womit er hinter Chadli (Generalsekretär) die 2. Stelle in der Partei einnimmt. Vorher war er selbst Generalsekretär, er war der Spitzenanwärter für den Posten des Staatspräsidenten, dann zumindest für den des Premierministers.

Immerhin wurden die wichtigen Posten des Agrarministers (u.a. Agrarrevolution) und des Bildungsministers (u.a. Hochschulen) mit Selim Saadi und Abdelhaq Brehri mit fortschrittlichen Kräften besetzt. An dem früheren Bildungsminister hatten die Studenten kritisiert, daß er eine Selektion und Entdemokratisierung an den Hochschulen anstrebte. Nach der „Neuen“ vom 14.3. zählen auch die neuen Minister für Transportwesen, für Gesundheitswesen und für die „Ancien Mudjahidines“ (ehemalige Kämpfer der Befreiungsarmee) zu den fortschrittlicheren Kräften. Doch es bleiben genug Posten übrig, die mit Kräften des rechten Flügels und bisher noch schlecht einzuordnenden (weil neuen) Kräften besetzt sind. Von einer Linkswende zu sprechen, wäre wohl übertrieben. Es ist wohl eher so, daß die Rechten sich auf Kompromisse mit den Linken einlassen müssen, weil diese eine größere Verankerung unter den Arbeitern und Jugendlichen, besonders Studenten, haben. An der Praxis der nächsten Zeit, sowohl innenpolitisch (weg von der Förderung einer kleinen technokratischen Elite zur Förderung der breiten Massen, Kampf gegen Korruption und Spekulation) als auch außenpolitisch (konsequente Unterstützung der Fronte Polisario, keine liberalere Haltung gegenüber Frankreich und anderen imperialistischen Mächten; der Westen und Marokko warten auf bessere Zeiten), wird man die neue Regierung messen müssen.

Nahost Kommission

Solidarität mit den iranischen Frauen ist nötig

In verschiedenen Ländern gab es Aktionen von Frauen verschiedener politischer Lager, die der Unterstützung der iranischen Frauen im Kampf um ihre Rechte dienen sollen.

In Italien und Spanien demonstrierten Frauenorganisationen für die Gleichberechtigung der Iranerinnen.

Mehrere Dutzend iranische Frauen haben nach Angaben der CISNU am 15.3. in der iranischen Botschaft in Bonn durchgesetzt, daß ein Protest gegen die Beschneidung der Rechte von Frauen im Iran nach Teheran gekabelt wurde.

Der Protest sei nach anfänglichem Widerstand schließlich auch über den Sender „Stimme der Revolution“ verbreitet worden.

Eine frühere Ausstrahlung eines 18-Punkte-Katalogs mit Forderungen der iranischen Frauen sei bereits nach dem zweiten Punkt abgebrochen worden, nachdem offenbar die Zensur eingegriffen habe, berichtet die „FR“ vom 17.3.79. Auch führende Sozialdemokratinnen wie Katharina Focke und Heidemarie Wiczorek-Zeul forderten die Regierung in Teheran in einem Aufruf auf, „den Frauen die ihnen zukommenden Rechte zuzugestehen.“

In England hat das Internationale

Komitee der Labour Party die „rück-schrittliche Entwicklung im Iran, die den Frauen die Menschenrechte zu rauben drohe“, scharf verurteilt („FR“, 17.3.79).

Feministinnen reisen nach Teheran

Eine 18-köpfige Delegation des von Simone de Beauvoir gegründeten „Internationalen Komitees für das Recht der Frauen“ reiste für drei Tage nach Teheran, um sich an Ort und Stelle über die Lage der Frauen zu informieren und mit Ministerpräsident Basargan und Ayatollah Khomeiny zu sprechen.

In einer Pressekonferenz in Paris antwortete Simone de Beauvoir einigen gegen die Reise protestierenden iranischen Frauen: „Ich habe viele Länder und viele Revolutionen gesehen und jedesmal, wenn es um die Verteidigung der Frauen ging, hat man mir gesagt, es sei nicht die Zeit dafür.“

Die Reise ist von der Delegation insgesamt positiv bewertet worden.

Alice Schwarzer, eine der Teilnehmerinnen, meinte dazu in einem Interview in „Pop und Politik“ am 24.3. im NDR II: „...die Tatsache, daß die Politiker und Ayatollah uns empfangen haben, das galt, glaub-

ich, auch ein bißchen der Beruhigung, nicht nur der internationalen Beruhigung, sondern auch der Beruhigung der iranischen Frauen.“

Allerdings ist diese positive Einschätzung sehr begrenzt. So sagte Alice Schwarzer auf die Frage der Redakteurin von NDR II, ob sie optimistisch zumindest in der Einschätzung der Zusicherungen z.B. Basargans und Khomeinys sei, sehr bestimmt: „Nein, eigentlich nicht“, und erläuterte dann weiter: „Basargan ist ein liberaler Politiker, und der redet so, wie die Politiker hier auch reden. Der ist im Prinzip selbstverständlich für alles. Wenn's dann konkreter wird, bleibt nicht mehr viel. Und ansonsten redet er gern vom natürlichen Unterschied. Was den Ayatollah angeht, das ist natürlich schon sehr sehr dunkel. [...] Z.B. Ayatollah Taleghani hat auf die Frage, welche Rechte denn nun die Frauen eigentlich haben — nach allgemeinen Äußerungen und aufgefordert, doch präziser zu werden — gesagt: 'Das erste Recht der Frau ist es zu heiraten und das zweite, Mutter zu werden.' Das sind schon Vorstellungen.“

Nein, ich bin da gar nicht optimistisch.“

Die iranischen Frauen

In ihrem Interview ging A.S. auch auf die iranischen Frauen ein und versuchte, diesen Begriff etwas aufzuschlüsseln: „Ich meine, daß man überhaupt nicht davon reden kann, daß es eine Frauenbewegung im Iran gibt. Es gibt eine kleine Gruppe von Feministinnen, nach unserem Verständnis Feministinnen, in Teheran, und das sind fast alles Frauen, die bis vor kurzer Zeit im Exil waren und die den Feminismus, wenn Sie so wollen, importiert haben. Frauen, die in Frankreich gelebt haben oder in Amerika. Diese Frauen haben schon auch eine sehr aktive Rolle jetzt gespielt bei

den heftigen Protestdemonstrationen vom 8., 10., 12. März. Dann gibt es breitere Schichten, und das sind wohl 6-stellige Zahlen, das sind bestimmt hunderttausende von Frauen — ich selbst war ja nur in Teheran, ich vermute, daß die vor allem in den großen Städten sind, nicht so auf dem Land — von Frauen, die natürlich nie einen Schleier getragen haben, deren Mutter auch keinen Schleier getragen hat, die in ihrem Beruf arbeiten gehen. Und das war ja auch der Auslöser am 8. März, daß die jungen Frauen in Teheran in sehr vielen Büros, in Ministerien etc. plötzlich nach Hause geschickt worden sind mit den Worten: 'Also, zieht euch erstmal anständig an und lauft nicht so nackt rum.'“

Und bei diesen Demonstrationen, da ging es also nicht nur darum, daß die Iranerinnen sich nun nicht mehr dazu zwingen lassen wollten, den Schleier zu tragen, den sie übrigens vorher manchmal freiwillig getragen haben, als Protest gegen die Zwangsverwestlichung durch das Schahregime, als Symbol ihrer eigenen Identität, aber da war das ein politisches Mittel; gut, und da ging es also um das Recht auf Arbeit, um das Recht auf Scheidung, was jetzt auch zurückgenommen worden ist und vieles andere.

Dann aber gibt es eine weite Mehrheit von Frauen, das muß man einfach sehen, das ist ganz klar, die tief im islamischen Glauben verwurzelt sind, von denen ja auch sehr viele bei den Gegendemonstrationen mitmarschiert sind, nach dem Frauenprotest und mit denen man es sich nicht so einfach machen kann. Auch das sind sehr oft Frauen, die ihre Schwestern und Brüder und Menschen, die ihnen nahe stehen, in den Schahgefängnissen verloren haben, die selbst gekämpft haben, oft mit der Waffe in der Hand und die aber so in ihrem Glauben verhaftet sind, und die glauben, daß das so in Ordnung ist und

daß die schon ihren Teil von Würde und Freiheit haben, trotz solcher Dinge wie Schleier oder irgendwelcher großen Sprüche seitens der neuen Führer.

Und das finde ich eigentlich die allerinteressanteste Gruppe, weil ich denke, daß die Frauen schon wieder sehr zurückgedrängt werden und daß sie nicht das bekommen, was man ihnen im Augenblick verspricht, nämlich weite Partizipation am öffentlichen und politischen Leben, Recht auf Arbeit etc. Ich denke, daß die Hoffnungen auch dieser Frauen betrogen werden. Aber das wissen sie jetzt noch nicht.

Und da, glaub' ich, ist das größte Potential eigentlich von denkenbaren Frauenunruhe gegen die neuen Machthaber. Wenn diese Frauen in ein paar Jahren sehen, daß es alles nicht erfüllt wird, wenn die sich dann wieder in Gang setzen, — die haben ja gelernt zu kämpfen — dann kann vielleicht wirklich was passieren. Was jetzt diesen sehr schnell sich äußernden Frauenprotest angeht, mit dem ich selbstverständlich ganz und gar solidarisch bin, da muß ich sagen, bin ich leider z.Zt. pessimistisch, denn es ist auch so, daß sowohl die neue Regierung wie die Linken, die Fedajin, sich da einig waren und den Frauen sehr rasch gesagt haben, es sei jetzt nicht opportun, da Unruhe zu wecken und es der Regierung schwer zu machen, und sie möchten da bitte jetzt wieder in die Reihe treten. Und das haben die Frauen dann auch getan.“

Zum Schluß ging A.S. auch auf die Aufgaben der europäischen Frauen in Bezug auf den Iran ein: „...gerade in Anbetracht dessen, daß es doch recht betrüblich in näherer Zukunft aussieht, ist es sehr wichtig, daß europäische Frauen auch da aktiv solidarisch sind, und sich informieren und sich kümmern.“

AG Frauen Hamburg



„Schwarze Sheriffs“ für den Iran!

Mit einer Anzeigen-Werbekampagne in einer Münchener Zeitung sucht der berühmte „Sicherheitsdienst“ seit einiger Zeit Schwarze Sheriffs. Er sucht nicht nur »neue Männer für eine Observationsgruppe« für die BRD, sondern auch »Nachwuchs mit Tropenerfahrung«, da, wie es heißt, »wichtige Sicherheitsaufgaben in exotischen Zonen« anstehen würden. Der Chef der Gruppe, Carl Wiedmeier, wies in der Anzeige explizit auf die »Chancen eines Auslandsaufenthalts« hin. Wie der FDP-Landtagsabgeordnete Zech völlig richtig feststellt, handelt es sich hierbei um die Planung des »Aufbaus einer Fremdenlegion, die im Ausland Spezialaufträge erledigen soll« („Münchener Merkur“, 7.3.).

Um welchen brisanten Auftrag es sich im Augenblick konkret handelt, sicherte wenige Tage später an die Öffentlichkeit: Die Schwarzen Sheriffs sollen für die »Sicherheit deutscher Staatsbürger sorgen, die in Bushir am persischen Golf das von der Kraftwerksunion geplante Kernkraftwerk bauen!« Wiedmeier wollte zu diesen Informationen nicht öffentlich Stellung nehmen: »Man muß verstehen, daß wir unsere Geschäftsabwicklungen nicht gern in der Öffentlichkeit diskutieren.« Daß es sich hierbei nicht um irgendwelche Gerüchte, sondern um handfeste Fakten handelt, wurde durch folgende Informationen im „Münchener Merkur“ (9.3.) bestätigt: zwei Mitglieder des »Zivilen Sicherheitsdienstes« sind bereits an den persischen Golf gereist. »Beide reisten zunächst mit Touristenvisa in den Iran. Weitere Mitarbeiter, die der zivile Sicherheitsdienst mit einer Anzeigenkampagne sucht, sollen in den nächsten Wochen folgen und für die Sicherheit der rund 3000 Deutschen am persischen Golf sorgen. Der Auftrag an die Firma Wiedmeier ist wegen der unsicheren politischen Lage auf ein Jahr begrenzt, er soll jedoch bis zur Fertigstellung des Projekts in etwa 5 Jahren verlängert werden. Andere

deutsche Sicherheitsunternehmen hatten den Auftrag, der jedem Bewacher rund 35 DM in der Stunde einbringt, wegen des zu großen Risikos abgelehnt. Ob die Bewacher des zivilen Sicherheitsdienstes mit Waffen in den Iran gereist sind, steht noch nicht fest.«

Auch dies ist Export des »Modell Deutschland«. Nicht unwesentliche Erfahrungen konnte diese paramilitärische Bande gerade durch ihren Einsatz bei der Bewachung von öffentlichen Einrichtungen in der BRD sammeln, mit offizieller Genehmigung westdeutscher Behörden: Seit Jahren werden sie im Auftrag des Bezirks Oberbayern das Nervenkrankenhaus Haar; ebenso das AKW Ohu, wo Wiedmeier »mit einem Teil seiner insgesamt 150 Mann starken Gruppe für die Sicherheit verantwortlich ist« („Münchener Merkur“, 9.3.). Und dies alles, obwohl die Schwarzen Sheriffs nach Aussagen des bayerischen Innenministers Tandler angeblich über keinerlei öffentlich-rechtlichen Befugnisse zum sogenannten »Schutz öffentlicher Einrichtungen« verfügen. Daß sich diese Spezialbulln auch in Kapitalistenkreisen zunehmender Beliebtheit erfreuen, braucht eigentlich kaum noch erwähnt zu werden: So haben sie den Personenschutz beim Kaufhauskönig Horten und beim Industriellensohn Mick-Flick übernommen. Für den westdeutschen AKW-Export ergeben sich hier völlig neue Möglichkeiten, im internationalen Konkurrenzkampf an die Spitze zu spuren: Jetzt werden nicht nur die Atomanlagen geliefert, sondern für die sogenannten »Krisenzeiten« werden die Bewachungsmannschaften gleich mitgeliefert! (Informationen aus „Münchener Merkur“, 7.3. und 9.3., „Augsburger Allgemeine“, 10.3.)

eine Genossin aus Nürnberg

Marokko: Wird es einen „sozialen Burgfrieden“ geben können?

Von der bundesdeutschen Presse nahezu übergangen, findet seit Anfang dieses Jahres in Marokko eine große Streikbewegung statt, die inzwischen den Ministerpräsidenten zum Rück-

tritt zwang („SZ“, 23.3.79). Es wird schon spekuliert, ob König Hassan II. womöglich eine Regierung unter Einschluss von Sozialisten und sogar Kommunisten bilden wird. Leider haben ihm diese Kräfte der legalen Opposition bisher schon große Dienste in der Saharafrage erwiesen, indem sie versuchten, ihrer Parteibasis und Anhängerschaft die Besatzungspolitik des marokkanischen Regimes zu ver-

klückern. die Regierung zum erstenmal in der Geschichte auf, mit Wirtschafts- und Gewerkschaftsvertretern zusammen über einen sozialen Burgfrieden zu verhandeln („LM“, 28.2.79). Anfang

Marokko: Wird es einen „sozialen Burgfrieden“ geben können?

Von der bundesdeutschen Presse nahezu übergangen, findet seit Anfang dieses Jahres in Marokko eine große Streikbewegung statt, die inzwischen den Ministerpräsidenten zum Rücktritt zwang („SZ“, 23.3.79). Es wird schon spekuliert, ob König Hassan II. womöglich eine Regierung unter Einschluss von Sozialisten und sogar Kommunisten bilden wird. Leider haben ihm diese Kräfte der legalen Opposition bisher schon große Dienste in der Saharafrage erwiesen, indem sie versuchten, ihrer Parteibasis und Anhängerschaft die Besatzungspolitik des marokkanischen Regimes zu ver-

klückern. die Regierung zum erstenmal in der Geschichte auf, mit Wirtschafts- und Gewerkschaftsvertretern zusammen über einen sozialen Burgfrieden zu verhandeln („LM“, 28.2.79). Anfang März kündigte Hassan II. einen verschärften Kampf gegen Korruption, Spekulation und Bürokratie sowie strengere Preiskontrollen und eine Erhöhung der Mindestlöhne an („Süddeutsche Zeitung“, 9.3.79). Das deutet darauf hin, daß die Streikbewegung bei weitem noch nicht abgenommen hat.

Streiks an Schulen und Hochschulen

Auch an den Hochschulen und Schulen gibt es eine breite Streikbewegung. Am 23. Januar — kurz nach der Flucht des Schahs nach Marokko — streikten und demonstrierten Studenten in Rabat und Casablanca gegen die Anwesenheit des Schahs in Marokko („LM“, 25.1.79)! Am 24.1. streikten Studenten und Schüler in Rabat, Fes und Casablanca; sie forderten u.a. die Freilassung der Studenten, die wegen ihrer Zugehörigkeit zur UNEM (nationale Studentenorganisation) in den letzten Jahren festgenommen worden waren. Am 9.11. letzten Jahres hatte Hassan II. die UNEM wieder zugelassen, die seit dem 24. Januar 1973 verboten war. Gleichzeitig hatte er 198 Häftlinge begnadigt, worunter sich auch mehrere politische Gefangene befanden sollten, auch Mitglieder der UNEM. Begnadigung heißt nur in wenigen (24) Fällen Freilassung, in den meisten Fällen Haftverkürzung. UNEM-Vertreter, die z.T. im Exil leben, erklären die Aufhebung des Verbots als eine „rein juristische“ Angelegenheit, weil die Repression absolut nicht aufgehoben wird, die Studenten im Exil nicht wieder nach Marokko zurückkehren können, die wegen ihrer Zugehörigkeit zur UNEM verurteilten Studenten (teilweise wurden Strafen bis zu 15 und 30 Jahren verhängt!) nicht gleichzeitig freigelassen werden und die politi-

rufen, der gegen die Ausbildungsbedingungen (Juristen), gegen die Behinderungen bei der Neugründung der UNEM und für eine stärkere Mitbestimmung der Studenten an den Hochschulen gerichtet war („LM“, 23.2.79).

Anfang Februar begannen alle Mittelschullehrer einen dreitägigen Streik, um Lohnforderungen und Forderungen nach einer Demokratisierung des Bildungswesens durchzusetzen. In den großen Städten Rabat, Casablanca, Fes und Meknes wurde der Streik 100%ig befolgt, die Lehrer berichteten, er sei überall zu 98 bis 100 Prozent befolgt worden („LM“, 14.2.79). Am 12.2. drohten die Lehrer, weiterzustreiken, wenn nicht auf ihr Forderungsprogramm eingegangen würde; in einem 13-Punkte-Programm fordern sie eine demokratische Unterrichtspolitik, die Freilassung der politischen Gefangenen, darunter der Lehrer, eine Erhöhung der Besoldung entsprechend den Preissteigerungen („LM“, 14.1.79). Am 21.2. traten sie dann erneut in einen viertägigen Streik — ihr Streik gilt besonders der nationalistischen Oppositionspartei „Istiqlal“, die in vielen Bildungsbereichen in führenden Positionen sitzt.

Die Regierung antwortete auf diese Streiks außer mit Versprechungen mit Verhaftungen der führend an den Streiks Beteiligten. Zahlen sind uns allerdings nicht bekannt.

Zwei marokkanische Zeitungen wurden am 5. März vom Innenministerium mit fadenscheinigen Begründungen verboten: Sie hätten nicht über die Feierlichkeiten zum 18. Jahrestag der Inthronisierung Hassans II. berichtet! „Al Bayane“, die Zeitung der „kommunistischen“ Partei des Fortschritts und des Sozialismus, konnte am 7.3. wieder erscheinen. Ob „Al Moharir“, die Zeitung der USFP, inzwischen wieder erscheinen kann, wurde bisher nicht berichtet. „Al Moharir“ hat durch ihre Berichterstattung einen großen Teil zur Streikbewegung beigetragen.

Inzwischen werden die Fronten immer härter. Mitte März wurden mindestens 15 Schüler bei Demonstrationen von der Polizei getötet! In verschiedenen Städten hatten die Oberschüler dagegen protestiert, daß für bestimmte Studienfächer ein Numerus Clausus eingeführt wird („SZ“, 16.3.79)!

Nahost-Kommission

Desweiteren forderte Hassan II.



afrika

Wo steckt Idi Amin? Kurzmeldungen Südliches Afrika



Der Nord-Atlantik endet bei Kapstadt

Das „N“ für „Nord“-Atlantik in ihrem Namen könnte sich die NATO getrost sparen. Die mosambikanische Zeitschrift „Tempo“ berichtete, daß die NATO einen Fonds eingerichtet hat zur Rekrutierung von Söldnern, die das rhodesische Siedlerregime verteidigen sollen. Bislang sind 13.300 von ihnen für einen Monatssold von 10.000 DM im Land. Sie werden nicht nur für die rhodesischen Streitkräfte verwandt, sondern auch für die Ausbildung der Privatarmeen der schwarzen Verräter und Mitglieder der Smith'schen „Übergangsregierung“, Muzorewa und Sithole.

Aufhebung der „Sanktionen“ gegen Rhodesien?

Mit dem Heranrücken des Termins der Schein-Wahlen in Rhodesien, die unter Kriegsrecht und zunehmendem Terror auch der „Privatarmeen“ der schwarzen Kandidaten (Muzorewa & Co.) gegen die schwarze Bevölkerung stattfinden, wird auch die Frage der offiziellen Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Rhodesien im US-Senat wieder offen gehandelt – und macht anscheinend Fortschritte. Ein Resolutionsentwurf der Senatoren Schweicker und DeConcini sieht die Aufhebung der Sanktionen zehn Tage nach Ablauf der „Wahlen“ am 20.4. vor („NZZ“, 20.3.79). Im Außenpolitischen Ausschuß des US-Senats hat sich bereits eine Mehrheit von acht gegen zwei Stimmen für die Entsendung einer Beobachtergruppe zur „Überwachung der Wahlen“ ausgesprochen und dem entsprechenden Antrag des Senators McGovern zugestimmt. Der Bericht der 25 bis 30 Beobachter soll „Präsident Carter die Entscheidung erleichtern, ob die Wirtschaftssanktionen gegen Rhodesien aufgehoben oder beibehalten werden sollen“ („SZ“, 16.3.79).

Nächtliches Ausgehverbot in Salisbury

Nachdem die rhodesischen Rassisten bereits über rund 90% des rhodesischen Territoriums Kriegsrecht verhängen mußten und die ZANU vor kurzem den Aufbau staatlicher Strukturen in den befreiten Gebieten meldete („Neue“, 24.3.), wurde jetzt auch über Teile der Hauptstadt Salisbury unter Androhung von Schußwaffengebrauch ein nächtliches Ausgehverbot verfügt. Die betroffenen Stadtteile grenzen an die drei Vororte, in denen die meisten der rund 500.000 schwarzen Bewohner Salisburys leben. An Schichtarbeiter wurden besondere Passierscheine ausgeteilt („NZZ“, 16.3.79). Diese Maßnahmen stehen im Zusammenhang mit den zunehmenden militanten Aktionen der Befreiungskämpfer in der zentralen Bastion der weißen Rassisten. So wurden erst vor kurzem der Flughafen Salisburys beschossen und ein Anschlag auf das zentrale Elektrizitätswerk ausgeübt.

Malawi trifft Vereinbarungen mit Israel

Mal wieder machte der afrikanische Kleinstaat Malawi (mit Grenzen zu Sambia, Tansania und Mosambik) durch seine extrem reaktionäre Außenpolitik auf sich aufmerksam. Der malawische Finanzminister Edward Bwanali unterzeichnete am 23.1. ein offizielles Memorandum mit der israelischen Regierung über eine Vereinbarung, nach der Malawi umfangreiche „Hilfe“ von Seiten Israels zugesichert wird. Bwanali dankte Israel für „seine fortwährende Unterstüt-

zung für Malawi“. Der israelische Botschafter Meir Gavish erklärte, Israel „freue sich, in die Entwicklung Malawis einbezogen zu werden“ (nach „Monitor-Dienst“, 2.2.79). Diese neuerlich offiziell gewordenen Abmachungen mit dem international geächteten zionistischen Regime sind nicht die einzigen, mit denen die malawische Elite Vereinbarungen der OAU ignoriert. Auch zu den Rassisten im südlichen Afrika bestehen seit Jahren intensive Kontakte. Anlässlich des 12. Jahrestages der „Unabhängigkeit“ beschrieb der malawische „Präsident auf Lebenszeit“, Kamuzu Banda, seine Beziehung zum Rassistenregime von Pretoria wie folgt: „Die auswärtige Politik basiert auf dem Dialog als Mittel zur Lösung der Probleme im südlichen Afrika. Die Beziehungen Malawis zu Südafrika waren aufrichtig schon seit 1967“ (!) (nach „Monitor-Dienst“, 9.7.76).

Derart offen mögen sich heute erst wenige afrikanische Kompradonen zur Zusammenarbeit mit den von der OAU offiziell und feierlich verurteilten und boykottierten Rassistenregimes wie der RSA und Israel bekennen.

Rassistenregimes steigern Angriffe auf Frontstaaten

Mit steigender Brutalität und Häufigkeit haben die RSA und Rhodesien ihre Politik der Überfälle auf Ziele in den benachbarten Frontstaaten fortgesetzt. In den vergangenen vier Wochen haben die Rassistenarmeen fast täglich angebliche „Guerillalager“ in Mosambik, Angola und Sambia mit Luft- und Bodentruppen angegriffen; wir setzen im Folgenden die Berichterstattung aus den letzten beiden AK-Ausgaben fort:

– Am Samstag, den 3. März, flog die rhodesische Luftwaffe Bomben-

netze Ziele in Sambia. Bei dem Angriff sollen fünf Menschen getötet und vier verletzt worden sein („Le Monde“, 9.3.).

– Nach einem Kommuniqué der angolanischen Regierung fanden in der Zeit vom 8. bis 13.3. acht Angriffe statt. Südafrikanische Bodentruppen drangen mit Panzerunterstützung bis zu 17 km tief auf angolanisches Gebiet vor. Kampfflugzeuge vom Typ Mirage und Hubschrauber vom Typ Puma belegten die südlichen Provinzen Angolas mit Napalmbomben („SZ“, 16.3.).

– Am 13.3. bombadierte die rhodesische Luftwaffe drei Ziele in Mosambik: die Stadt Chokwe, den Ort Barragem und ein mosambikanisches Militärlager („International Herald Tribune“, „IHT“, 14.3.).

– Am 14.3. flog die Luftwaffe der RSA gegen Guerillalager; Ziele sind nicht bekannt („IHT“, 15.3.).

– Ebenfalls am 14.3. wurde ein Lager in Chocue, Mosambik, 112 Meilen nordwestlich der Hauptstadt Maputo, von rhodesischen Kampfflugzeugen angegriffen. 17 Personen wurden getötet, darunter ein Soldat der mosambikanischen Armee („IHT“, 16.3.).

– Am 16.3. überfiel die rhodesische Luftwaffe erneut ein angebliches Militärlager in Dondo, Mosambik, 30 km nordwestlich von der Hafenstadt Beira („NZZ“, 19.3., „IHT“, 17.3.).

– Am 17.3. wurde ebenfalls ein angebliches Guerillalager in Mosambik überfallen, der genaue Ort ist nicht bekannt („IHT“, 20.3.).

Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, daß die hier geschilderten Überfälle nicht im entferntesten das tatsächliche Ausmaß, nicht mal die vollständige Anzahl beinhalten. Nicht umsonst ist selbst diese magere Aufstellung nur mit ausländischer Presse zusammengekommen – die westdeutschen Pressehaie haben für diese grausamen Überfälle der weißen Rassisten höchstens mal einen 10-Zeiler 14-tägig übrig.

Afrika-Kommission

Frankreich – Gendarm Afrikas

Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen im Tschad wurde wieder mal eine Entwicklung publik, die meistens im Stillen vonstatten geht: die fortschreitende militärische Durchdringung Afrikas durch den französischen Imperialismus. Nachdem die Erlangung der formellen Unabhängigkeit durch die meisten afrikanischen Staaten vor ca. 20 Jahren eine Reduzierung der französischen Truppen in Frankreichs ehemaligen Kolonien nach sich zog, ist der koloniale Personalbestand der 50er Jahre, 20.000 Mann, annähernd wieder erreicht worden.

Bei seinem Besuch in Kamerun im Februar dieses Jahres sprach Staatspräsident Giscard d'Estaing von einer neuen Afrika-Initiative Frankreichs und versprach, noch stärker in die inneren Angelegenheiten der afrikanischen Staaten einzugreifen (Le Monde, 20.2.79).

Initiativ wird der französische Imperialismus zum einen, um seine Ausbeutung Afrikas zu sichern und auszubauen. Schon jetzt beherrscht er restlos die Wirtschaft fast der Hälfte der afrikanischen Staaten; etliche Währungen sind an den Franc gekoppelt.

Gleichzeitig geht es darum, ein Bollwerk gegen die Befreiungsbewegungen aufzurichten. Dabei gebraucht die französische Bourgeoisie zwei Methoden: Nach dem Nato-Überfall auf Zaire 1978 realisierte sie den Plan einer afrikanischen Interventionsstreitmacht. Die damals gelandeten Truppen aus Marokko, Senegal, Togo und der Elfenbeinküste stehen noch heute in Zaire („New African“, Jan. 79) und bilden den Kern der „gemeinsamen Sicherheitsstreitmacht“ unter französischem Kommando, die einmal 4 - 5.000 Mann, auch aus weiteren Staaten, umfassen soll.

Daneben wird die direkte Truppenstationierung verstärkt betrieben:

– Im Tschad bemühen sich mehrere Tausend französische Soldaten (die Angaben schwanken zwischen 1.000 und 7.000), das reaktionäre Malloum-Regime an der Macht zu halten.

– Französische Piloten fliegen für Marokkos und Mauretaniens Armee französische Maschinen, die die Bevölkerung der Westsahara mit Napalm bombardieren, um dem Imperialismus die Nordwestflanke Afrikas vollständig zu erhalten.

– Zu ihr gehört auch Senegal, wo 1.500 französische Soldaten in der Vergangenheit dafür gesorgt haben, Aufstände gegen die Senghor-Regierung niederzuschlagen. Hier ist das Zentrum der französischen Luftwaffe in Afrika.

– Auf den Pazifik-Inseln Komoren und Reunion ist die französische Pazifikflotte stationiert (4.000 Mann). Sie stürzte 1978 die fortschrittliche Regierung der Komoren.

– Die reaktionären Regimes vor ihrem Sturz durch Aufstände bewahrt haben die 500 französischen Soldaten in Gabun und die französischen Truppen in Kamerun.

– In Djibouti dokumentieren 5.000 militärische und 7.000 zivile Franzosen, was Frankreich unter der „Unabhängigkeit“ versteht, die es diesem kleinen Lande am strategisch wichtigen Horn von Afrika, direkter Nachbar des äthiopischen Vernichtungsfeldzuges gegen Eritrea, 1977 „verliehen“ hat.

– Im Zentralafrika „Kaiserreich“ wird gerade von Frankreich eine Luftwaffenbasis und ein Raketenversuchsgelände gebaut – übrigens in nächster Nähe vielversprechender Uranvorkommen.

Fortsetzung nächste Seite

- * Ist Idi Amin schon tot? (s. „SZ“, 28.3.)
- * Ist er aus Uganda geflüchtet, wie der BBC meldete? (s. „FR“, 27.3.)
- * Hält er sich in seinem Geburtsort Arua im Norden des Landes auf? (s. „FAZ“, 28.3.)
- * Hat er sich in Entebbe mit wenigen getreuen Soldaten verschanzte, wie Radio Kampala meldete? (s. „FAZ“, 27.3.)
- * Oder regiert und befiehlt er immer noch in der Hauptstadt Kampala? (s. „Neue“, 28.3.)
- * So breitet die Palette von Gerüchten sich aus.

So breitet die Palette von Gerüchten sich aus, die die bürgerliche Presse anbietet, immerhin deutet das daraufhin, daß die Idi-Amin-Clique die Situation inzwischen so wenig im Griff hat, daß von irgendwelcher Kommunikation in Uganda keine Rede mehr sein kann.

Der Flughafen ist außer Betrieb; eine Ausgangssperre von 18 bis 6 Uhr schränkt das verbliebene öffentliche Leben weiter ein.

Die Anfang März mit großem Wahnsinnigen Worten angekündigte Offensive hat lediglich den Vormarsch der Aufständischen während einiger Tage verlangsamt. In dieser Phase wurde nach einer heftigen Schlacht die Stadt Lukaya, 80 km vor der Hauptstadt, befreit („Int. Herald Tribune“, 19.3.). Nach unterschiedlichen Quellen stehen die oppositionellen Truppen jetzt 25 bis 56 km vor Kampala.

Der Widerstand verbreitert und differenziert sich

Nach Meldungen des „All-African Press Service“ soll am 25.3. der „Verteidigungsminister mit Unterstützung von Mitgliedern des als Regierung fungierenden „Verteidigungsrates“ erfolglos versucht haben, die Macht zu ergreifen. Das zeigt, daß der Widerstand gegen Amin bis in seine nächste Umgebung vorgedrungen ist; europäische Diplomaten in

Kampala gaben ihm zu diesem Zeitpunkt noch ganze zwei Wochen („FR“, 27.3.).

Die Schreckensherrschaft in Uganda, die laut „amnesty international“ 300.000 Menschen das Leben gekostet hat („Stern“, 11/79), hat einen Widerstand hervorgerufen, dessen inzwischen erreichte Breite beim Treffen ugandischer Exilpolitiker im nordtansanischen Moshi dokumentiert wurde. Sie vertraten 20 Gruppierungen unterschiedlicher politischer Richtungen, von Monarchisten bis Marxisten („SZ“, „Neue“, 28.3.). Damit ist der Kreis viel weiter als beim letzten Treffen in Kenia im Januar, auf dem die „Organisation Free Uganda“, das „Uganda Freedom Movement“, die „Uganda Human Rights Group“, die „Uganda Action Group“, die „Democratic Party“ und die von Amins Amtsvorgänger Obote geleitete „Uganda People's Congress“ anwesend waren. Eine genaue Charakterisierung dieser Gruppen sowie der inzwischen gegründeten militanten Organisation „Save Uganda Movement“ und „Uganda National Liberation Forces“ ist in Ermangelung zugänglicher Dokumente noch nicht möglich.

In Moshi wurde als Gegenregierung, die im befreiten Masaka in Süduganda arbeiten soll, ein elfköpfiges „Befreiungskomitee“ gewählt, dessen Präsident der ehemalige Rektor der Universität Makerere, Yusufe Lule ist. Für die Verwaltung in den befreiten Gebieten wurde gemeinsam die „Nationale Befreiungsfront von Uganda“ gebildet.

Es sieht so aus, als wenn Idi Amins Tage gezählt sind und er gar nicht mehr in den Genuß des Kredits von 7,5 Mio DM kommen kann, den er noch am 12.3. der in Kampala tagenden von 36 islamischen Staaten getragenen Islamischen Entwicklungsbank abknöpfen konnte.

Afrika-Kommission

Sowjetunion stützt Amin

Im AK 150 haben wir nachgewiesen, wie die Sowjetunion Amin nicht nur mit Waffen unterstützt. Angesichts dieser Tatsache gehört schon ein gehöriges Stück Frechheit dazu, diese Politik als „neutral“ zu verkaufen und unbedingt mit den Prinzipien der OAU zu begründen, wie es kürzlich Prof. Domdey von der Ostberliner Humboldtuniversität tat („Neue“, 24.3.). Auf diesem „neu-

tralen“ Kurs wurde jetzt ein Zahn zugelegt: Wie die kenianische Zeitung „Standart“ berichtete, wurde eine tansanische Delegation, die zu Verhandlungen über Waffenlieferungen nach Moskau gekommen war, nicht einmal zu Gesprächen vorgelassen und mußte unverrichteterdinge wieder heimreisen („Neue Zürcher Ztg.“, 19.3.)! Echt neutral!

Fortsetzung von S. 50

— Auch dort, wo die Völker die imperialistischen Regimes noch nicht ins Wackeln bringen konnten, spart Frankreichs Militär nicht: Größere Kontingente stehen an der Elfenbeinküste (1.000 Mann) und in Togo.

— Kleinere Verbände stehen in ca. 15 weiteren Ländern.

— Nicht zu vergessen sind diejenigen 4.000 Berufskiller der Fremdenlegionäre und der Fallschirmjäger, die zwar in Frankreich stationiert, aber für einen Einsatz in Afrika vorgesehen sind. Beim Überfall auf Zaïre bewiesen sie, wie schnell es geht, wenn der französische Imperialismus auch mal etwas weiter südlich als sonst Hand anlegen muß.

Durch seine koloniale Vergangenheit fällt es Frankreich leichter, in Afrika die militärische Karte auszuspielen, als z.B. (bisher noch) dem westdeutschen Imperialismus. Um innerhalb der imperialistischen Konkurrenz seine Stellung zu halten, baut Frankreich sein Afrikakorps weiter aus; schon 1976 ließ es sich das 500 Mio. Francs kosten („Jeune Afrique“, 28.2. 79). Daß dies aber zum Glück keine Dauerherrschaft des französischen Imperialismus verspricht, haben schon einige afrikanische Staaten gezeigt. Trotz ihrer starken wirtschaftlichen Abhängigkeit haben sich bisher die VR Kongo, die VR Benin und Madagaskar erlaubt, die französische Armee aus ihrem Land rauszuwerfen.

Afrika-Kommission

Wende in Mauretanien?

Die Hoffnung der Antimperialisten auf eine kurz bevorstehende Friedensregelung zwischen der FRETE POLISARIO und der im vergangenen Sommer an die Macht gepuschten Regierung Mauretaniens scheinen sich vorerst wieder in Luft aufzulösen. Der amtierende mauretanische Staatspräsident Oberst M. Ould Salek hatte noch vor kurzem seinen Willen unterstrichen, „Mauretanien endgültig aus der Kriegssituation herauszuführen“ („Neue“, 24.3.). Die „DVZ“ vom 23.3. sprach von einer „Annäherung Mauretaniens an Algerien“ und einer „vorsichtigen Lösung von Marokko“ mit dem Ziel des „endgültigen Aussteigens des Landes aus dem Madrider Aggressionsbündnis“.

Die Hoffnungen scheinen verfrüht gewesen zu sein: in den letzten Tagen ist es zu einer bedrohlichen Wende in den anfänglich hoffnungsvoll verlaufenden Gesprächen zwischen der POLISARIO und Mauretanien gekommen. Präsident M. Salek nahm eine angebliche – interessanterweise von „westlichen Diplomaten“ seit Wochen vorausgesagte („JHT“, 23.3.) – proalgerische Verschwörung zum Anlaß, seine Regierungsmannschaft von der POLISARIO freundlich gesonnenen Kräften zu säubern. Entlassen wurde Innenminister Djiddou Ould Salek, der wesentlich zum Sturz des alten Kompradorenregimes im Juni 78 beigetragen hatte. Auch Finanzminister Sid Ahmed Ould Bneidjara, der in den vergangenen Monaten als Unterhändler die Gespräche mit der POLISARIO geführt hatte, wurde gefeuert („NZZ“, 24.3.). Abgelöst wurden noch zwei weitere Regierungsmitglieder, von denen mindestens einem ebenfalls Sympathien zur POLISARIO nachgesagt werden. Staatschef Salek übernahm in einer Verlautbarung vom 20.3. unbeschränkte Vollmachten, um mit der „Ausnahmesituation“ fertig zu werden, und ernannte sich eigenhändig zum Chef der Verteidigung. In diesem Zusammenhang kündigte er eine „härtere Gangart seiner Truppen gegen die POLISARIO-Freischützer“ an („NZZ“, 24.3.79).

Afrika-Kommission



Ann Tekere: Überlebende eines Rassisten-Massakers

Um eine Vorstellung über die Grausamkeit der rassistischen Angriffe auf die Flüchtlingslager in den Frontstaaten zu vermitteln, drucken wir hier stellvertretend auszugsweise den Bericht einer schwarzen Lehrerin aus Salisbury nach, die eins der brutalsten Massaker der rhodesischen Faschisten in Chimoi (Mosambik) im November vergangenen Jahres lebend überstanden hat (der vollständige Text dieses Berichtes ist in der „Emma“, April-Nr., abgedruckt).

Damals waren wir alle zusammen in einem Lager in der Nähe der Stadt Chimoi, etwa 8000-10 000 Menschen warteten darauf, in verschiedene Flüchtlingslager aufgeteilt zu werden.

Am Tag des Angriffs, am 23. November, hatten wir am wenigsten mit dem Feind gerechnet. Ich bin nicht militärisch ausgebildet. Ich habe als Lehrerin gearbeitet. Natürlich wußte ich, daß die Lebensmittel, die wir anbauen, auch für die sind, die für unsere Freiheit kämpfen.

Ich erinnere mich an jede Sekunde des Tages. Es war früh am Morgen. Gegen sieben versammelten wir uns und bekamen die verschiedenen Pflichten des Tages zugeteilt. Man fragte mich, ob ich mit meiner Klasse Holz zum Kochen sammeln könnte, aber wir wollten in unserem Schulstoff weiterkommen. So waren wir entschuldigt und gingen mit dem Unterricht an. Gegen halb acht sahen wir ein Flugzeug, das sehr hoch am Himmel war. Wir diskutierten darüber, ob es ein Militär- oder ein Transportflugzeug sei.

In dem unmittelbaren Bereich waren zu diesem Zeitpunkt zirka 2000 Menschen. Noch bevor ich die Kinder wegschicken konnte, hörten wir eine Explosion über unseren Köpfen. Wir wußten nicht, was es war. Wir dachten ja nicht im entferntesten an einen Angriff. Ich wußte nicht, wie man sich schützt, ob ich die Kinder zusammenhalten oder laufen lassen sollte. Alles rannte durcheinander.

Ich lief zu einem Busch und kroch darunter. Die Flugzeuge warfen Bomben ab, ich konnte hören, wie Bäume splitterten. Es war, als ob alles über uns zusammenbrach. Der Himmel war grün und grau, voller Explosionen und Rauch. Ich wollte es nicht glauben. Warum heute? Warum wir? Das ist das Ende für uns, die wir schon einmal alles verlassen mußten. Wir hatten immer gedacht, daß wir in Chimoi sicher seien.

Das Bomben ging weiter. Nach zwanzig Minuten trat eine kurze Pause ein. Ich überlegte, was ich tun sollte. Ich hob meinen Kopf, sah in Richtung Chimoi. Und dann sah ich sie oberhalb der Bäume: grüne Fallschirme mit rhodesischen Soldaten. Ich konnte nicht mehr zu den Häusern, denn sie brennen immer alles nieder.

Plötzlich kam mir der Gedanke, mich in der Latrine zu verstecken. Ich rannte zu den Toiletten und

Ich rannte zu den Toiletten und

sprang in die Latrinengrube. Aber ich kam zunächst nicht tiefer, als bis zu den Schultern. Als ich meine Arme hochhob, rutschte ich tiefer. Ich verletzte meinen Rücken, aber ich konnte mich bewegen. Bis zur Taille stand ich den Exkrementen. Am widerlichsten waren die Würmer, die überall über meinen Körper krabbelten. Ich dachte: das ist es nun gewesen. Wenn ich nicht von einer Kugel getroffen werde, fressen mich die Würmer bei lebendigem Leibe auf. Keiner wird wissen, was mit mir passiert ist.

Ich wußte, daß ich sicher war, es war wie in einem Schützengraben. Vor den Luftangriffen war ich sicher – solange mich nicht die Bodentruppen fanden. Mittags dachte ich, die können doch nicht den ganzen Tag weiterbomben, doch es hielt an. Dann begriff ich, daß ich mich darauf vorbereiten mußte, solange wie möglich auszuhalten. Ich fühlte mich nicht hungrig, nicht durstig, es war wohl die Passivität, die mich rettete.

Nur in der Nacht hatte es kurz aufgehört, aber ich konnte Schüsse hören. Früh am Morgen waren die Flugzeuge wieder da, die Gewehre, ich konnte das Knistern des Feuers hören, wie sie die Hütten abbrannten, den ganzen Tag. Am dritten Tag hörte das Bomben auf. Ich konnte Fußtritte hören, aber ich wußte nicht, wer das Lager kontrolliert. Ständig versuchte ich, Stimmen zu erkennen. Aber wegen der surrenden Fliegen konnte ich nicht unterscheiden, ob es unsere Sprache war oder eine fremde.

So verbrachte ich den dritten Tag. Es wurde einige Male geschossen. Es regnete den ganzen Tag. Ich hatte einen Schuh verloren. Den anderen legte ich auf den Balken der Latrine und versuchte, damit Wasser aufzufangen. Doch meine Turnschuhe waren durchlässig. Dann fand ich eine Plastikflasche, die im Wasser schwamm. Ich schnitt sie mit einem Stein auf und so konnte ich etwas Wasser sammeln, aber es war schmutzig.

Am vierten Tag hörte ich ein lautes Maschinengeräusch, weit weg. Besetzten die Rhodesier den Platz oder kamen die Mosambikaner, um uns zu befreien? Ich wartete. Das Maschinengeräusch kam näher. Ich versuchte, auf Stimmen zu achten. Wenn ich Englisch hörte, bedeutete das den Feind. War es Shona, sind es unsere Leute. Doch durch das

es unsere Leute. Doch durch das

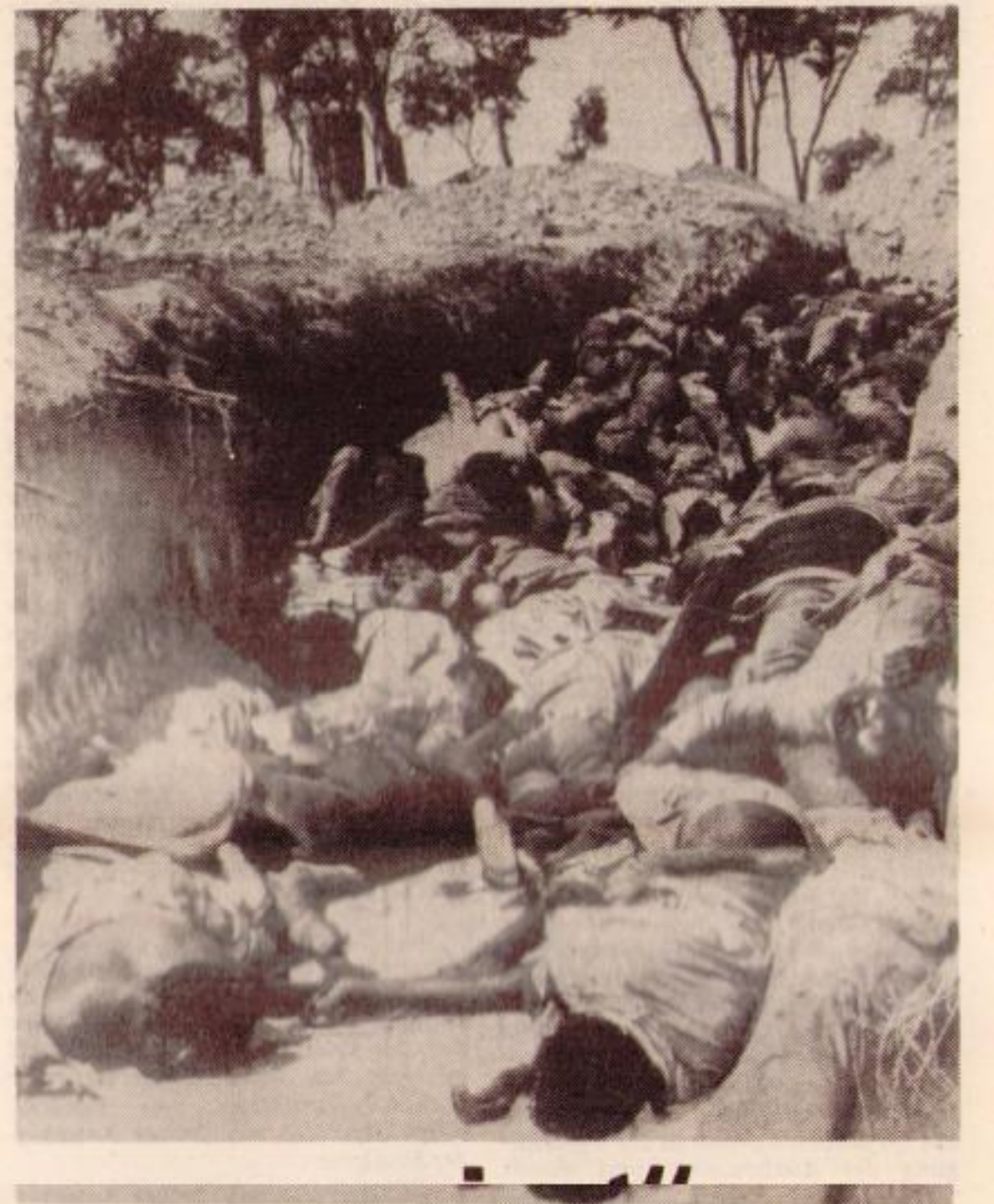
Summen der Fliegen konnte ich nichts verstehen. Ich wagte auch nicht, sie zu verfolgen, denn bei einer Bewegung hätte sich ein Stein lösen und ins Wasser fallen können.

Am Ende dachte ich, aus eigener Kraft komme ich hier nicht mehr heraus. Ich werde rufen, egal, wer es ist. Als das Motorengeräusch noch näher kam und ich die Vibration des Bodens spürte, rief ich. Aber meine Stimme war zu schwach. Keine Reaktion. Plötzlich hörte ich, wie jemand rannte und dann einige Shona-Worte. Es waren meine Leute. Sie kamen näher. Sie richteten ihre Gewehre auf die Latrine. Ich rief: Freunde, ich bin es. Ann Tekere! Ich habe kein Gewehr, bitte schießt nicht. Es war einer meiner Schüler... Sie zogen mich heraus, mit all den Würmern und dem Schmutz. Draußen wuschen sie mich und gaben mir etwas zu essen. Dieses Maschinengeräusch, das ich gehört hatte, stammte von einem Bagger, der Massengräber für die Leichen schaufelte. Die Toten waren in den vier Tagen aufgedunsen, es hatte geregnet und

war sehr heiß. Einige waren schon von den Tieren aufgefressen worden.

Als sie mich nach Chimoi brachten, sah ich das Ausmaß der Verwüstungen. Die Kühe und Schweine lagen überall tot herum, die Maisfelder waren abgebrannt, die Mangobäume gelb. Ein Lastwagen mit Bohnen war umgekippt, der Fahrer lag ermordet im Führerhaus. Die Lebensmittel, die übriggeblieben waren, rührten wir nicht an, weil wir nicht wußten, ob sie vergiftet waren. Auch unter unsere Medizin hatten sie vergiftete Medikamente getan. Einer entdeckte, daß einige Medikamente die Aufschrift Central-Afrikanische Pharmaindustrie trugen. Wir hatten nie Medizin von dieser Firma...

Als ich in Chamoi ankam, sah ich, wie viele Menschen verletzt waren. Das Krankenhaus war überfüllt. Einige lagen draußen unter den Bäumen. Viele warteten auf medizinische Versorgung, viele waren auch schon tot. Es regnete und die Moskitos fraßen die Menschen förmlich auf. Jetzt wußte ich, wie sehr meine Leute gelitten hatten.



Mobutu bei Schmidt, ganz „privat“

„Sylvia in einem dunkelblauen Mantel, der knappe Hut in weiß...“, das waren die ersten Worte des Rundfunkreporters, als in der vorletzten Woche das schwedische Königspaar zu einem Staatsbesuch in der BRD eintraf. Sollte diese Detailtreue unsere Journalisten so beschäfftigen haben, daß sie darob den gleichzeitig eintreffenden Staatsgast aus einem immerhin fünfmal so großen Land wie Schweden glatt vergaßen? Es dürfte eher vornehm Scham gewesen sein, denn mit Präsident Mobutu aus Zaïre ist wirklich kein Staat zu machen. Dankenswerterweise machte die französische „Le Monde“ (21.3.) das Private öffentlich.

Der Besuch bei Kanzler Schmidt sollte wegen des, wie sich das Bundespresseamt ausdrückte, „privaten Charakters“ nicht publik werden, ebenso wie die Gespräche mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie. Es erfordert wenig Phantasie, um darauf zu kommen, welche Themen rein privater Natur zur Sprache kamen: Nahe der unruhigsten Provinz Shaba unterhält die BRD unter der Tarnung einer privaten Raketenbaufirma eine regelrechte Kolonie von der Größe der DDR, und erst kürzlich wurde die Entscheidung einiger Bundeswehrsoldaten nach Zaïre beschlossen (s. AK 150). Aber ganz oben dürfte die Frage gestanden haben, wie der Beitrag der BRD zur Vermeidung des totalen Bankrotts dieses Landes aussehen soll.

Dem Bankrott nahe

Zaïre ist eigentlich eines der reichsten Länder der Erde. Sein agrarisches Potential könnte ausreichen, ganz Afrika mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Seine Rohstoffvorräte sind kaum abzuschätzen. Billige Energiequellen sind reichlich vorhanden; der Kongofluß allein enthält ein Sechstel der

nutzbaren Wasserkraft aller Flüsse der Erde.

Aber in Zaïre herrschen Hunger, Seuchen, Elend. Was die Imperialisten bei ihrer Ausbeutung vom Kuchen übriglassen, landet mittels Korruption, Vetterwirtschaft und Betrug in den Händen der winzigen herrschenden Schicht. Die Auslandsverschuldung beläuft sich mittlerweile auf 6,5 Mrd. DM. Das entspricht den Staatseinnahmen von drei bis vier Jahren; d.h. für solange sind die zairischen Exporte an 98 westliche Bankenkonzerne verpfändet („Neue“, 24.3.). Die Inflationsrate lag 1978 bei 60% („Africa“, März 79); die Währung fiel von 2,56 DM für einen „Zaïre“ (Währungseinheit) im Oktober 78 auf 1,21 DM im März 79. Das Handelsbilanzdefizit erreichte 1978 550 Mio. DM; für das laufende Jahr wird mit 1,2 Mrd. DM gerechnet.

Die Gerichtsvollzieher bei der Arbeit

Solche Zustände bereiten selbst den Imperialisten keine Freude mehr. Zu groß ist die Gefahr, daß die Rebellion der Bevölkerung stärker wird als in den letzten zwei Jahren und nicht nur Mobutu, sondern die Herrschaft des Imperialismus in diesem Lande zum Wackeln bringt.

Vier Dinge werden deshalb vorrangig angepackt:

1.) Nach dem blamablen Abschneiden der zairischen Armee beim letzten Volksaufstand in Shaba erschien die Reorganisierung der Truppe am dringenden. Inzwischen ist der Grundstock der neuen Armee ausgebildet: 3000 Fallschirmjäger durch Frankreich, 3000 Infanteristen durch Belgien und 3000 Mitglieder von Kommandoeinheiten durch den Neuzugang im imperialistischen Trainerkader, China.

Mittlerweile plant das Mobutur-

gime nach Aussagen des Sohns von Patrice Lumumba die Rekrutierung einer europäischen Söldnerarmee („Süddt. Ztg.“, 17.3.).

2.) Die alten Schulden müssen gestundet und neue Kredite bewilligt werden. Darüber sprachen die Vertreter der Gläubigerländer im März in Washington und in Brüssel; darum dürfte es auch in Bonn gegangen sein („Neue“, 24.3.).

3.) Damit diese finanziellen Maßnahmen nicht wirkungslos bleiben, muß die Verwaltung des Landes mindestens ein wenig funktionieren. Deshalb beschlossen die Gläubiger, sich die üblichen Umwege über Berater, Marionetten usw. zu sparen und den internationalen Währungsfond direkt das Land verwalten zu lassen. So untersteht jetzt z.B. die Zentralbank dem ehemaligen Direktor der US-Bundesbank, assistiert von zwei Belgiern, einem Briten und einem Franzosen. Sie bestimmen, welcher Anteil der Devisenerlöse zur Schuldentilgung verwandt wird und welche Produkte vom Rest importiert werden. 27 Belgier haben die Zollverwaltung übernommen. Bisher erfaßte der Zoll lediglich 40-50% der Ausfuhren, Verlust: 550 Mio. DM pro Jahr. Schließlich kontrolliert im Finanzministerium ein türkischer Experte den Staatshaushalt (nach „FAZ“, 12.3.). Das ist schon kein Neokolonialismus mehr, das ist bester Kolonialstil der alten Schule, nur planmäßiger und international.

4.) Allein, diese Maßnahmen sind nicht mehr ganz neu, und die Korruption besteht immer noch. „Zaires Elend ist nicht wirtschaftlicher, sondern politischer Natur“ (So, diesmal völlig korrekt, die FAZ, 12.3.). Es mußte also in die Regierung selbst eingegriffen werden.

Zurück aus der Wüste

Zweifelloos wäre der Eintritt von

Weltbankpräsident McNamara in Mobutus Kabinett doch ein wenig zu stark aufgefallen. So kam ein alter Bekannter wieder zum Zuge: Unmittelbar vor den neuen Umschuldungs- und Kreditverhandlungen berief Mobutu Karl-I-Bond zum Außenminister, dessen Verhaftung und Verurteilung zum Tode er selbst vor zwei Jahren betrieben hatte. Angeblich hatte Karl-I-Bond vom Aufstand in Shaba 1977 schon vorher gewußt. Wahrscheinlicher ist, daß Mobutu ihn, der zuletzt sechs Ministerposten innehatte, loswerden wollte, bevor er ihm zu mächtig wurde. Sicher war es kein Zufall, daß er gerade auf Drängen der westlichen Staaten erst begnadigt und dann freigelassen wurde. Sie trauen ihm offenbar zu, das ihnen notwendig erscheinende Maß an Ordnung und Stabilität im Lande wiederherzustellen. Um auch Mobutus Einheitspartei MRP in diesem Sinne zu beeinflussen, wurde Karl-I-Bond auch gleich bis ins Politbüro befördert. Ob der Plan aufgeht, wissen auch seine Urheber nicht. Während der Vertreter einer westdeutschen Bank nach einer Zaïre-Reise meinte: „Für die ... Bank erscheint die Übernahme von Zaïre-Risiko im bisherigen permanent kontrollierten eventuell noch geringfügig zu erhöhenden Rahmen weiterhin voll vertretbar.“ („FAZ“, 12.3.) verlangte „eine Gruppe von Fachleuten“ vom Unterausschuß des US-Repräsentantenhauses, den Präsidenten aufzufordern, die Hilfe an die Mobutu-Regierung einzustellen. Sie meinten, Zaïre sei vor dem Zusammenbruch nicht mehr zu retten („Jeune Afrique“ 21.3.).

Mobutu scheint sich seiner selbst nicht mehr ganz sicher zu sein. Kürzlich bestellte er in Belgien eine vergoldete schußsichere Weste, fünf Kilo schwer („Int. Herald Tribune“, 9.3.).

Afrika-Kommission



lateinamerika

„Sonne und Revolution“ Zur Guerilla in Nicaragua statt Frust in der BRD



Am Donnerstag in Panama-City: Peter Merten (rechts) und Klaus Schölzel zusammen mit Gefährten aus der Freiwilligen-Gruppe, die in Nicaragua an der Seite der Sandinistas gegen das Somoza-Regime kämpfen will. Bild: upi

Ein Sponti-Genosse aus Münster schickte uns den folgenden Bericht über seine Teilnahme an der Internationalen Brigade, die im Herbst '78 in Panama zum Kampf gegen das nicaraguanische Somoza-Regime zusammengestellt wurde. Aus Platzgründen wird hier nur der erste Teil des Berichts abgedruckt, der zweite folgt im nächsten AK.

„Herbst 1978, 15. September, ziemlich spät abends. Ich sitze am Schreibtisch und versuche mal wieder, was zu Papier zu bringen. Doktorarbeit: Beziehungen Portugals zu EG und EFTA. Nervend.“

15. September. Der Tag, von dem Anastasio Somoza, Besitzer halb und Unterdrücker ganz Nicaragua, seit Jahren behauptet, es sei der Nationalfeiertag seines Landes. Heute, 1978, scheint die Bevölkerung Nicaraguas wirklich vor einer großen Feier zu stehen. Vor einer Woche begann der Aufstand, und die Befreiung des ganzen Landes scheint hauptsächlich eine Frage der Zeit zu sein.

Ich interessiere mich eigentlich erst seit August richtig für die Entwicklung dieses zentralamerikanischen Landes. Am 22.8. hatten sandinistische Guerilleros den Nationalpalast besetzt und dadurch die Freilassung von 59 politischen Gefangenen erzwungen. In den folgenden Tagen kam es in zahlreichen Städten des Landes zu Demonstrationen, Streiks weiteten sich zum Generalstreik aus und auch die bewaffneten Aktionen der Sandinistas nahmen zu. Der Kampf gegen den Diktator Somoza, der u.a. Generalvertreter von Daimler-Benz ist, schien recht gut zu laufen, und ich war überzeugt, daß gerade dieser Kampf dort in Nicaragua große Aussicht auf Erfolg hat. Nicaragua ist für das internationale Kapital nicht so wichtig, als daß dort alles das eingesetzt wird, was in den letzten Jahren und Jahrzehnten so alles erfunden worden ist zur Verteidigung der Ausbeutung, und womit eines guten Tages sicherlich auch einmal die FDGO verteidigt werden wird.

Außerdem hatte ich einiges über die Sandinisten selber erfahren: In der Mehrheit sind sie keine Sozialdemokraten, keine „Revis“, keine Diktatur-Proletariat oder Polit-Öko-

Außerdem hatte ich einiges über die Sandinisten selber erfahren: In der Mehrheit sind sie keine Sozialdemokraten, keine „Revis“, keine Diktatur-Proletariat oder Polit-Ökonomen, sondern ganz einfach Menschen, die vernünftig leben wollen, und die gelernt haben, daß dieses Ziel nur durch den gemeinsamen Kampf erreicht werden kann; durch den gemeinsamen Kampf aller derer, die wir (Intellektuellen) als Kommunisten, Demokratische Sozialisten, Anarchisten oder Christen bezeichnen würden. Die Sandinisten kämpfen gegen alle Somozas in ihrem Lande, gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Für die meisten Kämpfer der FSLN ist die Revolution keine Frage der richtigen politischen

Linie, sondern, wie Ernesto Cardenal, ein nicaraguensischer Dichter und Priester, sagt, vor allem eine Frage der Liebe.

15. September und ich sitze weiter am Schreibtisch. Analyse der Änderung des Anhangs G zum Stockholmer Abkommen bezüglich Portugal. Radio läuft, Nachtprogramm der ARD. Nachrichten. „In Panama City ruft das dortige Nicaragua-Solidaritäts-Komitee zur Bildung einer Internationalen Brigade auf.“ Also, ich hab ja schon reichlich Komitee-Erfahrung, aber auf diese Idee sind wir in unseren Komitees nie gekommen. Oder? Doch, auf die Idee eigentlich schon. Ich erinnere mich an Gruga im Herbst 1975, Wolf Biermann singt von Spanien, von den Brigaden, und wie schön und wie hart alles war, und einige tausend Freaks hören begeistert zu. Ich finde heute nacht keinen Realitätsbezug: Wir aus der Gruga, ein paar Dutzend von uns am Rio San Juan, Nicaragua? Zu schön, um wahr zu sein. Der Weg nach Zentralamerika scheint weit. Ich lege den Anhang G erstmal beiseite. Licht aus.

16. September. Ein Tag wie jeder andere. Ein Tag, als wäre ich gestern nicht zur Internationalen Brigade aufgerufen worden. Abend, ich sitze wieder in unser „linken“ Kneipe. Ich werde angequatscht: „He, Peter, wann geht Du denn? Der Klaus fährt auch nach Panama!“ Ich kenne den Klaus kaum. Egal, natürlich fahre ich auch. Ich ärgere mich, daß ich solch einen Anstoß brauche.

Wir besprechen, was zu tun ist. Klaus hat erfahren, daß der Aufruf aus Panama von kompetenten Leuten stammt. Hugo Spadafora war schon bei der PAIGC dabei, als Arzt, und er war bis jetzt stellvertretender Gesundheitsminister von Panama. Jorge Aparicio war früher Botschafter in Algerien.

Wir rufen zwei Gruppen an, die in der BRD Solidaritätsarbeit zu Nicaragua machen. Die eine Gruppe ist in Holland, Urlaub, und bei der anderen erreichen wir niemanden. Die Leute, von denen wir wissen, daß sie mit der PAIGC in Kontakt stehen, sind gerade in Afrika. Also gut, wir in Holland, Urlaub, und bei der anderen erreichen wir niemanden. Die Leute, von denen wir wissen, daß sie mit der PAIGC in Kontakt stehen, sind gerade in Afrika. Also gut, wir beschließen, direkt nach Panama zu fliegen. Montag werden wir Karten besorgen, im Laufe der Woche das notwendige Geld dafür.

Eine Woche hektisch. In allen Büchern über die Internationalen Brigaden damals in Spanien, die mir in die Hände kommen, finde ich kein Wort über die Woche vorher. Ich weiß nicht, wie lange ich wegbleiben werde, vier Monate, vier Jahre oder für immer. Impfungen, Umzug; Geld muß aufgetrieben werden, Uni-Kram erledigt werden; Kassiopeia, meine Schildkröte, muß versorgt werden,

und ich muß mir ein neues Messer besorgen. Ein großes Problem sind natürlich meine Zähne. Mit meinem Gebiß werde ich keine sechs Monate überleben. Nach ein paar Tagen bekomme ich Mitleid mit meinem neugewonnenen „Freund“, der zu unser aller Sicherheit jetzt auch dauernd zum Zahnarzt muß. Scheiß-Job.

Die wichtigsten Gesprächsthemen der nächsten Tage sind die Frage nach der Angst und nach unserer Funktion hier in der BRD. Angst? Mir fällt Wim Wenders amerikanischer Freund ein: Das einzige, vor dem ich Angst habe, ist die Angst. Das ist es wohl. Jedenfalls beschließe ich, mir lieber in Nicaragua im Kampf vielleicht ein Bein abschneiden zu lassen, als hier in der BRD vom Warten und Hoffen Stück für Stück zu verfaulen. Meine Rolle als mehr oder weniger frustrierter Linker hier in der BRD ist mir ebenfalls klar: Ich bin entbehrlich, politisch jedenfalls. In Nicaragua kann ich effektiver arbeiten, und es wird mit einiger Sicherheit auch mehr Spaß machen als hier. Sonne und Revolution, und nicht mehr dieses beschissene Entweder-Oder.

Klar, ich werde auch Freunde hier zurücklassen. Doch gerade die verstehen, warum. Manche andere verstehen nichts. Einige rätseln, ob das Ganze nun ein Selbstmordversuch sei oder reine Angeberei, oder es wird behauptet, ich habe mich ja nun endlich als RAF-Typ enttarnt. Politisch stand ich dem bewaffneten Kampf in der BRD niemals verständnislos gegenüber als gerade jetzt. In Nicaragua wird der Kampf mit dem Gewehr in der Hand entschieden. Hier in der BRD wird er eines Tages ganz anders entschieden werden; technisch für mich unvorstellbar. Leben als Guerillero ist das Gegenteil von Selbstmord.

In den letzten Tagen vorm Abflug bekommen wir noch viele Informationen über Nicaragua. Somoza entwickelt sich vom Diktator zum Schlichter; seine Nationalgarde, ausgerüstet von den Vereinigten Staaten und von Israel, bombt die befreiten Städte in Schutt und Asche. Die Gewißheit, in Nicaragua gebraucht zu werden, vergrößert sich.

gerüstet von den Vereinigten Staaten und von Israel, bombt die befreiten Städte in Schutt und Asche. Die Gewißheit, in Nicaragua gebraucht zu werden, vergrößert sich.

Im Flugzeug. Wir fliegen von Mexiko nach Panama, unter uns liegt Nicaragua. Meist sehen wir nichts als Urwald. Das Wetter dort unten wird entsprechend sein. Im Nicaragua-See sehen wir die Solentiname-Inseln. Auf einer von ihnen hatte Ernesto Cardenal versucht, eine christliche Kommune aufzubauen. Inzwischen sind die Gebäude, Werkstätten und Felder von der Nationalgarde zerstört worden. Viele der Kommunisten sind heute Sandinistas.

Wir überlegen, wieviele es wohl sind, die wie wir aus Europa herüber

kommen, um in die Internationale Brigade einzutreten. Ich tippe auf zwanzig Deutsche, auf zweihundert andere Europäer. Spanier, Franzosen, und vor allem Italiener.

Ankunft in Panama. Waschküche, aber was soll's. Das Wetter bereitet jedenfalls weniger Schwierigkeiten als erwartet. Wir fahren mit dem Bus in die Stadt und haben Glück. Zwei Stunden später sind wir im Haus der Journalistengewerkschaft Panamas, in dem jetzt auch das Solidaritätskomitee untergebracht ist. Strahlende Gesichter schon vor der Eingangstür, wo ein paar zukünftige Brigadisten die Sonne genießen: „We need you!“

Zwei Tage später, am Mittwoch, soll es losgehen. Solange bleiben wir mit Quimi zusammen. Ganz lieber Mensch, vielleicht 20 Jahre alt, Panamese, wohnt in den Slums am Fischmarkt. Heißes Pflaster. Quimi arbeitete als Krankenpfleger und für panamesische Verhältnisse geht es ihm recht gut. Zusammen mit seinem Bruder hat er ein eigenes Zimmer auf dem Balkon eines Hinterhofes. Im Schnitt wohnen in diesem Stadtteil Panamas, in Santa Ana, drei Personen in einem Zimmer. Das ist nicht nur statistisch von Bedeutung. Wir können uns in Quimis Zimmer auf einen Stuhl stellen und uns durch einen Blick über die Holzlaten von den Verhältnissen in den angrenzenden fünf Zimmern überzeugen.

Quimi hat einen Freund, dem es noch besser geht. Sein Freund hat nämlich Trinkwasser im Haus. Daß er erst in einigen Stunden Feierabend hat, legitimiert unsere hoffentlich letzte Cola.

nach besser geht. Sein Freund hat nämlich Trinkwasser im Haus. Daß er erst in einigen Stunden Feierabend hat, legitimiert unsere hoffentlich letzte Cola.

Quimi erzählt, daß sein ältester Bruder in Nicaragua gelebt hat und im Kampf gegen die Diktatur gefallen ist. Sein anderer Bruder hat sich jetzt ebenfalls entschlossen, mitzugehen.

Wir melden uns regelmäßig beim Komitee. Unsere Brigade ist nach Victoriano Lorenzo benannt, einem panamesischen Freiheitskämpfer des letzten Jahrhunderts. Von der Größe, der Zusammensetzung und der Bewaffnung der Brigade erfahren wir noch nichts. Alle Freiwilligen unterliegen einer ersten, noch recht ober-

flächlichen Kontrolle. Etwa ein Drittel wird abgewiesen.

Am Mittwochnachmittag treffen wir uns alle an der Kirche Don Bosco. Von hier aus soll es losgehen. Quimi, Klaus und ich sind viel zu früh dort, und wir sitzen noch eine Zeitlang auf den Stufen. Auf der anderen Straßenseite sehen wir Quimis Schwester. Sie weint. In Nicaragua weinen noch viel mehr Menschen. Die meisten Gesichter heute nachmittag sind sehr gelöst und fröhlich.

Einer von den anderen Freiwilligen war schon einmal bei der FSLN dabei, bis vor einigen Wochen. Er erzählt, was das Schönste an der ganzen Sache sei: daß man immer einen vollen Magen habe. Die Menschen aus den Dörfern in der Nähe eines Guerillalagers würden meist sehr schnell merken, daß man da sei, und sie würden viel zu essen bringen. Oft würde das gutgehen. Ein Mann von Associated Press kommt ebenfalls mit uns ins Gespräch. Er war vor einigen Tagen in Estelí. Dort habe es grauenvolle Szenen gegeben, als der Aufstand niedergeschlagen wurde.

Nach einer Stunde sind einige tausend Menschen vor der Kirche versammelt. Die Vertreter von Presse und Rundfunk sind auch sehr zahlreich. Hugo Spadafora erklärt ihnen, daß wir gleich aufbrechen werden und von diesem Moment an im Untergrund leben. Deshalb kann er natürlich nichts sagen über die Art unserer Ausrüstung oder über den Ort unseres Ausbildungslagers. Er beschränkt sich auf einige allgemein gehaltene Erklärungen, wie, daß wir keinen eigenständigen Kampf führen würden, sondern uns dem Kommando der FSLN unterstellen beschränkt sich auf einige allgemein gehaltene Erklärungen, wie, daß wir keinen eigenständigen Kampf führen würden, sondern uns dem Kommando der FSLN unterstellen und daß wir „die schrecklichste Tyrannei von Amerika zu bekämpfen und die Bevölkerung von Nicaragua zu befreien“ mithelfen würden. Auch in anderen Städten Lateinamerikas versuche man, Internationale Brigaden zusammenzustellen.

Einer der Freiwilligen ist Dennis Tejada, ein bekannter peruanischer Boxer. Er erzählt der Presse das Gleiche wie alle anderen. Er habe von den Gräueltaten der nicaraguanischen Nationalgarde gehört und habe darauf hin beschlossen zu helfen. Zweiter Teil folgt.

Nicaragua aktuell

Neue Kämpfe...

• In den ersten 15 Februartagen wurden aus Banken und Firmen Nicaraguas bei Überfällen über eine halbe Million Cordobas erbeutet. „Einige dieser Überfälle gehen ohne Zweifel auf das Konto der FSLN.“ Aufgeklärt werden konnte keiner der Überfälle („Nicaragua Nachrichten“ 3/79).

• Am 21. März griffen Kommandos der FSLN in fünf Städten gleichzeitig Militärposten an. Kämpfe wurden auch aus den Städten Esteli, Leon und dem Dorf Las Nubes nahe der Hauptstadt gemeldet. Nach unbestätigten Meldungen sollen Guerilleros auch den Posten in Penas Blancas an der Grenze zwischen Nicaragua und Costa Rica attackiert haben („FR“, 23.3.).

• Am 24. März wurden in Managua zwei Polizeibüros von sandinistischen Guerilleros angegriffen („SZ“, 26.3.79). In Managua explodierten über 60 Bomben („SZ“, 23.3.79).

„Angehörige der Bewegung „Langan-dauernder Volkskrieg (GPP)“, einer der Tendenzen der FSLN, erschossen einen Luftwaffenoffizier in seinem Haus im Süden der Hauptstadt. Er bekam hiermit seine Rechnung für seine Teilnahme am Bombardement vom vergangenen September gegen die Zivilbevölkerung der Stadt Esteli („SZ“, 26.3.79).

...gegen den Terror von Somoza

Bericht aus Esteli: „Der größte Teil der Bevölkerung, speziell der Jugend, ist in der Guerilla der FSLN, besser des sandinistischen Heeres, organisiert. Die Nationalgarde kann aber die Jugendlichen praktisch zu jeder Zeit zur Zwangsarbeit heranziehen, unter extremer Bewachung. Letztere existiert Tag und Nacht. Wir können bestätigen, daß sich ein großer Teil der Bevölkerung in Konzentrationslagern befindet. Die Menschen können nachts nicht auf die Straße gehen, weil

sie sonst unter dem Vorwand, daß sie Sandinisten seien, ermordet werden.“

Die militärischen und paramilitärischen Einheiten Somozas zerstören Häuser unter dem Vorwand, sie suchten nach Waffen und Sandinisten, die Wahrheit ist jedoch, daß sie in den meisten Häusern Sachen beschlagnahmen und große Kriegsbeute machen: vor allem Elektrogeräte sowie alle möglichen Haushaltsgeräte.

Nachts verüben diese Banden fast immer Überfälle und Morde.

Die Nationalgarde rekrutiert ihre Leute vor allem unter jungen Bauern, indem sie versprechen zu lehren, wie man schöne große Autos fährt, Flugzeuge und Hubschrauber steuert... Bei der Rekrutierung droht die Nationalgarde mit Waffen, und derjenige, der nicht will, wird zum Abschied oft brutal zusammengeschlagen, auch 14- oder 15-jährige. Das Somoza-Heer scheint allerdings große Schwierigkeiten zu haben, da ein großer Teil der Rekruten nach der ersten Soldauszahlung desertieren oder bei neuen Kämpfen zur FSLN überlaufen will“ („Lucha Sandinista“ 3 — Auslandszeitung der FSLN).

Inzwischen hat die Diktatur ihren Terror wieder weiter verschärft und am letzten Wochenende die Kleinstadt Tipitapa (12.000 Einwohner, 22 km nördlich von Managua) bombardiert.

DÄMLER-BENZ weiter im Geschäft

Wie inzwischen bestätigt, hat die Firma Daimler Benz 60 Militärfahrzeuge nach Nicaragua geschickt. Es handelt sich hierbei um militärisch ausgerüstete LKW's, die zum Truppen- und Materialtransport geeignet sind. Die Fahrzeuge wurden als „Autolieferung aus Brasilien“ deklariert und mit einem Schiff unter holländischer Flagge angeliefert. Das Abladen wurde von der Nationalgarde bewacht. Daimler Benz hat diese Meldung des Nicaragua-Solidaritätskomitees zunächst dementiert. Allerdings ist diese Nachricht durch mehrere Pressemeldungen aus Nicaragua belegt.

Daimler Benz unterhält seit langem intime Kontakte zur Diktatur in Nicaragua, die Somozas selbst leiten die Generalvertretung von Mercedes in Nicaragua.

Somoza und IWF

Das Somozaregime hat beim Internationalen Währungsfonds (IWF) einen 40 Millionen-Dollar-Kredit beantragt, um die Regierung vor dem finanziellen Bankrott zu bewahren. Hintergrund dieses Antrags ist die Streichung der US-Wirtschafts- und Militärhilfe. Damit sollte ein bescheidener Rest an Glaubwürdigkeit in die Lateinamerikapolitik der USA erhalten werden, nachdem Somoza sämtliche Vermittlungsvorschläge abgelehnt hatte. Falls der IWF den Kreditantrag Somozas bewilligt, wird die Unterstützung der Diktatur — die über private Kanäle sowieso immer weiter lief — durch die Hintertür wieder legalisiert. Wie ernst es Carter mit seinen Hilfeeinstellungen ist, zeigen darüber hinaus Bemühungen seiner Administration, „die Beschränkung von Militärhilfe an lateinamerikanische Länder, denen Verletzungen von Menschenrechten vorgeworfen wird, zu lockern“ („SZ“, 24./25.3.79).

Latinamerikakommission

3. Jahrestag des Putsches in Argentinien

BRD behindert die Aufnahme von Flüchtlingen

Nicht ein politischer Gefangener aus Argentinien ist bisher in der BRD eingetroffen. Mit immer neuen Verzögerungen und Hinhaltenmethoden haben dieselben Behörden, die innerhalb weniger Tage 1.000 vietnamesischen Flüchtlingen die Einreise erlaubten, die Ausreise gefangener Argentinier verhindert.

Rund 300 Solidaritätsgruppen hatten im vorigen Jahr vor und während der Fußballweltmeisterschaft eine relativ breite Öffentlichkeit über Folter und Unterdrückung in Argentinien hergestellt. Für die Forderung an die Bundesregierung, 500 politische Gefangene und ihre Familienangehörigen in die BRD aufzunehmen, wurden 100.000 Unterschriften gesammelt, in zahlreichen Städten liefen Straßenaktionen, Veranstaltungen, Demonstrationen.

Im September 78 schließlich stimmte die Bundesregierung der Aufnahme von argentinischen Flüchtlingen zu und teilt seitdem in regelmäßigen Abständen mit, daß mit dem Eintreffen der ersten Argentinier in Kürze gerechnet werden könne.

Tatsächlich ging zunächst ein widerliches Feilschen um die Zahl der Aufzunehmenden los. Die Innenministerkonferenz der Länder (die letztendlich die Entscheidungsgewalt hat) erklärte sich nur zur Aufnahme von 400 Argentinern inklusive Familienangehörigen bereit. Die Plätze dafür sollten aus dem für chilenische Flüchtlinge festgelegten Kontingent übernommen werden. Dann wurde die sogenannte Sicherheitsüberprüfung für unverzichtbar erklärt. Das bedeutet, daß mit allen ausreisewilligen Gefangenen von westdeutscher Seite aus zeitraubende und verhör-ähnliche Gespräche geführt werden.

Ein argentinischer Flüchtling, der im Februar nach Frankreich ausreisen konnte, berichtete, daß die Deutschen beim Gespräch die Gefangenen nach ihrer politischen Betätigung gefragt hätten. Eine Zusammenarbeit mit den Gefängnisleitungen ist dabei bisher nicht bewiesen, aber nicht ausge-

schlossen. Nur die westdeutsche Botschaft verlangt Asylanträge von den Gefangenen persönlich. In allen anderen europäischen Botschaften werden auch Anträge von Familienangehörigen akzeptiert.

Das Außenamt hat von amnesty und den Solidaritätsgruppen eine Liste mit 1.000 Namen von politischen Gefangenen erhalten. Nach den vorliegenden Informationen bemüht sich die deutsche Botschaft aber eigenständig um Namen von Gefangenen, die bisher nicht bekannt gemacht wurden. Es ist zu vermuten, daß die BRD-Regierung versucht, sich auf diesem Wege um die Aufnahme „sicherheitsgefährdender“ Gefangener, d.h. verfolgter Linker, herumzudrücken.

Außerdem verlangt die Bundesregierung „genaue Angaben“ über Alter, berufliche Qualifikation, Familienbeziehungen usw. der Betroffenen, was das Verfahren weiter verzögert.

Inzwischen (bis Mitte Februar 79) sind von Vertretern der deutschen Botschaft 106 Gefangene besucht worden, für ganze 44 dieser Gefangenen ist bisher die grundsätzliche Zustimmung für die Einreise in die BRD erteilt worden. Visa haben überhaupt erst 15 Argentinier bekommen, davon aber auch nur 5 Visa für Gefangene und 10 für Familienangehörige. Das Visum wiederum ist Voraussetzung für die Einleitung des Optionsrechtes (Behandlung des Ausreiseantrags durch die argentinischen Behörden) das erfahrungsgemäß 3 - 5 Monate (!) dauert.

Die Solidaritätskampagne muß weitergeführt werden

In Argentinien selber hatten immer wieder die Demonstrationen der »Frauen von der Plaza de Mayo« Aufsehen erregt. Seit Monaten demonstrierten sie regelmäßig jeden Donnerstag vor dem Regierungspalast für ihre verschwundenen Angehörigen. Am 21.12.78 wuchs die Demonstration auf 7.000 Menschen an, es wurde eine Petition für die Verschwundenen übergeben und ein Regierungsvertreter erklärte, es gebe in

Argentinien keine Verschwundenen. Alle Personen, die als verschwunden gelten, befänden sich unter Verfügung der Streitkräfte — womit die Tatsache der Entführungen und Verschleppungen zum ersten Mal zugegeben wurde.

Am 28.12.78 demonstrierten wieder 4.500 Menschen, bei dem Versuch einer erneuten Kundgebung am folgenden Tag wurde der Platz von Polizei und Militär abgeriegelt, es gab zahlreiche Verletzte und 40 Verhaftungen. Alle 40 befinden sich bis heute in Haft, sofern sie noch am Leben sind — nur 10 Verhaftungen wurden von den Behörden offiziell bestätigt (Informationen nach ila-Info 23 und ila-Rundschreiben). In Anlehnung an diese Kämpfe der argentinischen Frauen und Familienangehörigen haben eine Reihe internationaler Aktionen stattgefunden. Vor der argentinischen Botschaft in Paris wird jeden Donnerstag demonstriert, das Telefon der Botschaft wird durch ständige Anrufe und Fragen nach dem Schicksal der Verschwundenen blockiert. Ähnliche Aktionen gibt es in England und Kanada.

Vom 20. - 24. März fand in New York ein internationales Treffen der Solidaritätsgruppen statt.

In der BRD wurden zum Jahrestag des Putsches in Bonn, München und Pforzheim Aktionen durchgeführt.

Die Argentinien-Solidarität sollte sich nicht auf Lateinamerikagruppen beschränken — die Bundesregierung muß weiter unter Druck gehalten werden, um die Aufnahme der politischen Gefangenen zu erreichen. Die enge Zusammenarbeit der BRD mit Argentinien in Sachen Atomenergie oder auch die besondere Betroffenheit der Frauen von den letzten Repressionsmaßnahmen (Frauen von der Plaza de Mayo) erleichterten es z.B. Anti-AKW-BI's und Frauengruppen, die Argentinien-Solidarität in ihre Arbeit einzubeziehen.

Material und Anregungen sind zu beziehen über: ila Informationsstelle Lateinamerika, Römerstraße 88, 53 Bonn 1 oder Lateinamerikakommision Hamburg.

Lateinamerikakommision



Kundgebung von westdeutschen und lateinamerikanischen Frauen vor der argentinischen Botschaft in Bonn. In einer Petition wurde die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen und Ausreisemöglichkeit für politische Gefangene gefordert. Die Polizei griff ein, als eine Frau nicht auf der für die Kundgebung festgelegten Straßenseite blieb! Nach Schluß der Aktion wurden drei Frauen vorübergehend festgenommen, weil sie noch zusammenstanden und redeten. Eine der Frauen wurde dabei empfindlich am Arm verletzt.

In einer Pressemitteilung der ila heißt es dazu: »Einige Frauen sagten später: 'Wir sind Frauen aus Lateinamerika. Wir haben wiederholt Übergriffe der Polizei und des Militärs in unseren Heimatländern erfahren. Wir fühlten uns durch diesen Polizeieinsatz in unsere Heimatländer zurückversetzt und waren sehr erschüttert.'«

Grenada: Diktatur gestürzt!

Im karibischen „Urlaubsparadies“ Grenada wurde der bisherige Staatschef Gairy während einer Reise in die USA (!) durch einen Militärputsch gestürzt. Gairy, der bis zur Unabhängigkeit Grenadas vom britischen Imperium 1974 ein hohes Ansehen in der Bevölkerung hatte (als Gründer der Metallarbeitergewerkschaft und der vereinigten Labour Party von Grenada), hatte sich immer mehr zum korrupten Diktator entwickelt. Bei den Wahlen 1976 hatte die Opposition fast 50 % der Stimmen erhalten. Trotz dieses Erfolges konnte Gairy die Opposition ausschalten, indem er kurzerhand die Parlamentssitzungen in seine private Residenz verlegte und gegenüber der Opposition von seinem Hausrecht Gebrauch machte. Abgesichert war seine Herrschaft über die 110.000 Einwohner vor allem durch die Armee, die seit dem Frühjahr 77 von chilenischen Militärs ausgebildet wird. Chile war auch das einzige Land, das den Diktator mit Waffen unterstützte.

Neuer Regierungschef ist der bisherige Oppositionsführer Maurice Bishop, er führt die „New Jewel-Bewegung“ (Jewel = gemeinsames Bemühen für Wohlstand, Erziehung und Befreiung). Über den Charakter dieser Bewegung läßt sich bisher nur wenig sagen: Die Bewegung wurde 1973 gegründet und organisierte bereits im

gleichen Jahr einen Generalstreik, um die Regierung Gairy zu stürzen, was aber mißlang. Seitdem hat sie kontinuierlich an Einfluß gewonnen, während gleichzeitig die Regierung immer offener zu Terrormaßnahmen griff. Bishop hat jetzt eine neue Regierung bekanntgegeben und freie Wahlen angekündigt („SZ“, 15.3.79).

Der Umsturz hat in den karibischen Staaten ein weitgehend positives Echo gefunden („SZ“, 16.3.79). Die Außenminister oder stellvertretenden Außenminister von Barbados, Guyana, Jamaika, der Dominikanischen Republik, von Trinidad und Tobago sowie Santa Lucia erörterten in Barbados die Lage und warnten die Großmächte (USA, Kanada und Großbritannien), sich nicht in die inneren Angelegenheiten des kleinen Inselstaates einzumischen.

Der Expräsident Gairy hatte nämlich diese Mächte aufgefordert, ihn militärisch zu unterstützen („SZ“, 16.3.79). Aus „Protest“, weil diese Unterstützung ausblieb, hat er allerdings inzwischen seine Ansprüche in Grenada aufgegeben und die USA haben die neue Regierung anerkannt. Bishop äußerte allerdings die Befürchtung, daß nach wie vor „ausländische Söldner“ einen Gegenputsch versuchen könnten („FAZ“, 22.3.79).

Lateinamerikakommision

Chile: Bewaffnete Propaganda des MIR

• Am 8. März, dem internationalen Tag der Frau, stoppte ein Kommando des MIR einen Linienbus in der Innenstadt Santiagos und verteilte Flugblätter an die Fahrgäste. Danach wurde der Bus mit Parolen bemalt, von denen eine auf den Tag der Frau hinwies: „Die Frau bekämpft die Diktatur“ („SZ“, 13.3.79).

Chile: Bewaffnete Propaganda des MIR

• In San Miguel explodierte eine Geräuschbombe in der Stadt- und Wohnungsbaubehörde. Begründet wurde diese Aktion damit, daß die Behörde den Wohnungsbau für die Bevölkerung nicht nur verzögert, sondern direkt behindert, während sie den Bau von Villen und Behördenhochhäusern vorantreibt.

• In Antofagasta schalteten Arbeiter des Elektrizitätswerkes das Licht in den Bourgeois-Vierteln ab. Die Repression versuchte sofort, die Urheber dieser Aktion ausfindig zu machen, aber die Mitglieder des Widerstandes hatten keine Spuren hinterlassen (nach „El Rebelde“, offizielles Organ des MIR, Januar 79).

Dies sind nur einige Beispiele von bewaffneter Propaganda der letzten Zeit. Im „Correo de la Resistencia“ (November/Dezember 78) nahm ein Mitglied der militärischen Kommission des MIR zu den Fragen der bewaffneten Propaganda Stellung:

Ziel der bewaffneten Propaganda-Aktionen ist, den ideologischen Rahmen, den die Diktatur setzt, und die repressive Informationssperre zu durchbrechen und gleichzeitig dem Volk zu zeigen, daß es möglich ist, der Diktatur Schläge zu versetzen. Außerdem sollen in einfachen militärischen Aktionen Erfahrungen gesammelt werden, um auch in der Phase schärfster Unterdrückung weiter am Aufbau einer militärischen Macht des Volkes zu arbeiten.

Bewaffnete Propaganda-Aktionen werden in zahlreichen verschiedenen Formen durchgeführt. Geräuschbomben, explosive Bomben, Enteignung von Lebensmitteln und ihre Verteilung in den poblaciones, Sabotage, Bedrohung von Unternehmern, Entlarvung von Spitzeln usw., das Ziel dabei ist immer, die Unterstützung der legalen und halblegalen Widerstandskämpfe. Der MIR versucht dabei, alle Risiken einer

Aktion genau abzuschätzen und durch möglichst gründliche Vorbereitung, Kontrolle und Kenntnisse über Waffen und Material zu vermindern.

Wenn es gelingt, daß die Parteien der Linken ihre Zusammenarbeit an der Basis auch bei bewaffneten Propaganda-Aktionen vertiefen, wird das den Widerstand deutlich stärken.

Lateinamerikakommision

CHILE DOKUMENTATION

FEBRUAR 1979

Die „Chile-Dokumentation“ des MIR kommt jetzt wieder regelmäßig heraus (etwa alle acht Wochen) mit neuen inhaltlichen Schwerpunkten:

Die „Chile-Dokumentation“ beschränkt sich nicht mehr auf die Ereignisse in Chile und Erklärungen des MIR, sondern legt mehr Wert auf die Auseinandersetzung mit anderen revolutionären Organisationen und Strömungen Lateinamerikas. Dies ist Ausdruck der Bemühungen des MIR zur stärkeren Zusammenarbeit der Revolutionäre in Lateinamerika beizutragen. Ein Erfolg in diese Richtung war der Beschluß von sechs revolutionären Organisationen Ende letzten Jahres, eine ge-

meinsame Solidaritätsarbeit für die FSLN Nicaraguas zu entwickeln.

Themen der „Chile-Dokumentation“ Februar 1979:

- Interview mit einem Mitglied der Inlandskommission des MIR
- Interview mit einem Genossen der Leitung der FSLN Nicaragua
- Dokument der Bewegung M 19 aus Kolumbien

Preis: 2,- DM (Bestellungen über Arbeiterbuch oder Lateinamerikakommision Hamburg)



asien

Interview mit Milo Rothen

Terre des Hommes-Verantwortlicher für Vietnam

Milo Rothen ist seit elf Jahren Hauptverantwortlicher des Kinderhilfswerkes Terre des Hommes in Vietnam und außerdem zuständig für Syrien, Libanon, Marokko und Algerien. Terre des Hommes ist eine politisch unabhängige Organisation. Deshalb hält Milo Rothen es für notwendig mit allen Kräften, die eine praktische Vietnam-Solidaritätsarbeit leisten, zusammenzuarbeiten. Er sagt, Vietnam braucht heute unsere Unterstützung dringender denn je.

Aus seiner Erfahrung mit der bürgerlichen Presse in der BRD weiß er, daß die nicht objektiv berichtet: der „Spiegel“ druckte nicht einmal seine Leserbriefe und die „Frankfurter Rundschau“ zeigte sich uninteressiert an Material und Informationen. Die „Badische Zeitung“ schickte ihm Fotos über die unter dem Pol-Pot-Regime nach Vietnam geflüchteten Kambodschaner mit der Begründung zurück: „Die können wir doch jetzt nicht bringen. Das paßt überhaupt nicht mit dem Flüchtlingselend auf der ‚Hai Hong‘ zusammen“. Deshalb ist Milo Rothen an der Verbreitung authentischer Gegeninformationen interessiert.

Das Interview, das wir mit ihm machen konnten, schildert seine Erfahrungen mit dem Aufbau des von Krieg und Grenzkrieg überzogenen Vietnam.

AK: Kannst du zu Beginn kurz die Ziele von Terre des Hommes und eure Arbeit in Vietnam schildern?

Milo Rothen: Terre des Hommes ist eine internationale Kinderhilfsorganisation, die 1960 in Lausanne von einem Schweizer Journalisten gegründet wurde; damals, während des Algerienkrieges sind behinderte Kinder, verletzte Kinder in die Schweiz und überhaupt nach Europa ausgeflogen worden. So hat eigentlich Terre des Hommes angefangen.

In der BRD ist die Gründung auf das Jahr 1967 zurückzuführen, und wir haben unsere Arbeit praktisch begonnen mit der Vietnamhilfe. Vietnam war unser erstes Projektland. Wir haben damals, eben noch zur Zeit von Präsident Thieu auch etwa 200 Kinder ausgeflogen und sie dann nach der medizinischen Rehabilitation wieder zurückgeführt. Im Unterschied zu heute haben wir damals europäische Garanten drüben gehabt, Soziologen, Pädagogen und Mediziner, die mit vietnamesischen Gruppen zusammengearbeitet haben, also unabhängig von der Regierung. Wir haben dann 1971 das erste sozialmedizinische Zentrum eröffnet und haben uns hauptsächlich um die Waisenhäuser gekümmert. Nur war es so, daß wir bald gesehen haben, daß Waisenhäuser Waisen machen, und wir Waisenhäuser gekümmert. Nur war es so, daß wir bald gesehen haben, daß Waisenhäuser Waisen machen, und wir haben dann versucht, prophylaktisch zu arbeiten, das heißt, ein Familienprogramm gestaltet, mit dem arme Familien unterstützt worden sind; große Familien mit acht, zehn oder zwölf Kindern, die in einer solchen Armut stecken, daß sie eben ein paar Kinder ins Waisenhaus abgeben haben. Unsere Sozialarbeiter waren hauptsächlich Vietnamesen, die haben dann versucht, solche Familien ausfindig zu machen. Wir unterstützen dann die Familien, so daß die Kinder gar nicht ins Waisenhaus kamen, sondern in der Familie bleiben konnten.

AK: Wie sieht eure Arbeit heute aus, wie haben sich die Projekte entwickelt?

M.R.: Wir waren vor der Revolution in Vietnam tätig und während der Revolution 1975 auch. Zwei, drei unserer europäischen Mitarbeiter sind noch geblieben bis 1976/77 und haben dann gesehen, daß es im Grunde genommen überflüssig ist, daß Europäer heute da drüben sind,

weil die Vietnamesen durchaus in der Lage sind, die Probleme selber anzupacken.

Vietnam war für Terre des Hommes das ausschlaggebende Land, wo wir beweisen konnten, und zwar in der praktischen Arbeit, daß wir wirklich politisch unabhängig sind, denn es war das erste Mal, wo wir in einem sozialistischen Land arbeiteten.

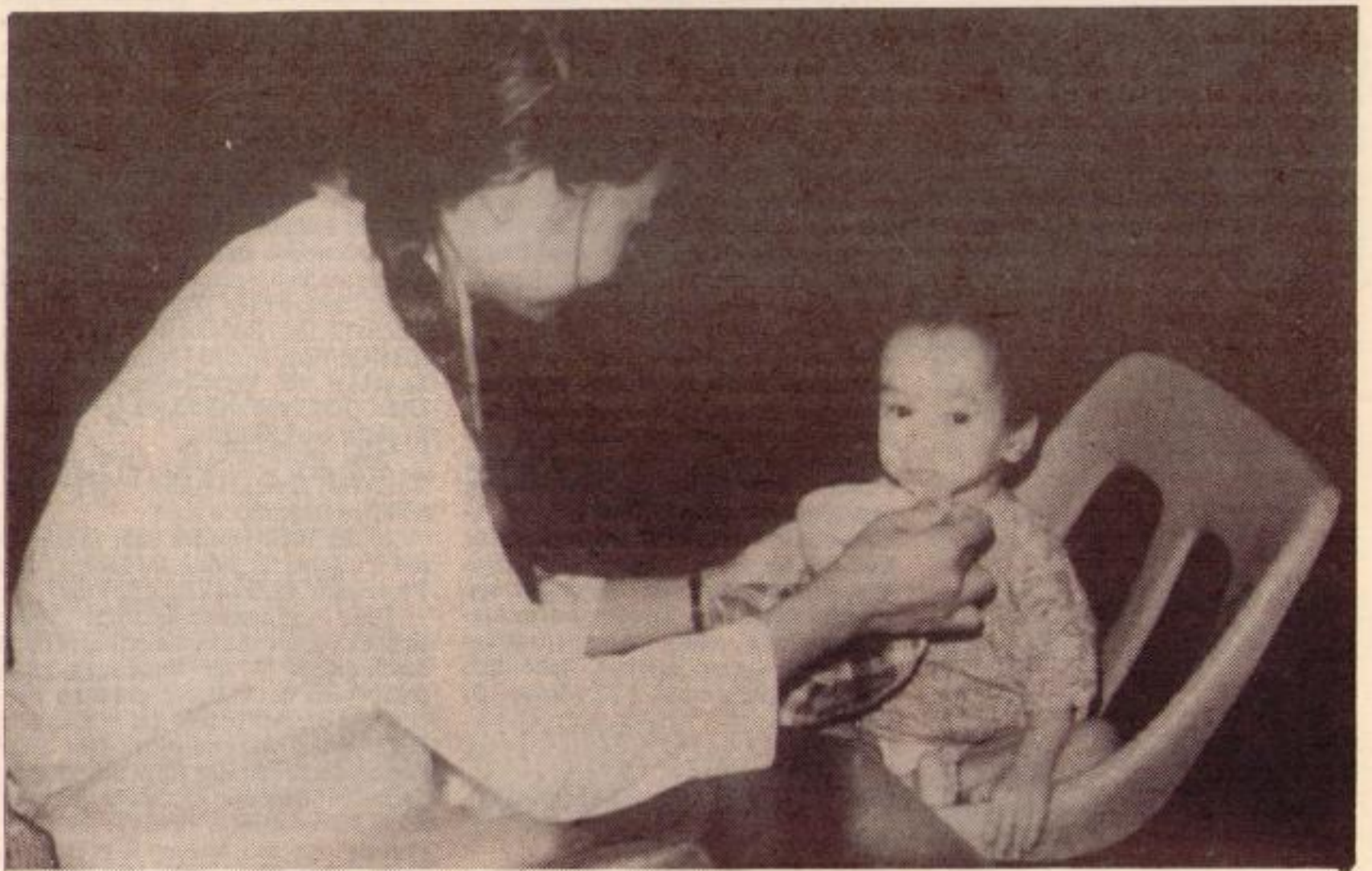
AK: Du kennst Vietnam schon seit neun Jahren. Wie hat sich die Befreiung des Landes auf das Leben der Menschen dort ausgewirkt?

M.R.: Ich war 1975 während der Befreiung selber drüben und habe das Ganze ziemlich hautnah erlebt. Ich muß sagen, daß gerade die Bevölkerungsgruppe, die wir immer unterstützt haben, nämlich die Ärmsten der Armen, die Reisbauern und die einfachen Leute, daß die zum Schluß den Krieg so satt hatten und gesagt haben: Wir möchten unsere Ruhe, wir möchten aufs Reisfeld können und dort arbeiten. Während des Krieges waren ja die ganzen Reisfelder vermint, und es gab kaum eine Möglichkeit, denn gerade die Arbeit auf den Feldern war mit großen Risiken verbunden; für die Leute ein unmöglicher Zustand. Das hat sich jetzt schon – gerade für diese Menschen – wesentlich verbessert, denn die meisten Reisfelder sind in der Zwischenzeit entmint worden.

– wesentlich verbessert, denn die meisten Reisfelder sind in der Zwischenzeit entmint worden. Es haben sich Kollektive gebildet; wo früher der kleine Bauer für wenig Geld oder ein paar Kilo Reis für den Großgrundbesitzer arbeiten mußte, bestehen jetzt Kooperativen. Jeder Reisbauer fühlt sich selbst als Mitbeteiligter und ist auch ganz anders zur Arbeit motiviert.

Dies betrifft die einfachen Leute, mit denen wir uns immer solidarisiert haben, und zwar schon vor der Revolution. Für die anderen, für die Händler oder die auf Kosten von anderen gearbeitet haben, die auf den Handel mit den Amerikanern angewiesen waren, für die ist das Leben schon sehr hart geworden. Aber ich meine, das ist ja ganz normal, daß man in einem sozialistischen Land versucht, diese Ausbeuter stillzulegen, so daß sie nicht ihr Schlawinerleben wie damals weiterbetreiben können. Das wird dann hier im Westen oft für antikomunistische Propaganda ausgeschlachtet, aber das ist eigentlich eine ganz normale Entwicklung.

AK: Wie sieht heute – im Gegen-



Ernährungszentrum Ho-Chi-Minh-Stadt

satz zu früher – die Rolle der Frauen in Vietnam aus?

M.R.: Als ich zum ersten Mal in Vietnam war, vor neun Jahren, da war ja das heutige Ho-Chi-Minh-Stadt, früher Saigon, das reinste öffentliche Bordell. Es gab tausende von Mädchen, die ihren Lebensunterhalt aus der Prostitution bestritten haben. Die sogenannten „anständigen“ Frauen, die nicht Prostituierte oder Sängerinnen oder Tänzerinnen oder Anniemädchen waren, die hatten gar nichts zu sagen. Die Frauen haben nur gekocht und für die Männer die Sachen richten müssen, sonst spielten sie keine Rolle.

Als ich dann 1975 das erste Mal nach Hanoi eingeladen wurde, hat es mir sehr imponiert, daß die Delegation, die mich empfangen hat, von einer Frau angeführt wurde. Ich wurde damals vom Friedenskomitee Vietnam eingeladen. In diesem Komitee gab es etwa 50% Männer und 50% Frauen, die aber auch etwas zu sagen hatten. Das ist mir sehr, sehr positiv aufgefallen, daß erstens eine Frau Delegationsleiterin war, und dann, daß sich die Männer mit dem gleichen Respekt den Frauen gegenüber verhielten.

Oder beispielsweise vor Fabriken, die rund um die Uhr bewacht wurden, standen eben zwei Mädchen mit dem Karabiner: das ist dort ganz normal. Oder: Anstelle der früheren Verkehrspolizisten in Saigon, die schwerbewaffnet waren, sind heute junge Mädchen. Die wurden nicht wie bei uns die Politessen belächelt, sondern sind voll akzeptiert.

Ich kann jetzt die Rolle, die die Frau im Kampf hatte, nicht so sehr schildern, sondern nur das, was ich selbst gesehen habe. Frau Doktor Mai-XUAN, die früher im Untergrund Ärztin bei der FNL war, leitet heute unser Zentrum für unterernährte Kinder mit 140 Mitarbeitern; ein Posten, den man in der BRD sicher nur einem Mann anvertrauen würde.

AK: Du hast vorhin schon etwas gesagt zur Frage der Prostitution in Saigon. Es war ja so, daß sehr große Teile der Wirtschaft von Saigon völlig von den Amerikanern abhängig waren. Wie sind die sich daraus ergebenden Probleme wie ist überhaupt der Aufbau des Südens angegangen worden?

M.R.: Früher sind jährlich Milliardenbeträge von den USA nach Vietnam geflossen; ein Drittel des früheren Südvietnam wurde praktisch von den Amerikanern finanziell getragen. Die Wirtschaftshilfe ist dann von den Amerikanern total eingestellt worden, obwohl im Pariser Friedensvertrag von 1973 vorgesehen war, daß sie sich am Wiederaufbau beteiligen. Das hat natürlich jetzt ein

Riesenloch gegeben. Dazu kam das Problem, daß damals sich viele Leute auf dem Lande nicht mehr sicher waren und in die Stadt zogen. Es sind viele Slums entstanden, so daß Saigon, das für eineinhalb Millionen Einwohner gebaut war, schließlich dreieinhalb Millionen Einwohner hatte.

Was machen die Vietnamesen mit diesem Problem? Erstens versuchen sie nicht, diese Leute mit Gewalt aufs Land zu treiben, wie man es hier hin und wieder hört, sondern die sogenannte „Umerziehung“ erfolgt so, daß man mit den Leuten redet, daß man ihnen klar macht, daß sie ja nur existenzfähig sind, wenn sie zurück aufs Land gehen. Man bietet ihnen dort Felder an, man hilft ihnen bis zur nächsten Reisernte auch mit Lebensmitteln.

Man darf das eben nicht mit europäischen Augen sehen. Während der Thieu-Zeit haben die Leute kaum

Man darf das eben nicht mit europäischen Augen sehen. Während der Thieu-Zeit haben die Leute kaum überleben können, heute haben sie eine sichere Existenz, haben zu essen und haben einen Arbeitsplatz. Trotzdem ist noch eine sehr große Problematik da, weil man eben nicht ein Land, das über 30 Jahre antikomunistisch aufgehetzt worden ist, innerhalb von drei, vier Jahren völlig umstellen kann.

Heute hat immerhin jedes Stadtviertel sein Gesundheitsamt, seinen Kindergarten, was den Frauen eben auch ermöglicht, einer Arbeit nachzugehen. Früher gab es Kindergärten nur für die privilegierte Schicht. Heute gehen die Kinder in die Schule, es herrscht Lernmittelfreiheit. Bei Erkrankung hat jeder das Recht, sich gratis pflegen zu lassen.

AK: Du hast im Oktober '78 Flüchtlingslager an der Grenze zu Kambodscha besucht und mit Flüchtlingen geredet. In welchem Zustand waren diese Flüchtlinge, was haben sie berichtet?

M.R.: Ich habe verschiedene Lager besucht, einige, die schon seit etwa April '78 bestanden, und einige, in denen die Flüchtlinge unmittelbar angekommen waren. In diesen Lagern waren die Menschen total ausgehungert und zum Teil todkrank. Ich muß sagen, daß das mit das Schlimmste war, was ich je gesehen habe, was Armut und Unterernährung anbelangt. 80% dieser kambodschanischen Flüchtlinge waren Frauen und Kinder; und es ist einfach ein Unsinn, wenn man meint, die Vietnamesen hätten nur aus politischen und militärischen Überlegungen die Kambodschaner aufgenommen. Denn mit drei Monate alten Kindern oder alten, todkranken Frauen kann man ja keine „Invasion“ betreiben.

Ich war sehr begeistert davon, was die Vietnamesen für diese Flüchtlinge

getan haben. Sie haben ihnen gleich zunächst Notunterkünfte zur Verfügung gestellt. Pro Kopf hatte jeder Flüchtling Anspruch auf dreizehn Kilo Reis im Monat – wobei die Vietnamesen selbst nur neun Kilo pro Monat bekommen haben. Dazu wurden Medizinstationen hingestellt. Den Menschen wurde Holz und Strohmatte zum Bau von Häusern nach kambodschanischem Muster zur Verfügung gestellt. Das heißt, sie konnten ihre Kultur weiterführen. Die Lagerleiter waren Kambodschaner, die Vietnamesen waren praktisch nur Handlanger, und nicht etwa die, die bestimmt haben.

Ich habe mit einigen Intellektuellen gesprochen, darunter Lehrer, Medizinstudentinnen oder auch buddhistische Mönche, die erzählten, daß Kirchen, Schulen, Pagoden usw. total vernichtet worden seien; daß von morgens drei Uhr bis abends

buddhistische Mönche, die erzählten, daß Kirchen, Schulen, Pagoden usw. total vernichtet worden seien; daß von morgens drei Uhr bis abends sechs Uhr gearbeitet wurde und daß die Verpflegung lediglich aus einer Schüssel Reissuppe bestand. Es ist einfach Unsinn, wenn hier Kambodscha als „der blühende Garten“ dargestellt wird, der zum ersten Mal unter der Pol-Pot-Regierung in der Lage gewesen wäre, Reis zu exportieren. Wenn das auf Kosten der Menschen geht, ist das einfach völlig undiskutabel.

Das Individuum wurde völlig abgeschafft, es konnte keiner mehr seinen Namen gebrauchen, die Familien wurden getrennt in Frauenlager, Männerlager und Lager für Jugendliche; die Menschen wurden in Massenhochzeiten einfach verknüpelt. Es gab da sehr viele Selbstmorde, weil die Leute das einfach nicht hinnehmen konnten. Die Flüchtlinge haben auch erzählt, daß schwangere Frauen harte Arbeit auf dem Feld leisten mußten bis kurz vor der Entbindung, und kurz nach der Entbindung gleich wieder loslegen mußten. Die meisten Kinder haben dies nicht überlebt, und viele Mütter auch nicht.

Es war eben schon ein Unterschied zwischen den kambodschanischen Flüchtlingen, von denen hier kein Mensch geredet hat, und den Auslandschinesen, den sogenannten Hoas. Den ersteren ging es ums nackte Überleben, während die anderen mit dem Regime nicht einverstanden waren, vor allem weil sie ihren früheren Handel und ihre Schwarzmarktgeschäfte nicht mehr abwickeln konnten.

Terre des Hommes
PSchA Hamburg Kto. 2611203
Stichwort „Vietnam-Hilfe“



Die Terre-des-Hommes-Arztin Frau Dr. Mai Xuan hilft kambodschanischen Flüchtlingskindern in den Lagern bei Tay Ninh (Vietnam)

Die chinesische Aggression gegen Indochina geht weiter!

Entgegen den chinesischen Meldungen über einen vollständigen Abzug aus Vietnam stehen nach Angaben des vietnamesischen Außenministeriums nach wie vor chinesische Truppen in Vietnam. „Wie die letzten Tage gezeigt haben, zogen die chinesischen Machthaber ihre Truppen von dem Territorium Vietnams nicht zurück, zogen weitere Truppen an der Grenze zu Vietnam zusammen und besetzten mehrere Stellungen tief in vietnamesischem Territorium. Mit Datum vom 22. März 1979 hielten die chinesischen Truppen mehr als 30 Stellungen und Gebiete, von denen einige Stellungen tief in vietnamesisches Territorium hineinreichen, besetzt.“

Die chinesischen Truppen halten Stellungen an folgenden Punkten besetzt: Gebiete an den Grenzsteinen Nr. 6, 7, 9, 15, 17, 19, 20, 23, die Hügel Po Cuc Pung, Leo Vao, Po Pum, die Höhe 593 (Distrikt Van Lang), die Höhe 820 (Distrikt Trang Dinh), Gebiete an dem Grenzstein Nr. 32 (Distrikt Cao Loo, Provinz Lang Son), Gebiete an den Grenzsteinen Nr. 48, 49, 53, 56, 62, 63, 68, 94, 95, 121, Suoi Lung (Distrikt Thong Nong, Trah Lin und Trung Khanh, Provinz Cao Bang), einen Punkt nördlich des Distrikt Muong Khuong, den Ort Nam Mit (Distrikt Bat Xat, Provinz Hoang Lien Son), die Gebiete Lung Cu, Phu Lung (Distrikt Dong Van), Gebiete an den Grenzsteinen 1 bis 7, die Höhen 1678, 1584, 1992, 1660, 1280 (Distrikt Chin Man), Gebiete an den Grenzsteinen Nr. 18, 138, 139, den Ort Pa (Dorf Chi La), mehrere Stellungen in den Dörfern Thuong Phung, Son Vi (Distrikt Meo Vac, Provinz Ha Tuyen). In den besetzten Gebieten bauten die chinesischen Truppen Schützengraben und feste Bunker in der Absicht, lange auf dem Territorium Vietnams zu bleiben...“ (Erklärung des Außenministeriums der SR Vietnam vom 23.3. lt. „Bulletin“ der Botschaft der SR Vietnam in der BRD, Nr. 7/1979). Entgegen den Meldungen der hiesigen Presse handelt es hierbei keineswegs nur um kleinere „Ecken“ entlang der Grenze, die China nach wie vor besetzt hält. Nach vietnamesischen Angaben reichen die besetzten Gebiete „tief in vietnamesisches Territorium, 10 bis 20 km tief“ (Offizielle Note der SRV an die VR China, lt. „Bulletin“ Nr. 7/79).

Die VR China dementierte diese Angaben, kündigt allerdings gleichzeitig „eine Verstärkung der Grenztruppen“ an („SZ“, 29.3.). Nach allem, was über den angeblichen chinesischen Truppenabzug bekannt ist (beispielsweise die Berichte „westlicher Beobachter“ am 14.3., daß „bisher überhaupt nur einige kleinere Einheiten“ abgezogen wurden“ („SZ“, 14.3.), ist davon auszugehen, daß die Anwesenheit chinesischer Truppen in Vietnam nach wie vor eine Tatsache ist. Die chinesischen Machthaber haben schon während der Kämpfe angekündigt, daß sie rund 100 qkm vietnamesisches Gebiet besetzt halten wollen. Durch diese Entwicklung sind die vereinbarten Verhandlungen vorerst geplatzt.

Während die VR China ultimativ die Aufnahme von Verhandlungen fordert und Vietnam beschuldigt, es „wolle mit seinen Anschuldigungen die Verhandlungen hintertreiben“

(„SZ“, 28.3.), besteht Vietnam nach wie vor darauf, daß es vor einem vollständigen Rückzug der chinesischen Soldaten keine Verhandlungen geben wird: „Die chinesischen Machthaber müssen ihre Truppen sofort, vollständig und bedingungslos auf die andere Seite der historischen Grenze, die zu respektieren beide Seiten vereinbart hatten, zurückziehen, um den Beginn von Verhandlungen ... zu ermöglichen“ (Erklärung des Außenministeriums der SR Vietnam, lt. „Bulletin“ Nr. 7/79).

China droht mit neuer „Strafaktion“

Die chinesischen Machthaber nehmen die vietnamesische Weigerung, sich unter den Bedingungen einer militärischen Besetzung an den Verhandlungstisch zu setzen, zum Vorwand für neue Provokationen.

Im Zusammenhang mit dem Streit um den Verhandlungsbeginn wirft China Vietnam vor, es „verletze wieder zunehmend die Grenze“ („SZ“, 28.3.). „Moskau sei entschlossen, mit Hilfe Vietnams die Spannungen an der Grenze zu China zu verstärken, die Pläne für eine indochinesische Föderation voranzutreiben und andere südostasiatische Staaten mit dem Ziel zu bedrohen, seine eigenen expansionistischen Ziele zu verwirklichen sowie sich eine hegemonistische Position in der asiatischen- und Pazifik-Region zu verschaffen. Die Haltung der Sowjetunion sei der Grund dafür, daß Vietnam Verhandlungen ablehne...“ („Renmin Ribao“ lt. „SZ“, 29.3.). Und entsprechend dieser Logik heißt es weiter „China hat Vietnam mit einem neuen Gegenschlag für den Fall gedroht, daß die Regierung in Hanoi die sowjetischen Instruktionen befolgt...“ („SZ“, 29.3.). Das kann bekanntlich nach chinesischer Lesart alles Mögliche bedeuten!

Zweierlei wird hier deutlich. Einmal bestätigt sich die Einschätzung, daß China eine langfristige Vernichtungsstrategie gegen Vietnam, durch ständige militärische Bedrohung und wiederholte Angriffe, verfolgt. Gleichzeitig wird deutlich, welchen Preis die vietnamesischen Genossen für die Wahrung ihrer Unabhängigkeit zu zahlen bereit sind — den Preis eines neuen langfristigen Aggressionskrieges, der Fortsetzung des 1975 beendeten US-imperialistischen Abenteuers. Diese Haltung der SR Vietnam muß die Achtung und Solidarität aller ernsthaften Anti-Imperialisten hervorrufen — in gleicher Weise, wie es geschah, als die vietnamesischen Genossen sich weigerten, sich dem amerikanischen Bombenterror zu beugen!

nischen Bombenterror zu beugen!

Die chinesische Aggression gegen Laos

Nicht nur Vietnam, sondern Indochina insgesamt sieht sich massiven chinesischen Angriffen und Drohungen ausgesetzt.

Die chinesische Aggression gegen Laos findet in der bürgerlichen Presse — ganz im Gegensatz zur breit ausgetragenen Flüchtlingskampagne — nur in kleinen Notizen, wenn überhaupt Erwähnung. Dabei hat „das laotische Außenministerium erklärt, drei Gebiete des Landes seien von chinesischen

Truppen besetzt. Vientiane wolle aber nicht gewaltsam gegen sie vorgehen. Die laotische Regierung habe zwei Emissäre nach Peking geschickt, um über das Grenzproblem zu verhandeln. Die beiden Beauftragten seien bisher nicht zurückgekehrt, so daß man fürchte, sie seien von den Chinesen festgenommen worden“ („SZ“, 29.3.). Laos hat sich aufgrund dieser Situation, die es selbst als „ernst“ bezeichnet, mit einem Brief an die UNO gewandt („FR“, 26.3.).

Das kleinste indochinesische Land (3 Mio. Einwohner, ca. 25.000 Soldaten) wäre aus eigener Kraft wohl kaum in der Lage, militärisch gegen die chinesischen Aggressionstruppen vorzugehen. Andererseits findet in Laos eine gewaltige Massenmobilisierung zur Verteidigung der Volksrepublik statt. Wie bei allen anderen vorgehenden wesentlichen politischen Entscheidungen (wie z.B. bei dem Sturz der Koalitionsregierung 1976 und der Errichtung der Volksrepublik) setzt Laos auf die Mobilisierung der Bevölkerung.

Im ganzen Land fanden Massendemonstrationen statt. „In Laos haben am Wochenende antichinesische Massendemonstrationen stattgefunden. In der Hauptstadt Vientiane (ca. 150.000 Einwohner, Red.) zogen nach Schätzungen von Gewährsleuten etwa 10.000 Menschen zum Sportstadion; auf mitgeführten Spruchbändern und Plakaten wurde die Führung in Peking aufgefordert, die Truppenmassierungen entlang der chinesisch-laotischen Grenze sofort einzustellen...“

Andere Teilnehmer der Kundgebung bejubelten den Kampf der vietnamesischen Verbände gegen die chinesischen Invasionstruppen... Bereits am vergangenen Mittwoch hatten sich nach Angaben der laotischen Nachrichtenagentur KPL Tausende von Parteikämpfern, Soldaten, Arbeitern und Studenten an einer Protestkundgebung in der Provinz Phong Saly im Norden des Landes beteiligt“ („FR“, 19.3.). Nach den Meldungen von „Vientiane Home Service“ fanden im ganzen Land Kundgebungen, Demonstrationen statt. In vielen Betrieben, Verwaltungen usw. ruhte die Arbeit („SWB“, 20.3.).

Insofern dürften die chinesischen Machthaber trotz aller militärischen Überlegenheit auch im Volk von Laos einen entschlossenen Gegner haben. Chinas offen anhaltende Drohungen sollten ein Grund mehr sein, die Solidaritätsanstrengungen mit den indochinesischen Völkern zu verstärken.

Asien-Australien-Kommission

Nicolau Lobato, Präsident der Fretilin, gefallen

Der Tod des Genossen Lobato, der Anfang Januar dieses Jahres in der bürgerlichen Presse gemeldet worden ist, ist jetzt von der offiziellen Auslandsvertretung der Befreiungsfront Ost-Timors, FRETILIN, bestätigt worden.

„Präsident Lobato starb einen heroischen Tod am 31. Dez. 1978 nach einer sechsstündigen Schlacht mit indonesischen Streitkräften im Maubese-Gebiet, 60 km südlich von Dili (der Hauptstadt Ost-Timors, Ann. AK) in der Nähe der Ortschaft Turiscai.“

Der Angriff begann um 5.45 Uhr morgens, nachdem die indonesischen Truppen einen Hinterhalt gegen die FALINTIL-Kräfte gelegt hatten, die Präsident Lobato begleiteten. (Die FALINTIL ist die Guerillarmee der FRETILIN — Ann. AK). In dem Gefecht fielen zweiundzwanzig Genossen zusammen mit Genosse Lobato. Viele von Suhartos Soldaten wurden ebenfalls getötet. (...)

Die East Timor News Agency glaubt, daß Genosse Präsident Nicolau Lobato ... in dem Maubese-Gebiet war, um zu versuchen, die FRETILIN-Streitkräfte und das Maubese-Volk im zentral-nördlichen Sektor zu reorganisieren und remobilisieren, nachdem der Verrat von Alencio Fernandes und Xavier do Amaral (beides hohe FRETILIN-Führer, die zu den Indonesiern übergelaufen sind — Ann. AK) es den Aggressoren erlaubt hatte, im zentral-nördlichen Sektor substanzielle Fortschritte zu machen (...)

Die indonesische Propagandamaschine jubilierte beim Tod von Genosse Lobato. Eine Sondermeldung über seinen Tod wurde vom indo-

Weitere Stimmen zum Krieg China — Vietnam:

Zerstörte Dörfer, verwüstete und mit chemischen Stoffen verbrannte Landschaften, geplünderte und niedergebrannte Häuser und kulturelle Einrichtungen, abmontierte und gestohlene Maschinen, ermordete vietnamesische Zivilisten — das ist nicht etwa das Ergebnis des Feldzuges der US-Imperialisten, die Vietnam „in die Steinzeit bomben“ wollten, das ist die traurige Bilanz der „Strafexpedition“ der chinesischen Machthaber, die den „Mythos“ von Vietnams Unbesiegbarekeit zerstören wollten! Dabei haben Deng und Co. mit ihrem schleppenden „Truppenrückzug“ und wieder neuen militärischen Vorstößen, mit dem Hinauszögern der Verhandlungen und der Ankündigung neuer „Gegenschläge“ deutlich gemacht, daß das erst der Anfang war. Sie haben das Erbe von Kennedy, Johnson und Nixon angetreten und wollen den Aufbau des Sozialismus in Vietnam und ganz Indochina verhindern. Deshalb ist die Solidarität der Anti-Impe-

rialisten mit Vietnam heute notwendiger denn je. Die aktive Indochina-Solidarität hat sich bei uns bisher mit der Sammlung von nicht einmal 450 DM erschöpft (S. „Spendenliste“ in AK 150, S. 59). Damit ist gegen die Gefahr, die von dem großmachthauvinistischen China schon heute ausgeht, nicht viel zu machen.

Ho Tshi Minh schrieb in seinem Testament: „Mein letzter Wunsch ist, daß unsere ganze Partei, unser ganzes Volk, eng zusammengeschlossen im Kampf, ein friedliches, vereinigtes, unabhängiges, demokratisches, blühendes Vietnam erbaut und damit einen würdigen Beitrag zur Weltrevolution leistet.“ Helft durch großzügige Spenden mit, damit dieses Testament „Onkel Hos“ verwirklicht werden kann!

Spendenkonto: Vietnam-Solidarität
H. Eckhoff, Kto. Nr. 4501 755
Dresdner Bank, Hamburg

„Beijing Rundschau“ begeistert von reaktionären und faschistischen Schreiberlingen!

Um der angeblichen „Berechtigung“ des chinesischen Überfalls auf Vietnam Nachdruck zu verleihen, greift die chinesische Führung in ihrem Organ „Beijing Rundschau“ (früher: „Peking Rundschau“) seit Januar permanent auf Meinungen der sogenannten „internationalen Öffentlichkeit“ zurück. Die Meinung dieser „internationalen Öffentlichkeit“ sei sozusagen der schlagende Beweis für die Rechtmäßigkeit der chinesischen Aggression gegen den „sowjetischen Vasall“ Vietnam.

Wer ist diese „Internationale Öffentlichkeit“? Dazu gehören erstens jene Deng-hörige Sektoren wie „KPD“ und KBW aus der Bundesrepublik sowie ihre Bruderorganisationen aus anderen westeuropäischen Ländern.

Zweitens meint die „Beijing Rundschau“ die mächtigen Finanzzeitungen der imperialistischen Länder: „New York Times“, „Die Welt“, „Le Nouveau Journal“, „The British Financial Times“ u.a..

Drittens gehören die großen Zeitungen aller reaktionären und fa-

schistischen Länder Südasiens dazu:

„Sing Sian Yit Pao“ (Thailand), „Indonesia Times“ (Indonesien), „Nanyang Siang Pau“ (Singapur), und Zeitungen und Stimmen aus den Philippinen...

Den Vogel schießt dabei die chilenische Zeitung „Cosas“ ab!

Man mag sich zwar über Fidel Castros Aussage, die chinesischen Machthaber seien Faschisten, streiten, aber f e s t steht immerhin, die engsten politischen Vertrauten der chinesischen Führung sind mithin bei imperialistischen Interessenvertretern, reaktionären und faschistischen Propagandisten zu suchen und zu finden!

Ein Kieler Genosse

(Quellen:
Beijing Rundschau, 16.1.79
Beijing Rundschau, 30.1.79
Beijing Rundschau, 27.2.79
...)

Vietnam: Chinesische Truppen mordeten und plünderten

Schwere Vorwürfe erhebt Vietnam gegen die chinesischen Aggressoren. Bei ihrer Invasion hätten sie Massaker an vietnamesischen Zivilisten Häuser und Fabriken geplündert: „Die meisten Opfer waren Frauen, Kinder und alte, kranke Menschen. Friedlich mit ihren Kindern schlafende Mütter in Hoang Lien Son, alte Menschen und Kinder auf der Flucht in Cai Le, Patienten ... des Cao Bang-Krankenhauses — alle wurden barbarisch niedergeschossen oder erstochen von den chinesischen Truppen, die ihre Körper in Flüsse oder unter ... Panzer warfen“ („Hanoi Home Service“, 7.3., lt. „SWB“, 9.3.). Zudem „wurden unsere wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen sowie Wohnquartiere niedergebrannt und geplündert“ (ebd.). Die chinesischen Invasoren „vernichteten ganze Aniswälder, zerstörten Maschinen in Zuk-

kermühlen und ... stahlen Maschinen ... und Generatoren in Mong Chai“ (ebd.). In diesem Zusammenhang kommentiert die „Frankfurter Rundschau“: „Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua begegnete den Plünderungsvorfällen indirekt mit dem Bericht, daß die chinesischen Truppen Lagerhäuser geöffnet und an die notleidende Bevölkerung Getreide ... und andere Güter ausgeteilt hätte“ („FR“, 9.3.).

Wir unterstützen die vietnamesische Regierung in ihrem Bemühen, eine „internationale Kommission zur Untersuchung der von der chinesischen Armee in Vietnam verübten Verbrechen“ zu errichten und fordern die chinesischen Machthaber zur Untersuchung der Vorwürfe auf!

Asien/Australien-Kommission

truppen fiel, war er 31 Jahre alt.

So wie Präsident Lobato einmal sagte: „Unser Kampf ist Teil des Kampfes aller unterdrückten Völker in der Welt gegen den Imperialismus“ so sehen es auch Robert Mugabe (ZANU), Agostinho Neto (Präsident der MPLA und der VR Angola) und Samora Machel (Präsident der FRELIMO und der VR Mozambique) in ihren Beileidserklärungen zum Tod von Nicolau Lobato. Die VR Mozambique und die FRELIMO haben den 4. Januar zum Nationstrauertag erklärt. Der 4. Januar ist der Tag, an dem die Nachricht vom Tode Präsident Lobatos die FRELIMO erreichte.

In einem Interview, das die „Ost-Timor Nachrichten“ vor kurzem mit dem Minister für Wirtschaft und Soziales der Demokratischen Republik Ost-Timors, A. Araujo, machten, hebt Araujo hervor, daß es nach den Überläufen hoher FRETILIN-Führer und dem Tod des Genossen Lobato vielfach hieß, der Krieg in Ost-Timor sei jetzt zu Ende. „Ich möchte hier ganz deutlich sagen, daß der Krieg weitergeht. Wir haben jetzt einen Präsidentschaftsrat, der aus drei Genossen besteht.“

Genosse Malear ist Vizepräsident und Premierminister, Genosse Sa'he ist Kommissar für nationale Politik und Minister für Planung und Arbeit, das dritte Mitglied des Präsidentschaftsrats wird aus dem Zentralkomitee der FRETILIN bestimmt.

Wir sind sehr zuversichtlich, daß sie auf der revolutionären Linie des Genossen Präsident Lobato weitermachen werden“ („Ost-Timor Informationen“ Nr.9, März 1979).

Asien-Australien Kommission

Vietnam und die skandinavische Linke

Schweden

SKP (Vaterlandsverteidiger) schreibt im „Gnistan“ (12.1.) zu Kambodscha: „Die von der SU unterstützte vietnamesische Invasion kann nicht isoliert gesehen werden. Sie ist Ausdruck der schnellen Offensive der SU im Kampf um die Weltherrschaft ... Vietnam hat einen sehr starken Einfluß über Laos aufgebaut und versucht nun, durch den Krieg mit dem demokratischen Kampuchea den chauvinistischen Traum einer indochinesischen Föderation zu verwirklichen, diese soll dem vietnamesischen Volk „Lebensraum“ geben“. SKP verlangt den Abbruch der schwedischen Unterstützung für Vietnam. Zur chinesischen Aggression heißt es („Gnistan“, 2.3.): „Selbstverständlich kann Chinas Solidarität mit Kampuchea eine Invasion Vietnams nicht legitimieren. Aber es ist ja keine Invasion, um die die Frage geht. Chinas Krieg gegen Vietnam ist eine in Zeit und Raum begrenzte Aktion, um Vietnam künftig zu zwingen, die Grenzen Chinas zu respektieren“.

Die VPK (Euros) hat in ihrer Zeitung „Ny Dag“ (10.1.) den Sturz des Pol Pot-Regimes begrüßt und darauf hingewiesen, daß Vietnam in der Vergangenheit wiederholt Anstrengungen zur friedlichen Beilegung der Grenzkonflikte gemacht habe: „Die schon vor einiger Zeit gebildete CNUFNS hat gute Voraussetzungen, schnell eine starke Volksunterstützung für ihre Politik aufzubauen. Der schnelle Zusammenbruch des Pol Pot-Regimes weist auch darauf hin, daß es nur eine schwache Verankerung im Volk hatte“. Die chinesische Aggression wurde verurteilt. „Ny Dag“ vom 9.3.: „Es gibt beunruhigende Zeichen dafür, daß China wieder den Druck auf Laos verstärkt ... Eine chinesische Aggression gegen Laos wäre ein unerhörtes Verbrechen. Das würde eine tödliche Gefahr für Vietnam bedeuten. Hat Deng aus der Strafarbeit in Vietnam gelernt oder wartet er auf neue Abenteuer?“

APK (Revisionisten — Abspaltung von der VPK) begrüßt die neue Regierung in Kambodscha und verurteilt den chinesischen Überfall: „Heute sind nur noch Trümmer der maoistischen Bewegung vorhanden, besonders nachdem die reaktionäre Politik und das expansionistische Streben zum bestimmenden Zug in der Ideologie und Politik der chinesischen Führung wurden“ („Norrskensflamman“, 8.3.).

Die KPMLr begrüßt in ihrer Zeitung „Proletären“ mit „Freuden“ den Sieg der Befreiungsfront in Kambodscha. Der Überfall Chinas auf Vietnam wurde scharf verurteilt: „Der Weltfrieden ist in Gefahr. Wieder ist Südostasien der Kriegsschauplatz. Die chinesischen Führer haben mit Rück-

versicherung bei den USA und Japan eine vollständige Invasion Vietnams in Szene gesetzt. Vietnam ist nun wieder gezwungen, mit der Waffe in der Hand für die Freiheit zu kämpfen“ („Proletären“, 21.2.). KPMLr hat dazu aufgefördert, Vietnam durch Spenden zu unterstützen, chinesische Waren zu boykottieren und chinesische Schiffe nicht zu be- und entladen. Der KAF (Trotzkisten) erklärte in „Internationalen“ vom 21.2.: „KAF ist gegen den Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kampuchea und fordert, daß diese abgezogen werden. Aber die Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Kampuchea kann in keiner Weise den Grenzübergang der chinesischen Armee nach Vietnam rechtfertigen“. KAF spricht von immer schärferen Angriffen der „chinesischen Bürokratie auf den vietnamesischen Arbeiterstaat“ und verlangt die Einstellung „von Gewalt zwischen Arbeiterstaaten“.

Dänemark

Die linke Monatszeitschrift *Politisk Revue* hat sich in der März-Ausgabe relativ ausführlich mit dem Sturz des Pol Pot-Regimes und der Aggression Chinas gegen Vietnam auseinandergesetzt. Zu Kambodscha heißt es: „Egal, wie man es dreht und wendet, können diese Verhältnisse (Anm. AK — gemeint sind die Grenzprovokationen gegen Vietnam, an denen China ein Interesse hatte) nicht die Besetzung Kambodschas durch Vietnam rechtfertigen. Mit vier Divisionen in Laos und 16 in Kambodscha hat Vietnam nun mehr als die Hälfte seiner Truppen außerhalb seiner eigenen Grenzen. Daß aber das Pol Pot-Regime so schnell fiel, ohne daß die Chinesen ihren Alliierten unterstützen wollten oder konnten, bedeutet einen großen Prestigeverlust für China. Und jeder Prestigeverlust für China wird in Moskau als Gewinn verbucht“.

Die „Kräftekonstellation“ in Indochina wird eingeschätzt: „Und auf längere Sicht gesehen wäre ein befreites und wiedervereinigtes Vietnam, eventuell im Bündnis mit dem befreiten Laos und Kambodscha eine Drohung gegen Chinas Großmachtstellung, es sei denn, sie stünden auf Chinas Seite ... Chinas völlig undifferenzierte Sichtweise in der Außenpolitik, wonach jedes Land danach eingestuft wird, welche Haltung es zur Sowjetunion einnimmt, trieb Vietnam geradezu in die Arme der Sowjetunion“.

Zur chinesischen Aggression heißt es: „Aber selbst wenn die Chinesen Recht hätten (Anm. AK — mit dem Vorwurf der Grenzverletzungen), wirkt die Begründung nicht glaub-

würdig. Man schickt nicht 80.000 Mann weit nach Vietnam hinein, um ein paar Grenzverletzungen zu rächen. Auf keinen Fall hat China in Selbstverteidigung gehandelt. Offensichtlich wollen die Chinesen Vietnam dazu zwingen, seine Truppen aus Kambodscha abzuziehen und gleichzeitig große Teile der vietnamesischen militärischen Anlagen an der Grenze sowie einen Teil des Landes zerstören ... Weiter ist Ziel dieses Konfliktes, die Reaktion der Sowjetunion auf diese Großmachtspolitik Chinas zu testen ... Vermutlich war die Aktion auch an die Adresse der EG und der USA gerichtet, mit denen China ein Bündnis gegen die UdSSR aufbaut“.

Venstre Socialisterne hat in einer ersten offiziellen Erklärung das Pol Pot-Regime verurteilt; der schnelle Zusammenbruch des Pol Pot-Regimes sei Ausdruck davon, daß dieses System keinerlei Unterstützung mehr im Volke hatte. Die chinesische Aggression gegen Vietnam wurde verurteilt und Vietnam „bedingt“ unterstützt. In Kopenhagen beteiligte sich VS an einer Vietnam-Solidaritätsdemonstration unmittelbar nach dem Überfall.

Die Socialistisk Folkeparti (Euros) verurteilte sowohl die „Invasion“ Vietnams als auch die chinesische Aggression: Prinzipiell könne keinerlei militärische Intervention gegen ein anderes Land unterstützt werden. Offensichtlich habe Vietnam den Traum, ganz Indochina zu kontrollieren. Eine falsche Politik des Pol Pot-Regimes müsse verurteilt werden, jedoch Veränderungen dürften lediglich vom kambodschanischen Volk selbst ausgehen.

Kommunistisk Forbund (eine Abspaltung von VS) spricht in „Arbejder Politik“ (März) ebenfalls von einem Traum Vietnams, ganz Indochina zu beherrschen: „Es deutet nichts darauf hin, daß die vietnamesische Invasion zur Unterstützung eines Volksaufstands inszeniert wurde. Deshalb müssen wir uns klar von der vietnamesischen Invasion distanzieren ... Wir beurteilen die Anwesenheit der CNUFNS nicht als repräsentativen Ausdruck des Volkswiderstands gegen das diktatorische Pol Pot-Regime. Doch wenn wir jetzt den Abzug Vietnams fordern, kann keine Rede davon sein, daß wir in irgendeiner Weise das tyrannische Pol Pot-Regime unterstützen“.

Zur chinesischen Aggression heißt es in einem Artikel derselben Ausgabe: „Chinas Angriff zeugt davon, daß die neue Führung nach Maos Tod sich auf eine außenpolitische Linie festlegt, die — wenn auch ein paar Wurzeln in den 70er Jahren zu finden sind — total mit der Linie bricht, die China noch unter Mao und Tschou En Lai praktizierte“. Es sei Chinas Interesse, Südostasien in seine Einflußsphäre zu verwandeln.

Weitere Stimmen

Falken

In der SPD-Jugendorganisation Falken hat der Überfall Chinas auf Vietnam unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen; die Diskussion scheint noch nicht abgeschlossen. In der Nr.3 ihrer Zeitung „Arbeiterjugend“ veröffentlichten die Falken zwei Beiträge zu diesem Thema:

— Erik Nohara hält Chinas Überfall für völkerrechtswidrig und friedensgefährdend. Demgegenüber äußert er Verständnis für ein von ihm unterstelltes Eingreifen Vietnams in Kambodscha.

Hintergrund sei das Interesse der chinesischen Führung, vom „Westen“ bei der Modernisierung der Schwer- und Rüstungsindustrie unterstützt zu werden. Diese Politik komme jedoch dem chinesischen Volke „teuer zu stehen“: „Die Militarisierung verändert nicht nur die Strukturen der re-

volutionären chinesischen Gesellschaft und verlangt einen Konsumverzicht — sie bewirkt auch, daß der auf die Dritte Welt ausstrahlende Glanz des eigentümlichen chine-

MIR (Chile)

Die westdeutsche Nationalvertretung des chilenischen MIR sieht in Chinas Verhalten „einen Ausdruck von Verrat am Marxismus-Leninismus, Sozialismus, Kommunismus und am proletarischen Internationalismus“. Chinas Überfall sei „ein Angriff auf die Anstrengungen des mutigen Volkes von Vietnam, einen sozialistischen Staat aufzubauen“. Daher protestiere der MIR gegen den Überfall und sei mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes solidarisch. Der MIR schliesse sich „der breiten Kampagne an, die den chinesischen Angriff anklagt und Vietnam im Kampf für seine gerechte Sache unterstützt“.

gewußt:

— MSB, SHB und der HAB „belegten, daß die Politik Chinas gar nicht sozialistisch sein könne, da es in diesem Lande ohne industrielle Grundlage keinen Aufbau des Sozialismus geben könne. Im Konflikt mit Vietnam sei der „ererbte Großmachtchauvinismus“ wieder zum Vorschein gekommen.

Das weltweite Bemühen um Frieden („und den Revisionisten ein Wohlgefallen“) sei durch die „chinesischen Mandarin“ gestört.

— Die „KPD“, wies nach, daß die KP Vietnams schon seit den dreißig Jahren einen Großmachtanspruch für ganz Indochina durchsetzen wolle. Da Vietnam die USA geschlagen habe, sei es auch als ernsthafte Gefahr für die VR China nicht zu unterschätzen.

schon Weges zum Sozialismus verblaßt ...“ Eine „wie auch immer an Bedingungen geknüpfte (?) Solidarität mit Vietnam“ hält E. Nohara für „zwingend“.

Klaus Schmitz legt den Akzent seines Beitrags eher darauf, daß China und Vietnam in gleicher Weise Krieg zur Stabilisierung bzw. Erweiterung ihrer Einflußsphären geführt hätten. Damit seien China und Vietnam als sozialistische Symbole „endgültig zusammengebrochen“. Man dürfe aber „nicht in Verbitterung über diese Ereignisse vergessen, daß Vietnam, wie China in der Vergangenheit ein großartiges Beispiel für den ant imperialistischen Befreiungskampf gebracht haben“. Alle Sozialisten müßten ein Interesse daran haben, daß einerseits China „seine derzeitige Politik der Kollaboration mit dem Imperialismus beendet“, andererseits auch die Bedrohung Chinas durch die Sowjetunion beendet wird.

Der Vertreter der Juso-HSG verurteilte „in gleicher Weise“ die chinesische Politik in Vietnam und Vietnams Politik in Kambodscha — ansonsten solle sich die Linke auf die Probleme in der BRD konzentrieren.

Von den Veranstalterinnen bemühte sich lediglich die Genossin von den Institutgruppen um eine Analyse der Entwicklung der VR Chinas und der Sowjetunion. Ihrer Meinung nach sind die Motive für den Einmarsch Chinas „eine Reaktion auf den mit vietnamesischer Hilfe durchgeführten Sturz der china-orientierten Pol Pot-Regierung“. Die Solidarität mit Vietnam solle aber trotzdem nicht durch das „Eingreifen Vietnams in Kampuchea“ geschmälert werden.

KB Bonn

Kleiner Wegweiser durch den trotzkistischen Irrgarten

Den Trotzkismus halbwegs politisch zu definieren, ist ein Kunststück. Noch schwieriger wird es, wenn man sich durch das Gewirr streitender trotzkistischer Gruppen wühlen soll: Es gibt allein vier verschiedene sogenannte „Vierte Internationale“, hinzu kommen diverse interne oder separate „Tendenzen“, „Fraktionen“, u.ä. Die Konflikte in Indochina bieten den Trotzkisten Gelegenheit, sich in ihrer ganzen schillernden Pracht und Vielfalt zu zeigen. Hier ein Überblick über die wichtigsten Positionen in der BRD und Österreich.

GIM. Die GIM (Gruppe Internationale Marxisten) ist die bedeutendste trotzkistische Gruppe der BRD. Sie bezeichnet sich als „deutsche Sektion der IV. Internationale“, die vom „Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale“ geleitet wird. Die GIM nahm zunächst scharf gegen die „militärische Intervention“ Vietnams in Kambodscha Stellung und forderte „Schluß mit dem Bruderkrieg!“. Nach Chinas Überfall erhob die GIM aber nur noch die Forderung „Chinesische Truppen raus aus Vietnam“. Die GIM erklärte, daß die chinesische Außenpolitik auf ein „Arrangement“ mit dem Imperialismus abziele und daß Chinas Angriff das „stillschweigende Einverständnis“ des Imperialismus gehabt habe.

Bund Sozialistischer Arbeiter. Der BSA ist gleichfalls „deutsche Sektion der IV. Internationale“, allerdings einer anderen als die GIM. Die „Internationale“ wird vom sogenannten „Internationalen Komitee der Vierten Internationale“ geleitet. Dem „Vereinigten Sekretariat“ und seiner „Internationale“ wird vom BSA vorgeworfen, im Dienste von CIA (und KGB) zu stehen.

Der BSA erhob ähnliche Forderungen wie die GIM, nämlich „Hände weg von Vietnam! Sofortiger Rückzug der chinesischen Truppen!“, und betonte den Zusammenhang der chinesischen Aggression mit den Zielen des Imperialismus. Anders als die GIM erklärte der BSA aber eine „kritische Unterstützung“ für die „vietnamesische Intervention“ in Kambodscha, forderte allerdings zugleich deren Beendigung. Der BSA solidarisierte sich ausdrücklich mit dem deren Beendigung. Der BSA solidarisierte sich ausdrücklich mit dem „heldenhaften Widerstand des vietnamesischen Volkes und der vietnamesischen Regierung“ („neue Arbeiterpresse“, 2.3.).

Trotzkistische Liga Deutschlands. Die TLD gehört einer besonderen Kleinst-„Internationale“ namens „Internationale Spartacist Tendenz“ an, der nur etwa drei oder vier Gruppen insgesamt angeschlossen sind. Auch die TLD forderte „Nieder mit dem Bündnis USA—China! China raus aus Vietnam!“. Sie fügte aber noch eine dritte Forderung hinzu, nämlich „Verteidigt die Sowjetunion!“. Die Sowjetunion sei zwar ein „degenerierter/deformierter Arbeiterstaat“. Hinter Chinas Angriff auf Vietnam stehe aber „die unersättliche Gier des US—Imperialismus nach der kapitalistischen Wiederoberung der UdSSR“. Wenn die Sowjetunion „direkt in den Kampf einbezogen“ würde, müsse man für ihre Verteidigung eintreten. Die TLD verstieg sich sogar zu dem großwahnsinnigen Spruch: „Nur die Trotzkisten werden die Sowjetunion wirklich gegen den Imperialismus verteidigen.“ („Kommunistische Korrespondenz“, 22.3.79).

Kommunistische Liga. Die KL nennt sich „deutsche Sektion der Revolutionär-marxistischen Fraktion für die Vierte Internationale“ — eine ganz besonders kleine Kleinst-„Internationale“. Die KL befindet sich derzeit (laut „was tun“, Zeitung der GIM, vom 16.11.78) in einem „Vereinigungsprozess“ mit der GIM. Was Vietnam angeht, waren GIM und KL sich allerdings überhaupt nicht einig: Die KL sieht den ganzen Konflikt als Macht- und Konkurrenzkampf zwischen „stalinistischen

Bürokratien“. Angesichts dieses Konflikts müßten die Trotzkisten daher die Haltung des „revolutionären Defätismus“ einnehmen, sich also gegen alle am Krieg Beteiligten aussprechen. Sie dürften keine Seite unterstützen, dürften sich weder für den Abzug Vietnams aus Kambodscha noch Chinas aus Vietnam aussprechen, sondern dürften lediglich die Einstellung der militärischen Auseinandersetzungen fordern. Sollte es jedoch zu einem Dritten Weltkrieg kommen, „müßte unser Platz auf der Seite der UdSSR und Vietnams gegen das chinesisch-amerikanische Bündnis sein“. („Revolution“—Extra, 27.2.79).

Gruppe Revolutionäre Kommunisten. Die GRK bezeichnet sich als „deutsche Sektion der Posadistischen IV. Internationale“. Diese, so benannt nach ihrem großen Führer J. Posadas, scheint lediglich in einigen lateinamerikanischen Ländern noch etwas Bedeutung zu haben. In der BRD ist sie lediglich durch ein Postfach vertreten, das eine Zeitung „Arbeiterstimme“ und Posadas-Materialien in saumäßigen Übersetzungen verbreitet.

In einem leidenschaftlichen Appell vom 18. Februar verurteilte Posadas den chinesischen Überfall und rief „die Arbeiterstaaten“ (insbesondere die Sowjetunion und China) auf, schleunigst zu einer Diskussion zusammenzukommen und eine „Einheitsfront“ zu bilden. Gleichzeitig rief Posadas die „chinesischen Massen“ auf, Gewerkschafts-„Parteien und sonstige Versammlungen einzuberufen, „um diese konterrevolutionäre Leitung zu stürzen“. (Beilage der „Arbeiterstimme“, Februar).

GRM (Österreich). Die GRM (Gruppe Revolutionäre Marxisten) nennt sich „Österreichische Sektion der Vierten Internationale“ — derselben, zu der auch die GIM gehört. Die GRM stellte in den Vordergrund, daß es sich bei dem Konflikt um die „bitteren Früchte des Stalinismus“ handle. Vietnams „Invasion“ in Kambodscha lehnte die GRM ebenso ab wie den Überfall Chinas auf Vietnam. Die GRM forderte daher: „Sofortiger Rückzug der vietnamesischen sowie auch Chinas auf Vietnam. Die GRM forderte daher: „Sofortiger Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha, sofortiger Rückzug der chinesischen Truppen aus Vietnam“; zugleich forderte sie die „Herstellung einer Einheitsfront aller Arbeiterstaaten gegen die imperialistischen Umrtriebe“, wobei „Arbeiterstaaten“ entsprechend der gängigen trotzkistischen Interpretation die Staaten des RGW und China meint. („Rotfront“, März).

IKL (Österreich). Die IKL (Internationale Kommunistische Liga) hat im Kopf ihrer Zeitung die Parole „Für den Wiederaufbau der IV. Internationale!“ und scheint keiner der bereits bestehenden größeren und kleineren „Internationalen“ anzugehören. Die IKL legt Wert auf die Feststellung, daß heute von einem Bündnis China—USA keine Rede sein könne; es gebe „kein unmittelbares politisches Interesse“ des Imperialismus an Chinas Angriff auf Vietnam; im Gegenteil störe dies den Imperialismus bei seiner „friedlichen Koexistenz“ mit der Sowjetunion. Ursache dieses Krieges seien vielmehr die „chauvinistischen Interessen der stalinistischen Bürokratien“. Die Trotzkisten dürften daher „nicht den geringsten qualitativen Unterschied“ zwischen China und Vietnam machen, sondern müßten die Soldaten beider Staaten auffordern, „die Gewehre umzudrehen und den Kampf gegen die eigene Bürokratie zu richten“. („Permanente Revolution“, März).

7 „trotzkistische“ Gruppen, 7 verschiedene, teilweise total kontroverse Standpunkte. Einig sind sich alle nur darin, daß „der Stalinismus“ wesentliche Ursache des Konflikts sei. Immerhin etwas.

Diskussionsveranstaltung in Bonn

Ja, die Linke hat sich verändert: Früher standen selbst die Sektierer noch auf Seiten Vietnams, die der reaktionären Parole „Sieg im Volkskrieg“ der KP Chinas auf den Leim gegangen sind ...

So klagte der MSB (DKP-Studienorganisation) auf einer Diskussionsveranstaltung am 20. März in der Bonner Uni.

Neben dem MSB hatten noch der SHB, die Juso-Hochschulgruppe, der Hochschulverband ausländischer Studenten in Bonn (HAB) und die Institutgruppen (an der „Gruppe Rheinische Zeitung“ orientiert) zu der Diskussion über „Krieg VR China/SR Vietnam“ eingeladen und 40 Leute kamen; Vertreter von „KPD“ und KB ergänzten das Spektrum.

Einige hatten es ja schon immer

China: Deng zieht die Zügel fester an

In China läuft derzeit eine Kampagne gegen den „Mißbrauch“ demokratischer Rechte, gegen „unvernünftige Forderungen“, für „harte Arbeit und einfaches Leben“.

Der „Pekinger Frühling“, gezielt im Vorfeld von Dengs USA-Reise zum Knospen gebracht, scheint damit ein frostiges Ende zu finden. Die kurzlebige Pekinger „Menschenrechtskampagne“ im Januar/Februar ging von Menschen aus, die über ähnliche Bewegungen in der Sowjetunion usw. gut informiert sind, die sich mit internationalen Problematiken dieser Art beschäftigen. Das ist in China zweifellos ein relativ kleiner Kreis, zudem Angehörige der privilegierten Schichten. Wesentlich brisanter war jedoch, daß sich unter den kurzfristig von der Bürokratie sogar ermunterten Mode-Parolen „Menschenrechte“, „Demokratische Rechte“ u.ä. breiter sozialer Protest verschiedenster Sektoren zusammenfand.

Am spektakulärsten waren die vielfältigen Aktionen von Werktätigen, die vor Jahren mehr oder weniger gegen ihren Willen „aufs Land geschickt“ worden waren, die nun „illegal“ in die Städte zurückkehrten und dort Arbeitsplätze, Wohnraum

usw. forderten. An erster Stelle standen dabei die seit dem Ende der Kulturrevolution „aufs Land geschickten Jugendlichen mit Schulbildung“ – immerhin nach offiziellen Angaben ein Heer von derzeit 18 Millionen Menschen. Zu ihnen gesellten sich aber z.B. auch ehemalige Soldaten, die nach Ende ihrer Dienstzeit auf dem Lande angesiedelt worden waren und nun zurück in die Städte wollten. Weniger militant, aber ebenso schwerwiegend waren auch die Protestbekundungen von Kadern und Intellektuellen, die vor Jahren in wenig attraktive Gebiete wie die Innere Mongolei versetzt worden waren und die nun erklärten, sie hätten sich den Anspruch auf ein etwas angenehmeres Leben in der Stadt redlich verdient.

Das Aufbrechen dieser Proteste war unvermeidlich: Nach dem Rechtsputsch vom Oktober 1976 wurde Zug um Zug der „materielle Anreiz“ zum obersten Prinzip erklärt. Unter der durch und durch verlogenen Devise „Jedem nach seiner Leistung“ wurden die sozialen Unterschiede krass verschärft, den alten Kapitalisten wurden sogar ihre während der Kulturrevolution enteigneten riesigen Vermögen, Haus- und

Grundbesitz etc. mit Zinsen „zurückerstattet“. Wenn Chinas neue (und alte) Bourgeoisie jetzt kräftig konsumiert und sich „westlichen Chic“ (wenn auch eher an unserer Mode der 50er Jahre orientiert) leisten kann, während die Masse der Landbevölkerung teilweise Hunger leidet und sich äußerst ärmlich kleidet, reichen ideologische Sprüche nicht mehr aus. Angeblich geht es ja laut Deng & Co. in China jetzt ganz gerecht zu. Wenn also ein „auf dem Land angesiedelter Jugendlicher mit Schulbildung“ bei härtester Arbeit erheblich schlechter leben muß als Gleichaltrige in der Großstadt, so leistet er eben weniger als sie...?

Angesichts dieses von der neuen Bourgeoisie verordneten Zynismus wird sich jeder chinesische Werktätige sagen müssen, daß es einfach Dumheit wäre, beispielsweise noch im Dorf oder in einer ärmlichen Grenzprovinz zu bleiben, wenn er in der Stadt viel besser leben könnte. Und angesichts der schmarotzenden neuen und alten Bourgeoisie wird kaum ein Werktätiger dazu zu bringen sein, noch für ein „Vergelt's das Volk!“ zu schufteln, statt den größtmöglichen privaten Vorteil zu suchen.

Sozialen Protest jedoch, womöglich gar militante Klassen- und Massenkämpfe, kann Chinas neue Bourgeoisie bei ihren „vier Modernisierungen“ überhaupt nicht gebrauchen. Ihr Motto heißt bekanntlich „Einheit und Stabilität“. Dementsprechend hat das ZK der KP Chinas im Dezember verkündet, die Zeit der Klassenkämpfe und der politischen Kampagnen sei für China endgültig vorbei.

Die derzeitige Kampagne gegen den „Mißbrauch“ demokratischer Rechte und gegen „unvernünftige Forderungen“ wird kaum die wachsenden sozialen Unterschiede angreifen wollen. Denn sonst müßte sich die Kampagne gegen die hohen Funktionäre, gegen Techniker und Akademiker, gegen die alte Bourgeoisie usw. richten, denen gerade seit dem Rechtsputsch erhebliche Privilegien – zusätzlich zu bereits bestehenden – beschert worden sind. Die Kampagne dürfte vielmehr – im Sinne bürgerlicher Ideologien von „Volksgemeinschaft“ – darauf zielen, den Protest gegen die sozialen Ungerechtigkeiten und Mißstände einzudämmen.

Es ist nicht das erste mal, daß die Herrschenden in einer Klassen-

gesellschaft – und das ist das heutige China! – den Versuch unternehmen, die Beherrschten mit der Ideologie des „einfachen Lebens“ und der „harten Arbeit“ unter Kontrolle zu bringen. Tatsache ist aber auch, daß die Massen sich dieser Ideologie noch niemals freiwillig unterworfen haben. So folgte solchen Kampagnen meist sehr schnell die offene Repression und Reaktion.

Das Mäntelchen von „Stabilität und Einheit“, mit denen sich Chinas neuen Bourgeoisie nach dem 6. Oktober 1976 die radikale Linke vom Halse geschafft hat, wird kaum noch lange halten. Das Zweckbündnis zwischen unterschiedlichsten Schichten und Strömungen der Parteibürokratie, das zur Erledigung der „Vierbande“ geschlossen wurde, zeigt deutliche Risse. Am Ende der derzeit laufenden Ruhe- und -Ordnung-Kampagne könnte die Stunde der Generäle stehen...

Wir werden uns im nächsten AK ausführlicher mit der derzeitigen Kampagne und mit anderen Aspekten der chinesischen Innenpolitik (z.B. die Planveränderungen für die „Modernisierungen“) beschäftigen.

Asien

Vietnam-Veranstaltung in Göttingen

Am 15. März fand in Göttingen eine Vietnam-Solidaritätsveranstaltung statt, zu der der ASa aufgerufen hatte. Unterstützt wurde die Veranstaltung von der Juso-Hochschulgruppe, dem SB, KB/KHB, vom vietnamesischen Studentenverein und sogar vom MSB. Trotz vergleichsweise guter Mobilisierung kamen nur etwa 90 Leute. Interessant an der Veranstaltung waren die Positionen der Juso-Hochschulgruppe und des MSB.

Die Jusos vermuten, daß die Schwierigkeiten in der Vietnam-Solidarität vor allem darin liegen, daß innerhalb der Linken weitgehende Verwirrung und Unklarheit über den Klassencharakter Chinas bestünden. Bei aller Unklarheit, ob man China als „noch sozialistisch“, als „sozial-imperialistisch“ oder sonstwie bezeichnen sollte, liege es jedoch auf der Hand, daß Chinas gegenwärtige Innenpolitik in Aggressionen gegen Vietnam umschlagen müsse. Die Aggression Chinas gegen Vietnam sei nichts anderes als der Versuch, sich vom Imperialismus die „vier Modernisierungen“ zu erkaufen. Auf jeden Fall reibe sich der Imperialismus die Hände, weil durch Chinas Strategie Vietnam als „antimperialistischer Faktor“ ausgeschaltet werden soll. Aus diesem Grund sei eine uneingeschränkte Solidarität mit dem vietnamesischen Volk notwendig. Zum Problem Kambodscha meinte der Juso-Genosse, daß selbst wenn Vietnam in Kambodscha mitgemischt hätte, er auf jeden Fall den Sturz des Terror-Regime unter Pol-Pot begrüßen würde. Außerdem habe Vietnam auch das Recht gehabt, den Sturz Pol Pots zu beschleunigen. Mancher Juso hat offensichtlich mehr vom proletarischen Internationalismus verstanden als einige „Kommunisten“, von denen einer (ein KBWler) mit todenster Miene behauptete, der ASEAN-Pakt sei ein Zusammenschluß gegen den Imperialismus.

Der MSB ließ es sich nicht nehmen, auf der Veranstaltung der DKP-These 41 Geltung zu verschaffen: Der KB, so die halbbrückerische Argumentation eines MSB'ers, werfe Vietnam Verrat an eigenen Volk vor, wenn er behauptet (wo?), „die vietnamesische Führung habe sich der Sowjetunion verkauft“. Auf eine konkrete Beweisführung dieser Behauptung (etwa in Form eines Zitats) wollte sich der MSB allerdings nicht einlassen. Da nun aber der KB versuche, Vietnam von seinem Hauptverbündeten, der Sowjetunion, zu „isolieren“, dem vietnamesischen Volk also „in den Rücken falle“, könne es keine gemeinsame Solidaritätsarbeit mit dem KB geben.

Im Klartext: Jeder (linke) Kritiker der Sowjetunion hat das Recht verweigert, Solidarität mit Vietnam zu üben. Eine gewagte Argumentation, die der MSB dann doch nicht praktisch werden lassen mochte: Inzwischen wurde eine gemeinsame Spendenaktion vereinbart, die von den Jusos, dem KB und dem MSB getragen wird. Vielleicht haben die vietnamesischen Genossen beim Zustandekommen dieser Aktionseinheit etwas nachgeholfen.

KB Göttingen

China im Spiegel der

Nach längerem Schweigen brachte die „Rote Fahne“ der „KPD“ in ihrer Ausgabe vom 22.3. wieder einen Artikel zur chinesischen Innenpolitik. Der Artikel füllt anderthalb Seiten und ist teilweise sehr detailliert. Umso bemerkenswerter ist es, daß zwei offensichtlich brisante Themen überhaupt nicht berührt werden, nämlich die Millionen-„Rückzahlungen“ an Chinas alte Kapitalisten und die Prozeß-Welle gegen Aktivisten der Kulturrevolution. Beide Themen waren auch bisher in der „Roten Fahne“ nicht behandelt worden. Die Schlußfolgerung liegt nahe, daß der „KPD“ gerade diese beiden Aspekte der chinesischen Innenpolitik ganz besonders unangenehm sind.

Auch so enthält der Artikel der „Roten Fahne“ aber genug an interessanten Mitteilungen, die – obwohl in aller Unschuld und Selbstverständlichkeit vorgetragen – etwas Unruhe in der „Roten Fahne“-Lesergemeinde verursachen dürften:

Die Lage in China sei „bedeutend schwieriger und komplizierter, als man sie von Europa aus beurteilen könnte. In ganz China gibt es derzeit Probleme bei der Nahrungsmittelversorgung“. Betroffen seien „natürlich“ in erster Linie die armen Provinzen. Über eine Fahrt durch die in der Umgebung Pekings liegende Provinz Hopei berichtet der Artikel: „Die Menschen sind sehr ärmlich, teilwei-

besonders die hohen Kader. Kein kleiner Funktionär oder gar ein Arbeiter könnte sich einen Farbfernseher für 2600 Yuan kaufen. Damit verbunden ist natürlich das Problem des Anwachsens des Unterschieds zwischen Arbeitern, Bauern und Intellektuellen“. Das Anwachsen dieses Unterschiedes ist also „natürlich“. Überhaupt ist alles, was sich in China unter der Herrschaft der neuen Bourgeoisie tut, ganz „natürlich“. Zum Beispiel auch die Jugendarbeitslosigkeit. Und: „Deshalb ist es ganz natürlich, daß diese Jugendlichen auf die Straße gehen, sich mit Gleichgesinnten treffen. Dort passieren dann die üblichen Dinge wie Bandenbildung und Anstieg der Kriminalität unter den Jugendlichen“.

Diese Darstellung der Verhältnisse in China hebt sich deutlich von der noch ganz im alten Hofberichterstattungs-Stil gehaltenen Artikel-Serie in der „Roten Fahne“ vom 16.11. und 23.11.78 ab. Dort hieß es noch, frei nach Chruschtschows Gulasch-Kommunismus: „Weniger Mao-Zitate, dafür mehr Reis; ... Stahl, Reis und Fernseher; ... Billigere Uhren, mehr Ersatzteile und bessere Qualität...“.

Der in der „Roten Fahne“ vom 22.3.79 eingeschlagene realistischere Ton steht allerdings durchaus im Einklang mit der Politik der neuen Bourgeoisie Chinas, gewisse Miß-

stände kritisch zuzugeben, statt sie zu verbergen. Die „Öffnung gegenüber dem Westen“ (die wiederum eng mit dem „Modernisierungs“-Programm zusammenhängt) läßt auch kaum eine andere Möglichkeit als die relativ weitgehende Offenlegung von „Problemen“.

Im lockeren Plauderton erfährt der Leser der „Roten Fahne“ vom 22.3. auch, daß der „Große Sprung“ Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre heute kritisiert wird; daß über eine Rehabilitierung Liu Schao-tschis „diskutiert“ wird; daß die Kulturrevolution heute als „hauptsächlich negativ eingeschätzt“ wird; daß man heute über die Rolle Mao Tse-tungs in der Kulturrevolution „geteilter Mei-



se noch in Lumpen gekleidet... Die meisten Bauern leben in Lehmhütten“. Es gibt aber auch Erfreuliches zu berichten: „Letzter Schrei in der Schuhmode sind Wildlederschuhe in Braun mit seitlich aufgesetztem weissen Leder. Besonders die Kader tragen in diesem Winter Stiefeletten“. Und im „Peking“-Hotel „kann man ... gegen ausländische Devisen sogar Whiskey, Cognac, Wein und Schnaps kaufen.“

Der Kampf gegen die „Gleichmacherei“ trägt also sichtbare Früchte. Selbst der Verfasser des „Roten Fahne“-Artikels kommt zur Schlußfolgerung: „Durch die Lohnunterschiede, also dank des höheren Einkommens, konsumieren heute

ROTE FAHNE

nung“ sei.

Als treuem Nachbeter der jeweils in China vorherrschenden politischen Linie fällt dem Verfasser des „Roten Fahne“-Artikels zu diesen wahrhaft bemerkenswerten Mitteilungen nur noch ein: Jetzt sei „eine Untersuchung über die Kulturrevolution für uns mehr denn je vonnöten“. Soll heißen, die „KPD“ muß sich spüren, um schnell genug zu denselben vernichtenden „Untersuchungsergebnissen“ über die Kulturrevolution zu kommen, die sich jetzt in China andeuten. Und soll heißen: Die Anhängerschaft der „KPD“ muß jetzt zügig darauf vorbereitet werden, daß demnächst in China voll die Hetze gegen die Kulturrevolution und womöglich auch direkt gegen Mao losgeht.

Es war noch nie ein leichtes Spiel, als Nachbeter der jeweiligen chinesischen Politik halbwegs im Sattel zu bleiben. Seit dem Rechtsputsch vom Oktober 1976 freilich springt der Gaul närrischer und unberechenbarer

denn je. Darauf stellt sich auch die „KPD“ ein: „Nicht alle Entscheidungen, die in Zukunft getroffen werden, müssen richtig sein. Sicherlich auch entwickeln sich teilweise wieder stärker kapitalistische und kleinbürgerliche Tendenzen... Man muß jetzt dem chinesischen Volk und der chinesischen Partei- und Staatsführung einige Jahre Zeit lassen, um diese Probleme anzugehen und neuen Lösungswegen zuzuführen. Dieser Weg wird sicher nicht immer gradlinig sein“.

Damit ist die Argumentationslinie der „KPD“ für die nächsten Monate oder Jahre klar: Erstens ist alles in China „ganz natürlich“. Zweitens mag manches dem Außenstehenden als kritikwürdig erscheinen. Aber drittens muß man Chinas neuer Bourgeoisie „ein paar Jahre Zeit lassen“.

Warte, warte nur ein Weilchen dann kommt Deng auch zu Dir!

MAO TSE TUNG

MAO TSE TUNG "BAND V"



Diese Zusammenstellung bildet eine Ergänzung zu den in Pekinger Verlag erschienenen „Ausgewählten Werken Mao Tse-tungs“. Diese enthalten in den bisher erschienenen vier Bänden Reden und Schriften Mao's bis zur Gründung der Volksrepublik 1949. Ein daran anschließender fünfter Band ist inzwischen in der VR China in chinesischer Fassung in Druck, der aber wahrscheinlich erst den Zeitraum der 50er Jahre umfassen wird.

Für unsere Zusammenstellung haben wir die uns zugänglichen Einzeltexte, die seit 1949 im Pekinger Fremdsprachen-Verlag erschienen sind, zusammengezogen, außerdem zahlreiche Auszüge und Zitate, anhand der „Peking Rundschau“, Broschüren etc., jedoch

ausschließlich aus chinesischen Originalquellen. Insofern unterscheidet sich diese Zusammenstellung grundsätzlich von sensationell aufgemachten Veröffentlichungen sogenannter „unbekannter Mao-Texte“.

Diese Zusammenstellung füllt unserer Meinung nach eine wesentliche Lücke, zumal es noch eine Weile dauern wird, bis sämtliche Texte Mao's aus der VR China in deutscher Übersetzung vorliegen werden – wobei noch zweifelhaft ist, ob nach dem Rechtsputsch vom Oktober letzten Jahres insbesondere die Texte zum Klassenkampf im Sozialismus und zur Kulturrevolution überhaupt vollständig und korrekt veröffentlicht werden sollen.

Erschien am 1. Mai 1977

DM 12,-

Schleiertanz der „KPD“ war ein Eigentor

Die „KPD“ hat sich in ihrer „Roten Fahne“ vom 15.3. angesichts der Frauendemonstrationen im Iran zu einem gewagten Schleiertanz auf dem Eis hinreissen lassen: Die jetzt demonstrierenden Frauen seien „in ihrer Mehrheit“ gar nicht diejenigen, die gegen den Schah gekämpft haben; vielmehr seien es Kleinbürgerinnen, auch viele Anhängerinnen des alten Regimes; die „meisten“ wirklich fortschrittlichen Frauen im Iran trügen den Schleier „aus Überzeugung“; zudem würden diese Demonstrationen und andere „unerfüllbare Forderungen“ nur die jetzige Regierung gefährden und damit dem „Sozialimperialismus“ nutzen. Schlussfolgerung: „Die Initiatoren der Frauendemonstrationen... treiben ein gefährliches und abenteuerliches Spiel“.

Den ganzen Kommentar der „Roten Fahne“ haben wir, weil er uns so gut gefiel, im AK 150 nachgedruckt. Nachträglich stellt sich nun heraus, daß die „KPD“ anscheinend erheblich über das von Peking gesteckte Ziel hinausgeschossen ist: Die PCP/ML jedenfalls, portugiesische „Bruderpartei“ der „KPD“, profilierter Rechtsaußen in der pro-chinesischen ML-Internationale, wertet die Frauendemonstrationen im Iran wesentlich positiver als die „KPD“. „Die religiösen Fanatiker wollen, daß sich der Iran nach rückwärts wendet“, überschreibt die PCP/ML ihren Kommentar im Zentralorgan „Unidade Popular“ vom 15.3. Ein Foto daneben zeigt iranische Frauen ohne Schleier. Die Bildunterschrift dazu lautet: „Der Wille der iranischen Frauen, alles Rückschrittliche abzulehnen, hat in der Vergangenheit die Traditionen und den Fanatismus durchbrochen, die sie in Ketten legen wollen“.

Im Kommentar selbst heißt es, Khomeinis Schleier-Erlaß sei „eine Pro-

vokation und eine Beleidigung gegen die iranischen Frauen ebenso wie gegen alle Frauen aller Länder, die für ihre Befreiung kämpfen“. Die Frauen hätten „sehr zu Recht“ gegen diesen Erlaß rebelliert. Im Übrigen seien vorher schon andere frauenfeindliche Maßnahmen verfügt worden, ebenso wie reaktionäre Maßnahmen auf anderen Gebieten, die alle das Ziel verfolgten, „den Iran in einen fanatisch religiösen und äußerst rückschrittlichen Staat zu verwandeln“. Der Kommentar enthält im Übrigen tatsächlich nicht den leisen Seitenhieb gegen den „Sozialimperialismus“. Dafür steht neben dem Kommentar noch ein erstaunlich liebes und sensibles Gedicht „Schleier über dem 8. März“.

Wer den Rest der „Unidade Popular“ durchblättert, kann – je nach Geschmack – erleichtert oder enttäuscht feststellen, daß die PCP/ML ansonsten noch ganz die Alte ist. Die positive Stellungnahme zu den Frauendemonstrationen im Iran hat sicher viel damit zu tun, daß in Portugal die Frauenunterdrückung noch viel aktueller und spürbarer ist als hierzulande, und daß dort nicht einmal die Vaterlandsverteidiger es sich leisten können, mit dem Zynismus des großen Revolutionärs frauenfeindliche Maßnahmen wie Khomeinis Schleier-Erlaß zum lästigen „Nebenwiderspruch“ zu erklären, der sich gefällt dem „Hauptwiderspruch“ (Einheit des Iran gegen den „Sozialimperialismus“) unterzuordnen habe.

Aber nicht nur die PCP/ML, sondern sogar die berühmte „MLD“ („Marxisten-Leninisten Deutschland“), bekannt u.a. durch ihr Eintreten für eine bundesweite Ausdehnung der CSU, noch ein Stück weiter rechts als die PCP/ML angesiedelt, beschämt in Sachen Iran die „KPD“. „Khomeiny hat uns keine andere Freiheit gebracht, als, Tod

dem Schah zu rufen“, lautet die entsprechende Überschrift im „MLD“-Zentralorgan „die achtziger Jahre“ (vormals „Neue Welt“) vom 21.3. Das ist eine Parole der Frauendemonstrationen! Der Artikel nimmt, wenn auch weniger engagiert als die PCP/ML, Stellung gegen die verschiedensten reaktionären Verordnungen und Maßnahmen der Kräfte um Khomeiny. Der Kampf gegen den Schleier sei in diesem Zusammenhang „nur ein Ausdruck für den Widerstand gegen die Entrechtung der Frauen im Iran“. Khomeinys Ziel sei eine „islamisierte Gesellschaft“. Dabei werde er – und hier kriegt die „MLD“ doch noch die rechte Kurve – von den Revisionisten (Tudeh-Partei) unterstützt, die bereits dabei seien, „den Staatsapparat und die Armee zu unterwandern“.

Die „KPD“ hat sich, das ist nicht mehr zu übersehen, mit ihrem Kommentar in der „Roten Fahne“ vom 15.3. einen großen Schritt zu weit aufs Eis gewagt. So kann's einem ergehen, wenn man bei derart „komplizierten“ Anlässen einfach munter drauflos schwadroniert, statt erst die „Peking Rundschau“ oder die Presse besser informierter ausländischer „Bruderparteien“ abzuwarten. Die „Rote Fahne“ hat weder in der Ausgabe vom 22.3. noch vom 29.3. Stellungnahmen oder Leserbriefe zu dem Kommentar vom 15.3. abgedruckt, obwohl solche mit Sicherheit vorliegen. Das kann nur heißen, daß es der „KPD“-Führung nicht ganz leicht fällt, wieder vom Eis herunterzukommen, ohne sich noch lächerlich zu machen.

Trotzdem wagen wir die Voraussetzung, daß ein Rückzieher der „KPD“ in Sachen Schleier erfolgen wird, wahrscheinlich schon in der nächsten „Roten Fahne“, und ohne den Rückzieher ausdrücklich als solchen kenntlich zu machen. Der AK wird dann darüber berichten.

MLD: Provokateure bauen Kontakte aus

Der Gruppe „MLD“ („Marxisten-Leninisten Deutschland“) waren beim Ausbau ihrer internationalen Kontakte in letzter Zeit neue Erfolge beschieden. Das Ziel der „MLD“, innerhalb der pro-chinesischen ML-Internationale einen harten rechten Flügel aufzubauen, nimmt konkrete Gestalt an.

Bereits Mitte Oktober fanden entsprechende Gespräche zwischen „MLD“ und ORPCF/ml in Paris statt. Die ORPCF/ml ist die einzige französische Organisation, die an der berühmten „Lissaboner Konferenz“ (Mai 78) teilgenommen hat.

Im März führte die „MLD“ Gespräche mit Jacques Benout und Edouard Sarlet aus Belgien. Benout war gleichfalls Teilnehmer der „Lissaboner Konferenz“. Sarlet war bis vor einigen Monaten Mitglied des Sekretariats des ZK der PCMLB, der offiziellen pro-chinesischen Gruppe Belgiens. Er trat im Oktober 1978 mit einem offenem Brief aus der PCMLB aus, da ihm diese im Kampf gegen den „Sozialimperialismus“ allzu schlapp schien.

In Großbritannien formieren sich einige Mini-Gruppen zum Angriff auf die offizielle pro-chinesische „Revolutionary Communist League of Britain“. Sie werfen der RCLB vor, sie wolle die Bourgeoisie stürzen, statt sich mit ihr gegen den „Sozialimperialismus“ zu verbünden. Zu diesem Block von rechten ML-Zwergen gehört u.a. eine „Workers Party of Scotland (ML)“ - die einzige „ML“-Gruppe Großbritanniens, die auf der „Lissaboner Konferenz“ vertreten war.

Zumindest respektiert wird die „MLD“ außerdem von der TIKP (Türkei), der PCUd'I (Italien) und der PCP/ML (Portugal), auch wenn diese immer noch in erster Linie zur „KPD“ Kontakt halten. Sogar in China hat man kürzlich erstmals öffentlich Notiz von der „MLD“ genommen. Nur die „KPD“ verweigert immer noch jeden Kontakt zur „MLD“, da diese, wie „KPD“-Vorsitzender Semler im Gespräch verlauten läßt, eine Gründung des Verfassungsschutzes sei.

Die „MLD“ ihrerseits berennt hartnäckig die Festung mit immer neuen Angeboten und mit einem wohl dosierten Wechsel von Zuckerbrot und Peitsche gegenüber der „KPD“. Einige ganz wilde rechtsradikale Kinderkrankheiten hat die „MLD“ inzwischen klugerweise abgelegt. Zu diesen Jugendsünden gehören beispielsweise die Kontakte

der „MLD“ zum faschistischen Tübinger HTS, der seinerseits eng mit der terroristischen Hoffmann-Bande zusammenhängt. Auch ihre aufdringliche Werbung für F.J. Strauß und für eine bundesweite Ausdehnung der CSU hat die „MLD“ inzwischen stark gedrosselt. In ihren außenpolitischen Kommentaren unterscheidet sich die „MLD“ kaum noch von der „KPD“.

Es bleiben einige Unterschiede in der innenpolitischen Linie, z.B. gegenüber dem Russell-Tribunal oder den alternativen Listen. Aber selbst auf diesem Gebiet scheint die „MLD“ bemüht, sich vom negativen Image allzu großer Staatsfrömmigkeit freimachen zu wollen.

Der „MLD“ kommt dabei zu gute, daß es sich bei dieser Gruppe nicht um eine Organisation mit einer nennenswerten Zahl von Mitgliedern und irgendeiner Art von praktischer Arbeit nach außen handelt. Da der „MLD“-Stamm klein und offensichtlich total skrupellos ist, können auch größere politische Schwenks rasch und ohne Reibungsverlust vollzogen werden. Dadurch kann die „MLD“ viel flexibler operieren als die „KPD“. Es ist daher wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis der Dauerbesuch der „MLD“ auf die „KPD“ deutliche Wirkung zu zeigen beginnt. Auf Dauer wird die „KPD“, schon mit Blick auf die internationale scene, nicht umhin können, die Existenz der „MLD“ zur Kenntnis zu nehmen und sich mit dieser einzulassen.

Dieser Kontakt, einmal zustandegemommen, wird mit Sicherheit auf Kosten der „KPD“ gehen. Denn die „MLD“ nagelt hartnäckig und geschickt in alle Halbeiten, Inkonsistenzen, Drückebergereien und Tabus der „KPD“-Politik unbarmherzig hinein. Sie nutzt die Widersprüche zwischen der Politik der „KPD“ und den weitergehenden Äußerungen der chinesischen Führung aus, um die „KPD“, die sich ihrerseits blind zur jeweiligen chinesischen „Linie“ bekennt, in die Enge zu treiben.

Da sich die chinesische Führung unvermeidlich immer weiter dem Imperialismus annähern wird und sich immer eindeutiger gegen jede revolutionäre Bewegung stellen wird, arbeitet die Zeit zugunsten der „MLD“ und treibt die „KPD“ automatisch in deren Arme. Es bleibt nur noch die Frage, wie groß der Anteil ihrer Anhänger ist, den die „KPD“-Führung mit auf diesen Trip ziehen kann.

zig hinein. Sie nutzt die Widersprüche zwischen der Politik der „KPD“ und den weitergehenden Äußerungen der chinesischen Führung aus, um die „KPD“, die sich ihrerseits blind zur jeweiligen chinesischen „Linie“ bekennt, in die Enge zu treiben.

Da sich die chinesische Führung unvermeidlich immer weiter dem Imperialismus annähern wird und sich immer eindeutiger gegen jede revolutionäre Bewegung stellen wird, arbeitet die Zeit zugunsten der „MLD“ und treibt die „KPD“ automatisch in deren Arme. Es bleibt nur noch die Frage, wie groß der Anteil ihrer Anhänger ist, den die „KPD“-Führung mit auf diesen Trip ziehen kann.

Buchbesprechung:

„Zur Geschichte der ML-Bewegung“

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge sehen wir den Niedergang der „ML-Szene“. Ein Auge l a c h t , weil es doch noch 'Gerechtigkeit auf Erden' gibt und die zahlreichen Verrücktheiten von KBW, KPD/ML, 'KPD' u.a. nun ihr Ende in diesem Niedergang finden. Beispiele dafür liefert das Buch „Wir war'n die stärkste der Partei“.

Ein Auge w e i n t aber, denn dieser Niedergang ist nicht nur ein Niedergang der Verrücktheiten. Es ist offenbar auch ein Niedergang der

des ökonomistischen, kleinkarierten Vorgehens dieser Organisation? Kurz meint: es ist ihre soziale Basis, die nicht zum größten Teil aus Arbeitern besteht, sondern durchsetzt ist von Ingenieuren, gutbezahlten Facharbeitern und ähnlichen 'nicht reinrassigen Proleten'. Das ist sehr platt. Gleichzeitig vertritt Kurz aber auch, die Ursache sei nicht direkt die soziale Basis, sondern das Nicht-Wahrhaben-Wollen dieser Basis, das So-Tun, als sei man in der Arbeiterschaft verankert.

sere Ereignis der Kulturrevolution entschieden: offensichtlich brauchte eine Partei nicht notwendig zu verbürokratisieren.

Die mangelnde theoretische Auseinandersetzung hatte langfristige Folgen: die Praxis war handwerklerisch; die „Parteien“ und „Bünde“ ergaben Karikaturen auf den demokratischen Zentralismus; die ML-Bewegung kam bei den Arbeitermassen nicht an, entfernte sich gleichzeitig von ihrer sozialen Basis, den Studenten und landete so zwischen den

diese immer noch in erster Linie zur „KPD“ Kontakt halten. Sogar in China hat man kürzlich erstmals öffentlich Notiz von der „MLD“ genommen. Nur die „KPD“ verweigert immer noch jeden Kontakt zur „MLD“, da diese, wie „KPD“-Vorsitzender Semler im Gespräch verlauten läßt, eine Gründung des Verfassungsschutzes sei.

Die „MLD“ ihrerseits berennt hartnäckig die Festung mit immer neuen Angeboten und mit einem wohl dosierten Wechsel von Zuckerbrot und Peitsche gegenüber der „KPD“. Einige ganz wilde rechtsradikale Kinderkrankheiten hat die „MLD“ inzwischen klugerweise abgelegt. Zu diesen Jugendsünden gehören beispielsweise die Kontakte

Buchbesprechung:

„Zur Geschichte der ML-Bewegung“

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge sehen wir den Niedergang der „ML-Szene“. Ein Auge l a c h t , weil es doch noch 'Gerechtigkeit auf Erden' gibt und die zahlreichen Verrücktheiten von KBW, KPD/ML, 'KPD' u.a. nun ihr Ende in diesem Niedergang finden. Beispiele dafür liefert das Buch „Wir war'n die stärkste der Partei“.

Ein Auge w e i n t aber, denn dieser Niedergang ist nicht nur ein Niedergang der Verrücktheiten. Es ist offenbar auch ein Niedergang der marxistisch-leninistischen Bewegung ('ML') insgesamt. Auch der KB steckt in dieser Krise.

Nun sind mittlerweile einige Bücher erschienen, die versuchen, aus marxistischer Sicht diese Krise, diesen Niedergang zu verstehen und aus diesem Verständnis heraus Vorschläge für das zukünftige Vorgehen zu machen.

Ich halte es für sehr wichtig, daß der KB diese Diskussion mitbekommt. Denn auf Dauer wird es nicht genügen, die Organisation zu sein, die sich dadurch auszeichnet, einiges n i c h t gemacht zu haben, nämlich die ganzen 'linken' Verrücktheiten und 'rechten' Beschränktheiten der anderen Organisationen. Im Gegenteil muß sich eine kommunistische Organisation dadurch auszeichnen, daß sie, nach genauer allseitiger Untersuchung, sagen kann, wo's lang geht. Daher muß man diese Diskussion mitverfolgen und aktiv teilnehmen. Wenn der KB diese Diskussion um den Niedergang der ganzen Bewegung nicht mitmacht, dann wird er den Resten dieser Bewegung und anderen Leuten auch nicht sagen können, wo's lang geht; dann wird er auf lange Sicht stagnieren.

Ich habe zwei Bücher gelesen, nämlich:

–Robert Kurz: Vorhut oder Nachtrab? Eine Kritik der politischen Dekadenz in der m-l Bewegung am Beispiel des „Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands“ (KABD) und

–Heiner Karuscheit: Zur Geschichte der westdeutschen ml-Bewegung.

Kurz beschäftigt sich nur mit dem KABD. Seine Methode ist ein Gegenüberstellen von Lenins „Was tun“ mit den Schriften und der Praxis des KABD. Zur Kritik des KABD ist sein Buch hervorragend geeignet: da hat sich einer seine Risikowut vom Leibe geschrieben. Was ist aber die Ursache

des ökonomistischen, kleinkarierten Vorgehens dieser Organisation? Kurz meint: es ist ihre soziale Basis, die nicht zum größten Teil aus Arbeitern besteht, sondern durchsetzt ist von Ingenieuren, gutbezahlten Facharbeitern und ähnlichen 'nicht reinrassigen Proleten'. Das ist sehr platt. Gleichzeitig vertritt Kurz aber auch, die Ursache sei nicht direkt die soziale Basis, sondern das Nicht-Wahrhaben-Wollen dieser Basis, das So-Tun, als sei man in der Arbeiterschaft verankert.

Diesen Gedanken greift Karuscheit auf und entwickelt in direkter Auseinandersetzung mit Kurz sein Buch, dessen Methode und Thema von allgemeinem Interesse ist. Sein Thema ist die gesamte ML-Bewegung, wobei er hauptsächlich auf KPD, KBW und die Westberliner PL/PI und KB/ML eingeht. Seine Methode ist: Nachzeichnen der wesentlichen Momente ihrer bisherigen Entwicklung, um aus dieser Entwicklung heraus die ML-Bewegung heute zu verstehen.

Er arbeitet als Thesen heraus: –Diese Organisationen entstanden aus dem Niedergang der Studentenbewegung. –Drei wesentliche Streitpunkte unterschieden die ML-Gruppen von anderen linken Fortsetzern der Studentenbewegung, den (wie er sie nennt) „kleinbürgerlichen Sozialisten“, nämlich die Intellektuellenfrage, die Organisationsfrage und die Bedeutung der Praxis. –Die Intellektuellenfrage: Die ML-Gruppen betonten, die Arbeiter seien die gesellschaftsverändernde Kraft, nicht die Intellektuellen. –Die Organisationsfrage: Nur eine leninistische Partei mit demokratischem Zentralismus sei die geeignete Organisationsform, nicht eine antiautoritäre 'Basisbewegung'. –Die Praxis: Es komme darauf an, Praxis in der Bevölkerung zu machen und sich nicht ins 'linke' Studierstübchen zu verziehen.

Eine ernsthafte theoretische Auseinandersetzung um diese Punkte fand zu wenig statt. Die ML-Gruppen schienen das nicht nötig zu haben, da ihnen die Mitglieder zuströmten. Auch schien die Intellektuellenfrage durch äußere Ereignisse entschieden, den Pariser Mai 68 und die Septemberstreiks 69: offensichtlich konnten die Arbeiter kämpfen! Ebenso schien die Organisationsfrage durch das äus-

sere Ereignis der Kulturrevolution entschieden: offensichtlich brauchte eine Partei nicht notwendig zu verbürokratisieren.

Die mangelnde theoretische Auseinandersetzung hatte langfristige Folgen: die Praxis war handwerklerisch; die „Parteien“ und „Bünde“ ergaben Karikaturen auf den demokratischen Zentralismus; die ML-Bewegung kam bei den Arbeitermassen nicht an, entfernte sich gleichzeitig von ihrer sozialen Basis, den Studenten und landete so zwischen den Stühlen.

Ich meine, Karuscheits Analyse ist klug und leenswert, trotz seiner gelegentlichen Versuche, Marx' Stil zu kopieren.

Auf die Frage „Was tun?“ gibt Karuscheit die Antwort: Es muß jetzt endlich die Theorie zu ihrem Recht kommen. Grundlegende Fragen sollen behandelt werden: die eigene Geschichte, die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, und (hurra, endlich!) die „Klassenanalyse“ (die heilige Kuh der alten 'ML-Bewegung). Praxis solle auf dem gegenwärtigen Niveau eingefroren werden, da die ML-Bewegung sowie keine politische Kraft mehr sei, sondern nur noch eine ideologische Strömung.

Ich meine, hier macht Karuscheit einen entscheidenden Fehler. Es können theoretisch sinnvoll nur Fragen angegangen werden, die sich in der Praxis stellen. Alles andere würde, wie Kurz dazu richtig schreibt „nicht die Theorie der proletarischen Revolution, sondern eine Art akademischen Wirrwars hervorbringen“. Auf der anderen Seite hat Karuscheit Recht: ums Nachdenken hat sich lange Zeit keiner gekümmert, und deshalb ist die Praxis blind und beschränkt. Ich denke, wir müssen über Fragen, die sich in der Praxis stellen, stärker nachdenken. Einer der wichtigsten Punkte dabei ist, glaube ich, der Niedergang der ML-Bewegung. Diesem Niedergang wird nur ein Aufstieg folgen, wenn wir daraus gelernt haben.

Die Bücher kosten 7 DM bzw. 7.80 DM und sind beide u.a. über den Buchladen Volk und Wissen/Bulmker Str.32/ 4650 Gelsenkirchen beziehbar.

Ein Mannheimer AK-Leser oder Sympathisant, das werden wir noch rauskriegen

Leserbrief

Ihr schreibt am 8.1.79 in AK 145 („Kambodscha: Okkupation oder Befreiung?“) entgegen allen Lügen und Verdrehungen der Imperialisten: „Tatsächlich gibt es aber keinen Beleg für eine direkte militärische OFFENSIVE Vietnams“ (S.57, Spalte 1). Selbst in AK 148 („China pokert mit dem Weltkrieg“) fand ich Eure obige Einschätzung weder eingeschränkt noch umgeworfen.

So verwirrte mich jüngst beim Lesen des AK 150 (19.3.79) die Entscheidung des KB, sich der „ausgezeichneten Erklärung“ (S.6) des gewissen Spektrums „o h n e Einschränkung“ anzuschließen. Darin wird erklärt:

„... Ungeachtet der Notwendigkeit eines baldstmöglichen Abzugs der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha, der vollen Achtung seiner territorialen Integrität und einer Politik nationaler Versöhnung und Unabhängigkeit durch die neue kambodschanische Regierung erscheint die VIETNAMESISCHE OFFENSIVE zum Jahreswechsel verständlich. In keinem Fall kann sie als Rechtfertigung für die Aggressionen Chinas dienen.“

Mir ist dies nicht verständlich! Gab es nun doch die unbelegbare vietnamesische Offensive? Eventuell habe ich ja eine Notiz im 'Arbeiterkampf' übersehen? Vielleicht könnt Ihr das klären?!

Ein Drucker aus Göttingen

Antwort der Redaktion

Die Kritik des Genossen ist sachlich berechtigt. Nach wie vor gilt die Aussage aus AK 145: „Tatsächlich gibt

es aber keinen Beleg für eine direkte militärische Offensive Vietnams“. Insofern würden wir auch heute, im Gegensatz zu der im AK 150 nachgedruckten Erklärung, nicht von einer „vietnamesischen Offensive“ sprechen. Allerdings muß bei der Wertung dieser Passage der Erklärung folgendes berücksichtigt werden: –die Linke, von der breiteren Öffentlichkeit ganz zu schweigen, geht bis heute davon aus, daß es einen vietnamesischen „Einmarsch“ in Kambodscha tatsächlich gegeben hat;

–auch ohne Klärung der Frage nach dem Anteil Vietnams beim Sturz des Pol-Pot-Regimes ist kaum zu bezweifeln, daß Vietnam heute in Kambodscha (wie auch in Laos) Militär stationiert hat.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für wesentlich, daß die nachgedruckte Erklärung einerseits „Verständnis“ für eine Intervention Vietnams beim Sturz Pol Pots bekundet, andererseits aber die Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität Kambodschas betont. Beides entspricht unseren Positionen (AK 145 und LG-Erklärung in AK 146). Das hielten wir bei der Einschätzung der Erklärung für wichtiger als Krittellei am Detail der „Offensive“. Wir hätten allerdings aus dem von dem Göttinger Genossen richtig benannten Grund besser daran getan, es bei einer schlichten Unterstützung der Erklärung zu belassen und auf den besonderen Vermerk „ohne Einschränkung“ zu verzichten.

Das soll jedoch kein Argument gegen die in AK 150 ausgesprochene Ermunterung sein, mit dieser Erklärung politisch zu arbeiten.

Krim-Tataren fordern Selbstbestimmungsrecht

Die Krim ist das nationale Heimatland der Krimtataren. Durch die zaristische Kolonialisierung – vor allem im 19. und 20. Jahrhundert – wurden russische Familien angesiedelt. Die Tataren wurden immer mehr bedrängt, ihre Sprache und Kultur unterdrückt.

Nach der Oktoberrevolution trat Lenin für die Bildung einer Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Krim ein:

Betr.

Auseinandersetzung im KABD Bayern

Liebe Genossinnen und Genossen,

in Eurer Ausgabe Nr. 147 vom 5.2.79 habt ihr eine kurze Meldung über die gegenwärtige Auseinandersetzung im KABD abgedruckt. Leider sind darin schwerwiegende Fehler enthalten. Wir senden Euch daher folgende Richtigstellung, die Ihr bitte abdrucken wollt:

Richtigstellung:

Es ist nicht richtig, daß zum Zeitpunkt der Herausgabe des „Arbeiterkampf“ Nr. 147 im Landesverband Bayern des KABD große Teile der Mitglieder ausgeschlossen waren.

Richtig ist vielmehr, daß im KABD – verschärft im Landesverband Bayern – eine umfassende Auseinandersetzung über verschiedene Fragen geführt wird.

Der Hintergrund dafür liegt allerdings nicht in einer Sympathie der bayerischen Genossen für Deng Hsiaoping und die Politik der gegenwärtigen Führung der VR China, sondern in einer schon seit längerer Zeit geführten Kritik an der Politik der Zentralen Leitung und der Zentralen Kontrollkommission des KABD.

Hauptpunkte dabei sind die Handhabung des demokratischen Zentralismus in der Organisation und Verständnis und Handhabung des Kampfes zweier Linien im KABD. Die Entwicklung in der VR China spielt in diesem Zusammenhang nur eine Nebenrolle.

Obwohl von der Mehrheit der Mitglieder im Landesverband sowie von vielen Mitgliedern der kommunistischen Studentengruppen (KSG) und Teilen des Revolutionären Jugendverbandes Deutschlands (RJVD) versucht wurde, eine inhaltliche Auseinandersetzung zu führen, wurde sie von Seiten der ZL und der ZKK nicht ehrlich geführt: Verzögerungstaktik, Polemik und Unsachlichkeit hatten die Oberhand.

Gleichzeitig gehen die zentralen Organe ZL und ZKK dabei hart und administrativ vor. Es wurden reihenweise Untersuchungsverfahren verhängt, teilweise ganze Ortsgruppen dadurch lahmgelegt. So wurden auch Funktionäre kaltgestellt wie z.B. die Mitglieder der KABD-Landesleitung Bayern.

Die Ortsgruppen des KABD und RJVD in München haben aufgrund der provokativen und inhaltseeren Art und Weise der Auseinandersetzung geschlossen ihren Austritt aus der Organisation erklärt.

Auch die Ortsgruppe Aschaffenburg des KABD ist inzwischen Opfer des „korrekten Zentralismus“ der ZL/ZKK geworden: 2/3 der Mitglieder wurden ausgeschlossen. Der Rest der Ortsgruppe trat aus.

Gegenwärtig werden jede Menge Lügen und Halbwahrheiten verbreitet, um die offene Auseinandersetzung abzublocken. Der Vorwurf, die Vertreter der Linie Dengs in der BRD zu sein, wird dabei geschickt als falscher Vorwand genommen, um uns im KABD und auch vor der gesamten ML-Bewegung zu diskreditieren. Er ist erstunken und erlogen.

Mit kommunistischen Grüßen
Genossen aus Aschaffenburg

Anmerkung der Redaktion

Die Notiz in AK 147 beruhte auf Meldungen der „MLD“. Inzwischen hat die „MLD“ selbst richtiggestellt, daß es bisher in Bayern nur wenige Ausschlüsse aus dem KABD gegeben habe. Sie behauptet allerdings nach wie vor, daß bei diesem Konflikt die Kritik an der offiziellen Haltung des KABD zu China eine erhebliche Rolle spiele. Wir begrüßen daher die Klarstellung der Aschaffener Genossen.

„Die Republik der Krim ist eine gebührende Entschädigung für alle Beleidigungen, für die Kolonialpolitik des zaristischen Regimes... Der siegreiche Sozialismus muß die volle Demokratie verwirklichen, folglich nicht nur Gleichberechtigung der Nationen realisieren, sondern auch das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen durchführen, d.h. das Recht auf freie politische Abtrennung anerkennen.“
(Lenin, Bd.22, S. 144).

Diese leninistischen Prinzipien werden heute in der UdSSR mit Füßen getreten. Bereits im Mai 1944 wurden hunderttausende Krimtataren wegen angeblicher Kollaboration mit dem Hitlerfaschismus nach Zentralasien (Usbekistan) zwangsweise umgesiedelt.

Mag es auch sein, daß eine Kollaboration zwischen den Faschisten und einigen Krimtataren stattgefunden hat, so widerspricht es doch jeglichen Gedanken des Klassencharakters, von der Kollektivschuld eines Volkes zu sprechen.

Nach jahrelangen vergeblichen Versuchen, der Krimtataren, wieder als gleichberechtigtes Volk in die Gemeinschaft der Völker der SU aufgenommen zu werden, zeichnet sich 1967 ein erster Erfolg ab: Der Erlass, der die Krimtataren zu Verrätern stempelte und Anlaß für die Zwangsumsiedlung war, wurde vom Obersten Sowjet aufgehoben. Die Rückführung in die Krim wurde den Tataren aber verweigert, da sie sich in Usbekistan „bereits eingelebt hätten“.

In Usbekistan lebten die Tataren bis 1956 unter lagerähnlichen Bedingungen, durften sich nur in begrenzten Gebieten bewegen. Auf der Krim waren sie erfahrene und angesehene Obst- und Weinbauern gewesen. In

Usbekistan bekamen sie nur Stellen als Hilfsarbeiter in Kolchosen. Die Krimtataren mit höherer Ausbildung durften keine entsprechende Tätigkeit ausüben. In den ersten Schuljahren gibt es keinen Unterricht im Krimtatarisch. Erst 1967 wurden Schulbücher für die 3. und 4. Klasse in der Muttersprache herausgegeben.

Der Kampf der Krimtataren für vollständige Rehabilitierung und Wiedererrichtung der Autonomen Sowjetrepublik der Krim (ASSR) wurde nach dem Teilerfolg von 1967 noch massenhafter und intensiver geführt.

Röhls „avanti“: SPD-Beirat gebildet

Die Zeitschrift „avanti“, ehemals „das da“, vormals „konkret“ hat sich noch etwas fester an die SPD gekettet. Seit der April-Nummer erscheint die von K.R. Röhl und Jochen Steffen herausgegebene Zeitschrift mit „Unterstützung“ eines sogenannten Politischen Beirats. Er soll angeblich „die politische Linie des Blattes in der Öffentlichkeit repräsentieren“ (Das dürfte wohl eher umgekehrt sein!) und „der Redaktion neue Impulse geben“. Das kommt schon eher hin. Mit der Einrichtung dieses Beirats hat „avanti“, das sich übrigens für das „wichtigste Forum der demokratischen Linken in unserem Lande“ hält, nach eigenem Bekunden „seine Basis verbreitert“.

Es dürfte eher das Gegenteil der Fall sein, sofern nicht nur die Finanzielle Basis gemeint ist. Im Beirat sind beispielsweise Rudi Dutschke (vorgestellt als „prominenter Vertreter der außerparlamentarischen Opposition“, was lediglich historische Berechtigung hat) und Heinz

Brandt, die beide ohnehin schon seit langem zu den Stamm-Autoren der Zeitschrift gehören. Neu hinzugekommen sind u.a. Günther Jansen (SPD-Vorsitzender von Schleswig-Holstein), Peter von Oertzen (SPD-Vorsitzender in Hannover), Henning Scherf (SPD-Senator in Bremen) und Heidemarie Wiczorek-Zeul (ehem. Juso-Vorsitzende).

Die SPD hat also noch etwas offensichtlicher ihre Hand auf die Zeitschrift gelegt. Dabei war es eigentlich bisher schon offensichtlich genug. Die SPD-Funktionäre im „avanti“-Beirat kann man, ebenso wie Herausgeber Jochen Steffen, nicht einmal guten Gewissens als SPD-Linke bezeichnen. Sie haben wenig zu tun mit jener innerparteilichen Linken – vor allem bei den Falken und Jusos, aber nicht nur dort –, die der Parteiführung immer wieder kräftig Kontrast gibt und sich auch nicht ohne weiteres einschüchtern läßt. Es sind vielmehr, wie Jochen Steffen, Leute, die seit Jahren von einer neuen sozialistischen Partei reden, aber alles

de 1977 war er nach 2-jährigem Arbeitslager freigelassen worden, jedoch mit der Auflage, seinen Wohnort nicht zu verlassen. Vorgeworfen wurde ihm jetzt, den auferlegten Hausarrest mißachtet zu haben und öffentlich auf die sowjetische Staatsbürgerschaft verzichtet zu haben.

Aische Seymuratowa, eine Sprecherin der Krimtataren, weist nachdrücklich darauf hin, daß „unser ganzes Volk nichts anderes (fordert), als die Wiederherstellung der Lenin'schen Nationalitätenpolitik, es fordert den Kampf gegen Chauvinismus und fordert die Verwirklichung des wahren Internationalismus. Unser Volk ist nicht gegen die Oktoberrevolution, ganz im Gegenteil, die Oktoberrevolution brachte unserem Volk die ASSR.“

Ein Kieler Genosse/ Schülerzelle und RGW-Kommission

tun, um diese zu verhindern. Es sind Leute wie Heidemarie Wiczorek-Zeul, die nicht einmal mehr als linke Feigenblätter taugen, sondern nur noch Zuteiler für die Parteiführung spielen.

Daß „avanti“ in Zukunft Vertreter der kritischen SPD-Linken zu Wort kommen lassen könnte, erscheint kaum wahrscheinlich. Dafür darf Horlemann (ein Vertreter der „demokratischen Linken“) in der April-Ausgabe von „avanti“ aus der Sicht der „KPD“ zum neuen Indochina-Konflikt Stellung nehmen. Ein bißchen Pluralismus darf schon erlaubt sein, es muß halt nur der richtige sein.

Es ist eigentlich verblüffend, mit welcher Penetranz in diesem Land immer wieder die verschiedensten Leute auftreten, die sich selbst als „wichtigstes Diskussionsforum der Linken“ anbieten, um eine bestimmte Partei-Politik zu kaschieren. Merken sie nicht, daß kaum noch jemand auf diesen Werbe-Slogan hereinfällt?

Leserbrief eines behinderten Genossen

Mit diesem Leserbrief möchte ich meine Situation und Erfahrungen als behinderter Genosse in der politischen Arbeit beschreiben. Gleichzeitig soll dies den Einstieg in eine grundsätzliche Debatte um das Selbstverständnis Behindertener und die Frage nach einer politischen Behindertenarbeit darstellen.

Seit ich etwa vor zwei Jahren den Schritt in die organisierte politische Arbeit gemacht habe, arbeite ich entsprechend den anderen Genossen (innen) an verschiedenen politischen Aufgaben. Ich will sie hier nicht im Einzelnen aufzählen, nur soviel ist zu sagen: eine Behindertenarbeit hatte ich dabei nicht im Sinn. Einerseits hielt ich sie für relativ bedeutungslos und politisch uneffektiv, andererseits hatte ich gar kein Interesse an anderen Behinderten. Ich grenzte mich bewußt ab, denn ich wollte ja eigentlich gar nicht behindert sein.

Mir ging es vor allem darum, von den nichtbehinderten (Genossen) als einer der Ihrigen anerkannt zu werden. In der politischen Auseinandersetzung legte ich dabei einen ungeheuren Ehrgeiz an den Tag. Ich wollte meinen politischen Durchblick beweisen und mischte eifrig in den Diskussionen mit. Jenachdem, wie sicher ich mich bei dem jeweiligen Thema fühlte, war auch mein Auftreten in der Diskussion. Bei Unsicherheit waren meine Redebeiträge oft recht aggressiv – Flucht nach vorn. In der politischen Praxis hielt ich es für erstrebenswert, dem Beispiel der übrigen Genossinnen zu folgen. Entsprechend der gängigen Röhle riß ich fast täglich Termine ab, steckte in sämtlichen Initiativen drin und hatte eigentlich überall etwas zu sagen. Sowohl in den Initiativen, als auch in der Organisation hatte ich sehr schnell das Image des unermüdbaren Dynamokrüppels. Anerkennend klopften mir alle auf die Schulter: „Is ja doll, wie Du mit Deiner Behinderung fertig wirst.“ Ich genoß das Gefühl, mich endlich durch nichts mehr von den anderen Genossen zu unterscheiden, außer eben durch meine klitzekleine, eigentlich ja unwichtige Behinderung.

Die Folge war, ich wurde zunehmend kaputt, sowohl durch die körperliche Erschöpfung als auch durch eine wachsende Unzufriedenheit. Die politische Arbeit wurde immer mehr zur Belastung, machte keinen Spaß mehr, auf Terminen saß ich nur noch den Stuhl warm. Meine persönliche Freizeit schmolz zusammen, andere Interessen und Bedürfnisse, wie auch Beziehungen,

vernachlässigte ich in sträflicher Weise. Konzentrierte Vorbereitung lag kaum noch drin, hinter meinen politischen Schwerpunkten tauchten immer größere Fragezeichen auf. Schließlich zog ich mich aus sämtlichen Aufgaben raus und lag politisch ziemlich brach. In meiner Rolle als dynamischer Musterkrüppel schien es mir unmöglich, die Mißerfolge und die persönliche Schwäche einzugestehen. In der Zelle ließ ich sie weitgehend unter den Tisch fallen. Allerdings fehlte mir nun auch zunehmend das Schulterklopfen, Zweifel an meinen politischen Fähigkeiten nagten in mir.

In zahlreichen Gesprächen mit anderen Behinderten und durch die Teilnahme am Behindertenforum in Bremen (s.AK 144) erkannten wir die Notwendigkeit, unsere Situation grundsätzlicher zu untersuchen und über unsere Probleme, Schwierigkeiten und Bedürfnisse zu sprechen.

Klargeworden ist uns dabei die Anforderung und der Zwang, „normal“ sein zu müssen. Für die Nichtbehinderten gibt es eigentlich nur zwei Sorten von Behinderten: – denjenigen, der auf ihre allgemeine Mitleidstour abfährt, der arme Kerl, der es ja so schwer hat, den man gut verstehen kann, ... mir würde das doch genauso gehen...“ – und den unermüdbaren Dynamokrüppel, der seine Behinderung „gepackt“ und verarbeitet hat, sich fast durch nichts mehr von ihnen unterscheidet, dem anerkennend auf die Schulter geklopft wird: „Ich weiß nicht, ob ich an Deiner Stelle so gut damit fertig werden würde.“ Egal in welcher Rolle wir stecken, wird von den Nichtbehinderten eine bestimmte Erwartungshaltung an uns gestellt und wir damit unter ständigen Druck gesetzt. Dauern wird uns klargemacht, „normal“ sein ist das einzig Erstrebenwerte. Bist du das nicht, bist du halt'n armer Teufel. Dem Mitleidskrüppel wird kaum etwas zugeutraut, er ist ja so beschissen dran. Also muß man etwas für ihn und mit ihm tun – und er läßt's mit sich machen. Er wird von den Nichtbehinderten fremdbestimmt, getröstet, ständig mit Fragen bombardiert, als sei er ein Auskunftsbüro über seine Probleme (oder wo die Nichtbehinderten seine Probleme vermuten) und das mit einer Selbstverständlichkeit, die zum Kotzen ist.

Das ist nichts anderes, als penetrante Neugier, immer aus der Position der vermeintlichen eigenen Sicherheit und deren Bestätigung, wie gut es doch ist, „normal“ zu sein! Dem dy-

namischen Musterkrüppel wird von den Nichtbehinderten das Gefühl vermittelt, er sei ja gar nicht richtig behindert. Er bemüht sich ja redlich den Nichtbehinderten raushängen zu lassen. Sie unterwerfen ihn dem gleichen Leistungsdruck, wie sie ihn für sich selbst hinnehmen, also unterwirft er sich, sonst ist Asche mit der Anerkennung. Mißerfolge, Peinlichkeiten, Enttäuschungen zuzugeben sind ein Eingeständnis von Schwäche und werden mit der Spruchebene geschickt überspielt. Wer Schwäche zeigt, wird bedauert und – sinkt in der Anerkennungsskala. So werden wir gezwungen, uns ebenfalls vom schwächeren – das ist in diesem Fall der schwerer Behinderte – abzugrenzen. Außer Mitleid erfährt er nur Ablehnung, wir Behinderten wollen nichts miteinander zu tun haben. Weil „Normalsein“ auch eine bestimmte Ästhetik beinhaltet, zwingen uns die Nichtbehinderten, unsere Verkrüppelungen zu verstecken oder zu überspielen. Was wir nicht verbergen können, erzeugt in uns Minderwertigkeitsgefühle, Angst, als Krüppel erkannt und abgelehnt zu werden. Wer von uns kennt nicht die mitleidvollen, schuldbehafteten, entsetzten und neugierigen Blicke, wenn wir als Schwerbehinderte uns unter (?) Volk mischen, diesen Entwürdigungsprozeß, dem uns die Nichtbehinderten tagtäglich unterziehen?!

Nicht umsonst werden wir in Ghettos eingeschlossen, in Heime, beschützende (wer vor wem eigentlich?) Werkstätten, Anstalten oder auch „nur“ in „behindertengerechten Servicewohnungen“, hübsch ausgelagert aus der Welt der Nichtbehinderten. Von den Behörden, Medizinern, Medien und Wissenschaftlern werden wir zu Objekten gemacht, über deren Leben selbstherrlich hin- und herbestimmt wird, wohl wissend, daß wir uns ja nicht wehren (können?), sondern eher noch dankbar sind, wenn sich überhaupt jemand unseres Schicksals annimmt. Denn wieviele von uns kennen schon ihre Rechte und wer kämpft(!) schließlich drum?!

Um akzeptiert zu werden, als „normal“ zu gelten, sind wir gezwungen, uns an ihren Interessen zu orientieren, die Bedürfnisse der „Normalen“ zu unseren zu machen. Weil viele von uns nicht in der Lage sind, ein solches „normales“ Leben zu führen, werden wir ausgestoßen. Unsere eigenen Bedürfnisse verkümmern, existieren nur noch in unseren geheimsten Wünschen und Hoffnungen. So

wird von den Nichtbehinderten unsere Persönlichkeit zerstört.

Das haben wir jetzt restlos satt! Unser erster und zugleich wichtigster Schritt: Hören wir auf, als Behinderte nichts miteinander zu tun haben zu wollen! Die Schwere der Behinderung darf dabei keine Rolle spielen. Die herrschende Überzeugung, Hilfe und Unterstützung könnten wir nur von Nichtbehinderten bekommen, stellen wir in Frage. Wir werden uns zu allererst auf unsere eigenen Kräfte und Möglichkeiten, einander zu helfen, stützen. Auf Nichtbehinderte werden wir soweit wie möglich verzichten.

Hierbei können wir von den Frauen lernen: Ähnlich wie Frauen sich in Frauengruppen zusammengeschlossen haben, um sich dadurch ihre Unterdrückung bewußt zu machen, sich gegenseitig zu stärken und sich gemeinsam gegen ihre Unterdrücker zu wehren, müßten wir es auch tun. Schließen wir uns in Gruppen zusammen, in denen Nichtbehinderte nichts zu suchen haben!

Es wird nicht leicht sein, unsere Rolle als behindertes Mauerblümchen oder dynamischer All-Round-Krüppel aufzugeben. Aber solange wir uns den Nichtbehinderten und ihrem „Normalsein“ unterwerfen, neidvoll und verschämt zu ihnen aufblicken, um ihre Anerkennung buhlen, werden sie uns weiterhin in diese Rollen pressen.

Stellen wir doch mal die Frage: Was ist eigentlich so erstrebenswert an der Rolle der „Normalen“? – Machen wir uns bewußt, welcher Scheiß in ihren Normen und Verhalten steckt, nach denen sie uns beurteilen, einordnen und diskriminieren!

Bisher haben wir auf einen Unterschied zu den Nichtbehinderten keinen Wert gelegt, wir wollten von ihnen ja nicht behindert sein oder werden. Machen wir endlich Schluß mit diesem ewigen Selbstbetrug! Werden wir uns unserer eigenen Bedürfnisse und Interessen bewußt.

Schießen wir doch auf die „Anerkennung“ und das Mitleid der Nichtbehinderten, schaffen wir uns ein Selbstbewußtsein und Selbstwertgefühl als Behinderte!

Gehen wir in die Offensive! Gründen wir unsere eigenen Behindertengruppen!

Schaffen wir unsere Bewegung! Organisieren wir unseren Widerstand, denn: Gemeinsam sind wir Krüppel stark!

Ein Krüppelgenosse aus Steilshoop

Karl Heinz Roth

Moral, Gehirnwäsche und Verrat

III. Die historische Bedeutung der

Eine Artikelserie

Die ersten beiden Teile erschienen im AK 148 und AK 149.



„Genossen von 883...

Ohne gleichzeitig die Rote Armee aufzubauen, verkommt jeder Konflikt, jede politische Arbeit im Betrieb und im Wedding und im Märkischen Viertel und in der Plötze und im Gerichtssaal zu Reformismus, d.h.: ihr setzt nur bessere Disziplinierungsmittel durch, bessere Einschüchterungsmethoden, bessere Ausbeutungsmethoden. Das macht das Volk kaputt, das macht nicht kaputt, was das Volk kaputt macht... Sitzt nicht auf dem hausdurchsuchten Sofa herum und zählt eure Lieben, wie kleinkarierte Krämerseelen. Baut den richtigen Verteilerapparat auf, laßt die Hosenscheißer liegen, die Rotkohlfräser, die Sozialarbeiter, die sich doch nur anbiedern, dies Lumpenpack. Kriegt raus, wo die Heime sind und die kinderreichen Familien und das Subproletariat und die proletarischen Frauen, die nur darauf warten, den Richtigen in die Fresse zu schlagen. Die werden die Führung übernehmen...“
(Die Rote Armee aufbauen! in: Agit 883, Nr. 62, 5.6.1970, S. 6)

♦♦♦

„Unser ursprüngliches Organisationskonzept beinhaltet die Verbindung von Stadtguerilla und Basisarbeit. Wir wollten, daß jeder von uns gleichzeitig im Stadtteil oder im Betrieb in den dort bestehenden sozialistischen Gruppen mitarbeitet, den Diskussionsprozeß mit beeinflußt, Erfahrungen macht, lernt. Es hat sich gezeigt, daß das nicht geht... Daß der einzelne die legale Arbeit nicht mit der illegalen verbinden kann.“

(Rote Armee Fraktion: Das Konzept Stadtguerilla, zit. der Tarnschrift: D.B. Rjezanov: Zur Frage des Verhältnisses von Marx zu Blanqui, Graz, o.J., S. 37)

♦♦♦

„Anders ist es in der Großstadt. Sie bietet alle erforderlichen Versorgungsgüter in einer Weise an, die es nicht erforderlich macht, daß die Partisaneneinheiten aus ihrer Anonymität hervortreten... Sie sind von der Haltung der nicht unmittelbar beteiligten Bevölkerung weitgehend unabhängig... Wir müssen also einen Angriff unternehmen, um das revolutionäre Bewußtsein der Massen zu wecken... Die Bomben gegen den Unterdrückungsapparat schmeißen wir auch in das Bewußtsein der Massen.“
(Kollektiv RAF: Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa, zit. nach ebenda, S. 72, 101-102)

♦♦♦

„Wir haben die falsche Faszination, die Illegalität hat, unterschätzt. Wir haben die Verbindlichkeit, mit der einige Organisationen arbeiten, überschätzt. Das heißt, wir haben nicht alle Implikationen der Studentenbewegung als einer Bewegung relativ Privilegierter berücksichtigt, nicht genug beachtet, daß für viele und wie viele von der Politisierung der Jahre 67/68 nicht mehr übrig geblieben ist als eine neue Möglichkeit, sich zu privilegieren... Marxismus als Inventarstück intellektuellen Wohl- und Besitzstandes, erworben aufgrund von Privilegierung, nicht sozialisiert, um dem Volk zu dienen.“

(Rote Armee Fraktion: Stadtguerilla und Klassenkampf, zit. nach ebenda, S. 164-165)

Ein häufiger Einwand gegen die bisherigen Artikel, von Genossinnen und Genossen vorgebracht, die ich sehr schätze, lautet: du hast ja recht in Sachen Gehirnwäsche und Verrat. Aber wir vermissen, abgesehen von

hat es bei der RAF nie gemangelt; die Analyse beispielsweise des Verhältnisses von Kapitalstrategie und Chemiearbeiterstreik 1971 ist lediglich genauer, konsequenter, praktischer auf die Frage von leninistisch organisierter Gegenmacht konzentriert als

Ein häufiger Einwand gegen die bisherigen Artikel, von Genossinnen und Genossen vorgebracht, die ich sehr schätze, lautet: du hast ja recht in Sachen Gehirnwäsche und Verrat. Aber wir vermissen, abgesehen von deiner Kritik an der Schleyer-Entführung, eine solidarische Auseinandersetzung mit den Fehlern, die die RAF-Genossen gemacht haben; der Kampf gegen die staatschützerischen Entsolidarisierer darf nicht die öffentliche Bemängelung der praktisch-politischen Schwächen der Rote Armee Fraktion zur Folge haben. Und zwar allein schon deshalb nicht, weil es in allen Phasen der RAF-Geschichte auch kritische Alternativen auf der Ebene des bewaffneten Widerstands gegeben hat.

Diese Kritik den ersten beiden Artikeln gegenüber ist sicher richtig. Gleichwohl werde ich alle enttäuschen, die nun eine wie solidarisch auch immer gemeinte Auflistung von Sündenregistern erwarten. Dazu bin ich nicht berechtigt. Mit der links-intellektuellen Attitüde, von der hohen Werte einer scheinbar lückenlosen Theorie Lob und Tadel zu verteilen, habe ich längst gebrochen. Ich kann nur noch als Zeitgenosse schreiben, als Teilnehmer und Produkt der sozialen Massenbewegung der sechziger und siebziger Jahre über die historische Bedeutung eines sozialrevolutionären fraktionellen Ansatzes kritisch nachdenken, der seinerseits Produkt der Stärken und Schwächen des großen Aufbruchs von 1966/67 war.

Ich bin also außerstande, die gängigen Kritikpunkte an der RAF aus dem Zusammenhang der vergangenen zwölf Jahre westdeutscher und westberliner Geschichte herauszulösen. Das von Rabehl und Co. wiederaufgewärmte Argument der neoleninistischen Aufbaugruppen von 1970 bis 1974/75, die RAF sei durch ihre Abkehr vom Marxismus-Leninismus zur „reaktionären Revolte“ verkommen, wird allein schon durch einen oberflächlichen Blick in die RAF-Schriften widerlegt. An marxistisch-leninistischer Diktion und Argumentation

hat es bei der RAF nie gemangelt; die Analyse beispielsweise des Verhältnisses von Kapitalstrategie und Chemiearbeiterstreik 1971 ist lediglich genauer, konsequenter, praktischer auf die Frage von leninistisch organisierter Gegenmacht konzentriert als die meisten Statements des damaligen neoleninistischen Blätterwalds (1). Gegenstandslos ist für mich auch der Verriß der RAF-These vom „neuen Faschismus“ in der BRD. Es ist dem nur zuzustimmen, freilich verschärfend und präzisierend: nichts daran ist neu, wir leben in einer spät-nazistischen Gesellschaft mit pseudoparlamentarischem Überbau und verfeinerten Technologien im Verhältnis von sozialer „Ausmerze“ und „Auslese“; wir haben eine terroristisch hierarchisierte Leistungsgesellschaft über uns, in der das sozialpolitische Zerbrennen von Persönlichkeit auf eine Art betrieben wird, wie sie haargenau den nazistischen Planern einer „europäischen Leistungsgemeinschaft“ vorschwebte (2). Bewußt irreführend finde ich schließlich den Vorwurf, die Gefangenen der RAF hätten ihr Haftschicksal instrumentalisiert, um damit die Linken zur Identifikation zu zwingen. Die Wahrheit ist anders. Die Kampagne gegen die Isolationsfolter ging 1973/74 vom völligen Bruch mit der legalen Linken aus. Sie transportierte nichts mehr über die tatsächlichen Leiden der RAF-Gefangenen und die konkreten Zustände in den Sondertraktaten, weil sie nicht mehr an die gemeinsamen solidarisierenden Stränge zur APO-Geschichte glaubte. Sie zielte stattdessen auf eine neue Guerilla zur Befreiung der Guerilla, und war insofern nur konsequent, als sie einen wechselseitigen Bruch zwischen Massenbewegung und Guerilla zum Ausgangspunkt nahm und von sich aus ausbaute. Zweifellos waren die Folgen katastrophal, und darüber ist weiter unten zu reden. Nur sollte die Entsolidarisierungslinke, die sich in Gestalt der Fichter und Rabehl ja gegenwärtig nur zu einem Schlußangriff sammelt, bedenken, daß zumindest sie gar nicht mehr gemeint war. Was in ihrer Denunziation der Hungerstreiks noch hochkam, war

nur noch die Kehrseite der Medaille, mit ein paar Verdrängungsfloskeln gegenüber der Ungeheuerlichkeit der reformierten Prototypen von heutigem Konzentrationslager ausgestattet.

Ich weigere mich also, mich mit den eingefahrenen Rastern der Auseinandersetzung zu identifizieren. Ich suche meine Argumente auf einer Ebene, die der historischen Bedeutung der RAF gerecht zu werden sucht, indem sie sich an den seit Anfang der siebziger Jahre möglichen Alternativen orientiert. In diesem Sinn sind die Zitate aus den wichtigsten RAF-Statements zu Anfang dieses Artikels zu verstehen: warum gingen Massenbewegung und Stadtguerilla auseinander? Warum kam es zum Bruch? War er wirklich unvermeidlich? Gibt es historische Lehren, die den Heroismus der RAF angesichts der Borniertheit der „legal-marxistischen“ Interpreten einer seit Anfang der siebziger Jahre doch erst in die Breite gehenden Massenbewegung teilweise rechtfertigen? Wo hat, um es zugespitzt zu formulieren, die RAF recht gehabt, und nicht wir;

ver, Sozialistisches Patientenkollektiv in Heidelberg. Genauso vielfältig waren ihre Aktionen: Transporte und Papierbeschaffung für desertierte GI's und Bundeswehrsoldaten, Sprengstoffanschläge auf Einrichtungen und Depots der Besatzungsmächte, Aktionen gegen Erziehungsheime und Knäste, Angriffe auf die psychiatrischen Krankenhäuser, Zerstörung von Rüstungsproduktion für die portugiesische Kolonialmacht, Ausräumen von Generalkonsulaten terroristischer Regimes, Klauen und Veröffentlichungen von Geheimdokumenten, Lahmlegen des Fahndungsapparates der Polizei, Geldbeschaffung für Alternativprojekte. In diesen Jahren war die Subversionsmentalität noch allgemeiner Bestandteil der Bewegung, wenn auch nicht ihrer selbsternannten Studentenavantgarden; auch die einkommenslosen Studenten eigneten sich gemeinsam an, was sie brauchten; ihre Gegenkultur stimmte in vielem mit dem Verhalten der subproletarischen Jugend der Vorstädte überein. Das „Agit 883“ der ersten drei Redaktionen (3) wurde durchaus auch von den Gangs

richteten Arbeiterbewegung. Sie waren angewidert von der Korruption und Engstirnigkeit, die sich unter ihresgleichen beim traurigen Marsch in die akademischen Planstellen des Regimes zunehmend ausbreitete. Sie hatten den drohenden Untergang der Massenbewegung vor Augen: ihre Kanalisation in sozialliberale „Reformen“, die einzig darauf ausgingen, in Familie, Gemeinde, Fabrik, Schule, Knast, Psychiatrie und Medien die Techniken der Sozialkontrolle zu verfeinern und alle Tendenzen zur sozialen Selbstbestimmung jenseits der Arbeitsmoral der spätkapitalistischen Massengesellschaft zu beseitigen.

Daß es der RAF in dieser Phase genau darum ging, muß jeder vorurteilslose Leser ihrer Schriften von 1970/71 anerkennen. Sie lesen sich allesamt als flammende Appelle an die sich auf den „langen Marsch“ durch Gewerkschafts-, Sozial- und Hochschulbürokratie rüstenden Avantgarden der Bewegung, sich nicht vom noch unstrukturierten wie gewalttätigen Protest der Arbeiterjugend, der proletarischen Frauen, Psychiatrierten und Sozialhilfeempfänger



und wo lag sie, die Trennung von der Massenbewegung von sich aus beschleunigend, falsch? Wo sind die Ansatzpunkte, von denen aus versucht werden könnte, den schleichenden Auflösungsprozeß einer weitgehend entwaffneten und demoralisierten linken Szene aufzuhalten? Ich behaupte: wir haben die Auseinandersetzung mit der RAF den staatschutzsozialistischen Entsolidarisierern überlassen, weil wir uns nur allzu bereitwillig vor den entscheidenden subjektiven Voraussetzungen der sozialrevolutionären Alternative drücken. In Zeiten der Krise des Widerstands und der verschärften Verfolgung geht es allemal auch um die eigene Person, wenn über die Rolle von Moral und Verantwortung in Theorie und Praxis diskutiert wird.

1.

Die Rote Armee Fraktion ist 1969/70 aus den radikalen Basisströmungen der APO entstanden. Sie war, genauso wie andere subversive Ansätze dieser Zeit, das notwendige Resultat zweier Angriffe auf den Massenprotest dieser Jahre: erstens des sozialliberalen Einkreisungsmanövers von oben, das den permanenten Ausnahmezustand gegen alle Formen der Leistungsverweigerung ausgerufen und mit Integrationstaktiken gegenüber den privilegierten Schichten des Massenprotestes verbunden hatte; zweitens der marxistisch-leninistisch verbrämten Abkehr des studentischen Teils der Bewegung von seinen subversiven und systemsprengenden Kampf- und Verhaltensweisen an der Basis. Diese Basisströmungen hatten viele Namen und operierten an vielen Orten: umherschweifende Haschrebellen in Westberlin, Black Panther Komitees im Raum Frankfurt, Weiße Rose und Deserteurguppen im Raum Hamburg und Hanno-

ver und in den Jugendzentren der Trabantstädte gelesen. Die APO war noch nicht auf dem Trip von Selbstghettoisierung plus behördengelenkter Sozialarbeit.

Freilich: gegen all diese authentischen Ansätze von subversiver Gegenmacht arbeitete die Zeit. Während sich die sozialliberale Amnestie für mehrere hundert radikale Studenten der ersten APO-Welle abzeichnete und für Hunderttausende von Schülern und Studenten das trojanische Pferd der Bildungs- und Hochschulreform gezimmert wurde, schlug der Notstands-Polizeistaat immer präziser und erbarmungsloser einige Etagen tiefer zu. Die Sondereinheiten, die damals aus Rauschgift-, Rockerdezernaten und politischer Polizei zusammengestellt wurden, griffen Woche für Woche die sich immer mehr ausbreitenden Freiräume der subproletarischen und proletarisierten Leistungsverweigerer an. Während die gerade noch einmal verschonten mittelständischen Avantgarden der Revolte ihr Heil in der jenseits ihrer persönlichen Emanzipation liegenden Organisation des Bewußtseins fürs Proletariat suchten, wurde die Luft für all die Tendenzen knapp, die sich wirklich proletarisch-leistungsverweigernd bewegten und reproduzierten. Das war vor allem den wenigen intellektuellen Aktivisten der ersten Revoltephase bewußt, die sich entgegen dem allgemeinen Trend von den jetzt boomenden Theoriezirkeln lösten und zur fortschwellenden Renitenz im unanständig werdenden Souterain der Bewegung stießen. Für sie war gerade angesichts der unter-schwelligsten Ausbreitung der bislang bedeutendsten Revolte gegen die Fortdauer der nazistischen Leistungsgesellschaft bis hin zu den Metall- und Chemiearbeitern keine Zeit für langatmige Dogmenstreite um die Wiedererweckung einer zugrundege-

ger loszueisen. Die RAF ging wie alle anderen subversiven Gruppen der zweiten APO-Welle anfänglich von einem Konzept der sozialen Revolutionierung von unten aus. Das Subproletariat und die proletarischen Frauen „werden die Führung übernehmen“: die Befreiung Baaders aus der Haft galt als bewußter Bruch, als Versuch, durch den Aufbau bewaffneter Kerne dem ambivalenten und von den studentischen Avantgarden verlassenen sozialen Protest von ganz unten eine neue Stütze zu geben. Bevor sie sich von den anderen subversiven Gruppen absetzte und ihren Hegemonieanspruch anmeldete, verfolgte die RAF also zweierlei: die Stabilisierung des Massenprotestes von unten, und die Rückeroberung der in Reform- und Proletariatsmythen abdriftenden privilegierten Schichten der außerparlamentarischen Bewegung.

2.

Wir wissen, daß die Mehrheit der RAF dieses Konzept schnell aufgab. Und zwar, wie sie selbst publizierte, aus zwei Gründen: wegen der zunehmenden Effektivität der politischen Polizei, die sich über Zielfahndung, Spitzel und Verrat zwischen offen und verdeckt arbeitende Gruppen geschoben habe (4); aber auch in Reaktion auf die Wankelmütigkeit der Linken, die den „Marxismus“ mehr und mehr als „Inventarstück intellektuellen Wohl- und Besitzstandes“ betrachte, „erworben aufgrund von Privilegierung, nicht sozialisiert, um dem Volk zu dienen“. Wer selbstkritisch auf die Jahre 1970 bis 1972 zurückblickt, muß zugeben, daß diese Behauptung weitgehend den Tatsachen entspricht. Freilich sind diese Tatsachen nicht nur den Umständen effektiver gewordener Fahndung und Verfolgung und der wortreich ge-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von S. 60

rechtfertigten Befriedung der Mehrheit der selbsternannten Avantgarde der neuen Linken anzulasten. Es lag auch an dem merkwürdigen Endzeitbewußtsein der RAF selbst, das sie für Rückschläge von beiden Seiten so anfällig machte – eine eschatologische (auf das Endschicksal gerichtete, Anm. AK) Stimmung, die ja weit über die RAF hinaus verbreitet war. Die Massenbewegung schien 1970-72 wirklich am Ende zu sein. Der Polizeistaatsangriff auf ihre erhobten Freiräume hatte die Frage nach Rückzugsgebieten mit minimalen sozialen Sicherheiten überaus akut werden lassen. Die Alternativpressen, Wohngemeinschaften, Jugendzentren und besetzten Häuser waren Objekte dauernder Polizeirazzien, und ständig flogen die darin untergekommenen illegalen, Deserteure und Heimflüchtlinge auf. Ich erinnere mich noch genau, welche Verheißungen es waren, denen zuliebe die Anarchos, Provos und Politrockers aller sozialen Schichten ihre Haschpfeifen und Glasperlenketten ablegten, um in die garantierte Langfristigkeit marxistisch-leninistischer, trotzkistischer oder auch dogmatisch-anarchistischer Aufbauarbeit jenseits aller geschichtlichen Wirklichkeit einzusteigen. Wer dem nicht traute, war schnell angesichts der forcierten Verfolgung seiner neuen Identität auf die Frage des illegalen städtischen Widerstands zurückgeworfen. Andere Versuche, die antiautoritäre Verweigerung mit einer Mobilisierung der Fremdarbeiter zu verknüpfen, gingen von völlig identischen Erfahrungen aus. Ob so oder so: die Massenbewegung driftete innerhalb von Monaten auseinander. Ihre Fragmente zogen allesamt nur Teilwahrheiten des Massenprotests mit sich fort und verdamnten den Rest des zerfallenden Ganzen: die einen kannten nur noch die proletarische Organisationsfrage, die Re-Disziplinierung durch Fabrikarbeit und das Übergangsprogramm; die anderen wurden zu Spezialisten der Subversion und Bewaffnung; die dritten zu Aposteln einer westeuropäischen Massenarbeiterkampagne.

Zweifelloso war das Endzeitbewußtsein der RAF echt und wahrhaftig: es drückte eine durchaus realistische Einschätzung der Lage aus. Aber es hat sie ihrerseits nicht vor einer Einengung des Horizonts bewahrt. Ihre Antwort auf die Krise der zweiten APO-Welle war einseitig wie alle anderen Lösungsversuche auch. Sie hatte allerdings den meisten anderen gegenüber eine erstaunliche moralische Integrität voraus, und das zählt gewaltig. Sie war kompromißlos gegenüber dem sozialliberalen Roll back, das sie in seinen aktuellen – leider nicht in den historischen – Angriffspunkten weitgehend durchschaute. Entmutigt von den ersten Rückschlägen (Zusammenbruch der Initiativen in den Trabanten ghettos und der Anti-Jugendknastbewegung; Urbach-Affäre, Ruhland-Verrat), stieg sie aus den Halbheiten und Brüchen der antiautoritär-subversiven Szene aus. Indem die Genossinnen und Genossen der RAF sich bewußt vom Anspruch der antiautoritär-subversiven Szene aus. Indem die Genossinnen und Genossen der RAF sich bewußt vom Anspruch dieser untergründigen Tendenzen lösten, ihre Bedürfnisse nach Selbstbefreiung in Aktion und Organisation einzubringen, gaben sie auch den entscheidenden inneren Kontakt mit der breiten Wirklichkeit antiautoritären Protestverhaltens auf. Zweifelloso ist diese Entscheidung durch das Miterleben des Massakers an der palästinensischen Bevölkerung im Herbst 1970 in Jordanien bestärkt worden. Es ist noch zu früh, um diesen Positionswandel in all seinen Aspekten aufzuarbeiten. Fest steht heute jedenfalls, daß die RAF die antiautoritäre Militanz der zweiten APO-Welle in Breite wie Substanz unterschätzt hat, während sie gleichzeitig den sich marxistisch-leninistisch organisierenden Studentenavantgarde einen viel zu großen Respekt zollte. Daß sie seit 1971 stattdessen an die Möglichkeit einer Rekonsolidierung der gesamten APO bis hin zu linkssozialdemokratischen Positionen durch einen großen Gegenschlag gegen die laufende Repressionswelle glaubte. Daß sie sich der trügerischen Hoffnung hingab, in den von ihr angegriffenen Objekten die Gemeinsamkeiten der ersten APO-Phase wiedererwecken zu können: den Widerstand gegen den US-Völkermord in Indochina, gegen Springer, gegen die Notstandsgesetze. Alles, was die RAF sich durch die Ausschließlichkeit ihrer logistischen Aktivitäten in ihren Regionalgruppen endgültig von der dezentralen wie begrenzten Gegengewalt der Basis lösend, 1971/72 unternahm, ging auf ein einziges Ziel: auf den großen Schlag, der die in die Krise geratene Massenbewegung aus den Fängen des Konturen annehmenden Modells Deutschland befreien sollte. Für dieses Ziel forderte sie Disziplin statt phantasievoll-dezentrale Selbstbefreiungskampagnen, gab sie die noch kei-

neswegs zerstörten untergründigen Kommunikationsnetze der selbstorganisierten Basisbewegungen zugunsten des von Manighella entlehnten Guerillakonzeppts auf. Ihre Intervention für eine Ausweitung und Stabilisierung der gesamten sozialen Massenbewegung wurde zum Desaster, weil sie die wirklichen Adressaten nicht mehr erreichte; weil sie die nach dem Scheitern der großen antiimperialistischen Gesten einsetzende selbstkritisch-genaue Reflexion der ersten Rückschläge beim antiautoritären „Gang ins Volk“ fälschlich mit den leeren Führungsansprüchen der jetzt neoleninistischen auftrumpfenden Studentenavantgarde gleichsetzte. Statt einer dezentralisierten, das Wie der Gegengewalt detailliert abwägenden, praktisch wie analytisch genau werdenden und mit der Verweigerungshaltung der Basis verbundenen Untergrundbewegung erlebten wir die heroischen Schläge einer antiimperialistischen Guerilla, die sich auf die Wiederbelebung einer längst weitergetriebenen und aufgespaltenen Phase des Massenprotests ausgerichtet hatte.

3.

Wenige Wochen nach ihrem heroischen Mai 1972 saß die Mehrheit der Rote Armee Fraktion in Haft. Sie hatte für ihren Versuch, antiimperialistische Bomben ins Bewußtsein der Linken (nicht mehr: der Massen!) zu schleusen, teuer bezahlt. Die große Mehrheit dieser Linken war außerstande, die Rückwirkungen der ungleichzeitigen Aktion einer bewaffneten Minderheit auf sich zu begreifen. Lediglich für die traditionell-linksozialistischen Gruppen in der Umgebung des SB war die Sache klar, klar bis hin zum Verrat an Ulrike Meinhof, bis hin zum denunziatorischen Kommentar eines Blanke auf den Tod von Holger Meins (5), bis hin zur antiterroristischen Kampagne der Fichter und Rabehl in unseren Tagen. In ihrer Hilflosigkeit begaben sich die meisten Aufbaugruppen in dieses Schlepptau. Wer heute ihre Flugblätter und Broschüren von damals durchliest, bekommt das kalte Grausen. Jeder, der die linken Interna dieser Jahre kennt, wird, wenn er ehrlich ist, bestätigen, was ich hier feststelle: das Phänomen RAF wurde diffamatorisch bewältigt, beseitigt wie lästiger Abfall. Dem heroischen Antriebe, der sich, wie falsch auch immer, auf die Krisen und Halbheiten unserer eigenen Ansätze bezog, wurde auf kleinliche und feige Art die Größe seiner Legitimation entzogen. Und das in einer Situation, wo die geheimen Infas-Umfragen des Regimes eindeutig zeigten, daß sich die proletarische Jugend durchaus mit der Kompromißlosigkeit des Angriffs identifizierte, aber nicht wußte, wie sie daraus für sich Kapital schlagen und für ihre eigenen Interessen weitermachen sollte. Niemand hat damals innerhalb des legalen-halblegalen Spektrums der neuen Linken selbstkritisch vor der eigenen Tür gekehrt und sich die Frage gestellt, inwieweit die RAF die eigene Selbstkritik vor der eigenen Tür gekehrt und sich die Frage gestellt, warum es als Antwort auf die Substanzlosigkeit der marxistisch-leninistischen, trotzkistischen und dogmatisch-anarchistischen Wiedererweckungsbewegungen geradezu zu einem derart abgehobenen global-antiimperialistischen Furore hatte kommen müssen. Stattdessen wurden allenthalben die letzten Kommunikationsreste gekappt, wurden die noch vorhandenen subversiven Komponenten des Gangs in die Arbeiterklasse zum langen Marsch in die Kontrollinstanzen über das Proletariat verkehrt, wurde Abstand genommen von allem, was nach Unordnung und Politrockers roch. Die Leistungsverweigerung als der entscheidende Inhalt der Revolte gegen nazistische Kontinuität wurde ins Abseits gedrängt. Während das Regime zur gezielten Arbeitslosigkeit in allen Sektoren sozialer Aufässigkeit griff, feierte sein gewichtigstes Disziplinierungsinstrument, das „Recht“ auf zerstörerische „Arbeit“ in der Linken endgültig wieder Urstand. In fast allen Großstädten wurden die jugendlich-subproletarischen Verweigerungstendenzen aus den Aufbaubewegungen ausgeschaltet. Die Ausnahmen, wo undogmatische Organisationsinitiativen wenigstens so etwas wie alternative Ghettos stabilisierten, können an den Fingern einer Hand abgezählt werden. Aber auf keinen Fall sind in diesen Monaten, von den antiautoritären Fraktionen des Untergrunds teilweise abgesehen, nennenswerte Konsequenzen aus diesem schweren Rückschlag gezogen worden: die Zurückweisung des globalen Antiimperialismus der RAF, aber gleichzeitig die Weiterentwicklung der Rückgewinnung von kollektiver Identität, der sozialen Eroberung von Einkommen ohne Arbeit, des Klein-

kriegs gegen die despotische Fabrikarbeit, der Abklärung des Verhältnisses von sozialer Befreiung und Gewalt, der Verschmelzung von offener Masseninitiative und subversiven Kampfformen. Als Antwort auf den bis in die letzten Winkel von Fabrik und Stadtteil sich vorschleibenden Belagerungszustand sind den meisten von uns nur noch alte Klammotten eingefallen. Wir hatten das Recht verwirrt, den Import von immerhin aktuelleren Methoden der Guerilla aus den drei Kontinenten zu bejammern.

4.

Und dann haben wir ganz schön lange die Augen vor den Berichten darüber zugemacht, wie vom Staatsschutz in den Knästen mit den RAF-Gefangenen umgesprungen wurde. Seit 1972 ist die BRD/Westberlin ein Land, in dem durch Isolation

und Rekonstruktion der Guerilla. Selbstkritik und Reflexion über die Grenzen emanzipatorischer Gewalt waren ausgeschaltet. Die zweite RAF-Generation bescherte uns eine Neuauflage jener russischen Necajewzina (6), an der die sozialrevolutionäre Bewegung gegen die zaristische Autokratie ein Jahrhundert vorher beinahe zugrundegegangen war (7). Das antiimperialistische Szenario von Flugzeugentführung und Attentaten wurde immer mehr in die Politik der Geheimdienste der mittelöstlichen „Zurückweisungsfront“ (8) und einiger längst in der eignen Widerstandsbewegung isolierter palästinensischer Splittergruppen eingebaut. Erst in jüngster Zeit scheint bei Teilen des Untergrunds ein ernsthafter Reflexionsprozeß darüber eingesetzt zu haben, daß die Gleichsetzung der wirklich grotesken Korruption der sich re-institutionalisierenden und selbst-ghettoisierenden Linken



gefoltert wird. Was mit Werner Hoppe, Ulrike Meinhof und Astrid Proll – um nur ein paar Namen zu nennen – zwischen 1972 und 1974 passierte, war in der Tat sensorische Deprivation, Vernichtungshaft. Jeder, der es wissen wollte, konnte sich in diesen Jahren darüber informieren. Aber die meisten von uns haben die grauenhaften Berichte der Anwälte und Angehörigen glatt verdrängt, sie sind den Dementis der Staatsschutzbehörden und der Medien hülfend nachgegangen. Wir haben die Verbindung der politischen Sonderhaft mit dem „reformierten“ C-Vollzug der Sondertrakte zur heutigen Stufe des Experimental-KZs nicht wahrhaben wollen, genauso wie wir unsere Mitverantwortung am Scheitern der RAF von uns abgeschoben hatten. Wir haben die RAF-Gefangenen 1972-1974/75 ihrem Schicksal überlassen, der aberwitzigen Illusion aufsitzen, daß das, was wir nicht wahrhaben wollen, in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit auch tatsächlich nicht vorkomme. Ich glaube, die RAF-Gefangenen haben das klar erkannt. Damit sind die Konsequenzen noch lange nicht akzeptabel, die sie aus dieser bitteren Einsicht gezogen haben.

Auf jeden Fall kam, was kommen mußte. Eine Kampagne gegen die Isolationshaft, in der nicht mehr von konkreten Menschen, sondern von abstrakten antiimperialistischen Kämpfern die Rede war. Eine Prozeßwelle, in der die Angeklagten nicht mehr über sich selber, über ihre Beziehung zum großen Aufbruch 1966/67, über ihre Strategie und über ihre Moral Auskunft gaben, weil, beschleunigt durch die Isolationsfolgen, für sie die wirklichen gesellschaftlichen Zustände auf eine Konfrontation mit dem Staatsschutz zusammengekrümpt waren. Eine zweite schweigende RAF-Generation ging in die Startlöcher, die entscheidend von den Erfahrungen und Verhaltensweisen dieser Inhaftierten geprägt war. Sie setzte sich nur noch ein Ziel: die Befreiung der inhaftierten RAF-Gefangenen. Die Massenbewegung galt ihr nichts mehr mitsamt ihren neu aufkeimenden Initiativen, die, beim organisierten Gang ins Volk selbst mehr und mehr sozial abgestiegen, jenseits der Schablonen der kompromittierten Avantgarde der Revolte neue Gemeinsamkeiten zwischen den eignen und den Lebensbedürfnissen der Massen entdeckten. Es ist sicher wahr, daß es für die Militanten der dritten RAF-Kampagne keine moralisch-kritische Instanz in diesen Land mehr gab, vor der sie sich rechtfertigen zu müssen glaubten. Die Massenbewegung hatte sich 1972 nicht mitreißen lassen. Sie hatte den shoot out und den Qualen der Isolation passiv ängstlich zugeschaut. Die Guerilla der Jahre 1975 bis 1977 diente nur noch der Ret-

durchgemacht haben, nicht immer vollständig verfolgt. Ich beschränke mich bewußt auf eine Anregung der Diskussion.

Erstens: Endzeitbewußtsein. Die RAF-Genossinnen und -Genossen waren sich in einer Situation, wo nach dem ersten großen Rückschlag die falschen Parolen vom „langen Marsch durch die Institutionen“ umgingen, in ungeheurer Schärfe des Zeitfaktors bewußt, der die Perspektive der Massenbewegung in Frage stellte. Sie waren sich klar darüber, daß die Machtstrukturen des spätkapitalistischen Regimes noch lange nicht erschüttert waren, als der erste Ansturm der Massenrevolte verhebrte: der Moloch würde alles zermalmen, was ihn von innen heraus „demokratisieren“ wollte. Sie erkannten also, daß das aufkommende sozialliberale Dispositiv eine ungeheure Integrationskraft auf Zeit zu mobilisieren vermochte, und zwar in Gestalt seiner scheinbar reformerischen Komponenten. Sie erlebten mit, wie die schon immer oberflächliche Einheit des Protests, kaum artikuliert, schrittweise aufgebrochen und gegeneinander ausgespielt wurde. Im Gegensatz zur Parole hatte das spätkapitalistische Monstrum zum langen Zerstörungsmarsch durch die neue Linke angesetzt. Dieses Endzeitbewußtsein war echt. Falsch waren die Konsequenzen, die daraus gezogen wurden. Die Hoffnung, durch eine spektakuläre Aktionsphase die aufgebrochene Kluft zwischen den reformerisch vereinnahmten Mittelklassen und den Objekten von Krisen- und Polizeistaatsangriff weiter unten kitten zu können, war trügerisch. Konsequenter wäre eine Abkehr von den sich abhebenden doktrinarischen Aufbaugruppen und eine systematische praktisch-analytische Orientierung an der Arbeiterjugend, den proletarischen Frauen, den Arbeitsemigranten und den „asozialen“ Leistungsverweigerern aller Schichten gewesen, um den Widerstand gegen den sich rekonstituierenden Spätnazismus zu stabilisieren. Die Verschmelzung von Widerstand und offener Massenbewegung war schon 1971/72 vordringlich, nicht erst heute, wo das buchstäblich Mördersche des sozialliberalen Akkumulationsfetischs in Gestalt des Atomstaats in das Denken und Handeln der Massen einzudringen beginnt.

Trotz dieses tragischen Irrtums bleibt der Bruch mit der opportunistischen Theorie des Abwartens und der kleinen Demokratisierungsschritte in einem Land des nazifizierten Machtstaats eine ungeheure Leistung, die historisch bahnbrechend gewesen ist. Mit ihrer Politik liquidierte die RAF ein für allemal die Kontinuität aller wie auch immer gearteten Volksstaats-Illusionen in der modernen deutschen Sozialgeschichte. Die Staatssozialisten-Philister aller Couleur schreien gerade deshalb Zeter und Mordio, weil seit der RAF und seit der Staatsschutzoffensive gegen sie ein status quo zwischen dem Machtstaat und der Massenbewegung undenkbar geworden ist, gegen sie ein status quo zwischen dem Machtstaat und der Massenbewegung undenkbar geworden ist. Die Gleichung Opportunismus = Verrat ist wieder lesbar geworden in einem Land, in dem Verrat und Denunziation seit jeher als höchste Tugenden gefeiert werden.

Zweitens: Moralische Integrität. Die Genossinnen und Genossen der RAF haben ihre Identität kompromißlos ihrem politischen Ziel verpflichtet. Sie haben vieles von dem, was in dieser Gesellschaft an individueller Kompensation für die Zerstörung der Persönlichkeit zur abstrakten Arbeitskraft zu haben ist: Sozialprestige, Bereicherung, konsumgelenkte Bedürfnisbefriedigung, an sich selbst bekämpft. Ihre gegenseitige Kritik war schneidend, offen, schonungslos bis hin zur erbarmungslosen Kälte. Was ich trotz dieser oft ins Maßlose umschlagenden Härte als Tendenz zur Aneignung von moralischer Identität in den Reihen der RAF bezeichne, war die Proklamierung des Subjekts als militanter Träger der Revolution. Zweifelloso war dieses neue Subjekt in sich gebrochen, zwiespältig; es wäre unehrlich, würden diese Schattenseiten verschwiegen. Der Akt der Befreiung zum selbstbewußten Menschen, der unter den herrschenden Gewaltverhältnissen zweifellos in jeder Widerstandshaltung steckt, wurde einseitig zum Motor revolutionärer Dynamik stilisiert und gewann die Oberhand über die gleichermaßen auszugestaltende persönliche Vielfalt. Daß das geschah, war nicht nur den Zwängen gigantischer Verfolgung geschuldet, sondern war antizipiert in Entscheidungsprozessen. Eine Widerstandsgruppe, die darauf verzichtet, zumindest partiell in die ja noch existierende Massenbewegung zurückzukehren, verselbstständigt den sich befreienden Anpassungsverweigerer schnell zum reinen Kämpfer. Das ist in der Geschichte der RAF die bittere Kehrseite des

Fortsetzung nächste Seite

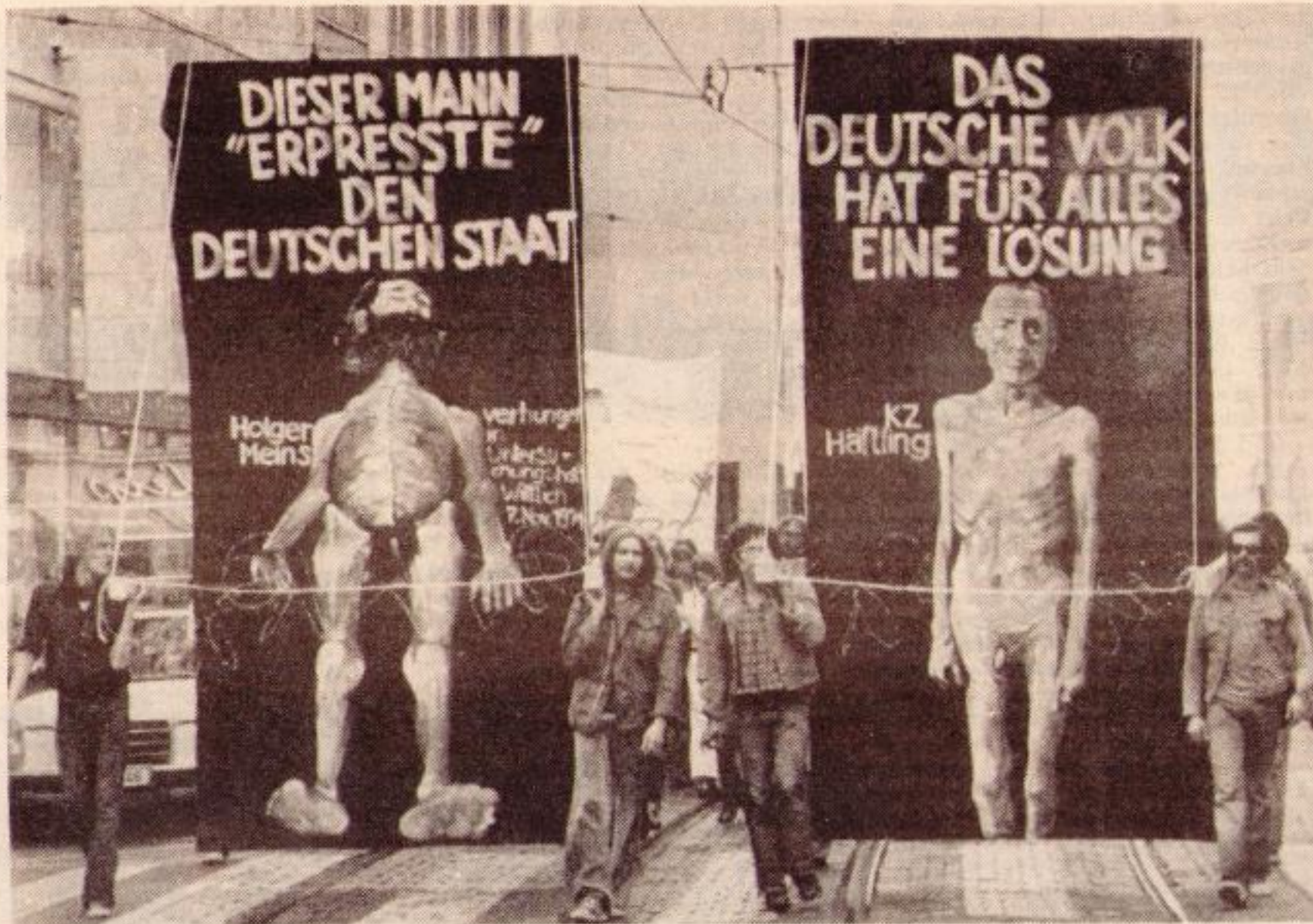
Fortsetzung von S. 61

einzigartigen Verzichts auf alle kompensatorischen Halbheiten und Dogmengebäude, die die subjektive Verantwortung gegenüber den sozialen Zuständen und den noch stärker Unterdrückten den berückichtigten „objektiven Gesetzmäßigkeiten“ der kapitalistischen Wachstumsspirale überlassen wollen.

Mußte sich ein derartiger Klärungsprozeß, der die spätnazistischen Alltagsmythen einer sozialstaatlich gefesselten Existenzweise so kompromißlos abstreift, unbedingt total von den unmittelbar-emanzipatorischen Hoffnungen jener sozialen Bewegung absondern, aus der er geboren worden war? Ich glaube nicht. Die RAF hat viel zu früh die Schotten dichtgemacht. Sie hat die Möglichkeiten unterschätzt, die eine massenhafte Auseinandersetzung über den Zusammenhang von moralischer Identität und Widerstandsbereitschaft für ihre Initiative zur Entfaltung der Persönlichkeit des revolutionären Militanten hätte haben können. Ihre Weigerung, die massenhaften antiautoritären Erfahrungen in ihre Organisationsdebatten einzubeziehen, hat sich bitter gerächt. Die moralische Identität, die sie sich so aneignete, blieb unhistorisch, auf den inneren Gruppenzusammenhang beschränkt, sie wurde schnell abstrakt. Von der Mehrheit der Linken wegen ihrer grundsätzlichen Entscheidung zum kompromißlosen Widerstand gegen die anrollende containment-Welle diffamiert, wurde sie ihrerseits intolerant und diffamatorisch in der Auseinandersetzung mit anders gelagerten Lernprozessen. Sie verlor das Augenmaß und den Respekt Initiativen und Entscheidungen gegenüber, die nicht weniger kompromißlos um ihre Identitätsfindung zwischen Massenbewegung und Widerstand kämpften. Sie unterwarf ihre Kontakte zu den übrigen Linken immer rücksichtsloser taktischen Kriterien.

Politische Ziele, die sich nicht an den konkreten Erfahrungen des Massenwiderstandes orientieren, können auf die Dauer den neuen Menschen frei von Konkurrenz, Leistungsdruck und Aggressivität in seinen Beziehungen zu seinesgleichen nicht konkret werden lassen. Die Einsichten, die die RAF hinsichtlich der Bedeutung der Wiederaneignung des Menschen gegen das anonyme Sozialstaatsatom der heutigen Gesellschaft hatte, sind nicht sehr weit gediehen. Aber es bleiben gigantische Einsichten, erkämpft in einem Meer von restaurierten innerlinken Konkurrenzkämpfen, von wiedererstarkendem Dogmenkult, von ghettoisierter Selbstgefälligkeit. Seit der RAF wird sich niemand mehr, der für die soziale Befreiung eintritt, um die Frage nach seiner Individualität beim Kampf um die Erneuerung und Vermenschlichung dieser jämmerlich zugerichteten Gesellschaft drücken können. Er wird sich vor allem jenem zentralen Problem stellen müssen, an dem die RAF gescheitert ist: der Vermittlung des Feindes aller inneren Hierarchien und fremdbestimmten Leistungsnormen mit dem sich organisierenden Subjekt des Widerstands.

Drittens: Sieg oder Tod. Diese Parole, ohne die bis heute keine einzige sozialrevolutionäre Bewegung von historischer Sprengkraft zustandekommen ist, klingt für deutsche Verhältnisse geradezu unerhört. Aber sie gibt es jetzt, die RAF hat sie als erste hierzulande neu zu formulieren gewagt. Wir sollten uns davor nicht so ohne weiteres schauernd abwenden, sondern die Abwehrmechanismen kritisch hinterfragen. Es ist wahr: wer ohne Siegesperspektive überhaupt nicht mehr weitermachen mag, hält seine Existenz unter den herrschenden Zuständen nicht für lebenswert. Er wirft sein Leben buchstäblich in die Waagschale, den Argumenten zum Trotz, daß es es hierzulande ja noch vergleichsweise gut habe. Das stimmt wahrscheinlich auch, sicher für die meisten, die diesen Artikel demnächst gedruckt in der Hand halten. Aber für alle? Da sind zumindest Zweifel anzumelden. Wie steht es mit den Angehörigen der vielfältigen Isolationsgefängnissen in diesem Land, in den geschlossenen Abteilungen der Landeskrankenhäuser und den Sondertrakten der Gefängnisse, und den Insassen selbst? Für sie ist, allen, auch den linken Verlautbarungen zum Trotz, das Leben schlimmer zugeteilt als den Kettenhunden hierzulande. Und was ist mit den hunderttausenden Menschen, die, als sogenannte Obdachlose, Stadtstreicher, Treiber und Heimkinder sozialisiert, nur eine ausgestoßene Asozialkarriere vor sich haben? Ist der Griff zur harten Droge, unter der arbeitslosen Jugend und den ausgestiegenen oder aufs Studium wartenden Jobbern mehr denn je verbreitet, nicht eine sozialtechnische kontrollierte Ersatzhandlung für genau diese Einsicht? Habt ihr schon einmal mitbekommen,



was viele Frauen aus allen Schichten nach Jahrzehnten des sozial isolierten Kernfamiliendaseins in der Stunde der Wahrheit sagen? Habt ihr schon einmal Umfragen in einem stinknormalen Trabantenghetto der „Neuen Heimat“ gemacht? Habt ihr schon mit Selbstmördern gesprochen, während ihnen zu Bewußtsein kam, daß es nicht geklappt hat? Wißt ihr, was vierzigjährige Arbeiter, magenoperiert, nach der xten Rationalisierungsbedingten Entlassung denken? Auch in der Prostituierten vom Autostrich ist noch so viel Menschenwürde, daß sie, wenn sie nur die leiseste Hoffnung hätte, eine Menge riskieren würde. Sie lebt nicht auf den heroischen Tod, sondern auf den würdigen Untergang in der Gosse, weil sie keine Hoffnung hat. Wer: Sieg oder Tod sagt, hat Hoffnung, obwohl er die Wahrheit begriffen hat. Es gibt zweifellos gerade heute unendliches physisches Elend und Hunger in den drei Kontinenten. Aber die sozial-psychische Verelendung in diesem unseren Land ist einmalig. Genauso einmalig ist freilich, wie selbst wir Linke den Ausverkauf von Menschenwürde an „Arbeitgeber“, an Arbeits- und So-

ausverkauf von Menschenwürde an „Arbeitgeber“, an Arbeits- und Sozialämter, an Leistungskurse und Prüfungen, an geschlossene Altenheime und Anstalten verdrängen. In der antiautoritären Revolte wurde dieses Wissen um die Erbarmlichkeit des mechanisierten Sozialstaatsmenschen ein wenig lebendig. Aber auch die Einsicht, daß es hierzulande besonders gigantischer Anstrengungen bedarf, die irrsinnig aufgehäuften Reichtümer nicht nur anzueignen, sondern nach den Erfordernissen der Rückeroberung von Menschlichkeit umzugestalten.

Es ist wahr: für diese Menschen, nicht für uns, hat die so total bekämpfte RAF-Parole große Bedeutung gehabt. Sie haben ihren Ultimatismus akzeptiert, gerade weil er kompromißlos formuliert war. Der hysterische Antiterrorismus hat daran, so weit ich sehe, nicht viel geändert. Die Hoffnung, die in „Sieg oder Tod“ antizipiert war, sprang nicht über, weil eben nicht die Dimension des Siegs, sondern ein bißchen mehr Tod herauskam. Und zwar ein Tod, der nicht Hoffnung bekräftigte, weil er für die Erniedrigten und Beleidigten dieses sozialliberalen Machtstaats kein Zeugen Tod war. Die RAF hat seit 1970/71 nicht mehr getan oder geschrieben, was sie als Märtyrer der metropoliten Ausgestoßenen ausgewiesen hätte. Sie hat gekämpft und ist gestorben für Unterjochte in der „dritten Welt“, weit weg von hierzulande, oder für sich selbst, für die Befreiung von 129 Gefangenen. Aus ihren Bankenteignungen wurde keine Geldverteilung in den Obdachlosenasylen. Bomben auf das Hauptquartier der US-Army besaßen auch, daß die Sozial- und Steuerämter bis auf weiteres funktionieren. Der Kampf gegen die außerordentliche counterinsurgency ist noch keine Kampagne gegen die ordentliche, kleinliche, gehässige, jede Lebensäußerung zermürbende counterinsurgency des grauen Alltags. Er ist auch eine Geringschätzung der bedrohten Menschenwürde des Nachbarn, der sanierungsbedrohten Arbeiterfamilie, des KKW-bedrohten Bauern, des Schwarzfahrers und der lebensmittelklaubenden Rentnerin von nebenan. Typische Reaktion: für uns lohnt es sich wohl nicht zu siegen oder zu sterben, wir sind wohl völlig abgeschrieben, wa?

Sieg oder Tod ist nur diskutabel, wenn es auf die konkrete Rückerober-

ung von Freiheit und Menschenwürde in jener konkreten Gesellschaft ausgeht, in der wir selber leben. Dann, nur dann, wird diese Parole als Akt der Hoffnung begreifbar und nachvollziehbar. Und Hoffnung wird auch dann nur wirklich transportiert, wenn die Methoden, mittels derer notwendig gewalttätig für den Sieg gestritten wird, sich nicht an die den Ausgebeuteten genauestens bekannten Verfahren staatlicher Gewalttätigkeit angleichen. Den RAF-Genossen hätte zumindest aus ihrer Beschäftigung mit der lateinamerikanischen Guerilla klar sein müssen, daß die Massen verdammt hellhörig sind und in den Arten der Gegengewalt den nächsten despotischen Gesellschaftsorganisator schneller erkennen, als der wahrhaben mag. Über die uruguayischen Tupamaros wurde ja auch im Untergrund fleißig geschrieben. So weit ich weiß, hat sich bis heute niemand Gedanken über die verheerend demoralisierende Wirkung der ersten Geiseltötung der Tupamaros im Jahr 1970 unter den Massen gemacht. (9)

Viertens: Theorie für die Praxis. Ich komme zu dem vielleicht manche verblüffenden Ergebnis, daß in der RAF im Kern eine Menge angelegt war, um aus der APO-R e v o l u t i o n die Initiative für eine konsequente wie überfällige R e v o l u t i o n gegen die verfeinerte Fortdauer des nationalsozialistischen „Ausmerze“- und „Auslese“-Fanatismus zu ergreifen. Ihr Endzeitbewußtsein war echt. Sie hatte die ersten Schritte vom objektivistischen linken Dogmenstreit zur Rückeroberung des revolutionären Subjekts hinter sich gebracht. Sie hatte sich auf Sieg oder Tod verpflichtet, und damit signalisiert, daß sie es mit der sozialen Befreiung ernst meinte. Und dennoch ist sie gescheitert. Ich habe gezeigt, wie ungeheuer groß der Anteil der neuen Linken an diesem Scheitern war. Aufzuklären bleibt noch, wie es um diejenigen stand, denen zu dienen die RAF ursprünglich ausgezogen war. Warum ist das Motto: Dem Volke dienen, von der RAF so wenig konkret und so abstrakt-antimperialistisch eingelöst worden?

Ohne Zweifel enthalten die RAF-Schriften bis 1972 eine Menge Gesellschaftsanalyse, wenn man einmal von der apologetisch-leninistischen Schrift „Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa“ absieht. Aber diese Analyse blieb immer punktuell, journalistisch, unfertig und unzusammenhängend, weil sie ausschließlich auf die Auseinandersetzung mit der neuen Linken konzentriert war. Der Bruch, mit der pseudomarxistisch-objektivistischen Klassentheorie blieb unvollständig. Von den Ausgangspunkten, der Aneignung von moralischer Identität angesichts der Krise der Massenbewegung, ging es nie weiter. Die Konzeption schien immer darauf beschränkt, praktische-politische Entscheidung des Interventionsansatzes RAF zu legitimieren. Als sie sich schließlich von der passiv gebliebenen Linken abwandte, beschränkte sie die Rechtfertigung ihres Konzepts immer mehr auf den Nachweis des westdeutschen Staatsschutzes als Teil der globalen counterinsurgency. Hierin lag, so glaube ich, das entscheidende Dilemma: daß sich die Militanten der RAF nie ernsthaft-selbstkritisch mit dem aktuellen Stand und den aktuellen Brüchen in den Unangepaßtheiten der proletarisch-subproletarischen Vielfalt in diesem Land in Beziehung

setzten. Daß sie nicht auf das geradezu historische Dilemma aller sozialrevolutionären Initiativen in der BRD und Westberlin stießen: die Bedeutung und die Begrenztheiten der weiterschwellenden Massenbewegung gegen eine linke Theorie erst aus der Geschichte des Nationalsozialismus rekonstruieren zu müssen. Die Massenbewegung hatte die Patina der Pseudo-Geschichtslosigkeit des gesamten kapitalistischen Machtsystems einschließlich der in es einverleibten Arbeiterbewegung praktisch angekratzt, aber keinerlei Schritte unternommen, um diesen Bruch mit der Kontinuität von Reichsgruppe Industrie-Bundesverband der deutschen Industrie, DAF-DGB, NS- und bundesdeutscher Sozialpolitik usw. analytisch zu vertiefen. Auch die RAF versagte hier. Auch sie sprach nur vom „neuen Faschismus“ in der BRD, als ob es jemals einen durchschlagenden Bruch mit dem Nationalsozialismus gegeben hätte. Sie blieb wie wir alle analytisch harmlos, oberflächlich, phrasenhaft, statt in die Tiefe zu gehen und die mörderische Zermalmung aller Unangepaßtheiten des Alltags durch die Sozialpo-

litik des Alltags durch die Sozialpolitik des Regimes aufzuschlüsseln. Sie führte keine Diskurse über die Zerstörung aller ihre Selbstbestimmung suchenden Lebenszusammenhänge in Atome von Maximalleistung, Freizeit, Urlaub, Rentnerdasein, über die Bestialitäten der im Nationalsozialismus durchgesetzten Kernfamilie; über die therapeutischen Lager, die eben dieses Monstrum Kernfamilie flankieren, in dem nur noch Arbeitskraft produziert und reproduziert wird, aber nicht mehr gesellschaftliche Vielfalt, soziales Leben. Die RAF begriff, wie wir alle, die absurde Verzahnung von Gesellschaft und kapitalistisch-staatlicher Sozialpolitik nicht, obwohl die Verweigerungsrevolte ein erster praktischer Anlauf gewesen war, um im Niedergang des Wirtschaftswunders Persönlichkeit, Moral, Menschenwürde, gesellschaftliche Selbstbestimmung aus den Klauen kompensatorischer Sozialpolitik zu lösen und neu zu buchstabieren. Sie kapitulierte vor dieser unbegreiflichen Realität, vor dem schwarzen Kasten BRD, indem sie ihn nicht analysierte. Die Theorie war nur für die Praxis da, es wurde nicht zugunsten des analytischen Begreifens auch einmal praktisch experimentiert. Denn es gibt nicht nur kompensatorische Theorie: mit Praxis läßt sich auch der quälende historisch-analytische Zusammenhang zwischen der eignen emanzipatorischen Anstrengung und der Massenwirklichkeit der Ausgebeuteten wegekamotieren (wegzubern, Anm. AK).

So werden kommende Historiker, gerade die sozialrevolutionären, große Schwierigkeiten haben, die RAF als historisch b e w u ß t e Antwort auf die spätnazistische Misere zu rekonstruieren. Sie war, wenn auch kompromißlos revoltierend, ein Teil von ihr, wie wir alle es waren. Vergänglich werden die Versuche sein. Analogien zu den großen sozialrevolutionären Geheimgesellschaften des ausgehenden 19. Jahrhunderts zu finden, in denen sich die exakte Situationsanalyse etwa der Beziehung zwischen traditioneller Gesellschaft und modernisierungswütiger zaristischer Autokratie mit einem kompromißlosen Willen zum Sturz des Regimes und zur alternativen Erneuerung der Gesellschaft von unten verbündete. Der Vergleich mit der „Zemlja Volja“ und „Narodnaja Volja“ wird unterbleiben müssen

(10). In der RAF gab es keinen Kibalcic, der, Bombenspezialist der „Narodnaja Volja“, eine Analyse der Rolle des Staats bei den Modernisierungsversuchen der zaristischen Autokratie schrieb: eine Untersuchung, die, weil sie die Realität genau auf den Begriff brachte (11), das historische Endzeitbewußtsein der „Narodnaja Volja“ vollständig legitimierte (12). Es wird wahrscheinlich keine nachgelassene RAF-Schrift darüber geben, warum angesichts der sozialen Realitäten und der Regime-Krisen 1934, 1936 und 1938/39 aller revolutionäre Widerstand direkt und ausschließlich gegen die Person Hitler hätte gehen müssen; und warum heute, angesichts der fortgeschrittenen arbeitsteiligen Institutionalisierung aller Sozialtechniken, das Attentat auf Personen obsolet (veraltet, Anm. AK) geworden und stattdessen die Zerstörung des Konturen annehmenden Personenkennziffer-Systems des Atomstaats eine von mehreren wesentlichen Vorbedingungen für neue Masseninitiativen ist.

So bleibt, alles in allem, von dem auszugehen, was die RAF in der ersten großen Krise der Massenbewegung hätte sein können – aber nicht gewesen ist. Sie wird Teil einer intensiven Selbstkritik sein und bleiben, die wir so dringend brauchen, um zu lernen, über die fatal eingegengten Ränder der Massenbewegung in ihrem heutigen Zustand hinauszublicken. Vieles, was die RAF zum ersten Mal formulierte und zu realisieren suchte, wird bleiben: die Genossinnen und Genossen der RAF haben unser aller Endzeitbewußtsein, unsere moralische Krise, unsere halbherzige Widerstandsbereitschaft auf den Begriff gebracht, nicht wir. Trotzdem werden wir in der Substanz alles neu thematisieren müssen.

Fußnoten

(1) Vgl.: Der Chemie-Arbeiterstreik 1971, in: Rote Armee Fraktion: Stadtguerilla und Klassenkampf, zit. nach der Tarnschrift: D.B.Rjazanov: Zur Frage des Verhältnisses von Marx zu Blanqui, Graz o.J., S. 124 ff.

(2) Wir pflegen noch immer mit dem Nationalismus ausschließlich die Massenvernichtung und das KZ zu assoziieren. Dies ist nur die eine Seite der historischen Wahrheit. Die ungeheure Tragweite des Nationalismus wird sich erst erschließen, wenn wir endlich zur Kenntnis nehmen, daß der Nationalismus Millionen von Menschen vernichtete, um die gesamte deutsche und europäische Gesellschaft nach seiner Vision von sozialpolitisch forcierter Maximalleistung zu „modernisieren“. Dieser Aspekt ist absolut tabu, auch in der linken Analyse. Denn wer ihn aufschlüsselt, bekommt unweigerlich die Vorgeschichte

Analysiert. Denn wer ihn aufschlüsselt, bekommt unweigerlich die Vorgeschichte unserer heutigen Zustände zu Gesicht.

(3) Von der vierten Redaktion ab war das „Agit 883“ unter Fichter und Co. dogmatisch-anarchistisch geworden. Hier habe ich die mir von P.P.Zahl mitgeteilte Information weiterzugeben, daß er nicht der Verfasser des unter der vierten Redaktion veröffentlichten Artikels „Leninisten mit Knarre“ gewesen ist. Meine diesbezügliche Äußerung im ersten Artikel dieser Serie war falsch. Ich stelle sie hiermit richtig.

(4) Vgl. Rote Armee Fraktion: Das Konzept Stadtguerilla (zit. nach der Ausgabe Fußn. 1), S. 37.

(5) Vgl. den Artikel von Bernhard Blanke in „Links“, Dezember 1974. Eine Erwiderung von P.P.Zahl wurde von der „Links“-Redaktion seinerzeit unterdrückt. Vgl. P.P.Zahl: Eine gewisse Solidarität, in ders.: Waffe der Kritik, Aufsätze, Artikel-Kritiken, Frankfurt/M. (1976), S. 140 ff.

(6) Eine Geheimorganisation im zaristischen Rußland der späten sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts, die mit ihrem selbstständigen Terrorismus die gesamte sozialistisch-revolutionäre Bewegung diskreditierte.

(7) Zu den Zusammenhängen mit der sozialistisch-revolutionären Bewegung vgl. vor allem Franco Venturi: Il Populismo Russo, II. Bd., Torino 1972, S. 267 ff.

(8) Die arabischen Staaten und linken Gruppen der PLO, die die – freilich ambitionierten – Vorstufen des gerade separat in Kraft getretenen ägyptisch-israelischen Friedensabkommens ablehnten.

(9) Anfang August 1970 wurde von den Tupamaros der als Geisel genommene CIA-Folterspezialist Dan Mitrione getötet. Von da an verloren die Tupamaros die außergewöhnliche Sympathie, die sie unter den Massen genossen hatten.

(10) Die historische Größe dieser beiden Untergrundgruppen, die nach der brutalen Niederschlagung des studentischen „Gangs ins Volk“ von 1873/74 entstanden, ist von Venturi, op.cit., III. Bd., S. 157 ff., 284 ff., authentisch rekonstruiert worden.

(11) Kibalcic ist der Verfasser einer Analyse mit dem Titel „Die politische Revolution und das ökonomische Problem“ erschienen in: Narodnaja Volja, H. 5, S. 169 ff.), die trotz ihrer außerordentlichen Bedeutung bis heute nicht aus dem Russischen übersetzt ist. Sie wird referiert in Venturi, Bd. III, S. 350-353.

(12) Vgl. dazu das Kapitel über die „Narodnaja Volja“ bei Venturi, Bd. III, 284 ff., bes. 353 f. Für Marxisten sei noch angemerkt, daß kein geringerer als der alte Karl Marx begeisterter Anhänger der „Narodnaja Volja“ gewesen ist!

Im nächsten Artikel: Der Untergang des Intellektuellen: Verantwortung und revolutionäre Moral

Copyright: K.H.Roth

Heiße Tage bei „Lotta Continua“

Am Samstag, den 31. März und Sonntag, den 1. April dürfte es – falls nichts dazwischengekommen ist – in Rom heiss hergegangen sein. An diesen beiden Tagen sollte nämlich eine „nationale Versammlung“ von Mitgliedern und Sympathisanten der zerfallenen früheren kommunistischen Organisation Lotta Continua stattfinden.

Die „nationale Versammlung“ setzt die Revolte der Organisationsreste von LC gegen die alte Leitung und gegen die Redaktion der Tageszeitung „Lotta Continua“ fort, die im Januar mit der Besetzung der Mailänder Lokal-Redaktion der Zeitung begonnen hatte. (AK 147, S.61).

Die Redaktion hat die Tageszeitung auf einen Kurs gebracht, der sich von der alten LC-Politik und von den noch bestehenden Resten der alten Organisation total selbstständig hat. Organisationsfeindlichkeit und – wie in Italien gesagt wird – „qualunquismo“ bestimmen das Bild der Zeitung. Wobei unter „qualunquismo“ jene sich auch hierzulande ausbreitende Philosophie zu verstehen ist, sich in den bestehenden Verhältnissen einzurichten, da Widerstand doch nur zu Klassenkampf und Blutvergießen führt, Sozialismus zudem gesetzmäßig in die Diktatur führt, zu n Krieg führt (sieht man ja gerade wieder in Indochina...) – Leidtragender ist immer „der kleine Mann“ (ital. „uomo qualunque“), der sich folglich am besten aus allem raushalten sollte.

Diese sich immer mehr abzeichnende Linie der Zeitung, insbesondere auch die entschiedenen „qualunquistischen“ Stellungnahmen zum Terrorismus und zur Gewalt überhaupt, haben anscheinend dazu geführt, daß sich „Lotta Continua“ auch die zeitweise starken Sympathien der Autonomen ziemlich verschert hat. So berichtet jedenfalls „il manifesto“ (16.3.), daß sich Radio onda rossa (Rote Welle) dagegen ausgesprochen habe, weiter für die Zeitung zu spenden (Diese trägt sich nur durch ständige Spendenkampagnen); Radio Alice in Bologna habe erklärt, daß sich „Lotta Continua“ immer mehr in den Dienst der bürgerlichen Linksparteien stelle. Damit hat die Zeitung

zwei der wichtigsten autonomen Sender gegen sich.

Schon bei der Besetzung-Aktion im Januar war angedeutet worden, daß die Redaktion der Tageszeitung über finanzielle Unterstützung mit der Sozialistischen Partei (PSI) verhandelt habe. Unübersehbar ist jedenfalls eine Annäherung der Zeitung und mancher alter LC-Funktionäre an die Radikale Partei, eine kleine, aber sehr agile linksliberale Partei, die in vielen Parlamenten vertreten ist.

Die Besetzung der Mailänder Lokal-Redaktion hatte am 27. Januar mit einem großen meeting geendet. Rund 1000 alte LC-Anhänger aus Mailand und Umgebung (z.T. noch in Ortsgruppen organisiert, die den Zerfall von LC bisher überlebt haben) nahmen daran teil. Die Versammlung beschloß mit großer Mehrheit zwei Forderungen: 1. Einräumung eines festen Platzes für die Diskussion mit den Resten der alten Organisation in der Tageszeitung (etwa 2 Seiten täglich, von 12 insgesamt); 2. Vorbereitung eines neuen (regulär des dritten) Nationalen Kongresses von LC.

In der Zeit seither waren diese Kräfte offenbar nicht untätig, sondern haben sich landesweit stärker koordiniert. Inzwischen (Mitte März) hat die Mailänder Gruppe in Form eines Ultimatums gefordert, daß die Redaktion von „Lotta Continua“ zu 50 % mit Genoss(inn)en der alten Organisation besetzt werden müsse. Die Redaktion antwortete höhnisch, das sei doch „ein typisch bürgerlicher Versuch, eine Machtteilung auszuhandeln“.

Am 31. März/1. April sollte die Diskussion unter den Anhängern der alten LC-Organisation weitergeführt werden. In der Diskussion war im Vorfeld dieses nationalen Treffens in Rom der Vorschlag, die zentrale Redaktion der Tageszeitung (in Rom) zu besetzen. Die Redaktion hat daraufhin erklärt, daß dies die Einstellung der Zeitung bedeuten würde. Zweifellos sitzt sie finanziell am längeren Hebel und verfügt über die Gelder.

Wir werden über den Fortgang der Auseinandersetzung berichten.

Achtung Italienfans!

Aus Italien kommt ein interessanter Vorschlag. Einige italienische Sprachlehrer vom Istituto Michelangelo in Florenz schlagen einen Sprachkurs vor, der etwas aus dem üblichen Rahmen fällt: einen Italienischkurs für westdeutsche Linke. Hier die wichtigsten Passagen ihres Briefes:

„Der Vorschlag, den wir machen, läßt sich nur auf der Grundlage einer gewissen gewerkschaftlichen Machtposition realisieren, die wir an unserer Schule haben, und die bei derartigen Schulen einmalig ist. ... Wir planen deshalb: einen speziellen Kurs für sozialistisch orientierte Sprachschüler, die sich nicht nur für die Sprache, sondern vor allem auch für die politische Situation Italiens interessieren. Dieser Kurs wird vollständig von unserer Lehrergemeinschaft organisiert und durchgeführt, zu zivilen Preisen und unter Ausnutzung der Infrastruktur der Schule.“

Wir schlagen folgendes Programm vor:

1. Sprachkurs von 4 Wochen, in besonderen Klassen von 8-10 Personen durchschnittlich, am Vormittag, insgesamt 80 Stunden; mit einer Intensität und Geschwindigkeit, die ungefähr das Doppelte der normalen Kurse betragen werden.
2. Informations-Kurs über die politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und geschichtliche Situation des zeitgenössischen Italiens, 2 x wöchentlich am Nachmittag von der 2. Woche des Kurses an, die von uns gehalten werden.
3. Zusammentreffen mit politischen und gewerkschaftlichen Vertretern ab der dritten Woche, wenn die Studenten in der Lage sind, gut genug zu verstehen und sich auszudrücken. (Unser Vorschlag zu diesen Treffen lautet: 1 Treffen mit einem Mitglied der PCI, 1 Treffen mit einem Mitglied der PSI, 1 Treffen mit einigen Mitgliedern der „Neuen Linken“; schließlich 1 Treffen mit allen erwähnten und anderen von Euch verlangten Parteienvertretern.)
4. Verfügbarkeit eines kleinen Auditoriums für 40 - 50 Personen für die Aktivitäten eventueller politischer Gruppen, die an einem unserer Kurse teilnehmen wollen.
5. Ständige Information über politische und kulturelle Veranstaltungen

aller Art während der Kursdauer. 6. Verfügbarkeit der vollständigen Dienste (Vermittlung von Unterkünften, medizinische Versorgung etc.) einer guten Florentiner Sprachschule.“

Die Kosten für den Sprachunterricht betragen ca. 300,- DM. Unterbringung gibt es in italienischen Familien (etwas über 300,- DM Zimmer mit Frühstück), Pensionen oder Studentenwohnungen (erstere sind teurer, letztere etwas billiger als die Familienunterbringung, die das „normale“ Angebot ist).

Terminvorschläge für Kurse gibt es bislang für April und Mai. Die Genossen vom Istituto Michelangelo sind allerdings auch bereit, Kurse im Sommer durchzuführen, wenn sich genügend Interessenten melden.

Bitte schreibt, wenn Ihr Interesse an dem Sprachkurs habt, an: Valerio Parigi, Via le D.Giannotti 45, 50126 Firenze, Italien. (Valerio versteht übrigens gut deutsch!).

Klarstellung: Hauptstadt raus!

„...alle Großmachtpläne (werden) zerplatzen“, „ob sie nun in ... Peking oder Bonn geträumt werden“ (AK 150).

Ich möchte euch bitten, endlich mit dem beschissenen Wortbild „Bonn sagt (träumt etc)“ aufzuhören.

Wir haben hier schon genug darunter zu leiden, daß unsere Stadt Hauptstadt geworden ist. Der wachsende Moloch Regierungssitz frißt allmählich die alte Stadt Bonn, läßt Preise und Mieten in die Höhe schießen und morgens um fünf kann man von den BGS-Panzern geweckt werden, die vor den Stacheldrahtverhauen der Ministerien und ähnlich Überflüssigem rumlungern.

Es kann einem schon auf den Geist gehen, jeden Tag irgendwelche Abscheulichkeiten im Zusammenhang mit Bonn zu hören. Das ist nicht Bonn, sondern die BRD-Regierung, die – Teufel noch mal – diese Stadt besetzt hält. it./KB Bonn

Bestellungen bei

Verlag J. Reents, Lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/43 53 06 oder 43 53 20

Portokosten gehen zu Lasten des Empfängers;

pauschal sind bei Einzelbestellungen 0,40 DM mit zu überweisen auf unser Konto

Dresdner Bank Hamburg – BLZ 200 800 00 – Kto. 451 83 78

Postscheckamt Hamburg – BLZ 200 100 20 – Kto. 2405 95-203 oder

Bei Abnahme größerer Mengen durch Bürgerinitiativen, Buchläden etc. Rabatt nach Absprache.

Kampf dem Faschismus

Antifaschistische Russell-Reihe

- Buch 1: Dokumentation von Texten und Vorschriften gegen den Faschismus und ihre Anwendung, Verdrehung, Mißachtung seitens der BRD-Staatsorgane von 1945 - 1977
ISBN 3-88305-001-6
181 Seiten, DM 10,-
- Buch 3: „NSDAP“-Propagandisten unter der Lupe, Dokumentation von NS-Provokationen der Schönborn-Roeder-Christophersen-Bande und ihre Deckung seitens staatlicher Organe
ISBN 3-88305-003-1
204 Seiten, DM 13,50
- Buch 4: „Jeder kann der nächste sein“ – Dokumentation der polizeilichen Todesschüsse seit 1971 und ihrer Legitimation
ISBN 3-88305-004-0
316 Seiten, DM 19,-
- Buch 5: Nach Schleyer: „Sonderkommandos“ in der BRD, Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo
ISBN 3-88305-005-9
236 Seiten, DM 14,-
- Droht ein neuer Faschismus?
279 Seiten, DM 7,-
- Deutschland und seine Juden
23 Seiten DM 2,50,-
- Hamburg: Stadt mit Herz für Faschisten, 10 Jahre „NSDAP“-Umtriebe in Hamburg
64 Seiten, April 1978, DM 3,50

- Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden? Dokumentation einer Podiumsdiskussion
56 Seiten, Juli 1977, DM 4,-
- „Die Wunder von Stammheim und Stadelheim“ vor Gericht
Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord!
66 Seiten DM 4,-

Kampf den Atomkraftwerken den Atomkraftwerken

- Wer WAA sät, wird Widerstand ernten
36 Seiten DM 2,-
- Albrecht wir kommen
24 Seiten DM 1,50,-
Weiterhin Prospekt
- „Kalkar am 24.9.“
64 Seiten, A 4, Sept. 77, DM 3,50
- Brokdorf – Ein Exempel
Zur Strategie und Taktik des Polizeinsatzes
87 Seiten, A 4, Febr. 77, DM 3,50
- Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?
46 Seiten, 2. Aufl., A 4, Nov. 76, DM 2,-
- Zum Erfolg verdammt – La Hague
78 Seiten, A 4, 1977, DM 4,20
Hrsg.: Arbeitskreis gegen radioaktive Verseuchung e.V.

- WiederaufbereitungsgeTÜVtel I – Was der TÜV verschweigt ...
Broschüre verschiedener Umweltschutzverbände, 37 Seiten, DM 3,-

Frauen

- Weg mit dem § 218! Abtreibung ja oder nein – das muß Sache der Frauen sein!
40 Seiten, A 5, Jan. 76, DM 1,50

Sozialismus

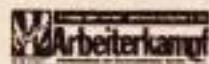
- Eins teilt sich in zwei
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Paperback, A 5, 3. Auflage, November 1975, DM 7,-
- Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten
134 Seiten, A 4, Febr. 74, DM 8,-
- Zur Außenpolitik der VR China
58 Seiten, A 4, 3. Aufl., Aug. 76, DM 3,-

Westdeutsche Linke

- KB Unser Weg: 1. Kongreß für 1979 beschlossen
Berichte und Dokumente des Vorkongresses im Dezember 1979
Teil 1
39 Seiten DM 3,-
- KB Unser Weg: Rechenschaftsbericht des Leitenden Gremiums und andere Dokumente für den 1. KB Kongreß,
Berichte und Dokumente des Vorkongresses im Dezember 1978
Teil 2
32 Seiten DM 3,-
- Schulungshefte des KB, Unser Weg Nr. 1
Revisionismuskritik
48 Seiten, A4, DM 4,-
- Schulungshefte des KB, Unser Weg Nr. 2
Zur Kritik des „Realen Sozialismus“
93 Seiten, A4, DM 5,50,-
- Schulungshefte des KB, Unser Weg Nr. 3
Zur Kritik des „Eurokommunismus“
35 Seiten, A4, DM 3,-

Aus Betrieb und Gewerkschaft

- Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen
ISBN 3-8805-011-3
645 Seiten, DM 22,-
- Die politische Macht kommt aus den Gewerkschaften
244 Seiten, A 5, Paperback, 2. Auflage, Juni 76, DM 7,-
- GEW: Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie
108 Seiten, Febr. 77, A 5, DM 3,50
- Betriebsräte-Veranstaltung 1975 in Hamburg, Reden der Teilnehmer
38 Seiten, Jan. 76, A 5, DM 2,50
- Ernst Thälmann
Über Gewerkschaften
120 Seiten, Paperback, DM 3,50



Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

....., den.....
Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen



1. Durch den Baubeginn der Probebohrungen in Gorleben ist die geplante Wiederaufbereitungsanlage und Endlager für hochradioaktive Abfälle in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Doch schon seit Jahren bereiten sich die Atombetreiber auf dieses Wahnsinnsprojekt, dem größten der Geschichte überhaupt, mit derzeit veranschlagten Kosten von 15 Mrd. DM, vor. Diese Broschüre soll Hintergrundmaterial liefern zur Bedeutung der WAA für die Bourgeoisie, wichtig zur Kenntnis für jeden WAA-Gegner.

34 Seiten, DM 2,-
WAA-Gegner.
34 Seiten, DM 2,-



2. Diese Broschüre dokumentiert den Widerstand der Anti-AKW-Bewegung gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben bis zum 25. März 1979.

21 Seiten, DM 1,50,-

"Wir wollen einen demokratischen Iran"

Vom 2. April an ist der Iran eine islamische Republik. Noch bevor die Stimmen überhaupt ausgezählt waren, gaben die iranische Regierung und Ayatollah Khomeiny das Ergebnis bekannt. 97% aller abgegebenen Stimmen hätten sich für die „islamische Republik“, gegen die Monarchie ausgesprochen. Unter der undemokratischen Fragestellung „Wollen Sie, daß die Monarchie durch eine islamische Republik abgelöst wird – Ja oder Nein?“ waren alle über 16 Jahre alten Iraner aufgerufen worden, für die islamische Republik zu stimmen.

Konnten sich die Iraner bei dieser Fragestellung sowieso nur zwischen zwei Übeln „entscheiden“, so gab die Durchführung des Referendums einen Vorgeschmack darauf, daß es in einer islamischen Republik keinerlei Demokratie geben sollte. Rundfunk und Fernsehen waren unmittelbar nach der Revolution durch den „Revolutionsrat“ Khomeinys und den von ihm eingesetzten Direktor Ghotbzadeh gleichgeschaltet worden. Die Unterdrückung der Berichterstattung über die Kämpfe der Frauen und die anschließende Hetze gegen die fortschrittlichen Frauen waren nur ein Beispiel. Auch der Terror gegen die Mitarbeiter der großen Zeitungen hat begonnen. Immer wieder kommt es vor, daß sog. „Revolutionskomitees“ oder „islamische Komitees“, deren Zusammensetzung niemand mehr kontrollieren kann, Zeitungsredaktionen besetzen und die Journalisten wegen angeblich „nicht-islamischer“ Berichterstattung unter Druck setzen. Dabei geht es um nichts anderes, als um die Unterdrückung der Meinungsfreiheit und einer weiteren Einschränkung der linken Stimmen.

Während der Wahl wurden Iraner, die mit „Nein“ stimmen wollten, aktiv behindert, in „unsicheren“ Gebieten, wie z.B. in Kurdistan, verschwanden noch vor der Auszählung ganze Wahlurnen. In Turkmenistan, wo immer noch bewaffnete Auseinandersetzungen stattfinden, konnte gar nicht gewählt werden. Immer deutlicher zeichnet sich ab, daß die Bevölkerung mit dem Kampf um die Durchsetzung „islamischer Verhaltensweisen“ von dem Kampf um Demokratie und um die eigenen Rechte abgelenkt werden soll. So wurden beispielsweise während der Stimmabgabe Alkoholvernichtungsorgien gefeiert.

Starke Minderheit gegen die islamische Republik

Sicher ist es nicht zu hoch gegriffen, wenn die bewußte Minderheit, die sich gegen eine islamische Republik und für einen demokratischen Staat schon vor dem Referendum aussprach, auf rund 20% der iranischen Bevölkerung geschätzt wird – trotz der Behinderung der Propaganda der Linken.

Gegen diese Form des Referen-

dums, das mit der Ablehnung der Monarchie die Zustimmung zur islamischen Republik verband, sprachen sich aus:

- die Frauenbewegung
- die Volksfedayin sowie verschiedene revolutionäre Gruppen (s. Interview mit den Volksfedayin im AK 150, mit Bahman Nirumand im AK 149),
- die neugegründete Nationaldemokratische Front, die vor etwa 4 Wochen bei einer Demonstration anlässlich des Todestages des durch den CIA gestürzten Ministerpräsidenten Mossadegh eine Million Iraner auf die Beine brachte. Die Nationaldemokratische Front erklärte, daß ihre Anhänger der Abstimmung fernbleiben würden („SZ“, 21.3.79).

- Der Kurdenführer Scheich Hosseini gab ebenfalls seine Stimmenthaltung mit der Begründung bekannt, daß die Gesetze der islamischen Republik nicht bekannt seien und der Verfassungsentwurf den Kurden (etwa 5 Mio. der 33 Mio. Einwohner) nicht die geforderte Selbstbestimmung zugestehen. Ganz provokativ hatte noch vor dem Referendum einer der beiden Stellvertreter des Ministerpräsidenten Bazargan, Entezam bezüglich der Kurden erklärt, daß, falls es eine Autonomie für die Kurden geben werde, dies in der neuen Verfassung nach der Volksabstimmung veröffentlicht werde („SZ“, 21.3.79). Auch die anderen nationalen Minoritäten haben sich mit Sicherheit aus eben diesen Gründen der Stimme enthalten (Araber in Khuzistan, Aserbeidschander (20% der Bevölkerung), Turkmenen, Belutschen, Armenier (1 Mio.)).

- Unklar ist der Standpunkt der religiösen Volksmodjahedin, einerseits gibt es Meldungen, daß sie ebenfalls die Abstimmung boykottieren würden („FR“, 28.3.), andere Quellen sprechen von einer Unterstützung des Referendums durch die Volksmodjahedin, die gleichzeitig betont hätten, daß sie eine ganz bestimmte, von anderen Gruppen differierende Vorstellung von einer islamischen Republik hätten („Guardian“, 21.3.78). Wie kaum anders zu erwarten, hat sich die revisionistische Tudeh-Partei (von deren Einfluß sonst im übrigen kaum etwas zu merken ist) für das Referendum ausgesprochen, unter der vorsichtigen Andeutung, daß sie die islamische Republik nur solange unterstützen werde, bis sie einen falschen Schritt tut („TG“, 21.3.79). Selbst einige Mitglieder der alten Nationalfront hatten erklärt, daß sie der Abstimmung fern bleiben würden.

Die Konterrevolution formiert sich

Obwohl das gesamte Referendum eine Farce ist, wird es mit Sicherheit als eine Legitimation vor der iranischen Bevölkerung zu einem schärferen Vorgehen gegen alle demokratischen Kräfte benutzt werden. Besonders betroffen werden die Frauenbewegung, die um Autonomie und

einen weltlichen demokratischen iranischen Staat kämpfenden nationalen Minderheiten, insbesondere die Kurden, sowie die Arbeiter, Angestellten und Soldaten sein, die sich für die Räte-demokratie aussprechen.

Nach wie vor ist die von den linken Kräften noch immer geschonte Regierung Bazargan sehr schwach. Darüber dürfen auch gewisse „Zugeständnisse“ Khomeinys nicht hinwegtäuschen, wie z.B. die Erklärung, das Schleier- oder Kopftuchtragen sei für die Frauen kein Zwang, oder Revolutionskomitees dürften nur noch mit Billigung der Regierung Verhaftungen vornehmen und geheime Gerichtsverfahren würden eingestellt.

Die Regierung Bazargan hat sich im übrigen auch nur bezüglich der Auswüchse und der Selbstherrlichkeit der „islamischen Komitees“ gegen Khomeiny gestellt. Das Referendum, das blutige Vorgehen der Armee und islamischen Milizen gegen die Kurden und Turkmenen u.a. werden auch von der Regierung gedeckt. Der von Khomeiny eingesetzte Verteidigungsminister Gharani mußte inzwischen zwar wegen des Massakers in der kurdischen Stadt Sanandaj (auf kurdische Demonstranten wurde wie in Schahzeiten von Hubschraubern aus solche Demonstranten wurde wie in Schahzeiten von Hubschraubern aus Maschinengewehrfeuer gerichtet) und seiner bekannten alten Beziehungen zum CIA gehen, aber auch der neue Verteidigungsminister Madani hat an dem Wunsch nach guten Beziehungen zu den US-Imperialisten keinen Zweifel gelassen: Demnächst soll eine „gewisse“ Anzahl amerikanischer Techniker zurückgerufen werden („Le Monde“, 30.3.).

Der Versuch der Regierung, nach der Revolution mit den alten, schah-treuen Offizieren die iranische Armee schnell wieder aufzubauen, hat nicht nur die konterrevolutionären Kräfte in der Armee ermutigt. Inzwischen haben 10.000 SAVAK-Angehörige für Auszahlung ihres Lohnes demonstriert, andere öffentlich ihre Wiederverwendung gefordert („UZ“, 22.3.79).

Nicht nur der zu den fortschrittlichen schiitischen Kräften zählende Ayatollah Taleghani hat sich inzwischen von Khomeinys Revolutionsrat distanziert, mit der Begründung, in der Umgebung Khomeinys halten sich SAVAK-Mullahs auf („Die Neue“, 14.3.), selbst die Regierung sah sich genötigt, öffentlich darauf hinzuweisen, daß SAVAK-Mitglieder und ehemalige Angehörige der kaiserlichen Garde in den Revolutionskomitees mitarbeiteten („FAZ“, 17.3.79). Bekannt wurde außerdem, daß einer der engsten Berater Khomeinys, der stellvertretende Ministerpräsident Yazdi, seit 1971 amerikanischer Staatsbürger ist („Frankfurter Neue Presse“, 16.3.79).

Mit mindestens einem Fuß stehen die US-Imperialisten noch immer fest im Iran.

Nahost-Kommission

Abs.

(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich – DM 27,50 0
jährlich – DM 55,- 0

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents, Postscheckamt Hamburg BLZ 20010020 Kt. Nr. 2405 95-203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum

Unterschrift

Gebühr
zahlt
Empfänger

Postkarte

Arbeiterkampf

J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50



„Werde ich mehr Lohn bekommen?“ dachte er, als er 20 war.
„Mein Vater ist mit fünfzig gestorben, werde ich auch so früh sterben?“ dachte er, als er 21 war.
„Wenn ich arbeitslos werde“ dachte er, als er 22 war.
„Wenn ich arbeitslos werde“ dachte er, als er 23 war.
„Wenn ich arbeitslos werde“ dachte er, als er 24 war.
Und manchmal war er arbeitslos und „Wenn ich arbeitslos werde“ dachte er, bis er 50 war.

(Original Textprobe)

Vorwort von p.p.zahl

Auslieferung ab 1.2.1979 über Vereinigte Verlagsauslieferung VVA

120 Seiten/ 14,- DM, Paperback, 25 Illustrationen, vierfarbiger Titel, ISBN 3 - 88305 - 021 - 0

reents
verlag

J. Reents
verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

Vereinigte
Verlagsauslieferung
Hamburg 1979